



LEBENSWELTEN  
DER RADIKALEN  
RECHTEN  
IN DER BONNER  
REPUBLIK

*Herausgegeben  
von Frank Bösch  
und Gideon Botsch*

Wallstein

# Lebenswelten der radikalen Rechten in der Bonner Republik

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von  
Frank Bösch und Gabriele Metzler

Band 40

# Lebenswelten der radikalen Rechten in der Bonner Republik

Herausgegeben von  
Frank Bösch und Gideon Botsch



WALLSTEIN VERLAG

Gefördert von der VolkswagenStiftung

Diese Publikation wurde im Rahmen des Fördervorhabens 16KOA026 mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Open Access bereitgestellt.

Dieses Werk ist im Open Access unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-SA 4.0 lizenziert.



Die Bestimmungen der Creative-Commons-Lizenz beziehen sich nur auf das Originalmaterial der Open-Access-Publikation, nicht aber auf die Weiterverwendung von Fremdmaterialien (z. B. Abbildungen, Schaubildern oder auch Textauszügen, jeweils gekennzeichnet durch Quellenangaben). Diese erfordert ggf. das Einverständnis der jeweiligen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber.

© Autorinnen und Autoren 2026

Publikation: Wallstein Verlag GmbH 2026

Geiststr. 11, 37073 Göttingen

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

[info@wallstein-verlag.de](mailto:info@wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagabbildungen: Hans Hermann Weler, Nachlass Hans Grimm,  
Deutsches Literaturarchiv (DLA).

ISBN (Print) 978-3-8353-6043-3

ISBN (Open Access) 978-3-8353-8171-1

DOI <https://doi.org/10.46500/83536043>

# Inhalt

FRANK BÖSCH/GIDEON BOTSCH	
Lebenswelten der radikalen Rechten.	
Zugänge und Forschungsperspektiven . . . . .	9

## Lebenswelten des Rechtsterrorismus

DARIUS MUSCHIOL	
Gruppen, Szenetreffs, Publikationen.	
Die Lebenswelt von Rechtsterroristen . . . . .	29

JAKOB SAß	
Kampfschulung und Ersatzfamilie.	
Die Bundeswehr und die Ausbildung des Rechtsterrorismus in den 1970er Jahren . . . . .	53

KARSTEN WILKE	
Das Verbot der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) und das »Bewegungsverfahren« vor dem Landgericht Stuttgart 1991 bis 1995 . . . . .	72

## Lebenswelten der rechtsradikalen Jugend

NIKLAS KRAWINKEL	
»Notgemeinschaft volkstreuere Familien«.	
Erziehung, Lebenswelt und Bevölkerungspolitik in der Wiking-Jugend . . . . .	95

LAURA HAßLER	
Das Volk, myself and I.	
Individualisierung und Adaption von links bei den »Jungen Nationaldemokraten« nach 1968 . . . . .	115

## Rechtsradikale und bürgerliche Netzwerke

MARIE MÜLLER-ZETZSCHE

»Das Gespräch mit dem Leser«.

Vergemeinschaftungen im Umfeld der Zeitschrift *Nation Europa* 141

SEBASTIAN BISCHOFF

Vom »Verlust des Eros«.

Lehren des rechten Liebens und widerständige Praktiken

gegen die bundesdeutsche »sexuelle Revolution« . . . . . 158

DOMINIK RIGOLL

Die alltägliche Lebenswelt als politische Ressource.

Nationalistische Milieupolitiken in der Bonner Republik

am Beispiel von Werner Naumann und Paul Dickopf . . . . . 181

ANETTE SCHLIMM

Die Rechte auf dem Land.

Geschichts- und sozialwissenschaftliche Erklärungsversuche

für das lange 20. Jahrhundert . . . . . 211

## Grenzübergreifende Vernetzungen

GRAHAM MACKLIN

Anglo-German extreme right youth networks . . . . . 235

ANNELOTTE JANSE

Militant itineraries.

Manfred Roeder's travels abroad and their impact

on his radicalization . . . . . 257

ERIC ANGERMANN

Nationalismus als Antriebskraft.

Rechte Milieubildung und neonazistische Organisation

nach dem Mauerfall am Beispiel Cottbus (1989-1991) . . . . . 282

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . . 304



# Lebenswelten der radikalen Rechten

## Zugänge und Forschungsperspektiven

FRANK BÖSCH/GIDEON BOTSCH

»Lippoldsberger Dichtertag, im Jahre 1959. Der Dichter Hans Grimm las zum letzten Mal vor seinen ihn verehrenden Zuhörern. Für mich war es mein erster Besuch des Lippoldsberger Dichtertages.« Mit diesen Worten kommentierte der Fotograf Hans Hermann Weler eine Reihe von Fotografien, aus denen auch das Titelbild unseres Buches stammt.<sup>1</sup> Das am 12. Juli 1959 geschossene Bild zeigt den greisen völkischen Schriftsteller am Rednerpult im Hof des Klosters im nordhessischen Lippoldsberg, in dem Grimm wohnte und, unterstützt von seiner Tochter Holle Grimm, den rechtsradikalen Klosterhaus-Verlag betrieb.

Mit den jährlich im Sommer durchgeführten Veranstaltungen belebte Grimm seit 1949 eine Tradition wieder, die er während der NS-Zeit begonnen hatte und im Krieg unterbrechen musste. Doch bildeten die Dichterlesungen und musikalischen Darbietungen nach dem Eindruck eines kritischen Teilnehmers nur den Rahmen: »Daneben, davor und später spielten sich ganz andere Dinge ab, die es klar machten, dass sich hier ein Samme[l]punkt der nationalen Bewegung in voller Breite zeigte«. <sup>2</sup> Bei der Organisation stützte sich Grimm nicht nur auf seine Familie – vermutlich ist es sein Sohn, der das Mikrofon auf unserem Titelbild festhält. Vielmehr konnte sich Grimm auf ein gut organisiertes rechtsradikales Netzwerk verlassen. Neben dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes<sup>3</sup> zählten dazu Autoren, Zeitschriften und Verlage, die ihre einschlägigen Produkte auf dem Dichtertag vorstellen und bewerben konnten. Nach Grimm sprach zum Beispiel der hochdekorierte vormalige Luftwaffen-Offizier Hans Ulrich Rudel, den »minutenlanger tosender Beifall«

- 1 Fotos von Hans Hermann Weler im Nachlass Hans Grimm im Deutschen Literaturarchiv (DLA). Vgl. zum Ereignis auch den Beitrag von Marie Müller-Zetzsche in diesem Band, die die Fotos gefunden hat.
- 2 Apabiz ZISOWIFO, Ordner »RR-Kultur-Dichtertreffen-Lippoldsberg-I«, [Bericht von »Josef«] v. 14. 7. 1959, Betrifft: Nationale Sammlungsbewegung; hier: »Dichtertreffen« in Lippoldsberg am 12. 7. 59 – dort auch die folgenden Zitate.
- 3 Vgl. Mattes Schmerdtmann: Das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (1950-1996). Porträt eines völkischen Kulturvereins und seiner Schriften, Paderborn 2024.

begrüßte und dessen Lesung die »Jugendlichen besonders begeisterte«. »Josef«, dem teilnehmenden Berichterstatter, war aufgefallen, dass vor Ort »weit über die Hälfte [...] junge Männer und Mädchen« waren, die entweder die »Kluft« oder Uniform rechtsextremer Jugendverbände trugen oder als Anstecker deren gemeinsames Symbol, die Odalsrune, zeigten.<sup>4</sup> Die Öffnung der Dichtertage für die jüngste Generation hatten Enkel-söhne Grimms möglich gemacht, welche selbst bei einem einschlägigen Verband, den Fahrenden Gesellen, aktiv waren. Welers Bilder zeigen im Vordergrund, in dunkelgrünem Fahrtenhemd und mit Wimpel, eine Gruppe dieses bis heute bestehenden, ältesten völkisch-antisemitischen Jugendbunds in Deutschland.

Andere auf den Bildern erkennbare Teilnehmerinnen und Teilnehmer fallen dagegen äußerlich nicht auf. Die Dichtertage waren schließlich auch deswegen so erfolgreich, weil es dem Kreis um Grimm gelungen war, über die engere rechtsextreme ›Stammkultur‹ hinaus in benachbarte gutbürgerliche Milieus hineinzuwirken. Eine wesentliche Rolle spielte die lokale Verankerung in der protestantisch-konservativen Provinz Nordhessens und Südniedersachsens. Lippoldsberg war ein lukratives Geschäft und ein touristisches Highlight für die entlegene Region am oberen Wesertal. Interesse fanden die Veranstaltungen auch in den akademisch gebildeten Milieus der nahen Universitätsstadt Göttingen, die unter anderem die Konzertaufführungen anlockten. 1959 stand das Jugendorchester einer privaten Musikschule aus Göttingen im Programm, und in anderen Jahren spielte die dortige Akademische Orchestervereinigung.<sup>6</sup>

Während in den ersten anderthalb Jahrzehnten der Bundesrepublik offen rechtsradikale Parteien und politische Vereinigungen – sei es durch gesellschaftliche Ablehnung, Selbstausgrenzung oder auch staatliche Repression – kaum erfolgreich waren, bildete sich in dieser Zeit ein lebensweltlich geprägtes Milieu heraus, durch das sich die radikale Rechte formierte und transformierte. Ganz unbemerkt blieb es damals nicht, und frühe Reportagen und Berichte – etwa von Journalisten wie Thomas Gnielka, Manfred Jenke oder Helge Pross – beschrieben es bereits. Auf diese Weise formierten sich die Wurzeln des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland: die Herausbildung einer Art doppelter Struktur aus lebensweltlichen Milieus und dem politischen und partei-

4 Apabiz ZISOWIFO, Ordner »RR-Kultur-Dichtertreffen-Lippoldsberg-I«.

5 Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Op-laden 1982, Bd. 1, bes. S. 34-54, S. 42.

6 Vgl. Annette Gumbel: Hans Grimm und die Lippoldsberger Dichtertage, in: Hessesches Jahrbuch für Landesgeschichte 49 (1999), S. 179-199.

politischen Rechtsradikalismus. Forschungen zu anderen politischen Lagern und Bewegungen haben die Bindung an Milieus längst erkannt und herausgearbeitet. Dies gilt beispielsweise für die Formierung und Stabilisierung der Unionsparteien, die in diesen Regionen an das katholische und konservative Milieu mit seinen vielfältigen Netzwerken anknüpften.<sup>7</sup> Auch die Bedeutung linksalternativer Milieus für Parteien wie der DKP, MLPD oder kurzlebiger »K-Gruppen« ist inzwischen gut erforscht.<sup>8</sup> Die zeithistorische Forschung zur radikalen Rechten steht hier noch am Anfang. Sie konzentrierte sich bislang vor allem auf die formativen Jahre der westdeutschen Demokratie, deren Parteien am rechten Rand<sup>9</sup> und die gewaltbereite rechtsradikale Subkultur der 1980/90er Jahre in beiden deutschen Staaten, als Skinheads und Hooligans vermehrt situative Gewalt ausübten. Vor allem die Angriffe auf Migrantinnen und Migranten nach der Vereinigung finden jüngst starke Aufmerksamkeit.<sup>10</sup>

Dieses Buch wählt einen etwas anderen Fokus, indem es rechtsradikalen Lebenswelten nachspürt. Dies ermöglicht, sowohl tragende Netzwerke für rechtsradikale Parteien und Gewalt auszumachen als auch Verbindungen zur breiteren Gesellschaft herzustellen. Damit versteht sich dieser Band als ein Plädoyer für eine Gesellschaftsgeschichte der radikalen Rechten, die stärker von den Akteuren und Räumen ausgeht, in denen sich Rechtsradikale vernetzen – von den Schulhöfen über die Bundeswehr bis hin zu »honorigen« Villen. Statt der häufiger thematisierten staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen rückt damit das Agieren der Rechtsradikalen selbst in den Vordergrund. Die Fallstudien dieses Buches, die alle auf jüngeren, meist noch laufenden Forschungsprojekten beruhen, zeigen so etwa anhand vertiefter Quellenanalyse, in welchen sozialen Räumen sich spätere Rechtsterroristen vernetzten und radikalisierten oder wie die radikale

7 Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei (1945-1969), Stuttgart 2001; Frank Bösch (unter Mitarbeit von Helge Matthiesen): Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.

8 Vgl. exemplarisch: Till Kössler: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Essen 2005; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

9 Vgl. etwa: Henning Hansen: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007; Oliver Sowinski: Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a. M. 1998.

10 Vgl. etwa: Till Kössler/Janosch Steuwer (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte. Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023.

Rechte versuchte, Nationalisten im weiteren Sinne oder auch bürgerliche Konservative zu erreichen.

## Konzeptionelle Zugänge zu Lebenswelten

Auch bei der radikalen Rechten spielten soziale und kulturelle Vergemeinschaftungen eine größere Rolle bei der Ausbildung von Weltanschauungen und Praktiken. Die Lebenswelt der radikalen Rechten, so unser Ausgangsargument, verbreitete gemeinsame Deutungen im Alltag. Ihre Begegnungsräume förderten eine Gruppenbildung, die über die oft kleinen und lockeren Organisationen hinausreichte und ein Fundament des Rechtsradikalismus bildete. Mitunter waren diese Netzwerke mit wechselnden Parteien verbunden und ermöglichten beim Niedergang von Parteien eine gewisse Kontinuität.

Im Rahmen unseres Potsdamer Forschungsprojekts verwenden wir als Arbeitsbegriff die Bezeichnung *radikale Rechte*. In der von uns präferierten Definition, die sich an den Politikwissenschaftler Michael Minkenberg anlehnt,<sup>11</sup> umfasst der Begriff damit gewaltbereite und verfassungsfeindliche Rechtsextreme ebenso wie Menschen mit nationalistischen und rassistischen Überzeugungen, die nicht grundsätzlich die Demokratie abschaffen, wohl aber diese autoritär umgestalten wollen. Damit wird das Konzept anschlussfähig an die besonders im angelsächsischen Sprachbereich üblichen Bezeichnungen »far right«, »radical right« oder »right-wing«. Die »extreme Rechte« oder der »Rechtsextremismus« können dabei eine Unterkategorie bilden. Ohnehin sind die Grenzen fließend und das historische Quellenmaterial bleibt oftmals uneindeutig. Gerade die lebensweltliche Perspektivierung legt es nahe, Begriffsdebatten zunächst zurückzustellen und sich auf Deutungen und Praktiken zu konzentrieren, die nationalistische, autoritäre und anti-egalitäre Positionen vertreten.

Rechte Lebenswelten richteten sich gegen die Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, die mehr Menschen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben eröffneten, etwa Frauen, Homosexuellen oder Migrantinnen und Migranten. Aber zugleich muss man die Etablierung

11 Vgl. Michael Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998. International finden sich ebenfalls weitere Begriffe wie »far right« etc.; Cas Mudde: The Populist Radical Right: A Reader, London, 2017; Gideon Botsch: Die ›Rechte‹ im Koordinatensystem der Politik, in: ders./ Christoph Kopke (Hg.): Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte, Münster/ Ulm 2009, S. 11-23.

einer neuen radikalen Rechten in der Bundesrepublik selbst als Teil der sich demokratisierenden und damit ausdifferenzierenden Lebenswelten seit den 1960er Jahren sehen, die auch diesen Personengruppen das Ausbilden eigener Stile, Praktiken und Identitäten erleichterte.<sup>12</sup> Die Liberalisierung des Demonstrationsrechtes etwa vergrößerte die Möglichkeit der Agitation, und das Ausbilden individualisierter Lebensstile erlaubte eine scheinbare Abwendung vom Habitus der »alten Nazis«.

Uns erscheint dieser Zugang über Lebenswelten in mehrfacher Hinsicht anschlussfähig. In der Soziologie hat er eine längere Tradition. Der Soziologe Alfred Schütz umschrieb den Begriff *Lebenswelt* als die intersubjektive Welt des täglichen Lebens, die als selbstverständlich gegeben erscheint. Sie bilde den Hintergrund für soziales Handeln, das Vorverständnis der Welt und sei ein Ort der Sinnkonstitution. Die Lebenswelt bilde dabei eine »Wirklichkeitsregion«, die Menschen ein Eingreifen ermögliche, aber zugleich Handlungsmöglichkeiten einschränke.<sup>13</sup> Die Lebenswelt lässt sich in diesem Sinne als eine Ermöglichungskultur für das Aufkommen rechtsradikaler Vorstellungen und Praktiken fassen. Jürgen Habermas umschrieb im Anschluss daran die Lebenswelt als »ein Reservoir von Selbstverständlichkeiten und unerschütterlichen Überzeugungen, welche Kommunikationsteilnehmer für kooperative Deutungsprozesse benutzen«.<sup>14</sup> Sie bildet danach ein Interpretationsreservoir für geteilte Werte, Gruppenzugehörigkeit und das Alltags Handeln. Dieses »Hintergrundwissen« erscheine wie selbstverständlich präsent und werde durch die soziale Integration tradiert. In diesem Sinne geht es auch bei unserem Buch um Formen der sozialen Interaktion, die das Denken und Diskurse prägen.

Ergänzend dazu wurde in der Forschung der Begriff der »Sozialmoralischen Milieus« verwendet, der für den hier vorgeschlagenen Ansatz ebenfalls hilfreich erscheint. Ihn brachte zunächst Rainer Lepsius für die Erklärung von regionalen Wählertraditionen bei wechselnden Parteien auf.<sup>15</sup> Karl Rohe modifizierte ihn als einen gemeinsamen »way of life«, als

12 Vgl. zu diesem Zusammenspiel besonders die Beiträge von Sebastian Bischoff und Laura Haßler in diesem Band.

13 Vgl. Alfred Schütz/Thomas Luckmann: *Strukturen der Lebenswelt*, Bd. I, Frankfurt a. M. 1991, S. 25.

14 Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt a. M. 1981, S. 171-228, zit. S. 189.

15 Rainer Lepsius: *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm Abel u. a. (Hg.): *Wirtschaft, Gesellschaft und Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 1966, S. 371-393.

eine geteilte Alltagskultur,<sup>16</sup> durch die etwa Katholiken über Generationen hinweg ähnliche Parteien wählten – zunächst das Zentrum, dann die CDU/CSU. Dort, wo diese geteilte Lebenswelt aufbräche, etwa in den Großstädten oder durch die Mobilität und Individualisierung seit den 1970er Jahren, würden die Parteibindungen sich lockern. Die Göttinger Parteienforschung um Peter Lösche und Franz Walter setzte diesen Ansatz fort und fasste Milieus zudem als eine Gegenwelt, in der einzelne »Milieu-Manager« durch Treffen und Rituale vor Ort Überzeugungen verbreiteten, sei es in Arbeiter- oder Schützenvereinen, kirchlichen Gruppen oder der Volkssolidarität.<sup>17</sup> Derartige Milieus entstanden aus politischen Konflikt-situationen, wie das katholische Milieu aus dem Kulturkampf oder das sozialdemokratische aus den Verfolgungen während der Sozialistengesetze, die Netzwerke aus Vereinen und Geselligkeiten schufen. Diese trugen über Zäsuren wie die Weltkriege und den Nationalsozialismus hinweg politische Strömungen mit wechselnden Parteien. Für das (protestantisch-) konservative Milieu bildeten die Revolution 1918/19 und die Demokratiebildung eine Erfahrung, die zum Ausbau von oft bereits vorher formierten Vereinen und Lebenswelten beitrug, welche sich nun aber als eine Gegenwelt zur Republik formierten.<sup>18</sup> Aus der 68er-Bewegung ging ein alternatives Milieu hervor, das in den 1980er Jahren zur Entstehung der Grünen beitrug.<sup>19</sup> Für die dauerhafte Etablierung der PDS/Linken und die Ausbildung einer starken Ostidentität nach 1990 wurden frühzeitig ähnliche Konflikterfahrungen und postsozialistische Netzwerke für die Zeit nach 1990 diskutiert.<sup>20</sup> Die seit 1983 aufgebrachten »Sinus-Milieus« basierten dagegen auf einer durch Umfragen ausgemachten Kombination sozialer Lagen und Grundüberzeugungen. Sie gingen eher von zunehmend individualisierten Lebensstilen aus, die sie mit Weltanschauungen und Parteipräferenzen verbanden.

16 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1993, S. 14 f.

17 Franz Walter/Peter Lösche: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien, in: Geschichte und Gesellschaft 26.3. (2000), S. 471-492; Gangolf Hübinger: »Sozialmoralisches Milieu«. Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: Steffen Sigmund u. a. (Hg.): Soziale Konstellation und historische Perspektive. Studien zum Weber-Paradigma, Wiesbaden 2008, S. 207-227.

18 Bösch (Anm. 7); Helge Matthiesen: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000.

19 Reichardt, Authentizität (Anm. 8).

20 Inka Jörs: Postsozialistische Parteien: Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich, Wiesbaden 2006, S. 108-148.

## Lebenswelten der radikalen Rechten

Die hier nur sehr knapp angedeuteten Ansätze zu Lebenswelten und Milieus ermöglichen konzeptionell einen Blick über die sonst fokussierte rechtsradikale Führungselite hinaus, die öffentlich auftrat und publizierte. In der historiographischen Forschung zum Rechtsextremismus sind weder das Lebenswelt-Konzept noch der Ansatz der sozialmoralischen Milieus bislang systematisch angewendet worden. Gleichwohl ist Forschenden im Feld die Bedeutung dieses Sektors keineswegs entgangen. Einige frühe Darstellungen schilderten bereits Aspekte der Milieubildung und lebensweltlichen Vergemeinschaftung ausführlich, sei es in den besser recherchierten journalistischen Arbeiten oder in wissenschaftlichen Publikationen. Als Otto Büsch und Peter Furth auf Grundlage des während des Verbotverfahrens gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) beschlagnahmten Materials eine erste Studie dieser Partei vorlegten, widmeten sie nur ein knappes Kapitel den »Aktiv- und Satellitenorganisationen«; Erstere hätten der »Aktivierung der Mitgliederschaft« gedient, während Letztere »auch solche Teile der Bevölkerung, die nicht als Mitglieder der Partei zu gewinnen waren, aber zur Anhängerschaft der SRP gehörten, dem politischen Einfluß der SRP-Führung zugänglich« machen sollten.<sup>21</sup> Nach dem Separatverbot der wichtigsten Aktivorganisation, der Reichsfront 1951 und der Gesamtpartei ein Jahr später, schien die nähere Beschäftigung mit diesen Aktivitäten weniger dringend. Die typische Trennung zwischen politischen Parteien und Organisationen einerseits und dem lebensweltlich geprägten Vorfeld andererseits, die sich als »Doppelhelix« (Botsch) beschreiben lässt, bildete sich ohnehin erst nach dem Verbot, und durch dieses befördert, klar heraus. Gleichwohl beobachtete beispielsweise Manfred Jenke früh die Bedeutung einer lebensweltlich orientierten, milieugebundenen Dimension für die frühen Erfolge der SRP.<sup>22</sup>

Als Kurt P. Tauber 1967 seine voluminöse Gesamtdarstellung des deutschen radikalen Nationalismus nach 1945 vorlegte, die Material bis ungefähr 1963 verarbeitete, hatte sich diese Doppelstruktur bereits etabliert. Tauber widmete sich dem außerparlamentarischen und nicht im engeren Sinne politisch organisierten Feld, wo ein »groundwork for the future«<sup>23</sup>

21 Otto Büsch/Peter Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die »Sozialistische Reichspartei« (SRP), Berlin 1957.

22 Manfred Jenke, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 82 f.

23 Kurt P. Tauber: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, Middletown 1967, S. 365.

gelegt wurde, noch ehe er sich den Parteien und parlamentarischen Akteuren zuwandte. Ausführlich kamen dabei »ideas and literature of nationalism«<sup>24</sup> zur Sprache – ein Themenfeld, dem sich unter anderem auch der Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter und der Historiker Hermann Bott gewidmet hatten.<sup>25</sup> Mit dem Aufstieg der NPD seit Mitte der 1960er Jahre trat zunächst die parteipolitische Dimension wieder stärker in den Vordergrund.<sup>26</sup> Mit ihrem vorläufigen Scheitern am Ende des Jahrzehnts nahm das Interesse der Forschung an der radikalen Rechten erheblich ab. Als Ende der 1970er neue rechtsradikale Tendenzen eher auf der politisch-kulturellen Ebene beziehungsweise als Gewaltphänomene erkannt wurden, fanden überwiegend politik- und sozialwissenschaftliche Ansätze aus der Einstellungsforschung beziehungsweise der Jugend- und Gewaltsoziologie Aufmerksamkeit.

Einen ersten Beitrag, die Doppelstruktur der radikalen Rechten auch analytisch in den Blick zu nehmen, leisteten erst Mitte der 1980er Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke, wenn sie mit Blick auf den Rechtsextremismus von einer »besonderen politischen Kultur« sprachen – und damit den Forschungsbereich anschlussfähig an die oben bereits angeführten Studien zur politischen Kultur machten. Dabei setzten sie das, was wir hier als Lebenswelt fassen, ab von »politische[n] Interessengemeinschaften und Bünde[n]« und verwiesen auf »Verlage, Vertriebsgemeinschaften und Lesezirkel« sowie »Kulturgemeinschaften«. Letztere wirkten in ihrer »Funktion als Traditions- und Restaurationsstätten der rechtsextremen Stammkultur [...] integrativ« und bildeten »Agenturen für den Wandel und die Anpassungsfähigkeit an den Konservatismus«. Weil ihre Aktivitäten »strategisch nicht auf die Resonanz der Massenmedien« zielten, erwiesen sie sich »gerade durch die Umgehung von Stigmatisierungsprozessen als kommunikative Schnittpunkte des rechten Lagers« in der Bundesrepublik. Sie präsentierten sich als »politische Gegenkultur mit eigener Sozialmoral«, widmeten sich der Entwicklung eines »kollektiven Identitätsgefühls« und förderten durch den »Mythos der Verfolgung und Entrechtung« in rechtsextremen Kreisen »Lagermentalität und Lagerdenken«. Charakteristisch für diese Aktivitäten im vorpolitischen Raum sei eine »Angebotsstruktur, die auf den Meinungs-, Einstellungs- und

24 Ebd., S. 466.

25 Vgl. Hans-Helmuth Knütter: *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland*, Bonn 1961; Hermann Bott: *Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda*, Stuttgart 1969.

26 Vgl. auch zu der Forschung: Frank Bösch: *Die NPD und die Sammlung der radikalen Rechten*, in: Martin Langebach (Hg.): *Deutschlands radikale Rechte. 1945 bis 2025*, i.E. Bonn 2026.

Wertebereich« ziele. In diesem Sektor widme man sich »Fragen der Ästhetik, politisch-kulturelle[n] Arrangements und der lebensgeschichtlichen Bestätigung«, wobei die konkreten Ausgestaltungen dieser Traditionspflege vielfältig seien und von Dichterlesungen, musischen Veranstaltungen und anderen »Gemeinschaftserlebnisse stiftenden Treffen« bis hin zu organisierten Bildungsreisen reichten.<sup>27</sup>

## Neue Quellen, erweiterte Perspektiven

Neue Studien, wie wir sie in diesem Band vereinigen, machen Rechtsradikale sichtbar, die oft keiner Partei beitraten, aber sich in Vereinen, Versammlungen oder an bestimmten Orten trafen und dort gesellig ihre Einstellungen ausbauten. Die Parteien, die diese Lebenswelt politisch repräsentierten, wechselten und waren gerade bei der radikalen Rechten oft zerstritten. Im rechtsradikalen Milieu waren die Verbindungen dennoch vielfältig. Durch die Milieuanalyse werden so auch Frauen als Teil der radikalen Rechten fassbarer, da sie besonders selten Parteien beitraten. Der Ansatz erlaubt zudem, über den Nukleus der organisierten Rechten hinaus ihr Umfeld einzubeziehen, etwa Freunde, wohlwollende Nachbarn oder Kollegen, die zumindest partiell diese Lebenswelt teilten. Der Beitrag von *Dominik Rigoll* unterstreicht mit biografischen Fallstudien diese fließenden Übergänge zwischen Rechten und Konservativen. Politisch aktive Nationalistinnen und Nationalisten konnten sich in konservativ geprägten Kontexten bewegen, ohne sogleich als rechtsradikal oder rechtspopulistisch erkannt und ausgegrenzt zu werden. Allerdings kamen, wie am Beispiel der Zerschlagung des Naumann-Kreises 1953 und der Spiegel-Affäre verdeutlicht, mitunter »Ereignisketten« auf, die diese Verbindungen und damit das nationalistische Potential vor Augen führten.

Über Diskurse hinaus rücken so Praktiken in den Vordergrund, die wiederum Deutungen prägen. Dies ermöglicht auch, die radikale Rechte in der DDR zu untersuchen, wo rechtsradikale Parteien und Vereine verboten waren und nicht offiziell entstehen konnten. Doch offensichtlich bestanden auch in der DDR rechtsradikale Lebenswelten, die im Laufe der 1970/80er Jahre durch ihre rassistische Gewalt sichtbar wurden.<sup>28</sup> Besonders Auswertungen der Stasi-Berichte unterstreichen, wie häu-

27 Dudek/Jaschke (Anm. 5), S. 41-43.

28 Vgl. die eingereichte Dissertation von Eric Angermann: Neonazismus in Bewegung. Entstehung, Vernetzung und lokale Verankerung in Ost- und Westdeutschland (1983-1992).

fig rechtsradikale Gruppen dabei mit Liedern und lauten Sprüchen auf den Nationalsozialismus rekurrierten, selbst im MfS-Regiment Feliks Dzierzynski.<sup>29</sup> Bislang wurde für die DDR vor allem die rechtsradikale Jugendkultur betrachtet, besonders im Kontext von Fußballfans und Skinheads, die rassistisch motiviert auftraten und zuschlugen.<sup>30</sup>

Begrifflich wurde diese Lebenswelt früh als »rechte Subkultur« und »Szene« gefasst, mit »Szene-Unternehmern«, die Kleidung, Musik und Veranstaltungen anboten, wobei jeder zugleich Akteur und Zuschauer sei.<sup>31</sup> Gerade die Kleidung setzte dabei auch kommerzialisierte Akzente, die Gewaltsymbole provokativ zur Schau stellten.<sup>32</sup> Gezielte Tabubrüche und Gewalt sicherten dabei eine mediale Aufmerksamkeit und Werbung. Untersuchungen zu Lebensläufen unterstrichen, gerade auch für junge Frauen, die Bedeutung von »Cliques« mit ihren Ein- und Ausgrenzungsmechanismen.<sup>33</sup> Umstritten blieben die wenigen Versuche, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben.<sup>34</sup>

Vor allem drei Schlüsselkonflikte dürften schubweise die Vergemeinschaftung rechtsradikaler Lebenswelten gefördert haben. Dazu zählt erstens die Besatzungsphase nach 1945 und die Präsenz der Alliierten in der Bundesrepublik. Die Wahrnehmung einer »Umerziehung«, die Verurteilungen von NS-Tätern, die Teilung Deutschlands und die zunächst eingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik deuteten Rechtsradikale, aber auch Teile der Konservativen, als eine Unterdrückung durch fremde

29 Vgl. besonders die umfangreichen Auswertungen der MfS-Akten von Harry Waibel, etwa: ders.: Rechte Kontinuitäten. Rassismus und Neonazismus in Deutschland seit 1945, Hamburg 2022, S. 211-229.

30 Vgl. neben Waibels Werk: Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin, 2014; Gideon Botsch: From Skinhead Subculture to Radical Right Movement: The Development of a »National Opposition« in East Germany, in: Contemporary European History (CEH), Volume 21, Issue 4, November 2012, S. 553-573.

31 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: Neonazismus und rechte Subkultur, in: dies. (Hg.), Neonazis und rechte Subkultur, Berlin 1994, S. 7-14, S. 8.

32 Für die 2010er Jahre analysiert in: Cynthia Miller-Idriss: The Extreme Gone Mainstream: Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany, Princeton 2017.

33 Michaela Köttig: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biografische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen 2004, S. 365-368.

34 Jan Schedler, Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 285-324. Werner Bergmann, Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben, in: Bergmann/Erb (Anm. 31), S. 183.

Mächte, was eine Gegenmobilisierung förderte. Seit den 1960er Jahren vermittelte zweitens die erstarkte Linke ein Bedrohungsgefühl, das ein abgrenzendes Zusammenrücken der Rechten begünstigte. Die Angst vor der »Sexwelle«, vor »Gammlern« und einer angeblich verwehrten linksradikalen Jugend löste ein konkretes Gegen-Engagement aus.<sup>35</sup> Besonders das Feindbild der »68er« und der damit assoziierten Werte und Lebensformen stärkte eine radikale Abgrenzung, die bis heute im Alltag im Hass gegen die Grünen einen vergemeinschaftenden Effekt hat. Wie *Sebastian Bischoff* anhand von rechtsradikalen Kampagnen gegen die »Porno-Welle« verdeutlicht, konnte so auch das bürgerliche Milieu angesprochen werden. Die sozialliberale Koalition ab 1969 zementierte zusätzlich die Wahrnehmung einer neuen linken Übermacht in der Gesellschaft und ihre Ostpolitik mobilisierte zur Gegenwehr, nicht nur in der »Aktion Widerstand« 1970/71. Einen dritten Schub bei der Ausbildung rechtsradikaler Lebenswelten bewirkte schließlich die öffentliche Deutung der Migration, wie sie besonders ab Ende der 1970er im Westen und seit 1990 in Ostdeutschland einsetzte. Der hier aufgebrachte Glaube, Deutschland sei durch Migration bedroht, förderte rechtsradikale Vergemeinschaftungen. Diese sich überlappenden Wahrnehmungen einer Hegemonie »der Amerikaner«, »Russen« und der »68er« förderte eine nationalistische Vergemeinschaftung mit Gegenerzählungen, eigenen Kommunikationsstrukturen und abgegrenzter Ästhetik. Referenzen zum NS schimmerten dabei wieder auf.

Aus diesen subjektiv wahrgenommenen Schlüsselkonflikten entstanden neue Formen der rechtsradikalen Gemeinschaftsbildungen, die sich als Gegenwelten verstehen lassen. Generell kann man für die Zeit nach 1945 zunächst eine Neuformierung eines nationalistischen Milieus ausmachen, das die gemäßigte, die radikale und die extreme Rechte mit fließenden Übergängen und partiellen Abgrenzungen umschloss und damit auch Wähler unterschiedlicher Parteien. Nach dem Verbot rechtsradikaler Vereine nach 1945 und unter dem Blick der Alliierten und der Weltöffentlichkeit formierte sich die rechtsradikale Lebenswelt zunächst eher in informellen Treffen oder in kleineren festen Organisationen, wie der Wiking-Jugend. Wie der Artikel von *Niklas Krawinkel* verdeutlicht, sollte die Wiking-Jugend in Abgrenzung zu moralisch verdorbenen »Gammlern« eine körperlich gestählte Führungselite für morgen erziehen.

35 Vgl. etwa neben den Beiträgen von Sebastian Bischoff, Niklas Krawinkel und Laura Haßler in diesem Band: Sebastian Bischoff: Nation und Perversion. Der »Anti-Porno-Anwalt« Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalanationalistische Rechte, 1969-1975, in: *Geschichte und Gesellschaft* 48.4 (2022), S. 584-618.

Entsprechend trat das Führungspersonal der Wiking-Jugend für eine Euthanasie an behinderten Menschen ein. Aus dieser rechtsradikalen Organisationskultur entsprossen später auch die Rechtsterroristen, wie *Darius Muschiol* detailliert nachweist.<sup>36</sup> Muschiol verdeutlicht damit zugleich, dass es sich nicht um »Einzeltäter« handelte, wie die Justiz, Politik und auch Teile der Medien verharmlosend betonten; auch der Rechtsterrorismus der alten Bundesrepublik basierte, wie auch die RAF, auf einem breiteren Umfeld von Sympathisanten und Unterstützern.<sup>37</sup>

Die Fallstudien in diesem Buch behandeln die rechtsradikale Organisationskultur im engeren Sinne. Um das nationalistische Milieu im weiteren Sinne zu erforschen, sollten künftig auch traditionelle Vereine einbezogen werden – etwa Soldatenvereine wie der erneut begründete Stahlhelm, der Anfang der 1950er Jahre noch sehr mitgliederstark war und sich zunehmend zu einer kleineren rechtsradikalen Organisation entwickelte.<sup>38</sup> Das Erbe der klassischen Kriegervereine traten vor allem Schützenvereine an, die ebenfalls das Tragen von Uniformen, Umzüge und das Schießen mit Waffen legitimierten. Natürlich waren die Mitglieder von Schützen- und Kriegervereinen in den 1950er Jahren nicht mehrheitlich rechtsradikal, aber derartige Vereine boten für unterschiedliche nationalistische Gruppen im weiteren Sinne Räume der Selbstverständigung.<sup>39</sup> Zudem sind informelle Treffpunkte der extremen Rechten einzubeziehen, wie etwa die Gärtnerei des Ehepaars Müller im Mainzer Stadtteil Gonsenheim, die regelmäßig Feiern und Treffen veranstaltete.

Nationalismus, Antikommunismus, Antisemitismus und Rassismus bildeten gemeinsame Grundwerte. Dennoch war und blieb die radikale Rechte ideologisch vielfältig und wies auch in ihrer Lebenswelt große Differenzen auf. Kulturell und von ihren Alltagsnetzwerken blieb zwischen rassistischen Skinheads und großbürgerlichen Nationalisten, wie sie etwa im Naumann-Kreis zusammenkamen, eine Diskrepanz. Ebenso markant war die generationelle Differenz: Alte Nationalsozialisten, die die Grundideen des Nationalsozialismus weiterhin positiv bewerteten, trafen auf eine

36 Damit erweitert er die stärker auf die biografisch und auf den Tathergang ausgerichtete Forschung; vgl. zuletzt: Hendrik Puls/Fabian Virchow (Hg.): Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2023; Uffa Jensen: Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2022.

37 Vgl., ausführlich: Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024.

38 Dennis Werberg: Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten. Eine Veteranenorganisation und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, Berlin 2023, S. 303-340.

39 Bösch (Anm. 7), S. 193-195.

jüngere Generation, die sich eher gegen den von ihr wahrgenommenen Kulturverfall oder die Migration formierte. Blickt man auf Fotos und Aufnahmen aus der Lebenswelt der radikalen Rechten, so finden sich jedoch immer wieder Belege für Schnittmengen und Orte der Begegnung.

Für eine Forschung, die die rechtsradikale Lebenswelt als Grundlage von Parteien, Ideologie oder Gewalt betrachtet, sind unterschiedliche Zugänge denkbar. Zunächst bietet sich die Analyse von sozialen Netzwerken an, die von Familien und Nachbarn bis hin zu organisierten Geselligkeiten reichen, von Korrespondenzen in Zeitschriften bis zu Vereinen. Lohnenswert ist zudem eine raumbezogene Analyse. Generell lassen sich dabei zwei Trends fokussieren. Zum einen erschlossen sich rechtsradikale Gruppen, insbesondere Jugendliche, urbane Räume: Jugendzentren, Bahnhöfe oder Discos wurden zu Räumen gewaltsamer Konflikte, insbesondere mit den dortigen linksalternativen Milieus und Migrantinnen und Migranten.<sup>40</sup> Die vielfältigen Berichte über die »National befreiten Zonen« wären hier in ihre Kontexte einzubetten, wobei die oft zitierten »Baseballschlägerjahre« in westdeutschen Städten der 1980er Jahre begannen, bevor sie dann nach 1990 in Ostdeutschland eskalierten.<sup>41</sup>

Zum anderen etablierten sich die Rechtsradikalen gezielt in der ländlichen Provinz. Dies verbanden sie mit einer Preisung des ländlichen Lebens als Gegenentwurf zur Großstadt. Tatsächlich hatte dies auch pragmatische Gründe: Hier fanden sie finanziell günstige Freiräume mit wenig Beobachtung. *Anette Schlimm* zeigt in ihrem Beitrag konzeptionell auf, wie der ländliche Raum (»die Provinz«) zu untersuchen wäre, auch unter dem Einbezug und der Erweiterung bisheriger sozialwissenschaftlicher Studien zu historischen Kontinuitäten, Enttäuschungserfahrungen oder Gelegenheitsstrukturen.

Einen wichtigen Teil von rechtsradikalen Lebenswelten bildeten Medien. Der lebensweltlich orientierte Blick begreift sie nicht ausschließlich als Träger von Inhalten, die viele diskursanalytische oder ideologiekritische Studien in den Mittelpunkt stellen. Vielmehr ermöglichten sie soziale Interaktionen. Allein das Erstellen und Verreiben von rechtsradikalen Medien förderte eine aktive Vernetzung zwischen den Schreibenden und ihrem Umfeld. Auch der Vertrieb der Medien schuf Begegnungsräume, etwa bei Kiosken, die Periodika wie die *National-Zeitung* verkauften. Ge-

40 Das gilt auch für Ostdeutschland: Johannes Schütz: Rassistische Gewalt in der späten DDR. Ereignisketten und soziale Kontexte an einem Beispiel aus Sachsen, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 63 (2023), S. 173-191.

41 Vgl. jetzt Felix Krebs: Hamburgs »Baseballschlägerjahre«. Rechte und rassistische Gewalt in den 1980er-Jahren. Gesellschaftliche Bedingungen und staatliche Reaktionen, Hamburg 2025.

rade weil bestimmte Zeitschriften, Flugblätter oder auch Bücher nicht ohne weiteres zugänglich waren, wurden sie weitergereicht, was ebenfalls lebensweltliche Zugehörigkeit konstituierte. Kleinanzeigen in den Blättern ermöglichten Verbindungen und eröffneten heute Einblicke in die damalige rechte Lebenswelt – von der Partnersuche bis hin zum Verkauf von NS-Devotionalien. Auch im medialen Bereich waren dabei, wie bei den Vereinen, die Grenzen der rechtsradikalen Lebenswelt fließend, da auch Boulevard-Blätter wie die BILD-Zeitung oder konservative Lokalzeitungen oft Teil dieser Lebenswelt waren. *Marie Müller Zetzsche* zeigt anhand der Zeitschrift *Nation Europa*, wie Coburg durch das dort verlegte Blatt zu einem rechtsradikalen Zentrum wurde. Da die Grenzen zwischen Autoren und Lesern oft verschwammen und die Aktivitäten über Redaktionsarbeit hinausreichten, formte das Blatt über die Jahrzehnte eine rechtsradikale Gemeinschaft. Politische Schriftsteller verbreiteten Versatzstücke ihrer rechten Ideologie, und jüngere Autoren knüpften Verbindungen zu intellektuellen Vorbildern der Zwischenkriegszeit. Wie *Darius Muschiol* verdeutlicht, ermöglichten radikalere Blätter wie *Die Bauernschaft* sogar die Vernetzung von angehenden Rechtsterroristen.

Die Lebenswelt wird oft als Freizeit gedacht. Zugleich wurde für andere Milieus bereits herausgestellt, dass auch die Ausbildung und die Arbeitswelt die politische Sozialisation im Alltag prägten: von den Schulen und Krankenhäusern des katholischen Milieus bis hin zu den Bio-Bäckern, roten Buchläden und Fahrradwerkstätten des linksalternativen Milieus, die jeweils Kommunikationsknoten waren. Von einzelnen Beispielen abgesehen ist wenig bekannt, inwieweit dies auch die rechtsradikale Lebenswelt beeinflusste, etwa durch entsprechend rechtsradikal orientierte Arbeitgeber oder Gruppen in Unternehmen. Wenig wissen wir auch darüber, wie Rechtsradikale im öffentlichen Dienst agierten, etwa in der Polizei oder als Geschichtslehrer. 1972 machte das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Bericht 1413 Personen im öffentlichen Dienst in rechtsextremen Organisationen aus, darunter 50 Polizisten. Erste Lokalstudien deuten an, dass NPD-Aktivist\*innen in der Polizei in den 1970er Jahren nicht als Problem galten, während DKP-Mitglieder suspendiert oder gar nicht erst eingestellt wurden. Erst ab 1979 wurden, unter öffentlichem Druck, gegen aktive NPD-Funktionäre Verfahren eingeleitet.<sup>42</sup> Eine Lokalstudie zu rechtsradikalen Lehrern zeigt etwa, dass diese bis Anfang der 1980er

42 Vgl. Josephine Laag: »Rechtsextreme in der Polizei in Süddeutschland in den langen 1970er Jahren«, Masterarbeit Universität Potsdam 2024.

Jahre ihre Posten behalten konnten; erst ab 1985 wurde etwa ein Holocaust-Leugner gerichtlich aus dem Schuldienst entlassen.<sup>43</sup>

Offensichtlich zogen einzelne Berufsfelder verstärkt Rechtsradikale an. *Jakob Saß* zeigt in diesem Band für die Bundeswehr auf, wie Bundeswehr-Kasernen zur Lebenswelt und Sozialisationsinstanz für Rechtsterroristen wurden. Anhand der rechtsterroristischen »Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe« verdeutlicht er, wie sich dort gewaltbereite, vorbestrafte Neonazis im Rahmen einer Eliteausbildung vernetzen konnten, insbesondere im Jägerbataillon 162 in Wentorf bei Hamburg. In der dortigen Bibliothek gab es NS-Literatur und Verherrlichungen des Zweiten Weltkrieges. Im Unteroffiziers-Keller hörten sie »alte Platten« und feierten jährlich am 20. April den »Führergeburtstag« mit einer Bronzestatue vom »Führer« und großem Hakenkreuz an der Wand. Die Bundeswehr bot somit eine schützende »Gelegenheitsstruktur«, auch um Waffen zu stehlen. Nach der Militärzeit, gerade auch nach dem Rauswurf, knüpften sie an diese Zeit in Wehrsportgruppen an und bewahrten so ihre Identität als Krieger.

Die Ausbildung rechtsradikaler Lebenswelten erfolgte in einer Phase, in der sich klassische Milieus auflösten und die Individualisierung an Bedeutung gewann. Besonders zwischen der im Nationalsozialismus sozialisierten Generation und der jüngeren kam es hier zu Spannungen, nicht nur im Rahmen der 68er-Bewegung. Der Beitrag von *Laura Haßler* untersucht, wie Rechtsradikale versuchten, die alten nationalistischen Inhalte der Volks- und Leistungsgemeinschaft mit einem neuen Anspruch auf Individualisierung (in der Nation) zu versöhnen. Wie sie aufzeigt, adaptierten junge Rechtsradikale lebensweltliche Praktiken, die eigentlich eher bei der linken Jugend aufkamen. So beteiligten sie sich an Interrail-Reisen, Fahrten nach Goa oder besuchten Flohmärkte. Ebenso übernahmen sie systematisch Protesttechniken der Linken, wie Go-Ins, Happenings oder Schüler-Zeitungen mit Comics. Auch die langen Haare und Lederjacken der jungen Rechtsradikalen unterstrichen, wie sie Habitus und Praktiken aus dem linksalternativen Milieu aufgriffen. Die Popkultur und die damit verbundenen Praktiken gewannen eine solche Ausstrahlungskraft, dass selbst rechtsradikale Gegner des liberalen Wandels daran anschlossen. Diese Perspektive bricht damit Klischees über Rechtsradikale auf, die oft als hierarchische rasierte Köpfe gelten.

Generell kann der lebensweltliche Ansatz es so auch ermöglichen, den Habitus und die Ästhetik der Rechtsradikalen zu untersuchen. Über die

43 Christian Philipp: Drei Lehrer im rechten Zwielficht – Der Kausch-Skandal in Hann. Münden 1978 und seine Folgen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 73.3. (2024), S. 245-261.

leicht entzifferbare Kleidung hinaus geht es um Erkennungsmerkmale für authentische Zugehörigkeit, die Gruppen einüben; etwa der Stil zu sprechen, sich zu kleiden, sich zu verhalten. Hierzu gehören auch spezifische Geschlechterrollen in einer männlich geprägten Lebenswelt. Besonders die gewaltbereite Rechte war männlich dominiert, aber selbst bei rechtsterroristischen Anschlägen waren auch Frauen unterstützend beteiligt.

Nach dem Parteiverbot für die SRP 1952 mussten Rechtsradikale fürchten, dass ihre politischen Organisationen ebenfalls verboten werden. Lebensweltliche Organisationen hatten jedoch eine größere Chance, den Verboten zu entgehen. Wie *Niklas Krawinkel* argumentiert, traf selbst die Wiking-Jugend deshalb noch länger auf Akzeptanz bei der Justiz. Selbst Wehrsportgruppen durften erstaunlich lange bestehen. Wenn eine Organisation wie die Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) tatsächlich verboten wurde, konnte der Prozess dazu dienen, das rechtsradikale Milieu zu mobilisieren. Wie *Karsten Wilke* analysiert, nutzten Unterstützer den Prozess, um über die Medienöffentlichkeit die Solidarität mit den Angeklagten auszudrücken und so den vorpolitischen Raum zu erreichen. Dabei präsentierten sich die Rechtsradikalen zugleich als politische Elite und Opfer von Willkürmaßnahmen.

## Transnationale Perspektiven

Der Begriff Lebenswelt umschreibt Nahräume der Begegnung und Kommunikation. Im Rahmen der Globalisierungsschübe des 20. Jahrhunderts vernetzten sich jedoch auch die Rechtsradikalen zunehmend grenzübergreifend. Für die radikale Linke wurde vielfach thematisiert, wie die transnationale Vernetzung mit palästinensischen oder lateinamerikanischen Terroristen die Gewaltbereitschaft und -praktiken prägte. Auch beim Rechtsterrorismus lässt sich derartiges frühzeitig ausmachen, so bereits in den 1960er Jahren bei den Anschlägen in Südtirol.<sup>44</sup> Wie *Darius Muschiol* in diesem Band unterstreicht, förderten in den 1970er Jahren etwa die jährlichen Treffen westeuropäischer Rechtsradikaler in der belgischen Stadt Diksmuide Vernetzungen für spätere bundesdeutsche Rechtsterroristen. Wie *Graham Macklin* in diesem Band verdeutlicht, kooperierten auch Gruppen wie die Wiking-Jugend und der Bund Heimattreuer Jugend mit englischen rechtsradikalen Organisationen, sogar mit Austauschprogrammen. Oswald Mosley, der Vorsitzende der rechtsradikalen Union Movement,

44 Darius Muschiol (Anm. 37), S. 270-287.

erwies sich als zentraler Förderer westeuropäischer Vernetzungen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Zu den zentralen rechtsextremistischen Netzwerkern zählte Manfred Roeder, der durch Aktionen, Schriften und Organisationen wirkte, wie auch durch die rechtsterroristische Organisation »Deutsche Aktionsgruppen«.45 *Annelotte Janses* Beitrag unterstreicht, wie sich Roeder durch seine vielfältigen Auslandsreisen und dortigen Begegnungen radikalisierte. Nach seiner USA-Reise 1976 wurde seine Sprache noch militanter, weil die Spielräume für eine Bewaffnung in den USA größer waren. Nach seiner Brasilienreise 1978 erklärte er sich zum Reichsverweser und Nachfolger von Dönitz. Die für ihn enttäuschend verlaufenen Kontakte nach Iran und zur PLO förderten nicht nur bei ihm den gewaltbereiten Kampf gegen die angebliche »Überfremdung«.

## Dank

Dieser Band entstand aus einer Fachtagung mit sehr großem Zulauf, die im Juni 2024 am ZZF Potsdam stattfand. Wir danken allen, die diese Veranstaltung inhaltlich und organisatorisch möglich gemacht haben, und besonders denen, die hier vorgetragen, kommentiert oder mitdiskutiert haben. Das gilt insbesondere für die Unterstützerinnen und Unterstützer des »Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises extreme Rechte (ZAER)«, der seit seiner Gründung 2019 zweimal jährlich neue Forschungen in dem Feld debattiert. Möglich wurden die Forschung und der Austausch durch das größere Forschungsprojekt »Die radikale Rechte in Deutschland 1945-2000«, das die beiden Herausgeber 2020 bei der VolkswagenStiftung eingeworben haben; wir danken der Stiftung für eine unkomplizierte Förderung. Die Hans-Böckler-Stiftung finanzierte weitere Stipendien für Promotionen. Bisher konnten aus diesem Projekt, nachdem Darius Mutschols Buch über den Rechtsterrorismus in der Bonner Republik 2024 erschienen war, vier Buchmanuskripte und Dissertationen abgeschlossen werden (Jakob Saß zu Rechtsradikalen bei der Bundeswehr, Laura Haßler zu den Jungen Nationaldemokraten, Marie Müller-Zetzsche zu frühen Zeitschriften und Dominik Rigoll zu rechten Parteien). Weitere Studien zur Männlichkeit (Lea Tewes), zur rechten Opposition gegen die DDR (Hendrik Wehling), zum Pogrom in Rostock 1992 (Johann Henningsen) und zum deutsch-deutschen Agieren (Eric Angermann) werden folgen. Unser Dank gilt schließlich Marcel Matthes, der das Lektorat unterstützte.

45 Vgl. Florian Schubert: »Terrorismus ist die einzige Hoffnung für Deutschland!« – Die »Deutschen Aktionsgruppen«, in: Puls/Virchow (Anm. 36), S. 65-92.



# Lebenswelten des Rechtsterrorismus



# Gruppen, Szenetreffs, Publikationen

## Die Lebenswelt von Rechtsterroristen

DARIUS MUSCHIOL

»Die Neonazis besuchten einander, feierten Partys, fuhren zu Demos und Konzerten. Es war immer irgendwo etwas los. In der Kameradschaft hielten sie zusammen, gegen die politischen Feinde, gegen die Polizei und den Staat. Es gab Diskussionen über die richtige Strategie und, wie einer der Teilnehmer später berichtet, auch über den Einsatz von Gewalt.«<sup>1</sup> Diese Charakterisierung der ostdeutschen Neonazi-Szene der 1990er Jahre von Tanjev Schultz gibt einen Einblick, in welchem Milieu sich das Trio Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bewegte, bevor es untertauchte und unter der selbstgegebenen Bezeichnung eines »Nationalsozialistischen Untergrundes« (*NSU*) eine beispiellose Mordserie startete. Doch was hatte diese Lebenswelt mit den Rechtsterroristen zu tun? Welche Rolle und Funktion nahm sie bei Protagonisten ein, die sich irgendwann dazu entschlossen, ihrem politischen Ansinnen mit Sprengstoff und Waffen Geltung zu verschaffen?

Dieser Aufsatz, der sich auf eine zeithistorische Untersuchung rechtsterroristischer Akteure vor 1990 fokussiert, argumentiert, dass die rechtsradikale Lebenswelt für den Rechtsterrorismus von zentraler Bedeutung war. Die zeitgenössisch vielfach als Einzeltäter oder »Spinner« abqualifizierten Akteure waren, so die Argumentation, entscheidend in einen lebensweltlichen Kontext eingebunden, der sie nachhaltig prägte, etwa bei ihrer Radikalisierung, Vernetzung und Kommunikation. Dieser Ansatz verdeutlicht, dass es sich bei den Rechtsterroristen kaum um Einzeltäter handelte, sondern dass sie im Kontext einer rechtsradikalen Lebenswelt und deren Netzwerken agierten.<sup>2</sup> Hierfür analysiert der Artikel erstens soziale Räume wie rechtsextreme Gruppierungen und Parteien; zweitens untersucht er geographische Orte wie rechtsextreme Szenetreffpunkte; und drittens mediale Räume wie rechtsextreme Publikationen. Erforscht

1 Tanjev Schultz: *NSU. Der Terror von rechts und das Versagen des Staates*, München 2018, S. 59.

2 Der Artikel erweitert Teile meiner Dissertation: Darius Muschiol: *Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2024.

wurden diese Interaktionen für rechtsterroristische Akteure vor 1990 bislang kaum. Und das obwohl in jenem Zeitraum drei Rechtsterrorismusphasen auszumachen sind (1961-1966, 1968-1972, 1977-1982), die als verbindendes Element einen Vigilantismus aufwiesen, in dessen Zentrum ein völkisch definierter deutscher Nationalstaat stand. Während für den *NSU* einige umfangreiche journalistische und wissenschaftliche Werke vorliegen, die auch den Lebens- und Radikalisierungsweg des Terror-Trios nachzeichnen,<sup>3</sup> fand der Rechtsterrorismus vor 1990 lange weniger Aufmerksamkeit, zumal er auch erst auf die Zeit seit den späten 1970er Jahren datiert wurde.<sup>4</sup> Zudem wurden die Rechtsterroristen vielfach pathologisiert und entideologisiert, was sie und ihre Gruppen, Verbindungen und Strukturen uninteressanter scheinen ließ.<sup>5</sup> Eine genaue Betrachtung der rechtsterroristischen Akteure und ihrer Handlungskontexte vor 1990 offenbart jedoch eine völlig andere Perspektive: Die Rechtsterroristen handelten gezielt und nicht nur individuell, sondern aus einem Umfeld heraus, das eben jene Protagonisten hervorbrachte: die rechtsradikale Lebenswelt. Auf Basis von Archivakten, insbesondere von Gerichtsunterlagen, rekonstruiert dieser Beitrag diese vielfältigen Vernetzungen zwischen den Rechtsterroristen und ihrem Umfeld.

## Soziale Orte der Radikalisierung

Wo, wann und wie begann der Prozess, an dessen Ende der terroristische Gewaltakt stand? Wo erlernten Rechtsterroristen ihre Ideologie, wo bekamen sie das praktische Wissen vermittelt, wo wurden die Feindbilder (die später zu Anschlagzielen wurden) tradiert? Das rechtsradikale Milieu brachte bis 1990 über 130 Rechtsterroristen hervor. Zentral war hierfür ein Radikalisierungsprozess, den die Akteure in mal kürzerer, mal längerer Zeit durchliefen. Er zeigte sich zunächst einmal in Form einer ideologischen Beeinflussung durch rechtsextreme Organisationen oder Me-

3 Vgl. etwa: Schultz (Anm. 1); Matthias Quent, *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus*, Weinheim/Basel 2019.

4 Vgl. Friedhelm Neidhardt: *Linker und rechter Terrorismus*, in: Wanda von Baeyer-Katte (u. a.) (Hg.): *Gruppenprozesse*, Opladen 1982, S. 434-476; auch jüngere Veröffentlichungen fokussierten sich analytisch stark auf diesen Zeitraum. Siehe dazu die Artikel von Barbara Manthe, insbesondere dies.: *Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (68) 2020, S. 63-93.

5 Vgl. etwa Bernhard Rabert: *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995.

dien. In der ersten Terrorismusphase der 1960er stach hierbei insbesondere die *Deutsche Reichspartei (DRP)* hervor. Ihr gehörten etwa Mitglieder der *Gruppe Sonnemann*, der *Gruppe Ruppel/Rheinheimer/Lindner (GRRL)* sowie mehrere in Südtirol aktive Terroristen an. In Südtirol verübten mehrere bundesdeutsche Akteure zahlreiche Anschläge mit dem Fernziel, das (völkisch definierte) deutsche Staatsgebilde zu erweitern. Die geopolitische Situation Deutschlands nach 1945 wurde als große Schmach wahrgenommen und Südtirol galt den Akteuren mitunter als Laboratorium ihrer großdeutschen (Reichs-)Phantasien. Dass einige von ihnen einen Hintergrund in der *DRP* besaßen, verwundert wenig, hing die Partei doch auch weiterhin einem Reichsgedanken an, der nicht nur durch ihren Namen sichtbar wurde. So griff sie weiterhin auf die Reichs-Farben Schwarz-Weiß-Rot zurück, »die mit der Erinnerung an eine große deutsche Vergangenheit verknüpft sind und für Gegenwart und Zukunft verpflichtet.«<sup>6</sup> Die Reichsidee nahm in der Partei laut den Rechtsextremismusforschern Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke »quasireligiöse Züge«<sup>7</sup> an. So war im Herbst 1959 in der Parteizeitung *Reichsruf* zu lesen: »Der Auftrag zum Reich ist geblieben. Er ist sogar zwingender und größer geworden als je zuvor. Hier und nirgendwo anders liegt die Trennungslinie zwischen Bonn und den Reichsdeutschen.«<sup>8</sup> Worte, die offenbar nicht wirkungslos blieben. So wurde Herbert Kühn (*Gruppe Büniger/Kühn*) durch die *DRP*-Wochenzeitung *Reichsruf* »auf die Südtirolfrage aufmerksam.«<sup>9</sup> Wie später das Landgericht Köln feststellte, nahm er »an Flugblatt- und Plakataktionen« teil, »die sich auf die Teilung Deutschlands und das Südtirolproblem bezogen«. *Reichsruf*-Leser war auch Günter Sonnemann<sup>10</sup> (*Gruppe Sonnemann*), der vor Gericht erklärte, »er sei nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches durch das Studium nazistischer Literatur zu der Auffassung gelangt, dass der Nationalsozialismus der »einzig gangbare Weg zur Rettung Deutschlands« sei.«<sup>11</sup>

Die *DRP* gehörte, neben rechtsorientierten Burschenschaften, zu den prägendsten Institutionen der Akteure der ersten Rechtsterrorismusphase. Doch schon mit der *GRRL* bildete sich Mitte der 1960er Jahre erstmals eine

6 Zitiert nach: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen 1984, S. 210.

7 Ebd., S. 215.

8 *Reichsruf* 25. 10. 1959, zitiert nach: ebd., S. 217.

9 Hier und im Folgenden: Landgericht Köln: Urteil, 29. 5. 1980, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LAV NRW) R, Gerichte Rep. 248 Nr. 395, Bd. 1, S. 10 f.

10 Vgl. Bundesgerichtshofs: Urteil, 30. 3. 1962, Bundearchiv Koblenz (BArchK), B 362/6641, S. 6.

11 Der Bund, 27. 3. 1962, S. 1.

terroristische Vereinigung, deren Mitglieder der gerade 1964 gegründeten *NPD* nahestanden.<sup>12</sup> Nachdem die *NPD* 1969 ihren Höchststand an Mitgliedern und Wahlerfolgen erreicht hatte, begann eine lange andauernde Abstiegsphase an der Wahlurne und hinsichtlich des Mitgliederbestandes.<sup>13</sup> Dies führte zu einer Radikalisierung einiger (ehemaliger) Parteimitglieder, die nun den parlamentarischen Weg als gescheitert ansahen. Insbesondere die *Europäische Befreiungsfront (EBF)* war mit einstigen *NPD*-Kadern besetzt.<sup>14</sup> Auch die Mitglieder der *Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland (NSKG)* waren in rechtsextremen Gruppen und Parteien tätig gewesen. Diese rechtsextremen Organisationen boten den Akteuren eine lebensweltliche Heimat bestehend aus aktiver Mitgliedschaft (etwa als Funktionär), dem Beziehen von Literatur sowie Aktivitäten bei Demonstrationen, Veranstaltungen oder Ordner-Diensten.

In der dritten Terrorisierungsphase ab 1977 traten zahlreiche junge Rechtsterroristen auf, die zuvor in der 1975 gegründeten *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD)*<sup>15</sup> sozialisiert worden waren. Die Organisation entwickelte sich bis zu ihrem Verbot Anfang 1982 zu einem Gravitationszentrum der Radikalisierung vornehmlich junger, neonazistisch eingestellter Akteure. Mit der *Jungen Front (JF)* besaß sie auch eine eigene Jugendorganisation. Aktivitätszentren bildeten der Münchener und Frankfurter Raum. Prominentes Mitglied war etwa Frank Schubert (*Gruppe Koch*). Seine kompromisslose Haltung während seiner Zeit bei der *VSBD* zeigte sich unter anderem darin, dass er damals angab, viel Zeit und Leidenschaft in die politische Arbeit zu investieren, und dass diese eben »kein Hobby«<sup>16</sup> sei. Sein *VSBD*-Kamerad Walther Kexel (*Hepp/Kexel Gruppe*) formulierte es noch deutlicher: »Für mich ist das überhaupt Sinn des Lebens, Sinn des Lebens ist für mich Kampf, ja, und nicht irgendwie aus Vergnügen zu leben.«<sup>17</sup> Offensichtlich waren Kexel und Schubert hier stark von der *VSBD* geprägt, denn in deren Satzung wurde unter anderem über die Pflichten der Mitglieder festgehalten: »Sie müssen bereit sein, für die Idee des Volkssozialismus Opfer zu bringen, um das deutsche

12 Vgl. Bundesgerichtshof: Urteil, 9. II. 1966, BAChK, B 362/4987, S. 739 f.

13 Vgl. Dudek/Jaschke (Anm. 6), S. 285.

14 Vgl. Landgericht Düsseldorf: Urteil, 17. 7. 1972, LAV NRW R, Gerichte Rep. 388 Nr. 901, S. 7 ff.

15 Diese hatte ihren Ursprung jedoch bereits im Jahr 1971, als der (ehemalige) *NPD*-Aktivist Friedhelm Busse die Vorgängerorganisation Partei der Arbeit gründete (vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 242).

16 Zitiert nach: SoKo Rhein-Main: Asservatenauswertung, Wiesbaden, 30. 6. 1983, BAChK, B 362/8458, S. 34.

17 Zitiert nach: ebd.

Volk in seiner Gesamtheit in seiner volkssozialistischen Grundhaltung zu bestärken und erziehen zu können.«<sup>18</sup>

Neben offen neonazistisch agierenden Organisationen wie der *VSBD* existierte mit der *Wehrsportgruppe Hoffmann* bis Anfang der 1980er Jahre eine weitere Schlüsselorganisation im Radikalisierungsprozess von Rechtsterroristen.<sup>19</sup> Die Organisation entwickelte sich nach ihrer Gründung 1973 zu einem Durchlauferhitzer für den bundesdeutschen Rechtsterrorismus. Zahlreiche spätere Rechtsterroristen waren Mitglieder im Hoffmann-Trupp oder hatten zumindest mehrfach an Wehrsportübungen teilgenommen (z. B. Uwe Behrendt oder Gundolf Köhler). Neben körperlicher Ertüchtigung, Disziplin und Antikommunismus verinnerlichten die WSG-Leute vor allem das Ziel, sich auf den Kampf vorzubereiten: vornehmlich auf einen Einmarsch aus dem Osten oder einen Umsturz durch Linksextremisten. Somit war der von Gundolf Köhler verübte Anschlag auf dem Oktoberfest 1980 in gewisser Weise »nur« einen Schritt weiter gedacht: Er plante, den Anschlag linken Kreisen anzulasten, um so den im WSG-Umfeld erwarteten, von Linksextremisten vermeintlich herbeigeführten Ausnahmezustand selbst zu initiieren.

Hinzuweisen ist im Kontext ideologischer Beeinflussung zudem auf die wichtige Funktion rechtsextremer Jugendgruppen. Das gilt zunächst für die *Wiking-Jugend*, der etwa Ulrich Becker (*Gruppe Burger/Hennig*) und Uwe Rohwer (*Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe*, kurz *KSWG*) entstammten und zu der auch der Oktoberfestattentäter Gundolf Köhler Kontakt hatte. Die 1952 gegründete und 1994 vom Bundesinnenminister verbotene Organisation definierte sich selbst als »volkstreuere nordländische Jugendbewegung«. Zu ihren Aktivitäten gehörten »Zelt-, Wochenend-, Sommer-, Herbst-, Winter-, Berg- und Skilager, Wandern, Fahrten zu Kriegsgräbern, Erntedank- und Sonnenwendfeiern, Volkstanz und Drachenfliegen«.<sup>20</sup> Diese Aktivitäten fanden dabei nicht nur in Westdeutschland statt, sondern umfassten Reisen nach »Spanien, Flandern, Süd-Tirol, Schweden, Frankreich«.<sup>21</sup>

Eine zentrale Rolle nahm auch der *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)* ein. Dudek und Jaschke charakterisierten den *BHJ* als »einen Jugendbund im Spannungsfeld zwischen Politik und Pädagogik, zwischen rechtsextremem Kulturrevisionismus und erlebnispädagogischer Erziehungs-

18 VSBD: Satzung, München, 1. 3. 1975, Archiv für Soziale Bewegungen Freiburg, o. S.

19 Vgl. Rainer Fromm: Die »Wehrsportgruppe Hoffmann«, Frankfurt a. M. 1998; Uffa Jensen: Ein antisemitischer Doppelmord, Berlin 2022.

20 Grumke/Wagner (Anm. 15), S. 437.

21 Odfried Hepp: Abschrift, 6. 4. 1983, BArch, MfS AOPK 7896-91, Bd. 7, S. 160.

arbeit«. <sup>22</sup> Die Ursprünge der Organisation lagen Anfang der 1950er Jahre in Österreich. Die Arbeit der *BHJ* war vornehmlich durch die Abhaltung von gemeinsamen Treffen, Fahrten und Lagern bestimmt. Dabei wurde auch der Kontakt zur alten Generation gepflegt: 1966 wurde Hans-Ulrich Rudel auf einem Pfingstlager zum Ehrenmitglied der *BHJ* ernannt. <sup>23</sup> Der *BHJ* verfügte bereits in den 1960er Jahren über zahlreiche internationale Kontakte, etwa nach Südtirol, in den arabischen Raum sowie nach Großbritannien. <sup>24</sup> Es verwundert daher kaum, dass Mitglieder der Organisation in den Südtirol-Terrorismus involviert waren. So war Peter Kienesberger (*Gruppe Büniger/Kühn*) stark mit dem Umfeld der *BHJ* in Nürnberg vernetzt. Mitglieder der dortigen *BHJ*-Gruppe versorgten ihn bzw. den Bürger-Kreis wohl mit gestohlenem Sprengstoff. <sup>25</sup> Anfang der 1970er Jahre waren *BHJ*-Mitglieder in Anschlagspläne »auf DDR-Wachtposten an der Westberliner Zonengrenze« verwickelt. <sup>26</sup> Und mit Heinz Lembke (*Gruppe Lembke/Naumann*) und Odfried Hepp (*Hepp/Kexel Gruppe*) hatten auch Akteure aus der dritten Phase des bundesdeutschen Rechtsterrorismus die Organisation durchlaufen. Schaut man sich die Programmatik des *BHJ* genauer an, wird klar, weshalb er über Generationen hinweg von Bedeutung für den Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik war. So hielten Dudek und Jaschke fest: »Im Unterschied zum Volk wird das politische System, ›der Staat‹, als historische Organisationsform eines Volkes verstanden; er ist damit prinzipiell veränderbar, im Gegensatz zum Volk als einer zeitlosen, natürlichen Tatsache.« <sup>27</sup> Während gegenüber dem Staat bzw. seinen Grenzen also quasi ein Veränderungs-Auftrag vorlag, sollte gegenüber dem Volk die gegenteilige Maxime verfolgt werden: »Volkserhaltung«. <sup>28</sup> Mit dieser völkischen Grundhaltung deckte der *BHJ* grundsätzlich alle Feindbilder des westdeutschen Rechtsterrorismus vor 1990 ab: Entweder ging es darum, den Staat bzw. die Staatsgrenzen zu verändern, oder aber die »Konstante«, das Volk, vor Veränderung zu schützen. Damit stattete der *BHJ* die späteren Terroristen aus seinen Reihen mit einem entscheidenden

22 Dudek/Jaschke (Anm. 6), S. 436 ff.

23 Vgl. Ebd., S. 444.

24 Für den arabischen Raum vgl. DER SPIEGEL 19/1968, 5. 5. 1968, »Dt. Ansehen«; für Großbritannien vgl. Neue Zürcher Zeitung, 10. 8. 1965, »Die Verurteilung eines britischen Nazi in Karlsruhe«.

25 Vgl. Bayerisches Landeskriminalamt: Vorläufiger Schlussbericht, München, 24. 9. 1964, StArchivM, Staatsanwaltschaft 30717/3, S. 354 ff.

26 Neue Zürcher Nachrichten, 16. 7. 1971, »Rechtsradikale wollten schießen«.

27 Dudek/Jaschke (Anm. 6), S. 453.

28 Zit. nach ebd.

ideologischen Rüstzeug aus. Lediglich die Art der Umsetzung – in Form von gewaltsamen Anschlägen – war dann eine Frage der »Eigeninitiative«.

Ganz plastisch lässt sich dies im Falle Odfried Hepps darlegen. Er trat, auf Geheiß des Vaters, mit 12 Jahren dem *BHJ* bei und war dort bis zum 19. Lebensjahr aktiv. Hepp gab in einer Vernehmung an, dass ihn insbesondere die deutsche Teilung politisiert habe und »die Frage, wie es zu dieser widernatürlichen Teilung gekommen und wer für diese verantwortlich war«. Antwort habe er beim *BHJ* erhalten, wie er 1987 vor Gericht ausführte: »Dort wurde vor allem die Sowjetunion und der Kommunismus für die Teilung Deutschlands verantwortlich gemacht. Den westlichen Siegermächten des 2. Weltkrieges wurde aber ebenfalls Schuld zugemessen, da sie die Teilung nicht mit allen Mitteln verhindert hätten. Als Verteidiger der Demokratie seien sie daher unglaublich. In Wirklichkeit seien sie sogar aufgrund ihrer Macht- und Wirtschaftsinteressen an einer solchen Entwicklung interessiert gewesen. Das System der DDR war als eine von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwungene kommunistische Diktatur verhasst, während man die Bundesrepublik als unmündige Kolonie der Westmächte mit beschränkter Entscheidungsfreiheit verachtete.«<sup>29</sup> Der schon im *BHJ* tradierte Antiamerikanismus entwickelte sich bei Hepp dann einige Jahre später zum Leitmotiv seines Rechtsterrorismus. Überhaupt lehrte der *BHJ* nicht nur Ideologiefragmente, sondern auch Opferbereitschaft und persönliche Kriegstüchtigkeit: »Als höchstes Ziel der Jugenderziehung galt die mutige und selbstlose Bereitschaft zu kriegerischem Einsatz, der in entsprechender Literatur verherrlicht wurde. Am Lagerfeuer waren neben Volks- und Landsknechtsliedern – das sind die Kriegslieder der mittelalterlichen Söldner – aufpeitschende Kriegslieder der alten kaiserlichen Armee und der nationalsozialistischen Wehrmacht am beliebtesten.«<sup>30</sup> Gegenüber der DDR-Staatssicherheit gab Hepp zudem an: »Im *BHJ* wurde ein Spruch gelehrt, über den wir lachten, ›alles Notwendige ist gut.‹ Unser Spruch war, ›das Notwendige muß getan werden.‹ Wenn es um das Überleben unseres Volkes geht, gibt es keine Moral, die uns von der Notwendigkeit der Tat abhalten konnte.«<sup>31</sup> Diese Ausführung zeigt, dass es Hepp irgendwann darum ging, über das beim *BHJ* Gelernte hinauszugehen – und zur Tat überzugehen. An anderer Stelle erklärte Hepp der Stasi, dass »WJ und *BHJ*

29 Odfried Hepp: Stellungnahme vor dem OLG Frankfurt, 13. 10. 1987, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) N Hepp, Nr. 62, S. 6.

30 Ebd., S. 7.

31 Odfried Hepp: Ursachen und Motivation für meine terroristischen Aktivitäten (Ab-schrift), Berlin, 9. 3. 1983, BArch, MfS AOPK 7896-91, Bd. 7, S. 47.

lediglich die Funktion eines rechtsextremistischen Durchlauferhitzers« besäßen, »wobei die allermeisten Mitglieder später eine normale bürgerliche Laufbahn einschlagen, ohne sich politisch zu profilieren und nur ein geringer Teil Unterkommen bei radikaleren Gruppierungen sucht, um später durch terroristische Aktivitäten aufzufallen.«<sup>32</sup> Dies unterstreicht zu Recht, dass die Teilnahme an rechtsradikalen Jugendgruppen nicht zwangsläufig in den Terrorismus münden musste – aber konnte.

Zahlreiche spätere Rechtsterroristen wurden bereits zuvor durch einschlägige Straftaten auffällig. Am häufigsten war die Entstehung strafrechtlicher Delikte aus rechtsextremen Organisationen und Kontexten heraus bei Akteuren der dritten Rechtsterrorismusphase auszumachen. Nicht selten lag der Grund hierfür im Besitz oder Vertrieb rechtsextremer bzw. neonazistischer Publikationen, was insbesondere mit einer Organisation in Zusammenhang stand, nämlich der *NSDAP/AO* (AO stand dabei für Auslands- bzw. Aufbauorganisation). Bei ihr handelte es sich um eine 1972 vom US-Amerikaner Gary Lauck gegründete neonazistische Organisation, deren Haupttätigkeit darin bestand, aus der Illegalität heraus den Aufbau von Verbindungszellen sowie die Vertreibung von Propagandamaterialien zu organisieren.<sup>33</sup> Darunter war das eigene Publikationsorgan *NS Kampfruf*, das in nahezu jeder Ausgabe den Holocaust leugnete und zum Rassenhass anstachelte. Der Besitz und die Verbreitung des Pamphletes waren verboten, was den Konsum der etwa vier bis fünf Mal pro Jahr erscheinenden Schrift in neonazistischen Kreisen jedoch nicht verhinderte. Dies galt ebenso für ein weiteres Propagandamittel der von Gary Lauck geleiteten Organisation, nämlich Aufkleber. Sie waren verhältnismäßig einfach herzustellen und zu schmuggeln, konnten dafür aber eine umso größere Wirkung in der Öffentlichkeit entfalten. Der dazu notwendige Erwerb und die Verbreitung wurden ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von zahlreichen bundesdeutschen Rechtsextremisten übernommen.<sup>34</sup> Darunter auch etliche, die wenig später Aufkleber gegen Waffen und Sprengstoff eintauschen sollten, wie etwa von Mitgliedern der *Gruppe Otte*.<sup>35</sup>

32 Odfried Hepp: zu BHJ (Abschrift), o. O., 6. 4. 1983, BAArch, MfS AOPK 7896-91, Bd. 7, S. 83.

33 Vgl. Michelle Lynn Kahn: The American Influence on German Neo-Nazism: An Entangled History of Hate, 1970s–1990s, *The Journal of Holocaust Research*, 35.2 (2021), S. 91–105.

34 Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): betrifft: Verfassungsschutz 1976, Bonn 1977, S. 46 ff.

35 Vgl. etwa Oberlandesgericht Celle: Urteil, 13. 9. 1979, BAArchK, B 141/62879, S. 99.

Eine besondere Rolle im Kontext von (gewalttätigen) Straftaten von späteren Rechtsterroristen nahm, neben der *NSDAP/AO*, die *VSBD* im Frankfurter Raum ein. Immer wieder waren spätere Rechtsterroristen durch ihre Mitgliedschaft in der Gruppierung mit (gewalttätigen) Straftaten auffällig geworden. So hatte Walther Kexel (*Hepp/Kexel Gruppe*) im Oktober 1979 gegen das Versammlungsgesetz verstoßen, als er mit weiteren Gesinnungsgenossen wie dem *VSBD*-Mitglied Dieter Sporleder (*Hepp/Kexel Gruppe*) »in einheitlicher, uniformähnlicher Kleidung an einem ›Aufmarsch‹ aus Anlaß des 33. Jahrestages der Vollstreckung der Nürnberger Kriegsverbrecherurteile auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg«<sup>36</sup> teilgenommen hatte. Die beiden *VSBD*-Mitglieder Frank Schubert (*Gruppe Koch*) und Kexel erschienen zudem im November 1979 bei einem Vortrag »in dem Altenwohnheim Ben-Gurion-Ring 20 in Frankfurt am Main, in dem eine Veranstaltung des sog. Antifaschistischen Arbeitskreises Bonames stattfand. Als sie hier durch Proteste der übrigen Beteiligten zum Verlassen des Veranstaltungsraumes gedrängt wurden, zeigten sie beim Abgang mit schräg nach oben gestrecktem Arm den Hitlergruß, wobei einige auch Sieg Heil riefen.«<sup>37</sup>

Noch größere Aufmerksamkeit erhielt ein Vorfall zu Beginn des Jahres 1980. Schubert und Kexel sowie Dieter Sporleder und Helge Blasche (*Hepp/Kexel Gruppe*) betrieben im Januar 1980 zusammen mit weiteren *VSBD*-Mitgliedern einen Informationsstand vor der Katharinenkirche in Frankfurt. Die Gruppe trug teilweise »uniformähnliche Kleidungsstücke«.<sup>38</sup> Schubert etwa trug einen Motorradhelm und führte einen Knüppel mit sich, was stark an das Auftreten der Frankfurter Spontis um Joschka Fischer erinnerte.<sup>39</sup> Das Transparent, hinter dem sie sich versammelt hatten, machte jedoch ihre Geisteshaltung deutlich: »Deutscher stehe zu deinem Volk«<sup>40</sup> war darauf zu lesen. Im Verlauf der Veranstaltung schlug eine Gruppe um Schubert dann brutal auf Gegendemonstranten ein.

Auch die Jugendorganisation der *NPD*, die *Jungen Nationaldemokraten* (*JN*), war ein entscheidender Radikalisierungsfaktor für junge Rechtsterroristen zwischen 1977 und 1982. So berieten sich etwa der später als Einzeltäter charakterisierte Helmut Oxner und ein Bekannter bei einem

36 Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt am Main: Anklageschrift, Frankfurt am Main, 9. 10. 1980, Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStAW), Abt. 461 Nr. 34982, S. 245.

37 Ebd., S. 244.

38 Landgericht Frankfurt am Main: Urteil, 9. 3. 1982, HHStAW, Abt. 461 Nr. 37067/1, S. 169.

39 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Fischer in Frankfurt, Hamburg 2001.

40 Arbeiterkampf Nr. 170, 28. I. 1980, S. 33.

*JN*-Stammtischtreffen im Herbst 1980 »über Möglichkeiten, wie wir gegen unsere politischen Gegner vorgehen könnten [...]. Wir beschlossen, daß wir durch Telefonanrufe die Leute ärgern wollten.«<sup>41</sup> Den Bekannten hatte Oxner über die *DVU* kennengelernt. Sodann rief Oxner nach eigenen Angaben zehnmal »aus öffentlichen Fernsprechern« bei einem Türken an. Er beschimpfte diesen als »Kameltreiber« und forderte: »Geh heim du Kommunist«, weil er der Ansicht war, »daß er rot eingestellt sei«. Im selben Zeitraum hatte Oxner zudem einen in Fürth ansässigen Getränkeshändler jüdischen Glaubens angerufen. Auf den Mann war er durch seine *DVU*-Bekanntheit aufmerksam gemacht worden. Auch hier wurde Oxner am Telefon ausfällig und bezeichnete sein Gegenüber in der Leitung als »Blöder Jude«. Die Telefonanrufe waren zudem nicht Oxners einzige Auffälligkeit vor seinem Anschlag. 1981 verteilte er Flugblätter der *JN* und wurde dabei gegenüber einer dritten Person ausfällig: »Du rote Drecksau, geh' nach Moskau. Für dich haben wir noch einen Gasofen.«<sup>42</sup> Sein lebensweltliches Umfeld prägte also offensichtlich eine radikalisierte Sprache.

Die rechtsradikalen Lebenswelten ermöglichten zudem die Kontaktaufnahme mit anderen späteren Rechtsterroristen. Mitglieder der *Gruppe Büniger/Kühn*, die später Anschläge in Südtirol verüben sollten, lernten sich etwa Anfang der 1960er Jahre auf einem Pfingsttreffen rechtsextremer Jugendverbände kennen. In der zweiten Rechtsterrorismusphase lernten sich zahlreiche Akteure zumeist über die *NPD* oder *DVU* kennen. Auch die Akteure der dritten Rechtsterrorismusphase lernten sich vorwiegend in explizit rechtsextremen Kommunikationsnetzen kennen. Die Mitglieder der *Gruppe Otte* nahmen etwa mitunter über Zeitungsanzeigen Kontakt auf. Paul Otte hatte dort »Marschmusik, teilweise auch aus der Zeit des Dritten Reiches«<sup>43</sup> als Tonbandaufzeichnungen zum Verkauf angeboten. Aus den Verkäufen an Klaus-Dieter Hewicker entwickelten sich persönliche Treffen, bei denen auch »über politische Dinge«<sup>44</sup> gesprochen wurde. Weiterhin war aber auch die *NPD* als Vernetzungsorganisation von Relevanz. Mitglieder der *Gruppe Lembke/Naumann* lernten sich »am Rande

41 Hier und im Folgenden: Kriminalpolizeiinspektion Nürnberg: Beschuldigtenvernehmung Oxner, Nürnberg, 3. 2. 1981, StArchivN, Staatsanwaltschaft b. d. LG Nbg.-Fürth 2018-02: 734, S. 479-484.

42 Zitiert nach: Leitender Oberstaatsanwalt in Nürnberg: Bericht, Nürnberg, o. D., StArchivN, Staatsanwaltschaft b. d. LG Nbg.-Fürth 2018-02: 732, S. II.

43 Bundeskriminalamt: Vernehmungsprotokoll Klaus-Dieter Hewicker, o. O., März 1979, BArchK, B 362/7988, S. 28.

44 Ebd.

einer NPD-Kundgebung zum 17. Juni vermutlich 1977 oder 1978<sup>45</sup> kennen. Teile der *Hepp/Kexel Gruppe* hatten sich »etwa im Jahre 1978 bei einer Veranstaltung der NPD kennengelernt«.<sup>46</sup>

Auch die Hinwendung zum Terrorismus stand oftmals – wenn auch meist ex negativo – in einem Zusammenhang mit vorherigen rechts-extremen Gruppenmitgliedschaften und Aktivitäten. Die Akteure einte die gemeinsame Vorstellung, dass ihre Ziele durch die früheren Gruppierungen nicht erreichbar seien und sie sich zunehmend von der bisherigen (Partei-)Organisation entfremdet hatten. So war der Südtirolterrorist Herbert Kühn zwar erst durch die *DRP* auf den Südtirolkonflikt aufmerksam geworden, fühlte sich dann bei dieser Organisation jedoch zunehmend nicht mehr aufgehoben, da »sich die politischen Zielvorstellungen der Partei mit seinen eigenen Vorstellungen von politischer Aktivität nicht mehr hinreichend deckten«.<sup>47</sup> Diese ostentative Abwendung von den rechts-extremen Parteien und Gruppen zeigte sich dann besonders bei der jungen Alterskohorte von Rechtsterroristen ab Ende der 1970er Jahre. Gerade die *NPD* galt vielen radikalisierten jungen Akteuren nach einiger Zeit als »zu lasch«<sup>48</sup> bzw. »zu weich«.<sup>49</sup> Das Milieu, das sie einst radikalisiert hatte, war den Akteuren nun nicht mehr radikal genug. Dies traf mitunter auch auf das Elternhaus der Akteure zu. So gab Odfried Hepp an, dass sich vor seinem Abdriften in den Terrorismus zunehmend »Meinungsverschiedenheiten mit meinem Vater« entwickelt hätten: »Während ich noch weiterhin politisch radikal aktiv bleiben wollte, war mein Vater der Ansicht, daß ich mich nach dem gefährlichen Libanon-»Abenteuer« in eine normale bürgerliche Richtung bewegen sollte. Mir war diese seine Einstellung zu bürgerlich und lasch und vor allem meiner Meinung nach widersprüchlich in Bezug auf die Tatsache, daß er es war, der mich im Alter von 12 Jahren in eine radikale politische Jugendorganisation schickte und mich mit entsprechender Literatur beeinflusste, wozu er auf einmal nicht mehr stehen wollte.«<sup>50</sup>

45 Bundeskriminalamt: Beschuldigten-Befragung, Darmstadt, 14. 10. 1987, HHStAW, Abt. 461 Nr. 37480/1, S. 132.

46 Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes: Vernehmungsprotokoll Sporleder, Frankfurt am Main, 3. 3. 1983, BArchK, B 362/8513, S. 2.

47 Landgericht Köln: Urteil, 29. 5. 1980, LAV NRW R, Gerichte Rep. 248 Nr. 395 Bd. 1, S. II.

48 Bundeskriminalamt: Vernehmungsprotokoll Kurt Wolfram, Celle, 23. 4. 1979, BArchK, B 362/7998, S. 56.

49 Oberlandesgericht Frankfurt am Main: Urteil, 14. 10. 1988, HHStAW, Abt. 461 Nr. 37480/1, S. 71.

50 Bundeskriminalamt: Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung, Mannheim, 27. 9. 1990, GLA N Hepp, Nr. 64, S. 284.

## Geographische Orte der Vernetzung

Die Rechtsterroristen vor 1990 waren zumeist rege national wie international vernetzt. Auch diese Vernetzung fand in einem eindeutig lebensweltlichen Kontext statt und lässt sich eindrücklich an überregionalen und internationalen Szenetreffpunkten festmachen. Zwei Beispiele sollen dies hier vertieft verdeutlichen.<sup>51</sup>

Zu einem magischen ausländischen Anziehungspunkt für (spätere) rechtsterroristische Akteure entwickelte sich die Stadt Diksmuide in Belgien, »wo die komplette europäische Rechte, wie fast jedes Jahr seit 1927, die ›Ijzerbedevaart‹ begeht, das Gedenken an eine der verlustreichsten Schlachten des Ersten Weltkrieges (hier verloren die Deutschen im Oktober 1914 rund 10 000 Soldaten), verbunden mit Kundgebungen und Zeltlagern.«<sup>52</sup> Um einen Eindruck vom Charakter der Sommertreffen in Diksmuide zu bekommen, sei an dieser Stelle ein kurzer Bericht aus dem *Arbeiterkampf*, Publikationsorgan des *Kommunistischen Bundes*, zitiert: »Wie seit Jahren trafen sich auch 1980 Ende Juni in Diksmuide (Belgien) Nationalisten und Kriegsbegeisterte aller Länder und Schattierungen. Es kamen (nach Berichten von ›searchlight‹, Juli u. August 80) u. a. VMO [Vlaamse Militante Orde, Anm. d. Verf.] (Belgien), League of St. George, British Movement, Column 88, National Front (England); Wiking Jugend, NPD, ›NSDAP‹-Truppe (BRD); französische, italienische, US-amerikanische und brasilianische Gruppen. Auffällig war die starke Beteiligung Ex-SS'lern [sic!]. Neben den gewohnten Sauf- und Prügelereignissen (u. a. zwischen NPD und ›NSDAP‹-Leuten) fand parallel in Brügge ein ›geschlossenes‹ Treffen verschiedener Prominenter statt: Beteiligt war u. a. ein führender US-Nazi, ein Leitungskader der britischen Column 88 und ein Vertreter der League of St George (beides militant nazistische, paramilitärische Gruppen).«<sup>53</sup> 1982 berichtete ein Reporter für den *SPIEGEL* von der Ijzerbedevaart, »einst Jahreshauptversammlung der flämischen Nationalisten, die am Kriegerdenkmal auf den IJzer-Wiesen um ihre Weltkriegstoten trauerten und Schwüre gegen den wallonischen Hegemonismus abließen.«<sup>54</sup> Mittlerweile würde in Diksmuide »ein-

51 Zur internationalen Vernetzung siehe auch: Annelotte Janse: From letters to bombs. Transnational ties of West German right-wing extremists, 1972-1978, in: Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression 14.3. (2022), S. 241-258.

52 Yury Winterberg/Jan Peter: Der Rebell. Odfried Hepp: Neonazi, Terrorist, Aussteiger, Bergisch Gladbach 2004, S. 73.

53 Arbeiterkampf Nr. 183, 25. 8. 1980, S. 17.

54 Hier und im Folgenden: DER SPIEGEL 28/1982, II. 7. 1982, »De Duitse Kameraden zijn al bezopen«.

mal im Jahr die Internationale der verfeimten, aber gerade noch legalen Rechten« zusammenkommen, »denen demokratische Opposition zu dekadent und Bombenlegen zu gefährlich« sei. Was der *SPIEGEL*-Journalist zu diesem Zeitpunkt nicht wusste: Mit Wolfgang Koch (*Gruppe Koch*) und Walther Kexel (*Hepp/Kexel Gruppe*) waren mindestens zwei Personen anwesend,<sup>55</sup> die zu eben jenem Zeitpunkt wohl konkrete terroristische Pläne schmiedeten. Überhaupt hatte die belgische Stadt in den Jahren zuvor viele (spätere) westdeutsche Rechtsterroristen kommen und gehen sehen. Odfried Hepp (*Hepp/Kexel Gruppe*) und Frank Schubert (*Gruppe Koch*) hatten 1980 »in Diksmuide/Belgien anlässlich des Jahrestreffens flämischer Nationalisten«<sup>56</sup> ihren ersten Banküberfall ins Auge gefasst. Im Juni 1981, kurz vor ihren terroristischen Aktivitäten in der Bundesrepublik, hatte auch nahezu die gesamte *Gruppe Kommando Omega* das Flanderntreffen in Diksmuide besucht.<sup>57</sup> Und bereits 1978 hatte laut Informationen der DDR-Staatssicherheit Michael Kühnen (*KS WG*) die Bildung einer »neofaschistischen Sammelbewegung« geplant und dabei »Vorverhandlungen« zwischen verschiedenen Gruppen vorgesehen, die »auf einem sog. internationalen Zeltlager neofaschistischer Kräfte [...] in der Nähe von Diksmuide/Belgien geführt werden«<sup>58</sup> sollten. Demnach gab der *SPIEGEL*-Artikel in Teilen auch ein verzerrtes Bild ab, denn die deutschen Rechtsextremisten in Belgien wurden darin als saufende, undisziplinierte Masse beschrieben: »Die eine Hälfte brüllt das Panzerlied, die andere ›Es brausen nach Osten die Heere‹. Dazu trinken sie ›Stella Artois‹ aus großen Krügen. Weil belgisches Bier schwächer ist als deutsches, stehen Genever-Flaschen auf den Tischen, aus denen man nach Bedarf seinen Bieralkohol aufstocken kann. Man sieht an den verschleierte[n] Blicken, daß vielen die richtige Dosierung schwerfällt.«<sup>59</sup> Für einige, vielleicht sogar für die Mehrheit der Anwesenden bundesdeutschen Rechtsextremisten, mag das vielleicht sogar zutreffend haben. Aber daneben gab es auch Protagonisten, die auf der internationalen Versammlung Kontakte knüpften, ernsthaft diskutierten und Erfahrungen austauschten. Letzteres lässt sich etwa für die »Ijzerbedevaart« im Sommer 1982 festhalten. Dort hatte, wie

55 Vgl. Bundespolizei Schweiz: Bericht über Treffen von Rechtsextremisten, o. O., 27. 8. 1982, Schweizerisches Bundesarchiv, E4320C#1994/121#395\*, o. S.

56 Ministerium für Staatssicherheit: Informationen über Geldbeschaffungskationen der Gruppe um Kexel und Hepp, Berlin, 23. 2. 1983, BAArch, MFS AOPK 7896-91, Bd. 7, S. 38.

57 Vgl. Bayerisches Oberstes Landesgericht, Urteil, 25. 11. 1983, Az: 3 St 11/82 1 StE 6/82.

58 Ministerium für Staatssicherheit: Operativ-Information, BAArch, MFS AOP 10921-88, Bd. 1, Berlin, 19. 6. 1978, S. 49.

59 DER SPIEGEL 28/1982, 11. 7. 1982, »De Duitse Kameraden zijn al bezopen«.

der bundesdeutsche Verfassungsschutz der Schweizer Bundespolizei mitteilte, der französische Rechtsextremist Michel Cagnet bei einem Vortrag »über die Erfahrungen in der Zusammenarbeit der von ihm gesteuerten französischen Gefangenenhilfsorganisation ›Comité OBjectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste‹ (COBRA) mit der deutschen ›Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.‹ (HNG)«<sup>60</sup> berichtet. Cagnet habe »die Vertreter aus den anderen Ländern« dazu aufgefordert, »ähnliche Organisationen in ihren Ländern zu gründen«. Unter den Zuhörern: die beiden bundesdeutschen Wolfgang Koch (*Gruppe Koch*) und Walther Kexel, die zu jenem Zeitpunkt wohl gemeinsame terroristische Pläne verfolgten.<sup>61</sup>

Ein zweiter zentraler Szenetreffpunkt für bundesdeutsche Rechtsextremisten lag auf deutschem Bundesgebiet, genauer gesagt im Mainzer Stadtteil Gonsenheim. Das Ehepaar Kurt und Ursula Müller veranstaltete zu jener Zeit auf seinem Anwesen regelmäßig Sonnenwend- und Winterwendfeiern,<sup>62</sup> aber auch darüber hinaus war der Ort ein dauerhafter Anlaufpunkt für militante Rechtsextremisten. Etwa für spätere Mitglieder der *Hepp/Kexel Gruppe*.<sup>63</sup> Odfried Hepp war nach einer Haftentlassung 1981 bei den Müllers in Mainz sogar für längere Zeit untergekommen.<sup>64</sup> Walther Kexel kam bei den Müllers zu einem noch brisanteren Zeitpunkt unter: Er schlug dort auf, nachdem er gemeinsam mit Frank Schubert zum Waffenkauf in die Schweiz gefahren war. Er habe nach der Rückkehr aus der Schweiz, so Kexel später gegenüber Vernehmungsbeamten, bei der Familie Müller genächtigt, wo er zudem »mit ca. 30 weiteren Personen im Westerwald Forsythie geschnitten«<sup>65</sup> habe, die »für die Gärtnerei Müller bestimmt«<sup>66</sup> gewesen seien. Ehemaligen, gegenwärtigen oder späteren Rechtsterroristen diente das Anwesen in Gonsenheim als zent-

60 Hier und im Folgenden: Bundespolizei Schweiz: Treffen von Rechtsextremisten, o. O., 27. 8. 1982, Schweizerisches Bundesarchiv, E4320C#1994/121#395\*, o. S.

61 Vgl. Bundespolizei Schweiz: Neonazistische Umtriebe, Bern, 16. 8. 1983, Schweizerisches Bundesarchiv, E4320C#1994/121#395\*, S. 1.

62 Vgl. Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt am Main: Vernehmungsprotokoll M., Frankfurt am Main, 5. 2. 1983, BArchK, B 362/6366, S. 264.

63 Zum Beispiel Sporleder (vgl. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes: Vernehmungsprotokoll Sporleder, Frankfurt am Main, 3. 3. 1983, BArchK, B 362/8513, S. 2) und Tillmann (vgl. Ulrich Tillmann: Ausführungen, Frankenthal, 1984, BArchK, B 362/8516, S. 4).

64 Vgl. Soko »Rhein-Main«: Vermerk, Wiesbaden, 25. 6. 1984, BArchK, B 362/6366, S. 188 f.

65 Hessisches Landeskriminalamt: Vernehmungsprotokoll Kexel, Preungesheim, 26. 6. 1984, BArchK, B 362/6366, S. 203.

66 Ebd.

rale Anlaufstelle. Neben den bereits Erwähnten galt dies etwa auch für Ernst Balke<sup>67</sup> (*Gruppe Kommando Omega*), Michael Kühnen,<sup>68</sup> Klaus-Dieter Puls und Uwe Rohwer<sup>69</sup> (*KS WG*). Auch Ekkehard Weil hatte einen ganz speziellen Bezug zu Kurt Müller. Als er für die im Sommer 1982 erfolgte Anschlagsserie in Wien vor Gericht stand, präsentierte er dort für einen der Anschläge ein eher fragwürdiges Alibi. Er könne an dem Anschlag auf den Schriftsteller, Freimaurer und ORF-Mitarbeiter Alexander Giese nicht beteiligt gewesen sein, da er sich im betreffenden Zeitraum in Mainz aufgehalten habe, »bei Herrn Kurt Müller, der Gärtnermeister ist, und mit dem ich unter anderem auch Briefe schreibe«.<sup>70</sup> Die Beerdigung von Frank Schubert, der zuvor auf dem Anwesen in Gonsenheim gewohnt hatte, wurde vom Ehepaar Müller organisiert. Vor Ort sprach *VSBD*-Anführer Friedhelm Busse die Worte »Der Kampf geht weiter«<sup>71</sup> und schwor die Szene damit auf weitere Taten ein, die dann in den folgenden Jahren auch folgen sollten.

Schon zeitgenössisch wurde über Kurt Müller vor Gericht festgehalten, »daß unter maßgeblicher Mitsprache des Angeklagten von seinem Wohnsitz aus, der spätestens seit Anfang der 70ziger Jahre polizei- und gerichtsbekannter Sammel- und Treffpunkt sowie Kontaktstelle rechtsradikaler Bewegungen aus dem gesamten In- und Ausland ist, Aktionen geplant werden, die dann später regional und bundesweit verwirklicht werden.«<sup>72</sup> Gemeinsam mit seiner Ehefrau Ursula bot Kurt Müller ein Potpourri an Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten für die rechtsextreme Szene an. Einige verübten, wie Kexel, für die Gärtnerei der Müllers Arbeitsdienst und erhielten im Gegenzug eine kostenfreie Unterkunft und Verpflegung. Hierfür warben die Müllers sogar in rechten Publikationen wie der *Bauernschaft*: »Ein handfester Aktivist der Arbeit, nicht der Schnauze, wäre in einem Gartenbaubetrieb, dessen Inhaber den

67 Ernst Balke war am 18.12.1982 bei den Müllers zu Gast, siehe: Staatsanwaltschaft Koblenz: Bericht, 20.12.1982, Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Ko), Best. 584,1 Nr.1526, S. 2.

68 Michael Kühnen war ebenfalls Gast bei den Müllers (vgl. Staatsanwaltschaft Koblenz, Schreiben, Koblenz, 20.12.1982, LHA Ko, Best. 584,1 Nr.1516, S.14); Müller wiederum erschien beim Bückeberg-Prozess gegen Michael Kühnen in uniformähnlicher Kleidung im Zuschauerraum (vgl. Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Bückeberg, Anklageschrift, 19.10.1979, LHA Ko, Best. 584,1 Nr.4659, S.137).

69 Die beiden wohnten sogar zeitweise bei Müllers (vgl. Landgericht Koblenz, Urteil, 18.4.1979, LHA Ko, Best. 584,1 Nr.4661, S.8).

70 Landesgericht für Strafsachen Wien, Hauptverhandlungsprotokoll, 23.1.1984, Az: 20b Vr 9065/77 Hv 3440/83, S.392 f.

71 Zitiert nach: Die Welt, 13.1.1981, BArch, MfS HA IX 4552, S.163.

72 Landgericht Koblenz: Urteil, 18.4.1979, LHA Ko, Best. 584,1 Nr.4661, S.9.

zweiten Teil seiner Gesinnungshaft antritt, vonnöten. Kost und Wohnung im Hause. Kleines Taschengeld. Wo ist ein Sozialist der Tat?«.<sup>73</sup> Zudem fanden Zusammenkünfte wie Sommer- und Wintersonnenwendfeiern statt, bei denen das gesellige (und ritualisierte) Zusammenkommen im Vordergrund stand. Die Wintersonnenwende vom 18. Dezember 1982 observierte die Polizei. Die Observationsprotokolle geben einen eindrücklichen Eindruck von der Zusammenkunft. Auf dem Anwesen fand eine Feier samt Lagerfeuer und Fackeln statt. Es wurde Glühwein ausgetrunken. Im Anschluss an eine Rede von Kurt Müller »wurde die Totenehrung durchgeführt.«<sup>74</sup> Dazu wurde das Lied »Ich hat' einen Kameraden« gesungen. Anschließend »wurden mehrere kleine Kränze in das Lagerfeuer geworfen. Dabei wurden namentlich Schubert, sowie einer weiteren Person gedacht«. Wolfgang Koch, Mitbegründer der HNG, erinnerte zudem mit dem Satz »Für unsere in München abgeschlachteten Kameraden« an Klaus Ludwig Uhl und Kurt Wolfgram (*Gruppe Kommando Omega*). Sodann »wurde nach Aufforderung von K. Müller von allen das Deutschlandlied, 1. und 2. Strophe, gesungen.« Als sich die Versammlung auflöste, folgten Parolen wie: »Wir putzen unsere Panzer mit dem Blut der DKP; - Wir bauen uns ein Schwimmbad mit dem Blut der SPD«. Kurt Müller verabschiedete das SEK, das an jenem Dezembertag eine Wohnungsdurchsuchung des Anwesens des Ehepaares Müller durchführte, später mit den Worten: »Kommt gut in die Urne, Jungs!«. Der Abschiedsgruß war ebenso zynisch und menschenverachtend wie die zahlreichen revisionistischen Schriften, die die Beamten sicherstellten, unter anderem eine Abhandlung von Wilhelm Stäglich mit dem Titel »Ist Zeitgeschichte justiziabel?« sowie ein Buch von Udo Walendy.<sup>75</sup> Überhaupt machte die Wohnung der Müllers den Eindruck eines NS-Devotionalien-Ladens.<sup>76</sup> Auch von außen war sofort sichtbar, welche Gesinnung die Bewohner hatten. So war vor dem Haus jahrelang eine Tafel angebracht, auf der, je nach Anlass, stets neue und unterschiedliche Parolen präsentiert wurden.<sup>77</sup> Am 29. Januar 1978 war dort etwa zu lesen: »30 Jan. 1933 – In kurzer Zeit beseitigt der Nationalsozialismus unter unserem Führer Adolf

73 Die Bauernschaft Nr. 1, März 1982, S. 66.

74 Hier und im Folgenden: Spezialeinsatzkommando: Bericht, Mainz, 20. 12. 1982, LHA Ko, Best. 584,1 Nr. 15516, S. 10 f.

75 Vgl. Landespolizei Mainz: Auflistung, Mainz, o. D., LHA Ko, Best. 584,1 Nr. 15516, S. 106 f.

76 Das belegen zahlreiche bei einer Wohnungsdurchsuchung getätigte Fotografien (vgl. Polizeipräsidium Mainz: Lichtbildmappe, Mainz, 19. 4. 1980, LHA Ko, Best. 584,1 Nr. 15522, o. S.).

77 Vgl. Landgericht Koblenz: Urteil, 18. 4. 1979, LHA Ko, Best. 584,1 Nr. 4659, S. 41.

Hitler das Koshen-Diktat von Versailles und fegt die Knoblauch Freser aus dem Reich«.78 Die Buchstaben hatten eine Höhe von etwa 25 cm und »anstatt den i-Punkten der i der Wörter Diktat und Versailles wurden Judensterne gemalt«.79 Diese provokanten neonazistischen Aktivitäten riefen Gegenwehr auf den Plan. Im Februar 1976 hatten politische Gegner der Müllers von einer Mauer auf dem Grundstück Plakate entfernt, »auf denen Rudolf Hess als ›Märtyrer des Friedens‹ verherrlicht und ›Das Tagebuch der Anne Frank‹ als Fälschung bezeichnet«80 worden war. Im Anschluss war es zu körperlichen Auseinandersetzungen gekommen. Der Vorfall ist deshalb besonders interessant, da die beiden späteren Mitglieder der KSWG, Uwe Rohwer und Klaus-Dieter Puls, anwesend waren und später vor Gericht zugunsten ihrer Freunde aus dem Mainzer Stadtteil Gonsenheim aussagten. Wie später gerichtlich festgestellt wurde, handelte es sich dabei um vorsätzliche Falschaussagen.81 Eine antifaschistische Initiative stellte daher Anfang 1983 in einem Schreiben durchaus treffend fest: »Das Haus Müllers ist ein Knotenpunkt und Koordinationszentrum der gesamten Neonaziszene, von dem aus auch Beziehungen zu offen terroristischen Naziorganisationen gehalten werden.«82 Man forderte eine Auflösung und ein Verbot der Aktivität, »die vom Anwesen Kurt Müllers betrieben wird«.83 Viel änderte sich allerdings nicht: Das Anwesen blieb auch in den folgenden Jahren ein Fixpunkt neonazistischer Umtriebe.84

## Mediale Orte der Kommunikation

Die Lebenswelt der Rechtsterroristen umfasste schließlich nicht nur Gruppenaktivitäten und Szenetreffen, sondern auch einen teils sehr regen Kommunikationsprozess. Publikationen wie die *Bauernschaft* oder die *Information der Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene (HNG)* dienen den Akteuren dabei als Plattformen des gegenseitigen Austausches. Bereits vor ihren Taten meldeten sich zahlreiche Rechtsterroristen in Szenepublikationen zu Wort.

78 Zitiert nach: Polizeipräsidium Mainz: Bericht, Mainz, 29. I. 1978, LHA Ko, Best. 584, I Nr. 4655, S. 983.

79 Ebd.

80 Oberlandesgericht Celle: Urteil, 13. 9. 1979, BAChK, B 141/62879, S. 33.

81 Vgl. ebd. und ebd. S. 38 f.

82 VVN: Schreiben, o. O., 21. I. 1983, LHA Ko, Best. 584, I Nr. 15519, S. 34.

83 Ebd.

84 Vgl. DER SPIEGEL 19/1985, 5. 5. 1985, S. 80.

Klaus Ludwig Uhl (*Gruppe Kommando Omega*) etwa schrieb unmittelbar bevor er sich nach Frankreich absetzte und dort terroristische Aktivitäten entfaltete einen Leserbrief in der *Bauernschaft*, worin er unter anderem »eine systematische Terrorisierung politisch Andersdenkender«<sup>85</sup> beklagte und mit der Drohung schloss: »Wir werden uns schon unserer Haut zu wehren wissen!«.<sup>86</sup> Manfred Roeder (*Deutsche Aktionsgruppen*), der seit 1978 untergetaucht war und sich zumeist im Ausland aufgehalten hatte, zeigte in einem Leserbrief seine große Bewunderung für die iranische Revolution und deren Führer Ayatollah Khomeini.<sup>87</sup> Auch Michael Kühnen (*KSWG*) meldete sich in der *Bauernschaft* zu Wort.<sup>88</sup> In derselben Ausgabe war gar ein Brief von Kurt Wolfgram (*Gruppe Kommando Omega*) abgedruckt, in dem dieser den Bundesinnenminister dazu aufrief, »für die Aufhebung des NSDAP-Verbots zu sorgen«.<sup>89</sup> Und auch Walther Kexel und Odfried Hepp (*Hepp/Kexel Gruppe*) verbreiteten in der *Bauernschaft* unmittelbar vor ihren Attentaten ihr Weltbild.<sup>90</sup>

Die *Information der HNG* war für deutsche Rechtstextremisten ebenfalls von großer Relevanz. Sie diente als Unterstützungsplattform für in Haft befindliche Rechtstextremisten und berichtete dementsprechend regelmäßig über Gerichtsverfahren, Haftbedingungen und Hintergründe von verhafteten oder verurteilten Rechtsterroristen. Diese meldeten sich wiederum mit eigenen Beiträgen zu Wort. Dabei ging es mal ganz konkret um Politik, oft jedoch auch um private Angelegenheiten wie Beruf, Ausbildung oder Familie und Liebesleben, die sich mit der politischen Aktivität der Akteure vermischten. So im Falle des Rechtsterroristen Frank Stubbemann (*Gruppe Stubbemann*), der wegen eines Haftbefehles monatelang im Ausland weilte und sich in der *Information* zunächst bei allen »Kameraden aus Frankreich und der Ostmark, die mir in der Zeit des Exils immer wieder Mut gegeben haben«,<sup>91</sup> bedankte. Dann nahm er zu einem ihm wichtigen Thema Stellung: So wurde ihm von Gleichgesinnten offenbar vorgehalten, »mit einer brasilianischen Kameradin verheiratet« zu sein. Er argumentierte dagegen, indem er seine Kritiker dazu aufforderte, zu überlegen, »was für sie wichtiger ist, Volks- oder Rassezugehörigkeit«. Für Stubbemann selbst war die Antwort klar, ihm sei »eine weiße brasilianische Kameradin lieber als eine Kommunistin Deutscher Staatsangehörig-

85 Zitiert nach: Die Bauernschaft. Nr. 1, März 1980, S. 71.

86 Zitiert nach: ebd.

87 Vgl. ebd., S. 73.

88 Vgl. Die Bauernschaft Nr. 3, September 1980, S. 59.

89 Ebd., S. 62.

90 Vgl. Die Bauernschaft Nr. 3, September 1982, S. 52.

91 Hier und im Folgenden: Information der HNG 19. Ausg., November 1981, S. 9.

keit! Entweder wir arbeiten international mit allen befreundeten Gruppen und Kameraden zusammen, oder wir werden zu nationalistischen Hurra-Patrioten. Wie vielen deutschen Kameraden haben Engländer, Franzosen, Spanier, Portugiesen, Brasilianer, Chilenen und Angehörige vieler anderer Nationen schon geholfen?».

Oft wurde zudem in den Publikationen ganz praktisch eine gegenseitige Unterstützung hergestellt. In der *Bauernschaft* etwa wurde zu persönlichen Besuchen und brieflichem Schriftverkehr aufgerufen sowie für finanzielle Zuwendungen geworben.<sup>92</sup> Außerdem wurden rechtsextreme Gefangene mit Publikationen versorgt.<sup>93</sup> Die (internationalen) Unterstützungsaufrufe in der *Bauernschaft* erstreckten sich dabei bis nach Namibia.<sup>94</sup> Immer wieder erreichten das von Thies Christophersen herausgegebene Blatt *Zuschriften* aus der einstigen Kolonie des Kaiserreiches. So war es kein Zufall, dass für das dortige Deutschtum für Unterstützung geworben wurde, damit die Jugend in »Südwest-Afrika«<sup>95</sup> in der Lage sei, »in der Sprache und Kultur Goethes aufwachsen«<sup>96</sup> zu können.

Zudem durfte in der *Bauernschaft* die französische Organisation *COBRA*, die sich als »das französische Pendant zur HNG«<sup>97</sup> präsentierte, ihr Anliegen bewerben. Wer sich für die Arbeit der *COBRA* interessiere oder »mit inhaftierten Kameraden aus Frankreich, England, Italien, Spanien, den USA Kontakt haben« wolle, solle sich schriftlich melden: »Wir sorgen für eine effiziente Solidarität und helfen gerne.« Das Hauptaugenmerk der *HNG* lag im aktiven Unterstützen »politischer Gefangener«. Die *HNG* war dabei auch bemüht, Gefangenen beim Erwerb von Fremdsprachen zu helfen. So lernte Ernst Balke, der zum Umfeld der *Gruppe Kommando Omega* gehört hatte,<sup>98</sup> in seiner Gefängniszelle Französisch. Gesinnungsfreunde aus Frankreich hätten ihm bereits »entsprechende Lehrbücher geschickt«. <sup>99</sup> Die *HNG*-Leserschaft wurde dazu aufgerufen, Balke ein Radio zu schenken, da dieser »angeregt durch seinen Frankreich-Aufenthalt«<sup>100</sup> sich dem Erlernen der französischen Sprache widmen würde. Im Juni 1982 war zudem der Franzose Pascal Coletta, Mitglied der frankophilen *Gruppe*

92 Vgl. etwa für Friedhelm Busse (vgl. Die *Bauernschaft* Nr. 2, Juni 1982, S. 49) oder Michael Kühnen (vgl. ebd., S. 24f.).

93 Vgl. etwa für Manfred Roeder (vgl. Die *Bauernschaft* Nr. 1, April 1981, S. 50).

94 Vgl. Die *Bauernschaft* Nr. 1, März 1978, S. 57.

95 Die *Bauernschaft* Nr. 2, Juni 1980, S. 64.

96 Ebd.

97 Hier und im Folgenden: Die *Bauernschaft* Nr. 4, Dezember 1982, S. 56.

98 Vgl. Bayerisches Oberstes Landesgericht: Urteil, 25. II. 1983, Az: 3 St 11/82 I StE 6/82, S. 35.

99 Information der HNG 29. Ausg., September 1982, S. 14.

100 Ebd.

*Kommando Omega*, als »Gefangener des Monats«<sup>101</sup> gekürt worden. Er wurde als »Mitglied der Schwesterorganisation COBRA« vorgestellt und es wurde um Spenden gebeten, um »für ihn einen Fernlehrgang in Deutsch zu finanzieren«. Damit Kontaktaufnahmen mit der französischen *COBRA* von deutscher Seite wiederum nicht an Sprachbarrieren scheiterten, wurde den Lesern mitgeteilt, dass Interessierte sich mit der französischen Organisation, »auch in deutscher Schrift«,<sup>102</sup> in Verbindung setzen könnten.

Neben Werbetexten für rechtsextreme Publikationen gab es in der *Bauernschaft* auch zahlreiche Kontaktanzeigen, die einen klaren lebensweltlichen Bezug besaßen. So suchte ein »junger Soldat«<sup>103</sup> etwa »Kameraden(innen), die Interesse zeigen an einer vierwöchigen Reise ins Ausland, welche der Völkerverständigung in unserem Sinne dienen soll. Wir werden diese Reise im Sommer 1982 antreten und nationalgesinnte Kameraden in verschiedenen Ländern besuchen!«<sup>104</sup> Die (internationale) Vernetzung fand zudem nicht nur im Freizeitverhalten, sondern auch im Bereich der beruflichen Gesuche Eingang. So machte sich eine aus Australien stammende Person in der *Bauernschaft* mit einer Anzeige auf die Suche nach »national eingestellten Geschäftsleuten, die bereit sind, in einem eigenen oder zu errichtenden Verkaufsgeschäft australische Waren zu verkaufen!«<sup>105</sup> Eine offenbar deutschnational gesinnte Frau aus der Südtiroler Gemeinde Mals warb für einen »Urlaub auf einem Bauernhof in Südtirol.«<sup>106</sup> Schließlich bot sogar eine »deutsche Siedlungsgemeinschaft«<sup>107</sup> in Paraguay für ihre landwirtschaftliche Arbeit »Investitionsmöglichkeiten in Form von Anteilscheinen, sowie eine völlig neue Zukunft für völkisch denkende Familien, die am Aufbau eines autarken, gemeinnützigen Großbetriebes mitarbeiten wollen.«<sup>108</sup>

Zahlreiche Rechtsterroristen meldeten sich in der *Bauernschaft* und insbesondere der *Information* zudem unmittelbar nach ihren Taten zu Wort und stellten dabei ihre Person, ihren Lebensweg und ihre weltanschaulichen Positionen vor. So legte Manfred Roeder (*Deutsche Aktionsgruppen*) im Dezember 1980 in der *Bauernschaft* eine Zuschrift mit dem Titel »Ich

101 Hier und im Folgenden: *Information* der HNG 26. Ausg., Juni 1982, S. 20.

102 *Information* der HNG 25. Ausg., Mai 1982, S. 2.

103 Die *Bauernschaft* Nr. 4, Dezember 1981, S. 63.

104 Ebd.

105 Die *Bauernschaft* Nr. 2, Juni 1980, S. 64.

106 Die *Bauernschaft* Nr. 3, September 1978, o. S.

107 Die *Bauernschaft* Nr. 4, Dezember 1981, S. 68.

108 Ebd.

gebe Rechenschaft«<sup>109</sup> vor, die seinen Radikalisierungsprozess aus seiner Perspektive darlegte.

Immer wieder stellten Verfasser von Texten in der *Bauernschaft* oder der *Information* ihren Ausführungen kurze Zitate, Sinnsprüche oder Gedichte voran oder endeten mit diesen. Etwa Paul Otte (*Gruppe Otte*) oder Waldemar Pfeffer (*Gruppe Pfeffer*). Letzterer äußerte sich im Sommer 1982 in der *Information* als erster Rechtsterrorist in Form einer »Selbstdarstellung«.<sup>110</sup> Die »Selbstdarstellung« stellte eine Rubrik dar, in der sich fortan immer wieder verurteilte bzw. inhaftierte Rechtsterroristen zu Wort meldeten. Auch Pfeffer stellte seinen Darlegungen zunächst einen (poetischen) Ausspruch voran. An dieser Stelle bleibt festzuhalten, dass die Selbstdarstellungen der Rechtsterroristen sowohl dem Kennenlernen und damit dem Ziel der Vernetzung, als auch der Legitimierung der eigenen politischen Aktivitäten dienten.

Weiter wurde über die einschlägigen Kommunikationskanäle »Kameraden« gedankt und um Unterstützung geworben. Auch wurden Märtyrerehrungen vorgenommen. So bedankte sich etwa Michael Kühnen (*KSWG*) im September 1980 in der *Bauernschaft* für »Geburtstagsgrüße«,<sup>111</sup> die er in der Haft erhielt. Er freue sich insbesondere deshalb, weil er viele der Gratulanten »ja persönlich gar nicht kenne. Es ist immer ermutigend, zu erfahren, daß nicht nur der Kreis meiner engeren Kameraden hinter mir steht, sondern auch andere Patrioten sich für das Schicksal der politischen Gefangenen interessieren«. Obwohl er sich nun seit zwei Jahren in Haft befinde, werde »es keine Unterwerfung geben! Unsere Ehre heißt Treue. Alles für Deutschland.« Auch Uwe Rohwer (*KSWG*) bedankte sich im August 1981 in der *Information* für »viele Brief- und Kartengrüße«,<sup>112</sup> Finanzmittel und Bücher, die ihm »Kameraden«<sup>113</sup> zu seinem Geburtstag zugesandt hätten. Gleiches tat einen Monat später Paul Otte für die ihn erreichten Geburtstagsgrüße und wünschte seinerseits »dem Kameradenwerk der HNG und den unermüdlichen Frauen der Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene«<sup>114</sup> eine erfolgreiche Weiterarbeit.

Hatten der Dank und die gegenseitigen Unterstützungsaufrufe die Funktion, den wechselseitigen Beistand hoch- bzw. aufrechtzuhalten, diente das Andenken an und die Ehrung von gestorbenen »Kameraden« vor allem dazu, der Szene darzulegen, dass auch Aktivisten, die bereit

109 Die Bauernschaft Nr. 4, Dezember 1980, S. 5.

110 Information der HNG 26. Ausg., Juni 1982, S. 4.

111 Hier und im Folgenden: Die Bauernschaft Nr. 3, September 1980, S. 59.

112 Information der HNG 16. Ausg., August 1981, S. 13.

113 Ebd.

114 Information der HNG 17 Ausg., September 1981, S. 10.

waren für ihr Anliegen zu sterben, nicht »vergessen« würden. Wie wichtig derartige Rituale waren, zeigt sich auch daran, dass noch 2002 in einem vom *NSU* mitfinanzierten rechtsextremen Szenemagazin der beiden »Idealisten«<sup>115</sup> Klaus Ludwig Uhl und Kurt Wolfgram gedacht und die Hoffnung formuliert wurde, ihr Tod möge »nicht umsonst gewesen sein«.<sup>116</sup>

Neben dem Austausch von Nettigkeiten und dem Andenken an verstorbene »Kameraden« dienten die Publikationsplattformen den Rechtsextremisten aber auch zur Austragung von (heftigen) Meinungsverschiedenheiten. So stritten sich Karl-Heinz Hoffmann und Odfried Hepp öffentlich über den Libanonaufenthalt der *WSG Hoffmann*.

Ein weiteres Charakteristikum der Kommunikation von Rechtsterroristen nach ihren Taten waren Berichte, in denen sie ihre Sichtweise über vergangene oder laufende Gerichtsverfahren schilderten und sich selbst (als standhafte Nationalisten) inszenierten und zugleich Rechtsstaat und Justiz diskreditierten.<sup>117</sup>

Das Beispiel Hungerstreik zeigt schließlich auf, dass Kommunikation von Seiten rechtsterroristischer Akteure auch dazu genutzt wurde, mit Aktivitäten während der Haft auf sich und seine Anliegen aufmerksam zu machen. So diente ein Hungerstreik Michael Kühnen und seinen Mitstreitern im Jahr 1981 als Kommunikationsmittel, um politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Er war kommunikativ an die rechtsextreme Szene wie an eine allgemeine Öffentlichkeit gleichermaßen gerichtet. Für Kühnen war es eine Fortführung des politischen Kampfes aus dem Gefängnis heraus, wobei er ein grundsätzlich positives Resümee des ersten Einsatzes einer solchen Methode – viel Aufmerksamkeit, wenig Aufwand – zog.<sup>118</sup>

## Fazit

Der Blick auf die Lebenswelt bundesdeutscher Rechtsterroristen vor 1990 zeigt deutlich, wie vielfältig diese in unterschiedliche rechtsradikale Zusammenhänge eingebunden waren. Diese prägten die Radikalisierung, sei es durch die Beteiligung in Gruppen und Parteien, die Vernetzung bei nationalen wie internationalen Szene-Treffen sowie die aktive Kom-

115 Der Förderturm 2002, zitiert nach: Jan Schedler: Rechtsterrorismus, Wiesbaden 2021, S. 351.

116 Der Förderturm 2002, zitiert nach: ebd., S. 352.

117 Vgl. etwa Information der HNG 19. Ausg., November 1981, S. 5.

118 Vgl. Information der HNG 14. Ausg., Juni 1981, S. 5.

munikation über Medien. Die Protagonisten durchliefen eine Schule des Rechtsextremismus, die gewissermaßen als Zwischenstufe zum rechts-terroristischen Akt stand. Die entscheidende lebensweltliche Prägung fand also genau hier statt: Zwischen Parteiveranstaltung, Szenetreff und rechtsextremer Postille. Kaum einer jener Akteure, die dann nach ihrer Gewalttat oft pathologisiert oder als Einzeltäter charakterisiert wurden, hatte diesen Prozess nicht durchlaufen. Protagonisten wie der Österreicher Franz Fuchs, der in den 1990er Jahren in Österreich eine Bombenserie startete, die mehrere Menschen tötete und schwer verletzte, und dabei weder bei den Aktionen selbst noch im Vorgang der Taten in einen klassischen rechtsextremen Kontext eingebettet war, waren im Rechtsterrorismus eher Ausnahmen als die Regel.<sup>119</sup> Die meisten hatten vielmehr eine entsprechende Vita vorzuweisen. Die Radikalisierung erfolgte in Organisationen und Gruppen, in denen den Akteuren Ideologie vermittelt wurde, sie erste einschlägige Straftaten ausübten und viele spätere Mit-täter überhaupt erst kennenlernten. Auch die spätere Enttäuschung gegen-über diesem Milieu war eine Konstante, die von Südtirol bis zum *NSU* reichte. Denn wie den meisten Rechtsterroristen vor 1990 erschien auch dem *NSU*-Trio am Ende »die rechte Szene zu schwach und deren Aktionen zu harmlos«, wohingegen man sich selbst »als militante Avantgarde«<sup>120</sup> sah. Die Vernetzung fand, neben Gruppen und Organisationen, zumeist auf zentralen internationalen wie nationalen Szene-Treffen statt, wo die Akteure in spontanen Begegnungen oder eingeübten Ritualen auf inländische wie ausländische Gesinnungsgenossen trafen und Kontakte knüpften. Die Kommunikation erfolgte über einschlägige Szene-Publikationen, wo die (späteren) Rechtsterroristen sich, ihre Ideologie und ihr Handeln darstellten. Auch wurde um gegenseitige Unterstützung geworben und Konflikte ausgetragen. In den Publikationen wurden zudem zahlreiche (internationale) Anzeigen und Gesuche aus dem nationalen Lager präsentiert, die ganz praktische Thematiken wie Arbeit, Wohnen, Freizeit und Konsum verhandelten.

Dies alles weist auf die zentrale Rolle des lebensweltlichen Milieus für die bundesdeutschen Rechtsterroristen vor 1990 hin: Diese bewegten sich zuvor (und mitunter danach) zumeist jahrelang in jener rechtsextremen Lebenswelt und erlernten oder verfestigten dort die für die spätere »terro-

119 Wobei dann immer noch, gerade auch im Falle Fuchs, auf den gesellschaftlichen Kontext hinzuweisen ist. So verübte Fuchs seine Anschläge in einer Zeit, als in Österreich populistische Politiker »mit der Angst vor Überfremdung, oder ›Umvolkung‹ an niedrige Instinkte« (Der Neue Mahnruf, Oktober 1992, S. 2) appellierten.

120 Schultz (Anm. 1), S. 212.

ristische Karriere« grundlegenden ideologischen Einstellungsmuster und Handlungspraktiken. Auch deshalb war die zeitgenössische Einordnung als vermeintliche Einzeltäter fragwürdig, weil deren Sozialisations- und Einbettungskontexte verschleiert wurden. Ein Umstand, der auch in Bezug auf den sogenannten *NSU* augenfällig scheint.

# Kampfschulung und Ersatzfamilie

## Die Bundeswehr und die Ausbildung des Rechtsterrorismus in den 1970er Jahren

JAKOB SAß

Die radikale Rechte und die Bundeswehr stehen seit deren Gründung 1955 in einem ambivalenten Verhältnis zueinander.<sup>1</sup> Einerseits bewertet ein Teil der radikalen Rechten seit Jahrzehnten die Parlamentsarmee mit ihrem demokratischen Charakter und ihrer Einbindung in das westliche Bündnissystem der NATO kritisch. Vor allem im direkten Vergleich mit der glorifizierten Wehrmacht wird die Bundeswehr als verweichlichte, pluralistische Armee und insbesondere seit Beginn der ersten Kriegseinsätze in den 1990er Jahren als »Vasallenarmee« der USA stigmatisiert.<sup>2</sup> Andererseits gilt die militärische *Lebenswelt* der Bundeswehr als attraktiv für Rechtsradikale. Einige sozialwissenschaftliche Studien seit den 1960er Jahren, aber auch insbesondere linke und linksliberale Bundeswehr-Kritiker:innen der ersten Stunde führen die Anziehungskraft auf Gemeinsamkeiten innerhalb der militärischen Subkultur zurück: auf militärische Prinzipien wie Disziplin, Hierarchie, Gehorsam, Wehrhaftigkeit und Kameradschaft, auf das Ideal der soldatischen hetero-normativen Männlichkeit, auf eine allgemeine politische, nationalkonservativ orientierte »Rechtlastigkeit« des Offizierskorps oder auf die Verherrlichung der Wehrmacht, wie es noch vor allem bis in die 1990er Jahre in der Traditionspflege üblich war.<sup>3</sup>

- 1 Der Beitrag basiert auf meiner Dissertation zu »Radikale Rechte in der Bundeswehr und NVA (1955/56-1998)«, Potsdam 2025. Vgl. generell Christoph Schulze: Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden 2021, S. 141-144. »Rechtsradikalismus« oder »radikale Rechte« werden in meinem Beitrag als Oberbegriffe für Akteur:innen mit einer nationalistischen, autoritären und rassistischen Weltanschauung verwendet, die die bestehende demokratische Verfassungsordnung ablehnen. Dies schließt die kleinere Gruppe der gewaltbereiten, deutlich verfassungsfeindlichen »extremen Rechten« ein. Vgl. dazu die Einleitung von Frank Bösch/Gideon Botsch in diesem Band.
- 2 Vgl. Fabian Virchow: Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten, Wiesbaden 2006, S. 154.
- 3 Vgl. zusammenfassend zu den wissenschaftlichen Befunden: Markus Steinbrecher/Heiko Biehl/Nina Leonhard: Extremismus in der Bundeswehr. Ausmaß, Ursachen, Wirkungen, in: APuZ (2024) H. 47-48, S. 23-28.

Trotz der Vorbehalte gegenüber der demokratisierten Armee und der von ihr zu beschützenden freiheitlich demokratischen Grundordnung schätzten insbesondere gewaltbereite, verfassungsfeindliche, also eindeutig rechtsextreme Akteure wie Michael Kühnen die Möglichkeit, sich von der Bundeswehr für den Kampf ausbilden zu lassen und einfacher an Waffen heranzukommen. Sie nutzten die Vorteile des Militärs als legalem Gewaltraum. In den letzten Jahren demonstrierten die Vorfälle um den Oberleutnant Franco A., das »Hannibal-Netzwerk«, das Kommando Spezialkräfte (KSK) sowie die Umsturzpläne der »Gruppe Reuß« das rechtsterroristische Gefahrenpotential von militärisch sozialisierten und ausgebildeten Rechtsradikalen.

Doch trotz »der hohen politischen Relevanz der Thematik gibt es nur eine geringe Zahl an sozioempirischen Untersuchungen zum politischen Extremismus und zum Ausmaß und den Ursachen [rechts]extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr«, stellten 2024 Wissenschaftler:innen vom Potsdamer Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr fest.<sup>4</sup> Die aktuelle »bescheidene Forschungslage« führten sie darauf zurück, »dass das BMVg den Zugang zu Untersuchungen in der Truppe kontrolliert und lange Zeit kein Interesse daran hatte, dieser Frage systematisch nachzugehen«. Das gilt auch für eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung von Rechtsradikalismus in der Bundeswehr.

Anhand von Ermittlungsakten aus dem Bundesarchiv und einigen Landesarchiven lässt sich allerdings beispielhaft zeigen, inwieweit die Bundeswehr für frühere Rechtsterroristen attraktiv war. Im Mittelpunkt stehen die Mitglieder der rechtsextremen Gruppe um den Neonazi-Anführer Michael Kühnen, die 1979 beim Bückeburger Prozess erstmals in der bundesdeutschen Geschichte als Rechtsterroristen verurteilt, aber auch durch ihr medienwirksames Auftreten im Prozess zu Vorbildern für andere Akteur:innen des Rechtsterrorismus wurden.<sup>5</sup> In der Geschichte dieser »Werwolf«-Gruppe, wie sich selbst nannten, spiegelt sich das ambivalente Verhältnis der radikalen Rechten zur Bundeswehr: Sie wurde einerseits 1977 und 1978 zum Ziel ihrer Überfälle. Andererseits hatte die Bundeswehr dem Kern der Gruppe vorher jahrelang eine Art Ersatzfamilie geboten, zudem eine Karriere trotz Vorbestrafungen und trotz ihrer offenen rechtsextremen Einstellungen sowie einen Ort, an dem sich gewaltbereite Neonazis mit Eliteausbildung vernetzen konnten.

4 Steinbrecher/Biehl/Leonhard (Anm. 3), S. 25.

5 Vgl. Barbara Manthe: Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 68 (2020) H. 1, S. 63-94.

Auffällig viele Mitglieder der rechtsterroristischen »Werwolf«-Gruppe und Unterstützer aus ihrem näheren Umfeld waren nicht nur ausgebildete Elitesoldaten und ehemalige Zeitsoldaten: Ihre Kerngruppe hatte auch in derselben Einheit gedient, dem Jägerbataillon 162 in Wentorf bei Hamburg.<sup>6</sup> Welche *Lebenswelt* suchten und fanden die späteren Rechtsterroristen in der Bundeswehr? Wie sah ihr militärischer Alltag aus? Und warum wendeten sie sich letztlich gegen ihren Arbeitgeber und machten ihn zum Ziel ihrer Gewaltverbrechen?

## Wehrmachtmythos und Antikommunismus: Gelegenheitsstrukturen für Rechtsradikale in der Wentorf-Garnison

Beim Thema Rechtsradikalismus und Bundeswehr konkurrieren in den Sozialwissenschaften seit einigen Jahrzehnten zwei umstrittene Erklärungsansätze.<sup>7</sup> Die »Selektionsthese« geht davon aus, dass sich Männer mit bereits vorhandenen politisch rechten oder eben rechtsradikalen Einstellungen wegen der oben erwähnten Anziehungskräfte gezielt für die Bundeswehr entscheiden, also für den Wehrdienst und ggf. eine Tätigkeit als Zeit- oder Berufssoldat. Mit der »Sozialisations- these« wurde wiederum vor allem bis Ende der 1990er Jahre kritisiert, dass das soziale Umfeld der Bundeswehr, die NS-Kontinuitäten, die militärischen Prinzipien und nicht zuletzt die teilweise geschichtsrevisonistische Traditions- pflege die Soldaten nach und nach radikalisiert. Somit attestierten einige Studien der Bundeswehr ein strukturelles, »hausgemachtes Problem«, während Verantwortliche im Verteidigungsministerium und in der Truppe rechtsradikale Vorfälle seit Ende der 1950er Jahre öffentlich als »Einzelfälle« bagatellisierten und auf einen Import aus der Gesellschaft zurückführten.<sup>8</sup>

In der Realität schließen sich beide Erklärungsansätze wahrscheinlich nicht aus, bedingen sich sogar gegenseitig. Davon war auch der Politikwissenschaftler Elmar Wiesendahl überzeugt und fand Ende der 1990er

6 Vor 1971 und nach 1981 hieß die Einheit Panzergrenadierbataillon 162, vgl. den Beitrag auf der Seite ehemaliger Divisionsangehöriger: Panzergrenadierbataillon 162, in: 6. Panzergrenadierdivision, 22. 11. 2023, <https://pzgrendiv6.de/brigaden/panzergrenadierbrigade-16/verbaende/articles/panzergrenadierbataillon-162.html> [letzter Zugriff: 12.2. 2026].

7 Vgl. zusammenfassend: Steinbrecher/Biehl/Leonhard (Anm. 3), S. 25.

8 Vgl. Dietmar Schiller: Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Vorgänge (1993) H. 2, S. 31-38, hier S. 34.

Jahre Argumente sowohl für die Selektions- als auch die Sozialisations- these. Wiesendahl, damals Professor an der Bundeswehrhochschule in München, ging von einer »strukturellen Extremismusanfälligkeit der Bundeswehr« aus.<sup>9</sup> Ihm zufolge können militärische Subkulturen mit ihren Umgangsformen, Männlichkeitsriten, ihrer Traditionspflege usw. eine »kulturelle Gelegenheitsstruktur« schaffen, die das »Erlernen und Dulden rechtsextremer Einstellungen« begünstige. So sei es kein Zufall, »daß sich rechtsextremistische und fremdenfeindliche Ausschreitungen vor allen Dingen in Kampftruppenverbänden der Bundeswehr häuften, wobei Fallschirmjäger- und Jägereinheiten mit ihrem elitären Bewußtsein, heroischen Kämpfermythos und daran geknüpft der Glorifizierung der Wehrmacht einen Humus für die Vorkommnisse bildeten«.<sup>10</sup>

War das erwähnte Jägerbataillon 162, das zur Keimzelle für die »Werwolf«-Gruppe wurde, während der 1970er Jahre so eine Jägereinheit, die Elmar Wiesendahl als anfällig für Rechtsradikalismus charakterisierte? Dafür sprechen einige Archivakten, Recherchen von westdeutschen Linken, Aussagen der späteren Rechtsterroristen selbst und sogar vom damaligen Brigadekommandeur. Die Einheit gehörte zur Panzergrenadierbrigade 16, die damals die Aufgabe hatte, im Kriegsfall den Raum um Hamburg zu verteidigen.<sup>11</sup> Gemäß dem Auftrag der Truppengattung Jägertruppe wurden die Soldaten im Jägerbataillon 162 dazu ausgebildet, als leichte motorisierte Infanterie dort gegen den Warschauer Pakt zu kämpfen, wo Kampfpanzer kaum einsetzbar waren: im urbanen oder stark bewaldeten Gelände – damit waren sie potentiell deutlich näher am Feind als andere Einheiten. Dafür durchliefen viele Soldaten besondere zusätzliche Ausbildungen zum Fallschirmspringer, Einzelkämpfer, Scharfschützen oder Sprengstoffexperten.

Die Garnison im schleswig-holsteinischen Wentorf gab den Soldaten mit der Traditionspflege vor Ort konkrete Vorbilder.<sup>12</sup> An den Wänden zementieren Bilder vom Zweiten Weltkrieg den Mythos der »saube-

9 Elmar Wiesendahl: Rechtsextremismus in der Bundeswehr: Ein Beitrag zur Aufhellung eines tabuisierten Themas, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 16 (1998) H. 4, S. 239-246, hier S. 239.

10 Ebd., S. 242. Vgl. dazu auch für die 1990er Jahre: Sönke Neitzel: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin 2020, S. 481-483.

11 Vgl. Gerhard Brugmann: Mein Soldatenleben, in: Korrespondenz (2010) H. 46, S. 72-138, hier S. 122.

12 Vgl. Kdr PzGrenBrig 16 an 6. PzGrenDiv, Betr.: Eingaben aus dem zivilen Bereich, 6. 12. 1978, in: BArch-MA, BW 1/184797; Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Hamburg; Nazis in Oliv. Panzergrenadierbrigade 16. Eine Dokumentation des ADS Hamburg Nov. 1978, S. 4-7.

ren Wehrmacht«, den ehemalige Offiziere beim Aufbau der Bundeswehr fest verankert hatten.<sup>13</sup> Und in den Truppenbüchereien zeigte sich, wie wenig wirksam die »Richtlinien« waren, die das Verteidigungsministerium 1968 eingeführt hatte.<sup>14</sup> Trotz der damaligen Vorgaben, die »Kriegserlebnisliteratur« auf nur rund zehn Prozent der Bestände zu reduzieren und kriegs- oder gar NS-verherrlichende Literatur auszusondern, gab es davon bis Ende der 1970er Jahre einiges in Wentorf zu lesen. Darunter waren auch Werke, die in der NS-Zeit populär gewesen waren, wie »Volk ohne Raum« (1926) des NS-Apologeten Hans Grimm, aber auch eine autobiografische Schrift des ehemaligen Wehrmachtsobersts, bekennenden Nationalsozialisten und rechtsradikalen Idols, Hans-Ulrich Rudel, der 1976 mit seinem Besuch in einer badischen Bundeswehr-Kaserne für einen Skandal sorgte.<sup>15</sup>

Im Vergleich zu anderen Bundeswehrrkasernen war der unkritische Umgang mit der deutschen Militärgeschichte und dem Nationalsozialismus in der Wentorfer Garnison keineswegs außergewöhnlich. Diese Traditionspflege schuf jedoch jene »kulturelle Gelegenheitsstruktur« mit, von der Elmar Wiesendahl sprach. Denn eigentlich war der Zweite Weltkrieg in der Traditionspflege der Jägertruppe der Bundeswehr allgemein eher unterrepräsentiert, während Bezüge zu den Jägertruppen von 1813, 1870/71 und des Ersten Weltkrieges wichtiger waren.<sup>16</sup> In Wentorf bot allerdings vor allem der Mythos der »sauberen Wehrmacht« eine Schnittmenge zwischen offizieller Traditionspflege und Wehrmachtverherrlichung durch rechtsradikale Soldaten. Diesen Spielraum nutzten die Mitglieder des späteren Wentorfer Neonazi-Netzwerks über Jahre provokant aus. Vorgesetzte und Kameraden zeigten sich ihnen gegenüber größtenteils tolerant.

Insbesondere die bundesweite »Anti-Bundeswehr-Kampagnen« der APO seit Ende der 1960er Jahre, aber auch konkrete Aktionen kommunistischer Gruppen ab Anfang der 1970er Jahre in der Wentorf-Garnison hatten im Offizierskorps antikommunistische Gegenreaktionen provoziert.<sup>17</sup> Wie ein Sicherheitsoffizier in Wentorf im Oktober 1978 in einer Wach-

13 Vgl. zum Wehrmachtmythos in der Bundeswehr: Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt a. M. 2005, S. 251-261.

14 Vgl. Ergänzende Richtlinien für Truppenbüchereien, 3. 4. 1968, in: BArch-MA, BW 2/11977, Bd. 1.

15 Zum Skandal vgl.: Daniel Schilling: Die Rudel-Affäre 1976. Genese, Wirkung und Folgen eines politischen Skandals, Berlin 2020.

16 Vgl. Neitzel (Anm. 10), S. 396.

17 Vgl. Projektgruppe Bundeswehr, in: Apo-Press H. 1, 27. 1. 1969, S. 4, [https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/S-H/Wentorf\\_SRK\\_Bundeswehr.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/S-H/Wentorf_SRK_Bundeswehr.shtml) [letzter Zugriff: 2.5.2024]; zu den Kampagnen der APO vgl.: Christoph Nübel: »1968« und die Bundeswehr. Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition und das Krisen-

belehrung über »Zersetzung und deren Abwehr« deutlich machte, galten für den Staat und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr linksradikale Soldaten viel gefährlicher als rechtsradikale.<sup>18</sup> Letztere seien »nicht wehrkraftzersetzend«, im Gegenteil sogar »wehrwillig«. Diese Logik prägte den pragmatischen Umgang der Bundeswehr mit Rechtsradikalismus während des gesamten Kalten Krieges, allerdings auch danach, als es darum ging, sich auf die ersten Kampfeinsätze im Ausland vorzubereiten. Das Leitbild vom demokratietreuen, mündigen »Staatsbürger in Uniform« wurde nicht selten intern untergraben bei der Tolerierung und Förderung von wehrwilligen Kriegern – rechtsradikale Einstellungen nahm die Bundeswehr zugunsten der Einsatzbereitschaft und Kampfkraft in Kauf. Das konnte man auch in Wentorf beobachten.

## Rechtsextreme Vorprägungen und Wunschberuf Soldat: Das Neonazi-Netzwerk im Wentorfer Jägerbataillon 162

»Nazis« habe es vereinzelt in der gesamten Panzergrenadierbrigade 16 gegeben, so der ehemalige Kommandeur Gerhard Brugmann.<sup>19</sup> Ein »Nazi-Problem« habe jedoch nur in der 4. Kompanie des Jägerbataillons 162 bestanden, der einzigen Jägerkompanie der gesamten Brigade. In dieser »Kompanie der wilden Männer«, so Brugmann, herrschte in den 1970er Jahren ein elitäres Selbstverständnis: »Diese Kompanie glaubte, das Härteste vom Harten, die Elite der Elite der ganzen Bundeswehr zu sein.« Sogar über die Fallschirmjäger fühlten sie sich erhaben. Genau in dieser Kompanie entwickelte sich die größte »kulturelle Gelegenheitsstruktur« für Rechtsradikale im Jägerbataillon 162.

Eine besonders hohe Motivation zeigten beim Dienst in dieser Kompanie vor allem die Neonazis, die später die »Werwolf«-Gruppe gründeten oder sich Kühnens militanter Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) anschlossen. Ihre Biografien sprechen für die erwähnte sozialwissenschaftliche Selektionsthese, wonach das Militär für viele Rechtsradikale so attraktiv sei, dass sie sich bewusst für den Wehrdienst und den Soldatenberuf entschieden. Sie genossen wegen ihrer soldatischen Leistungen bald so ein hohes Ansehen, dass ihre Ausbilder über ihre kaum versteckte rechtsextreme Gesinnung hinwegsahen und sie motivierten, sich für meh-

management des Bundesministeriums der Verteidigung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2025) H. 2, S. 291-347.

18 Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Hamburg (Anm. 12), S. 8.

19 Interview des Autors mit Gerhard Brugmann am 29. 4. 2022.

rere Jahre als Zeitsoldat zu verpflichten. »Solche Kämpfer können wir gebrauchen«, sagte etwa ein Hauptmann im Frühsommer 1974 zu Friedhelm E.<sup>20</sup> Das war jener Mann, der 1981 den Fememord an Johannes Bügner begehen sollte, einem homosexuellen Mitglied von Kühnens ANS.

Friedhelm E., Jahrgang 1953, hatte es kaum erwarten können, Soldat zu werden.<sup>21</sup> Landser-Hefte prägten in seiner Jugend seine romantisierten Vorstellungen von Wehrmacht, Krieg und Kameradschaft. Nach der Schule schloss er sich als junger Neonazi kriminellen und rechtsextremen Gruppen in Köln und Düsseldorf an, wegen Diebstahl wurde er 1972 zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Die Anerkennung und das Gefühl der Bindung, die er im katholischen und sozialdemokratischen Elternhaus vermisst hatte, fand Friedhelm E. in der Bundeswehr. Sie gab seinem Leben eine neue Perspektive: eine Karriere als Berufssoldat. Bei der Grundausbildung 1973 bei einem Jägerbataillon in Flensburg lernte er Lothar S. kennen. »Wir waren im Marschieren bis zur Bettenausbildung immer voll dabei und im Zug die Besten«, prahlte Friedhelm E. später.<sup>22</sup> Mit Lothar S. feierte er in der Kaserne »Führergeburtstag«, bastelte eine Hakenkreuz-Fahne und versteckte ein »Bild vom Führer« in seinem Spind.

Auch der gleichaltrige Lothar S. war bereits rechtsextrem und suchte eine Ersatzfamilie, als er in die Bundeswehr eintrat. Sein Vater, ein ehemaliger Soldat der Waffen-SS und in der französischen Fremdenlegion, erzog ihn in »militärischem Stil unter Versagung emotionaler Wärme«, wie es im Urteil des Bückeburger Prozesses hieß.<sup>23</sup> Die »Aktion Widerstand« der NPD Ende 1970 radikalisierte ihn. Nach dem Realschulabschluss und einer Elektrikerlehre schloss sich der junge Neonazi für ein paar Jahre den Jungen Nationaldemokraten (JN) an. Wie Friedhelm E. hegte auch Lothar S. schon lange den Wunsch, zur Bundeswehr zu gehen. Nach der Grundausbildung mit Friedhelm E. wurden beide im Sommer 1973 für die anschließende dreimonatige Vollausbildung versetzt – nach Wentorf bei Hamburg zum erwähnten Jägerbataillon 162. Anfangs war Lothar S. enttäuscht über die »lasche Einstellung« und das »unsoldatische Auftreten« in seiner Einheit.<sup>24</sup> Das wollte er als Ausbilder ändern. Damit seiner Karriere bei der Bundeswehr nichts im Weg stand, trat er formal

20 Zit. in: Stefan Aust: Fememord. Bericht aus der rechtsradikalen Szene, in: Konkret Extra 1982 H. 12, S. 1-15, hier S. 11.

21 Vgl. zur Biografie von Friedhelm E.: Urteil LG Lübeck (Fememordprozess), Az. 2 Js 747/81; 2 KLS (186/81), 3. 6. 1982, in: Staatsarchiv Hamburg, 242-1 II\_3064, S. 4-11.

22 Aust (Anm. 20), S. 11.

23 Urteil OLG Celle (Bückeburger Prozess), 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 22.

24 Anklageschrift des GBA gegen Kühnen u. a., Az. 1 StE 7/78, 1. 12. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 385I, S. 45.

bei den Jungen Nationaldemokraten aus, bevor er sich auf zwei Jahre als Zeitsoldat verpflichtete. Die Bundeswehr wurde seine »zweite Heimat«, wie es im späteren Urteil hieß.<sup>25</sup> Hier »fand er die Rolle, auf die hin er erzogen worden war.«

Während der dreimonatigen Ausbildung zum Unteroffizier provozierte Lothar S. mit wehrmachtverherrlichenden Aussagen und war als »brauner Hase« verschrien.<sup>26</sup> Befördert wurde er dennoch. Seit 1974 diente er als Unteroffizier in Wentorf, spätestens ab 1975 gemeinsam mit Friedhelm E. in der erwähnten »Kompanie der wilden Männer«, der 4. Kompanie des Jägerbataillons 162. Obwohl Lothar S. offen über seine rechtsextremen Ansichten sprach, genoss er sowohl bei Kameraden als auch Vorgesetzten ein »gutes Ansehen«. Die beiden rechtsextremen Unteroffiziere verfolgten in der Jägerkompanie besonders harte und zum Teil brutale Ausbildungsmethoden. Wie Lothar S. als Ausbilder Disziplinschwierigkeiten eines Untergebenen klärte, beschrieb er so: »Dann nahm ich ihn mit in den Nahkampfraum, er bekam seinen KO, und damit war die Sache vergessen: hart und männlich!«<sup>27</sup> Der ehemalige Kompaniechef von Lothar S. lobte und verteidigte ihn sogar dann noch, als dessen rechtsextremes Weltbild und seine rechtsterroristischen Aktionen im Bückeburger Prozess detailliert verhandelt wurden. »Seine Leistungen lagen bis zu 80 Prozent über dem, was heute bei der Bundeswehr als gut gilt. Er war zackig, aber kein Nazi.«<sup>28</sup>

Lothar S., Friedhelm E. und andere Neonazis profitierten erheblich von der »kulturellen Gelegenheitsstruktur« im Jägerbataillon 162, in dem zeitweise durch den Elite- und Kämpferkult Wehrwillen und soldatische Leistungen höher angesehen waren als der Eid auf die freiheitlich demokratische Grundordnung. Diesen Eid hatte auch Michael Kühnen in Wentorf geleistet, seit Ende der 1970er Jahre einer der einflussreichsten Anführer der militanten Neonazi-Szene in der Bundesrepublik. Bereits als Schüler hatte sich Kühnen für die NPD, deren Jugendorganisation JN, die »Aktion Widerstand« und »Aktion Neue Rechte« engagiert.<sup>29</sup> Und

25 Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 23.

26 Polizeiprotokoll, 26. 4. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3846.

27 Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 24.

28 Offizier lobt den Angeklagten als »zackigen Soldaten«, in: Westfälische Rundschau, 26. 6. 1979.

29 Vgl. allgemein zu Kühnens Biografie: Ann-Kathrin Mogge: Michael Kühnen (1955-1991). »Ich bin die Wand!«, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 211-234.

er wollte »leidenschaftlich gern Soldat werden«, wie er später schrieb.<sup>30</sup> Der junge Kühnen hatte zunächst aber Vorbehalte gegen den Staat und die Traditionspflege der Bundeswehr. Zum Beispiel sah er in den Widerstandskämpfern des 20. Juli keine traditionswürdigen Vorbilder, sondern »Verräter«. Letztlich siegten jedoch sein Antikommunismus und sein Wunsch, Westdeutschland vor dem Warschauer Pakt zu beschützen. Nach dem Abitur trat Kühnen im Sommer 1974 als Freiwilliger in die Bundeswehr ein. Seine Ausbildung absolvierte er im Jägerbataillon 162, allerdings nicht bei den Unteroffizieren Lothar S. und Friedhelm E. Beide suchten zwar erst nach ihrer Bundeswehrzeit Kontakt zu Kühnen. Flüchtig begegneten sie sich aber schon einige Jahre vorher in der Wentorfer Garnison und außerhalb auf Lehrgängen.<sup>31</sup>

## NS-Huldigungsstätten und Gewaltpraktiken: Das Jägerbataillon 162 als rechtsterroristische Keimzelle

Michael Kühnen, der bald die Offizierslaufbahn einschlug, sowie die Unteroffiziere Lothar S., Friedhelm E. und andere Neonazis passten perfekt in die militärische Subkultur des Jägerbataillons 162: Sie teilten mit den meisten anderen Soldaten ein antikommunistisches Feindbild, erfüllten die dienstlichen Erwartungen ihrer Vorgesetzten und wurden daher mit ihren rechtsextremen Vorprägungen und Provokationen toleriert. Geschützt durch diese »Gelegenheitsstruktur« verfestigte Lothar S. während seiner Zeit als Ausbilder seine politischen Ansichten. Er sah sich als »Kämpfer gegen den Kommunismus« und verehrte Hitler, die Wehrmacht und die Waffen-SS.<sup>32</sup> Das war für die Vorgesetzten auch deswegen tolerierbar, weil Lothar S. viele Soldaten überzeugte, sich wie er und Friedhelm E. für eine längere Dienstzeit zu verpflichten. Darunter war auch sein Freund und späterer Komplize Joachim D.<sup>33</sup> Lothar S. und Friedhelm E. absolvierten in den nächsten Jahren erfolgreich mehrere Ausbildungen, etwa zum Fallschirmspringer oder zum Einzelkämpfer. Friedhelm E. galt sogar als »bataillonsbester MG-Schütze«

30 Michael Kühnen: Gedanken zur Volksverteidigung, JVA Celle, 8. 5. 1981, in: BArchK, ZSG 147/305.

31 Vgl. Aust (Anm. 20), S. 11; Lothar S.: Der Anschlag oder die verdeckte Sichtweise der Dinge, 12. 10. 2003, <https://nhzbs.blogspot.com/2007/02/braunes-mossad-maerchen.html> [letzter Zugriff: 12. 2. 2026].

32 Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 24.

33 Polizeiprotokoll, 26. 4. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3846.

und »Panzerfaust-Schütze« und erhielt von seinen Kameraden den Spitznamen »Kampfsau-Oma«. <sup>34</sup> In Zeiten von sinkenden Freiwilligenzahlen waren er und Lothar S. mit ihrem Wehrwillen und Engagement für die Bundeswehr so wertvoll, dass selbst mehrere Propagandadelikte keine Folgen für ihre Karriere hatten.

Lothar S. sagte später aus, in seiner Einheit habe es nicht nur Vorgesetzte gegeben, bei denen »noch die alte Wehrmachtsgesinnung herrschte«, sondern auch mindestens »einen nationalsozialistischen Unteroffizier und einen ebenfalls neonazistischen Führungsoffizier«, bei denen er »politisch geschult« wurde. <sup>35</sup> Aber erst seit etwa 1975 entstand mit dieser »Gelegenheitsstruktur« und einer neuen Generation von Neonazis eine Gruppe in Wentorf, die ihre rechtsextremen Einstellungen im Sinne der »Aktion Widerstand« provokanter nach außen hin zeigte – genau in der Zeit, in der die Unteroffiziere Lothar S. und Friedhelm E. ihren Dienst als Ausbilder begannen. Zehn Kameraden in der 4. Kompanie des Jägerbataillons 162 standen damals laut Friedhelm E. »voll auf der NS-Zeit«. <sup>36</sup> Bei einer Kompanie, die als kleinste disziplinarische Einheit rund 150 Soldaten umfasste, war das nicht wenig. Nach Dienstschluss hörten sie im Unteroffiziers-Keller »alte Platten« und feierten jährlich am 20. April »Führergeburtstag«. Der Bataillonskommandeur musste 1975 und 1976 mehrfach dafür sorgen, dass die Neonazis ihre Stuben ausräumten. Friedhelm E. hatte seine etwa mit allerhand NS-Devotionalien zu einer Huldigungsstätte ausgeschmückt, einschließlich einem großen Hakenkreuz an der Wand und einer Bronzestatue vom »Führer«. Eine ähnlich eingerichtete Stube, in der vor allem der Wehrmacht gehuldigt wurde, landete als Foto in linken Soldatenzeitungen (siehe Abbildung S. 63). <sup>37</sup> Während im selben Bataillon Soldaten schikaniert und bestraft wurden, weil sie sich für die Ratifizierung der Ostverträge oder gegen den Vietnamkrieg engagierten, durften die rechtsextremen Unteroffiziere ihre Karriere fast unbehindert fortsetzen.

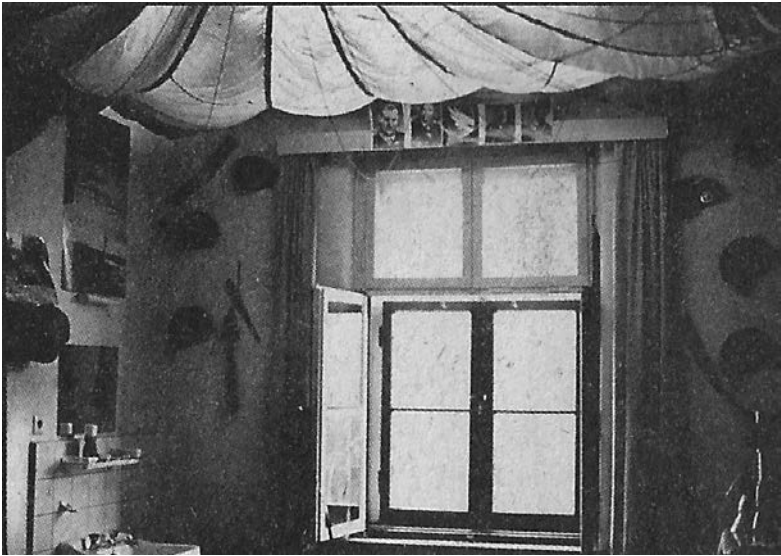
Die Neonazis in der 4. Kompanie des Jägerbataillons 162 brannten darauf, ihre soldatischen Fähigkeiten auch in der Praxis einzusetzen. Dabei stießen sie mit ihrem gewaltvollen Auftreten nicht nur an die

34 Aust (Anm. 20), S. II.

35 Angeklagter prahlte mit seiner Brutalität, in: FR, 30. 5. 1979; Die Ewiggestrigen, in: Der Bund (Schweiz), I. 6. 1979.

36 Zit. in: Aust (Anm. 20), S. II. Zu den Propagandadelikten der Gruppe siehe auch: Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Hamburg (Anm. 12).

37 Brauner Unrat auf Feldwebel-Stube, in: Links um!, o.A., 1976 (Sept.). Vgl. auch: Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Hamburg (Anm. 20), S. 17-19; Kdr PzGren-Brig 16, 6. 12. 1978, in: BArch-MA, BW 1/184797.



## Hamburg-Wentorf: Brauner Unrat auf Feldweibel-Stube



Das nebenstehende Foto einer Kasernenstube stammt nicht von 1939, sondern ist im März dieses Jahres in einer Bundeswehrkaserne gemacht worden.

Zwei Feldweibel des Jägerbataillons 162 in Hamburg-Wentorf hatten sich Fotos faschistischer Flieger„helden“, Mützen und Kriegsgerät der

faschistischen Wehrmacht an die Wand gehängt.

Es ist nicht bekannt, daß die Feldweibel aufgefordert wurden, diesen braunen Unrat aus der Stube zu entfernen. Bekannt ist aber, daß Soldaten schikaniert und bestraft wurden, als sie Plakate gegen den Vietnamkrieg, für die Ratifizierung der Ostverträge und für Abrüstung in ihren Spind gehängt hatten.

Ein seltsames Traditions- und Demokratieverständnis herrscht in der Bundeswehr.

Brauner Unrat auf Feldweibel-Stube, in: Links um!, o. A., 1976 (Sept.).

Toleranzgrenze der Bundeswehr, sondern legten auch erste Grundsteine für ihre späteren rechtsterroristischen Pläne und Aktionen. Lothar S. nahm beispielsweise Kontakt zur benachbarten Wiking-Jugend-Gruppe von Hamburg-Bergedorf auf.<sup>38</sup> Gemeinsam feierten die Neonazis am 20. April 1975 »Führergeburtstag« in Dörpstedt in Schleswig-Holstein. Bei der Feier lernte Lothar S. zwei Männer kennen, mit denen er später die rechtsterroristische »Werwolf«-Gruppe gründete und ausbaute: zum einen Lutz W., zum anderen Uwe R., dem das Anwesen in Dörpstedt gehörte und der davon träumte, nach dem Vorbild der Wehrsportgruppe Hoffmann eine eigene paramilitärische Truppe zu gründen. Das war eine Idee, für die sich auch später Lothar S., Michael Kühnen und weitere Soldaten aus dem Wentorfer Netzwerk Ende 1977 begeistern konnten.

Eine verschworene Gruppe waren die rechtsextremen Soldaten um Lothar S. und Friedhelm E. allerdings bereits innerhalb der Wentorfer Jägerkompanie. Sie nannten sich »NS-Kampfgruppe«, schworen einen »Blut- und Fahneneid« und führten »Sandkastenspiele« durch, in denen sie die gewaltsame Befreiung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis durchspielten.<sup>39</sup> Solche Befreiungspläne verfolgten damals einige deutsche Rechtsterroristen.<sup>40</sup> Lothar S. brachte die Idee später in ihre rechtsterroristische Gruppe ein. Es blieb jedoch nicht bei Gewaltfantasien.

Lange bevor sich die Wentorfer Neonazis Michael Kühnens militanten Gruppen anschlossen, gingen sie bereits innerhalb der Bundeswehr brutal gegen »innere Feinde« vor. Friedhelm E. wurde in seiner Bundeswehrzeit zweimal wegen Körperverletzung zu insgesamt 100 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt.<sup>41</sup> Hier wandte er gegen andere Soldaten unter anderem seine Nahkampf-Fähigkeiten an, die er beim Einzelkämpfer-Lehrgang in der Kampftruppenschule Hammelburg gelernt hatte, bis heute eine der härtesten Ausbildungen der Bundeswehr. Anfang 1976 degradierte die Bundeswehr Friedhelm E. zum Jäger, dem niedrigsten Dienstgrad der Truppengattung, und entließ ihn unehrenhaft. 1977 wurden Lothar S. und sein Kamerad Joachim D. vom Dienst suspendiert, weil sie einen Soldaten geschlagen hatten, den sie als »links« identifizierten. Zwar war das Dienstverbot nur vorläufig. Es war jedoch ein einschneidendes, ernüchterndes Erlebnis für die beiden Soldaten, die ihre Zukunft in der Bundeswehr gesehen hatten und nun stark enttäuscht waren. So stark, dass sie sich gegen den Staat wandten.

38 Vgl. Urteil OLG Celle, 13.9.1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 60.

39 Hansa-Banden-Prozess: Kühnen aus dem Schneider?, in: Arbeiterkampf H. 155, II. 6. 1979, S. 31; Nazigruppe in der Bundeswehr, in: Unsere Zeit, 13. 6. 1979.

40 Vgl. Manthe (Anm. 5), S. 79.

41 Vgl. Urteil Fememordprozess, 3. 6. 1982, in: Staatsarchiv Hamburg, 242-1 II\_3064, S. 8-II.

## Rauswurf und Radikalisierung: Der Weg von der Bundeswehr zum Rechtsterrorismus

Es gibt bisher nicht viel Forschung zum Thema Militärerfahrung und Rechtsterrorismus.<sup>42</sup> Eine sozialwissenschaftliche Studie aus den USA von 2013 kam jedoch unter anderem zu zwei wichtigen Ergebnissen.<sup>43</sup> Die Wissenschaftler:innen stellten erstens fest, dass Rechtsterrorist:innen in den USA zwischen den 1970er und 2000er Jahren im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt überproportional mehr Militärerfahrung hatten. Und zweitens hatte sich bei diesen Personen die Radikalisierung beschleunigt oder verstärkt, nachdem sie unfreiwillig aus dem Militärdienst wegen mangelnder Leistungen oder Fehlverhalten ausgeschieden waren. Das Ende der Militärzeit hatte bei ihnen Zukunftsängste und eine Identitätskrise ausgelöst, was die Ex-Soldaten anfällig machte für rechts-extreme Einstellungen und Gruppen. Die gewaltbereite extreme Rechte, so die Studie, bot ihnen einen Raum, in dem sie ihre Identität als Krieger bewahren konnten und für ihre militärischen Fähigkeiten auch Anerkennung bekamen.

Auch die Aussagen von einigen ehemaligen Angehörigen des Jägerbataillons 162 und des Neonazi-Netzwerkes in Wentorf sprechen deutlich für die These der US-Studie, dass der Rauswurf aus dem Militär ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Rechtsterror bedeuten konnte. So hatte Friedhelm E. eine starke Bindung zur Armee aufgebaut. Das Gewehr sei, wie er sagte, »seine einzige Braut«.<sup>44</sup> Die fristlose Entlassung entzog ihm die Lebensgrundlage. Dazu sagte er später: »Da standen mir die Tränen. Seit dem Tag habe ich der Bundeswehr und der BRD meinen Kampf angesagt. Da ging das wieder richtig los mit Aktion.«<sup>45</sup> Mit anderen Neonazis in NRW plante Friedhelm E. Anschläge auf Johannes Rau, Beate Klarsfeld und auf Bundeswehreinrichtungen. Wegen anderer krimineller Aktionen saß er zwischen 1977 und 1981 immer wieder in Haft. Von dort nahm er Kontakt zu anderen Rechtsextremen auf. Darunter Michael Kühnen, den er in der Wentorf-Garnison flüchtig kennen-

42 Ausnahmen bilden in Ansätzen: Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024, S. 90-100; Daniel Köhler: A Threat from Within? Exploring the Link between the Extreme Right and the Military, in: ICCT Policy Brief (2019).

43 Pete Simi/Bryan F. Bubolz/Ann Hardman: Military Experience, Identity Discrepancies, and Far Right Terrorism: An Exploratory Analysis, in: Studies in Conflict & Terrorism 36 (2013) H. 8, S. 654-671.

44 Urteil Fememordprozess, 3. 6. 1982, in: Staatsarchiv Hamburg, 242-1 II\_3064, S. 6.

45 Zit. nach: Aust (Anm. 20), S. 12.

gelernt hatte und der mittlerweile zum Neonazi-Anführer in Hamburg aufgestiegen war. Nach seiner Haftentlassung 1981 war Friedhelm E. sofort bereit, Kühnen zu folgen und seine früheren rechtsterroristischen Pläne mit der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) in Hamburg umzusetzen. Ende Mai 1981 ermordete Friedhelm E. den homosexuellen ANS-Anhänger Johannes Bügner, weil er dachte, im Auftrag Kühnens zu handeln.<sup>46</sup> Beim Prozess rechtfertigte er sich: »Befehl ist Befehl. Das habe ich bei der Bundeswehr gelernt.«<sup>47</sup> Er zeigte sich befriedigt, dass er seine Kenntnisse aus der Einzelkämpferausbildung endlich »an einem echten Menschen« anwenden konnte.

Anders als die Unteroffiziere Lothar S. und Friedhelm E. hatte Michael Kühnen die Offizierslaufbahn eingeschlagen und war somit nicht in Wentorf geblieben. Nach seiner Grund- und Vollausbildung beim Jägerbataillon 162 absolvierte er Mitte 1975 als Lehrgangsbester einen Offizierslehrgang in Hammelburg.<sup>48</sup> Nach eigenen Angaben sei er dort bereits »auf mehrere Mitglieder« der neonazistischen »NSDAP-Aufbau- und Auslandsorganisation« (NSDAP/AO) gestoßen, denen er sich bald anschloss.<sup>49</sup> Die »NSDAP-Aufbau- und Auslandsorganisation« (NSDAP/AO) mit Sitz in den USA unterstützte seit 1973 die westdeutsche Neonaziszene mit Propagandamaterial und vernetzte sie mit Gesinnungsgenossen im Ausland.<sup>50</sup> In Hamburg, wo Kühnen an der Bundeswehrhochschule studierte, baute er 1977 eine Untergruppe der NSDAP/AO auf.<sup>51</sup> Als die Polizei im Sommer 1977 in seinem Auto und seiner Bundeswehrunterkunft NS-Propagandamaterial entdeckte, entließ ihn die Bundeswehr Anfang September unehrenhaft. Später inszenierte er seinen Rauswurf als Befreiung: Die Entlassung aus der Bundeswehr sei der »richtige Startschuß« gewesen, »der eigentliche Anstoß, nun aktiv, politisch aktiv zu werden, spektakulär aktiv zu werden.«<sup>52</sup> Sein erfolgreichster Medien-Coup gelang ihm am 20. Mai 1978 mit der »Eselsmasken-Aktion«: Unter Kühnens Füh-

46 Vgl. zum Fememord: Gottfried Lorenz: Schwule Rechtsradikale in Hamburg – Teil der Community?, in: ders. (Hg.): Töv, di schiet ik an. Beiträge zur Hamburger Schwulengeschichte, Berlin 2013, S. 383-440.

47 Zit. nach: Lächelnd schilderte E. seine Tat, in: Kieler Nachrichten, 21. 4. 1982.

48 Thomas Wagner: Der Dichter und der Neonazi. Erich Fried und Michael Kühnen – eine deutsche Freundschaft, Stuttgart 2021, S. 46.

49 Prozeß gegen »Hansa«-Bande beginnt, in: Arbeiterkampf H. 152, 30. 4. 1979, S. 36.

50 Vgl. Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 74.

51 Vgl. Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, 21, 48.

52 Zit. nach: Werner Graf: »Wir hatten nur sechs Jahre Zeit«. Michael Kühnens nationaler Sozialismus, in: ders. (Hg.): »Wenn ich die Regierung wäre ...«. Die rechtsradikale Bedrohung, Berlin/Bonn 1984, S. 38-53, hier S. 50.

rung und begleitet von vielen Kameras marschierten seine ANS-Anhänger mit Eselsmasken verkleidet durch die Hamburger Innenstadt, leugneten offen den Holocaust und trugen dabei Schilder mit der Aufschrift »Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden«.

Kühnen orientierte sich beim Aufbau von Neonazi-Strukturen stark an den Strategien von NSDAP/AO-Chef Gary Lauck und dessen »Reichsleiter«, dem Rechtsterroristen Paul Otte.<sup>53</sup> Dabei verfolgte Kühnen eine langfristige Strategie der politischen und rechtsterroristischen Arbeitsteilung mit drei Stufen: Aus legalen politischen Gruppen wollte er stückweise Mitglieder für halblegale Gruppen und letztlich für Untergrundgruppen rekrutieren.<sup>54</sup> Letztere stellte er in die Tradition der NS-Organisation »Werwolf«. Nicht zuletzt orientierte sich die Taktik der selbstständig operierenden »Jagdeinheiten« der »Werwölfe« auch an der traditionellen Jägertruppe der Armee, deren modernisierte Ausbildung Kühnen, Lothar S. und andere aus dem Wentorfer Netzwerk durchlaufen hatten.

Zur Zielgruppe von Michael Kühnen passte Lothar S. perfekt. In ihm habe sich nach der Suspendierung »ein unbändiger Haß gegen die Bundeswehr aufgestaut«, sagte er später.<sup>55</sup> Indem sich Lothar S. von Kühnen Ende 1977 für eine »Werwolf«-Untergrundgruppe rekrutieren ließ, konnte er nicht nur seine Identität als Krieger bewahren, sondern sich auch an der nunmehr verhassten Bundeswehr rächen. Dabei nutzte er sein Insiderwissen: Mit Lutz W. und anderen Rechtsterroristen überfiel Lothar S. von Ende 1977 bis Anfang 1978 mehrere militärische Standorte, um Waffen und Munition zu erbeuten, darunter auch seine ehemalige Kaserne in Wentorf und Depots, die er kannte.<sup>56</sup> Nützliche Informationen und Bundeswehrmaterial bekam er von seinem Freund Joachim D., der nach einer kurzzeitigen Suspendierung wieder in der Wentorfer Jägerkompanie diente.<sup>57</sup> Von anderen alten Kameraden aus der Jägerkompanie erwarb Lothar S. zu einem Schnäppchenpreis gestohlene Bundeswehrausrüstung.<sup>58</sup>

53 Vgl. Annelotte Janse: From letters to bombs. Transnational ties of West German right-wing extremists, 1972-1978, in: Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression (2021), S. 1-18.

54 Vgl. Polizeiprotokoll, 17. 5. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3846.

55 Polizeiprotokoll, 26. 4. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3846.

56 Vgl. Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, S. 64-95.

57 Polizeiprotokoll, 10. 5. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3846. Vgl. auch: Polizeiprotokoll, 31. 5. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3845.

58 Polizeiprotokoll, 3. 4. 1978, in: LASH, Abt. 352.4 Nr. 3845; StA Lüneburg an GBA Rebmann, 7. 3. 1978, in: BArchK, B 141/63041.

Im Rahmen von Kühnens Stufenplan nutzte die »Werwolf«-Gruppe um Lothar S. als Aufbaukader und als Tarnung eine neue Wehrsportgruppe. Seit Mitte der 1970er Jahre erfreuten sich Wehrsportgruppen in der rechts-extremen Szene großer Beliebtheit.<sup>59</sup> Waffenübungen, körperliches Training und politische Schulungen sprachen insbesondere jüngere männliche, aber auch einige weibliche Rechtsradikale an. Entgegen offizieller Behauptungen war der Wehrsport für die meisten Gruppen kein reines Freizeitvergnügen, sondern Vorbereitung für den späteren Systemsturz. Die mit Abstand bekannteste und größte Wehrsportgruppe um den Neonazi Karl-Heinz Hoffmann in Bayern war auch für die Rechtsterroristen um Lothar S. ein wichtiges Vorbild. Als Stützpunkt und Rekrutierungsfeld diente ihnen ab Frühjahr 1978 die Wehrsportgruppe, die der »Gauführer-Nord« der Wiking-Jugend, Uwe R., auf seinem Hof im schleswig-holsteinischen Dörpstedt aufbaute – genau dort, wo sich er, Lothar S. und Lutz W. bereits 1975 kennengelernt hatten.<sup>60</sup>

Die Wehrsportgruppe in Dörpstedt orientierte sich nicht nur an der WSG Hoffmann, sondern auch stark an der Bundeswehr. Ziel der Wehrübungen war es, die Kenntnisse der Bundeswehr-Grundausbildung zu vermitteln. Daher sei ihre Wehrsportgruppe die einzige gewesen, in der »alle Unterführer zumindest Unteroffiziere in Kampfseinheiten« der Bundeswehr waren, so Lothar S. später.<sup>61</sup> Wer sich bewährte, wurde als »Werwolf« in die rechtsterroristische Gruppe aufgenommen. Aus den Akten geht zudem hervor, dass diese dabei höchstwahrscheinlich Teil eines bundesweiten, teilweise sogar transnationalen Netzwerks der NSDAP/AO war, das eine gemeinsame Strategie des bewaffneten Kampfes verfolgte.<sup>62</sup> Wie das »Hannibal«- bzw. »Nordkreuz«-Netzwerk, das vor einigen Jahren aufgeflog, bereitete sich bereits Ende der 1970er Jahre das Netzwerk aus rechten Wehrsportler:innen, Neonazis und Rechtsterrorist:innen mit Übungen, Waffenlagern und Raubüberfällen auf einen Putsch am »Tag X« vor.<sup>63</sup>

Als deutscher Ableger der NSDAP/AO diente der »Schießklub Bocholt« seit 1975 als Tarnung für die Zusammenarbeit zahlreicher militanter Neonazi-Anführer wie Michael Kühnen, Karl-Heinz Hoffmann, Thies Christophersen, Manfred Roeder, Erwin Schönborn, Paul Otte, Friedrich Busse

59 Vgl. Manthe (Anm. 5), S. 77.

60 Vgl. Urteil OLG Celle, 13.9.1979, in: BAArchK, B 141/62879, S. 79-84.

61 Aufzeichnungen Lothar S., zit. in: Die netten Nazis von nebenan, in: Stern, 15.2.1979.

62 Vgl. Annelotte Janse: The Pursuit of »White Security«. Transnational entanglements between West German and American right-wing extremists, 1961-1980, Diss. Utrecht 2024, S. 131-176.

63 Vgl. Bundesgerichtshof Hannover: Haftbefehl, 10.8.1978, in: BAArchK, B 141/63041.

und Curt Müller.<sup>64</sup> Die »Werwolf«-Gruppe um Lothar S. hatte innerhalb dieses Netzwerks vor allem Kontakte zum Rechtsanwalt Jürgen Rieger und dem Arzt Uwe Jürgens.<sup>65</sup> Jürgens, den alle nur den »Doktor« nannten, besaß in der Lüneburger Heide ein Grundstück auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, wo auch unter anderem das Wentorfer Jägerbataillon 162 regelmäßig trainierte und auf dem die »Werwolf«-Gruppe Anfang 1978 die letzten Überfälle vor der Festnahme verübte.<sup>66</sup>

## Fazit und Ausblick: Die verpasste Aufarbeitung nach dem Bückeburger Prozess

Der Bückeburger Prozess 1979 gegen die Mitglieder der »Werwolf«-Gruppe war eine Zäsur,<sup>67</sup> sowohl für den Staatsschutz als auch für die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte verurteilte ein Gericht nicht Links-, sondern Rechts-extremisten nach § 129a StGB wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die verurteilten Mitglieder erhielten hohe Haftstrafen, Lothar S. mit elf Jahren die höchste. Die rechtsextremen Netzwerke unter dem Dach der NSDAP/AO oder in der Bundeswehr wurden allerdings nicht im Prozess aufgeklärt. Dabei geben die Ermittlungsakten auch heute noch ein gutes Bild davon, wie sich in der militärischen *Lebenswelt* des Jägerbataillons 162 in Wentorf von 1975 bis 1978 ein einflussreiches Netzwerk von rechtsradikalen bis gewaltbereiten, rechtsextremen Soldaten bilden konnte, aus denen sich später Rechtsterroristen rekrutierten.

Die zum Teil revanchistische und wehrmachtsverherrlichende Traditionspflege in Wentorf hatte zusammen mit einem verbreiteten Antikommunismus eine kulturelle Gelegenheitsstruktur geschaffen, die sich am stärksten in der einzigen Jägerkompanie der Brigade ausprägte, weil hier zusätzlich über Jahre ein Elitedenken herrschte. Die elitäre Ausbildung der Jägertruppe – samt Fortbildungen zum Fallschirmjäger und

64 Vgl. Rolf Gössner: Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates, München 2012, S. 128; Rudolf Schneider/Heinz Brüdigam: Die SS ist ihr Vorbild. Neonazistische Kampfgruppen und Aktionskreise in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1981, S. 149.

65 Vgl. Urteil OLG Celle, 13. 9. 1979, in: BArchK, B 141/62879, 80 f.

66 Vgl. Polizeiprotokoll, 9. 5. 1978, in: BArchK, B 362/7991; Pablo Schmelzer: Heinz Lembke (1937-1981). Förster und Werwolf, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 235-250, hier S. 240.

67 Vgl. Manthe (Anm. 5), S. 81-91.

Einzelkämpfer – zu durchlaufen und Karriere in der Bundeswehr zu machen, war für Männer wie Lothar S. und Friedhelm E. besonders attraktiv. Mangels familiärer oder sozialer Bindung fanden sie in der Bundeswehr, vor allem in jener 4. Jägerkompanie des Jägerbataillons 162, für einige Jahre eine zweite Heimat und viel Anerkennung für ihre soldatischen Leistungen und »Wehrwilligkeit«. Vorgesetzte tolerierten daher ihre rechtsextremen Vorprägungen und Aktivitäten während der Dienstzeit, bis die Neonazis mit ihrer Gewalt ein Maß überschritten. Die sozialwissenschaftlichen Sozialisations- und Selektionsthesen bestätigen sich hier also beide. Entscheidend für ihre Radikalisierung vom Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus war jedoch der Rauswurf aus der Bundeswehr – der ehemalige Arbeitgeber wurde stellvertretend für den verhassten demokratischen Staat zum Feindbild.

Die bundesdeutsche Justiz, das Verteidigungsministerium und der Militärische Abschirmdienst verpassten die Gelegenheit, angesichts des Bückeburger Prozesses 1979 umfassend die strukturellen Verbindungen von Militär und Rechtsterrorismus zu durchdringen. Zumindest in der Wentorf-Garnison scheinen allerdings einzelne disziplinarische und personelle Maßnahmen, die 1978 nach der Festnahme der »Werwolf«-Gruppe und einer Initiative von linken Soldaten erfolgt waren, langfristig Wirkung gezeigt zu haben.<sup>68</sup> Seitdem wurden keine Fälle mehr von NS-Verherrlichung oder Rechtsextremismus bekannt. Die Neonazi-Gruppe in Wentorf war zerschlagen. Ihr Netzwerk blieb jedoch noch bis in die frühen 1980er Jahre aktiv. Michael Kühnen und seine ANS nutzten die Kontakte der ehemaligen Wentorfer Soldaten auch nach dem Bückeburger Urteil, um etwa den Strafvollzug eines verurteilten Neonazis zu unterwandern. Um mit ihm in Kontakt zu bleiben und einen Exit aus der rechtsextremen Szene zu verhindern, wurde ein ehemaliger Kamerad aus der 4. Kompanie des Jägerbataillon 162 angeworben, wo der Verurteilte ebenfalls gedient hatte.<sup>69</sup> Die Behörden kamen jedoch dahinter und erreichten mit dem Verbot solcher Besuche und mit Resozialisierungsmaßnahmen, dass sich der Verurteilte trotz einiger Rückfälle letztlich vom Rechtsradikalismus lossagte.

Es hatte jedoch fatale Folgen, dass die Bundeswehr aus dem Wentorfer Fall und dem Bückeburger Prozess keine Lektionen gezogen hatte. Indirekt leisteten die militärpolitischen Verantwortlichen damit dem

68 Vgl. Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Hamburg (Anm. 12); Kdr PzGrenBrig 16 (Anm. 12).

69 Vgl. Strafvollzugsamt Hamburg an JVA Fuhlsbüttel, 4. 7. 1983, in: Staatsarchiv Hamburg, 242-1 II\_3056.

Rechtsextremismus und Rechsterrorismus Vorschub – vor allem mit Blick auf isolierte Eliteeinheiten wie im Jägerbataillon 162. Durch die verpasste staatliche Aufarbeitung und auch durch eine konservative »Wende«-Politik im Verteidigungsministerium seit dem Regierungswechsel 1982 entwickelten sich vor allem innerhalb von Fallschirm- und Gebirgsjäger- sowie Fernspäher-Einheiten zum Teil langlebige rechtsextreme Subkulturen. Öffentlich wurden sie erst Ende der 1990er Jahre und – im Falle des KSK – erst vor wenigen Jahren.<sup>70</sup> Als Reaktion hat die Bundeswehr seit 2017 umfangreiche präventive und repressive Maßnahmen ergriffen.<sup>71</sup> Die aktuell geplante personelle Aufrüstung der Bundeswehr im Rahmen der »Zeitenwende« birgt jedoch die Gefahr, in die pragmatische Logik des Kalten Krieges zurückzufallen, mit der über Jahrzehnte »wehrwillige« rechtsradikale Krieger strukturell toleriert und gefördert wurden. Um dies zu verhindern, bedarf es einer stetigen gesellschaftlichen und staatlichen Wachsamkeit sowie eines sehr viel größeren Interesses vom Verteidigungsministerium, Rechtsradikalismus in den Streitkräften umfassend, transparent und interdisziplinär aufzuarbeiten.

70 Vgl. Neitzel (Anm. 10), S. 474-487, 573-576.

71 Vgl. Steinbrecher/Biehl/Leonhard (Anm. 3), 27 f.

# Das Verbot der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen (ANS/NA) und das »Bewegungsverfahren« vor dem Landgericht Stuttgart 1991 bis 1995

KARSTEN WILKE

Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland nach einer aktuellen Zählung 115 rechtsextreme Gruppierungen und Organisationen verboten.<sup>1</sup> Im Gegensatz zu den wenigen Parteienverboten beziehungsweise -verbotsverfahren<sup>2</sup> lösten diese Maßnahmen in der Regel keine längeren öffentlichen Debatten aus.<sup>3</sup>

Ebenso wenig ließe sich behaupten, dass das Thema »Vereinigungsverbote« gut erforscht sei. Außer allgemein ansetzenden rechts- und politikwissenschaftlichen Studien<sup>4</sup> existieren gerade einmal eine Handvoll

- 1 Es handelt sich um eine Zählung im Rahmen des Verbund-Forschungsprojekts »Zur Wirkung von Verboten gegen rechtsextreme Vereinigungen« (VerRexVer), in dem der Verfasser tätig ist. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert und derzeit an der Hochschule Düsseldorf (HSD) sowie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) umgesetzt.
- 2 Vgl. Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hg.): Parteiverbotsverfahren, 6. Aufl., Frankfurt a. M. 2024; Martin Will: Ephorale Verfassung. Das Parteiverbot der rechtsextremen SRP von 1952. Thomas Dehlers Rosenburg und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2017; Peter Maxwell: Mit Recht gegen rechts. Die Verbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei (1950-1952) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (2000-2003), Stuttgart 2016; Horst Meier: Parteiverbot und demokratische Republik. Zur Interpretation und Kritik von Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, Baden-Baden 1997.
- 3 Vgl. zuletzt die Presseberichterstattung bzgl. der Aufhebung des Verbots der Compact-Magazin GmbH, hier z.B: Marlene Grunert: Großer Schlag, kleine Wirkung. Das Bundesverfassungsgericht hebt das »Compact«-Verbot auf, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 6. 2025; Wolfgang Janisch: Ein Freispruch klingt anders. Das Bundesverwaltungsgericht kassiert das Verbot des rechtsextremen Magazins »Compact« ein. Mit Menschenwürde und Demokratie ist das Konzept der »Remigration« aber unvereinbar, Süddeutsche Zeitung, 25. 6. 2025.
- 4 Vgl. Sandra Lukosek: Vereine als Gefahr. Die Reformbedürftigkeit des Vereinsrechts im Umgang mit kriminellen und extremistischen Vereinigungen, Baden-Baden 2023; Julia Gerlach: Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verboten oder Nicht-Verboten?, Baden-Baden 2012; Jens Heinrich: Vereinigungsfreiheit und Vereinigungsverbot – Dogmatik und Praxis des Art. 9 Abs. 2 GG. Eine Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung der Verbotsverfügungen, Baden-Baden 2005.

meist kürzerer Arbeiten, die sich explizit mit der Genese und der Wirkung von Verbotsmaßnahmen »gegen rechts« befassen.<sup>5</sup> Wirklich gut erforscht in diesem Zusammenhang sind lediglich das Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP)<sup>6</sup> sowie die gescheiterten Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) aus den 2000er Jahren – beides Maßnahmen gegen Parteien und nicht gegen Vereinigungen.<sup>7</sup>

In einer der wichtigsten Studien zum Thema interpretiert die Politikwissenschaftlerin Julia Gerlach Vereinigungsverbote – ohne hierbei genauer auf den politischen Charakter der betroffenen Organisationen einzugehen – primär als Bestandteil der *public policy* und somit vorrangig als ein Mittel zum Zweck in der politischen Debatte. Bei der Verhängung von Verboten, so die These, gehe es weniger um das gesetzlich vorgeschriebene Handeln gegenüber organisierten kriminellen oder verfassungsfeindlichen Aktivitäten, sondern weitaus mehr darum, (partei-)politische Akzente, etwa während eines Wahlkampfes, zu setzen.<sup>8</sup>

Anders als Gerlach nähern Gideon Botsch, Christoph Kopke und Fabian Virchow<sup>9</sup> das Thema aus der Perspektive der sozial- und politikwissenschaftlich informierten Rechtsextremismusforschung an. Im Zentrum stehen hierbei zwei Fragen: In welchen Situationen nutzen politische Entscheidungsträger:innen das Mittel des Verbots, um gegen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus einzuschreiten?<sup>10</sup> Und mit welchen Taktiken und Strategien reagieren die von einem Verbot be-

5 Vgl. Michael Minkenberg: Repression gegen Rechtsradikalismus und rechte Gewalt: Strategien und Wirkungen, in: Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel (Hg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden 2017, S. 183-199; Fabian Virchow: Das Religionsprivileg als Mittel zum völkischen und antisemitischen Zweck. Die Bewegung der Ludendorffer im Lichte staatlicher Verbotspraxis, in: Berliner Debatte Initial 25 (2014), H. 1, S. 1-12; Christoph Kopke: »Signal im Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus«. Die Verbotsverfahren gegen rechtsextreme Vereine, in: Christoph Kopke (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen, Berlin 2014, S. 120-133; Gideon Botsch/Christoph Kopke/Fabian Virchow: Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik, in: Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegswegarbeit, Berlin 2013, S. 273-295.

6 Vgl. Will (Anm. 2); Henning Hansen: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Fall einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007.

7 Vgl. Maxwill (Anm. 2); Sebastian Lovens: Parteiverbote in der Bundesrepublik Deutschland. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage der Anträge gegen die NPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32 (2001), H. 3, S. 550-572.

8 Vgl. Gerlach (Anm. 4).

9 Vgl. Botsch/Kopke/Virchow (Anm. 5),

10 Vgl. Virchow (Anm. 5), S. 67 ff.; Kopke (Anm. 5), S. 123-127.

troffenen Vereinigungen?<sup>11</sup> Dieser Ansatz ermöglicht es, tragfähige Einschätzungen und Thesen zur Wirkungsweise von Verboten zu entwickeln. Kopke beispielsweise kommt zu dem Ergebnis, dass Verbote gegen neonazistische Kameradschaftsvereinigungen aus den 2000er Jahren »zumindest temporär Handlungsspielräume und das Hegemoniestreben der extremen Rechten vor Ort« begrenzten sowie einen Rückgang einschlägiger Straftaten bewirkten.<sup>12</sup> Im Gegensatz dazu stellt Virchow fest, dass es dem antisemitischen und rechtsradikalen Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) nach dem Verbot von 1961 gelungen sei, die personelle Struktur der Vereinigung aufrechtzuerhalten und die Verbandspublizistik weiterzubetreiben – abgesehen davon, dass das Verbot später nach einem erfolgreichen Klageverfahren aufgehoben wurde.<sup>13</sup> Da jedoch nur wenige empirische Befunde vorliegen, werden – insbesondere in Bezug auf die Wirkung staatlicher Verbotsmaßnahmen – in der öffentlichen Debatte zumeist Vermutungen oder Behauptungen verhandelt.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Verbotsfall der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen (ANS/NA) aus dem Jahre 1983. Er nimmt die Entstehung des Verbots, das im Dezember des Jahres durch den Bundesminister des Innern Friedrich Zimmermann (CSU) ausgesprochen wurde, in den Blick, aber auch die Reaktionen und das politische Handeln der ANS/NA-Angehörigen nach dem Verbot. Ein Hauptaugenmerk wird hierbei auf einen Strafprozess gelegt, der zwischen 1991 und 1995 vor dem Landgericht Stuttgart verhandelt wurde und als Stuttgarter »Bewegungsverfahren« bekannt ist. Den elf Angeklagten um den Duisburger Neonazi Jürgen Mosler wurde vorgeworfen, unter dem Deckmantel der zu diesem Zeitpunkt noch legalen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) zur Fortführung der ANS/NA eine Tarnorganisation gegründet zu haben, das so genannte Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH). Innerhalb des KAH wiederum, so der Vorwurf, hätten die Angeklagten sich als »Bewegung« konstituiert, um somit unter einer gleich doppelten organisatorischen Abschirmung die ANS/NA fortzuführen.<sup>14</sup>

11 Vgl. Virchow (Anm. 5), S. 72 ff.; Kopke (Anm. 5), S. 128 ff.

12 Ebd., S. 132.

13 Vgl. Virchow (Anm. 5), S. 74 f.

14 Vgl. Neonazis: Blanke Nerven. Ein rechtsradikaler Anwalt verschleppt einen Neonazi-Prozess. Jetzt fordern Politiker, die Rechte von Verteidigern einzuschränken, in: Der Spiegel, 18. 4. 1993, <https://www.spiegel.de/politik/blanke-nerven-a-60a9cee8-0002-0001-0000-000013680222> [letzter Zugriff: 1. 7. 2025]; Der Stuttgarter Neonazi-Prozess, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 19, 2. 9. 1992, Homepage: Anti-

Die Argumentation wird hauptsächlich anhand von Unterlagen in den Überlieferungen der Bundesministerien des Innern sowie der Justiz,<sup>15</sup> des Niedersächsischen Ministeriums des Innern,<sup>16</sup> aber auch anhand der Strafprozessakten zum Stuttgarter »Bewegungsverfahren« entfaltet.<sup>17</sup> Hinzu kommen Selbstzeugnisse aus dem Bereich des Neonazismus, wie etwa Veröffentlichungen des Angeklagten Michael Swierczek sowie mehrere Ausgaben der Postille »Prozeß-Info«, die von Aktivist:innen aus dem militanten rechtsextremen Spektrum erstellt und verbreitet wurde, um die Angeklagten zu unterstützen.

Grundvoraussetzung für das Verständnis der Ausführungen ist jedoch zunächst eine theoretische Annäherung an das Thema der staatlichen Vereinigungsverbote: Welches sind die gesetzlichen Grundlagen? Wann wurden in der Vergangenheit Vereinigungen verboten?

## Vereinigungsverbote in der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland wurde von ihrem Beginn an als »wehrhafte Demokratie« konzipiert.<sup>18</sup> Eine »wehrhafte Demokratie« oder »streitbare Demokratie« hält Möglichkeiten vor, Parteien und Vereinigungen, die das Ziel verfolgen, die Verfassung abzuschaffen oder außer Kraft zu setzen, zu verbieten, beziehungsweise Personen, die derartig handeln, zu bestrafen. Rechtshistorisch betrachtet war dies keine Neuerung. Bereits die Weimarer Reichsverfassung hatte die Möglichkeit, Parteien oder Vereinigungen zum Schutz der demokratischen Staatsordnung zu verbieten, gekannt.<sup>19</sup> Die »wehrhafte Demokratie« in der Bundesrepublik ist funk-

faschistisches Infoblatt, unter: <https://antifainfoblatt.de/aib19/der-stuttgarter-neo-nazi-prozess> [letzter Zugriff: 1. 7. 2025].

- 15 Es handelt sich um die Bestände: Bundesarchiv (= BArch), B 106 (Bundesinnenministerium) und BArch, B 141 (Bundesjustizministerium).
- 16 Es handelt sich um den Bestand Niedersächsisches Landesarchiv/Abteilung Hannover (= NLA HA), Nds. 147.
- 17 Es handelt sich um den Bestand: Landesarchiv Baden-Württemberg (= LABW), Staatsarchiv Ludwigsburg (= StAL), EL 317 VII Bü 5563-5710.
- 18 Das Konzept der »wehrhaften Demokratie« wurde 1937 von Karl Loewenstein formuliert: Vgl. Karl Loewenstein: *Militant Democracy and Fundamental Rights I*, in: *The American Political Science Review* 31 (1937), H. 3, S. 417-432; ders.: *Militant Democracy and Fundamental Rights II*, in: *The American Political Science Review* 31 (1937), H. 4, S. 638-658.
- 19 Vgl. Christoph Gusy: *100 Jahre Weimarer Verfassung: eine gute Verfassung in schlechter Zeit*, Tübingen 2018; Katrin Stein, *Parteiverbote in der deutschen Verfassungsgeschichte vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik*, in: Zeit-

tional und inhaltlich auf die freiheitliche demokratische Grundordnung bezogen.<sup>20</sup> Verfassungsfeindliche Bestrebungen und Gruppierungen sollen daher nach dem *Principii-obsta-Ansatz* (»Wehre den Anfängen«) bereits möglichst früh bekämpft werden.<sup>21</sup> In Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es daher:

»Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.«

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Fall die Möglichkeit, ein Verbot festzustellen.<sup>22</sup> Gleichmaßen gestattet das Grundgesetz das Verbot von Vereinigungen. Hier einschlägig ist Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz, in dem drei mögliche Verbotsgründe aufgeführt werden:

»Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.« Diese Gründe wurden im Jahre 1964 in das »Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts« – kurz: Vereinsgesetz – aufgenommen, welches als Ausführungsgesetz zu Artikel 9 Grundgesetz zu verstehen ist. Bis zum Inkrafttreten des Vereinsgesetzes wurden in der Bundesrepublik, in West-Berlin und dem Saarland nach einer offiziellen Zählung weit mehr als dreihundert Vereinigungen jeglicher politischer Couleur verboten.<sup>23</sup>

Vergleicht man das Verbotsgeschehen gegen rechtsextreme Vereinigungen während der 1950er Jahre mit dem Verbotsgeschehen in späteren Jahrzehnten, bildet die frühe Bundesrepublik mit insgesamt 25 Verbotsmaßnahmen die Hochphase. Ab den 1960er Jahren nahm die Anzahl der Verbote ab (elf Verbote), und während der 1970er/1980er Jahre wurden insgesamt schließlich kaum noch mehr als eine Handvoll verhängt.<sup>24</sup>

schrift für Parlamentsfragen 32 (2001), H. 3, S. 536-550; Markus Grünthaler: Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1995.

20 Vgl. Eckart Bulla: Die Lehre von der streitbaren Demokratie: Versuch einer kritischen Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Archiv des öffentlichen Rechts 98 (1973), H. 3, S. 340-360.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. Carl Christian Voscherau: Parteiverbote in der Bundesrepublik und im Königreich Spanien, Frankfurt a. M. u. a. 2009, S. 91-97.

23 Vgl. Aufstellung: Vereinsverbote, die vor dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes ergangen sind (§ 31 Abs. 2 und 3 VereinsG), nebst Anlage: Bekanntmachung der vor dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes ergangenen Vereinsverbote (§ 31 Abs. 2 und 3 VereinsG), in: Niedersächsisches Ministerialblatt 16 (1966), S. 371-395.

24 Es handelt sich um eine Zählung im Rahmen des Forschungsprojekts VerRexVer.

Erst während der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden Vereinigungsverbote zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wieder vermehrt eingesetzt. Hierbei handelte es sich um eine Antwort auf die Welle neonazistischer und rassistischer Gewalt in den Jahren nach der Wiedervereinigung. In der Zeit von November 1992 bis Mai 1995 ergingen innerhalb von 31 Monaten elf Vereinigungsverbote, davon fünf auf Bundes- und sechs auf Landesebene.<sup>25</sup> Betroffen waren unter anderem die Deutsche Alternative (DA), die Nationale Liste (NL), die Nationale Offensive (NO), die Nationalistische Front (NF), die Wiking-Jugend (WJ) sowie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).<sup>26</sup> Sowohl die massive und vielfach tödliche Gewalt als auch ein Großteil der Verbotsmaßnahmen ereigneten sich zeitgleich zum Stuttgarter »Bewegungsverfahren« und bildeten somit dessen dauerhaft wirksame Hintergrundfolie.

## Die Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Das Stuttgarter »Bewegungsverfahren« war eines von gleich mehreren Strafverfahren gegen frühere Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung nach Paragraph 85 Strafgesetzbuch.<sup>27</sup>

Die ANS/NA entstand im Januar 1983 in Frankfurt aus einem Zusammenschluss zweier militanter neonazistischer Vereinigungen. Eine von ihnen war die im November 1977 in Hamburg gegründete Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS).<sup>28</sup> Initiator und führender Kopf war der damals 22-jährige Michael Kühnen.<sup>29</sup> Die Vereinigung bekannte sich

25 Vgl. Gerlach (Anm. 4), S. 146 ff.

26 Vgl. ebd.

27 Beispielsweise klagte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main am 15. Februar 1989 Michael Kühnen, Thomas Brehl und fünf weitere Personen an. Vgl. Auszug, Anklageschrift, Anklage gegen Neonazis wegen Fortführung der verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA), NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 16; Ostermann, Bundeskriminalamt, an das Landeskriminalamt Niedersachsen, Abt. 6, 23. 1. 1989, zzgl. Bericht Kölsch/Jochem, Betr. Ermittlungsverfahren gegen Michael Kühnen, Thomas Brehl u. a. wegen eines Vergehens gemäß § 85 StGB, 9. 1. 1989, S. 1-57, NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 16.

28 Vgl. Kathy Hofmann/Günter Kukla/Wolfgang Seewald: »Wir sind die neue SA« – die ANS, Petersberg 1984.

29 Vgl. Ann-Kathrin Mogge: Michael Kühnen (1955-1991). »Ich bin die Wand«, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 211-234, hier S. 217; Clemens Gussone: Reden über

unmissverständlich zum Nationalsozialismus und formulierte als eines ihrer Ziele unter anderem die Wiederzulassung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP).<sup>30</sup>

Die ANS betrieb eine offensive aktionsorientierte Politik und führte vor allem in Norddeutschland zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen durch. In Hamburg beispielsweise wurden öffentliche Orte mit NS-Parolen beschmiert oder Sachbeschädigungen verübt. Die Aktionen der Gruppierung waren vielfach gewalttätig und zielten auf Provokation – mit der Absicht, eine möglichst breite Rezeption in den Medien zu erwirken.<sup>31</sup> Die heute sicherlich bekannteste dieser Agitations- und Propaganda-Inszenierungen war die später als »Eselsmasken-Aktion« bezeichnete öffentliche Leugnung des Holocaust am 20. Mai 1978 in der Hamburger Innenstadt. Hierbei hatten sich ANS-Mitglieder Eselsmasken aufgesetzt und Pappschilder umgehängt, auf denen beispielsweise zu lesen war: »Ich Esel glaube immer noch, daß in Auschwitz Juden vergast wurden.«<sup>32</sup>

In den Jahren 1978/79 wurden mehrere Angehörige des Führungskreises der ANS inhaftiert und im Rahmen des sogenannten Bückeburger Prozesses zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, darunter auch Michael Kühnen selbst.<sup>33</sup> Nach seiner Haftentlassung reorganisierte Kühnen die Vereinigung und verständigte sich kurz darauf mit dem Kameradschaftsnetzwerk Nationale Aktivisten auf eine Fusion zur Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten.<sup>34</sup>

Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951-1989), Göttingen 2020, S. 330-356; Rainer Erb, Michael Kühnen, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 8: Nachträge und Register, Berlin/Boston 2015, S. 89-92; Hans-Gerd Jaschke: Biographisches Portrait. Michael Kühnen, in: Jahrbuch für Extremismus & Demokratie 4 (1992), S. 168-180.

30 Vgl. Mogge (Anm. 29), S. 217 ff.

31 Vgl. Klaus Maler: Das Netzwerk der militanten Neonazis, in: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 572-594, hier S. 573 f.

32 Zur »Eselsmaskenaktion« vgl. Mogge (Anm. 29), S. 219; Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 145 f.; Fabian Virchow: Eselsmasken-Aktion (1978), in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 107-109; Antifaschistische Gruppe »Druschba Narodnych« (Hg.): 1974-1994. 20 Jahre Neonazis in Hamburg, 2. Aufl., Hamburg 1994, S. 6.

33 Vgl. Barbara Manthe: Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68 (2020), H. 1, S. 63-93, hier S. 64; Gussone (Anm. 29), S. 337.

34 Vgl. Mogge (Anm. 29), S. 223. Im Rahmen der Gründung der ANS/NA wurde am 15. Januar 1983 der sogenannte »Frankfurter Appell« als »Aufruf zur Einigung aller national- und sozialrevolutionären Kräfte« verabschiedet (Text dokumentiert

Das Kameradschaftsnetzwerk Nationale Aktivisten war 1982 maßgeblich von Arndt-Heinz Marx und Thomas Brehl gegründet worden und bestand unter anderem aus gewaltaffinen vormaligen Angehörigen von Wehrsportgruppen. Marx beispielsweise war Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann gewesen und Brehl Mitglied der Wehrsportgruppe Fulda.<sup>35</sup> Die verschiedenen zwar vernetzten, aber weitgehend autonom agierenden NA-Gruppen waren bis dahin vorrangig im hessischen Raum aktiv gewesen und hatten ebenfalls medienwirksame Aktionen durchgeführt. Hierzu gehörten beispielsweise das Verbreiten provokanter Flugschriften oder Demonstrationen gegen die Teilung Deutschlands.<sup>36</sup>

Der unumstrittene Führer der ANS/NA war Michael Kühnen, Brehl wurde sein Stellvertreter und betätigte sich insbesondere als Organisator im Hintergrund sowie als Redner.<sup>37</sup> Die Vereinigung bekannte sich ausdrücklich zum historischen Nationalsozialismus und formulierte als eines ihrer Hauptziele die Abschiebung von Migrant:innen. Zu diesem Zweck wurde als Nebenorganisation und mit dem Anspruch, als Partei bei Wahlen anzutreten, die Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR) gegründet.<sup>38</sup>

Die ANS/NA imitierte das Auftreten der Sturmabteilung (SA) der NSDAP beispielsweise durch die Verwendung von Uniformen, Abzeichen und »Diensträngen« und war streng hierarchisch gegliedert. Zur ideologischen Durchdringung der Mitgliederschaft und um sicherzustellen, dass nachgeordnete Organisationssegmente den Anweisungen der Füh-

bei: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke; Entstehung und Entwicklung des Rechts-extremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 2: Dokumente und Materialien, Opladen 1984, S. 343). Vgl. Bericht Kölsch/Jochem: Betr. Ermittlungsverfahren gegen Michael Kühnen, Thomas Brehl u. a. wegen eines Vergehens gemäß § 85 StGB, S. 1-57, 9. 1. 1989, NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 16, hier S. 5 f.; Akklamatorisch vgl. die Deutung bei Christian Worch: Heute vor 40 Jahren: Der Zusammenschluss von ANS und NA zur ANS/NA, 15. 1. 2023, Homepage: NS Heute, unter: <https://www.nsheute.com/heute-vor-40-jahren-der-zusammenschluss-von-ans-und-na-zur-ans-na/> [letzter Zugriff: 1. 7. 2025].

35 Vgl. Eric Angermann: Thomas Brehl (1957-2010). Der Stellvertreter, in: Botsch/Kopke/Wilke (Anm. 29), S. 97-118, hier S. 103. Zur Wehrsportgruppe Hoffmann vgl. Rainer Fromm: Die »Wehrsportgruppe Hoffmann.« Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechts-extremismus, Frankfurt a. M. u. a. 1998.

36 Vgl. Angermann (Anm. 35), S. 103; Zusammenfassung der Auswertungsergebnisse »Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA): Bezug Verbotungsverfügung des BMI v. 24. 11. 1983, 9. 2. 1984, S. 1-26, NLA HA, Acc. 58/95, Nr. 11, hier S. 1.

37 Vgl. Angermann (Anm. 35), S. 104-107.

38 Vgl. Mogge (Anm. 29), S. 223.

rung jederzeit Folge leisteten, ernannten Kühnen und Brehl ihnen un-mittelbar verpflichtete »Organisationskader«, die neben den regionalen »Kameradschaftsführern« dafür verantwortlich waren, das politische Han-deln vor Ort zu steuern. Mit etwa dreihundert meist jüngeren Mitgliedern, die in etwa 30 regionalen Kameradschaften zusammengefasst waren, bil-dete die ANS/NA die zu diesem Zeitpunkt größte neonazistische Grup-pierung in der Bundesrepublik.<sup>39</sup>

## Das Verbot der ANS/NA

Die Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten einschließlich ihrer Nebengruppierungen – das waren die AAR sowie der Freundeskreis Deutsche Politik – wurde nicht einmal ein Jahr nach ihrer Gründung mit Datum vom 24. November 1983 durch den Bundes-minister des Innern verboten.<sup>40</sup> Als Begründung wurde die Ausrichtung der genannten Vereinigungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland angeführt.<sup>41</sup>

Es handelt sich um eine im Vergleich zügige Reaktion; in anderen Fällen erfolgten Verbote mitunter erst nach Jahren oder gar nach Jahr-zehnten. Die 1952 gegründete Wiking-Jugend (WJ) beispielsweise wurde erst im Jahre 1994 verboten, obgleich sich Argumente hierfür vermutlich zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens hätten finden lassen.<sup>42</sup> Wann genau

39 Zur Geschichte der ANS/NA vgl. Karl Knies: Die »Kühnen-Bewegung«: Dar-stellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur deutschen und europäischen Ge-schichte des Rechtsextremismus, Dissertationschrift, Frankfurt a. M. 2000; Pfahl-Traugher (Anm. 32), S. 146; Hoffmann/Kukla/Seewald (Anm. 28).

40 Vgl. Bundesministerium des Innern: Verfügung gemäß § 3 des Gesetzes zur Rege-lung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) v. 5. 8. 1964 (BGBl. I, S. 539), zu-letzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I, S. 469), 24. II. 1983, S. 1-20, NLA HA, Nds. 147, Acc 85/95, Nr. 9; Habekost, Bundeskriminalamt, Bericht: Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA); hier: Aktivi-täten ehemaliger Angehöriger der ANS/NA nach dem Verbot durch den Bundes-innenminister, 16. I. 1983, S. 1-28, NLA HA, Acc. 58/95, Nr. 3, hier S. 1.

41 Bundesministerium des Innern: Verfügung gemäß § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) v. 5. 8. 1964 (BGBl. I, S. 539), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I, S. 469), 24. II. 1983, S. 1-20, NLA HA, Nds. 147, Acc 85/95, Nr. 9, hier S. 1.

42 Zur Wiking-Jugend vgl. Philipp Grehn: Wolfgang Nahrath (1929-2003). Die Wiking-Jugend (WJ) – Völkische Indoktrination im Kindesalter, in: Botsch/Kopke/Wilke (Anm. 29), S. 319-332; Fabian Virchow: Wiking-Jugend, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin/Boston 2012, S. 649-650.

Minister Zimmermann die Entscheidung zum Verbot der ANS/NA getroffen hatte und welche Argumente und Umstände ihn im Einzelnen hierzu bewogen, lässt sich aus den vorliegenden Quellen nicht rekonstruieren. Mit ausschlaggebend für das rasche Handeln dürfte aber gewesen sein, dass bereits die ANS im Blick des Ministeriums gestanden hatte und das Duo Kühnen/Brehl seine radikale Agitation in der Öffentlichkeit während des Jahres 1983 unvermindert fortgesetzt hatte.<sup>43</sup> Bis Mitte November ordneten die Behörden der ANS/NA nicht weniger als 53 Gewaltdelikte zu.<sup>44</sup> Hinzu kamen vehement vorgetragene Verbotsforderungen, beispielsweise durch den Pressedienst Demokratische Initiative (PDI)<sup>45</sup> sowie den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor (SPD).<sup>46</sup> Die Wochenzeitung *Die Zeit* vermutete auch, dass Zimmermann sich selbst unter Zugzwang gesehen hatte. Der Minister war – auch international – heftig dafür kritisiert worden, dass er kurz zuvor entschieden hatte, die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG) nicht mehr als rechtsextreme Vereinigung im Bundesverfassungsschutzbericht aufzuführen.<sup>47</sup>

Fest steht, dass insbesondere in den Wochen unmittelbar vor dem Verbot der ANS/NA intensive Beratungen zwischen den Innenministern der Länder und des Bundes stattfanden. Hierbei wurden die Vor- und Nachteile eines Verbotes abgewogen und schließlich im Umlaufverfahren eine Verbotsverfügung erarbeitet.<sup>48</sup>

43 Vgl. Lange: Bundesministerium des Innern an Schwarz, Verband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (VDW)/LV Schleswig-Holstein, 14. 4. 1982, BAArch, B 106/551164; Rudolf Scharping: SPD-Landtagsfraktion, an Zimmermann, 15. 11. 1983, BAArch, B 106/551164; Anschreiben, Bayerisches Staatsministerium des Innern, Rechtliche Möglichkeiten für ein Verbot werden ausgeschöpft, 26. 10. 1983, BAArch, B 106/551164.

44 Vgl. Neonazistische Aktionsfront verboten, in: *Die Welt*, 8. 12. 1983, BAArch, B 141/83648.

45 Vgl. Meldung, Neonazis: Verbot einer Organisation gefordert, BAArch, B 106/551164. Zum Pressedienst Demokratische Initiative vgl. Yves Müller: Der Anti-Nazi. Kurt Hirsch, die »Demokratische Aktion« / »Pressedienst Demokratische Initiative« und ihr Kampf gegen die extreme Rechte, 1968-1983, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 63 (2023), S. 337-362.

46 Vgl. Dietrich Strothmann: Mit Kanonen auf Spatzen? Die Verfügung gegen die neonazistische Kühnen-Truppe – Verfassungsschützer warnen, in: *Die Zeit*, 9. 12. 1983, BAArch, B 141/83648. Zur Verbotsdebatte in der bundesdeutschen Presselandschaft vgl. Gussone (Anm. 29), S. 356-362.

47 Vgl. Strothmann (Anm. 46). Hierzu vgl. Karsten Wilke: Die »Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950-1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2011, S. 353 f.

48 Vgl. Entwurf, Verbotsverfügung: Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen (Michael Kühnen), Stand: 10. 11. 1983, S. 1-17, BAArch, B 106/551164;

Aus Sicht des Bundesministeriums gab es zahlreiche Argumente sowohl für als auch gegen ein Verbot. Für ein Verbot sprach danach unter anderem die Überlegung, dass mit der Auflösung der ANS/NA ein wichtiges Sammelbecken für Neonazis aus zuvor aufgelösten Vereinigungen, wie der Wehrsportgruppe Hoffmann und der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBd) wegfallen würde, aber auch, dass ein Verbot ein wirkungsvolles Signal an die rechte Szene darstelle. Darüber hinaus könnten die teils intensiven Verbindungen der ANS/NA zu Jugendlichen aus der Fußballfan-Szene, wie sie etwa in Dortmund entstanden waren,<sup>49</sup> abgeschnitten werden. Hervorgehoben wurde auch, dass ein Verbot zu strafrechtlichen Anschlussatbeständen führe und den Betroffenen weitere Aktivitäten erschwere. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ergänzte, dass ein Verbot Mitläufer abschrecke und sie dazu bewegen könne, sich zu distanzieren.<sup>50</sup>

Gegen die Anwendung von Verbotsmaßnahmen sprach nach Einschätzung des BMI vor allem, dass es weitaus wichtiger sei, eine politisch-geistige Auseinandersetzung erfolgreich zu bestreiten. Ein Verbot, so war man dort der Meinung, könne neonazistische Aktivitäten nicht dauerhaft entscheidend eindämmen; es sei abzusehen, dass die Mitglieder der ANS/NA ihre Aktivitäten in anderen Organisationen fortsetzten – und es bestehe die Gefahr einer Verfestigung militanter Ansätze. Aus Sicht des Bundeskriminalamts war dies ein entscheidender Punkt; es warnte eindringlich davor, dass »radikale Mitglieder« sogar in den »T-Bereich [Terrorismus-Bereich, d. V.] abgleiten« könnten.<sup>51</sup>

Bei den Beratungen mit den Landesministerien ergab sich zuletzt eine deutliche Mehrheit für ein Verbot der ANS/NA unter Einbeziehung ihrer Nebenvereinigungen,<sup>52</sup> lediglich die Freie und Hansestadt Hamburg hatte sich bis zuletzt dagegen ausgesprochen.<sup>53</sup> Der Vollzug des Verbots erfolgte

Anschreiben des Bundesministers des Innern, Betr.: Entwurf einer Verbotsverordnung (Stand: 14. 11. 1983), hier: Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs (Einbeziehung der AAR), 21. 11. 1983, S. 1-5, BACh, B 106/551164.

49 Vgl. Gregor Schnittker/Ulrich Hesse: »Unser ganzes Leben«. Die Fans des BVB, Göttingen 2013, S. 72-77, 128-132. Für die 1980er Jahre zeitgenössisch vgl. J. Otte: Dokumentation, Dortmund o. J. [1984]. Darin wird die die Geschichte der rechts-extremen Fan-Gruppierung »Borussenfront« dokumentiert.

50 Vgl. Referat IS 1, Vermerk, Betr.: Verbot der ANS/NA, 2. 11. 1983, BACh, B 106/551164.

51 Ebd.

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. ebd.; Hamburg gegen Verbot einer neonazistischen Organisation, Süddeutsche Zeitung, 15. 12. 1983, BACh, B 141/83648; DS-Kurzinterview mit Christian Lochte, Leiter des Verfassungsschutzamtes Hamburg; Neonazis ohne Chancen, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 18. 12. 1983, B 141/83648.

am 7. Dezember 1983 mit bundesweiten Razzien, bei denen unter anderem zahlreiche Hieb- und Stichwaffen sowie Propagandamaterial beschlagnahmt wurden.<sup>54</sup>

## Fortführung der Vereinigung und Strafverfolgung

Kühnen ließ keinen Zweifel daran, dass er bereit sein würde, den politischen Kurs fortzusetzen und seine »Bewegung« sowohl legal als auch illegal fortzuführen. Die Presse zitiert ihn mit der kämpferischen Aussage: »Die politische Arbeit für den Nationalsozialismus in Deutschland geht weiter. Wir werden nächstes Jahr wieder an die Öffentlichkeit treten.«<sup>55</sup>

Noch am Tag des Verbots tat er kund, dass er künftig unter der Ägide einer Partei agieren wolle.<sup>56</sup> In den folgenden Jahren forderte er die vormaligen Mitglieder daher dazu auf, in möglichst großer Anzahl in die 1979 durch Martin Pape gegründete Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) einzutreten, um diese sukzessive zu übernehmen und kontinuierlich auf einen radikalen nationalsozialistischen Kurs zu lenken.<sup>57</sup> Eine zentrale Rolle hierbei war dem Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) zugeordnet. Mit dieser Vereinigung hatten Kühnen und Brehl ursprünglich zwar auch das Ziel verfolgt, eine europäische Sammlungsbewegung rechtsextremer Kräfte aufzubauen.<sup>58</sup> Tatsächlich entwickelte es sich schon bald sowohl zu einem konspirativ agierenden und aus einem geschlossenen Personenkreis bestehenden Steuerungsgremium als auch zu einem Vehikel, über das frühere Mitglieder und Sympathisant:innen der ANS/NA schrittweise der FAP zugeführt werden sollten.<sup>59</sup> In der Anklageschrift der Stuttgarter Staatsanwaltschaft heißt es hierzu:

54 Vgl. Winfried Berg: Neonazis verboten. Großrazzia! Polizei beschlagnahmt Waffen, Kölner Express, 8. 12. 1983, BACh, B 141/83648.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. Thomas Wolgast: »Nachfolger des Führers« drohte Bonn mit Gewalt, Bonner Rundschau, 8. 12. 1983, BACh, B 141/86348.

57 Vgl. Mogge (Anm. 29), S. 225. Zur FAP vgl. Georg Christians: »Die Reihen fest geschlossen.« Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg 1990.

58 Vgl. Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH), in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke von Neonazis bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 401-402; Kniest (Anm. 39), S. 65-75.

59 Vgl. LKA Baden-Württemberg: Vernehmungsniederschrift Helmut-Jürgen M., zzgl. Bestätigung der Beschuldigtenbelehrung, 7. 3. 1988, S. 1-43, LABW, StAL, EL 317

»Mit dem ›KAH‹ (= Kaderbewegung) hat die Führung der ›Bewegung‹ sich ein Werkzeug geschaffen, um eine straff durchorganisierte, einheitlich geführte, streng nach dem Führerprinzip geschaffene Untergrundorganisation zu führen.«<sup>60</sup>

Der Ansatz für eine Strafverfolgung nach Paragraph 85 Strafgesetzbuch, welcher den Straftatbestand der Fortführung einer verbotenen Vereinigung definiert, war in den Augen der Strafverfolgungsbehörden die Weiterexistenz der »Bewegung«. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft hatten die Angeklagten sich bewusst zusammengeschlossen, um den organisatorischen und geistigen Zusammenhang der ANS/NA aufrechtzuerhalten und die Aktivitäten weiterzuführen.<sup>61</sup>

Allerdings hatten sich unter den früheren Mitgliedern inzwischen gravierende Differenzen aufgetan, die in den Folgejahren im sogenannten »Bewegungsstreit« eskalierten und zu einem Zerwürfnis führten. Auslöser war Kühnens Positionierung zur Homosexualität mit einer deutlichen Absage gegen Homophobie. Als einer der schärfsten Kritiker einer derartigen Haltung trat der im Jahre 1955 geborene Jürgen Mosler auf, dem es in der Folgezeit gelang, sich als dominanter Akteur unter den Kühnen-Gegnern zu profilieren und insbesondere das KAH als »Generalsekretär« in seinem Sinne zu reorganisieren.<sup>62</sup>

## Verteidigungsstrategien und Prozess-Solidarität

Der Strafprozess vor dem Landgericht Stuttgart gegen Mosler, Friedhelm Busse, Michael Swierczek, Bela Ewald Althans, Christian Malcoci sowie weitere sieben Angeklagte begann am 5. Februar 1991 und sollte fünf Jahre dauern.<sup>63</sup>

VII Bü 5605, Bl. 114-157, hier S. 2-6.

60 Staatsanwaltschaft Stuttgart an das Landgericht Stuttgart, Anklageschrift gegen Jürgen M. u.a., 3. I. 1990, S. 1-108, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5563, hier S. 42.

61 Vgl. ebd., S. 8 ff. u. S. 40-50. Ebenso vgl. Landeskriminalpolizeiamt Niedersachsen: Informationen für den Polizeilichen Staatsschutz, September 1987, NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 14, hier S. 4 ff.

62 Vgl. Mogge (Anm. 29), S. 227 ff. Kühnen und Brehl hingegen verließen das Komitee und verfolgten einen eigenen Kurs. Gegen sie ermittelte später die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wegen des Verdachts der Fortführung der ANS/NA.

63 Vgl. Der Stuttgarter Neonazi-Prozeß (Anm. 14). Hier werden alle Angeklagten namentlich aufgeführt. Ebenso vgl. Landgericht Stuttgart, 17. Strafkammer: Beschluss, 8. II. 1990, S. 1-4, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5565, Bl. 439-442; Neonazis: Blanke Nerven (Anm. 14).

Dies lag hauptsächlich daran, dass die Strategie der Verteidigung unter Führung von Moslers und Swierczeks Rechtsanwälten Jürgen Rieger und Günther von Herzogenrath-Amelung von Beginn an darin bestanden hatte, das Verfahren bewusst in die Länge zu ziehen, um auf diese Weise die Arbeit des Gerichts zu erschweren und die Beteiligten zu zermürben.<sup>64</sup> Im Zusammenspiel überzogen sie das Gericht mit Ablehnungsanträgen und verlangten die Vorladung immer neuer Zeuginnen und Zeugen,<sup>65</sup> nicht zuletzt aus dem europäischen Ausland und aus Übersee.<sup>66</sup> Die Verteidigung manövrierte das Gericht auf diese Weise in ein Dilemma, da es einerseits belegen musste, dass es die Anträge gewissenhaft prüfte, um ein rechtssicheres Urteil fällen zu können, andererseits auch stringent verhandeln musste – unter anderem um eine Verjährung der verhandelten Straftaten zu vermeiden.

Die Angeklagten selbst agierten unterschiedlich. Unter ihnen gab es einige, wie etwa Bela Ewald Althans, die offensiv die aus ihrer Sicht bestehende Absicht des Strafverfahrens, »den jungen, modernen nationalen Sozialismus nun endgültig symbolisch politisch zu zerschlagen«, anprangerten und sich dazu bekannten, »Anhänger Adolf Hitlers« zu sein.<sup>67</sup> Eine andere Strategie bestand darin, die Aufrechterhaltung der ANS/NA beziehungsweise der »Bewegung« im Rahmen der FAP zwar im Prinzip zuzugeben, den eigenen Beitrag jedoch kleinzureden und stattdessen den zu diesem Zeitpunkt bereits schwer erkrankten Michael Kühnen zu beschuldigen.<sup>68</sup> Nach dieser Lesart war die Übernahme der Leitung des KAH durch den ausgewiesenen Kühnen-Gegner Mosler kaum weniger als eine Widerstandshandlung gegen eine Fortführung der ANS/NA.

Der Angeklagte Stefan J. verfolgte eine andere Strategie. Er wollte das Gericht glauben machen, dass er von dem ihm zur Last gelegten Vergehen keinerlei Kenntnis gehabt habe. Bereits bei der Befragung durch das Landeskriminalamt hatte er diesbezüglich ausgesagt:

64 Vgl. Landgericht Stuttgart, 17. Strafkammer: Beschluss, 8. II. 1990, S. 14, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5565, Bl. 439-442. Zu Rieger vgl. Christoph Schulze: Jürgen Rieger (1946-2009). Anwalt für den Neonazismus und Propagandist des neuheidnischen »Artglaubens«, in: Botsch/Kopke/Wilke (Anm. 29), S. 381-402.

65 Z. B. allein 18 Zeugen am 16. März 1992 sowie 44 Zeugen am 30. März 1992. Vgl. Verhandlungsprotokoll, 16. 3. 1992, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5583, Bl. 519-528; Verhandlungsprotokoll, 30. 3. 1992, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5583.

66 Vgl. Landgericht Stuttgart, an alle Verfahrensbeteiligten, 26. 8. 1991, S. 1-4, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5574, Bl. 1331-1334, hier S. 1 f.

67 Der erste Prozeßtag, in: Prozeß-Info zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 2, S. 4-7, hier S. 5.

68 Vgl. Anlage 1 zum Protokoll v. II. II. 1991, RA Uwe L. an das Landgericht Stuttgart, 9. II. 1991, S. 1-3, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5567, Bl. 385-387.

»Mir wurde [...] erläutert, was es mit den beiden Worten ›Die Bewegung‹ überhaupt für eine Bewandnis hat. [...] Bisher wusste ich das nicht im Detail, sondern war der Meinung, dass ich seit meiner eigenen Aktivität eigentlich für die FAP gearbeitet und mich eingesetzt hätte. Es war mir absolut nicht klar und ich konnte auch nicht begreifen, warum oder weshalb ich mich strafbar gemacht haben sollte.«<sup>69</sup>

Eine dezidiert politische Agitation der rechten Szene fand außerhalb des Gerichtssaals statt. Zeugnis hiervon sind mehrere Ausgaben der Postille *Prozeß-Info*, die von einer »Prozeßgruppe zum Stuttgarter Bewegungsverfahren« – kurz »Prozeßgruppe« – erstellt und in unregelmäßigen Abständen herausgegeben wurde. Hinzu kommt die Broschüre *Rechtskampf*, die der Angeklagte Swierczek verbreitete.<sup>70</sup>

Aus beiden Quellen lassen sich politische Inhalte, die Selbstinszenierung der Prozessbeteiligten und ihrer Unterstützer:innen sowie nicht zuletzt Informationen über die soziale Interaktion innerhalb der aktionsorientierten und militanten Rechten herauslesen.

Beim *Prozeß-Info* handelt es sich um dilettantisch hergestellte und zu einem DIN-A5-Heft gefaltete Blattsammlungen. Wie viele Ausgaben es insgesamt gegeben hat, ist unklar. Die Aufmachung im klassischen »Schwarz-Weiß-Kopier-Layout« mit Piktogrammen, kleinen Zeichnungen, Bildgeschichten und darüber hinaus nicht zu viel Text imitierte vorwiegend die Publizistik aus der autonomen linken Szene.<sup>71</sup>

Das Ziel des *Prozeß-Info* bestand darin, regelmäßig über den Verlauf des Verfahrens zu berichten. Es war aber auch dazu gedacht, »um dem Kameradenkreis über juristische Fallstricke, interessante Prozesseinheiten und Solidaritätsaktionen zu berichten.«<sup>72</sup> Auf diese Weise beabsichtigte die »Prozeßgruppe«, die »Planung der Staatsschutzkammer, den Prozess in aller Stille durchziehen zu können und fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit (Abschreckung durch Personenkontrolle und Datenregistrierung) dann zu verurteilen«, zu durchkreuzen.<sup>73</sup> Es ging hier

69 LKA Baden-Württemberg, EG-Bewegung: Vernehmung Stefan J., 16. 3. 1988, S. 1-6, LABW, StAL, EL 317 VII/Bü 5605, Bl. 73-78, hier S. 4.

70 Vgl. die Sammlung »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front/Mosler-Flügel« im Archiv des Bielefelder Vereins Argumente & Kultur (= AAK).

71 Vgl. Kathrin Fahlenbach/Julia Hörath: Protest im Bild. Zur fotografischen Dokumentation der Hausbesetzungen in Hamburg, Homepage SozWissArchiv, unter: <https://sozwissarchiv.de/protest-im-bild/> [letzter Zugriff: 1. 7. 2025].

72 Zu dieser Ausgabe, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 4 [tatsächlich: Nr. 5, d. V.], S. 2-3.

73 Zu dieser Ausgabe, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 2, S. 2-3.



Titelblätter, Prozeß-Info, Nr. 1-3 und Nr. 5, (c) Moritz Bauch/EJGF-MMZ.

also um Öffentlichkeitsarbeit und um die Agitation des eigenen politischen Spektrums.

Die »Prozeßgruppe« inszeniert sich fortgesetzt als verantwortlich handelnder, vorausdenkender Zusammenschluss selbstloser Unterstützer:innen. Ein gutes Beispiel für den Führungsanspruch sind die laufenden Warnungen vor Telefonüberwachung – unter anderem wohl deshalb, weil Gesprächsmitschnitte als Beweismaterial der Anklage in das Verfahren eingeführt wurden.<sup>74</sup> Gleichzeitig erkennbar ist der Anspruch, das Vorgehen anderer Unterstützer:innen einhegen zu wollen, um zu verhindern, dass dies »nur in eine noch stärkere [...] Repression« münde.<sup>75</sup>

Die politische Deutung des Verfahrens ist aus den hier untersuchten Veröffentlichungen klar abzulesen: Die »Prozeßgruppe« bediente insbesondere das Narrativ, dass gegen die Betroffenen ein Schauprozess geführt werde, der sich eben nicht gegen einzelne Personen oder eine bestimmte Vereinigung richtete, sondern gegen »alle Gruppen und Parteien

74 Vgl. Telefonüberwachung – Mittel der politischen Bespitzelung, in: Prozeß-Info zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 4, S. 16-18. Ebenso vgl. Der neunte Prozesstag, in: Prozeß-Info zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 4, S. 6. Hier wird über das Abspielen von Audio-Mitschnitten im Rahmen der Hauptverhandlung berichtet.

75 Autonome Nationalisten Bielefeld: Bekenner:innenschreiben, zzgl. Bemerkung der Prozeßgruppe, in: Prozeß-Info zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 3, S. 9.

des nationalen Widerstands.«<sup>76</sup> Nach einer Verlautbarung des Angeklagten Swierczek vom Juni 1993 habe sich »der Staat« hierbei jedoch verrechnet:

»Der Prozess in Stuttgart bietet ein Lehrstück für alle Verfahren nach Paragraph 20 des Vereinsgesetzes beziehungsweise Paragraph 85 des Strafgesetzbuches. Eine Staatsanwaltschaft in extremer Beweisnot, ein ausgesprochen kompliziertes und langwieriges Verfahren [...] – so oder so ähnlich würden wohl alle Verfahren wegen ›Fortsetzung einer verbotenen Vereinigung‹ ablaufen.«<sup>77</sup>

Swierczek reagierte zweifellos nicht nur auf die Geschehnisse im Landgericht Stuttgart, sondern darüber hinaus auf die Verbotswelle der frühen 1990er Jahre mit einem Höhepunkt kurz vor Weihnachten 1992, als die Deutsche Alternative (10. Dezember), der Deutsche Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (18. Dezember), die Nationalistische Front (21. Dezember) sowie die Nationale Offensive (21. Dezember) verboten wurden.

Im *Prozeß-Info* erschienen neben den Texten der Redaktion auch als Gastbeiträge gekennzeichnete Stellungnahmen, etwas der Hilfgemeinschaft für Nationale Politische Gefangenen und deren Angehörige (HNG)<sup>78</sup> oder der FAP.<sup>79</sup> Darüber hinaus findet sich in einer Ausgabe ein anonymes Bekenner:innenschreiben einer Gruppe »Autonome Nationalisten Bielefeld« nebst Zeitungsausschnitt bezüglich einer martialischen Störaktion am Bielefelder Hauptbahnhof. Aus Solidarität und um Aufmerksamkeit zu erzeugen, hatten die Neonazis mittels einer Bombendrohung den Zugverkehr für eine Stunde lahmgelegt.<sup>80</sup> Noch weitaus medienwirksamer war eine Solidaritätsaktion im belgischen Antwerpen. Dort blockierten Neonazis aus Belgien das Deutsche Generalkonsulat. Hierzu hieß es: »Der Sprung über die Grenze ist geschafft.«<sup>81</sup> In diesem

76 Vgl. *Prozeß-Info* und *Prozeßgruppe*: Was wir wollen!!, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 1, S. 2-3, hier S. 2.

77 Vgl. Stuttgart und kein Ende!, in: *Rechtskampf*. Informationen zum Stand der Klagen gegen die Parteienverbote, Juni 1993, unpaginiert [S. 3-5], hier S. 5.

78 Vgl. M. Privenau: Stellungnahme der HNG e. V. zum Stuttgarter Prozess, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 4, S. 12-13.

79 Vgl. Lino: Erklärung der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 3, S. 18.

80 Vgl. Autonome Nationalisten Bielefeld: Bekenner:innenschreiben, zzgl. Bemerkung der *Prozeßgruppe*, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 3, S. 9.

81 Protestaktion im Ausland – Die Blockierung des Deutschen Generalkonsulats in Antwerpen, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 2, S. 10-11, hier S. 10; vgl. auch das Titelblatt der Ausgabe.

Zusammenhang auch zu erwähnen sind Berichte über die Durchführung zahlreicher »Solidaritätsfeten« für die Angeklagten.<sup>82</sup>

Auch wenn sich der Wahrheitsgehalt der Informationen nicht überprüfen lässt, ist dennoch klar erkennbar, dass sich um das Stuttgarter »Bewegungsverfahren« sowohl eine engere Vergemeinschaftung im Rahmen der »Prozeßgruppe« vollzog als auch eine weiter gefasste Vergemeinschaftung innerhalb der deutschen und internationalen Neonazi-Szenen. Die Publikation *Prozeß-Info* lenkte gezielt die Aufmerksamkeit und das Interesse auf den Prozess. Gleichzeitig stärkte sie mit der Kommunikation über die Solidaritätsarbeit die Vernetzung und vermittelte den Eindruck eines gesteigerten politischen Aktivismus. Hierzu hieß es wörtlich: »Der Stuttgarter Prozess bringt tatsächlich den nationalen Widerstand durch die Solidaritätskampagne politisch voran und lässt uns in die Offensive gehen: ›Gemeinsam schlagen wir die Staatsschutzangriffe tatsächlich zurück.«<sup>83</sup>

Aus dieser Perspektive betrachtet war das Strafverfahren für die rechtsextreme Szene ein willkommener Anlass, um auf eine Verfestigung und Verbreiterung radikaler und militanter Strukturen hinzuwirken. So gesehen, standen die Angeklagten und ihre persönlichen Verhältnisse nicht mehr im Zentrum; sie spielten aber bis zuletzt mindestens eine wichtige Nebenrolle.<sup>84</sup>

## Politische Repression und Vergemeinschaftung

Die Ausführungen verdeutlichen am Fallbeispiel der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA), dass ein Verbot gegen eine rechtsextreme Vereinigung als zusammenhängender mehrstufiger Vorgang beschrieben und analysiert werden muss. Hierzu gehören die Vorgeschichte mit der Gründung der Vereinigung, die Aktivitäten der betreffenden Gruppierung, Verbotsforderungen und Verbotsdiskussionen, eine Initiative, ein behördeninterner Entscheidungsprozess, das Verfügen des Verbots und seine Umsetzung, gegebenenfalls die Fortführung der politischen Tätigkeit durch die Betroffenen, diesbezügliche polizeiliche Ermittlungen und Strafverfolgung, aber auch das Handeln involvierter

82 Vgl. Prozeßgruppe: Stichwort Solidaritätsfeten, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 3, S. 13-14.

83 Zu dieser Ausgabe, in: *Prozeß-Info* zum Stuttgarter Bewegungsverfahren, Nr. 4, S. 2-3, hier S. 2.

84 Im Verlaufe des Strafprozesses wurden die Verfahren gegen einige Angeklagte eingestellt.

Strafverteidiger:innen, der Angeklagten selbst sowie ihrer externen Unterstützer:innen aus dem Bereich des organisierten Neonazismus. Nach dieser Lesart ist ein Verbot ein komplexer Interaktionsvorgang zwischen »Staat« und rechtsextremer Szene.

Eine Episode in diesem Zusammenhang bildete das Stuttgarter »Bebewegungsverfahren«. Die Strafverfolgung war aus der Perspektive der Neonazis zugleich Ausdruck einer staatlichen »Verfolgung« als auch ein Ansatzpunkt der Gemeinschaftsbildung. Hierfür steht exemplarisch die Postille *Prozeß-Info*.

Die Unterstützer:innen aus dem Umfeld der »Prozeßgruppe« schufen und nutzten dieses Medium, um damit ihre Solidarität mit den Angeklagten auszudrücken und um Angehörige des eigenen politischen Spektrums zu agitieren. Adressat:innen waren jedoch nicht in erster Linie Angehörige eines bereits politisierten Szenekerns. Hier war man sowohl mit den staatlichen Überwachungsmaßnahmen als auch mit der Anwendung geeigneter Gegenstrategien hinlänglich vertraut. Das *Prozeß-Info* zielte vor allem darauf, derartige Strategien an Akteure des vopolitischen Raumes heranzutragen, das Vorhandensein von Solidarität innerhalb des militanten rechten Lagers zu demonstrieren und *best-practice*-Beispiele von Unterstützungsaktionen aufzuzeigen. Folgt man den Ausführungen, verselbstständigten sich die Solidaritätsaktivitäten sogar bis nach Belgien und suggerierten die Existenz einer breiten, auch internationalen Solidaritätsbewegung.

Das *Prozeß-Info* hob die Angeklagten – obwohl sie durchaus voneinander abweichende Verteidigungsstrategien nutzten und sich unterschiedlich einließen – unisono als politische Vorbilder und Identifikationspersonen heraus, die mit ihrem Handeln dem »nationalen Widerstand« dienten. Auf diese Weise wurden sie in expliziter Gegnerschaft zum demokratischen Staat und seinen Institutionen, zu Politik, Medien und Zivilgesellschaft verortet sowie als politische beziehungsweise gesellschaftliche Avantgarde inszeniert. Aufgrund ihrer Oppositionshaltung – so das Narrativ – seien sie in den Blick polizeilicher und nachrichtendienstlicher Maßnahmen geraten. Die angebliche Omnipräsenz des Staates, so die Handlungsanweisung an die Leser:innen, verlange nach einem konspirativen Verhalten auch im Alltag. In der Wahrnehmung und im Selbstverständnis verflüchtigten sich somit die Grenzen zwischen der Privatsphäre und dem Bereich des Politischen.

Die Tatvorwürfe wurden als willkürlich konstruiert zurückgewiesen, da sie nach dem Verständnis der »Prozeßgruppe« über den Strafprozess hinauszielten und die neonazistischen politischen Zusammenhänge insgesamt diskreditieren und schwächen sollten. Aus dieser Konstellation

wird schließlich die Verpflichtung zum solidarischen Handeln abgeleitet. Das Handeln als vergemeinschaftender Prozess – so die Wunschvorstellung – würde schließlich den Zusammenhang innerhalb der neonazistischen Szene stärken.

Die gleichzeitige Selbstwahrnehmung beziehungsweise Selbstbeschreibung als politische Elite und Opfer von Willkürmaßnahmen verband sich schließlich zu einem selbst-referentiellen System. Danach führte der ostentativ formulierte Anspruch, als Avantgarde einer neuen politischen Ordnung wirken zu wollen, zwangsläufig zu einer repressiven Reaktion staatlicher Organe – und gleichzeitig bestätigte wiederum das Erleben des Repressionshandelns die herausgehobene Position als Elite und legitimierte den »Abwehrkampf«.



# Lebenswelten der rechtsradikalen Jugend



# »Notgemeinschaft volkstreuer Familien«

## Erziehung, Lebenswelt und Bevölkerungspolitik in der Wiking-Jugend

NIKLAS KRAWINKEL

Die 1994 verbotene Wiking-Jugend war die langlebigste und einflussreichste freie Jugendorganisation der extremen Rechten seit 1945.<sup>1</sup> Ihre erzieherische Praxis richtete sich gegen eine zunehmend demokratische und liberale Grundstimmung in der Bundesrepublik, die sich in Reformbestrebungen im Erziehungssektor früher als andernorts manifestierte und eng mit der Reeducation-Politik der Alliierten zusammenhing.<sup>2</sup> Die Wiking-Jugend vertrat demgegenüber ein Ideal soldatischer Männlichkeit, klarer Geschlechterrollen und einer rassistisch ausbuchstabierten Verantwortung für Volk und Gemeinschaft. Die Erziehung in der Wiking-Jugend positionierte sich gegen das Wirken zentraler Akteure der Jugend-erziehung in Westdeutschland. Sie fokussierte sich auf durchorganisierte, streng hierarchische Lageraufenthalte in der Freizeit der Jugendlichen und bildete eine spezifische, völkisch-nationalistische Lebenswelt für ihre Mitglieder heraus.<sup>3</sup>

Dieser Artikel analysiert, wie die Wiking-Jugend aus ihrer zeitgenössischen Wahrnehmung der Gesellschaft heraus eine Lebenswelt organisierte, in der eine künftige neue Generation eine Erziehung im nationalsozialistischen Sinne erfahren sollte. Ihr Anspruch auf eine körperliche und weltanschauliche Ausbildung einer »gesunden« deutschen Jugend ging dabei einher, so ein Argument, mit der Forderung einer »Auslese« von Menschen mit Behinderungen. Gerade vor dem Hintergrund, dass ehemalige Mitglieder und Unterstützer der Wiking-Jugend oder ihrer

- 1 Die Arbeit an dem Projekt, aus dem unter anderem dieser Aufsatz entstand, wurde durch eine Förderung der Schleicher-Stiftung am Lehrstuhl zur Geschichte und Wirkung des Holocaust an der Goethe-Universität Frankfurt (Prof. Sybille Steinbacher) ermöglicht. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.
- 2 Vgl. Sonja Levens: *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945-1975*, Göttingen 2019.
- 3 Zur Einführung siehe Fabian Virchow: *Wiking Jugend*, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5: *Organisationen, Institutionen, Bewegungen*, Berlin 2012, S. 649 f.

Nachfolgeorganisation Heimatreue Deutsche Jugend heute unter anderem als Mitarbeiter in Partei- und Landtagsbüros oder als Abgeordnete auf kommunaler Ebene für die AfD aktiv sind, kommt den Aktivitäten der Wiking-Jugend auch auf diesem Feld längerfristige Bedeutung zu.<sup>4</sup> Denn die AfD vertritt einen explizit inklusionsfeindlichen<sup>5</sup> und auch kaum verhohlenen behindertenfeindlichen Standpunkt, wie vielfach in parlamentarischen Debattenbeiträgen in Bund und Ländern sowie kleinen Anfragen der Bundestagsfraktion zum Ausdruck kam.<sup>6</sup> Für die Wiking-Jugend erfüllte ihr Fokus auf die Lebenswelt zudem kurz- und mittelfristig den Zweck, ein Verbot über 40 Jahre lang zu umgehen.

### Kampf gegen »Umerziehung« und »Sittenverfall«

Sechs Jahre nach Gründung der Wiking-Jugend in Wilhelmshaven 1952 erklärte Wolfgang Nahrath, warum die deutsche Jugend eine völkisch-nationalistische Erziehung aus seiner Sicht dringend nötig hatte. Der Sohn des Bundesführers Raoul Nahrath, dessen Nachfolge er 1961 antreten sollte, verfasste einen Artikel im Mai-Heft 1958 des *Fanal. Stimme der Wikinger*, der damaligen Mitgliederzeitschrift der Wiking-Jugend. Anlass für die Wortmeldung war das Phänomen der »Halbstarken«, das nach einigen Jugendkrawallen in den 1950er Jahren eine Zeitlang Medien und Öffentlichkeit beschäftigte.<sup>7</sup> Nahrath schrieb: »Deine Eltern sind Nazi-verbrecher!« ... Mit diesen vier Worten begann im Jahre der Befreiung, 1945, die Tragödie der deutschen Nachkriegsjugend in Ost und West, der seelische Niedergang und der Ausverkauf der Ewigkeitswerte unseres Volkes.« In der vorangehenden Zeit des Nationalsozialismus sei eine »saubere und anständige Jugend« herangewachsen, danach habe die alliierte Besatzungsmacht mit der »Umerziehung« eine beispiellose Anstrengung

4 Vgl. etwa Gideon Botsch/Christoph Schulze: Die Bürgerwut im Kreistag?, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, (2019), Nr. 5, S. 1-14, hier: S. 11; für weitere Beispiele siehe Niklas Krawinkel: Rechter »Rand« und demokratische »Mitte«. Radikalisierung und Legitimation extrem rechter Politik nach 1945, Göttingen 2025, S. 15.

5 Vgl. Jan Riebe: »Ideologieprojekt Inklusion«: Positionierungen der AfD zu Inklusion als Ausdruck ihres rechtsextremen Weltbildes, in: Wissen schafft Demokratie, Bd. 15 (2024), S. 30-45.

6 Vgl. Dagmar Herzog: Eugenische Phantasmen. Eine deutsche Geschichte, Berlin 2024, S. 250 f., S. 378.

7 Vgl. Bodo Mrozek: Jugend Pop Kultur. Eine transnationale Geschichte, Berlin 2019, S. 93-118; Thomas Grotum: Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre, Frankfurt a. M./New York 1994.

unternommen, um die deutsche Jugend zu vergiften: »Überall«, so Nahrath, »sind die Kanäle zur Entfaltung der arteigenen schöpferischen Kraft verstopft. Presse, Kino, Rundfunk, Veranstaltungen, mittelalterliche Institutionen, überlebte staubige Begriffe wie Klassenkampf und Standesdünkel tun das Übrige, um die Jugendlichen zu spalten, die dann diese Spaltung in ihr künftiges Leben hineinnehmen.« Die Lebenswelt der Jugend beschrieb Nahrath als eine Art Sodom und Gomorra aus Kindesmissbrauch, Prostitution, Verbrechen und Autoritätslosigkeit. Die familiäre und schulische Erziehungsautorität sei verdorben durch die Umwertung aller Werte und den konjunkturpolitischen Gesinnungswandel der Erwachsenen nach 1945, die Jugend sei führungs- und orientierungslos. Das Phänomen der »Halbstarcken«, das die Wiking-Jugend dementsprechend ablehnte, führte sie in erster Linie auf ein Versagen der »Ganzstarcken«, also der Erwachsenen, zurück.<sup>8</sup>

Diese negative Entwicklung in der Jugend aufzuhalten und zurückzudrehen, war der selbst gestellte Erziehungsauftrag der Wiking-Jugend. Seine Umsetzung erfolgte in der Freizeit, vorzugsweise an verlängerten Wochenenden und entgegen den lebensweltlichen Prägungen der Jugendlichen in der demokratischer werdenden Gesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte, wobei insbesondere Schule, Sportverein und Kirche als Akteure der alltäglichen erzieherischen Verwahrlosung galten. Die Erziehungsarbeit der Wiking-Jugend geschah demgegenüber in hierarchisch organisierten und autoritär geführten Zeltlagern. In seiner Anfangszeit bemühte der Jugendbund noch die Tradition der bündischen Bewegung, weckte Assoziationen zu Lagerfeuerromantik, großer Fahrt und jugendlicher Selbstbestimmung, die im kollektiven Gedächtnis seit Beginn des 20. Jahrhunderts verbreitet waren. In der Praxis knüpfte die Wiking-Jugend vielmehr an die Hitler-Jugend an. Im Mittelpunkt ihrer Bundesarbeit stand »das an militärischen Vorbildern ausgerichtete [...] Lager mit vorbereiteten Aktivitäten, formiertem Auftreten und straffen Tagesplänen«.<sup>9</sup> Schießübungen und Schieß-Wettkämpfe mit Kleinkaliber- und Luftgewehren, Wehrsportübungen, Appelle, Volkstanz und Liederabende – das Programm der Wiking-Jugend ließ kaum eine Lücke. Disziplin, körperliche, geistige und ideologische Schulung standen im Mittelpunkt der

8 Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (Apabiz), WJ-F, Lupus (d. i. Wolfgang Nahrath): Halbstarke. Tragödie der deutschen Nachkriegsjugend, in: Fanal. Stimme der Wikinger, Jg. 7 (1958), Nr. 5, S. 2-5.

9 Gideon Botsch: »Nur der Freiheit ...«? Jugendbewegung und Nationale Opposition, in: ders./Josef Haverkamp (Hg.): Jugendbewegung, Antisemitismus und rechtsradikale Politik. Vom »Freideutschen Jugendtag« bis zur Gegenwart, Berlin 2014, S. 242-261, hier: S. 251.

Lager, die mehrfach im Jahr stattfanden. Es herrschten strenges Rauch- und Alkoholverbot, penible Reinlichkeit, und den Weisungen der Lagerleitung und Bundesführung war unbedingt Folge zu leisten. Das Lager war das primäre Vergemeinschaftungsinstrument für die Mitglieder der Wiking-Jugend.<sup>10</sup>

Das Jugendschutzgesetz, das der Bundestag 1951 beschloss und das maßgeblich auf eine Polizeiverordnung Heinrich Himmlers, des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei aus der Kriegszeit zurückging, schien den Protagonisten einer völkisch orientierten Jugenderziehung nach 1945 ungeeignet. Das Gesetz enthielt Altersbestimmungen hinsichtlich der Teilnahme an Tanzveranstaltungen, des Gaststätten-, Kino- oder Variétébesuchs, sowie ein Verbot des Rauchens in der Öffentlichkeit und Begrenzungen des Alkoholkonsums für Kinder und Jugendliche.<sup>11</sup> Zum Anlass der Verschärfung des Gesetzes 1957, die insbesondere die Altersgrenze bei Kinobesuchen betraf, druckte die WJ-Mitgliederzeitschrift *Fanal* eine Einschätzung aus einem anderen nationalistischen Jugendbund. Unter der Überschrift »Verantwortung« wurde dort gemutmaßt, das Gesetz werde seine Wirkung verfehlen, solange mit Verboten statt mit Vorbildern gearbeitet werde. Der Jugend werde untersagt, »was man selbst nicht misen möchte«, Kinder dürften nur in Begleitung in Gaststätten gehen, weil sie ihre betrunkenen Väter nach Hause bringen sollten. Während das Jugendschutzgesetz die zukünftigen Erwachsenen vor »Gefahren für Körper, Geist und Seele schützen« solle, sei vielmehr festzuhalten, dass jeder Mensch Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern für jeden anderen Menschen trage. Dementsprechend entstehe ein Schaden nicht bloß für den Einzelnen, sondern für die Allgemeinheit und das Gesetz sei somit Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Verfehlungen: »Wo kein Schmutz ist, braucht nicht gekehrt zu werden, wo die Gelegenheit fehlt, den jungen Menschen zu verderben, brauchen wir ihn nicht zu schützen.«<sup>12</sup>

In den 1960er Jahren wandelte sich die Wahrnehmung von Jugendkulturen in der Wiking-Jugend. Waren die »Halbstarken« der 1950er Jahre noch in erster Linie als Opfer einer irreführenden Erziehung wahrgenommen worden, nahm mit dem Aufkommen von »Gammlern«, »Hippies« und anderen, zunehmend als normabweichend wahrgenommenen Jugenderscheinungen die Abscheu im völkisch-nationalistischen Lager

10 Archiv der deutschen Jugendbewegung (AdJb), M 47, Nr. 2, Informationsheft der Wiking-Jugend zum 14. Pfingsttreffen nationaler Jugend 1968.

11 Vgl. Sybille Steinbacher: *Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik*, München 2011, S. 210.

12 Apabiz, WJ F, Teja [Pseudonym]: *Verantwortung*, in: *Fanal*, Jg. 6 (1957), Nr. 10, unpag.

zu. Diese Abscheu wurde unmissverständlich mit erbgesundheitlich begründeten Ängsten verbunden. Die Gesundheit der Völker werde tagtäglich mehr untergraben, wodurch der jahrtausendealte »Erbstrom« drohe unterbrochen zu werden. Es sei höchste Zeit, wurde in der neuen Mitgliederzeitschrift *Wikinger* 1968 gefordert, »daß Biologie und Eugenik den ihnen gebührenden Platz in der Führung der Völker einnehmen, damit diesen aus millionenfacher gesunder Erbanlagenkombination endlich wieder willensstarke Persönlichkeiten, Talente und hin und wieder auch Genies zuwachsen, an denen es ihnen so offenbar mangelt. Mit LSD, Gammlern und Hippies ist die Zukunft nicht zu meistern.«<sup>13</sup> Die jugendkulturelle Entwicklung seit den 1950er Jahren wurde in der *Wikinger*-Jugend als negative Steigerung wahrgenommen. Die »Halbstarken« habe man noch als verhältnismäßig harmlos betrachtet, die »Gammlertypen« schockierten »in ihrer trostlosen Verfassung« stärker, aber die »Dutschkisten«, »Anarchisten« und »Nihilisten«, die »in der ›Elite‹ unserer Jugend, der Studentenschaft angelangt« seien, markierten den bisherigen Höhepunkt des »Sittenverfall[s] der Jugend«: »Wenn sich diese Ent-Artung weiterentwickeln darf und niemand Verantwortung empfindet, dagegen anzukämpfen, dann hat unser Volk nur noch eine Chance: ausradiert zu werden und Sklavendienste für fremde Mächte zu verrichten.«<sup>14</sup> Die Vorstellung eines durch »Degeneration« der Erbmasse bewirkten »Volks-tods« war und ist eine zentrale ideologische Achse der extremen Rechten, in der Rassismus, Misogynie, Antisemitismus und eugenisches Denken ihre Verbindung finden und die bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer wieder eine wichtige Rolle spielte.<sup>15</sup>

Während des größten Zeltlagers der nationalistischen Jugendbünde, den jährlichen »Tagen volkstreuer Jugend«, die die *Wikinger*-Jugend bis in die 1970er Jahre hinein gemeinsam mit dem befreundeten Bund Heimatstreuer Jugend veranstaltete, stand »Erbgesundheit« 1969 im besonderen Fokus der ideologischen Schulung. Als Referentin zu diesem Thema trat die NPD-Politikerin Helene von Watter im Lager auf. Sie war Ärztin, zu Weimarer Zeit Landtagsabgeordnete für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Preußen und galt bereits damals als Experte für »Rassen-

13 Apabiz, WJ W, Walter Hainke: Washkansky und das Abendland, in: *Wikinger. Gestalt und Ausdruck volkstreuer Jugend*, (1968), ohne Nr., S. 26f.

14 Apabiz, WJ W, o. A.: Studentenproteste – nur Klamauk ...?, in: *Wikinger. Gestalt und Ausdruck volkstreuer Jugend*, (1968), ohne Nr., S. 21.

15 Siehe zur Einführung Gideon Botsch/Christoph Kopke: »Umvolkung« und »Volks-tod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm 2019.

hygiene«. <sup>16</sup> Die Rednerin empfahl den Angehörigen der Wiking-Jugend, sich ein Erbgesundheitszeugnis ihres künftigen Partners vorzeigen zu lassen, bevor sie eine Eheschließung eingingen. Von Watter erklärte, dass sich damit jedoch »nicht alles Minderwertig- oder Krankgeborenes« vermeiden lasse, und betonte, dass »die Geistigkranken eben zu den Minderwertigen unseres Volkes zählen«. <sup>17</sup> Die Referentin sprach sich insbesondere gegen Berichte über »Rauschgifte« in Illustrierten aus, mit denen Jugendliche erst auf die Idee gebracht würden, sich der Drogensucht oder dem Alkoholismus hinzugeben. Ebenso wie Geschlechtskrankheiten könnten sich Alkohol- und Drogengebrauch »bis ins zweite oder dritte Glied der Nachkommenschaft auswirken«. <sup>18</sup> Während von Watter in ihrem Vortrag Abstand vom nationalsozialistischen Krankemord nahm und es zu einem Irrglauben erklärte, dass man »die Minderwertigen abschaffen bzw. umbringen« könne, damit dann »nur noch Gesunde zur Welt kommen«, bekannte sich der Bundesführer der Wiking-Jugend, Wolfgang Nahrath, ausdrücklich zur »Euthanasie«. Er lehnte humanitäre Erwägungen ab, wenn dadurch »Wesen am Vegetieren gehalten« würden, »die sich selbst und ihrer Umwelt zur Last sind«. Stattdessen sei es ein Gebot des Mitleids, »wenn man sie von diesem Dahinvegetieren erlöst«. <sup>19</sup>

Im Zuge von Liberalisierung und Jugendprotest pflegte die Wiking-Jugend die Pathologisierung ihrer politischen Gegnerinnen und Gegner. Ein Zeltlager der sozialistischen Jugendorganisation *Die Falken*, in dem laut Pressebericht die Teilnehmenden zwischen 14 und 28 Jahren »lieben [durften], wen sie wollten«, wurde im *Wikinger* mit den Worten kommentiert: »Mit Sex fäng't an – mit Haschisch und Opium geht's weiter – und mit der Irrenanstalt endet's«. Auf diese Weise werde »der brandrote Zauber in Bonn« schnell von selbst ein Ende finden. <sup>20</sup> Im Jahr 1969 absolvierte die Bundesmädelführerin Gudrun Wittig ein Praktikum in den Bodelschwinghschen Anstalten Bethel auf einer psychiatrischen Kinderstation. Schilderungen von Krankheitsbildern dienten hier nicht dem Wecken von Empathie bei den Lesenden, sondern dem Hervorrufen von Ekel, sodass Wittigs Fest-

16 Vgl. Christiane Streubel: Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, New York/Frankfurt a. M. 2006, S. 146, 158. Zu von Watters Werdegang siehe auch Valérie Dubslaff: »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964-2020, Berlin/Boston 2022, S. 57

17 Apabiz, WJ W, o. A.: Tage volkstreuere Jugend in Kleinsachsenheim, in: *Wikinger*, (1969), Nr. 2, S. 27-30, hier S. 28.

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Apabiz, WJ W, o. A.: Mit Sex fäng't an – mit Haschisch und Opium geht's weiter – und mit der Irrenanstalt endet's, in: *Wikinger*, (1970), Nr. 1, S. 27.

stellung, »die gesunde Entwicklung unseres Volkskörpers [dürfe] durch kranke Elemente nicht übermäßig gelähmt und beeinträchtigt werden«, nicht überrascht. Abschließend stand erneut die Forderung, »das Übel bei der Wurzel zu fassen, d. h. in diesem konkreten Fall die Eugenik gesteigert zu fördern und anhand von empirisch-medizinischen Nachforschungen die Krankheit einzudämmen.«<sup>21</sup> Menschen mit Behinderung wurde in der völkischen Jugend nur dann eine Rolle in der Gesellschaft zugestanden, wenn sie bestrebt waren, der Allgemeinheit nicht zur Last zu fallen, sondern überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen. Das von der UN-Generalversammlung beschlossene internationale Jahr der Behinderten 1981 gilt heute in der Forschung zur Disability History als ein wichtiger Katalysator der Behindertenbewegung in Deutschland. Die unzureichende Berücksichtigung der Perspektive der Betroffenen in der staatlichen Behindertenpolitik befeuerte deren Kampf um rechtliche Anerkennung und Gleichstellung.<sup>22</sup> Im Mittelpunkt ihres Protests stand das bis in diese Zeit reichende Paradigma einer rehabilitativen Normalisierung von Behinderungen, das heißt einer Orientierung auf Behinderung als funktionales Defizit, das mit Mitteln der Medizin und Prothetik so weit wie möglich aufgehoben werden sollte, um eine Eingliederung in produktive Arbeit zu ermöglichen.<sup>23</sup> Im *Trommler* des BHJ wurde im Dezember 1981 eine Urlaubsbegegnung als »Nachlese zum Jahr der Behinderten« geschildert. Bei einem Skiausflug war dem Verfasser der beinamputierte Kriegsveteran Hans-Ulrich Rudel, der seit Anfang der 1970er Jahre infolge eines Schlaganfalls halbseitig gelähmt war, begegnet. Der höchstausgezeichnete deutsche Soldat des Zweiten Weltkriegs, leuchtendes Vorbild der nationalistischen Jugendbünde und unverbesserlicher extrem rechter Aktivist der Nachkriegsjahrzehnte,<sup>24</sup> fühlte sich auf die Frage nach dem Jahr der Behinderten nicht aussagefähig, weil er seine Einschränkungen nicht als Behinderungen betrachte. Seine Antwort steckte in seinem Wahlspruch, den er auf Autogrammkarten zu verteilen pflegte: »Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt.«<sup>25</sup>

21 Apabiz, WJ W, Gudrun Wittig: Bethel 1969, in Wikinger, (1970), Nr. 1, S. 28 f., hier S. 29.

22 Vgl. Monika Baár/Anna Derksen: Das internationale Jahr der Behinderten 1981 in historischer Perspektive, in: Theresia Degener/Marc von Miquel (Hg.): Aufbrüche und Barrieren. Behindertenpolitik und Behindertenrecht in Deutschland und Europa seit den 1970er Jahren, Bielefeld 2019, S. 161-184.

23 Vgl. Elsbeth Bösl: Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2009, S. 9, 77 f.

24 Siehe u. a. zu Rudel Krawinkel (Anm. 4).

25 Apabiz, BHJ T, Igot [Pseudonym]: Nachlese zum »Jahr der Behinderten«, in: Der Trommler. Berichte, Meinungen, Tendenzen ..., Jg. 4 (nach Neugründung) (1981), Nr. 16, S. 19.

## »Sippengemeinschaft«

Über allen Aktivitäten der Wiking-Jugend stand der stetig wiederholte Anspruch an die Jugendlichen, niemals ihre Pflicht gegenüber der Gemeinschaft des Bundes und gegenüber ihrem Volk zu vernachlässigen. Beides – das deutsche Volk und die Gemeinschaft des Jugendbundes – gehörte für die Wiking-Jugend zusammen. Die Verbindung entstand durch die Vorstellung der »Sippengemeinschaft«, die der völkische Bund aus germanischer Überlieferung konstruierte. Die altgermanische Sippe sei ein Zusammenschluss miteinander verwandter Familien, die in der Regel in einer Dorfgemeinschaft lebte, vom Sippenältesten geführt wurde, gemeinsam wirtschaftete und sich vor Gericht und im Krieg gegenseitig unterstützte. Der Sippenälteste sei ihr Führer gewesen und habe unter anderem über das Lebensrecht der Neugeborenen entschieden. Kinder mit Behinderungen und körperlich Schwache seien nicht aufgezogen worden, weil das altgermanische Recht »das Gesetz des Lebens« geachtet habe, demzufolge nur starke Menschen dem »Lebenskampf« gewachsen seien.<sup>26</sup> Die Erzählung vom »Aussetzungsrecht« aus germanischer Vorzeit, die sich auch in wissenschaftlichen Darstellungen zur Geschichte von Menschen mit Behinderung findet,<sup>27</sup> wurde in der extremen Rechten immer wieder kolportiert und diente zur offenen Rechtfertigung des nationalsozialistischen Krankenmords, der anders als der Holocaust in der äußersten Rechten nie geleugnet wurde.<sup>28</sup> Die völkische und neopaganistische Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft ging ab den 1980er Jahren eine enge Verbindung mit der Wiking-Jugend ein und teilte mit ihr den starken, antichristlichen Bezug auf altnordische Sagen. Es war insbesondere deren Vorsitzender und langjährige Wiking-Jugend-Unterstützer Jürgen Rieger, der mit der Aussetzungserzählung das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen infrage stellte.<sup>29</sup>

26 Apabiz, WJ W, o. A.: Leben in der Gemeinschaft, in: Wikinger. Gestalt und Ausdruck volkstreuere Jugend, (1991), Nr. 2, S. 18.

27 Vgl. Walter Fandrey: Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 9.

28 Siehe etwa Götz Jäger (d. i. Gustav Jonak): Grenzfälle des Lebens, in: Nation Europa, Jg. 12 (1962), Nr. 12, S. 23-26, hier S. 23 f.

29 Vgl. Apabiz, ART NORZ, Jürgen Rieger: Die altgermanische Sittlichkeit in der Sicht von Andreas Heusler, in: Nordische Zeitung. Die Stimme des Artglaubens, Jg. 60 (1992), Nr. 4, S. 9-11, hier S. 9; ders.: Sittengesetz unserer Art, Hamburg 2003, S. 248. Zu Rieger siehe Christoph Schulze: Rassismus in nationalsozialistischer Tradition. Der Neonazi Jürgen Rieger (1946-2009), Berlin 2020.

Behindertenfeindliche Vorstellungen mit Blick auf den Nachwuchs in Volk und Familie gehörten auch zu den Leitgedanken des Kameradschaftsrings nationaler Jugendverbände (KNJ), den die Wiking-Jugend 1954 gemeinsam mit dem Jugendbund Adler und dem Bund Heimatstreuer Jugend gegründet hatte.<sup>30</sup> Der »Ehrensprecher des KNJ«, Konrad Windisch, erläuterte die 20 »Grundsätze der nationalen Jugend«, die sich der Kameradschaftsring auf einer Tagung 1959 in Coburg gegeben hatte. Der erste Grundsatz bestand in einem Treuebekenntnis zu »unseren angestammten Völkern«. Die Natur kenne nur eindeutige Abfolgen, erklärte Windisch. Aus dem Samen entstehe die Blume, etc. Jeder Eingriff in diese Ordnung führe zu »Auswüchsen, Mißgeburten, Schwachsinnigen und anderen Gleichgewichtsstörungen im Haushalt der Natur«. Weil die vermeintlich natürliche Ordnung im Großen, das heißt auf Ebene des Volkes nicht genug respektiert werde, sei die Folge, dass die kleineren Gemeinschaften, also die Familien, »vielfach zerrüttet und krank« seien.<sup>31</sup>

Immer stärker im Verlauf ihres langen Aktivitätszeitraums versuchte die Wiking-Jugend nicht nur einzelne Kinder und Jugendliche, sondern die ganze Familie in den Jugendbund einzubeziehen. Dieses Konzept stand dem bündischen Gedanken diametral entgegen, der die Selbstständigkeit der Jugend von der Erwachsenenwelt im Allgemeinen und von der Familie im Besonderen in den Mittelpunkt stellte. Ein erster Höhepunkt dieser Entwicklung wurde um 1968 erreicht. Die Bundesführung senkte das Eintrittsalter in die Organisation auf sechs Jahre herab und begründete diesen Schritt mit den aus Sicht der Wiking-Jugend negativen Folgen der Studierendenbewegung der 1960er Jahre. Immer jüngere Kinder seien einem immer stärker voranschreitenden Sittenverfall ausgesetzt.<sup>32</sup> Während der Bund bereits seit seiner Gründung die Folgen alliierter Umerziehung zu bekämpfen suchte, radikalisierte sich die Wahrnehmung von »giftigen Angriffen des Zeitgeistes«<sup>33</sup> unter dem Eindruck der gesellschaftlicher Liberalisierungstendenzen und der Pluralisierung

30 Vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechts- extremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984, S. 134-146.

31 Apabiz, BHJ T, Konrad Windisch: 1. Wir bekennen uns in steter Treue zu unseren angestammten Völkern, in: Der Trommler. Kampfschrift der nationalen Jugend, Jg. 11 (1963), Nr. 61, unpag.

32 Apabiz, WJ W, o. A.: Studentenproteste – nur Klamauk ...?, in: Wikinger. Gestalt und Ausdruck volkstreuere Jugend, (1968), ohne Nr., S. 21; Wolfgang Nahrath: Wiking-Jugend – erzieht heute – für morgen, in: Wikinger, (1979), Nr. 1, S. 3-6.

33 Apabiz, Otto-Stammer-Zentrum, Wiking-Jugend Intern, Helmut Dieterle, Gausführer Schwaben der Wiking-Jugend: Gesunde Familien – Gesunde Jugend – Gesundes Volk – aber wie?, in: Deutscher Anzeiger, 28. 10. 1977.

von Lebensweisen, die in der Bundesrepublik zwar bereits seit den 1950er Jahren im Gange waren, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der frühen 1970er Jahre aber unübersehbar wurden.<sup>34</sup>

Ein Text von Wilhelm Weis, dem Gründer und Vorsitzenden der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung mit Sitz in Hamburg, wurde in der im Jahr zuvor neu gegründeten Mitgliederzeitschrift *Wikinger* 1969 zum »richtungweisende[n] Stoff« erhoben. Weis gab den Vorsitz der Organisation, die klar der extremen Rechten zuzuordnen ist, aber seit ihrer Gründung Anschluss an den eugenischen bzw. humangenetischen Fachdiskurs suchte, wenige Jahre später an den bereits erwähnten Jürgen Rieger ab.<sup>35</sup> Besonders den Älteren und den Jugendführern der Wiking-Jugend wurde der Text im *Wikinger* zum »Durcharbeiten« empfohlen, weil er »grundlegende Aussagen der Wiking-Jugend« zum Inhalt habe. Weis beschrieb einen aus Christentum und Aufklärung hervorgegangenen »überspitzte[n] Individualismus«, der bis heute die Philosophie, Religion, Erziehung, Medizin, Politik und Wirtschaft beherrsche.<sup>36</sup> Erst mit der Darwinschen Evolutionslehre sei diese hegemoniale Denkrichtung geradegerückt worden, wogegen sich die »alten abendländischen Weltbilder« aber bis heute wehren würden. Das neue biologische Weltbild werde durch Kriege und Umerziehung an seinem Durchbruch gehindert. »Als eine vergangene Staatsführung es im Alleingang wagte, das von fremden Mächten beherrschte Geldwesen von der fingierten Goldgrundlage auf das biologische Fundament der Arbeits- und Leistungskraft des eigenen Volkes zu stellen und die eigene Währungshoheit zu beanspruchen, da schlossen sich die unter sich feindlichen Kapitalkräfte, die noch im geistigen Mittelalter und in der bindungslosen Aufklärung mit ihren Macht- und Herrschaftsansprüchen standen, gegen die unheimliche Gefahr einer neuen biologischen Ordnungsvorstellung zu einem engen Bündnis zusammen; der Theismus und Atheismus, der Kapitalismus und Kommunismus. Deutschland, das Geburtsland des biologischen Weltbildes mußte zerschlagen und wieder in ihr Geldsystem gezwungen werden [...]«<sup>37</sup> Der antisemitisch grundierte Arbeitsbegriff des Nationalsozialismus diente hier einmal mehr zur diametralen Gegenüber-

34 Vgl. Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 72-75.

35 Vgl. Michael Billig: Die Rassistische Internationale. Zur Renaissance der Rassenlehre in der modernen Psychologie, Frankfurt a. M. 1981, S. 116-135; Schulze, Rassenismus, S. 37.

36 Apabiz, WJ W, Wilhelm Weis: Schulung und Wissen. Zeige mir Deinen tragenden Gedanken, in: *Wikinger*, Jg. 2 (1969), Nr. 2, S. 4-6.

37 Ebd., S. 5.

stellung eines künstlichen, geistigen und liberalen Individualismus und eines natürlichen, biologischen und spezifisch völkischen Gemeinsinns.<sup>38</sup> In den 1960er Jahren sah Weis neben christlichem Fatalismus und liberal-aufgeklärtem Individualismus noch weitere Gefahren für das Überleben des deutschen Volkes aufziehen: »Unser plasmatischer Bestand, unser Erbschatz, kann durch strahlenbedingte Erbsprünge geschädigt und in einem jahrhundertelangen Verblöden und Sterben vernichtet werden!« Radioaktivität, Kernenergie und Atombombenabwürfe würden ein unsichtbares Vernichtungswerk vollbringen. Noch sei aber nichts verloren, weil eine »gesunde Jugend« heranwachse. Sie werde das neue biologische Weltbild begreifen, die »List der Feinde« abwenden, »um Leben und Freiheit der Gemeinschaft, aus der sie geboren ist, zu erhalten und die Erbwelten der langen, stolzen Ahnenreihen, die in ihr pulsen und wirken, gesund in die Zukunft zu tragen«.<sup>39</sup>

Die Wiking-Jugend begann in den 1970er Jahren, sich als »Notgemeinschaft volkstreuer Familien« zu bezeichnen.<sup>40</sup> Die Einbeziehung der Familie in das Bundesleben markierte auch einen wichtigen Unterschied zur Hitler-Jugend, die als Staats- bzw. Parteijugend gerade darauf gerichtet war, Kinder und Jugendliche dem prägenden Einfluss des Elternhauses zu entziehen und regimekonform zu erziehen. Der randständige Oppositionsstatus der extremen Rechten in der Nachkriegsgesellschaft machte aus Sicht der Wiking-Jugend eine Kehrtwende auf diesem Gebiet nötig. Der Jugendbund sollte sich zu einer Art »Sippengemeinschaft« entwickeln, wie sie Heinrich Himmler für die nationalsozialistische SS vorschwebte. Diese Tendenz unterstützte die Herausbildung eines lebensweltlichen Milieus rund um die Wiking-Jugend. Die kulturellen Teile des Lagerprogramms – insbesondere der Volkstanz, der zu den wenigen Aktivitäten gehörte, die nicht nach Geschlechtern getrennt vollzogen wurden – erschöpften sich dementsprechend nicht in Traditionspflege, sondern dienten auch einer Anbahnung von Liebesbeziehungen und Eheschließungen zwischen Männern und Frauen innerhalb des Bundes, womit sichergestellt werden sollte, dass auch die nächste Generation der Gemeinschaft und den Zielen der Wiking-Jugend treu blieb.<sup>41</sup> Die Partnerwahl innerhalb der Gruppe war aber auch Ausdruck eines eu-

38 Siehe zu dieser Bedeutung des nationalsozialistischen Arbeits-Begriffs Nikolas Lelle: Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe, Berlin 2022.

39 Weis (Anm. 36), S. 6.

40 Apabiz, Otto-Stammer-Zentrum, Wiking-Jugend Intern, o. A.: Verbände stellen sich vor: Wiking-Jugend gestern, heute und morgen, in: Deutscher Anzeiger, 10. 8. 1973.

41 Vgl. Gideon Botsch: Vorwort. Jugendarbeit und »Nationale Opposition«. Zur historischen Einordnung der HDJ, in: Andrea Röpke: Ferien im Führerbunker. Die

genischen Bestrebens, die biologisch passendste Verbindung im Sinne von »Arterhaltung« und »Aufartung« der völkischen Gemeinschaft zu fördern. Diese Strategie funktionierte keineswegs nach objektiven biologischen Kriterien, sondern setzte vielmehr voraus, dass die Jungen und Mädchen, die sich in der Wiking-Jugend engagierten, zu den »Höherwertigen« des deutschen Volkes gehören mussten, weil sie sich zu ihrer vermeintlichen Aufgabe für Volk und Vaterland bekannten und damit einem über sie selbst weit hinaus ragenden Ziel dienten.

Selbstdisziplin, auch in Form von Rauch-, Alkohol- und Drogeneinschränkungen, stand schon bei der Jugendbewegung des frühen 20. Jahrhunderts nicht nur im Licht der Naturverbundenheit und Befreiung von den Verlockungen der Konsumwelt, sondern hatte unter dem Einfluss lebensreformerischer Strömungen eine deutliche eugenische Komponente. Es waren gerade diese eugenisch begründeten Abstinenzforderungen, die den völkischen Charakter von Teilen der deutschen Jugendbewegung des frühen 20. Jahrhunderts maßgeblich befördert hatten.<sup>42</sup> Entsprechend waren es neben der Partnerwahl insbesondere individuelle Verhaltensmaßgaben wie die Forderung nach einer Jugendsportpflicht und die Vermeidung des Alkohol- und Tabakkonsums, also Fragen der Erziehung, die eine »positive« eugenische Wirkung auf die Jugend im Allgemeinen und die Mitglieder der Wiking-Jugend im Besonderen erzielen sollten. Als politische Oppositionsorganisation, die Maßnahmen der »negativen« Eugenik, also der Vermeidung »erbkranken« Nachwuchses, zwar fordern, aber nicht umsetzen konnte, war die Wiking-Jugend notwendigerweise auf »positive« Maßnahmen orientiert, deren eugenische Wirkung schon vor Jahrzehnten von führenden Vertretern der Rassenwissenschaften behauptet worden war.<sup>43</sup> Die Jugendsportpflicht gehörte spätestens seit Ende der 1960er Jahre zu den Forderungen der Wiking-Jugend. Die Zahl junger Männer, die bei der Musterung die Anforderungen nicht mehr erfüllen könnten, sei bereits seit langem im Wachsen.<sup>44</sup> Auch damit stand sie in langer Tradition. Wehrsport, aber auch Mannschafts- und Individualsport

neonazistische Kindererziehung der »Heimatreuen Deutschen Jugend« (HDJ), Braunschweig 2008, S. 10-22, hier S. 21 f.

42 Vgl. Stefan Rindlisbacher: *Lebensreform in der Schweiz (1850-1950). Vegetarisch essen, nackt baden und im Grünen wohnen*, Berlin u. a. 2022, S. 145-173, 255 f.

43 Vgl. Christian Geulen: *Erziehung als Schicksal. Paradoxien des Determinismus im 20. Jahrhundert*, in: Constantin Goshler/Till Kössler (Hg.): *Vererbung oder Umwelt? Ungleichheit zwischen Biologie und Gesellschaft seit 1945*, Göttingen 2016, S. 83-101.

44 Apabiz, WJ W, Wolfgang Nahrath/Sepp Wilhelm: *Einführung der Jugendsportpflicht*, in: *Wikinger*, (1969), Nr. 2, S. 15 f.

galt beginnend mit der deutschen Turnbewegung und im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend als wesentliche deutsche Nationaltugend. Es ging dabei um paramilitärisches Training, aber auch um die Vermittlung von Sekundärtugenden wie Gehorsam, Disziplin, Männlichkeit und Orientierung auf einen höheren Zweck. Während Sport auch in der Weimarer Republik quer durch alle politischen Parteien große Bedeutung zugemessen wurde, war es die NSDAP, die als einzige Partei die Einführung einer Turn- und Sportpflicht in ihr Parteiprogramm aufnahm. Die eugenische Bedeutung, die sportlicher Aktivität zugemessen wurde, bildete neben der verdeckten Kriegsvorbereitung und der »stillen Pädagogik der Körpersozialisation«<sup>45</sup> die dritte Ebene nationalistischer Sportpolitik, deren Wirkung auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum an Überzeugungskraft verloren hatte, wie die Bedeutung des Sports in der Wiking-Jugend belegt.<sup>46</sup>

Wenn die Wiking-Jugend in abstoßend behindertenfeindlicher Diktion erklärte, dass »in den nächsten Generationen durch die Schädigung der Erbanlagen durch die in den Cigaretten [sic!] enthaltenen Gifte immer mehr Krüppel und Schwachsinnige geboren werden« würden,<sup>47</sup> stand dahinter jedoch auch ein ganz konkretes bevölkerungspolitisches Bestreben. Während die Hitler-Jugend als Staatsjugend, in der alle Kinder und Jugendliche zur Mitgliedschaft aufgefordert waren, in ihrer Schriftenreihe *Du hast die Pflicht, gesund zu sein* – ein Motto, das die Wiking-Jugend aufgriff<sup>48</sup> – den Verzicht auf das Rauchen nur als Einsicht forderte und nicht als Befehl erteilte, ging man in der Wiking-Jugend mit dem strengen Rauchverbot im Zeltlager weiter. Auch in der HJ-Schrift zielte die Warnung vor dem Nikotin ganz besonders auf die Frage der gesunden Fortpflanzung. Die Schädigung der Keimdrüsen bei Mann und Frau sei die schlimmste Folge des Rauchens und auch »eine Schädigung der

45 Ute Planert: Der dreifache Körper des Volkes, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 26 (2000), Nr. 3, S. 539-576, hier S. 553.

46 Vgl. zur Bedeutung von Sport und Turnen im deutschen Nationalismus Svenja Golttermann: *Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860-1890*, Göttingen 1998; Planert (Anm. 45); Angelika Uhlmann: »Der Sport ist der praktische Arzt am Krankenlager des Volkes«. Wolfgang Kohlrausch (1888-1980) und die Geschichte der deutschen Sportmedizin, Frankfurt a. M. 2005; Niklas Krawinkel: *Belastung als Chance. Hans Gmelins politische Karriere im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2020, S. 48 f., 126 f., 135-137.

47 Apabiz, WJ W, o. A.: Kennst Du die Vorteile des Rauchens?, in: *Wiking*, (1980), Nr. 3, S. 6.

48 Apabiz, WJ W, o. A.: Ihr habt die Pflicht, gesund zu sein!, in: *Wiking*, (1981), Nr. 2, S. 12 f.

Erbmasse« sei wahrscheinlich. All das habe ebenso wie die anderen Konsequenzen des Rauchens nicht nur für den Rauchenden selbst, sondern ebenso für sein den Rauch passiv einatmendendes Umfeld schwerste Folgen. Wie es in der Frage von Erbschädigungen und dem vermeintlichen Volkstod immer der Fall war, wurde den Frauen und Mädchen eine besondere Verantwortung aufgebürdet, die sie »als die zukünftigen Mütter der kommenden Generationen« und »für das Schicksal unseres Volkes« zu tragen hätten.<sup>49</sup> In der Wiking-Jugend konnte man es bei gleichbleibender erbgesundheitlicher Analyse nicht bei Appellen belassen. Bei den Mitgliedern der WJ handelte es sich nicht nur um die eigenen Kinder, sondern um die Nachkommen eines völkisch-nationalistischen Sippenverbands, dessen Erbgut hier nicht nur zum Selbstzweck gepflegt werden sollte. Nach der Vorstellung ihrer Führung und Mitglieder war die Wiking-Jugend schließlich die Keimzelle einer nationalen Elite. Nach dem unvermeidlichen Untergang des demokratischen Deutschlands und der Rückkehr der extremen Rechten zur Macht sollte sie die Führungsschicht eines neu erstehenden Deutschen Reiches bilden.<sup>50</sup> Nach allem, was über die Bedeutung von Gehorsam, Disziplin und Zwang in den Lagern der Wiking-Jugend bekannt ist, besteht kein Zweifel daran, dass die Abstinenzforderungen sehr ernst genommen und die Verbote durchgesetzt wurden.<sup>51</sup>

## Gewalt, Geschlechterordnung und Gegenprotest

Diese nach innen gerichtete Nachwuchsrekrutierung durch Heirat innerhalb der Wiking-Jugend und so angestrebte biologische Reproduktion der Mitglieder erforderte eine zunehmende Abschottung nach außen. Der häufige Versuch, kritische Medienberichterstattung zu verhindern, und eine allgemeine Zunahme von Gewalttaten gegen Andersdenkende waren Ausdruck dieser Entwicklung. Zu einem der prominentesten Feindbilder

49 Reichsjugendführung (Hg.): *Du hast die Pflicht, gesund zu sein!* Heft 1: Nikotin und Alkohol, Gesundheitsaktion der Hitler-Jugend, Berlin 1939, S. 8. Zum misogynen Aspekt des Volkstod-Paradigmas siehe Botsch/Kopke (Anm. 15). Zur Gesundheitskampagne der HJ siehe Thomas Beddies: »Du hast die Pflicht, gesund zu sein!« Der Gesundheitsdienst der Hitler-Jugend 1933-1945, Berlin 2010.

50 Apabiz, WJ W, Manfred Börm: Familie, in: Wikinger, (1991), Nr. 2, S. 7.

51 Vgl. die Berichte bei Röpke (Anm. 41), S. 31, und Dirk Gerhard: Jungmädel und Pimpfe – zur Arbeit der Wiking-Jugend, in: Jan Peters (Hg.): Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind, Berlin 1979, S. 89-99, hier S. 92; s. zur Gewalttradition und deren Fortführung auch Rebecca Folke: »Von der Wiege bis zur Bahre«. Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, Münster 2023.

der Wiking-Jugend entwickelten sich Lehrer. Immer wieder wurden die Mitglieder dazu aufgefordert, den »linken Paukern« Paroli zu bieten. Mitunter wurden sogar persönliche Daten von Lehrern inklusive Automodell und Nummernschild veröffentlicht, die der Wiking-Jugend als Gegner ihrer Arbeit aufgefallen waren.<sup>52</sup>

Während eines Sommerlagers der Wiking-Jugend im Juli 1976 in der Eifel griffen Lagerteilnehmer den PKW von Reportern des Westdeutschen Rundfunks an. Ein Führungsmitglied der Wiking-Jugend in Schleswig-Holstein warf einen armdicken Baumstamm durch das Heckfenster des Fahrzeugs, der die Journalisten nur knapp verfehlte. Im folgenden Strafprozess spielte der extrem rechte Hintergrund der Tat keine Rolle. Der Richter weigerte sich sogar beharrlich, den Tatkontext eines Sommerlagers der Wiking-Jugend mit Wehrsport- und Schießtraining in die Beurteilung der Tat einzubeziehen. Man habe es mit Angeklagten zu tun, die »eben zufällig auch Mitglieder der Wiking-Jugend« seien.<sup>53</sup> Anerkennend berichtete die Wiking-Jugend, der Richter habe in seinen einleitenden Worten einen politischen Prozess gegen die Wiking-Jugend abgelehnt und betont, es handele sich um eine Anklage gegen Bürger, die während Veranstaltungen der Wiking-Jugend gegen bestehende Strafgesetze verstoßen haben sollen.<sup>54</sup>

Die Betonung einer »jugendpflegerischen«, also lebensweltlichen Ausrichtung im Unterschied zu einem in erster Linie politischen Aktivismus schützte die Wiking-Jugend als Organisation lange Zeit vor Strafe und Verbot. Und das, obwohl mehrere Mitglieder oder Ex-Mitglieder um 1980 auch wieder in terroristischen Gruppen aktiv wurden. Terroristische Aktivitäten von Mitgliedern der Wiking-Jugend und anderer Gruppen des Kameradschaftsrings Nationaler Jugendverbände in Italien und Südtirol zu Beginn der 1960er Jahre waren in Westdeutschland ohnehin kaum wahrgenommen worden.<sup>55</sup> Die Behörden folgten der Selbstar-

52 Apabiz, WJ 2, o. A.: Die Pressefreiheit im »freiesten Staat« (Scheel) der Welt!, in: Gäck, (1980), Nr. 1, S. 13; Apabiz, WJ 1, Flugblatt »Stoppt den Amoklauf der linken Lehrer!«, o. D.

53 Apabiz, Otto-Stammer-Zentrum, Wiking-Jugend Überblick, Roland Kirbach: »Mit Politik hat das nichts zu tun«, in: Vorwärts. Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie, 1. 3. 1979.

54 Apabiz, WJ W, o. A.: Zweiter Freispruch im Koblenzer Wiking-Jugend-Prozess, in: Wikinger, (1979), Nr. 1, S. 12.

55 Vgl. Barbara Manthe: Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 68 (2020), Nr. 1, S. 63-93; Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024, S. 98f., 116f., 281, 396.

stellung als Organisation, die sich vornehmlich der Jugendpflege widme, zwar nicht und verweigerten der Wiking-Jugend seit den frühen 1960er Jahren die Erlaubnis, ihre Fahrtenkluft zu tragen. Die Ausnahme vom im Versammlungsrecht verankerten Uniformverbot war ein Privileg, in dessen Genuss nur vornehmlich jugendpflegerische Bünde und Organisationen kamen. Aber dennoch scheint es gerade das »lebensweltliche« Konzept der Wiking-Jugend gewesen zu sein, das wesentlich dazu beitrug, dass sie von Politik und Justiz nicht als politischer Akteur ersten Ranges betrachtet wurde, und daher von Behördenseite kein oder kaum Handlungsbedarf gesehen wurde.<sup>56</sup>

Ein weiterer Punkt, der im Zusammenhang mit dem lebensweltlichen Konzept besonders wichtig war, hängt eng mit der weitgehenden Repressionsfreiheit der lebensweltlichen Sphäre der extremen Rechten zusammen, und das ist die Rolle des Regenerations- und Reproduktionsraums für den politischen Bewegungsteil der extremen Rechten. Gideon Botsch hat für die Geschichte der extremen Rechten nach 1945 das passende Bild der Doppelhelix aus politischer Bewegung und lebensweltlichem Milieu geprägt. Mit Kulturorganisationen und nationalistischen Bünden – allen voran der Wiking-Jugend – gelang es langfristig, die Wahlschläppen und Verbotsschläge gegen die politischen Parteien der extremen Rechten seit den 1950er Jahren abzufedern, einen Rückzugsraum zu schaffen und gerade durch die Kontinuität der Arbeit gleichzeitig eine mobilisierende und erneuernde Kraft darzustellen. Jugendbünde wie die Wiking-Jugend dienten der extremen Rechten als Orte der Überwinterung von Traditionen und Vorstellungen, die sich in der Kindererziehung besonders manifestierten und die die extreme Rechte als gefährdet und bedrängt ansah.<sup>57</sup> Dazu gehörte insbesondere eine als »natürlich« verstandene Geschlechterordnung, was angesichts der Bedeutung von Familie und Sippe für die Wiking-Jugend kaum überraschend ist und sich anhand der Lageraktivitäten am deutlichsten zeigen lässt. Die Übungen der Jungen waren mit Gepäckmarsch, Keulenwurf und anderen Disziplinen an militärischen Vorbildern orientiert, während für die Mädchen »entsprechend ihrer Eigenart« ein Schwerpunkt auf Geschicklichkeit gelegt wurde. Schießen war Jungensache, wobei die Mädchen währenddessen immerhin Judo-

56 BAArch, B 106, Nr. 26935, Ablehnung des Antrags auf Ausnahme vom Uniformverbot, Bundesministerium des Innern an Wiking-Jugend e. V., 15.10.1965, Bl. 55-70.

57 Vgl. Gideon Botsch: Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel (Hg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit, Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden 2017, S. 131-146, hier: 137 f.; Dudek/Jaschke (Anm. 30), S. 28 f.

Unterricht bekamen und nicht strickten oder häkelten.<sup>58</sup> Trotz ihres Anspruches, allgemeine Jugenderziehung zu betreiben, waren die Aktivitäten der Wiking-Jugend deutlich auf Jungen ausgerichtet. Die »Leitworte der Wiking-Jugend«, mit denen den Mitgliedern ihre vermeintlichen Pflichten für Volk und Gemeinschaft nahegebracht werden sollten, richteten sich ausschließlich an Jungen.<sup>59</sup> Die »Mädelarbeit« der Wiking-Jugend war auf eine vermeintlich naturgegebene Rolle der Frau ausgerichtet, die der Rolle des Mannes klar untergeordnet war und mit den Begriffen Hausfrau, Familie, Mutterschaft assoziiert wurde.<sup>60</sup>

Die Funktionäre und Aktivisten der im eigentlichen Sinne politischen Organisationen, Parteien oder Aktionsgruppen schickten also ihre Kinder und jungen Mitglieder in die Wiking-Jugend, und aus den Aktiven der Jugendorganisation wuchsen neue Funktionäre heran, die sich parallel in Organisationen der politischen Bewegungssphäre einbrachten. Das galt umso mehr für die Aktivistinnen der Wiking-Jugend, die zwar in den auf soldatische Männlichkeit orientierten und geschlechtergetrennten Aktivitäten des Bundes eine klar untergeordnete Rolle innehatten, aber in der traditionell männerdominierten extremen Rechten insgesamt unter den Frauen eine wichtige Rolle übernahmen. Das war besonders in der NPD der Fall, aber auch in der Artgemeinschaft, die seit den 1980er Jahren als eine Art Altenverein der Wiking-Jugend zu betrachten war.<sup>61</sup> Frauen aus den Mädelergruppen der Wiking-Jugend waren auch nach deren Verbot 1994 vor allem für die Frauenorganisationen der extremen Rechten tätig. Die älteren Aktivistinnen, die sich in den 2000er Jahren der Gemeinschaft Deutscher Frauen anschlossen, hatten sehr oft diese Sozialisation erfahren, und mit Edda Schmidt wurde auch eine einflussreiche Wiking-Jugend-Funktionärin Vorsitzende der NPD-Organisation Ring Nationaler Frauen.<sup>62</sup>

Die völkisch-nationalistische Weltanschauung, das Rüstzeug, das die Wiking-Jugend ihren Mitgliedern für die Auseinandersetzung mit der als feindlich wahrgenommenen Gesellschaft mitgab, legte ihre Aktivisten

58 AdJb, M 47, Nr. 2, Informationsheft der Wiking-Jugend zum 14. Pfingsttreffen nationaler Jugend 1968.

59 AdJb, A 177, Nr. 1, Wiking-Jugend – Idee und Gestalt, o. O. o. D. [frühestens zweite Jahreshälfte 1954, weil als Sitz der WJ Köln angegeben wird].

60 Vgl. Röpke (Anm. 41), S. 31 f.

61 Vgl. Dubsclaff (Anm. 16), S. 178 f., 187-190, 228-233, 258 f., 295 f., 304 f.; Michael Weiß: Zeitreise wider die Popkultur, in: Monitor. Rundbrief des Apabiz e. V. (2007), Nr. 31, S. 1-3.

62 Vgl. Andrea Röpke/Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011, S. 49-54; Andrea Röpke: Die geführte Jugend – Kindererziehung von rechts, Braunschweig 2010, S. 76-87.

aber nicht auf eine Karriere im engen Kosmos extrem rechter Parteien und Kulturorganisationen fest. Im Gegenteil, es war Teil des lebensweltlichen Konzepts, dass der abgeschottete Bereich der Wiking-Jugend-Lager, der Dienstatlag, der gleichwohl auf die Freizeitgestaltung beschränkt blieb, diese Beschränkungen eines Tages sprengen sollte. Um der Vorstellung der Wiking-Jugend als Keimzelle einer kommenden nationalen Elite zu entsprechen, gab die Bundesführung eine Richtlinie für die Berufswahl aus. Die Mitglieder sollten sich auf Ausbildungen und Arbeitsstellen konzentrieren, die sie »an die Schalthebel des Staates«<sup>63</sup> bringen würden. Die extrem rechte Lebenswelt war somit auch als Ausgangspunkt einer Unterwanderung von Staat und Gesellschaft gedacht. Wenn auch schon seit den 1970er Jahren Mitglieder der Wiking-Jugend im Staatsdienst, als Soldaten bei der Bundeswehr und als Lehrer hervortraten, kann diese Strategie allgemein als wenig erfolgreich bewertet werden. Wenngleich die Karrierewege einzelner Mitglieder mangels Quellen nicht nachzuvollziehen sind, zeigen beispielsweise die biographischen Wege der Kinder hochrangiger Wiking-Jugend-Funktionäre, dass sie im Wesentlichen auf den Aktivismus in den Parteien und Organisationen der extremen Rechten beschränkt blieben. Was es bedeutet hätte, wenn diese Strategie Erfolg gehabt hätte, zeigt die Tatsache der ehrenamtlichen Tätigkeit von Wolfgang Nahrath selbst, der zu Beginn der 1990er Jahre als Sozialrichter aktiv wurde. Er war auf Vorschlag des extrem rechten Deutschen Arbeitnehmer-Verbands ernannt worden und konnte dieses Amt für zwei Jahre in Aachen ausüben, bevor er nach einem öffentlichen Bekenntnis zum Nationalsozialismus seines Amtes enthoben wurde.<sup>64</sup>

Während die Wiking-Jugend gerade wegen des lebensweltlichen Konzepts die meiste Zeit ihres Bestehens wenig mit staatlicher Repression konfrontiert war, kam Widerstand gegen sie gerade aus jenem gesellschaftlichen Bereich, der selbst einer idealtypisch zweckfrei vorgestellten »Lebenswelt« zugeordnet wurde: nämlich von Seiten der Jugendringe auf Stadt- und Kreisebene bis hinauf zum Bundesjugendring. Mit antifaschistischer Gegenwehr vor allem der regionalen Jugendringe konnte über den gesamten mehr als 40-jährigen Aktivitätszeitraum der Wiking-Jugend fest gerechnet werden. Die Wiking-Jugend, die immer wieder betonte, dass sie ihre finanziell aufwendige Arbeit »ohne einen Pfennig aus dem Bundesjugendplan« realisierte, machte mit diesem Werbespruch aus

63 Wolfgang Nahrath, zit. nach Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996, S. 134.

64 Vgl. Krawinkel (Anm. 4), S. 273 f., 302.

der Not eine Tugend.<sup>65</sup> Selbstverständlich hatte die Wiking-Jugend in den 1950er Jahren versucht, Aufnahme in regionalen Gliederungen der Jugendringe zu finden und damit in den Genuss öffentlicher Gelder zu kommen.<sup>66</sup> Mit diesem Vorhaben traf sie – ebenso wie die anderen Mitgliedsbünde des KNJ – auf den entschiedenen Widerstand der Jugendringe, die die Aktivitäten der extremen Rechten auf lokaler Ebene aufmerksam beobachteten und an den jeweiligen Landesjugendring berichteten.<sup>67</sup> Mitte der 1960er Jahre arbeitete der Präsident des bayrischen Landesjugendrings, Hermann Kumpfmüller, in einer Nationalismus-Kommission des Bundesjugendrings gegen die Umtriebe der extremen Rechten. Der Bundesjugendring versuchte damit den 12. Satz seines zweiten Satzungsparagraphen zu beherzigen: Das Versprechen »militaristischen, nationalistischen, diskriminierenden und totalitären Tendenzen entgegen zu wirken und diese zu bekämpfen«. <sup>68</sup> Lediglich die Deutsche Jugend des Ostens, der Dachverband der Jugendgruppen der Vertriebenenverbände, war Mitglied im Bundesjugendring. Teilweise übersahen die Jugendringe extrem rechte Vorkommnisse, sofern sie die Deutsche Jugend des Ostens betrafen, mitunter wurde die DJO auch kritisiert.<sup>69</sup> Gruppen wie die Wiking-Jugend jedenfalls wurden durch die Arbeit der Jugendringe äußerst effektiv von staatlichen Fördertöpfen ferngehalten. Diese Erfolge jahrzehntelanger Arbeit wurden ab Ende der 1980er Jahre zunehmend ad absurdum geführt. Im Zuge der akzeptierenden Jugendarbeit konnte die Wiking-Jugend vor allem in den frühen 1990er Jahren Veranstaltungen, Treffen und Konzerte mit extrem rechter Musik in städtischen oder anderweitig öffentlich geförderten Jugendclubs organisieren. Sie erreichte damit eine politische Außenwirkung, die sie sich selbst wenige Jahre zuvor vermutlich kaum hätte vorstellen können.<sup>70</sup>

65 Apabiz, WJ W, Wikinger extra, Flugblatt aus den 1990er Jahren.

66 BArch, B 106, Nr. 26935, Wiking-Jugend an Verwaltungsgericht Köln, 27. 2. 1964; hadi [Pseudonym]: 30 Jahre Wiking-Jugend, in: Wikinger, Nr. 4 (1982), S. 8 f.

67 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (IfZ-Archiv), ED 705, Nr. 15, Hessischer Jugendring an Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen, 6. 12. 1961; ebd., Kreisjugendamt Bad Homburg an Landesjugendamt Hessen, 8. 12. 1961.

68 Satzung des Deutschen Bundesjugendrings (Stand: Oktober 2024), [https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/GO\\_und\\_Satzung/Satzung\\_\\_Stand\\_09-2024\\_.pdf](https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/GO_und_Satzung/Satzung__Stand_09-2024_.pdf) (26. 5. 2025); IfZ-Archiv, ED 705, Nr. 15, Bayerischer Jugendring (Kumpfmüller) an den Hessischen Jugendring, 22. 2. 1962.

69 Vgl. Kurt P. Tauber: *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*. Middletown 1967, Bd. 1, S. 368 f.

70 Vgl. Frank Kaden: Die sächsische Wiking-Jugend. Ihre Geschichte in Bildern und Dokumenten, Dresden 1999, S. 49, 94, 96, 98. Zur akzeptierenden Jugendarbeit mit extrem rechten Jugendlichen siehe insbesondere Lucia Bruns: *Der NSU-Komplex*

## Schluss

Die Lebenswelt, die in der Arbeit der Wiking-Jugend hergestellt wurde, erfüllte mehrere Zwecke für die extreme Rechte. Sie bot Schutz vor Repression und fungierte als Rückzugs- und Regenerationsraum in Zeiten politischer Niederlagen. Sie diente nicht nur der körperlichen und ideologischen, sondern auch der sittlichen und geschlechtlichen Erziehung ihrer Nachkommen und jungen Mitglieder. Sie band einzelne Familienmitglieder in eine soziale Gruppe ein, die auf Zwang und Erniedrigung ebenso aufbaute wie auf freiwilligem Engagement und Fanatismus. Sie war eine imaginierte Keimzelle einer kommenden völkischen Elite für ein neuerstehendes Deutsches Reich. Sie wirkte zudem auch biologisch, als eine Art bevölkerungspolitisches Laboratorium. Die Wiking-Jugend pflegte einen Körperkult, der sowohl der Wehrvorbereitung als auch einer gemeinschaftlichen Sozialisation zu Disziplin und Gehorsam diente. Er war zudem Ausdruck einer angestrebten »positiven Eugenik«. Dazu gehörten auch eugenisch begründete Verhaltensrichtlinien, die die Wiking-Jugend ausgab, und angebahnte Eheschließungen und Familiengründungen innerhalb des Bundes. Mit eugenischen Argumentationen wurde zudem der Kampf gegen politische Gegnerinnen und Gegner und gegen jegliche gesellschaftliche Abweichung geführt. Die Vorstellung eines immer weiter voranschreitenden Sittenverfalls und drohenden Untergangs des deutschen Volkes führte zu unverhohlener Rechtfertigung des nationalsozialistischen Krankentums wie auch zur Begründung neuer politischer Gewalt.

und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit, Oldenburg 2019.

# Das Volk, myself and I

## Individualisierung und Adaption von links bei den »Jungen Nationaldemokraten« nach 1968

LAURA HABLER

»Das ist 'n Dauerthema gewesen«, erinnerte sich Martin Hauer an seine Jugend Ende der 1970er bis etwa Mitte der 1980er Jahre, »weil wir beide sehr kreativ waren und wir dieses Individualistische für sehr wichtig empfanden«. Für Martin Hauer und seinen Jugendfreund Ralf, die beide eigentlich anders heißen, war neben dem »Individualistischen« allerdings auch eine Form völkischer Solidargemeinschaft sehr bedeutend. Deswegen wurde Ralf Mitglied der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) und Hauer stellte um 1980 einen Aufnahmeantrag. »[W]ir wussten nicht«, so Hauer weiter, »wie passen wir das ein, wie entwickelt sich jetzt aus diesen Einzelindividuen 'ne Gemeinschaft, welchen Raum lässt Gemeinschaft für das Individuum und das war 'n ganz, ganz großes Thema.«<sup>1</sup> Individualität auszudrücken spielte für die beiden jungen Männer augenscheinlich eine große Rolle, wobei sie Probleme hatten, dieses diffuse Bedürfnis mit dem Konzept einer Volksgemeinschaft in Einklang zu bringen, dem sie politisch anhängen.

Mit dieser zwiespaltigen Haltung waren sie nicht alleine. Seit der Gründungsphase 1967 unterstrichen JN-Mitglieder immer wieder den Wunsch nach einem subjektiven Ausdruck ihrer selbst. Dabei mussten sie sich nicht nur teilweise gegenüber älteren Parteimitgliedern erklären, sondern stets auch Widersprüchlichkeiten bis Unvereinbarkeiten mit ihren politischen Überzeugungen austarieren. Den betonten Individualismus teilten die JN-Mitglieder wiederum mit einer Menge weiterer, meist junger Menschen außerhalb des organisierten Nationalismus: Individuell und kreativ zu sein und das auch durch Konsum- und ästhetisierende Praktiken anzuzeigen, gehörte zu den gewandelten Anforderungen an die Arbeit am Selbst in den langen 1960er Jahren.<sup>2</sup> Das »Selbst« bezeichnet hier im

1 Interview mit Martin Hauer [anonymisiert], geführt am 19. 10. 2023.

2 Pascal Eitler/Jens Elberfeld: Von der Gesellschaftsgeschichte zur Zeitgeschichte des Selbst – und zurück, in: dies. (Hg.): Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung, Bielefeld 2015, S. 7-30, hier S. 10; Andreas Reck-

poststrukturalistisch inspirierten Sinne Foucaults kein präexistentes Subjekt als »außersoziales, stabiles Ganzes«. Der Begriff meint stattdessen eine »historisch wandelbare Größe«, die durch bestimmte alltägliche Praktiken immer wieder neu hergestellt wird, ohne dass der Prozess jemals zum Abschluss kommt. Dieser Prozess der Subjektivierung vollzieht sich abhängig von politischen und gesellschaftlichen Bedingungen – die schließlich auch den individuellen Handlungsspielraum abstecken – und lässt sich so in seinen jeweiligen historischen Kontexten analysieren.<sup>3</sup> Geht man davon aus, dass ein Subjekt also nicht von vorneherein stabil und ganz existiert, so kann auch die vielfach geäußerte Diagnose nicht zutreffen, wonach seit den 1960er Jahren dieses Selbst klarer hervorgetreten sei, Individualität also zugenommen habe. Was sich historisch hingegen beobachten lässt, ist ein »massenhaft auftretender, öffentlich vermittelter, zweifelsfrei wachsender, aber doch stets phantasmatischer Anspruch auf Individualität«. Und dieser war eben nicht individuell, sondern schien eine neue Anforderung in der Selbstwerdung zu sein, der Menschen sich massenhaft unterwarfen.<sup>4</sup> Das Beispiel der »Jungen Nationaldemokraten« zeigt eindrücklich, wie dieser Wandel sich auch in der Lebenswelt organisierter Nationalist\*innen niederschlug: Die Quellen der jungen Rechten erzählen von Disco-Besuchen, alternativen Reisepraktiken und dem Kampf für moderne Haarmoden. Dieser Blick der JN-Mitglieder aufs Selbst informierte dann aber auch die politischen Praktiken: In ihren Jugend- und Schülerzeitungen schufen junge »Nationaldemokraten« nationalistische Identitätsangebote, die Jugendliche nicht nur darin anleiten sollten, was sie zu denken, sondern auch wie sie zu sein, wozu sie zu tanzen und was sie (nicht) zu kaufen hätten. Wie bei den organisierten Studierenden der »1968er« waren gewandelte Selbstverhältnisse also mit gewandelten politischen Aktionsformen verflochten, wobei die radikal rechten Jugendlichen bisweilen gewieft Erprobtes aus dem Repertoire ihrer Gegner\*innen übernahmen.

Im Folgenden argumentiere ich, dass der Wandel im Auftreten und oberflächlich auch in den Inhalten der JN, der sich in Variationen ebenso bei anderen radikal rechten Gruppierungen der 1970er Jahre findet, nicht nur aus der politischen Ereignisgeschichte oder einer Binnengeschichte der Rechten erklärt werden kann, sondern sich erst durch einen breiteren, auch kulturgeschichtlichen Blick auf die Selbstverhältnisse und die damit

witz: Das hybride Subjekt: eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne, Weilerswist 2006, S. 25.

3 Alexa Geisthövel: Lebenssteigerung. Selbstverhältnisse im Pop, in: Bodo Mrozek/Alexa Geisthövel (Hg.): Popgeschichte, Bd. 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014, S. 177-199, hier S. 178.

4 Eitler/Elberfeld (Anm. 2), S. 17.

verbundenen Lebenswelten erschließt.<sup>5</sup> Dieser Ansatz mindert damit ein zweifaches Desiderat, denn während Studien zur Zeitgeschichte des Selbst die Rechte meist aussparen, arbeitet die historische Forschung zur radikalen Rechten in Deutschland selten kulturhistorisch.<sup>6</sup> Die deutsche historische Protestforschung fokussiert in asymmetrischer Spiegelung meist auf linksstehende Akteur\*innen und läuft damit Gefahr, beobachtete Praktiken als inhärent links zu betrachten, weil sie vermeintlich nur dort in Erscheinung traten.<sup>7</sup>

Zu den »Jungen Nationaldemokraten« existieren bislang nur kurze, größtenteils handbuchartige Überblickstexte,<sup>8</sup> wobei insbesondere Gi-

5 Vgl. einführend ebd., bes. S. 10-19.

6 Ausnahmen sind etwa Sebastian Bischoff: »Die Stellung zum Sex wird immer mehr zu einer klaren politischen Trennungslinie«. Der Kampf der bundesdeutschen Rechten gegen die »Pornowelle« um 1969, in: Archiv für Sozialgeschichte 63 (2023), S. 193-221; ders.: Wa(h)re Sexualität. Antikapitalismus von rechts in den bundesrepublikanischen Pornografie-Debatten um 1970, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70.11 (2022), S. 928-945; Benedikt Sepp: Beyond the Buttocks as a Political-Geographical Model – A Praxeological Approach to West Germany's National Revolutionaries, in: Moving the Social 56 (2016), S. 73-92. Instruktiv ist auch die Arbeit der Soziologin Cynthia Miller-Idriss: The extreme gone mainstream. Commercialization and far right youth culture in Germany, Princeton 2017, und des Politikwissenschaftlers Christoph Schulze: Etikettenschwindel: die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne, Baden-Baden 2017.

7 Siehe etwa Joachim C. Häberlen: Beauty is in the street: protest and counterculture in post-war Europe, London 2023; ebenfalls ohne rechte Proteste in den 1960er bis 1980er Jahren: Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Bonn 2019; Beispiele rechter Protestkultur finden sich hingegen in Martin Langebach (Hg.): Protest. Deutschland 1949-2020, Bonn 2021.

8 Uwe Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. 1999, S. 410-420; Peter Dudek: Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrunen 1945 bis heute, Köln 1985, S. 140-152; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bd. 1: Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, S. 311-313; zur Frühphase Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager: Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969<sup>2</sup>; eine Materialsammlung zu den JN bieten Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe: Unsere Stunde, die wird kommen – Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Bornheim-Merten 1979, S. 52-63, 217-242; um 1980 geführte Interviews mit Mitgliedern der JN finden sich sowohl bei Lena Inowlocki: Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit, Frankfurt a. M. 2000, S. 228-260; als auch bei Paul-Elmar Jöris/Karl-Klaus Rabe/Andreas Zumach: »Mit den Argumenten, da braucht man sich keine Mühe zu machen«. Gespräche mit Mitgliedern der »Jungen Nationaldemokraten«, in: Karl-Klaus Rabe (Hg.): Rechtsextreme Jugendliche: Gespräche mit Verführern und Verführten, Bornheim-Merten 1980, S. 45-120.

deon Botsch ihre integrative und impulsgebende Funktion betont hat.<sup>9</sup> Anknüpfen kann der Text an Axel Schildts Überlegungen zur »Tendenzwende« wider den linken Zeitgeist in den 1970er Jahren, mit denen er den »Horizont einer komplizierten Gemengelage von Lebensstil- und Wertewandel, gesellschaftlicher Modernisierung, partieller Liberalisierung sowie politischen Interessen- und Deutungskämpfen in dieser Phase der deutschen Zeitgeschichte« eröffnet hat. Der vorliegende Text verschiebt den Blick auf den organisierten Nationalismus, vor allem aber will er die analytische Verknüpfung der politischen Strategien »mit Prozessen der lebensweltlichen Modernisierung und gesellschaftlicher Liberalisierung« leisten, die Schildt noch als Leerstelle markierte.<sup>10</sup>

Die Geschichte der Bundesrepublik kann nicht ohne die Geschichte der radikalen Rechten und die Geschichte der radikalen Rechten nach 1945 nicht ohne den Kontext breiterer gesellschaftshistorischer Veränderungen betrachtet werden. Das will der vorliegende Text verdeutlichen, indem er die radikale Rechte als Teil von »1968« erzählt, eine Chiffre, die eng verbunden ist mit der Fortschrittserzählung der Bundesrepublik, an der mittlerweile vielfach gerüttelt wird.<sup>11</sup> Zweifellos lassen sich Prozesse einer Liberalisierung und Demokratisierung in den langen 1960er Jahren belegen. Erzählt man jedoch die Geschichte des organisierten Nationalismus als Teil einer »Demokratiegeschichte«, rückt gleichzeitig ins Bild, wie diese Dynamiken auch Rechten neue Handlungsräume ermöglicht haben. Die in der Rechten zunächst als krisenhaft erlebten Veränderungen haben in Reaktion neue Strategien hervorgebracht und so zur Belebung und Formierung des nationalen Lagers beigetragen.<sup>12</sup> Die relative Offenheit der JN für Popkultur und für im Rahmen der Demokratieerziehung vermittelte Praktiken nährt die vorgebrachten Zweifel am grundsätzlichen

9 Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 68.

10 Axel Schildt: »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«: Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S. 449-478, hier S. 478 und 450.

11 Siehe bereits Gideon Botsch: »Nationale Opposition« in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 43-82, hier S. 44; Sebastian Bischoff, Nation und Perversion, Der »Anti-Porno-Anwalt« Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalnationalistische Rechte, 1969-1975, in: Geschichte und Gesellschaft 48.4 (2022), S. 584-618, hier S. 586.

12 Hans-Gerd Jaschke: Strategien der extremen Rechten in Deutschland nach 1945, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 115-134, hier S. 116; Botsch 2016 (Anm. 11), S. 69-70; Schildt (Anm. 10).

Kausalzusammenhang zwischen sozial-kulturellen Wandlungsprozessen und Demokratisierung aller Teile der Gesellschaft.<sup>13</sup> Die Nationalist\*innen der Bundesrepublik waren nämlich durchaus im Stande, sich anzupassen, ohne ihre antidemokratischen Leitbilder über Bord zu werfen.

Eine Reihe disperser Quellen hält Antworten auf die Fragen nach der Freizeitgestaltung und den Aktionsformen der jungen Rechten bereit. Dazu gehörten die Sammlung rechter Schülerzeitungen und anderer Eigenpublikationen im Berliner apabiz, Film- und Fernsehaufnahmen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv, ein dichter Bestand über die frühen JN Bayern im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte sowie einige Originaldokumente, die das Ministerium für Staatssicherheit mittels geheimdienstlicher Maßnahmen abschöpfte. All diese Quellen erlauben als Teil der nicht-intentionalen Überlieferung Aussagen über veränderte Werte und Lebenswelten.

## Angepasster Nationalismus: Die Gründung von NPD und JN

Die NPD war nicht einfach eine weitere nationalistische Partei.<sup>14</sup> Bereits im Gründungsprozess zeigten die Initiatoren mit einer ungewöhnlichen Flexibilität in Sachen Personal, Programmatik, Namenswahl und Strategie den Wunsch an, mit dieser neuen Sammlungspartei aus dem »fundamentaloppositionellen Winkel« herauskommen zu wollen.<sup>15</sup> Der Erfolg war trotz interner Krisen erheblich: Schon 1966 gelang ihr in Bayern erstmals der Einzug in ein Landesparlament. In den beiden Folgejahren übersprang sie bei allen Landtagswahlen in diesem Zeitraum die 5 %-Hürde und war so schließlich in insgesamt sechs Parlamenten vertreten. Ihr bestes Ergebnis, 9,8 %, erreichte die junge Partei 1968 in Baden-Württemberg. Die NPD entwickelte sich in Folge zur einzig relevanten Organisation der Nationalen Opposition.<sup>16</sup>

Die Sammlungspartei band auch jüngere Mitglieder erfolgreich in die politische Arbeit ein.<sup>17</sup> Die Gründung einer eigenen Jugendorganisation versuchte die Führung um von Thadden hingegen entschieden zu ver-

13 Claudia Gatzka: Die Demokratie der Wähler: Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944-1979, Düsseldorf 2019, S. 25.

14 Vgl. zur Geschichte der NPD Hoffmann (Anm. 8)

15 Botsch 2012 (Anm. 9), S. 46-47, Zitat S. 47.

16 Ebd., S. 48-51.

17 Ebd., S. 50.

hindern. Dennoch begann die junge Generation sich ab 1966 innerhalb der Partei zu organisieren und gründete 1969 schließlich die eigenständige Jugendorganisation JN, die 1971 offiziell in der Satzung der NPD verankert wurde. Bereits in der Gründungsgeschichte der JN zeigen sich die Auswirkungen von Prozessen, die Jugendliche politisierten und zur Mitsprache beziehungsweise zum Widerspruch ermunterten. Dazu zählten die Demokratieerziehung, aber auch etwa marktwirtschaftliche Logiken, die den als Konsumenten neu entdeckten Jugendlichen erhöhte Bedeutung zukommen ließen. Jugendliche wurden wichtiger, hatten mehr Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen – auch innerhalb der NPD, die davon profitierte obwohl sie auch bisweilen unter den eigen-sinnig handelnden jungen Mitgliedern litt.<sup>18</sup> Das passt zu Lutz Niethammers schon 1969 gestellter Diagnose, wonach die »jung[e] Garde« einen »an die bundesrepublikanischen Voraussetzungen *angepaßten originären Neofaschismus*« bot.<sup>19</sup>

Als die NPD bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der 5%-Hürde scheiterte, zersetzte sich das nationale Lager schnell. Große Teile formierten sich zum aktiven Widerstand. Es bildeten sich zahlreiche Splittergruppen heraus, von denen manche aktivistisch agierten, andere auf eine langfristige Beeinflussung über Kultur und Publizistik abzielten. Die NPD und ihre Jugend agierten zwischen diesen Polen im »Kampf um die Köpfe« einerseits und »Kampf um die Straße« andererseits und hielten Kontakte in alle Richtungen. Wahlen und parlamentarische Arbeit, das vereinte alle, fanden nach 1969 allenfalls noch aus taktischen Gründen statt, nicht weil tatsächliche Hoffnung auf diesem Weg ruhte.<sup>20</sup> Während die NPD in Folge der Wahlniederlage rapide an Mitgliedern verlor, legten die JN in den folgenden Jahren stetig zu. Sie fungierten als Gateway: Die Jungnationalen waren legal und gut sichtbar und bildeten Rechtsradikale für Aktionen aus. Zum Höhepunkt ihrer Kraft hatten die JN laut Bundesamt für Verfassungsschutz 1800, laut Eigendarstellung etwa 5000 Mitglieder.<sup>21</sup> Als Motor der Partei trieben sie maßgeblich die programmatische Erneuerung der Partei in den 1970er und 1980er Jahren voran.

18 Laura Haßler: Junge Deutsche Stimmen. Die Schülerzeitungen der Jungen Nationaldemokraten (JN), in: Wolfgang Braungart/Gabriele Guerra/Justus H. Ulbricht (Hg.): Jugend ohne Sinn? Eine Spurensuche zu Sinnfragen der jungen Generation 1945-1949, Göttingen 2022, S. 367-371, hier 370-371.

19 Lutz Niethammer: Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt a. M. 1969, S. 264, Hervorhebung i. Original.

20 Botsch 2016 (Anm. 11), S. 53/54.

21 Hoffmann (Anm. 8), S. 460; Eigenangabe: Rundschreiben 11/75 des JN-Landesvorsitzenden Baden-Württemberg an die Mitglieder des Landesverbands vom 1. 12. 1975: GLAK, N Hepp, Nr. 22.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kamen vermehrt offen neonazistische, gewaltaffine und terroristische Gruppen in der Bundesrepublik auf, teils von ehemaligen JN-Mitgliedern gegründet, an die die JN stark an Mitgliedern verloren.<sup>22</sup> Ganz verschwand die Partei Jugend allerdings nie, wie auch die NPD selbst, die in den 2000er Jahren erstmals seit 1968 in zwei Landtage einzog (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern). Anders als die NPD (seit 2024 »Die Heimat«), die sich 2017 für ein Verbot als zu unbedeutend erwies, sind die JN (seit 2018 »Junge Nationalisten«) in den letzten Jahren wieder deutlich präsenter geworden: Ihr Pfeil-Abzeichen ist regelmäßig auf rechten Demonstrationen zu sehen, ihre Mitglieder stehen hinter der sächsischen »Elblandrevolte« sowie der Sonnwendfeier in Eschede und sie unterhalten ausweislich ihrer Chat-Protokolle enge Kontakte zur AfD-Jugend.<sup>23</sup>

## Individualität herbeireden

1966, als sich gerade die ersten jungen Parteigänger\*innen zu Jugendarbeitsgruppen in ihren NPD-Kreisverbänden zusammenfanden, erschien in der Parteizeitung *Deutsche Nachrichten* ein Beitrag mit dem Titel »Geht es um den Bart«. Der als »K.« abgekürzte Autor präsentiert ein wohl fiktives Zwiegespräch zwischen zwei »Nationaldemokraten«. Der eine beschwert sich über die »Gammerjugend«, Bartmoden und Menschen, »bei denen du nicht weißt, ob es nun Männlein oder Weiblein« seien. Sein Parteikamerad widerspricht ihm vehement: »Halt«, rufe ich da meinem Freunde zu. »Keine Gruppenverdächtigungen, diese Zeit ist vorbei! Die Jugend gibt es nicht, es gibt nur junge Menschen, jeder *anders* und jeder damit auch anders zu beurteilen.« Er führt weiter aus: »Wir leben nun einmal in einer pluralistischen Gesellschaft, wo viele Gruppen, Meinungen, Auffassungen aufeinanderstoßen. Warum also so gegen den Bart? Was geht das eine Partei an! [...] Persönliche Note! Individualbewußt-

22 Hoffmann (Anm. 8), S. 414.

23 Michael Krell, Von TikTok in die Untersuchungshaft, in: ZEIT-Online, 29. 1. 2025, online: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-01/elblandrevolte-tiktok-neonazi-finley-p-proteste> [zuletzt abgerufen am 16. 6. 2025]; Jean-Philipp Baeck, Hitlerjugend reloaded, in: taz, 21. 6. 2024, online: <https://taz.de/Neonazis-feiern-Sonnenwende!/6014916/> [zuletzt abgerufen am 16. 6. 2025]; Maik Baumgärtner/Ann-Katrin Müller, Die geheimen Chats der NPD-Jugend, in: Spiegel-Online, 31. 5. 2024, online: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-geheimen-chats-der-npd-jugend-a-51bf8dd7-3991-44dc-ade5-763ae824a5f6> [zuletzt abgerufen am 16. 6. 2025].

sein! Gar nicht schlecht in einer auf Masse getrimmten Zeit.«<sup>24</sup> Es sei die Chance der NPD, der Jugend Ideale zu setzen, ihr Vorbilder und Ideen zu geben. Die anderen Parteien versäumten das nämlich, so dass die jungen Menschen Mopeds, Krach und Tempo zu ihren Ventilen machen müssten. Ob »K.« nun selbst ein junges Mitglied war oder nicht: Es gab in der NPD Menschen, die dafür plädierten, den Wunsch nach Individualität nicht zu bekämpfen, sondern strategisch zu nutzen. Bei allem Verständnis für den Bart drückt sich in dem Beitrag aber auch eine Ablehnung für manche Insignien gesellschaftlicher Veränderung aus: Schnelle Autos und Motorsport beugte der Autor nach wie vor mit Argwohn, wenn er sie auch als Ventil und nicht mehr als Ausdruck von Jugenddevianz ansah.<sup>25</sup> Auffällig ist hier auch, dass mit Bart und Auto ausschließlich Marker viriler Maturität angesprochen werden.

So zeigt dieser Artikel schon ein Muster an, das sich durch die NPD-Jugendarbeit bis zu den 1980er Jahren fortsetzen sollte: Die »Jungen Nationaldemokraten« verspürten den Wunsch, Individualität herzustellen. Gleichzeitig schlossen sie sich ihrer Mutterpartei an, die angesichts einer liberalisierenden Massenkultur und den damit verbundenen Körpertechniken, Geschlechteraufführungen und Konsumpraktiken einen gesellschaftlichen Niedergang erahnte.<sup>26</sup> Die JN versuchten, so die These, Jugendlichen ein ausgewogenes Angebot zu schaffen: ein moderner Nationalismus, der noch nicht auf dem rechten Weg befindliche Jugendliche lebensweltlich erreichte, den inhaltlichen Kernforderungen aber treu blieb. Wie die JN Berlin es Anfang der 1970er Jahre formulierten: Im Moment herrsche »[ü]bertriebener Liberalismus, hemmungsloser Individualismus und totaler Konsumwahn«; die Nationaldemokraten hingegen wollten der Jugend ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einzelnem und Gemeinschaft zwischen Staatsbürger und Nation bieten.<sup>27</sup>

Auf eine griffige Formel brachte es der 23-jährige Versicherungskaufmann Udo Reinhard. Bei der NPD/JN seit 1965 politisch sozialisiert, war er 1972 zur »Aktion Neue Rechte« (ANR) übergetreten, die sich im selben Jahr von der NPD abgespalten hatte. Mit der schon Mitte der 1960er Jahre in der NPD offenkundigen Aufwertung des Individuellen

24 W.K., Geht es um den Barte, in: Deutsche Nachrichten, 12. 8. 1966, S. 9, Hervorhebung im Original.

25 Bodo Mrozek: Jugend, Pop, Kultur. Eine transnationale Geschichte, Berlin 2019, S. 12; 48-49.

26 Jan-Ole Prasse: Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er-Jahre, Marburg 2010, S. 105.

27 JN Berlin, An alle »kritischen« und »bewußten« Schüler, Lehrlinge und Studenten, o. J. [um 1973]: apabiz, Sammlung Stöss, NPD, JN, Ordner 4.3.

fand er auch dort eine politische Heimat. Einem WDR-Fernseheteam erklärte er im April 1972 die Bewusstseinsrevolution, die die ANR verfolge: Ziel sei nicht die Umkehrung der »Umerziehung« durch die Alliierten, aber ein Zurückdrehen »ins normale Maß«. Weder das aktuelle »Du bist alles, dein Volk ist nichts« noch das nazistische »dein Volk ist alles, du bist nichts« solle gelten, sondern stattdessen: »Ich habe meinen eigenen Wert als Eigenmensch, aber ich kann diesen Eigenwert nur wirklich entfalten in der Volksgemeinschaft als gleichberechtigter Staatsbürger in jener Leistungsgemeinschaft.«<sup>28</sup> Es war also der Versuch, die alten nationalistischen Inhalte der Volks- und Leistungsgemeinschaft mit einem neuen Anspruch auf Individualisierung (in der Nation) zu versöhnen.

Für das nuancierte Aufgreifen von Individualisierungsansprüchen waren bei den JN erstaunliche ideologische Verrenkungen notwendig. Von einem Mitglied der JN München, Gerolf Tittel, ist der Entwurf eines Referats überliefert, das er 1971 beim NPD-Bundesparteitag halten wollte. Das Skript geizt nicht mit kulturkämpferischen Angriffen: Die »Modeerscheinung« Marxismus wird mit drogensüchtigen Anarchisten und Gammlern zusammengeworfen, die deutsche Nachkriegsjugend sei »[d]egradiert zu Empfängern der Scheinkultur von jenseits des großen Teichs, [...] verdammt zu Rauschgift und hemmungslosem Sex«.<sup>29</sup> Obwohl Tittel noch explizit die langen Haare als Symbol der Linken markiert, von denen er vehement auch die äußere Abgrenzung fordert, schreibt er dann: »Wir erkennen uns durch modebewußte und saubere Kleidung, durch gepflegte, warum nicht auch lange Haare.« Ob bewusst oder nicht, spiegelte er damit Freddy Quinns Anti-Gammler-Song »Wir« von 1966 (»auch lange Haare, nur sind sie gewaschen«). Der JN solle Vorbild sein, und er sei es, »wenn er sich von den pervertierten Strömungen unserer Zeit distanziert und sich *als Individualist* durch untadeliges Benehmen und Auftreten von allen Anderen abhebt«.<sup>30</sup> Der junge Nationalist erklärt kurzerhand diejenigen zu den eigentlich Individuellen, die sich nicht dem Drang ergeben, durch neue körperliche Praktiken »intensiv[e] Erfahrungen des Ichs« zu erleben.<sup>31</sup> Tout court: Distinktion durch Ablehnung der Distinktion. Gleichwohl lassen sich die regelmäßig erwähnten langen Männer-Haare immer wieder auch auf Foto- und Video-

28 Die jungen Rechtsradikalen [Extempore], WDR, 30. 4. 1972, R: Erich Potthast.

29 Gerolf Tittel: Entwurf eines Referates zum Bundesparteitag der NPD, November 1971: NLA HA, V. V.P. 39, 8/94 Nr. 172.

30 Ebd., Hervorhebung LH.

31 Reckwitz (Anm. 2), S. 442.

material der JN finden.<sup>32</sup> Selbst die Mitglieder der rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann, die mit Waffen im Wald trainierten, trugen in den 1970er Jahren das Haar lang.

Während sich die Individualismus-Rhetorik also einerseits aus gewandelten Anforderungen an die Arbeit am Selbst für Jugendliche speiste, nutzen die JN es andererseits, um sich von der Masse an Jugendlichen abzuheben, die diese Anforderungen zu erfüllen versuchten. Tittel zeigt, wie schwierig es war, sich diskursiv von etwas abzugrenzen, für das man komplizierte Gefühle hatte. Denn nicht nur in den Foren der Partei verteidigten die jungen Rechten den Ausdruck von Individualität. Er schlug sich auch in ihren Freizeitaktivitäten nieder.

## Das rechte Leben im Falschen

Wie viele Gleichaltrige reiste auch Friedhelm Schröder Anfang der 1970er Jahre günstig über Land nach Südostasien. In einer Schülerzeitung teilte der selbsterklärte begeisterte Ferntrampeler 1973 sein Wissen zum Thema »Trampen im Ausland«. »Wie man zum Puddingshop, dem Gammlertreffpunkt in Istanbul findet, wann man nach Goa fährt, welche Impfen du in Asien und Afrika brauchst« – diese und weitere Publikumsfragen versprach er zu beantworten.<sup>33</sup> Besonders machte ihn hingegen sein politisches Amt: Er war Kreisvorsitzender der JN-Bielefeld, die auch die besagte Schülerzeitung gestaltete und an deren Adresse die Fragen einzuschicken waren. Wie zahlreiche andere Westeuropäer\*innen und US-Amerikaner\*innen aus dem alternativen Milieu zog es also auch junge Rechte auf den Hippie-Trail Richtung Indien – den Inbegriff von Freiheit, Abenteuer und Selbstverwirklichung der hedonistischen Nachkriegsjugend.<sup>34</sup>

In den Schüler- und Jugendzeitungen der JN finden sich im Verlauf der 1970er Jahre immer wieder Hinweise auf gegen- und popkulturelle Freizeitgestaltung. So war Schröder mit seiner Vorliebe für alternative

32 Siehe etwa Junge Nationaldemokraten (Hg.): Jugend für Deutschland [Broschüre], Herbst 1975, S. 8: apabiz, Sammlung Stöss, NPD, JN, Ordner 4.1; Alltag im Westen. Alte und neue Kameraden, Fernsehen der DDR 1, 22. 7. 1977: DRA.

33 Der Wendepunkt 1973/2 [unpag.]. Alle in Folge zitierten Schülerzeitungen entstammen der Sammlung des apabiz. Zu den Schülerzeitungen der JN siehe Haßler (Anm. 18).

34 Isabel Richter: Alternativer Tourismus in den 1960er und 1970er Jahren. Transkulturelle Flows und Resonanzen im 20. Jahrhundert, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.): Zeitgeschichte transnational. Deutschland nach 1945, Göttingen 2015, S. 155-178, hier S. 155.

Reiseformen etwa in seiner Organisation kein Ausreißer. In der Kleinanzeigenspalte einer anderen JN-Jugendzeitung, die nordrhein-westfälische *Der Pfeil*,<sup>35</sup> suchten »INTER-Rail-AKTIVISTEN« beziehungsweise ein »INTERRAIL-Fan« jeweils »Partner(in)«, um mit ihnen »mit dem Zug kreuz und quer durch Europa« zu fahren – die inklusive Schreibweise verweist hier vermutlich darauf, dass die Anzeige als Partnerschaftsinserat doppelte.<sup>36</sup> Ganz selbstverständlich erschienen diese Aufrufe neben Gesuchen nach Verfassungsschutzberichten »zur Archivierung« und Military-Accessoires oder Angeboten von rechtem Schriftgut, wobei die insgesamt eher seltenen Kleinanzeigenspalten auch Gebrauchsgegenstände wie Möbel und Musik-Schallplatten, Wohnungen und Praktika vermittelten. 1975 berichtete *Der Wendepunkt* über die Anfänge eines rechten Reisenetzwerks: eine »Auslandsorganisation« der JN in Amsterdam habe ein Jugendzentrum eröffnet, in dem durchreisende Kameraden für kleines Geld übernachten könnten. Es handelte sich bei diesen Formen des Reisens nicht um den »ideological tourism« des zerschlagenen faschistischen Lagers der unmittelbaren Nachkriegszeit. Reisen diente dort vor allem der Netzwerk- und Gemeinschaftsbildung, half den Akteuren, politische Handlungsmacht zurückzugewinnen und sich der Zugehörigkeit einer emotionalen Gemeinschaft zu versichern.<sup>37</sup> Vielmehr knüpfte dieses neue Reiseverhalten, auf das die Schülerzeitungen Hinweise geben, an das anderer junger Menschen an, war Ausdruck vermehrter (finanzieller) Freiheiten und höherer Mobilität in der Bundesrepublik und diente dazu, »sich des eigenen Andersseins zu versichern«.<sup>38</sup>

Bildet das Fernreisen noch eher die extremen Randphänomene der Lebenswelt ab, geben die Schülerzeitungen auch Auskunft über alltäglichere Formen der alternativen Freizeitgestaltung. 1978 veröffentlichte *Der Pfeil* einen selbst erarbeiteten Sperrmüllplan für die Stadt Münster und druckte ihn »auf vielfachen Wunsch« 1980 nochmals ab. »[F]ür Eure Bude oder Euer Hobby« könnten dort kostenlose und gut erhaltene Schätze gehoben werden.<sup>39</sup> Eine Kleinanzeige aus dem Jahr 1976 beweist, dass es sich dabei um eine zumindest etwas ältere und aktiv praktizierte Form der Freizeitgestaltung handelte: »Sperrmüllfans suchen aktive Gleichgesinnte!«,

35 Ausführlich zu dieser Zeitschrift siehe den Beitrag der Autorin im Quellenportal des ZZP-Projekts »Radikale Rechte«.

36 *Der Pfeil* 1976/2, S. 3, und 1976/3, S. 8.

37 Andrea Martini: Travelling to See, Reading to Believe: Being Fascists after the End of the Second World War, in: Contemporary European History (2023), S. 1-18.

38 Detlef Siegfried: Alternative Dänemark. Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu 1965-1985, Göttingen 2023, S. 383.

39 *Der Pfeil* 1978/13, S. 8, 1980/20, S. 9.

inserierten Leser\*innen des rechten Blatts. Auch für Flohmärkte interessierten die JN sich. Diese Form des Trödels hatte 1967 im Vorfeld der Studierendenproteste aus Frankreich in die Bundesrepublik gefunden und sich schnell als beliebter Ort der Freizeitgestaltung vor allem bei Studierenden etabliert. Im Kontext von »1968« wurde er vielfach zur Bühne des politischen Protests, wobei sogar völlig biedere Flohmarkt-Ableger sich rückwirkend auf den Geist des Aufbruchs beriefen: mit dem Trödelmarkt sei damals etwas Alternatives geboren worden.<sup>40</sup> Manche Städte begannen, politische Aktionen auf dem Flohmarkt einzuschränken. Die Stadt Münster etwa untersagte 1976 Informationsstände politischer Gruppen auf dem seit 1974 veranstalteten Flohmarkt grundsätzlich.<sup>41</sup> Im *Pfeil* wehrten die lokalen JN sich 1978 gegen weitere Einschränkungen der Stadt Münster, forderten etwa, die eingegrenzte Verkaufsfläche wieder zu erweitern, »Flohmarktamateure[n]« vorzubehalten und die Standgebühren abzuschaffen, und bat die Leser\*innenschaft, diese Agenda durch Briefe an Stadt und Presse zu unterstützen.<sup>42</sup> Die NPD-Jugend war also Teil des Phänomens Flohmarkt. Auch sie störte sich an der Zunahme professioneller Händler, was die Szene als Verlust des französischen Flairs beklagte.<sup>43</sup> Wie andere Jugendliche nutzte sie Sperrmüll und Flohmarkt wohl auf der Jagd nach dem Authentischen.<sup>44</sup> Es ist aber wahrscheinlich, dass sich die Stadt Münster mit dem Verbot politischer Informationsstände auf dem Flohmarkt durchaus auch auf Aktivitäten der JN bezog, die Stadt verbot nämlich generell 1978 solche Stände der JN.<sup>45</sup> In Berlin und Niedersachsen nutzte die Jugendorganisation Flohmärkte zudem als »Nebenerwerb«, um etwa ein eigenes Jugendzentrum zu finanzieren.<sup>46</sup>

Neue Moden der Freizeitgestaltung führten allerdings, wie bereits angedeutet, oftmals zu Konflikten mit den eigenen politischen Grundsätzen. Der Artikel eines als »Mathias« angegebenen Autors in der JN-Zeitschrift

40 Stefan Zeppenfeld: Alternatives Freizeitvergnügen. Die bundesdeutsche Entdeckung des Flohmarkts im »roten Jahrzehnt« (1967-1977), in: WerkschattGeschichte 90, 2024, S. 91-106.

41 Ebd., S. 103.

42 Der Pfeil 1978/14, S. 5. Ausführlich zum Münsteraner Flohmarkt: Stefan Zeppenfeld, Ereignis und Ärgernis. Bundesdeutsche Flohmärkte als urbane Phänomene zwischen Konflikt, Kontrolle und Kompromiss, in: Westfälische Forschungen 74, 2024, S. 387-406, hier S. 394-399.

43 Zeppenfeld (Anm. 40), S. 96.

44 Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001, S. 473. Vgl. auch Zeppenfeld (Anm. 40), S. 99/100.

45 JN-Kreisverband Münster: Flugblatt »CDU und KBW Hand in Hand?«, 1978: apabiz, Sammlung Stöss, NPD, JN, Ordner 4.2.3.2.

46 JN Intern Niedersachsen 1982/2 [unpag.].

*Tendenz* zeigte 1979 diese nationalistische Zerrissenheit in Sachen Pop: »Auch ich bin von dieser Discowelle nicht verschont geblieben«, gibt der Autor zu.<sup>47</sup> Er tanze gerne und gehe auch in Discos. Dennoch bedauert er seine Altersgenossen, die aus Minderwertigkeitskomplexen verlogenen Idealen (»Disco-Päpsten«) nacheiferten, sich das Geld aus der Tasche ziehen ließen und Gehörschäden davontrügen. Seine Lösung, um keine »Marionette der Unterhaltungsindustrie« zu sein – eine wohl nicht zufällig antisemitisch gefärbte Sprachfigur –, ist, eigene günstigere Feiern zu veranstalten.

Das machten die JN auch schon seit ihrer Gründung 1967 und, darauf weist die Kontinuität hin, wohl recht erfolgreich. Sie luden regelmäßig zu Tanzveranstaltungen, auch mit Live-Bands, manchmal offen zum NPD-Beat, manchmal erfuhren Gäste erst im Laufe des Abends, dass es sich um eine Feier der JN handelte.<sup>48</sup> Diese Angebote gingen wiederum manchen JN-Mitgliedern zu weit: 1968 veranstalteten die JN Speyer einen Tanzabend mit der »Kapelle« ›The Timers« unter dem Motto »Jugend Beat«.<sup>49</sup> Angeblich nahmen über 100 Jugendliche mit Begeisterung daran teil. Wenig begeistert war der 23-jährige Hermann Corts, der seinem Ärger in einem Leserbrief Luft machte. »Ich frage Sie: Ist es nötig, daß auch Sie in die gleiche Kerbe schlagen wie die Modemachenden?« Er sei Anhänger der »demokratischen Rechten, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil sich die konservativen und nationalen Kräfte der Meinungsmache entgegenstellen, zu der meiner Meinung nach auch und gerade die ›englische Welle« [...] gehört.«<sup>50</sup>

Die JN standen den immer neuen popkulturellen Entwicklungen also zwiegespalten gegenüber. Die Jugendorganisation warb auf der einen Seite mit sexualisierten Darstellungen von Frauen,<sup>51</sup> beriet in einer ganzen Artikelserie beim Motorradkauf<sup>52</sup> und druckte Werbung von lokalen Modegeschäften ab.<sup>53</sup> Blätterte man um, warnte sie jedoch vor Konsum und Sexualisierung. »Versage dich dem Angebot! Kaufe nur noch das Allernotwendigste! Sei hart gegen deine Wünsche!«, forderte ein an-

47 *Tendenz* 1979/10, S. 12.

48 Junge DN-Leser, in: Deutsche Nachrichten vom 10. 11. 1967, S. 10; M. H., Rechtsradikale umwerben ahnungslose Jugendliche, *Süddeutsche Zeitung*, 24. 4. 1979, abgedruckt in: *Bayern-Stimme* 5 (1979): apabiz, NPD 4.

49 Speyerer Jugend ganz prima, in: Deutsche Nachrichten, 26. 1. 1969, S. 10.

50 Hermann Corts: JN für »Beat«, in: Deutsche Nachrichten, 22. 3. 1968, S. 12.

51 *Jugend-Kurier* 1969/2-3, S. 10.

52 Die Rubrik »Motorrad-Ecke« findet sich in sieben Ausgaben zwischen 1978/13, S. 5, und 1982/24, S. 9.

53 Haßler (Anm. 18), S. 370.

derer Artikel dann: »Nur Dein Konsumverzicht kann das Leben auf diesem Planeten noch retten.«<sup>54</sup> Die Starnberger JN-Zeitschrift *Explosiv* nahm Punk-Musik ca. 1978 vor der Schelte der »Kommerz-Bla-Bla-Zeitschriften« in Schutz – als Seele des ursprünglichen Rock, Aufbegehren der Jugend, Kreativität und politischen Ausdruck.<sup>55</sup> In einer anderen JN-Postille wurden Jugendkulturen wie Punks, Skinheads und Popper dann wiederum als uniformierte »Ersatz-Identitäten« abgewatscht, die anders als die Kameradschaft der JN keinen Zusammenhalt böten.<sup>56</sup>

Das spannungsgeladene Verhältnis der JN zu den neuen Wegen, sich selbst in Aussehen und Freizeitgestaltung zu inszenieren, ist letztlich ein Beleg für die Durchsetzung des Jugend- und Popdispositivs: Popkultur und die damit verbundenen Praktiken hatten eine solche Normalisierung erfahren, dass selbst Gegenstimmen des progressiven Wandels ihren Stimmen über die neuen Modi Gehör verschaffen mussten.<sup>57</sup>

### Linke Leute von rechts?

Der Drang, Individualität auszudrücken, schlug sich diskursiv nieder; im Freizeitverhalten, aber auch im äußeren Auftreten der »Jungen Nationaldemokraten«, vor allem der männlichen Mitglieder. Visuelles Quellenmaterial zeigt die bereits erwähnten langen Haare – die in den 1970er Jahren ihr gegenkulturelles Flair bereits eingebüßt hatten und auch etwa beim CDU-Nachwuchs zu sehen waren –,<sup>58</sup> Anti-AKW-Anstecker, Kufiyas, Jeans, Lederjacken, Schlaghosen. Das stach zeitgenössischen Beobachter\*innen ins Auge. Der Journalist Jürgen Pomorin kommentierte etwa 1979, die JN seien anders als die Mitglieder der Wiking-Jugend nicht bereit, »im Äußeren ihre Individualität zugunsten einer Horde zu opfern.«<sup>59</sup> Erziehungswissenschaftler, die im selben Jahr einen »Jungen Nationaldemokraten« interviewten, bemerkten: »So ganz hatte er sich noch nicht angepaßt. Auf seine langen Haare wollte er jedenfalls nicht verzichten.«<sup>60</sup> Diese Äußerungen zeigen die Irritation, die gegenkulturelle

54 Tendenz 1979/10, S. 11.

55 *Explosiv* 2, o. J. [ca. 1978; unpag.].

56 *Klartext* 1983/3 [unpag.].

57 Mrozek (Anm. 25), S. 26 f.

58 Anna von der Goltz: *The other '68ers. Student protest and Christian democracy in West Germany*, Oxford 2021, S. 113.

59 Jürgen Pomorin/Reinhard Junge: *Vorwärts, wir marschieren zurück. Die Neonazis Teil II*, Dortmund 1979, S. 83.

60 Jöris/Rabe/Zumach (Anm. 8), S. 68-69.

Praktiken der Rechten zeitgenössisch auslösten und die die Beobachter teils als inhärent nicht rechts deuteten: Ein vollständig angepasster Rechter trage die Haare kurz. Andere deuteten solche Phänomene gar als Hinweis auf eine Verschiebung nach links: Im Juli 1971 kündigte ein Zusammenschluss junger Mitglieder der rechten Kleinpartei »Unabhängige Arbeiter Partei« und der JN die Herausgabe einer »Kader«-Zeitschrift mit dem Namen »barricade« an, die unter anderem »explosive Politik, viele Photos, Sex und ein wenig Pop« verspricht.« In der *Süddeutschen Zeitung* war daraufhin von einem »Linkstrend« die Rede.<sup>61</sup> Akteursgruppen wie die selbsternannten »Nationalrevolutionäre«, die besonders stark mit gegenkulturellem Auftreten auffielen, bezeichneten sich mithin selbst als »Linke Leute von rechts«, wobei ihre inhaltlichen Positionen ganz klar in der Tradition der nationalistischen Rechten standen.<sup>62</sup> Benedikt Sepp hat in Bezug auf die Nationalrevolutionäre argumentiert, sie würden »linke« habituelle Elemente – in Bezug auf Körper und Erscheinung, Stil und Ästhetik der Selbstrepräsentation, Ideen politischer Organisation und den Stellenwert von Theorie – mit »rechter« politischer Theorie verbinden. Ihre Selbstbezeichnung als »Linke Leute von rechts« sei letztlich zutreffend, da in der Verbindung von diesem Habitus und jener Ideologie etwas Neues entstanden sei, das nicht mehr als eindeutig rechts oder links gelten könne.<sup>63</sup> Ich argumentiere im Folgenden für eine andere Historisierung gegenkultureller habitueller Elemente bei Rechten.

Detlef Siegfried hat 2018 vorgeschlagen, die Westdeutschen »68er« in Kultur- und Politik-68er zu unterscheiden.<sup>64</sup> Er hat diese idealtypische Aufteilung vom Soziologen Wolfgang Engler übernommen, der sie für die Ost-68er geprägt hatte.<sup>65</sup> Das Argument lautet: Die tatsächlich organisierten Politik-68er waren eine Minderheit. Darüber hinaus konnten Jugendliche sich aber selbst ohne politische Organisation mit dem Fortschritt

61 Peter Pragal: Die Rechte fürchtet, was ihre Linke tut, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28. 7. 1971: ACDP Pressearchiv, 2/2811/3-0. Zur *barricade* siehe auch Bischoff (Anm. 11), S. 593.

62 Die Formulierung geht auf ein Buch des SS-Offiziers und Historikers Otto-Ernst Schüddekopf zurück: Otto-Ernst Schüddekopf: *Linke Leute von Rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960.

63 Sepp (Anm. 6).

64 Detlef Siegfried: Die West-68er. Vortrag auf der Konferenz »1968 – Eine weltpolitische Zäsur« am 7. und 8. 3. 2018 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, online: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/1968-eine-weltpolitische-zaesur>.

65 Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, S. 308 f.

in Verbindung bringen, indem sie die neuen gegenkulturellen Praktiken pflegten, also etwa lange Haare trugen, auf neue Arten und an neue Orte verreisten, liberalere Sexualitäten auslebten oder Popmusik hörten. Ergo: Habitus und Praktiken flottierten auch ohne spezifische politische Ausrichtung in der Gesellschaft und waren in erster Linie mit einer Jugendkultur, nicht mit einer Ideologie verbunden. Sie standen somit auch der politischen organisierten Rechten zu Verfügung, die historiografisch lange übersehen blieb und die diese Stile und Praktiken ebenfalls nutzte, während sie auf die Abschaffung der Demokratie hinarbeitete. Über diese Aneignung waren und wurden die »Jungen Nationaldemokraten« somit *ein* Teil von »68«.

Habituelle Elemente als politisch links einzuordnen, passt in das bundesrepublikanische Deutungsmuster, mit dem sowohl jeweils zeitgenössisch Formen von Popkultur politisiert und mit Demokratisierung verbunden wurden,<sup>66</sup> als auch historiografisch ein kausaler Zusammenhang zwischen bestimmten Formen des Alltagsverhaltens, etwa des Konsums, und der Demokratieakzeptanz postuliert wurde.<sup>67</sup> Das Beispiel der JN zeigt hingegen: Pop war weder per se politisch noch auf ein politisches Spektrum festgelegt, lediglich konnten popkulturelle Akteur\*innen politisch handeln.<sup>68</sup> Praktiken, die (sonst) mit liberalistischen Gruppen in Verbindung standen, konnten die JN relativ friktionsfrei in einem anderen, illiberalen Sinnzusammenhang ausüben. Der Habitus ist nicht links, vielmehr wird hier also ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess sichtbar, der quer liegt zu den eindeutig politischen Entwicklungen der radikalen Rechten nach 1945: Losgelöst von politikgeschichtlichen Zäsuren und *peu à peu* wurden auch Akteur\*innen wie die JN von dem tiefgreifenden kulturellen Wandel in der Bundesrepublik erfasst, der die Alltagspraktiken vieler, zunächst vor allem junger Menschen verändert hat. Eine andere Art sich zu kleiden, die Freizeit zu gestalten und sich als Subjekt wahrzunehmen hat die JN nicht weniger nationalistisch gemacht, es hatte allerdings Auswirkungen auf ihre politischen Aktionsformen und somit auf die Erscheinungsform des Nationalismus: Der öffentliche Auftritt der JN wurde provokativer.

66 Detlef Siegfried: Pop und Politik, in: Bodo Mrozek/Alexa Geisthövel (Hg.): Popgeschichte, Bd. 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014, S. 33-56, hier S. 38-44.

67 Gatzka (Anm. 13), S. 24-25.

68 Geisthövel (Anm. 3), S. 186.

## Reingehen, festsetzen: Neue politische Aktionsformen

Die Entstehung der »Jungen Nationaldemokraten« lässt sich bereits auf einen Wandel der etablierten politischen Praktiken in der Rechten zurückführen. Hier kamen junge Menschen zusammen, die sich parteipolitisch engagieren wollten, Mitsprache gegenüber den Parteialteren einforderten und aus dem gescheiterten Versuch des 1961 verbotenen Bund Nationaler Studenten gelernt hatten, sich den Spielregeln des bundesrepublikanischen Politikbetriebs anzupassen.<sup>69</sup> Die JN stellten sich nicht in die Tradition nazistischer Organisationen, sondern setzten sich mit Aktionsformen wie dem Jugendforum, mit einem Fokus auf das Diskutieren und mit einer selbsterklärten kritischen und eigenständigen Haltung vielmehr in Beziehung zu Kernelementen der alliierten Demokratieerziehung, die ein Wiedererstarken des Nationalismus eigentlich verhindern sollte.<sup>70</sup> Für die Parteijugend war bereits 1968 klar: »Für die JN sind [...] andere Mittel der politischen Arbeit anzuwenden als für die NPD.«<sup>71</sup> Die jungen Rechten setzten sich bewusst in Strategiesitzungen und auf JN-Kongressen mit Fragen politischer Aktion auseinander. Auf dem Programm des ersten oberbayerischen Bezirkstreffens 1969 finden sich etwa die Programmpunkte »Sinn und Zweck politischer Jugendarbeit«, »Demonstrieren – Notwendigkeit oder Unfug?« und »Sind JN-Demonstrationen denkbar? Wofür? Wogegen?«.<sup>72</sup> In zweifacher Hinsicht konnten die JN dabei von den Aktivitäten der politischen »68er« profitieren, wie ich im Folgenden skizziere: Deren kalkulierte Grenzüberschreitungen erweiterten den Handlungsspielraum auch für rechte politische Aktionen, und ihre Aktionsformen dienten Rechten als Inspirationsquelle.

Im Januar 1971 diskutierte das Führungspersonal aller JN-Landesverbände auf einer gemeinsamen Konferenz ein vorab verschicktes Papier zu »Möglichkeiten und Taktik direkter Aktionen«, das der rechte Hamburger Aktivist Jürgen Rieger verfasst hatte.<sup>73</sup> Es begann mit dem Satz: »Grund-

69 Zum BNS siehe Botsch (Anm. 9), S. 39, 43-44.

70 Haßler (Anm. 18), S. 370-371; Sonja Levens: *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945-1975*, Göttingen 2019, S. 41-100, insbes. S. 42, 49, 73.

71 Bekenntnis der JN zum deutschen Osten, in: *Deutsche Nachrichten*, 27. 9. 1968, S. 11.

72 Karl-Heinz Eisenberger: Schreiben an alle JN im BV München-Oberbayern vom 30. 2. 1969: IfZA, ED 704/8.

73 Rechtskartell: Papier zur »Taktik der direkten Aktion«, in: *Berliner Extra-Dienst 9/V*, 1971, S. 3 – mit Dank an Christoph Schulze für den Hinweis; Jürgen Rieger: *Möglichkeiten und Taktik direkter Aktionen*, o. J.: BArch, MfS, AS 94/77, Bd. 2, Bl. 405-412. Siehe zu Riegers politischem Wirken: Christoph Schulze: *Rassismus in nationalsozialistischer Tradition: der Neonazi Jürgen Rieger (1946-2009)*, Berlin 2020.

sätzlich ist davon auszugehen, dass sich mit dem neuen Demonstrationsrecht die Möglichkeiten für Aktionen verbessert haben.« Er bezieht sich damit auf die Liberalisierung des Demonstrationsrechtes durch das dritte Strafrechtsreformgesetz aus dem Mai 1970, das zeitgleich mit dem Straffreiheitsgesetz für Demonstrationsdelikte in Kraft trat.<sup>74</sup> Beide Gesetze waren Ergebnis der neuen Demonstrationstechniken der 1960er Jahre. Denn bei den Protesten etwa gegen den Vietnam-Krieg, gegen Fahrpreiserhöhungen und für Universitätsreformen wandten die Beteiligten oftmals Formen des gewaltfreien Widerstands an – Sit-ins, Happenings, Picketing Lines –, die aus dem antikolonialen Widerstand, aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und aus dem Repertoire gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe stammten.<sup>75</sup> Diese straßendemokratisch ausgerichteten Protestformen standen im Konflikt mit den Vorgaben des deutschen Versammlungsgesetzes von 1953, was regelmäßig zu gewaltgeprägten Auseinandersetzungen mit der Polizei führte. Im Bestreben, die innenpolitische Lage zu befrieden, setzte ein langsames Umdenken vieler Politiker\*innen ein, das 1970 in Gesetzesreformen mündete, die unter anderem die Hürden für die Strafverfolgung Protestierender erhöhten.<sup>76</sup> Rieger plädierte dafür, die neuen Möglichkeiten zu nutzen und selbst mit neuen Aktionsformen nachzuziehen, die mehr Aufmerksamkeit generierten. Nach einer schwierigeren Anfangsphase erhoffte er sich einen Normalisierungseffekt, auch für gewalttätige Aktionen: »Man ist an Demonstrationen von rechts noch nicht gewöhnt. Links fing es auch mit Sitzstreiks an, und über Molotowcocktails regt sich heute niemand mehr auf. Ziel: Spielraum erweitern.«<sup>77</sup> Er dürfte damit bei den JN offene Türen eingerannt haben, denn ein Referat des Münchner JN-Amts-trägers Bernd Kallina im Herbst 1970 zu »Möglichkeiten der JN-Propaganda« plädierte ebenfalls für ein neues Auftreten und »für die Jugend verständliche, moderne, provozierende und einfallsreiche, in der Durchführung nicht immer brave Agitation«.<sup>78</sup> Kallina empfahl sich mit seinen

74 Drittes Gesetz zur Reform des Strafrechts (3. StrRG) vom 20. Mai 1970 (BGBl. I, S. 505; Gesetz über Straffreiheit (Straffreiheitsgesetz 1970) vom 20. Mai 1970 (BGBl. I, S. 509).

75 Heiko Drescher: *Genese und Hintergründe der Demonstrationsstrafrechtsreform von 1970 unter Berücksichtigung des geschichtlichen Wandels der Demonstrationsformen*, Diss. phil. Heinrich-Heine-Universität 2005, S. 108-118.

76 Ebd., S. 168, 301, 304-307.

77 Rieger (Anm. 73), Bl. 405.

78 *Möglichkeiten der JN-Propaganda*. Gekürzte Wiedergabe eines Referats, gehalten auf dem 1. JN-Bundeskongress in Gießen am 19. Sept. 1970, in: BAArch, MfS, AS 94/77, Bd. 2, Bl. 399-404, hier Bl. 400. Vgl. die Ankündigung von Kallinas Referat auf der Tagesordnung des Kongresses: IfZA, ED 704/3.

Positionen 1972 zur Wahl als Referent für »Presse und Propaganda« im ersten Bundesvorstand der NPD-Jugend.<sup>79</sup> Von 1986 bis 2016 arbeitete er journalistisch für eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt.<sup>80</sup>

Neben gängigen Aktionsformen, etwa Flugblattverteilaktionen, Presseerklärungen und Märschen, schlugen Kallina und Rieger um 1970 unter anderem Picketing Lines, Sitzstreiks und Blockaden oder das Umfunktionieren gegnerischer Veranstaltungen vor. Keiner der beiden Politaktivisten machte einen Hehl daraus, woher die Inspiration für einen Großteil dieser Aktionsideen stammte. Kallina empfiehlt eine Aktion, »die im Sprachgebrauch der Außerparlamentarischen Opposition ›picketing line‹ genannt wird«, Rieger weist darauf hin, die »Linken haben viel Erfolg damit gehabt, mittels Farbsprühdosen (schnell, unauffällig) Parolen und Zeichen auf Bauzäune zu malen«. Es ging den beiden darum, Aktivitäten zu entwickeln, die »so reibungslos wie bei den Linken« funktionierten und ein ähnliches Level an Unterstützung durch die Presse erreichten.<sup>81</sup>

Den guten Kenntnisstand über die Aktivitäten der linken Kontrahent\*innen hatten die JN sich systematisch erarbeitet. Auf den Tagesordnungen der Bezirksversammlungen, Schulungsseminare und Referententagungen der JN finden sich Tagesordnungspunkte wie »Referat über die Aktivität der linksgerichteten Schüler an den Oberschulen«, es gab eine eigene Versammlung zum Thema »Der Linksradikalismus und unsere Aufgabe« und der Landesjugendreferent Bayerns, Andreas Rau, bat 1968 im Sinne der Feindaufklärung, »Programme und Flugzettel der Linken [...] dem Landesjugendreferat zuzuleiten.«<sup>82</sup> Auf einer Kundgebung des JN-Bezirksverbands Schwaben in Augsburg hielt Rau als Hauptredner ein fast zweistündiges Referat, in dem er »die Zielsetzung der jungen deutschen Nationaldemokraten im Verhältnis zu den Zielen der Jugend der linksgerichteten Verbände« analysierte.<sup>83</sup> Schon seit einer Weile beobachteten die JN die »immer stärker werdende Aktivität linksradikaler Organisationen in der Schülerschaft« und gelobten, eigene Konkurrenzangebote zu schaffen. Die Linke schaffe es schlicht, »das zum Teil be-

79 Die JN wird ständig ausgebaut, in: Deutsche Nachrichten, 1. 9. 1972, S. 11.

80 Sebastian Krass: Der Grenzgänger, in: Süddeutsche Zeitung, 24. 7. 2013, online: <https://www.sueddeutsche.de/medien/umstrittener-deutschlandfunk-redakteur-der-grenzgaenger-1.1729380> [zuletzt aufgerufen am 16. 6. 2025].

81 Kallina (Anm. 78), Bl. 401; Rieger (Anm. 73), Bl. 405, 406.

82 Joachim Pollak: Einladung zur JN-Mitgliederversammlung vom 9. 5. 1968: IfZA, ED 704/15, NPD, Bd. 15; Karl-Heinz Eisenberger, Schreiben an alle JN im Raum München vom 24. 1. 1969: ebd.; Andreas Rau: Rundschreiben Prop. 2/68 vom 13. 5. 1968: IfZA, ED 704/8.

83 Die Jugend ist besonders emsig, in: Deutsche Nachrichten, 5. 4. 1968, S. 11.

rechtigte Unbehagen ausschließlich für ihre Ziele [zu] aktivieren«. <sup>84</sup> Es sei die wichtigste Aufgabe der JN, hieß es im November 1968 in der Partei-Zeitung, »der deutschen Jugend unbedingt und so bald wie möglich ein starkes Gegengewicht zum starken Trend nach links entgegenzusetzen«. <sup>85</sup> Kallinas und Riegers Vorschläge sollten dazu beitragen.

Mit ihren unverhohlenen Anleihen bei der Linken stehen Kallina und Rieger an dieser Stelle beispielhaft für ein größeren Phänomen. Unter dem Pseudonym Gert Waldmann veröffentlichte etwa die extrem rechte *Nation Europa* 1969 einen Artikel mit dem Titel »Von der Linken lernen. Respektlose Gedanken eines jungen Nationalisten«. Autor war der 1941 geborene Wolfgang Günther, der zum 1963 gegründeten Arbeitskreis junger, theorieaffiner Rechter mit dem Namen »Fragmente« gehörte, der die gleichnamige Zeitschrift herausgab. <sup>86</sup> Günther plädierte nicht für Änderungen auf der Ebene konkreter politischer Forderungen, sondern der grundsätzlichen Positionsfindung und des politischen Stils. Er forderte eine Abkehr von den Modi des parlamentarischen Politikbetriebs und unterstrich die Bedeutung von Aktionen und revolutionärem Bestreben. Er argumentierte damit gegen nationalistische Veteranen wie Heinrich Härtle. Der 1909 geborene überzeugte Nazi (1927 Beitritt zur NSDAP, seit 1928 Angehöriger der SA) hatte ein Jahr vor Günthers provokativem Beitrag eine gegensätzliche Position bezogen. In den *Deutschen Nachrichten* schrieb er 1968 unter der Überschrift »Revolutionäre oder Revoluzzer?« gegen die Linke, spezifisch den SDS an und warnte die »nationale Jugend«, mit den »Methoden der Dutschkisten« sei die »höhere Ordnung des deutschen Lebens« nicht zu erreichen. <sup>87</sup>

Die »Jungen Nationaldemokraten« ließen sich von Härtle nicht abhalten. Mehrere der angeregten neuen Aktionsformen wandten regionale JN-Gruppen nachweislich an. In Bayern, wo die Frühphase der JN vergleichsweise dicht überliefert ist, finden sich gleich drei Beispiele: ein Go-In, mit dem 1968 eine Großkundgebung gegen »Restauration, Neofaschismus, Notstandspläne« im Kongresssaal des Deutschen Museums in München gestört wurde, ein Sitzstreik vor den Räumen des *Oberbayerischen Volksblatts* unter dem Motto »Pressefreiheit und Meinungsmanipulation« 1970 und im selben Jahr der Versuch, ein »Vietnam-Hap-

84 Rau: Rundschreiben Prop. 2/68 (Anm. 82).

85 Die Jungen Nationaldemokraten auch in Unna aktiv, in: Deutsche Nachrichten, 15. 11. 1968, S. 11.

86 Botsch (Anm. 9), S. 57; Gert Waldmann: Von der Linken lernen, in: Nation Europa 8, August 1969, S. 23.

87 Heinrich Härtle: Revolutionäre oder Revoluzzer?, in: Deutsche Nachrichten, 15. 3. 1968, S. 8.

penin[g]« der Münchener »JungenLinken« mit einem eigenen Transparent und »Gegenflugblättern« umzufunktionieren.<sup>88</sup> Die neuen Protestformen waren für die JN keine kurzzeitige Mode, um den Gegner zu imitieren oder zu irritieren, sondern gingen teils langfristig ins Aktionsrepertoire der Jugendorganisation ein. So kündigte der JN-Landesverband Rheinland-Pfalz noch im Sommer 1979 ein »Sit-in« gegen Jugendarbeitslosigkeit vor dem Arbeitsamt an.<sup>89</sup>

Ein Effekt der von Linken erkämpften Reform des Demonstrationsrechts waren letztlich also auch größere Handlungsspielräume für rechte Akteur\*innen wie die JN. Die Funktionen der neuen Protestformen, die mehr Sichtbarkeit sowie breitere Ausdrucks- und Beteiligungsmöglichkeiten boten, standen ihren Nutzer\*innen zur Verfügung, unabhängig von den Zielen, die damit erreicht werden sollten. Die neuen Aktionsformen veränderten den diskursiven Raum: Minderheiten konnten situativ die Chance auf eine Sprecherrolle erhalten und die Aufmerksamkeit auf von der veröffentlichten Meinung tabuisierte Themen oder Positionen lenken.<sup>90</sup> Die Anwendung solcher Kommunikationsmodi wie auch generell die begrenzten Regelverletzungen der neuen provokativen Aktionen veränderten die JN, wie Sepp es auch mit Blick auf die Nationalrevolutionäre festgestellt hat.<sup>91</sup> Es veränderte etwa ihr Verhalten gegenüber der Mutterpartei, wobei das zunehmend eigenwillige Auftreten der Jugend bald zu Konflikten führte.

## Schluss

Vier junge Männer und Frauen sitzen um einen niedrigen Tisch in einem Zimmer mit Büroatmosphäre. Zwischen aufgeschlagenen Zeitungen und neben Ordnern stehen kleine Coca-Cola-Glasflaschen, teils bereits ausgetrunken. So war es 1972 in der ARD zu sehen, die ein kurzes Interview des Bayerischen Rundfunks mit drei Mitgliedern der JN – Bernd Kallina,

88 Andreas Rau: Rundschreiben Org. Nr. 1/68 vom 24. 1. 1968: apabiz, Sammlung Stöss, NPD, JN, Ordner 4.2.1.; Rainer Klessinger: JN-Protestversammlung in Rosenheim!, 10. 4. 1970: IfZA, ED 704/8; Bezirksjugendreferent München-Obb., Schreiben an den Bezirksverband vom 8. 1. 1970: IfZA, ED 704/8.

89 Theobald Groß: Neonazis werden immer dreister, in: WdA, 26. 7. 1979: apabiz, DVZ-Archiv, Ordner NPD/JN 1977-1979.

90 Ingrid Gilcher-Holtey: Der Transfer zwischen den Studentenbewegungen von 1968 und die Entstehung einer transnationalen Gegenöffentlichkeit, in: Berliner Journal für Soziologie 10, 2000, S. 485-500, hier S. 496.

91 Sepp (Anm. 6), S. 90.

einer Landesvorsitzenden und dem Bundesleiter der Jugendorganisation – und einer jungen Partei-Sympathisantin ausstrahlte, das wahrscheinlich in den Räumlichkeiten der Partei stattgefunden hatte.<sup>92</sup> Ganz buchstäblich kann dieses Interview die von Claudia Gatzka aufgeworfene Frage beantworten: »Hatte eine höhere Meinung vom Bundestag und von parlamentarischen Verfahren, wer [...] Coca Cola trank?«<sup>93</sup> Nationalist\*innen konnten problemlos modernes Lebensgefühl und antidemokratische Einstellungen in sich vereinen. Amerikanische Brause und deutscher Nationalismus gingen gut zusammen.

Der Blick auf rechte Lebenswelten, auf ihre Selbstverhältnisse und Freizeitaktivitäten liefert neue Erklärungen für ihre Entwicklung. Er hat gezeigt, dass Verhaltensweisen, die in Jugendkultur und Massenkonsum verankert waren, nicht per se rechts oder links sind. Der Wandel von Selbstverhältnissen und gesellschaftlicher Kultur konnte politische Cleavages überbrücken. Neue Praktiken standen zunächst allen offen, brachten dann aber eben auch den Zwang mit, ihre Möglichkeiten zu nutzen.<sup>94</sup> Dennoch schlug der kulturelle Wandel sich auch in politischen Zusammenhängen nieder: Es verändert ungewollt, aber nicht zufällig, eine politische Organisation, ihre Aktionsformen und Sprache, wenn ihre Mitglieder auf neue Art an ihrem Selbst arbeiten.

Die JN über den Wandel ihrer alltäglichen Verhaltensweisen als auch ihrer politischen Aktionsformen als Teil von ›1968‹ zu historisieren, kann die Kritik an der Liberalisierungserzählung der Bundesrepublik ausdifferenzieren, die Fortschritt als lineare Evolution aus der Studierendenbewegung heraus vorgibt. Es stützt auch Anna von der Goltz' Argument, wonach '68 ein »broader and more consequential moment« war, als bisher angenommen. Politisch umfasste es nicht nur eine vergleichsweise kleine Gruppe organisierter linker Schüler\*innen und Studierender, sondern eben auch organisierte Rechte.<sup>95</sup> Kulturell stellte es ein Signal dar für einen kulturellen Wandel, der so umfassend war, dass er über politische Lager hinweg wirkte.<sup>96</sup>

Die Einbettung der Geschichte der radikalen Rechten in die westdeutsche Gesellschaftsgeschichte hält nicht nur neue Antworten in Bezug auf die Meisternarrative der Bundesrepublik bereit, sondern auch auf die Entwicklung des rechten Lagers. Dies bestätigt Botschs Beobachtung, wo-

92 Szene 72, BR in der ARD, I. I. 1972.

93 Gatzka (Anm. 13), S. 26.

94 Michel Foucault: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978; siehe dazu auch Mrozek (Anm. 25), S. 26-27.

95 Von der Goltz (Anm. 58), S. 10.

96 Vgl. zu 1968 als Signal Eidler/Elberfeld (Anm. 2), S. 26.

nach einige Merkmale aus der »Binnenperspektive einer Geschichte der extremen Rechten« charakteristisch für deren Entwicklung in den 1970er Jahren erscheinen, sich aber als »die spezifischen Ausprägungen typischer Tendenzen des Jahrzehnts« entpuppen, sobald man sie aus der Perspektive einer allgemeinen Kulturgeschichte der deutschen Gesellschaft betrachtet.<sup>97</sup> Das gelte etwa auch für die Aufsplitterung und die Rückkehr von Gewalt in politische Auseinandersetzungen. Der Wandel von Selbstverhältnissen ist über den hier untersuchten Zeitraum möglicherweise ein grundlegender Prozess, der die Parallelität über politische Grenzen hinweg erklären kann. Der Soziologe Andreas Reckwitz beschreibt das um 1970 aus der Gegenkultur aufkommende Subjekt als eines des »entgrenzten und spielerischen Begehrens nach intensiven Erfahrungen des Ichs.« Das Erleben von Livemusik, von Drogen, Meditation und Sexualität seien Praktiken, die auf neue Sinnesindrücke und Grenzerfahrungen abzielen. Dieser Aspekt lebe in den jugendkulturellen Nachfolgemodellen der 1980er und 1990er Jahre fort, die dann nicht mehr gegenkulturell, sondern Varianten der postmodernen und eher fließenden Subjektkonstruktionen seien.<sup>98</sup> Das Aufkommen neonazistischer, erlebnisorientierter Gruppen seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, zu denen »Junge Nationaldemokraten« im großen Stil abwanderten, lässt sich so als Effekt eines subjektkulturellen Wandels historisieren. Die klandestinen Organisationen waren eine Art Weiterentwicklung der popkultur-affinen JN, die den Drang nach Distinktion und Selbstausdruck besser ermöglichten als die Parteijugend.

Neonazigruppen hatten als Ort der »intensiven Erfahrung des Ichs« dann allerdings auch unter einem zentralen Bruch der neuen Subjektkultur zu leiden. Erst das Kollektiv verleiht dem Subjekt die Möglichkeit, sich individuell zu entfalten durch die Praktiken, die jedoch im Kollektiv ausgeübt werden, also z. B. den uniformierte Fackelmarsch. Diese, wenn man so will, »Kreativgemeinschaft« lässt allerdings nicht mehr jedes individuelle Verhalten zu: Es gibt soziale Erwartungen bzgl. »stilgerechten Outfits, ›solidarischem‹ oder ›konstruktivem‹ Verhalten«. Solche Konflikte konnten dann zum Ausstieg und zur Zuwendung zu anderen Identitätsangeboten führen.<sup>99</sup> So wird etwa ein Rechtsterrorist der niedersächsischen Otte-Gruppe in einer Aussteigerbiografie zitiert: Er nahm noch Ende 1977 an einer Kameradschaftsfeier in Uniform des Bundesgrenzschutzes teil, wobei er an dem Abend »lieber gegen Rote losgezogen« wäre. »Wenige Wochen später, im Dezember 1977, bin ich dann abgesprungen. Ich hatte

97 Botsch (Anm. 11), S. 52.

98 Reckwitz (Anm. 2), S. 442, 475.

99 Reckwitz (Anm. 2), S. 496.

neue Freunde kennengelernt. Mich faszinierten plötzlich andere Dinge, zum Beispiel das Disko-Leben. Gerade Diskotheken sind ja mit unserer Ideologie nicht zu vereinbaren.«<sup>100</sup>

100 Giovanni di Lorenzo: Stefan, 22, deutscher Rechtsterrorist: »Mein Traum ist der Traum von vielen«, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 110.

# Rechtsradikale und bürgerliche Netzwerke



# »Das Gespräch mit dem Leser«

## Vergemeinschaftungen im Umfeld der Zeitschrift *Nation Europa*

MARIE MÜLLER-ZETZSCHE

*Nation Europa* war das wichtigste Zeitschriftenprojekt der radikalen Rechten in der Bundesrepublik. Es deckte verschiedene Strömungen ab und war damit das »konsensfähige[...] Kommunikationsmittel des rechten Lagers«<sup>1</sup> schlechthin. Zwischen 1951 und 1990 erschien jeden Monat ein A5-Hefchen – dann noch bis 2009 weiter unter dem geänderten Titel *Nation und Europa*. So begleitete die Zeitschrift fast die gesamte Geschichte der alten Bundesrepublik vom rechten Rand aus. Sie wurde früh vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet,<sup>2</sup> aber nie verboten. Einige wenige Hefte wurden eingezogen oder indiziert – meist zu geschichtspolitischen Themen wie der Kriegsschulddebatte –, wenige Anklagen brachten die Herausgeber vor Gericht, aber insgesamt konnte die Redaktion trotz negationistischer und rassistischer Inhalte relativ unbehelligt arbeiten.<sup>3</sup> Die Stabilität des Mediums als ideologisches Forum in der politischen Kultur<sup>4</sup> des Rechtsradikalismus der Bundesrepublik ist einzigartig – und sie ist erklärungsbedürftig.

Im Zentrum eines Zeitschriftenprojektes steht der soziale Zusammenhang der Mitarbeitenden, die häufig einer Generation und einem Milieu angehören. Die Redaktion der Zeitschrift orientiert sich an den Bedürfnissen und der Weltanschauung ihres Trägermilieus.<sup>5</sup> Rechte Zeitschriften wie *Nation Europa* sind Laboratorien für die ideologische Selbstverständigung und Weiterentwicklung innerhalb einer gedachten rechten

1 Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, S. 51.

2 Vgl. BfV: Verfassungsschutzbericht 1962, S. 39.

3 Überprüfung von Ehrhardts Entnazifizierungsverfahren und zweijährige Ermittlungen in Folge von Heft 9/1951, vgl. Staatsarchiv Coburg, Spruchkammerakte Ehrhardt, Arthur, SpK Co und Nec Verwaltungsakten 130.

4 Vgl. zur Verwendung des Begriffs politische Kultur auch Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke (Anm. 1).

5 Vgl. Oliver Corpet: La revue, in: Jean-Francois Sirinelli (Hg.): Histoire des droites en France. 2. Cultures, Paris 1992, S. 161-212, hier S. 162.

Elite<sup>6</sup> oder Gemeinschaft. Als stabilisierende Faktoren für die Zeitschrift als Gemeinschaft untersuche ich zunächst ihren Gründungsprozess mit seinen materiellen und intellektuellen Voraussetzungen, und dann den Autorenkreis. Schließlich zeige ich anhand verschiedener Beteiligungsformate, wie die Redaktion versuchte, Leser\*innen neu zu werben und zu halten, sie zu Autor\*innen zu machen und sie geistig zu »rüsten« für den nationalistischen Kampf. Der Beitrag konzentriert sich auf die ersten beiden Jahrzehnte der *Nation Europa* unter ihrem ersten Herausgeber Arthur Ehrhardt.

## Internationaler Faschismus in der deutschen Provinz: Die Gründung und Etablierung der Zeitschrift

Die erste Gründungsbedingung der Zeitschrift *Nation Europa* war ihre Einbettung in ein internationales Netzwerk. Ihre Geld- und Ideengeber um Oswald Mosley waren 1950/51 an der Organisation der internationalen neofaschistischen Europäischen Sozialen Bewegung (ESB) beteiligt. Dieses Netzwerk versammelte ehemalige Kollaborateure, Nationalsozialist\*innen und Faschist\*innen, die ein von den Machtblöcken unabhängiges nationalistisches Europa propagierten und dabei antikommunistische und antisemitische Reflexe bedienten. Hinter dem unverdächtig klingenden Schlagwort »Nation Europa«, das die ESB propagierte, standen Forderungen nach wirtschaftlicher Autarkie, einer aufgerüsteten Europa-Armee unter gemeinsamer europäischer Führung, der Ausbeutung des afrikanischen Kontinents in einer gemeinsamen »eurafrikanischen« Politik und einem souveränen wiedervereinten und wiederbewaffneten Deutschland. Geschichtsrevisionistische Thesen – insbesondere die Zurückweisung der Nürnberger Urteile – gehörten von Anbeginn dazu.

Der Herausgeber Arthur Ehrhardt hatte ab 1947 seine Fühler ausgestreckt, um mit Hilfe internationaler Kontakte, vor allem zum britischen Faschistenführer Mosley, ein eigenes Zeitschriftenprojekt auf den Weg zu bringen. Das von Mosley über den sogenannten Gauleiter-Kreis um Werner Naumann beschaffte Geld, das die ersten beiden Jahre der

6 Ebd., S. 163. Vgl. zu Zeitschriften als sozialem Zusammenhang auch: Michel Grunewald/Hans Manfred Bock: Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus. Vorbemerkungen zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses, in: dies., *Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960)*. Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2002, S. 21-32.

Zeitschrift sichern sollte, wurde Ehrhardt monatlich ausgezahlt.<sup>7</sup> Die ESB-Mitglieder Paul van Tienen (Niederlande), Hans Oehler (Schweiz) und Per Engdahl (Schweden) fungierten als ausländische »Schriftleitungen« der »Monatsschrift im Dienst der europäischen Erneuerung«, so der Untertitel.

Vor Ort in Coburg, dem Redaktionssitz der Zeitschrift, galt es für Arthur Ehrhardt, lokale Netzwerke zu aktivieren. Der politische Schriftsteller und Lehrer Ernst Hauck aus Neustadt bei Coburg, wo er lokal recht bekannt war, schrieb für die Zeitschrift. In Coburg fanden ab auch 1958 die Tagungen des Jungeuropäischen Arbeitskreises statt, den Ehrhardt mit dem Verleger Helmut Sündermann, ehemaliger stellvertretender Reichspressechef im Nationalsozialismus, organisierte. Ehrhardt sorgte dafür, dass die Stadt nahe der innerdeutschen Grenze auch in der Bundesrepublik blieb, was sie schon seit der Weimarer Republik gewesen war: ein Zentrum der rechtsradikalen Bewegung in Deutschland. Das protestantische Residenzstädtchen, das seit 1919 zu Bayern gehörte, bot unter dem immer noch einflussreichen rechten Herzog Carl Eduard und dem FDP-Bürgermeister Walter Langer rechtsradikalen Umtrieben das passende Milieu. Bereits in den 1920er Jahren war Coburg »das nationalistischste Herzogtum in ganz Deutschland«<sup>8</sup> gewesen. Auf der Veste, dem Wohnsitz des einstigen Souveräns, fanden seit Ende der 1920er immer wieder völkische und nationalsozialistische Veranstaltungen statt, weit weg von den Zentren republikanischer Politik.<sup>9</sup> Bereits im Juni 1925 errang die NSDAP die Mehrheit im Stadtrat, 1932 wurde Hitler zum Ehrenbürger Coburgs erklärt.<sup>10</sup> Ehrhardt hatte seine Heimatstadt zwar im selben Jahr verlassen, um in Potsdam als Verlagslektor und Militärschriftsteller zu arbeiten, davor aber selbst dem lokalen radikalnationalistischen Milieu angehört. Als Gründer

7 Vgl. Graham Macklin: *Very deeply dyed in black. Sir Oswald Mosley and the resurrection of British fascism after 1945*, London/New York 2007, S. 113; zum Naimann-Kreis vgl. auch Rigoll (in diesem Band).

8 Karina Urbach: *Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht*, Freiburg 2023<sup>3</sup>, S. 46; vgl. auch Eva Karl: »Coburg voran!« *Mechanismen der Macht – Herrschen und Leben in der »ersten nationalsozialistischen Stadt Deutschlands*, Regensburg 2025, sowie Carl-Christian Dressel/Hubertus Habel (Hg.), »Voraus zur Unzeit«. Coburg und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Katalog zur Ausstellung der Initiative Stadtmuseum Coburg e. V. und des Staatsarchivs Coburg im Staatsarchiv Coburg, 16. Mai bis 8. August 2004, Coburg 2004.

9 Hubertus Büschel: *Hitlers adliger Diplomat. Der Herzog von Coburg und das Dritte Reich*, Frankfurt a. M. 2016, S. 82.

10 Vgl. Hubertus Habel: *Im Zeichen von Veste & Mohr. Städtische Symbole und Geschichtskultur am Beispiel Coburgs*, Philipps-Universität Marburg (= Dissertation), S. 72 f.

der Pfadfinderschaft Coburg im Jahr 1920 und als Volksschullehrer war er durchaus bekannt in der Stadt, in die er nach seinem Kriegseinsatz – unter anderem als SS-Sturmbannführer beim Stab der Bandenkampfverbände – zurückkehrte.<sup>11</sup> Während die Riege ausländischer, teilweise prominenter Mitarbeiter\*innen die Bedeutung der Zeitschrift vergrößerte, bot die Verankerung in Coburg ein Unterstützernetzwerk, das auf persönlichen Kontakten beruhte. Aus seiner Zeit als Lehrer und Pfadfinderführer hatte Ehrhardt einige Fürsprecher, die schon in seinem Spruchkammerverfahren für ihn ausgesagt hatten.<sup>12</sup> Von seinen lokalen Kontakten profitierte Ehrhardt auch, als er 1957 wegen Beleidigung des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier angeklagt wurde. Vor dem Landgericht Bamberg<sup>13</sup> vertrat ihn der spätere Coburger Oberbürgermeister Wolfgang Stammberger, der zu dieser Zeit noch Bundestagsabgeordneter war. Er vertrat ihn laut eigener Aussage »nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Gründen.«<sup>14</sup>

Oswald Mosley segnete die erste Ausgabe vor Erscheinen ab,<sup>15</sup> wollte darin aber nicht namentlich in Erscheinung treten. Gleichzeitig mit der ersten *Nation Europa* erschien in Italien die erste Ausgabe der *Europa Nazionale*, die aus dem Umfeld der neofaschistischen Partei MSI entstand, die auch zum Netzwerk der ESB gehörte. Ehrhardt wurde im Impressum als Mitarbeiter geführt.<sup>16</sup> Der französische ESB-Vorstand Maurice Bardèche, einer der frühesten Holocaustleugner, gab in Paris ab Dezember 1952 die Zeitschrift *Défense de l'occident* (»Verteidigung des Abendlandes«) heraus. Zwischen dieser und *Nation Europa* bestanden enge Kontakte. Nicht nur warben sie unter ihren Leser\*innen für einander, die Herausgeber brachten auch Übersetzungen von Artikeln der jeweils anderen Zeitschrift.<sup>17</sup> In Coburg konnte Ehrhardt auf mindestens drei wichtige Autoren und Netz-

11 Gideon Botsch: Ehrhardt, Arthur, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, 2/1 Personen, Darmstadt 2022, S. 197–198; ders., Arthur Ehrhardt und der »Werwolf«, in: Wolfgang Proske (Hg.): NS-Belastete aus Oberfranken, Gerstetten 2025, S. 73–85.

12 Vgl. Staatsarchiv Coburg, Spruchkammerakte Arthur Ehrhardt.

13 Der Prozess ist in *Nation Europa* dokumentiert, vgl. »Zur Geschichte eines merkwürdigen Prozesses«, *Nation Europa* 2/1958, S. 39–53.

14 So h. s.: Zur Geschichte eines merkwürdigen Prozesses. Die Verurteilung des Herausgebers dieser Zeitschrift, *Nation Europa* 2/1958, S. 39–44, hier S. 44.

15 Deutsches Literaturarchiv (DLA), Handschriftensammlung, Nl. Hans Grimm, HS. 83.2., Artur Ehrhardt an Hans Grimm, 5. II. 1950.

16 Vgl. Elisabetta Cassina Wolff: Starting from the End. Fascist Ideology in Post-War Italy (1945–1953), Oslo 2007, S. 214 ff.

17 Vgl. zur Verbindung von *Défense de l'occident* und *Nation Europa* sowie zu der in den Zeitschriften verbreiteten Ideologie im Wandel der ersten beiden Jahrzehnte ihres Bestehens: Marie Müller-Zetzsche, Erneuerung der alten Rechten. Nationalistische Diskurse in Deutschland und Frankreich, 1951–1971, i. E. Göttingen 2026.

werker zählen. Einer von ihnen, Paul C. Berger, verband paradigmatisch Provinzialismus und internationale Vernetzung. Der in Moskau geborene deutsche Staatsbürger lebte in Coburg und fungierte hier als Korrespondent für französische rechtsradikale Presse, die er auch über seine Privatadresse vertrieb. Dazu zählte Bardèches Zeitschrift, aber auch die rechtsradikale Wochenzeitung *Rivarol*. In den ersten zehn Jahren der *Nation Europa* steuerte er etwa 50 Artikel bei, die sich häufig mit der französischen radikalen Rechten beschäftigten. Berger war auch Gast bei der Jung-europäischen Arbeitstagung. Bei dieser jährlichen Veranstaltung trafen sich rechtsradikale Verleger\*innen, die ihr Programm ausstellten, Vertreter von nationalistischen Jugendorganisationen, Autor\*innen und Leser\*innen von *Nation Europa* zumeist in Coburger Hotels, später auch in anderen Städten. Zum Charakter des Treffens gehörten sowohl eine Debatte über Themen des kommenden Jahrgangs der Zeitschrift und informellere Zusammenkünfte am Rande, als auch Vorträge und Diskussionen zu einem Oberthema – die in eine Resolution mündeten, die *Nation Europa* abdruckte, genau wie zentrale Referate. Die Coburger Presse berichtete relativ wohlwollend.<sup>18</sup>

Die materielle Basis der Zeitschrift, die bis dato aus dem Ausland im Rückgriff auf die nationalen und internationalen Netzwerke organisiert worden war, stand 1953 in Frage, da Ehrhardt Schulden bei der Druckerei angehäuft hatte. Auch hier half die gute lokale Vernetzung: Zusammen mit dem örtlichen Druckereibesitzer gründete Ehrhardt eine GmbH. Ihr gehörten außerdem ein Dutzend nicht so prekär wirtschaftende Bekannte an, von denen sieben gleichzeitig Autoren der Zeitschrift waren. Er selbst brachte den *Nation Europa Verlag*, in dem die Zeitschrift erschien und der zusätzlich einige nationalistische Bücher auflegte, als Einlage ein. Die GmbH sicherte, mit wechselnden Anteilshaltern, der Zeitschrift die finanzielle Grundlage über die jeweils verkauften Hefte hinaus. 1954 ließ Ehrhardt den Verein Nation Europa Freunde ins Vereinsregister eintragen, der fortan auch die Jungeuropäischen Tagungen finanzierte und ko-organisierte.<sup>19</sup> Auch für den Vorsitz dieses Vereins gewann er eine lokal gut integrierte Persönlichkeit, einen Pfarrer aus Neustadt bei Coburg, als Vorsitzenden.

18 Vgl. zum Beispiel »Jungeuropäischer Arbeitskreis tagte in Coburg«, *Neue Presse Coburg*, 31. 8. 1959.

19 Der Verein hatte Ende der 1960er unter Leitung von Peter Dehoust, dem Nachfolger Döbrichs und ab 1971 Herausgeber der Zeitschrift, laut Rudolf Turber 400-500 Mitglieder, vgl. Rudolf Turber, *Zur Stellung und Funktion der Publikationsmittel des Neonazismus im staatsmonopolistischen System der westdeutschen Bundesrepublik und der selbstständigen politischen Einheit, Potsdam/Leipzig 1970*, S. 132 f.

## Politische Schriftsteller: die Autor\*innen

Der Autorenkreis der *Nation Europa* bestand anfänglich aus »überwiegend rechtsextremen, zumeist sogar nationalsozialistischen und pro-nationalsozialistischen Gruppierungen und Einzelpersonen«,<sup>20</sup> die bis in die 1960er Jahre hinein häufig einen anti-intellektuellen Gestus bedienten. Sie nannten sich selbst »politische Schriftsteller«<sup>21</sup> oder »politische Publizisten«,<sup>22</sup> sprachen sich mit »Herr Doktor« an und werteten so ihre Sprecherposition auf. Einen politischen Schriftsteller zeichnet aus, dass er sich gerade nicht als intellektuell versteht. Dennoch hält er sich für einen Teil der geistigen Elite seines »Volkes« und insbesondere als Vertreter einer unterdrückten Wahrheit. Ihre Vorbilder fanden die rechtsradikalen politischen Schriftsteller in den Autoren der Gegenaufklärung wie Edmund Burke, Hippolyte Taine und Oswald Spengler. Bei diesen Anti-Utopisten hatte es sich allerdings um erfolgreiche Schriftsteller »oder sogar Kopf einer Schule« gehandelt, wie der Historiker Zeev Sternhell betont.<sup>23</sup> Materiell erfolgreiche Schriftsteller waren im Umfeld der *Nation Europa* die Ausnahme. Erich Kern kann als eine solche angesehen werden. Er schrieb zahlreiche geschichtsrevisionistische Bücher, aber auch Reiseberichte und den Agentenroman *Menschen im Netz*, der 1959 verfilmt wurde.<sup>24</sup> Die »Tatmenschen« aus den Kreisen der SS und des SD,<sup>25</sup> die für den National-

20 Gideon Botsch: Zur Kontinuität nationalsozialistischer Europa-Konzeptionen nach 1945. Studien zum Europabild des frühen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997, S. 37.

21 Ehrhardt selbst bezeichnet sich als »politische[n] Schriftsteller«, als der er sich seit 1951 betätigt, vgl. Staatsarchiv Coburg Spruchkammerakte Arthur Ehrhardt, Landpolizei Ober- und Mittelfranken, Posten Rodach, Bezirk Coburg, Vernehmungsniederschrift, 13. 12. 1951, Bl. 13.

22 Apabiz, Sgl. ZISOWIFO, Ordner RR, Internationaler Faschismus, Nation Europa, NE-Freunde, Gerhard Opitz, Anmerkungen zum Lippoldsberger Dichtertag 29./30. 6. 1968, S. 3: Hier werden Peter Kleist und Wilhelm Pleyer als »politische Publizisten« bezeichnet.

23 Zeev Sternhell: Von der Gegenaufklärung zu Faschismus und Nazismus. Gedanken zur europäischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts, in: Claudia Globisch/Agneszka Pufelska/Volker Weiß, Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, S. 19-40, hier S. 27.

24 Vgl. Gunnar Mertz: Erich Johann Kernmayr (1906-1991). Vom Kommunisten zu einem der führenden rechtsextremen Publizisten in der Bundesrepublik, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 189-209, hier S. 207.

25 Dirk van Laak: »Persönlichkeit« und »Charakter«. Ideengeschichtliche Elemente in den Grundkonstellationen der frühen Bundesrepublik 2009, in: Erhard Schütz (Hg.), Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands, Essen 2009, S. 13-22, hier S. 16.



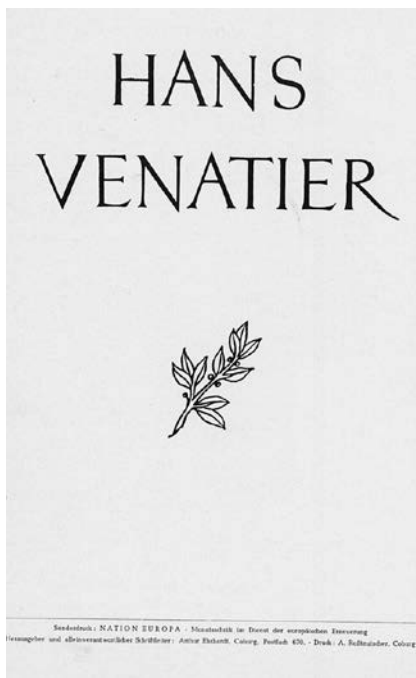
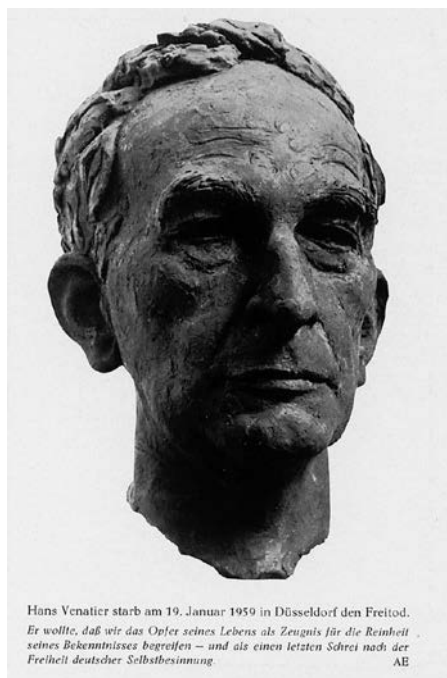
Arthur Ehrhardt und Frederick J. P. Veale 1961 in Coburg.

sozialismus so charakteristisch waren, stellten ein weiteres Vorbild dar. Da *Nation Europa* über einen Zeitraum von vielen Jahrzehnten erschien, kamen jüngere Autoren hinzu, ältere verstarben.

Ehrhardt kuratierte journalistische, hetzende und schöngeistige Texte. Seine eigenen Schriften waren zumeist journalistisch, aber er veröffentlichte auch einen historischen Jugendroman.<sup>26</sup> Seine Zeitschrift changierte zwischen Tagespolitik, Ideologieproduktion, völkischer Lyrik und (pseudo-)wissenschaftlichen Diskursen. Viele seiner Autor\*innen, wie Sündermann, Peter Kleist und Renate von Stieda hatten vor 1945 die Finessen der nationalsozialistischen Propaganda erlernt und weiterentwickelt. In der Bundesrepublik konnten sie keine konsistente rechtsradikale Ideologie entwickeln, eine positive Bezugnahme auf den Faschismus war hier zunächst ausgeschlossen.<sup>27</sup> Sie steckten in der Defensive, in der sie sich auch einrichteten. Dabei beobachteten sie Prozesse, »die sich ohne ihre Beteiligung vollziehen«, wie Felix Schilk es für die Neue Rechte herausgearbeitet hat, und zielten mit ihren Erzählungen darauf, »diese Prozesse

26 Arthur Ehrhardt: *Der Junker und der deutsche Traum, Die Wiedegründung des Reiches durch Otto von Bismarck*, Leoni am Starnberger See 1959.

27 Vgl. Kurt P. Tauber: *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*. Middletown 1967, Bd. 1, S. 467 ff.



Gedenkblatt für Hans Venatier, herausgegeben vom Nation Europa Verlag, 1959.

entweder aufzuhalten und zu stoppen, oder ihr Ende vorwegzunehmen.«<sup>28</sup> Letztlich arbeiteten sie an der Wiederherstellung großer Erzählungen. Dafür brauchten sie neue Heldenfiguren. Ende der 1950er Jahre baute *Nation Europa* mit Hilfe ihres Umfeldes einen ihrer Autoren als Märtyrer auf: Hans Venatier. Der Lehrer und NS-Schriftsteller veröffentlichte ab 1955 fünf Artikel in Ehrhardts Zeitschrift. Er war nach 1945 drei Jahre interniert gewesen, schließlich aber als verführt von der Spruchkammer freigesprochen worden. Nun unterrichtete er wieder, unter anderem das Fach Geschichte. Parallel dazu besuchte er rechtsradikale Kulturveranstaltungen wie die Lippoldsberger Dichtertage des völkischen Schriftstellers und *Nation Europa*-Autors Hans Grimm. Im Dezember 1958 erschien in *Nation Europa* sein Aufsatz »Ist das Neofaschismus?«,<sup>29</sup> in dem er sich zum Führerstaat bekannte. Die österreichische Zeitschrift *Tromm-*

28 Felix Schilk: Die »Erzählgemeinschaft« der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative, Bielefeld 2024, S. 291.

29 Hans Venatier: Ist das Neofaschismus?, *Nation Europa* 12/1958, S. 33-37.

ler druckte ihn nach, woraufhin deren Herausgeber und Venatier wegen Wiederbetätigung in Österreich angeklagt wurden. In der Folge wurde Venatier ins Kultusministerium Rheinland-Pfalz einbestellt. Kurz darauf beging er Suizid. In seinen Abschiedsbriefen nennt er das Gespräch im Kultusministerium als ausschlaggebend dafür.<sup>30</sup> Wie der *Spiegel* berichtete, war er allerdings bereits unheilbar krank.<sup>31</sup> *Nation Europa* stilisierte seinen Tod nun als »Opfertod«.<sup>32</sup> 1959 erschien ein »Gedenkheft«, das immer wieder aufgelegt wurde. Auf dem Lippoldsberger Dichtertag im Sommer 1959 gab es eine Gedenkstunde für Venatier, Hans Grimm trug dort Venatiers letzten Aufsatz vor und berichtete, dass der Herausgeber des *Trommler* inzwischen wieder frei sei.<sup>33</sup> Es erschienen Nachrufe, seine Texte wurden immer wieder zitiert – auch wenn sein Suizid keinen Vorbildcharakter haben sollte.

Erst eine jüngere Autorengeneration konnte diskursiv an die frühen faschistischen Autoren anschließen. Sie kamen insbesondere aus dem Umfeld des Bundes nationaler Studenten (BNS). Die älteren Mitarbeiter\*innen der *Nation Europa* förderten sie, versuchten sie aber auch zu disziplinieren. Zum Einhegen ihrer Ideen diente die unregelmäßige Rubrik »Zur Diskussion gestellt« oder Debatten in Leser\*innenbriefen, die sich im Fall von Gert Waldmanns Artikel mit dem extra provokanten Untertitel »Respektlose Gedanken eines jungen Nationalisten«<sup>34</sup> über mehrere Ausgaben zogen. Peter Dehoust verlegte seinen Wohnsitz Anfang der 1960er Jahre nach Coburg, übernahm sowohl den Vorsitz des Nation Europa Freunde e. V. als auch die Redaktionsleitung und gab nach Ehrhardts Tod 1971 die Zeitschrift heraus. Die meisten anderen neurechten Autoren wanderten nach einigen Jahren der Zusammenarbeit in andere Projekte ab. Die Jungeuropäischen Arbeitskreistagungen, die 1966 nach mehrjähriger Pause wieder aufgenommen worden waren, standen nunmehr unter direktem Einfluss der im politischen Aufstieg befindlichen

30 Vgl. DLA Handschriftensammlung, Nl. Hans Venatier NZ 86.5, Hans Venatier an Annelise Venatier, 18. I. 1959.

31 Vgl. Denis Schimmelpfennig: Hans Venatier – der völkische Erzieher, in: Rolf Düsterberg (Hg.), *Dichter für das »Dritte Reich«*. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie, Bielefeld 2011, S. 231-268, hier 263 f.

32 Vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke (Anm. 1), S. 51 f.

33 Apabiz, Sgl. ZISOWIFO, Ordner »RR-Kultur-Dichtertreffen-Lippoldsberg-I«, o. A., Betrifft: Nationale Sammlungsbewegung; hier: »Dichtertreffen« in Lippoldsberg am 12. 7. 59, 14. 7. 1959, S. 3 f.

34 Gert Waldmann (d. i. Wolfgang Günther): Von der Linken lernen? Respektlose Gedanken eines jungen Nationalisten, *Nation Europa* 8/1969, S. 23 f.

NPD.<sup>35</sup> Zugleich wurde *Nation Europa* von der NPD als Schulungsmaterial für ihre Mitglieder empfohlen. Die Zeitschrift machte »den Generationswechsel von der alten zur neuen Rechten möglich«.<sup>36</sup> Der Generationenwandel hatte für die Zeitschrift einen letztlich stabilisierenden Effekt.

## »Das Gespräch mit dem Leser«: Beteiligungsformate

Verschiedene Beteiligungsformate dienten gezielt der dauerhaften Verankerung der Zeitschrift in der rechtsradikalen politischen Kultur der Bundesrepublik. Die Monatsschrift *Nation Europa* bot sich ihren Leser\*innen als Vergemeinschaftungsinstanz an. Ohne diesen Faktor zu berücksichtigen, kann ihre Bedeutung mit ihrem in der Bundesrepublik bescheidenen Bekanntheitsgrad nicht verstanden werden. Sie bewarb ihre Ausgaben als Produkte, die von Hand zu Hand gehen sollten. Die Auflage betrug einige Tausend bis zu 15.000 Exemplaren. Einer Gemeinschaft anzugehören war – wie für unabhängige Zeitschriften generell – »grundlegend Teil des Angebots, welches bereits mit Erwerb und Besitz der Zeitschrift beginnt«.<sup>37</sup> Die Lesersprache war ähnlich wie in den *Klüter Blättern* oder dem 1965 gegründeten »Nationaleuropäischen Magazin« *Mut*, das sich an diesen Vorbildern orientieren konnte. Eine Spezialität von *Nation Europa* innerhalb des Spektrums rechtsradikaler Zeitschriften bestand darin, dass sich die Redaktion ständig mit Aufrufen zur Mitarbeit an ihre Leser\*innen wandte. Explizit hieß es darin, dass Themenvorschläge und natürlich Leserbriefe, aber auch fertige Beiträge erwünscht seien. Ehrhardt machte Leser\*innen zu Autor\*innen und wertete so die Lesepraxis in ihrer politischen Bedeutung auf. Wer wollte, so das Versprechen der Mitarbeit, konnte ohne journalistische Ausbildung oder persönliche Bekanntschaft mit dem Herausgeber in den Kreis der politischen Schriftsteller\*innen aufgenommen werden und seinen Glauben so an potentielle Kamerad\*innen, die hier »Freunde« genannt wurden, weitergeben. Da die meisten die Zeitschrift als Abonnement bezogen, ließ sich immer wieder an die »Treue« dieser »Freunde« appellieren. Peter Dehoust, der 1965 den

35 Vgl. Patrick Moreau: *Les héritiers du IIIe Reich. L'extrême droite Allemande de 1945 à nos jours*, Paris 1994, S. 59.

36 Vgl. Moritz Neuffer/Morten Paul: *Rechte Hefte. Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945*, in: *Eurozine* 2018, <https://www.eurozine.com/rechte-hefte/#> (1. 4. 2025).

37 Oliver Scheiding/Sabina Fazli: *Einleitung. Zeitschriften als Imaginationsraum und Anschauungsform der Gesellschaft*, in: dies. (Hg.): *Handbuch Zeitschriftenforschung*, Bielefeld 2022, S. 11–41, hier S. 18.

Vorsitz des Nation Europa Freunde e.V. übernahm, versuchte seinerseits, das Gefühl einer geistigen und politischen Zusammengehörigkeit zu stiften. Zusammen mit dem Herausgeber hoffte er so vermutlich, dass auf Angriffe von außen auf die Zeitschrift eine Gegenwehr der Leser\*innen erfolgen würde.<sup>38</sup> Auch die Jahresversammlungen des Vereins »Nation Europa Freunde« und die Jungeuropäischen Arbeitstagen hatten das Ziel, eine Lesegemeinschaft zu beschwören. »Schriftleitung und Mitarbeiter« suchten »das Gespräch mit dem Leser«, der auch jederzeit mitverantwortlich sei, »unserer Nation Europa und ihren Zielvorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen«.<sup>39</sup> Für diese Gemeinschaft gab es gelegentlich ein sogenanntes »Buch des Monats« zum Vorzugspreis und Buchbesprechungen. Sie sollte im Geiste auch bestehen als größere Gemeinschaft mit denjenigen »Freunden« und »Lesern«, die jenseits des »Eisernen Vorhangs« wohnten. Die Grenze zur DDR lag nur wenige Kilometer vom Redaktionssitz entfernt. Im Februar 1957 druckte Ehrhardt einen Leserbrief »aus der Mark Brandenburg«, in dem zu lesen ist, wie der anonyme 17-jährige Briefschreiber sich in West-Berlin die für ihn so teuren Hefte am Kiosk kaufte und über die Grenze brachte. Der »völkisch gesinnte[...] Jugendliche[...]«, wie er sich selbst beschrieb, besitze bereits »31 Hefte«. Er schätze den »Wille[n] zur Wahrheit, der in NATION EUROPA zum Ausdruck kommt« und hielt ihn für »das schönste, was ein Mensch seinem Volke geben kann.«<sup>40</sup> Ob erfunden oder nicht, dienten solche Leserbriefe dazu, den Raum der vorgestellten Gemeinschaft zu vergrößern.

Eine weitere Möglichkeit, sich an der Gestaltung der Monatsschrift zu beteiligen, waren die jährlichen Preisausschreiben. Sie richteten sich explizit an die »Jugend«. Meist gab Ehrhardt ein Thema vor, zu dem er Meinungsäußerungen von jungen Leser\*innen erbat. Die Fragestellungen waren dabei häufig suggestiv. Er schickte offenbar auch Aufrufe zur Teilnahme an eine Reihe von Schulen.

Eine Auswahl der Einsendungen druckte er in den der Jugend gewidmeten Themenheften ab und sandte den Teilnehmenden Abstimmungskarten zu, mit denen diese die besten drei Beiträge auswählen konnten. Für die Gewinner gab es kleinere Geldbeträge. 1966 ließ er – durchaus dem Zeitgeist entsprechend – die jungen Leser\*innen selbst Themen für das Preisausschreiben vorschlagen. Nicht immer aber war er

38 So argumentiert Wolfgang Krutz, vgl. ders.: Die Zeitschrift »Nation Europa«, Hausarbeit, Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaften, ca. 1970, S. 30.

39 Brief von Peter Dehoust an die Mitglieder des Nation Europa Freunde e.V. vom 22. 7. 1970, abgedruckt in Nation Europa 8/1970, Umschlaginnenseite.

40 Busso: Brief aus der Mark Brandenburg, NE 2/1957, S. 64.

## *Die Jugend hat das Wort!*

NATION EUROPA, Monatszeitschrift im Dienst der europäischen Erneuerung, widmet das Januar-Heft ihres 18. Jahrgangs der Jugend; es wird – wie bereits zur Tradition geworden – im Hauptteil von unseren jungen Lesern selbst bearbeitet. Im Mittelpunkt steht unser

### **Jugendpreisausschreiben 1968**

zu dem wir freundlich einladen. Die Aufgabe lautet:

**Was ist von größerer Bedeutung für das Verhalten  
von Mensch und Tier:**

*Umwelteinflüsse oder Erbanlagen?*

**Stützen Sie Ihr Urteil auf eigene Beobachtungen!**

✧

Der Umfang der Einsendung kann bis zu 800 Silben betragen. Teilnahmeberechtigt sind alle Leserinnen und Leser im Alter bis zu 25 Jahren. Die Veröffentlichung der Arbeiten erfolgt unter einem Kennwort, das bei Einsendung zusammen mit dem Alter anzugeben ist.  
Einsendeschluß: 12. 12. 1967 (Poststempel).

Es werden ausgesetzt:

**1. Preis 100 DM**

**2. Preis 50 DM**

**3. bis 5. Preis je 25 DM**

Außerdem honorieren wir die besten, inhaltsreichsten, vom Schriftleiter zur Bewertung veröffentlichten Arbeiten. Preisrichter sind die Teilnehmer selbst; wir senden Ihnen bei Eingang Ihres Beitrages ein Formular zur Abgabe Ihres Bewertungsanspruches, dessen Eingang wir dann bis zum 25. 1. 1968 erwarten. Bei Stimmengleichheit entscheidet ein vom Schriftleiter zu bestimmendes Preisgericht.

**NATION EUROPA - 8630 Coburg - Postfach 670**

Jugendpreisausschreiben, *Nation Europa* 10/1967, Umschlaginnenseite.

mit den Ergebnissen zufrieden. Die »Teilnehmer« des Preisausschreibens zum Thema Erbanlagen und Umwelteinflüsse bei Mensch und Tier im Jahr 1968 waren, so schrieb er, der »Zumutung, selbst zu schauen, nachzugrübeln, geschickt ausgewichen.«<sup>41</sup> Er hatte erwartet, dass mehr eigene Beobachtungen »bei Mensch und Tier« geschildert würden. Er nahm die Einsendungen als Bestätigung, dass ein ohnehin schon geplantes Sonderheft zu diesem Thema notwendig sei.

### »Ein Kreis von Lesern«: Die Adressat\*innen

Über die Leser\*innen rechtsradikaler Zeitschriften ist wenig bekannt. Vor der Bundestagswahl 1969 unternahm *Nation Europa* eine Leser\*innenumfrage. Hinsichtlich der parteipolitischen Präferenzen zeigte sie, dass »75 Prozent unserer Leser vor der Wahl zur NPD tendierten, ein Teil zur Union, einige zur FDP und ganz wenige zur SPD«, so Peter Dehoust.<sup>42</sup> Darüber hinaus lassen die privaten Kleinanzeigen, die in vielen *Nation Europa*-Heften als »Leserwünsche«<sup>43</sup> erschienen, einige Aussagen darüber zu, wer die Zeitschrift las. Gleichzeitig spiegeln diese kurzen Gebrauchstexte, wie sich die »Leserwünsche«-Schreibenden den Leser\*innenkreis vorstellten. Zum Ende des ersten Jahrgangs kündigte Ehrhardt an, dass er »von vielen Lesern angeregt« eine Spalte »Kleine Anzeigen« einführen werde. Diese Anzeigen, die »25 Pfg. je Silbe« kosten sollten, könnten »Persönliche Nachrichten und Wünsche, Stellengesuche und Angebote, Kauf- und Verkaufsanzeigen«<sup>44</sup> enthalten. Tatsächlich waren in den 1950er Jahren die meisten Kleinanzeigen Arbeitsgesuche und Stellenangebote, gelegentlich mit dem Hinweis »entnazifizierungsgeschädigt«. Vereinzelt wurde nach vermissten Personen oder nach neuen Geldquellen als Darlehen gesucht. Einige Leser\*innen wünschten sich Literatur, die sie über den Handel nicht beziehen konnten, etwa die Zeitschrift *Der Weg*, die in der Bundesrepublik verboten war, oder das ebenfalls indizierte *Ohne Auftrag in Berlin* von Sven Hedin. Allerdings galt auch eine beträchtliche Zahl der für die ersten 20 Jahrgänge der Zeitschrift erfassten Leserwünsche einem Austausch mit Gleichgesinnten als »Gesinnungsfreund[en]«.<sup>45</sup> Vor

41 Arthur Ehrhardt: Jugendpreisausschreiben 1968, *Nation Europa* 1/1968, S. 41.

42 Peter Dehoust im Interview mit Jutta Roring, vgl. Jutta Roring: Rechtsextremismus und Rassismus am Beispiel der Zeitschrift »NATION EUROPA«, Münster 1988 (= Magisterarbeit), S. 13.

43 Ich danke Lennart Scharfe für die Erfassung der Leserwünsche.

44 *Nation Europa* 12/1951, Umschlaginnenseite.

45 *Nation Europa* 6/1958, Umschlaginnenseite.

allem grenzüberschreitend suchten Leser\*innen nach Brieffreundschaften. Das zeigt, dass *Nation Europa* von ihren Leser\*innen tatsächlich als internationale Vernetzungsplattform angesehen wurde. Laut Peter Dehoust verfügte *Nation Europa* Ende der 1980er Jahre über 18 Prozent ausländische Abonent\*innen.<sup>46</sup> Für die ersten zwei Jahrzehnte der Zeitschrift machten die Leser\*innen außerhalb der Bundesrepublik sicher keinen geringeren Anteil aus. Das Ziel der brieflichen Verbindung konnten neben dem »Gedankenaustausch«<sup>47</sup> auch ganz praktisch bevorstehende Reisen sein, bei denen sich »NE-Leser« Kontakte vor Ort wünschten. Dass drei »Studenten aus Bologna [...], national und Freunde Deutschlands« 1953 den Tipp, einen Leserwunsch zu inserieren, nach eigenem Bekunden von der MSI-Zeitung *Asso di Spade* bekommen hatten,<sup>48</sup> zeigt, dass *Nation Europa* schon früh gut in ein internationales Publikationsnetzwerk eingebunden war. Auch Leser\*innen auf der Suche nach einem Lebenspartner – ob für sich oder für ihre Kinder – wandten sich an *Nation Europa*. So suchte ein »Akademiker, ehem. Waffen-SS« nach einem »Briefwechsel mit blondem deutsch-bewußten Mädél«<sup>49</sup> oder eine »Holländerin [...] brieflichen Gedankenaustausch mit gebildetem deutschen Herrn, am liebsten ehem. SS-Offizier (45-50 J.)«. <sup>50</sup> Besorgte Eltern suchten für ihre Tochter »die allzusehr im Beruf eingespannt ist, Briefwechsel mit volksbewußtem Herrn zwecks Eheanbahnung«.<sup>51</sup>

Die allermeisten Leserwünsche erschienen anonym. 36 Personen erschienen mit Namen und teilweise auch mit Adresse. Darunter sind einige prominente Personen wie Ilse Heß, die im Mai 1954 auch einen Artikel in *Nation Europa* mit dem Ziel der Rehabilitation ihres in Spandau inhaftierten Ehemannes veröffentlichte.<sup>52</sup> Ihre Anzeige wirbt für die Allgäuer Bergpension, die sie betrieb. Auch Bertha Hingkeldey und Ingrid Hadina warben für ihre Urlaubsunterkünfte. Hier zeigt sich die besondere Beziehung des imaginierten Lesekreises zur Provinz: »im grünen Herzen Oberösterreichs« betrieb Ingrid Hadina ihr Gästehaus als »Heimstatt guten Geistes«, <sup>53</sup> von wo aus sie den Besuch des Dichtersteins Offenhäusen empfahl, eines bei der radikalen Rechten beliebten Pilgerortes. Auch die Prinzessin von Isenburg von der Stillen Hilfe und die rechts-

46 Peter Dehoust im Interview mit Jutta Roring, vgl. Roring (Anm. 44/42), S. 15 ff.

47 *Nation Europa* 3/1950, Umschlaginnenseite.

48 *Nation Europa* 5/1953, Umschlaginnenseite.

49 *Nation Europa*, 6/1953, Umschlaginnenseite.

50 *Nation Europa* 6/1954, Umschlaginnenseite.

51 *Nation Europa* 8/1956, Umschlaginnenseite.

52 Ilse Heß: Rundfunkhetze gegen Wehrlose, *Nation Europa* 5/1954, S. 51-54.

53 *Nation Europa* 11/1966, Umschlaginnenseite.

radikale Netzwerkerin und Übersetzerin Mabel Elsabe Narjes inserierten namentlich in *Nation Europa*, außerdem der Landschaftsarchitekt Friedrich Schaub und der 1962 wegen Friedhofsschändung verurteilte Edelmut Dietze.<sup>54</sup> Letzterer hatte 1954 nach einer »deutschsprachige[n] Briefverbindung mit jungen Kameraden aus Flandern, Dänemark u. Schweden für« sich und seine »Kameraden« gesucht.<sup>55</sup>

Der in der norddeutschen Provinz lebende völkische Schriftsteller Will Vesper suchte 1958 nach einer »[g]ebildete[n] Haustochter« für sein Gut. Er war *Nation Europa*-Autor und las auch regelmäßig auf den Lippoldsberger Dichtertagen. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er inseriert: »Welche französische Familie nimmt Oberschüler, 17 Jahre, in der Zeit von Mitte Juni bis Ende Juli [...] auf?« Der Oberschüler war sein Sohn, Bernward Vesper, der spätere Mann von Gudrun Ensslin. Dieser fuhr 1956 tatsächlich zu einer französischen Familie und berichtete seiner Familie in Briefen von seinem Aufenthalt. An Bernward Vespers Beispiel lässt sich zeigen, wie lebensweltlich prägend das Umfeld der *Nation Europa* für die erste Nachkriegsgeneration sein konnte. Bernward, der Hans Grimm schon früh mit seiner Familie besucht hatte, schrieb ihm 15-jährig seinen ersten Brief, in dem er ihn bat, ein Buch für ihn zu signieren.<sup>56</sup> In den 1950er Jahren war er fünfmal zu Gast bei den Lippoldsberger Dichtertagen, meist mit anderen Jugendlichen, mit denen er, selber aktiver Pfadfinder, in Zelten unterhalb des Klosterhofes an der Weser schlief.<sup>57</sup> Auf der Suche nach einem Brieffreund in England schrieb er an den *Nation Europa*-Autor und -Förderer Oswald Mosley.<sup>58</sup> 1955 brachte er einen Freund mit zu den Dichtertagen. Während Bernward vom »Gedanken von Lippoldsberg« schwärmte und von »einer kleinen verschworenen Schar« junger Menschen träumte, die »größte Eintracht halten und Bedeutendes leisten sollte«,<sup>59</sup> gefiel die Veranstaltung seinem Begleiter gar nicht: Ausgerechnet dieses »höchste Ereignis meiner bisherigen ›öffentlichen‹ Welt, Lippoldsberg«, machte »keinen Eindruck« auf diesen Freund, dem Bernward Vesper retrospektiv große Bedeutung dabei zuschrieb, ihm eine kulturelle »Welt« jenseits Lippolds-

54 Narren oder Verbrecher?, Die Zeit, 13/1962.

55 *Nation Europa* 1/1954, Umschlaginnenseite.

56 DLA Handschriftensammlung Nl. Hans Grimm, HS.NZ83.0002, Bernward Vesper an Hans Grimm, 9. 3. 1954.

57 DLA Handschriftensammlung Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00015, Bernward Vesper, Erinnerungen an Lippoldsberg, undatiert (nach 1959).

58 DLA Handschriftensammlung Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00210, Bernward Vesper an Oswald Mosley, 22. 1. 1956.

59 DLA Handschriftensammlung Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00015, Bernward Vesper, Erinnerungen an Lippoldsberg, undatiert (nach 1959), S. 62.

berg« eröffnet zu haben.<sup>60</sup> Zunächst blieb Vesper indes noch viele Jahre dem Milieu, aus dem er kam, verbunden. Kurz vor dem Abitur hielt er einen Vortrag über Hans Venatier, »diesen Selbstmordfall und seine Ursachen«. <sup>61</sup> 1961 publizierte er, inzwischen 22-jährig, nur unter seinem Vornamen, sogar einen kurzen Beitrag für *Nation Europa* über die Frage, ob der »deutschen Jugend« im Ausland überwiegend mit Hass begegnet werde oder nicht.<sup>62</sup> Er stand deshalb schon seit 1959 in Briefkontakt mit Arthur Ehrhardt.<sup>63</sup> Einige Monate nach Veröffentlichung seines Artikels begann er ein Studium in Tübingen und war bald auch in anderen Kreisen unterwegs. Zu diesen gehörte die Lehramtsstudentin Gudrun Ensslin.<sup>64</sup> Mit ihr gab er 1963 den ersten Band eines geplanten Gesamtwerks seines 1961 verstorbenen Vaters heraus, wofür er nicht nur Rat bei Hans Venatiers Witwe Annelise suchte, sondern auch fleißig in *Nation Europa* und anderen rechtsradikalen Zeitschriften warb.<sup>65</sup> So hat die Vorgeschichte der RAF auch einen Bezug zur Gemeinschaft der *Nation Europa*-Leser\*innen.

Nicht auf die RAF, sondern auf rechtsradikal motivierten Terror verwies 1967 die Anzeige eines Hamburger Lesers. Er warb um Spenden für einen Verein, der es sich – »benannt nach dem Freiheitskämpfer Luis Amplatz« – zur Aufgabe gemacht habe, »Häftlingen und ihren Familien zu helfen, die vom italienischen Staat insgesamt enteignet wurden.« Amplatz hatte zum Netzwerk des terroristischen Befreiungsausschuss Südtirol gehört. Wie es der Hinweis auf diesen Verein schon andeutet, hatten Zeitschriften wie *Nation Europa* eine weitere Funktion in der rechtsradikalen politischen Kultur: den Aufruf, in gewaltvolles Handeln überzugehen oder solches zumindest zu ermöglichen. Wie die Zeitschriftenforscher\*innen Oliver Scheiding und Sabina Fazli schreiben, fordern Zeitschriften durchaus auch »zum Handeln auf«. <sup>66</sup> Die Sprach- und Sozialwissenschaftlerin Jutta Roring arbeitete auf semantischer Ebene eine »Leseraktivierung« in *Nation*

60 Ebd.

61 DLA Handschriftensammlung Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00015, Bernward Vesper, Erinnerungen an Lippoldsberg, undatiert (nach 1959), S. 72.

62 Bernward, Das Negative ist nichts, *Nation Europa* 1/1961, S. 39-41.

63 DLA Handschriftensammlung Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00581, Arthur Ehrhardt an Bernward Vesper.

64 Vgl. Alexander Gallus: Ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ. Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin, Vesper und die Eliteförderung in der Bundesrepublik – eine Aktenlektüre, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 24 (2012), S. 13-29.

65 DLA Handschriftensammlung, Nl. Bernward Vesper, HS. 2009.0012.00216, Bernward Vesper an Nation-Europa-Verlag; vgl. Manuel Seitenbecher: Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn et al. 2013, S. 203f.

66 Scheiding/Fazli (Anm. 39/37), hier S. 18

*Europa* heraus, die »formell und inhaltlich getarnte Appelle« enthält, selbst politisch aktiv zu werden.<sup>67</sup> Entsprechend wünschte sich Peter Dehoust von *Nation Europa*, »schon im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch in die praktische Politik der parlamentarischen Demokratie aktiv einzugreifen«<sup>68</sup>

Das Zeitschriftenprojekt *Nation Europa* verdankte seine Langlebigkeit, wie sich zusammenfassend sagen lässt, nicht zuletzt seiner gezielten Milieupolitik: Über Arthur Ehrhardt sicher verankert in einem bürgerlich-etablierten, keineswegs durchweg offen rechtsradikalen lokalen Milieu, band es seine deutschsprachigen Leserinnen und Leser durch gezielte Angebote und Ansprache fest an sich, während es zugleich auf ein breiteres internationales Netzwerk zurückgreifen konnte. Es stand im Zentrum eines Unternehmens mit einem Set an Praktiken und Veranstaltungen, das Coburg zu einer rechtsradikalen Hochburg machte. Getragen wurde das Zeitschriftenprojekt von politischen Schriftstellern, die in einer eingeschworenen Gemeinschaft die Versatzstücke ihrer Ideologie verbreiteten. Erst eine jüngere Generation von Autoren brachte den expliziten Anschluss an die intellektuellen Vorbilder der Zwischenkriegszeit. Sobald sie sich selbstbewusst als nationalistische Avantgarde verstanden, wurden sie innerhalb der Zeitschrift allerdings eingeehgt. Wichtiger als der Status einer Elite war für die ältere Generation, dass sie Dreh- und Angelpunkt einer Lesergemeinschaft sein wollten. Fließende Übergänge zwischen Autorschaft und Lesepraxis waren für die politische Kultur der radikalen Rechten im Umfeld der *Nation Europa* zentral, weil gemeinschaftsstiftend. Die gedachte Gemeinschaft war dabei immer größer als die tatsächlichen Bezugszahlen der Zeitschrift.

67 Vgl. Roring (Anm. 44/42), S. 175 ff.

68 Ebd.

# Vom »Verlust des Eros«<sup>1</sup>

## Lehren des rechten Liebens und widerständige Praktiken gegen die bundesdeutsche ›sexuelle Revolution‹

SEBASTIAN BISCHOFF

Im Jahr 1966 äußerte Edmund Marhefka in der völkisch-radikal-nationalistischen *Deutschen Hochschullehrer-Zeitung*, ausgehend von den USA und der Sowjetunion seien »Fortschritt und moderner Zeitgeist [...] zu Schlagworten für moralische und ästhetische Zersetzung« geworden; sie seien »Wegbereiter des kulturellen Verfalls« auch der deutschen Jugend.<sup>2</sup> Mit dieser Gefahrendiagnose und der lokalisierten regionalen wie politischen Urheberschaft stand Marhefka nicht allein. In der gesamten bundesdeutschen Rechten waren in den langen 1960er Jahren ähnliche Klagen über den Verlust von Moral und Sittlichkeit, von ›Dekadenz‹ und dem durch sie besiegelten Niedergang Deutschlands zu vernehmen, wenn auch mit zwischen den verschiedenen Fraktionen graduellen bis signifikanten argumentativen Differenzen. Einen eindrucksvollen Eindruck bei der Lektüre der damaligen Texte macht dabei das Gefühl der Defensive, in die sich rechte Autorinnen und Autoren in sittlich-kulturellen Fragen gedrängt fühlten. Auch die Aufrufe, sich dem Zeitgeist zu widersetzen, vermitteln das Bild eines gewaltigen, fast naturgesetzlichen Prozesses, dem man sich entgegenstellen müsse, exemplarisch illustriert am Appell des NPD-Blattes *Deutsche Nachrichten*, diesem »abwärtsrollenden Rad in die Speichen [zu] fallen«.<sup>3</sup>

Ein zentrales Phänomen, an dem dieser gesellschaftliche Wandel festgemacht wurde, in dem sich für viele Zeitgenoss:innen »Fortschritt und moderner Zeitgeist« bündelten, betraf das Sexuelle. Ende der 1960er Jahre verstärkte sich in der Bundesrepublik die Wahrnehmung eines sexuellen Wertewandelschubs. Das ›Freilassen‹, wenn nicht gar die ›Befreiung‹ der

1 Jörg Lechner: Der Verlust des Eros, in: Deutsche Nachrichten 34, 22. 8. 1969, S. 6.

2 Edmund Marhefka: Jugenderziehung in unserer Zeit, in: Deutsche Hochschullehrer-Zeitung 4, 1966, S. 20-23, hier S. 21. Marhefka war als Jurist langjähriger Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und gehörte 1943/44 dem Generalstab der Luftwaffe an, vgl. O. V.: Edmund Marhefka 75 Jahre, in: Reichsruf 31, 31. 7. 1964, S. 5.

3 Gertrude Neumann: Wo bleiben unsere Frauen, in: Deutsche Nachrichten 23, 7. 6. 1968, S. 8.

Sexualität und des (männlichen) Begehrens wurden in dieser Zeit in weiten Teilen zumindest der veröffentlichten Meinung als Ausdruck des modernen Zeitgeists verstanden. Selbst genuin konservative Berufsgruppen und ihre Fachgesellschaften waren nicht nur von dieser Wandelwahrnehmung erfasst, sondern betrachteten diesen als unvermeidlichen Prozess moderner Gesellschaften. So hieß es 1968 in der Entschließung des 47. Deutschen Juristentags, eine baldig anzustrebende Reform des Sexualstrafrechts müsse von Vermittlungsbemühungen und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung begleitet werden, um deren diesbezüglich »überkommenen Emotionen begegnen« zu können.<sup>4</sup> Das CSU-Zentralorgan *Bayernkurier* kritisierte dies scharf und warf den Reformbefürwortern vor, blind einer »Zeitmode« zu folgen – niemand scheine mehr das »Odium des Sittenstrenge« auf sich nehmen zu wollen.<sup>5</sup> Zwei Jahre später fasste der Bundesgerichtshof in einem Urteil das weit verbreitete Gefühl des sexuellen Wandels mit den Worten zusammen, in der Bundesrepublik sei in nur einem Jahrzehnt »die bisherige Tabuisierung des Sexuallebens nahezu völlig abgebaut worden, so daß Fragen der Sexualität nunmehr in aller Offenheit erörtert werden«.<sup>6</sup>

Die zeitgenössische Wahrnehmung, Zeuge eines abrupten Wandels im Bereich des Sexuellen zu sein – vielfach wurde dabei das von reichianisch inspirierten Fraktionen der Neuen Linken propagierte Schlagwort der ›Sexuellen Revolution‹ übernommen –, blieb lange Zeit auch in der wissenschaftlichen Forschung weitgehend unhinterfragt. Noch 1996 sprach beispielsweise Klaus Theweleit für diese Zeit von einem vollständigen Zusammenbruch der bis dahin gültigen Sexualmoral.<sup>7</sup> Seit den 2010er Jahren hat sich der Blick auf den vermeintlich allgemeinen revolutionären Wandel des Sexuellen in der historischen Forschung verändert, neue Studien betonen zunehmend Kontinuitätslinien und grundlegende Stabilitäten der Sexual- und Geschlechterordnung jener Zeit.<sup>8</sup>

4 Beschlüsse und Ergebnisse des 47. Deutschen Juristentages, in: Friedrich-Christian Schroeder (Hg.): Reform des Sexualstrafrechts, Berlin/Boston 1971, S. 74.

5 Marcel Hepp: Sie wollen keine Sitten-Richter sein, in: *Bayernkurier* 40, 5. 10. 1968, S. 2.

6 Bundesgerichtshof, Urteil vom 29. 5. 1970, Az.: I ZR 25/69, »Erotik in der Ehe«, <https://research.wolterskluwer-online.de/document/14d5cf09-043d-46ff-9494-9b504a612161> [letzter Aufruf: 11.2.2026].

7 Klaus Theweleit: What did we do to our song, girl ... (boy)... Zu Pillen, zur Pille und zu einigen Schicksalen des Sexuellen in Deutschland von 1960 bis heute, in: Gisela Staube/Lisa Vieth (Hg.): Die Pille. Von der Lust und von der Liebe, Berlin 1996, S. 21-49, hier S. 35.

8 Vgl. u. a. Franz X. Eder: Die lange Geschichte der »Sexuellen Revolution« in Westdeutschland (1950er bis 1980er Jahre), in: Peter-Paul Bänziger et al. (Hg.): Se-

Bemerkenswert ist jedoch, dass ein zentraler Punkt in der zeitgenössischen Wahrnehmung bis heute nicht hinterfragt wurde und es so scheint, als hätte sich die Ansicht der damaligen selbsterklärten Sexrevolutionär:innen durchgesetzt: Die Antipoden des sexuellen Wandels jener Zeit werden in der Forschung meist nur am Rande erwähnt – oft erscheinen sie als Karikaturen des ewig Gestrigen, als Mucker und Spießer, die vom unaufhaltsamen Fortschritt der Geschichte hinweggefegt wurden. Sie wirken auch heute nur noch »sauer-töpfisch, verdrießlich und lustfeindlich«.<sup>9</sup> Die wenigen Untersuchungen, die auch das gegnerische Lager erwähnen, konzentrieren sich häufig auf einzelne, situationsgebundene Bewegungen wie am prominentesten die *Aktion Saubere Leinwand* in den Jahren 1964 bis 1966<sup>10</sup> oder Akteure, die bereits in den frühen 1960er Jahren an Gewicht verloren wie den katholischen *Volkswartbund*.<sup>11</sup> Die Darstellung vom raschen Bedeutungsverlust dieser Akteure verstärkt noch einmal das Bild eines linearen Liberalisierungsprozesses. Selbst in Arbeiten, die Ambivalenzen umfassend darstellen, finden sich mitunter den zeitgenössischen Diskurs homogenisierende Aussagen. So heißt es in Sybille Steinbachers Pionierstudie *Wie der Sex nach Deutschland kam*, »[d]ie Zeitungen« hätten sich schon »seit Längerem« über die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften »lustig« gemacht<sup>12</sup> – dabei übersieht diese Darstellung, dass viele rechte Periodika die Prüfstelle als zu nachgiebig und ineffektiv kritisierten. Auch die Aussage, »die Presse« habe das Fanny-Hill-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1969 »ein-

xuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren, Bielefeld 2015, S. 25–59; Franz Walter: »In dubio pro libertate«. Sexualstrafrecht im gesellschaftlichen Wandel, in: ders./Alexander Hensel/Stephan Klecha (Hg.): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen 2014, S. 108–135; Sybille Steinbacher: *Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik*, München 2011; Dagmar Herzog: *Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth-Century Germany*, Princeton/Oxford 2005.

9 Walter (Anm. 8), S. 117.

10 Vgl. zu dieser Philipp von Hugo: »Eine zeitgemäße Erregung«. Der Skandal um Ingmar Bergmans Film »Das Schweigen« (1963) und die Aktion »Saubere Leinwand«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3 (2006), S. 210–230, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-vHugo-2-2006> (13. 5. 2025). Allgemein zur Praxis der FSK und den Diskussionen von 1949–1990 Jürgen Kniep: »Keine Jugendfreigabe!« Filmzensur in Westdeutschland, Göttingen 2010; zur Aktion Saubere Leinwand ebd., S. 137–139; hierzu auch Anja Laukötter: *Sex – richtig! Körperpolitik und Gefühlserziehung im Kino des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2021, S. 315.

11 Steinbacher (Anm. 8).

12 Ebd., S. 326.

hellig« begrüßt<sup>13</sup> – das Gericht stufte den erotischen Roman »Fanny Hill« von 1749 nicht mehr als Pornografie, sondern als Kunstwerk ein und läutete damit faktisch die weitgehende Freigabe von Pornografie ein<sup>14</sup> –, ignoriert beispielsweise die ablehnenden Reaktionen der auflagenstarken rechtsreligiösen Presse. Andere Forschungen verstärken ebenfalls das Bild des rückständigen, aus der Zeit gefallenen Kritikers: Franz Walter etwa schreibt, die Kritik an der sexuellen Liberalisierung sei vor allem von »zumeist älteren Männern« gekommen – doch über deren Einwände sei der »Geist der Zeit von 1968 ff.« einfach hinweggeschritten.<sup>15</sup>

Diese Wertungen erweisen sich in zweifacher Hinsicht als problematisch: Zum einen steht die mangelnde Auseinandersetzung mit den von Axel Schildt festgestellten »irritierende[n] Ungleichzeitigkeiten politisch-moralischer Positionen«<sup>16</sup> in den langen 1960er Jahren im Widerspruch zur zentralen Rolle, die Fragen der Sexualordnung im zeitgenössischen Kampf der politischen Lager spielten. Zum anderen verdienen die Debatten und Kämpfe der bundesdeutschen Rechten über sexuelle Themen besondere Beachtung, da sie als Ursprungsmythen der heutigen politischen Rechten gelesen werden können. Diese Perspektive begreift die Auseinandersetzungen um Sexualität als konstitutiv für eine Problemgeschichte der Gegenwart – und nimmt die Motivations- und Integrationsfunktion ernst, die sexuelle Fragen im aktuellen weltweiten Aufstieg rechter Bewegungen spielen. Massenwirksame Ideologiefragmente wie »Gender-Wahn«, »Frühsexualisierung« und »Großer Austausch«, die als Brückennarrative fungieren, lassen sich so durchaus als Versuche einer sexuellen Konterrevolution interpretieren. Während diese Zusammenhänge für die USA und Großbritannien bereits herausgearbeitet wurden – Dagmar Herzog etwa bezeichnet den Erfolg der politischen Rechten als »das illegitime Kind der sexuellen Revolution«<sup>17</sup> –, fehlt für die Bundesrepublik bislang eine vergleichbare problemgeschichtliche Aufarbeitung. Erste Überlegungen zur Bedeutung des Kampfes gegen die Freigabe der Pornografie Ende der

13 Ebd.

14 Vgl. Fanny-Hill-Urteil des Bundesgerichtshofs, 22.7.1969, in: Schroeder (Hg.) (Anm. 4), S. 82.

15 Walter (Anm. 8), S. 117.

16 Axel Schildt: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, hg. von G. Kandzora und D. Siegfried, Göttingen 2020, S. 628.

17 Dagmar Herzog: Das illegitime Kind der sexuellen Revolution. Wie die religiöse Rechte in den USA mit Sex an die Macht gelangte, in: L'Homme 18.2 (2007), S. 105-122. Zu Großbritannien u. a. Anna Marie Smith: New Right Discourse on Race and Sexuality. Britain, 1968-1990, Cambridge 1994; zu den USA Whitney Strub: Perversion for Profit. The Politics of Pornography and the Rise of the New Right, New York 2010.

1960er Jahre finden sich in einem Aufsatz von Robert Claus und Fabian Virchow.<sup>18</sup> Wichtige Befunde, wie etwa der Einsatz von »Pin-ups« in Broschüren des Rings Christlich-Demokratischer Studenten – also die bewusste Nutzung sexueller Reize in christdemokratischer Wahlwerbung –, hat Anna von der Goltz dokumentiert.<sup>19</sup> Ein weiteres Desiderat bleibt die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des langwierigen Prozesses der schulischen Sexualerziehung, obwohl diese um 1969 ein zentraler Streitpunkt der politischen Lager war. Einige Hinweise auf die Positionen der politischen Rechten hierzu bieten Sonja Levsen und Marcus Heyn,<sup>20</sup> während Susanne Roßkopf das Thema in ihrer Arbeit zur Bekenntnisschulbewegung streift.<sup>21</sup>

## Fragestellung, Quellen und Definition

Dieser Beitrag will sich auf die rechten Debatten und Kämpfe rund um die sexuellen Wandlungsprozesse der langen 1960er Jahre konzentrieren und folgt dabei zwei Erkenntnisinteressen: Erstens sollen aus den von rechten Publikationen gezeichneten Diagnosen eines sexuellen Verfalls, die zunächst einleitend skizziert werden, im Umkehrschluss die in diesen enthaltenen positiven Vorstellungen von Sexualität herausgearbeitet werden. Zweitens werden die hierauf aufbauenden wie abgeleiteten widerständigen Praktiken untersucht, die von rechts gefordert und teilweise auch umgesetzt wurden.

Die Grundlage der Untersuchung bilden neben Archivbeständen 52 vollständig ausgewertete und mit MaxQDA codierte Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 1959 bis 1978 – von *BILD* und *WELT* zur *National-Zeitung*, von *Die politische Meinung* der Konrad-Adenauer-Stiftung bis zu den *Klüter-Blättern*. Ziel ist es, die gesamte politische Rechte der Bundesrepublik in den Blick zu nehmen. Doch was ist unter der »Rech-

18 Robert Claus/Fabian Virchow: The Far Right's Ideological Constructions of »Deviant« Male Sexualities, in: Michaela Köttig/Renate Bitzan/Andrea Petö (Hg.): Gender and Far Right Politics in Europe, Cham 2017, S. 305-319, hier S. 308 f.

19 Vgl. Anna von der Goltz: The Other '68ers. Student Protest and Christian Democracy in West Germany, Oxford 2021, S. 120-128.

20 Vgl. Sonja Levsen: Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945-1975, Göttingen 2019, S. 351-418; Marcus Heyn: Sexualpädagogik im Kreuzfeuer. Der Sexualkunde-Atlas 1969 und die Kritik an schulischer Aufklärung, Gießen 2023, S. 424-426.

21 Vgl. Susanne Roßkopf: Der Aufstand der Konservativen. Die Bekenntnisschulbewegung im Kontext der Bildungsreformen der 70er-Jahre. Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte im Umbruch der 68er, Berlin 2017, S. 281-287.

ten« zu verstehen? Als definitorische Grundlage stützt sich der Beitrag auf Gideon Botsch, der unter Rückgriff auf Norberto Bobbio den politischen Raum entlang dreier Achsen beschreibt: Egalitarismus vs. Antiegalitarismus, Freiheit vs. Unterordnung und Vernunft vs. Mythos. Diese Systematik ermöglicht es, Ambivalenzen und Brüche innerhalb der Rechten analytisch zu erfassen und Querverbindungen zum liberalen wie linken politischen Lager sichtbar zu machen.<sup>22</sup> Lediglich behelfsmäßig, da sich insbesondere die Unionsparteien nicht eindeutig der politischen Rechten zuordnen lassen, können auch noch affirmative bis affirmativ-kritische Bezüge auf CDU/CSU oder NPD/»Vierte nationale Partei« etc. herangezogen werden. Die Untersuchung der politischen Rechten erfordert zugleich eine der Binnendifferenzierung und somit definitorische Markierungen. Denn es stellt einen Unterschied ums Ganze dar, ob es sich um eine parlamentarische Positionierung zu einer Sachfrage – etwa zur »unsittlichen Literatur« – handelt oder um einen Aufruf zum Widerstand gegen einen vermeintlichen, vom »internationalen Judentum« beförderten »Sittenverfall«, der zum Vorzeichen des Untergangs Deutschlands stilisiert wurde. Gleichzeitig zeichnete sich die politische Rechte im untersuchten Zeitraum durch eine bemerkenswerte argumentative und bisweilen auch personelle Durchlässigkeit aus. Da »die Grenze zwischen der gemäßigt demokratischen und der radikal-antidemokratischen Rechten im politischen Feld des Konservatismus«<sup>23</sup> verläuft, entstehen komplexe Konfliktlinien. Begrifflichkeiten wie »*extreme Rechte*« erweisen sich dabei als wenig trennscharf, in Eigenbezeichnungen werden zudem aus deren Vertretern vielfach Konservative. Vorläufig wird unterschieden zwischen zunächst vier Fraktionen: einer christdemokratischen, einer konservativen, einer rechtsreligiösen und einer völkisch-radikalnationalistischen. Im weiteren Verlauf meines Projekts soll geprüft werden, ob sich aus dem Material eine Typologie rechter Argumentationsmuster entwickeln lässt und inwieweit der Bezug zu Lagern und Parteien – der gerade für völkisch-radikalnationalistische Rechte nicht immer gegeben ist – zurücktritt.

22 Vgl. Gideon Botsch: Die »Rechte« im Koordinatensystem der Politik, in: ders./Christoph Kopke (Hg.): Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte, Münster/Ulm 2009, S. 11-23.

23 Daniel Schmidt/Michael Sturm: »Wir sind die, vor denen Euch die Linken immer schon gewarnt haben«: Eine Einleitung, in: Massimiliano Livi/diess. (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 7-29, hier S. 11.

## Der sexuelle Wandel und die ›Sex‹- und ›Pornowelle‹ in der Bundesrepublik

Ins kollektive Gedächtnis hat sich das vornehmlich mit der Chiffre ›1968‹ assoziierte Bild einer eruptionsartigen Umwälzung der sexuellen Verhältnisse eingeschrieben; im Sinne einer schlagartigen ›Befreiung‹ der Sexualität vom vormals engen Korsett sexualkonservativer, puritanischer Normen und Werte. Insbesondere im deutschsprachigen und US-amerikanischen Diskurs werden die sexualpolitischen Umbrüche zuvörderst mit der 68er-Bewegung verknüpft. Diese Verbindung entspricht allerdings eher einer idealisierten – oder von rechter, konservativer Warte aus dämonisierten – Auffassung von der Rolle der 68er-Bewegung im historischen, die westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägenden Wandlungsprozess des Sexuellen.

Tatsächlich war, wie die jüngere zeithistorische Forschung gezeigt hat, die Liberalisierung auf diesem Gebiet ein bereits Ende der 1940er Jahre einsetzender, langsamer, widersprüchlicher gesellschaftlicher Prozess, dessen hervorstechende Marker die Kommodifizierung und Medialisierung des sexuellen Reizes, die insbesondere ökonomisch bedingte Aufweichung patriarchaler Geschlechterverhältnisse, die Entwicklung neuer Verhütungsmethoden<sup>24</sup> sowie schließlich die Modernisierung des Sexualstrafrechts im Rahmen eines allgemeinen rechtspolitischen Wandels waren.

Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich in der Bundesrepublik – trotz eines bis 1975 geltenden Verbots ›unzüchtiger Schriften‹ und gegen den massiven Widerstand von kirchlich-konservativer Seite – der Erotikversandhandel. Marktführer der zahlreichen Versandhäuser war das 1951 gegründete *Versandhaus Beate Uhse*, das innerhalb eines Jahrzehnts die Hälfte der westdeutschen Haushalte erreichte. Wie Franz X. Eder betont, ist diese Entwicklung vor allem als Faktor der Normalisierung des heterosexuellen Ehesexlebens zu begreifen, denn nun tauchten Produkte wie »Kondome, Aufklärungsschriften und ›erotische‹ Abbildungen«, die vormals als »unsittlich« galten, in den ehelichen Schlafzimmern auf.<sup>25</sup> Über (ehelichen) Sex zu reden, wurde normaler, zumindest medial.

24 Zu den komplexen Konflikten um die Antibabypille in der Bundesrepublik weiterhin grundlegend: Eva-Maria Silies: *Liebe, Lust und Last. Die Pille als weibliche Generationserfahrung in der Bundesrepublik 1960-1980*, Göttingen 2010. Zur »drastischen Vorverlagerung beim ersten Geschlechtsverkehr« um 1970: Georg Neubauer: *Jugendsexualität im Spiegelbild empirischer Sexualforschung*, in: *Jahrbuch Jugendforschung* 8 (2008), S. 19-32, hier S. 23.

25 Eder (Anm. 8), S. 28.

Einen weiteren bedeutenden Einfluss auf den Normalisierungs- bzw. Liberalisierungsprozess der Sexualität hatten die Berichte des US-amerikanischen Sexualforschers Alfred Charles Kinsey (1948: »Sexual Behavior in the Human Male und 1953: Sexual Behavior in the Human Female«). Durch die Befragung tausender US-Amerikaner:innen lagen Daten vor, die deutlich machten, dass die Einstellungen und Verhaltensweisen um einiges vielfältiger waren als von der öffentlichen Sexualmoral propagiert. Das Aufkommen der empirisch-statistischen Sexualwissenschaften kann dabei als Ausdruck wie Grund für ein neues Normverständnis angesehen werden, das die Sexualität aus ihrer alten Matrix von Ge- und Verboten löste und sexuelles Begehren und Handeln innerhalb eines Normalitätsspektrums verortete.

Verstärkt ab Anfang der 1960er Jahre trat auch in der Bundesrepublik ein Aufschwung der Medialisierung und Kommodifizierung des sexuellen Reizes ein. Zeitgenössisch sahen sich viele mit einer ›Sex-‹ und später ›Pornowelle‹ konfrontiert, bei der sich viele Rechte zu Wellenbrechern berufen fühlten. Dabei standen sie bei dem Thema nicht auf verlorenem Posten, die Demoskopie stellte satte Mehrheiten aufseiten der Gegner fest, eine Umfrage aus dem Jahr 1970, die in zahlreichen Periodika Erwähnung fand,<sup>26</sup> aber auch von rechten Aktivist:innen immer wieder herangezogen wurde, ergab eine Mehrheit von 72 %, die sich gegen die diskutierte, von der sozialliberalen Koalition geplante Strafrechtsreform zur Pornografie aussprach. Der Bürgerprotest war enorm, so wurde beispielsweise die 1970 aus dem Umkreis des hier im Hintergrund agierenden *Volkswartbundes*<sup>27</sup> initiierte Petition »Aktion Porno-Stop« an den Bundestag, gemessen an der Anzahl der Unterschriften, eine der erfolgreichsten Petitionen im Zeitraum 1949-1979.<sup>28</sup> Richard Jaeger, stellvertretender Bundestagspräsident (1953-1965/1967-1976), CSU-Bundestagsabgeordneter (1949-1980) und vormaliger Justizminister (1965/66), erklärte rückblickend, drei Themen hätten seit 1949 die Zahl der Zuschriften an sein Bürgerbüro anschwellen

26 Vgl. u. a. Haug von Kuenheim: Gesetz für Sex, in: Die ZEIT 49, 4. 12. 1970, URL: »www.zeit.de/1970/49/gesetz-fuer-sex« (27. 1. 2023); Ralph-Dieter Wienrich: Porno frei über den Ladentisch. Und was denken Sie über das Gesetz, das noch in diesem Herbst vor den Bundestag kommen soll?, in: BILD 218, 19. 9. 1970, S. 3. In den Periodika der in den Texten aufgeführten Institute EMNID wie Allensbach fanden sich die Umfragen nicht.

27 Vgl. Diözesanarchiv Berlin I/7-134: Volkswartbund 1948-1971, Schreiben Friedrich Weyer, Volkswartbund, an Kardinal Bischof Dr. Alfred Bengsch, Berlin, 19. 10. 1971.

28 Vgl. Peter M. Stadler: Die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung, Opladen 1984, S. 272.

lassen: Wiederbewaffnung, Abtreibung und die Freigabe der Pornografie, Letztere habe »das meiste Echo aus dem Volke« gefunden.<sup>29</sup>

Um den Stellenwert zu verstehen, den der sexuelle Wandel ab 1969 in den politischen Debatten hatte, ist dabei ein Blick auf die politische Konstellation jener Jahre unerlässlich. Die Bedeutung dieses Streitthemas ergibt sich auch aus zwei politischen Entwicklungen, zum einen aus dem Machtverlust der Union im Bund und dem ausgebliebenen Einzug der NPD in den Bundestag – die nach dem Einzug in fast alle Landesparlamente recht überraschend an der 5%-Hürde scheiterte. Zum anderen waren die für bundesdeutsche Rechte über alle Fraktionen hinweg als ›traumatisch‹ empfundenen Ereignisse rund um 1968 eine wichtige Ermöglichungsbedingung.<sup>30</sup> In diesem Kontext betrachtete die gesamte bundesdeutsche Rechte die sogenannte ›Sex‹- und ›Pornowelle‹ als einen strategischen Hebel, um die SPD-FDP-Regierung in Misskredit zu bringen und eine kulturelle ›Tendenzwende‹ einzuläuten. Das könnte wiederum auch erklären, warum die Fronten in den Sexualdebatten – im Gegensatz zu den Diskussionen um 1900<sup>31</sup> oder in den 1950er Jahren<sup>32</sup> – deutlich entlang der politischen Lager von rechts und links verliefen. Zwar traten vereinzelt auch sozialdemokratische Politiker wie der NRW-Sozialminister Werner Figgen mit konservativen Positionen auf, und auch innerhalb des von Herbert Marcuse beeinflussten Flügels der Neuen Linken gab es kritische Stimmen, doch es waren lediglich rechte Akteurinnen und Akteure, die sich entschieden gegen die rechtliche Liberalisierung stellten.

29 Vgl. Rede Richard Jaeger (CSU) am 25. 4. 1974, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 7. Wahlperiode, 95. Sitzung, S. 6417, URL: ›<https://dserver.bundestag.de/btp/07/07095.pdf>‹ (28. 5. 2025).

30 Axel Schildt: *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998, S. 245 f.; zur Wirkung von 1968 auf christliche Kleingruppen vgl. Thomas Großbölting: *Why is there no Christian right in Germany?*, in: Anna von der Goltz/Britta Waldschmidt-Nelson (Hg.): *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017, S. 210-227.

31 Vgl. Tilmann Walter: *Begrenzung und Entgrenzung. Zur Genealogie wissenschaftlicher Debatten über Sexualität*, in: Claudia Bruns/ders. (Hg.): *Von Lust und Schmerz. Eine Historische Anthropologie der Sexualität*, Köln u. a. 2004, S. 129-174, hier S. 143.

32 Vgl. Levsen (Anm. 20), S. 410, hierzu auch Steinbacher (Anm. 8), S. 73. Eine politische Lagerbildung bei diesen Themen auch entlang der Parteien konstatiert hingegen Elizabeth Heineman, *Before Porn Was Legal. The Erotica Empire of Beate Uhse*, Chicago 2011, S. 25.

## Lustzentrierte Sexualität als Gefahr sowie Indikator des Verfalls

In vielen rechten Periodika über alle Strömungen hinweg wurde permissive Sexualmoral vor allem mit Gefahr und Verfall assoziiert. Ein als gezügelt verstandener (deutscher) *Eros* wurde häufig dem vermeintlich schlechten, meist als US-amerikanisch gedeuteten *Sex* gegenübergestellt. Dieser *Sex* – von Armin Mohler, einem prominenten Grenzgänger zwischen Konservatismus und völkisch-radikalnationalistischer Rechter, als »Kümmerform« des Geschlechtlichen bezeichnet<sup>33</sup> – wurde wahlweise als animalisch und gierig oder als kalt und steril beschrieben. Letzteres knüpfte an die Vorstellung an, Sex werde, im Zuge der in der Bundesrepublik aufkommenden Trimm-dich-Bewegung,<sup>34</sup> wie Sport betrieben – ein Zeichen für das vermeintliche Ende von Romantik und Liebe.

Nicht nur an Letzterem zeigen sich Übergänge zwischen den politischen Lagern bei der zeitgenössischen Kritik an der sexuellen Liberalisierung. Denn auch bei Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und dann in der Neuen Linken fand sich, wie später ausgeführt wird, ähnlich anmutende Kritik. Während Marcuse und Adorno zwar den Zusammenhang von Triebunterdrückung und kapitalistischer Produktionsweise kritisch analysierten, äußerten sie zugleich grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der »sexuellen Revolution«. Adorno sah in der in den 1960er Jahren propagierten Befreiung nichts als »bloß[en] Schein«<sup>35</sup> und verwarf sie als Integrationsprozess der Sexualität in den kapitalistischen Zwangszusammenhang.

Der zentrale Unterschied zwischen der rechten und der linken wie liberalen Kritik an dem sexuellen Wandlungsprozess, der sich als einer ums Ganze erwies, lag im Stellenwert der sexuellen Lust als Selbstzweck. Strömungsübergreifend waren für die politische Rechte Sexualität und, sofern sie Erwähnung fand, die sexuelle Lust nur dann positiv konnotiert, wenn sie in einen engen Ordnungsrahmen eingebettet waren und in Verbindung zur Fortpflanzung standen. Wurde diese Verbindung negiert – wofür Pornografie paradigmatisch stand –, betonten völkisch-radikalnationalistische Rechte die Bedrohung für »Volkskörper« und Nation,

33 Armin Mohler: *Sex und Politik*, Freiburg 1972, S. 13.

34 Vgl. Verena Möroth: *Die Trimm-Aktionen des Deutschen Sportbundes zur Bewegungs- und Sportförderung in der BRD 1970 bis 1994*, Discussion papers, WZB 2005.

35 Theodor W. Adorno: *Sexualtabu und Recht heute*, in: *Gesammelte Schriften*, Band 10,2, Frankfurt a. M. 1997, S. 533-554, hier S. 534.

während Konservative vor allem das vermeintliche individuelle Gefahrenpotenzial des Konsums in den Vordergrund stellten und Rechtsreligiöse das Wirken wider die göttliche Offenbarung und die Lehren Jesus von Nazareths kritisierten.

Diese Bedrohungsszenarien gepaart mit der Frage, welche Rolle der sexuellen Lust zukam, stellten einen zentralen Streitpunkt in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dar. Eine eigenwillige Einschätzung der politischen Veränderungen in dieser Frage hatte dabei 1969 die liberal-konservative *Christ und Welt*. Dort hieß es, das Kind als »Sinn des Verkehrs« werde weder von »der fast einhelligen Meinung« der protestantischen Theologie noch von Teilen der katholischen Theologie, trotz der Enzyklika *Humanae Vitae* Papst Pauls VI., geteilt. Stattdessen werde Sexualität zunehmend als »Quelle der Freude und der Selbstbestätigung des Menschen sowie als wichtiger Bestandteil seiner körperlichen und seelischen Entwicklung« verstanden.<sup>36</sup> Diese Einschätzung spiegelte jedoch vor allem eine linksprotestantisch geprägte Perspektive wider, die in der Kirche keineswegs unwidersprochen blieb. Wie tief der Graben in dieser Frage verlief, zeigte sich etwa im pietistischen *Christlichen Verein Junger Männer* (CVJM, ab 1985 *Junger Menschen*). Der liberaler geprägte CVJM Hamburg veröffentlichte 1971 einen »Leitfaden zur Sexualerziehung«, in dem es hieß: »Sexualität ist eine Lebenskraft gegen den Tod.« Der Leitfaden erkannte einen »veränderten Lebensstil an, der sich in einer unbefangenen, bejahenden Haltung zur sexuellen Frage ausdrückt« und auf Wunsch der Jugendlichen »gemeinsames Saunieren, Nacktbaden und gemeinsame Schlafräume« zulasse.<sup>37</sup> Doch das erschien dem CVJM-Gesamtverband als gefährlich, für einen Jugendverband, der seit einigen Jahren auch Mädchen aufnehme, seien solche Formulierungen zudem »leichtfertig« und »in der ihm eigenen Wertwelt [sic] mit dem Gesamtzeugnis der Heiligen Schrift unvereinbar«.<sup>38</sup> Sexualität als Lebenskraft gegen den Tod zu bezeichnen, sei darüber hinaus Häresie, denn nur der Glaube an Jesus von Nazareth sei eine solche Lebenskraft. Die Hamburger Gliederung wurde kurzerhand ausgeschlossen.

Die von *Christ und Welt* 1968 beschriebene Grenzverschiebung spiegelte sich auch in den untersuchten katholischen Blättern nicht wider.

36 Karl Schmitz: Schlafzimmer – für den Staat tabu. Neue Vorschläge zur Reform des Sexualstrafrechts – Der Intimbereich und der Gesetzgeber, in: *Christ und Welt* 36, 6. 9. 1968, S. 28.

37 Zit. n. O.V.: Den Namen CVJM ablegen? Abweichender Kurs in Hamburg / »Sexualleitfaden« Anlaß eines langwährenden Streits, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 188, 16. 8. 1972, S. 7.

38 Zit. n. ebd.

Dort hielt man an der bereits 1963 im reichweitenstarken katholischen Boulevardblatt *Neue Bildpost* formulierten Haltung fest: Sexualität diene »nicht nur der Fortpflanzung, sondern der Erfüllung des göttlichen Liebesgesetzes«. <sup>39</sup> Es konnte dabei auch zu rhetorischen Konzessionen kommen, wenn beispielsweise der oben erwähnte CSU-Vizepräsident des Bundestags, Richard Jaeger (CSU), meinte, man »bejahe[] die Erotik, da sie gottgewollt ist«. <sup>40</sup> Doch ein offenes Bekenntnis zur Lust fand sich nicht, vielmehr tauchte diese meist unter negativen Vorzeichen eines sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen vermeintlich verabsolutierenden Lustprinzips auf. Dies galt auch für völkisch-radikalnationalistische Publikationen. So hieß es beispielsweise 1967 in den *Klüter-Blättern*, Sex sei »mehr als die Vereinigung zum Zweck der Lusterfüllung«, auch wenn Letzteres durchaus eine Rolle spiele. <sup>41</sup> Eine schrille Ausnahme bildete die *barricade*, die 1971 im Umfeld der *Unabhängigen Arbeiter-Partei* entstand. In ihrer ersten Ausgabe lobte diese im lockeren Jugendslang die sexuelle Liberalisierung in Dänemark und Schweden, während die Situation in der Bundesrepublik als »völlig unzureichend« kritisiert wurde. Gleichzeitig betonte man, die Jugend habe bereits erkannt, dass es einer »Umformung der Gesellschaft, auch in sexueller Hinsicht«, bedürfe. Weiter hieß es:

»Es ist noch nicht allzu lange her – da war ein nackter Mensch – insbesondere eine nackte Frau – einfach eine Schweinerei. Für das internationale Spießertum waren Brüste und Schamhaare mehr als tabu. Man beschränkte sich auf's Kinderzeugen und hatte beim Geschlechtsverkehr möglichst das Licht ausgeknipst. [...] Ein Mädchen, das das natürlichste [sic!] auf der Welt tat, nämlich mit einem Jungen [zu, sic!] schlafen, mit dem es nicht verheiratet war, mußte die Degradierung zur Hure durch die Gesellschaft hinnehmen.« <sup>42</sup>

Solche Einlassungen waren dabei nicht nur in der völkisch-radikalnationalistischen Rechten randständig, sexualpermessivere Haltungen fanden sich hier nur selten. Und auch die Redaktion der *barricade* wurde nach diesem forschen Einsatz wider das »internationale Spießertum« so-

39 Hansheinz Reinprecht: Reihe: Dein Kind in der Krise. Heute: Erziehung zum Lieben-Können, *Neue Bildpost* 9, 1963, o. pag.

40 Rede Richard Jaeger (CSU) am 5. 3. 1971, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 6. Wahlperiode, 105. Sitzung, S. 6128, URL: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06105.pdf> [letzter Aufruf: 11.2.2026].

41 Friedrich Ernst: Ehe – Familie – Mutter, in: *Klüter-Blätter* 4/5, 1967, S. 17-21, hier S. 19.

42 Andrea Hileré: Zeichen einer neuen Zeit. Wo hört die Moral auf?, in: *barricade* 0, September 1971, S. 1.

gleich abgesetzt. Eine besondere Rolle im liberal-konservativen Spektrum nahm die *Bild* ein: beim Thema Sexualität trat vor allem ihre liberale – möglicherweise mit Blick auf Leserschaft und Anzeigenkund:innen auch rein geschäftsorientierte – Ausrichtung deutlich hervor. Dies führte etwa beim Thema Pornografiefreigabe zu einer ambivalenten Haltung des Blatt: Als Boulevardzeitung griff die *Bild* genüsslich sowohl tatsächliche als auch vermeintliche sexuelle Eskapaden von mehr oder weniger prominenten Personen auf. Sie setzte sich zunächst auch offen und wohlwollend mit Forderungen nach einer Legalisierung von Pornografie auseinander, räumte ab 1970 jedoch auch den Gegner:innen und Protestbewegungen dagegen ausführlich und wiederum mit gewisser Sympathie Raum ein. Sexualität stellte für die *Bild* zugleich eine große Faszination wie eine potenzielle Bedrohung dar – insbesondere dann, wenn sie außerhalb der heterosexuellen Ehe (prominenter Paare) ausgelebt wurde. Generell wurde hier der individuelle, weniger der nationale Verfall als mögliche Konsequenz solcher Entwicklungen inszeniert.

## Lehren vom rechten Lieben

Während lustzentrierte Sexualität von der bundesdeutschen Rechten somit in den langen 1960er Jahren trotz einiger Liberalisierungstendenzen weiterhin vorrangig mit Gefahr assoziiert wurde, wäre zu fragen, wie das propagierte positive Gegenbild eines domestizierten, »guten« Eros konturiert war. Meist blieb diese Vorstellung vage, es wurde in blumigen Worten von einer besseren, tieferen und ganzheitlicheren Sexualität gesprochen, die das Geheimnis wahre. Drei Beispiele aus dem Jahr 1966 können dies verdeutlichen: So beschrieb Arthur Ehrhardt in der *Nation Europa* die »Würde und Macht des Eros« und betonte die »echten Glücksmöglichkeiten, die sich aus erotischen Beziehungen im Gegensatz zu den in unserer Zeit als Normalfall betrachteten grob sexuellen ergeben können«. <sup>43</sup> Bei den Ludendorffern hieß es, der Eros könne »alles durchglühen, beflügeln« und die »Menschen erheben, aber auch niederziehen«. <sup>44</sup> Kurt Ziesel, geschäftsführendes Gründungsmitglied der *Deutschland-Stiftung*, sprach von einem »natürlichen und großartigen Eros«, voller »Schöpfungsheim-

43 »AE« (Arthur Ehrhardt): Würde und Macht des Eros, in: *Nation Europa* 12, 1966, S. 41.

44 Hedwig Sachs: Der aufgeklärte Eros, in: *Mensch und Maß* 9, 9. 5. 1966, S. 385-398, hier S. 398.

nisse und wahrer Realität«. <sup>45</sup> Und besonders in rechtskatholischen Blättern wurde eine Nähe von religiöser Erfahrung und Eros betont, <sup>46</sup> ein Zusammenhang, den auch völkisch-radikalnationalistische Periodika, häufig unter Berufung auf den italienischen Mystiker Julius Evola, herstellten; der Eros fungiere als Gegenpol gegen den Materialismus, gegen die Entzauberung der Welt, er habe sich, wie es im *Deutschen Studenten-Anzeiger* hieß, »bislang öffentlicher Normierung, Verplanung und Vermarktung entzog[en]«. <sup>47</sup> Dabei ist zu bedenken, dass Texte in völkisch-radikalnationalistischen Periodika fast ausnahmslos von Männern verfasst wurden. Eine der wenigen Frauen, die sich zu diesen Themen zu Wort meldete, war die unter dem Pseudonym Brigitte Pohl schreibende Helene Witkowski. <sup>48</sup> 1965 deutete sie in der *Nation Europa* die kritisierte neue Sexualmoral dabei als genuin männliche, denn »Sex hat allein mit dem Körper zu tun, der Eros jedoch vereinigt Seele, Geist und Körper«. Doch gelänge es »tüchtigen Seelenwäschern vielleicht, die Frau so weit zu bringen, daß auch sie ihre ›Hingabe‹ genauso seelisch unbeteiligt vollziehen kann, wie der Mann den Sexualakt«, dann hätte man sie erreicht: »Die völlige Sinnlosigkeit des Lebens.« <sup>49</sup>

Anfang der 1970er Jahre änderte sich weniger die rechte Vorstellung vom ›guten Eros‹ und ›rechten Lieben‹ als vielmehr das politische Umfeld, in dem diese Bilder aufgerufen wurden. Bis 1966 wurde permissive Sexualmoral vorrangig als Folge der materialistischen, vielfach mit den USA assoziierten Zeitläufte betrachtet – Ausdruck einer ›Wohlstandsvergessenheit‹ und eines damit verbundenen Abstiegs der Nation in die oft beschworene ›Dekadenz‹. Diese resultiere auch durch den Aufstieg der unteren Klassen, ein Prozess, der mit dem Schlagwort der ›Vermassung‹ belegt wurde, und der dadurch sich gesellschaftlich verallgemeinernden ›Gosse‹. Mit der ersten Regierungsbeteiligung der SPD in der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger verschob sich ab 1966 jedoch diese Perspektive: Aus rechter Sicht verband sich sexuelle Freizügigkeit nun zunehmend mit Sozialdemokratie und Kommunismus. Es voll-

45 So die Zusammenfassung von Aussagen Ziesels in »er.«: Zorniger Ziesel. Diskussion in der Universität über Freiheit der Kunst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 115, 18. 5. 1966, S. 29.

46 Vgl. Otto Baumhauer: Religion und Eros. Über die beiden stärksten Lebensmächte (Rezi Walter Schubart), in: Rheinischer Merkur 3, 20. I. 1967, S. 18.

47 Hans Ehlers: Mohler räumt den Sex-Shop auf, in: Deutscher Studenten-Anzeiger 58, 1973, S. 5.

48 Vgl. Valérie Dubsloff: »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964-2020, Berlin 2022, S. 120.

49 Brigitte Pohl [Helene Witkowski]: Frau in der Zeit, in: Nation Europa 12, 1965, S. 10.

zog sich ein Objektwechsel im Feindbild, aus der Kritik am Liberalismus wurde die Kritik an einer liberalisierenden ›Bolschewisierung‹.

Auf den ersten Blick mag dies widersprüchlich erscheinen, denn die Sowjetunion wurde in vielen rechten Periodika bis hin zu Reden von Unionsabgeordneten im Bundestag als vorbildlich sittenstreng dargestellt, es zeige sich gar fast schon ein Hang zum Puritanismus.<sup>50</sup> Die Erzählung wurde historisch ausgedeutet, eine nach der Oktoberrevolution eingeführte Sittenlosigkeit sei damals schnell ausgeartet, sodass Lenin eine moralische Kehrtwende vollzogen habe.<sup>51</sup> Auf der Grundlage des damals gewonnenen Wissens, dass ein Staat ohne Sittengesetz schnell verfallende, predigten nun laut diesem rechten Narrativ kommunistische Staaten ihren Bevölkerungen sexuelle Sittlichkeit – die es zu bewahren gelte und den westlichen Staaten zum Vorbild taugte. Zugleich unterstützten kommunistische Staaten durch diverse Maßnahmen sexuelle Liberalisierungsprozesse im Westen: Die »Aufweichung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch Sex-Überfütterung fördert die kommunistische Weltoberung« qua Dekadenz und die dadurch entstehende Wehruntüchtigkeit des Westens.<sup>52</sup>

Die ›sexuelle Revolution‹ galt so in der bundesdeutschen Rechten nicht mehr ausschließlich als eine von materialistischem Geist und kommerzieller Gier getriebene Entwicklung, oft versinnbildlicht im Bild des gerissenen Geschäftsmanns, sondern wurde zunehmend als Ausdruck eines zielgerichteten politischen, kommunistischen Willens und Wirkens begriffen. Die heute gängige Verbindung der ›sexuellen Revolution‹ mit der Neuen Linken ist dabei eher das Resultat der nachträglichen Erinnerung rund um die Chiffre ›68‹. Zeitgenössisch stand in der rechten Kritik vor allem die SPD (und dahinter der Weltkommunismus) im Fokus. Selbst die Berliner ›Kommune 1‹, die heute als Symbol für die ›Freie Liebe‹ der 68er-Bewegung medial aufbereitet wird, wurde in rechten Blättern meist

50 Vgl. unter anderem P.W. Wenger: Russische Prüderie, in: Rheinischer Merkur 35, 28. 8. 1970, S. 3; O.V.: Porno-Terror in Deutschland, in: National-Zeitung 2, 8. 1. 1971, S. 1; Rede Richard Jaeger (CSU) am 5. 3. 1971, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 6. Wahlperiode, 105. Sitzung, S. 6131, URL: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06105.pdf> [letzter Aufruf: 11.2.2026]. Bei Dagmar Herzog: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Gießen 2021, S. 182, erscheint dieses zentrale Argument der Rechten als Übertreibung Einzelner.

51 Zwei völkisch-radikalnationalistische Schüler- und Studentenblätter druckten so auch Aussagen Lenins gegen die sexuelle Libertinage unter dem Titel »Lenin war dagegen« ab, vgl. Im Brennpunkt 1, 1971, S. 38; Actio 4/5, 1968, S. 35.

52 Jochen Ernst: Die Welle der Porno-Filme – Von der sexuellen zur politischen Anarchie, in: Deutsche Nachrichten 11, 14. 3. 1969, S. 6.

weniger wegen ihrer Sexualmoral skandalisiert, als vielmehr mit Bildern von Chaos und Schmutz bei gleichzeitiger Vergötterung Mao Tse-tungs in Verbindung gebracht.

## Rechte Praktiken

Viele in der bundesdeutschen Rechten sahen sich in sexuellen Fragen, insbesondere im Kampf gegen die Pornografie, an vorderster Front im Widerstand gegen ein Amalgam aus Bolschewismus, Liberalismus, Materialismus und Amerikanismus – nur selten wurde dies direkt mit »dem Juden« verknüpft, eine Ausnahme bildete der ab 1970 als »Anti-Porno-Anwalt« bundesweit bekanntgewordene zunächst evangelikal-christdemokratische und spätestens ab 1972 völkisch-radikalnationalistische Aktivist Manfred Roeder.<sup>53</sup> Ständig galt es, die Degeneration und das Ende der Nation abzuwehren. Angesichts dieser Bedeutungsaufladung überrascht es nicht, dass in der bundesdeutschen Rechten ab 1969 zunehmend Begriffe wie Widerstand und Revolution angeeignet wurden.<sup>54</sup> Diese Rhetorik, die sich von *Deutschland-Magazin* bis *Aktion Widerstand* fand, beeinflusste auch die Wahl ihrer Protestformen und widerständigen Praktiken.

Bis Mitte der 1960er Jahre hatten noch die Proteste durch Honoratioren dominiert – etwa durch die partei- und konfessionsübergreifende, jedoch katholisch dominierte *Aktion Saubere Leinwand*, die evangelisch beeinflusste *Aktion Sorge um Deutschland* oder offiziöse Kirchenorganisationen wie den *Volkswartbund*. Auch lokale Initiativen wie beispielsweise die Karlsruher *Bürgeraktion gegen die Diktatur der Zügellosigkeit* sind hier zu nennen.<sup>55</sup> Die *Neue Bildpost* beschrieb diese Aktivitäten pointiert als »papierene Proteste braver Einzelgänger oder blasse Resolutionen empörter Verbandsgremien«.<sup>56</sup> Dennoch kam es gelegentlich zu plakativen Aktionen, wie 1965 der bundesweit beachteten Bücherverbrennung gegen die »Sex- und Brutalwelle«, bei der 40 Jugendliche der evangelikalen Jugendgruppe *Entschiedenenes Christentum* Werke von Autoren wie Günter Grass

53 Vgl. Sebastian Bischoff: Nation und Perversion. Der »Anti-Porno-Anwalt« Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalnationalistische Rechte, 1969-1975, in: *Geschichte und Gesellschaft* 48.4 (2022), S. 584-618.

54 Vgl. auch Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Berlin 2017, S. 216 f.

55 Diese findet Erwähnung in »H. R.«: Bürgeraktionen und Parteien-Echo, in: *Rheinischer Merkur* 29, 23. 7. 1965, S. 9.

56 O. V.: Saubere Filme!, *Neue Bildpost* 43, 25. 10. 1964, S. 1.

und Vladimir Nabokov verbrannten.<sup>57</sup> Meistens beschränkten sich die Proteste jedoch auf Appelle an Gemeinde- bis Landräte, die Kirche oder andere Institutionen, den konstatierten Sittenverfall aufzuhalten. Die Initiative war noch stark an Amts- und Würdenträger delegiert und spielte sich oft im Nahbereich ab – wie 1964 bei Bergmans *Das Schweigen*, als die *BILD* mokant den Vikar Schultze-Südhoff porträtierte, der »Tag für Tag vor dem Kino stand und die jugendlichen Besucher ernst ansah«.<sup>58</sup> Viele Bürger machten Eingaben an Abgeordnete, schrieben Leserbriefe und Strafanzeigen, die sich häufig auf kirchliche und staatliche Autoritäten beriefen – während ein direkter Gottesbezug überraschend selten war.

Ab dem Ende der 1960er Jahre vollzog sich ein diesbezüglicher Wandel in der bundesdeutschen Rechten, der auch tiefgreifende Auswirkungen auf ihre Praktiken haben sollte. Die politische Atmosphäre rund um das Jahr 1968 stellte dabei für diese sowohl eine Ermöglichungsbedingung als auch einen Anknüpfungspunkt dar. Charakteristisch war der fließende Übergang von parteigebundenen zu außerparlamentarischen Aktivitäten, auch im rechten Spektrum. In einer zeitypischen Aneignung der Protestformen der Studierendenbewegung änderte die Rechte ihr Vorgehen. Es könnte hier von einer Rückwirkung der Demokratisierungstendenzen gesprochen werden, die sich im Brandtschen Slogan »Mehr Demokratie wagen!« zuspitzten und auch auf der Seite der bundesdeutschen Rechten eine spezifische Form der Selbstermächtigung auslösten. Anstatt auf Honoratioren zu hoffen, sahen sich nun auch rechte Akteure in der Position und Pflicht, eigenständig Protest einzulegen. Die Anrufung und damit Mobilisierung der von Richard Nixon popularisierten Vorstellung einer »silent majority«, die in der Bundesrepublik von Elisabeth Noelle-Naumann in der »Schweigespirale« theoretisiert wurde,<sup>59</sup> entwickelte sich später zum zentralen Motiv. Einige, wie der CDU-Mann Manfred Roeder, folgten dem Aufruf zur Mitarbeit in kirchlichen Gremien, wie ihn 1968 der Berliner CDU-Abgeordnete Wolfgang Werth formulierte.<sup>60</sup> Auch von Seiten der katholischen Kirche kam es zur Förderung einer (partiellen) Selbstermächtigung insbesondere religiöser Kreise, wie sie Ewald Frie am Beispiel der in dieser Zeit entwickelten Strategie katholischer Bistümer beschreibt: Diese zielten darauf ab, eine motivierte »Laienelite« hervor-

57 Vgl. u. a. »L. B.«, Bücherverbrennung in Düsseldorf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 233, 7. 10. 1965, S. 7. Es folgte eine längere Leserbriefdebatte in der Zeitung.

58 O. V.: »Schweigen« im Kreuzfeuer. *BILD*-Leser zum Streit in Twistringen, in: *BILD* 137, 15. 6. 1964, S. 3.

59 Vgl. hierzu ausführlich von der Goltz/Waldschmidt-Nelson (Hg.) (Anm. 30).

60 Evangelisches Landeskirchliches Archiv Berlin 1/8808, Konsistorium Berlin-Brandenburg West, Schreiben Wolfgang Werth, 3. 4. 1968.

zubringen, die befähigt werden sollte, »frei verantwortlich religiös« zu handeln.<sup>61</sup> Andere gründeten sogenannte Bürgerinitiativen, deren Aktionen große mediale Aufmerksamkeit erregten. Es entstanden Organisationen wie der *Demokratische Club* in Berlin, der von CDU-Mitgliedern wie dem Spitzenpolitiker Peter Lorenz und konservativen Gewerkschafter:innen wie dem ehemaligen Berliner DGB-Landesvorsitzenden Ernst Scharnowski ins Leben gerufen wurde, um dem *Republikanischen Club* im SDS-Umfeld entgegenzuwirken.<sup>62</sup> Dass bei alledem jedoch die Rücken- deckung der großen, einst allmächtigen Institutionen fehlte, beklagte 1969 die *Neue Bildpost*:

»Der normale Gläubige aber, immer noch treu und immer noch hungrig darauf bedacht, in seinem persönlichen Kampf gegen den Ungeist von seiner Kirche nach Kräften unterstützt zu werden, bekommt als einzige Abwehr bestenfalls einen eleganten Regenschirm statt einer wirk- samen Waffe in die Hand.«<sup>63</sup>

Institutionen- und Staatskepsis nahmen in einer spezifischen Form auch auf der Rechten zu. Die als zu nachgiebig empfundene Freiwillige Selbst- kontrolle der Filmwirtschaft (FSK), die »verräterische Union«, der »Rot- funk«, die vermeintlich von linken Strömungen beeinflussten Kirchen und die »flügelahme Justiz« wurden als Belege dafür gesehen, dass mi- litantes Handeln notwendig sei – eine Haltung, die bis ins konservative Lager reichte. Republikweit kam es schließlich zu militanten Praktiken: Schaufenster wurden mit Spaten oder Steinen eingeschlagen, Kioskaus- lagen mit Farbe zerstört. Schlagzeilen wie »Pfarrer schlug das Sex-Fenster ein. Nachts holte er die verführerischsten Fotos aus dem Kino-Kasten«, tauchten regelmäßig in der Presse auf.<sup>64</sup> Oft waren dies Einzelaktionen. Es kam jedoch auch zu kollektivem Aktionen. So blockierten beispielsweise 1973 Bauern in dem 900-Einwohner-Dorf Varrelbusch mit Güllewagen eine Striptease-Bar und erzwangen deren Schließung.<sup>65</sup> Selbst extreme Ge- waltakte blieben nicht aus: 1971 verübte beispielsweise der 38-jährige Ari-

61 Ewald Frie: Ein Hof und elf Geschwister. Der stille Abschied vom bäuerlichen Leben, München 2023, S. 102, 104.

62 Vgl. Bischoff (Anm. 53), S. 597.

63 Walter Christian: An ihrem Kiosk könnt ihr sie erkennen. Frivol und frech – und feige und faul, Neue Bildpost, Nr. 20, 18. 5. 1969, S. 1.

64 Peter Raschner, Pfarrer schlug das Sex-Fenster ein, in: BILD 289, 12. 12. 1969, S. 2.

65 Vgl. u. a. O. V., Wütendes Varrelbusch: Abends war der Teufel los, in: Nieder- sächsische Allgemeine Zeitung, 3. 5. 1973; Bischöflich Münstersches Offizialat, Akte Nr. 107, Reg. No. 110. Pfarrarchiv Varrelbusch, Beiträge zur Geschichte der Kirchen- gemeinde.

bert Schwarz in Bremen mehrere Sprengstoffanschläge auf Beate-Uhse- und andere Sexläden, um gegen die »Verpornung der Sitten« vorzugehen. Er wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Verteidigung – mutmaßlich von Manfred Roeder übernommen – forderte Freispruch und argumentierte, das »Schockerlebnis Pornowelle« sei ein Strafausschließungsgrund, da der Kampf gegen die Pornografie mit demokratischen Mitteln unmöglich sei.<sup>66</sup> In Nürnberg wiederum griff ein Jahr später der 29-jährige Eckhard Kriener einen Beate-Uhse-Shop mit einer Axt an und wurde von der eintreffenden Polizei erschossen – Manfred Roeder ernannte diesen zum »ersten Opfer der Sexwelle«.<sup>67</sup>

Die Annahme, rechte Selbstermächtigung sei eine Rückwirkung progressiver Demokratisierungsprozesse, bedarf zugleich einer relativierenden Einordnung. Einerseits lassen sich bereits vor 1968 militante Aktionen auch gegen sexuelle Liberalisierungsprozesse nachweisen – so kam es 1951 zu einer Reihe von Anschlägen katholischer Provinzakteure, die von Periodika als »Schwarzer Terror« bezeichnet wurden.<sup>68</sup> Andererseits stellt sich die Frage, ob diese Form der Selbstermächtigung tatsächlich rechte Bewegungen in der Breite durchdrang oder primär mediale Selbstdarstellung war. Erfolgt somit substanzielle Veränderungen in der Selbstwahrnehmung und den Praktiken der rechten Akteur:innen oder beschränkten sich Transformationen auf eine modifizierte öffentliche Repräsentation? Die Beantwortung dieser Frage soll in meinem noch laufenden Projekt mit einer systematischen Analyse von Quellengattungen jenseits der veröffentlichten Meinung erfolgen, um tiefere Einblicke in die Dynamiken politischer Mobilisierung zu gewinnen.

## Das Abflauen des Protests ab 1973

Der rechte Protest gegen Kristallationspunkte der »sexuellen Revolution« verlor schnell an Dynamik. Bereits ab 1973 brach er weitgehend in sich zusammen. Gleichzeitig entstanden am rechten Rand der Union erste Vorläufer der heutigen Lebensschutzbewegung. Forderungen, wie sie etwa im CSU-nahen *Deutschland-Magazin* laut wurden – die Unionsparteien sollten sich »an die Spitze einer echten Volksbewegung gegen

66 »why.«, Zur Urteilsverkündung nicht erschienen. Fünfeinhalb Jahre Freiheitsstrafe für Porno-Attentäter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 70, 23. 3. 1972, S. 8.

67 Hubert Neumann, Bürger zeigt Polizisten an, in: Süddeutsche Zeitung 2, 4. 1. 1972, S. 17.

68 Vgl. Steinbacher (Anm. 8), S. 212.

die allmähliche Verwandlung unseres demokratischen Rechtsstaats in ein Bordell« stellen<sup>69</sup> –, verpufften. Für die Parteispitzen der Union verloren diese Themen an Mobilisierungskraft, nachdem sie durch ihre Bundesratsmehrheit einzelne Änderungen an den Reformgesetzen hatte durchsetzen können und die ›Pornowelle‹ in Literatur und Kino abblaute. Insgesamt verlor der ›Sittenverfall‹ mit dem Kristallationspunkt Pornografie für weite Teile der Bevölkerung den Charakter eines vordringlichen Problems, auch die völkisch-radikalnationalistische Rechte verlor schließlich das Interesse an dem Thema.

Das rasche Abflauen gerade des völkisch-radikalnationalistischen Interesses an Kristallationspunkten sexueller Liberalisierung ist derweil erklärungsbedürftig. Ein pragmatisch-taktischer Umgang lässt sich nur schwer mit den in diesem Zusammenhang viel diskutierten Thesen von Klaus Theweleit und Dagmar Herzog vereinbaren. Besonders Theweileits Argumentation steht einer solchen Möglichkeit entgegen: In seinem 1977/78 erschienenen Bestseller »Männerphantasien« bezeichnet er den »Kampf gegen alles, was Lust, was Genuß ist« als das »Kernstück aller faschistischen Propaganda«.<sup>70</sup>

Doch zu fragen wäre, ob nicht weniger die, in Theweileits Theorie, faschistische Abwehr von Lust und Genuß abgenommen hat, sondern vielmehr die Sexualität selbst um 1970 einen so grundlegenden Wandel erfahren hat, dass jene Abwehrreaktionen, wie sie etwa das von Theweleit untersuchte Subjekt – der (freikorps-)soldatische Mann – noch vollzog, obsolet geworden sind. Mit dieser These jedenfalls schrieben zeitgenössische Kritiker wie Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno gegen die ›sexuelle Revolution‹ an. Adorno sprach in diesem Zusammenhang von einer Entgiftung des Sexus als Sex bzw. von einer Desexualisierung im Bereich der Sexualität selbst.<sup>71</sup> Marcuse wiederum fasste diese Entwicklung im Rahmen seiner Theorie der repressiven Entsublimierung. Sein Augenmerk richtete sich dabei auf den triebstrukturellen Aspekt der spätkapitalistischen Vergesellschaftung der Libido. Diese führe – kurz gesagt – zu einer quantitativen Ausweitung der Befriedigungsmöglichkeiten bei gleichzeitiger qualitativer Nivellierung. Das ›Mehr‹ an sexuellen Freiheiten werde gerade in dem Maße möglich, wie die Sexualität vom herrschenden Leistungsprinzip integriert beziehungsweise der Warenform

69 Erich Merkert: Wie lange wollen wir noch schweigen? Selbstzerstörung der Demokratie durch Anarchie-Pornographie und Geschäftemacherei unter der Maske der Sexualeufklärung, in: Deutschland-Magazin 3/4, März/April 1970, S. 14.

70 Klaus Theweleit: Männerphantasien, Bd. 2, Männerkörper – Zur Psychologie des weißen Terrors, München 78, S. 16.

71 Adorno (Anm. 35), S. 535.

unterworfen werden könne. Zentral ist dabei die Annahme, dass das »sexuell befreite« Subjekt eine weitaus unmittelbarere gesellschaftliche Integration erfährt als das Subjekt zur Zeit Freuds, dem noch eine schmerzhaft Umformung seiner Triebwünsche – Verzicht, Verdrängung und Sublimierung – abverlangt wurde. Der von Freud beschriebene Konflikt zwischen den maßlosen, asozialen Impulsen des Triebes und der gesellschaftlichen Forderung nach Aufschub und Verzicht wird nach Marcuse zunehmend unkenntlich, da die sexuellen Wünsche mit nutzbringender Konformität in Einklang gebracht werden.<sup>72</sup>

Ähnlich argumentiert auch Adorno: Anstelle einer tatsächlichen Befreiung spricht er von tieferliegenden Formen der Verdrängung, die – weil sie unmittelbarer im Subjekt ansetzen – oberflächlich den Anschein einer Befriedung oder Entkonfliktualisierung erwecken können. Dadurch verblasst das bedrohliche Bild einer unkontrollierten Sexualität, die gesellschaftliche Ordnung und Körperpanzer (Klaus Theweleit) angreift. Gleichzeitig verweist Adorno jedoch auf die Grenzen dieser Integration der Sexualität. So bemerkt er, dass das »gesellschaftlich Anstößige« einerseits zwar zurückgegangen sei, andererseits jedoch »erst recht perhorresziert« sei. Somit bleiben Adorno zufolge – wenn auch verschoben an die Ränder der sexuell liberalisierten Gesellschaft – »allergische Punkte«, die den nach wie vor virulenten Konflikt bezeugen.<sup>73</sup> Für diese These spricht, dass sich der Fokus der völkisch-radikalnationalistischen Rechten ab den 1970er Jahren zunehmend auf deviante, homosexuelle Orientierungen verlagerte und die Praxis von (angehenden) Eheleuten seltener problematisiert wurde. Der Widerstand gegen deren gesellschaftliche Anerkennung und rechtliche Gleichstellung entwickelte sich zu einem zentralen politischen Kampffeld der bundesdeutschen Rechten – über alle ihre Strömungen hinweg.

Dagmar Herzogs Thesen stellen einen weiteren, deutlich von Klaus Theweleit abweichenden Einwand gegen die Annahme dar, die völkisch-radikalnationalistische Rechte könne pragmatisch-taktisch mit den sexuellen Wandlungsprozessen der langen 1960er Jahre umgehen. In ihrer Pionierstudie von 2005 »Sex after Fascism« (dt. »Politisierung der Lust«, 2005/2021), in der sie auf die sexualpermissive Seite des Nationalsozialismus hingewiesen und somit auch zentralen Annahmen Theweleits widersprach, sieht sie in den bundesdeutschen Debatten über die sexuellen

72 Vgl. Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Dritte Auflage, München 1998, S. 91-93. Ausführlich hierzu Anna-Myrte Palatini/Sebastian Bischoff: »Sexuelle Revolutionen«. Eine historisch-politische Einführung, Stuttgart 2025, S. 158-173.

73 Adorno (Anm. 35), S. 535.

Liberalisierungsprozesse aufgrund einer Überlagerung sexual- und erinnerungspolitischer Momente eine »besondere[] Vehemenz und Wut«:<sup>74</sup> Wenn die »sexuelle Revolution« in den langen 1960er Jahren thematisiert wurde, so Herzog, seien »vor allem« der Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung thematisiert worden.<sup>75</sup> Da die Auseinandersetzung mit dem NS insbesondere für die völkisch-radikalnationalistische Rechte seit jeher nicht nur eine individuell-strafrechtliche Gefahr, sondern gerade auch ein sich in den 1970er Jahren verstärkendes politisches Ärgernis wie Problem darstellte, wäre unter Herzogs Prämissen kaum anzunehmen, dass das Interesse an diesen Fragen nachlassen konnte. Allerdings: Die These einer Überlagerung von Sexual- und Erinnerungspolitik ließ sich in der Auswertung christdemokratischer, konservativer, rechtsreligiöser sowie völkisch-radikalnationalistischer Periodika nicht bestätigen – diese scheint somit für die bundesdeutsche Rechte nicht handlungsleitend gewesen zu sein und erklärt nicht die Vehemenz ihres Aufbegehrens.<sup>76</sup> Dagmar Herzog konstatiert darüber hinaus für die Zeit seit Mitte der 1960er Jahre einen weitgehenden Konsens, das NS-Regime als sittenstreng und prüde zu charakterisieren<sup>77</sup> – auch diese Position bildete sich, auch nicht im Widerstreit, nicht in nennenswerter Weise in den untersuchten Periodika ab. Ganz im Gegenteil, wenn es verstreute Äußerungen zu sexualpolitischen Facetten des NS gab, waren völkisch-radikalnationalistische Periodika wie die *Nation Europa* gerade darum bemüht, eine sexualpermissive Seite des Regimes zu verneinen. 1969 hieß es dort zwar, die Nationalsozialisten würden nun fälschlicherweise als »sexualethische Mucker« dargestellt, doch das glaube man offenbar lediglich »in Amerika«.<sup>78</sup> Durch die fehlende Auseinandersetzung mit der sexualpolitischen Dimension des NS bedurfte die völkisch-radikalnationalistische Rechte bei diesem Thema vermutlich weder der wortreichen Inschutznahme noch des elaboriert begründeten Bruchs mit dem eigenen Erbe. Und dies erleichterte dieser möglicherweise den pragmatisch-taktischen Schritt, sich – wie die gesamte bundesdeutsche Rechte – in den 1970er Jahren im Bereich Sexualität und Gender spezifische, zeitgenössisch als Moder-

74 Herzog (Anm. 50), S. 174.

75 So Herzog im Vorwort zu ihrem 2021 in einer Neuauflage erschienenen Werk: Herzog (Anm. 50), S. III.

76 Ausführlich hierzu vgl. Bischoff (Anm. 53), S. 613-615.

77 Vgl. Herzog (Anm. 50), S. 168.

78 H. B. von Grünberg: Die Macht und die Moral, in: *Nation Europa* 8, 1969, S. 8. Ein weiterer Artikel, der verkündete: »Unter den Nazis wurde Deutschland wieder prüde und sittsam«, fand sich in der auflagenstarken rechtsreligiösen *Neuen Bildpost*, vgl. GG: Die »Deutsche Sex-Partei«, in: *Neue Bildpost* 5, 1. 2. 1970, S. 8.

nisierung wahrgenommene Prozesse hinzunehmen: Sie akzeptierte zunehmend den Rückzug des Staates aus einem Teil der Privatsphäre; was unter Ehepaaren oder von einzelnen Ehepartnern hinter den Schlafzimmertüren geschah, rückte seltener in den Fokus. Stattdessen gewannen bevölkerungspolitische Fragen an Bedeutung: Der Schutz der Ehe und des konservativen Familienmodells, die Sicherung traditioneller Geschlechterrollen und der Kampf gegen Abtreibung, sowie in rechtsreligiösen Kreisen die Forderung nach Stärkung des Elternrechts im Kampf gegen staatliche Sexualerziehung wurden fortan – neben dem bereits erwähnten Kampf gegen von der Heterosexualität abweichenden sexuellen Orientierungen – zu den dominierenden Themen.

# Die alltägliche Lebenswelt als politische Ressource

## Nationalistische Milieupolitiken in der Bonner Republik am Beispiel von Werner Naumann und Paul Dickopf

DOMINIK RIGOLL

Mit welcher politischen Partei sympathisieren wohl die Männer und Frauen auf dem Foto auf Seite 175, das 1966 in einem Gasthaus in Moosham im Süden von München entstand: mit der Christlich-Sozialen Union (CSU) oder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)? Tatsächlich sind wohl beide Antworten korrekt. Denn auf der einen Seite dürften viele der Abgebildeten wenige Wochen vor dem Schnappschuss bei den Kommunalwahlen ihr Kreuz bei einem NPD-Politiker gemacht haben: Paul Schöftlmaier hatte in dem kleinen Weiler Reichertshausen, der zu Moosham gehört, nicht weniger als 92 Prozent der 199 Stimmen erhalten, woraufhin ihn der Gemeinderat im Amt des Bürgermeisters bestätigte. Inne hatte der 1926 in Reichertshausen geborene ehemalige Waffen-SS-Mann Schöftlmaier dieses Amt seit 1960, als er noch der Deutschen Reichspartei (DRP) angehörte, einer Vorläuferin der NPD.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite verlor die NPD im Laufe der 1970er in Moosham kontinuierlich an Zuspruch, während die CSU an Stimmen hinzugewann.<sup>2</sup> Nicht wenige der Gasthausbesucher dürften also mit beiden Parteien sympathisiert oder zwischen ihnen gewechselt haben. Wie dieser Artikel zeigt, ist es auch sonst oft schwer möglich, eindeutig zwischen einem »nationalen« – sprich: nationalistischen – und einem konservativen Milieu zu unterscheiden, wie hier zwischen einer eher NPD- und einer eher CSU-affinen Lebenswelt.

- 1 Vgl. Paris Match, 18. 6. 1966, S. 54-61, hier: S. 56 f.; Wotans Wähler, in: Der Spiegel (15/1966), 3. 4. 1966; Martin Schumacher (Hg): M. d.B. – Die Volksvertretung, Wiederaufbau und Wandel 1946-1972, S. 1121, online: [https://kgparl.de/forschung/m-d-b-die-volksvertretung-1946-1972/\(23. 5. 2025\)](https://kgparl.de/forschung/m-d-b-die-volksvertretung-1946-1972/(23.5.2025)).
- 2 Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik: Landtagswahlen Zeitreihe ab 1946. Auf der Excel-Tabelle sind nur die Ergebnisse der Gemeinde Egling verzeichnet, zu der Moosham als Ortsteil gehört. Bei den Landtagswahlen 1966 kamen hier NPD und CSU auf 377 bzw. 1513 Stimmen; 1982 waren es 32 bzw. 3124.

Für organisierte Nationalisten wie Schöfflmaier hatte und hat dies den Vorteil, dass sie sich – wenn sie es nicht darauf anlegen, sich durch un-zweideutige Handlungen zu »outen« – in konservativ geprägten Kontexten bewegen können, ohne sogleich als »rechtsradikal« oder »rechts-populistisch« kritisiert zu werden.<sup>3</sup> Zudem können sie konservative Milieus bei politischen Aktionen als Ausgangspunkt oder Rückzugsort nutzen, weil sie sich – frei nach Mao – in diesen bewegen wie ein Fisch im Wasser. Beide Phänomene sollen im Folgenden als rechte Milieupolitiken in den Blick genommen werden, die, so die forschungsleitende Hypothese, für die nationalistische Rechte in der alten Bundesrepublik nicht weniger wichtig waren als die ungleich besser erforschten Partei- oder Straßenpolitiken.<sup>4</sup> Als Sonden in den Untersuchungsgegenstand dienen die Biografien von zwei sehr unterschiedlichen Repräsentanten des »nationalen« Lagers in Nachkriegsdeutschland: Werner Naumann und Paul Dickopf.<sup>5</sup> Nationalistisch waren deren Milieupolitiken, weil sie auf die Verwirklichung von Forderungen abzielten, die zuerst und vor allem in eben diesem nationalistischen Lager erhoben wurden.<sup>6</sup> Offen zu einer »nationalen« Haltung bekannt hat sich freilich nur Naumann, nicht Dickopf.

Werner Naumann, der bis 1945 ein enger Vertrauter von Joseph Goebbels gewesen war, bewegte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer nationalistischen Subkultur aus ehemaligen Nazigrößen (»die Abseitsstehenden«), die wiederum eingebettet war in ein konservatives Eliten-

3 Ein aktuelles Beispiel für dieses Phänomen behandeln Gideon Botsch/Christoph Schulze: Andreas Kalbitz – Der neue Rechtsaußen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (2019), S. 9–12.

4 Vgl. z. B. Gideon Botsch: Parteipolitische Kontinuitäten der »Nationalen Opposition«. Von der Deutschen Reichspartei zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 59 (2011), S. 113–137; Fabian Virchow: »Herr der Straße«. Demonstrationspolitik der extremen Rechten in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in: *informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945* 5 (2013), S. 9–13.

5 Zu den Biografien vgl. Günter J. Trittel: »Man kann ein Ideal nicht verraten ...«. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013; Imanuel Baumann: Paul Dickopf (1910–1973): Geheimagent, Spin Doctor und BKA-Präsident, in: ders., et al. (Hg.): *Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik*, Köln 2011, S. 69–78; Dieter Schenk: *Die braunen Wurzeln des BKA*, Frankfurt a. M. 2003.

6 Zur Geschichte des »nationalen« Lagers nach 1945 vgl. Dominik Rigoll: *Der Nationalismus und die Rechte*, in: Claudia Gatzka/Sonja Levsen (Hg.): *Neue Wege zu einer Geschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 2025, S. 112–137; ders.: *Von der WAV zur AfD. Nationalistische Parteien in Deutschland seit 1945*, in: Fabian Virchow u. a. (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden, i. E.

milieu. Aus diesem heraus arbeitete Naumann auf die Gründung einer »nationalen« Sammlungspartei hin – bis er 1953 von den Briten bis auf weiteres verhaftet wurde. Paul Dickopf, der einst im Dienst der Kriminalpolizei/SS und der militärischen Abwehr gestanden hatte, bewegte sich einerseits im ebenfalls konservativ geprägten Milieu der »Ehemaligen«. Dabei handelte es sich um frühere NS-Beamte, die eben nicht mehr »abseits standen«, sondern im Gegenteil in den Institutionen der Bundesrepublik »wiederverwendet« worden waren. Dickopf selbst wirkte maßgeblich am Aufbau des Bundeskriminalamts (BKA) mit. Andererseits nutzte Dickopf seine Position als Spitzenbeamter, um insbesondere beim Staatsschutz nationalistische Akzente zu setzen, wobei auch dies Gegenbewegungen provozierte. Wie dieser Beitrag zeigt, entfalteten beide gleichwohl gesellschaftliche Wirkungsmacht, das heißt ihr Handeln prägte die Bundesrepublik – wenn auch nicht immer im intendierten Sinne.

Die forschungsleitende Vorannahme des Beitrags lautet denn auch, dass das nationalistische Lager in der Bundesrepublik nur dann als »randständige, weithin einflusslose politische Subkultur«<sup>7</sup> erscheint, wenn man nur politisch organisierte Rechte wie Naumann im Blick hat – und nicht auch gesellschaftlich äußerst gut integrierte Rechte wie Dickopf. Bestand und besteht das »nationale Lager« doch nicht nur aus der sich als »nationale Opposition« verstehenden extremistischen Rechten, die in Fundamentalopposition verharret, bis sie stark genug ist, um alleine die Regierung zu stellen. Der politische Nationalismus umfasst auch eine zentristische Rechte, die ihrem Selbstverständnis nach innerhalb der Demokratie »den rechten Flügel stärkt«.<sup>8</sup> Die nationalistische Rechte wäre sogar noch viel einflussreicher gewesen, wenn es aus »Sorge um die Stabilität der deutschen Nachkriegsdemokratie« nicht antinationalistische »Auseinandersetzungen mit den antidemokratischen Bewegungen«<sup>9</sup> von rechts gegeben hätte, die sich selbst als »antifaschistisch«, »antinazistisch« oder »antitotalitär« verstanden. Letzten Endes hat die »nationale« Rechte die Demokratie von Bonn also nicht nur direkt geprägt, sondern auch und

7 So Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 1. Botsch bezieht sich hier nur auf die »nationale Opposition«, nicht auf die gesamte Rechte. Zur Frage, wer zur deutschen Rechten zählt: vgl. auch Dominik Rigoll/Laura Haßler: Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten, in: Archiv für Sozialgeschichte 61 (2021), S. 569-611 und 63 (2023), S. 491-545.

8 Zur Unterscheidung zwischen organisierter und integrierter bzw. extremistischer und zentristischer Rechter vgl. Dominik Rigoll: Von der WAV zur AfD; ders. (Anm. 6).

9 Botsch (Anm. 7), S. 1.

vor allem indirekt durch die gegen sie gerichteten Abwehrreaktionen.<sup>10</sup> Beide Dimensionen gesellschaftlicher Wirkungsmacht untersucht dieser Beitrag am Beispiel rechter Milieupolitiken zwischen nationalistischer Subkultur und konservativer Lebenswelt.

## Von »Nazis im Jahr 1966« zu Arbeitshypothesen und Arbeitsdefinitionen

Das Gaststättenfoto aus Moosham, von dem zu Beginn die Rede war, ist von einem Reporterteam der französischen Illustrierten *Paris Match* aufgenommen worden. Es war Teil einer Titelstory, die »Sie sind Nazis im Jahr 1966« hieß.<sup>11</sup> Der Artikel enthielt unter anderem ein Porträt des »nationaldemokratischen« Großbauern Schöftlmaier, bebildert mit Fotografien in Arbeitskleidung vor Holzscheiten und mit Weinbrand (?) in einem holzvertäfelten Raum. Schöftlmaiers immensen Wahlerfolg erklärte der Artikel nicht nur mit dem anhaltenden Nationalismus der lokalen Bevölkerung, sondern auch mit Modernisierungsmaßnahmen, die der Bürgermeister im Dorf verantwortet hatte. Für die Titelgeschichte interviewt hatten die Journalisten auch einen NPD-Politiker, der in einer Villa am Starnberger See lebte, dessen Geschichte es dann aber nicht ins Heft schaffte.<sup>12</sup> Nur kurz vorgestellt wurde Friedrich Thielen, der erste Vorsitzende der NPD. Ein ganzseitiges Foto zeigt den 50-jährigen Bremer Betonfabrikanten und Bauunternehmer mit kleinem Sohn und Ehefrau in seiner Villa. Thielen, mit Anzug, Krawatte und Tageszeitung, könnte ebenso gut Mitglied der CDU oder der nationalkonservativen Deutschen Partei (DP) sein – was er ja auch war bis 1959 respektive 1964.<sup>13</sup> Dass diese äußerst verschiedenen nationalistischen Subkulturen – hier die süddeutsch-katholische, dort die norddeutsch-protestantische – politisch nicht nur durch Organisationen wie die NPD, sondern auch durch

10 Sehr früh zu diesem indirekten Einfluss der nationalistischen Rechten: Franz Gress/Hans-Gerd Jaschke: Politische Justiz gegen rechts. Der Remer-Prozess 1952 in paradigmatischer Perspektive, in: Rainer Eisfeld (Hg.): Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 453-478.

11 Ils sont Nazis en 66, in: *Paris Match*, 18. 6. 1966, S. 54-61; Dank geht an Jutta Braun und Thomas Schaarschmidt, die mich auf diese Quelle und den Skandal, den sie provozierte, aufmerksam gemacht haben.

12 Vgl. Jean-Paul Franceschini: A vouloir trop trouver, in: *Le Monde*, 6. 7. 1966.

13 Vgl. *Paris Match*, 18. 6. 1966, S. 58. Zur NPD vgl. die Arbeit des Politologen Uwe Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. 1999. Eine Geschichte der Partei ist Desiderat.

Diese Abbildung ist nicht Teil  
der Open-Access-Version.

Gasthausgäste im oberbayerischen Moosham posieren für einen französischen Fotografen, 1966: Aus: *Ils sont Nazis en 66*, *Paris Match*, 18. 6. 1966, S. 57.

netzwerkartige Strukturen verbunden waren, verdeutlicht eine Begebenheit, die Jahre nach der *Paris Match*-Titelstory stattfand: Im April 1971 unterstützte Schöftlmaier den rechtsextremen Kölner Byzantinistik-Professor Berthold Rubin dabei, seine eigene Entführung durch linke Terroristen vorzutäuschen, indem er Rubin in seiner Jagdhütte versteckt hielt. Das Ziel der spektakulären Aktion, an der auch der neonazistische Rechtsanwalt und Hamburger Villenbesitzer Jürgen Rieger teilnahm, bestand darin, bei den unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein die CDU zu stärken.<sup>14</sup>

Die vorgetäuschte Rubin-Entführung zeigt aber nicht nur, dass es zu einer politischen Arbeitsteilung zwischen verschiedenen rechten Subkulturen kommen konnte, wenn diese, wie hier, durch Netzwerke miteinander verbunden waren, deren Mitglieder – hier wohl in einer Aktionsgemeinschaft Vierte Partei<sup>15</sup> – auf ein konkretes Ziel hin-

14 Vgl. Carl Schmidt-Polex: Gaudi mit dem braunen Gast. Bürgermeister Schöftlmaier versteckte Professor Rubin in seiner Jagdhütte, in: *Die Zeit*, 21. 5. 1971; Christoph Schulze: Rassismus in nationalsozialistischer Tradition. Der Neonazi Jürgen Rieger (1946-2009), Berlin 2020, S. 78 f.

15 Vgl. Richard Stöss: Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, in: ders. (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 1: AUD-CDU, Opladen 1986, S. 336-366.

arbeiteten.<sup>16</sup> Darüber hinaus legt sie nahe, dass die »Doppelhelix aus politischer Bewegung und lebensweltlichem Milieu«, in der sich die nationalistische Rechte bewegte, mitunter jene »Ereignisketten« hervorbrachte, »die plötzlich, eruptiv und oft unerwartet das Problem des Rechtsextremismus ins Bewusstsein des Publikums bringen und auf die Agenda der Politik zwingen« konnten, weil sie vor Augen führten, dass im Land ein gewisses *nationalistisches Potential* weiterhin vorhanden war.<sup>17</sup> Dies ist jedenfalls die erste Arbeitshypothese dieses Beitrags. Die zweite lautet, dass Naumann und Dickopf auf unterschiedliche Weise treibende Kräfte beim Zustandekommen jeweils einer solchen Ereigniskette waren, weil sie extrem gut innerhalb wie außerhalb der Bundesrepublik vernetzt waren<sup>18</sup> – und ihr Milieu geschickt als politische Ressource nutzten.

Ein *soziales Milieu* wird im Folgenden dem soziologischen Sprachgebrauch entsprechend als »sozialstrukturelle Gruppe gleichgesinnter Menschen« verstanden, die meist nicht nur »ähnliche Werthaltungen, Lebensführungen, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen«, sondern oft auch »ein gemeinsames (materielles, kulturelles, soziales) Umfeld«, das sie in ähnlicher Weise »sehen, interpretieren und gestalten.«<sup>19</sup> Der Milieubegriff entspricht hier weitgehend dem der *alltäglichen Lebenswelt*, die der Soziologe Alfred Schütz als jene »Wirklichkeitsregion« definiert, »in die der Mensch eingreifen und die er verändern kann, indem er mit ihr durch die Vermittlung seines Leibes wirkt. Zugleich beschränken die in diesem Bereich vorfindlichen Gegenständlichkeiten und Ereignisse, einschließlich des Handelns und der Handlungsergebnisse anderer Menschen, seine freien Handlungsmöglichkeiten.«<sup>20</sup>

Als *politisches Milieu* wird hieran anknüpfend die alltägliche Lebenswelt einer politischen Bewegung verstanden, in welcher deren soziale In-

16 Zur politischen Arbeitsteilung, die, ähnlich wie die wirtschaftliche Arbeitsteilung, den Betroffenen bewusst sein kann, aber nicht muss, vgl. Rigoll/Haßler (Anm. 7), S. 572f. passim.

17 Botsch (Anm. 7), S. 3, 6.

18 Deshalb wäre es auch möglich, das Wirken von Naumann und Dickopf als Ausprägungen rechter Netzwerkpolitiken zu historisieren; vgl. Marten Düring/Ulrich Eumann: Historische Netzwerkforschung: Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 369-390, insb.: S. 372. Die beiden Autoren verweisen hier auf Mark Granovetters »Strength of Weak Ties«, Roland Burts »Structural Holes« und das auf Stanley Milgram zurückführbare »Small World Phenomenon«.

19 Stefan Hradil: Milieu, soziales, in: Johannes Kopp/Anja Steinbach (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, Wiesbaden 2018, S. 319-322, hier: S. 319.

20 Alfred Schütz/Thomas Luckmann: Strukturen der Lebenswelt, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1991, S. 25.

tegration und politische Organisation sehr dicht sind, beide also über eine hohe personelle, materielle, ideelle und strukturelle Intensität verfügen. In einem konservativen Milieu sind daher nicht nur konservative Organisationen besonders präsent, sondern auch konservative Akteurinnen und Akteure in gesellschaftlichen oder staatlichen Institutionen. Entsprechendes gilt für nationalistische Lebenswelten. Diese Definition ist bewusst abstrakter gehalten als jenen, die etwa zum »konservativen Milieu« in Norddeutschland formuliert wurden, um im Folgenden untersuchen zu können, wie sich Naumann und Dickopf in ganz anderen konservativ geprägten Lebenswelten bewegten, namentlich in den Subkulturen der rheinischen Wirtschaftseliten und leitenden Bundesbeamten.

Die Frage, in welchem Verhältnis konservative und nationalistische Milieus zueinander stehen, ist bislang nicht gestellt worden: In Studien zum »konservativen Milieu« kommt der Begriff des »(radikal-)nationalistischen Milieus« nicht vor und umgekehrt.<sup>21</sup> Dieser Beitrag führt die beiden Forschungsstränge zusammen unter der Arbeitshypothese, dass die nationalistische Lebenswelt – also die des sich selbst als radikal oder gemäßigt »national« verstehenden Lagers – seit ihrer Herausbildung im späten 19. Jahrhundert gleichsam in das konservative Milieu eingebettet ist und die Grenzziehung zwischen beiden seitdem immer wieder neu ausgehandelt wird.<sup>22</sup> Eine dritte Arbeitshypothese lautet, dass in politischen Milieus eine Vielzahl von *Submilieus* existieren, die mitunter *Subkulturen* genannt werden. Im »nationalen« Milieu wäre dies zum Beispiel die »Skinhead«-Subkultur, die sich immens von jener der »Burschenschaftler« unterscheidet, was personelle Verbindungen zwischen beiden nicht ausschließt. Dabei können Milieus und Submilieus nicht nur *lokal* und *regional* verankert sein, also in einem Dorf, einem Stadtviertel oder einem Landstrich beispielsweise, sondern auch *sektoral*, in bestimmten Berufszweigen oder im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten. Manche Subkulturen können sogar einen *transnationalen* Charakter haben. Einer weiteren forschungsleitenden Hypothese zufolge ist dies im vorliegenden Fall eine nationalistische, vor allem aus Nazigrößen bestehenden Emig-

21 Vgl. Frank Bösch: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002; Gideon Botsch: Die extreme Rechte als »nationales Lager«. »Versäulung« im lebensweltlichen Milieu oder Marsch in die Mitte der Gesellschaft?, in: Christoph Kopke (Hg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Potsdam 2011, S. 57-81, hier: S. 69-71.

22 Hier ausgeklammert bleibt die Frage nach dem Verhältnis des liberalen zum »nationalen« Milieu.

ration, die sich nach 1945 in Spanien, Lateinamerika und Nordafrika bildete. Naumann und Dickopf waren mit dieser Welt ebenfalls vernetzt.

Auch Jean Taousson, dem verantwortlichen Redakteur der Titelstory von *Paris Match*, war dieser Kosmos nicht fremd. Er hatte der Organisation de l'armée secrète (OAS) angehört, einer nationalistischen Terrororganisation, die gegen die algerische Unabhängigkeit kämpfte und deren Anschläge über 2200 Todesopfer forderten.<sup>23</sup> Seiner Dolmetscherin zufolge traf sich Taousson im Schwabinger Café Europa-Espresso mit einem Algerien-Franzosen, der »ihn mit einer Gruppe neo-nazistischer Jugendlicher zusammenzubringen« versprach. So habe er einen Deutschen kennengelernt, der von »Nazi-Partys« erzählte, auf denen sich junge Leute entsprechend verkleideten. Taousson ließ daraufhin von Komparsen eine solche Party nachstellen, nutzte die falschen Fotos für den Beitrag und provozierte dadurch einen Skandal, der sogar die Bundesregierung und den Bundestag beschäftigte. *Paris Match* wurde vorgeworfen, sich nicht nur die Story mit der Nazi-Party ausgedacht zu haben, sondern auch die von Moosham – mit dem Ziel, der Bundesrepublik vor dem Hintergrund eines Besuchs des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Moskau zu schaden. Angeblich brachte das sowjetische Fernsehen sogar einen Bericht über die Titelgeschichte. Taousson selbst beteuerte seiner Dolmetscherin gegenüber, dass ihn sein deutscher Kontaktmann wirklich auf eine Nazi-Party mitgenommen habe. Er finde den »Wunsch der Jugendlichen«, sich auf diese Weise zu kostümieren, »natürlich«: Die Wehrmacht »habe doch gerade im ersten Teil des Krieges großartige und bewundernswürdige Schlachten geschlagen.« Zudem seien Zusammenkünfte wie die in München »doch in aller Welt üblich. Man treffe sich, trinke. Und nach einiger Zeit beginne man, alte nationalistische Lieder zu singen.« In Frankreich würden es »die Fallschirmjäger«, aus denen die OAS vor allem bestanden hatte, genau so machen.<sup>24</sup>

Die Frage, ob im München der 1970er Jahre tatsächlich »Nazi-Partys« stattfanden, wird dieser Beitrag nicht beantworten können. Ganz und gar unwahrscheinlich ist es nicht, erlebte die Bundesrepublik jener Zeit doch eine »Hitler-Welle«, die vielleicht auch »Nostalgie«-Praktiken umfasste, die so tabubrechend waren, dass sie nur im Privaten stattfanden.<sup>25</sup> Der Skandal um die »Nazis von 1966« zeigte die verschiedenen politi-

23 Vgl. Jean-Louis Rizza: Braqueur, mercenaire, aventurier. De l'OAS au banditisme, Paris 2025.

24 Dagmar Mundt: Pariser Bilderbogen, in: Die Zeit, 1. 7. 1966.

25 Zu einigen Aspekten der »Hitler-Welle« vgl. Tobias Becker: Er war nie weg. »Hitler-Welle« und »Nazi-Nostalgie« in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre, in: Zeit-historische Forschungen 18 (2021), S. 44-72.

schen Funktionen des Milieus. Die Forschung hat sich bisher vor allem für *Vergemeinschaftungsprozesse* interessiert. Sie hat untersucht, wie Milieus die Stabilität und Identität einer Bewegung stützen, in eine politische Gemeinschaft hineinwirken und in Krisen als Rückzugsort dienen können.<sup>26</sup> Darüber hinaus kann politischen Milieus aber auch eine *Vergesellschaftungsfunktion* zukommen, sie können also in die Gesellschaft hineinwirken – zum Beispiel, wenn wie hier ein Reporter aus dieser Lebenswelt berichtet und damit Wellen schlägt. Oder wenn eine nationalistische Partei erfolgreich »Agenda-Setting« betreibt. Ein anderes, vergleichsweise bekanntes Beispiel aus der Geschichte der Bundesrepublik ist die »Hakenkreuzschmierwelle« von 1959/60, die aus einer rechten Subkultur heraus angestoßen wurde und nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR und im Ausland nachahmende Taten provozierte.<sup>27</sup> Auch der rechte Überfall auf das linke Milieu in Leipzig-Connewitz im Jahr 2016 passt in diese Kategorie.<sup>28</sup> Außerdem kann Milieus die Funktion der *Verherrschaftung* zukommen, sie können also Teil eines Machteroberungsprozesses sein, wie Forschungen zur NSDAP zeigen.<sup>29</sup> Analytisch kann daher zwischen *nach innen und nach außen gerichteten Milieupolitiken* unterschieden werden, wobei wir im Folgenden am Beispiel der biografischen Sonden sehen werden, dass die Dimensionen milieupolitischen Engagements oftmals ineinander übergangen.

### Von »Abseitsstehenden« im Villenviertel zur Naumann-Affäre von 1953

Einen der wichtigsten Protagonisten der extremen Rechten in der frühen Bundesrepublik hatte es schon früh aus der sächsischen Provinz in die Großstadt gezogen: Werner Naumann, 1909 in Guhrau als Sohn eines protestantischen Gutsbesitzers und Amtsgerichtsrats geboren, ging zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zunächst nach Berlin, später nach Genf und Breslau. Bereits 1928 der NSDAP und der SA beigetreten, lernte er in der Reichshauptstadt rasch Joseph Goebbels ken-

26 Vgl. z. B. Botsch (Anm. 7), S. 3., S. 3.

27 Vgl. Philipp Grehn: 24. Dezember 1959. Hakenkreuze an Weihnachten, in: Martin Langebach (Hg.): Protest. Deutschland 1949-2020, Bonn 2021, S. 156 f.

28 Vgl. Die Geschichte des Überfalls auf Connewitz, in: kreuzer, 15. 8. 2018, <https://kreuzer-leipzig.de/2018/08/15/connewitz-ueberfall-neonazis-nachrichten> (24. 5. 2025).

29 Vgl. z. B. William Sheridan Allen: The Nazi Seizure of Power: The Experience of a Single German Town, 1922-1945, New York 1984.



Links: Naumann im Jahr 1944 (gemeinfrei); rechts: Eskortiert von britischen Polizisten betritt Werner Naumann (Mitte) das britische Obergericht in Bielefeld, Februar 1953. (picture alliance/AP 39885378)

nen. Dank der Unterstützung des Gauleiters stieg Naumann in der Nazi-bewegung rasch auf, obwohl er wegen seiner Nähe zum SA-Führer Edmund Heines zwischenzeitlich in Ungnade fiel. Nach Stationen in Stettin und Breslau, wo Naumann in Nationalökonomie promovierte und als Oberassistent eine Habilitation begann, ging er 1938 erneut nach Berlin, wo er sich der SS anschloss und von Goebbels' persönlichem Assistenten zum Staatssekretär im Propagandaministerium aufstieg, dessen »Durchhalte«- und »Werwolf«-Propaganda er im »Endkampf« prägte. Als SS-Führer war er in Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und der Sowjetunion eingesetzt. Kurz bevor sich Goebbels im »Führerbunker« das Leben nahm, ernannte er Naumann zu seinem Nachfolger, der daraufhin untertauchte, um sich einer Verhaftung und einer Anklage als »Haupt-schuldiger« zu entziehen.<sup>30</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Trittel (Anm. 5), S. 17-76; Beate Baldow: Episode oder Gefahr?: Die Naumann-Affäre, Berlin 2012, S. 17-34. Das angeblich von Werner Naumann verfasste Büchlein »NAU NAU gefährdet das Empire?« (1953 im rechtsextremen Plesse-Verlag erschienen) ist allenfalls als Quelle für neonazistische Propaganda brauchbar.

In der Forschung ist Naumann vor allem als Prototyp des aus der Zeit gefallenen »Ewiggestrigen« gezeichnet worden. Sein »frühes Scheitern« wird mit der »grotesken Überschätzung seiner persönlichen Mobilisierungskraft« durch ihn selbst erklärt, aber auch damit, dass er seine Gegnerinnen und Gegner unterschätzte, die über politische Lager hinweg fähig und willens waren, potentielle Gefahren von rechts »wirkungsvoll zu bekämpfen«.<sup>31</sup> Herausgehoben wird vor allem, dass Naumann aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP heraus eine nationalistische Sammlungspartei gründen wollte, die auch und gerade früheren Nazi-Größen wie ihm selbst offenstehen sollte, was nicht zuletzt dem FDP-Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue zupasskam, der seine Partei auf eine Politik der »nationalen Sammlung« einschwören wollte.<sup>32</sup> Diese Deutungen von Naumanns politischem Parcours nach 1945 sind korrekt, blenden aber zwei Befunde aus, die im Folgenden betont werden sollen.

Zum einen zeigen die wenig rezipierten Studien von Kurt Tauber und Beate Baldow, dass die Subkultur der »Abseitsstehenden« – also jener ehemaligen Nazieliten, die der neuen Ordnung ablehnend gegenüberstanden – über das Naumann-Netzwerk nicht nur in die FDP-NRW einzudringen vermochte, sondern auch mit vielen anderen rechten Landesverbänden der FDP, mit der Deutschen Partei (DP) und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) verhandelte sowie über Verbindungsleute im Sicherheitsapparat der Bundesrepublik verfügte.<sup>33</sup> Auch deshalb stellte die Zerschlagung der Naumann-Verschwörung im Januar 1953 durch die Briten nicht nur eine »vergangenheitspolitische Grenzmarkierung« (Norbert Frei) dar, sondern eine sicherheitspolitische Maßnahme allerersten Ranges, die historisch nicht weniger bedeutend ist als das Verbot der SRP, ja wie ein zweites Parteiverbot unter Umgehung des Bundesverfassungsgerichts wirkte.<sup>34</sup> Dass diese britische Repression gegen die radikale Rechte im Gegensatz zum SRP-Verbot heute nur noch Spe-

31 So Trittel (Anm. 5), S. 306.

32 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953, München 2010; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

33 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 123-197; Kurt Philip Tauber: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, 2 Bde., Middletown 1967, S. 132-147.

34 Vgl. Dominik Rigoll: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 121 f.; ders.: Eine rechte Verschwörung und ihre publizistische Leugnung. Friedrich Grimms Buch über die Middelhaue-Naumann-Affäre von 1953, in: Die radikale Rechte in Deutschland, 1945-2000. Eine kommentierte Online-Quellensammlung, 11. 6. 2025, <https://dev.radikale-rechte.de/comment/026-rigoll-grimm-unrecht> (30. 10. 2025).

zialistinnen und Spezialisten bekannt ist, mag dem Umstand geschuldet sein, dass sie sich nicht gegen eine Partei, sondern gegen eine geheimbund-ähnliche Kadervereinigung richtete, mithin also gegen ein Produkt aktiver Milieupolitik von rechts.

Im März 1945 hatte Naumann in einer Propagandarede noch gesagt: »Sollte meine Welt, die Welt der Gerechtigkeit nicht siegen«, werde »kein Platz« für ihn und seine Kinder »in der Welt meiner Feinde, in einem jiddischen Deutschland« sein. »Der Feind würde, wenn ihm Erfolg beschieden wäre, in Deutschland einen Partisanenkrieg unter dem Zeichen des Werwolfs erleben, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat.«<sup>35</sup> Nachdem der kurzzeitige Hitler-Nachfolger Dönitz im Mai 1945 die Einstellung aller »Werwolf«-Aktionen befohlen hatte (nur im Westen, wohlgemerkt, nicht gegen die Rote Armee), bildeten sich andere Formen des Untergrundkampfes heraus: zunächst Netzwerke ehemaliger Funktionsträger des Naziregimes, die 1946/47 zerschlagen wurden. Dann entstand aus den britischen Internierungslagern heraus mit der so genannten Bruderschaft ein elitärer neonazistischer Geheimbund, der sich um gute Beziehungen mit den Westmächten bemühte und unter anderem versuchte, auf die rechten, »nationalen« Flügel der von den Alliierten zugelassenen Parteien einzuwirken.<sup>36</sup> Was Naumann in der Zeit der Militärbesatzung genau machte, ist nicht bekannt. Er soll unter falschem Namen eine Maurerlehre absolviert haben und als V-Mann für den französischen Geheimdienst tätig gewesen sein, der ihn dafür die Entnazifizierung umgehen ließ.<sup>37</sup>

Jedenfalls tauchte er im März 1950, nach Inkrafttreten eines ersten umfassenden Straffreiheitsgesetzes, in Tübingen wieder auf und ließ sich nach kurzer Zeit in Frankfurt in einem Villenviertel in Düsseldorf-Büderich nieder – also mitten im konservativ geprägten, wirtschaftsbürgerlichen Milieu der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Er fing als Exportleiter bei der Firma von Herbert Lucht an, einem Ex-Kollegen aus dem Goebbels-Ministerium, die angeblich vor allem mit dem arabischen Raum handelte. Die »Villa Lucht«, in der nun auch er lebte, war von Emil Fahrkamp entworfen worden, einem ehemals hochrangigen Düsseldorfer NS-Kulturfunktionär. In Auftrag gegeben worden war das 1948 errichtete Anwesen von Lea Lucht, die eine Cousine des belgischen Nationalisten

35 Zit. n. Trittel (Anm. 5), S. 75.

36 Vgl. Dominik Rigoll: Bundesrepublik Deutschland und Westzonen 1945 bis 1953: Neuanfang nach der Niederlage, in: Langebach (Hg): Deutschlands radikale Rechte, S. 3-38; zum Werwolf, dessen Bedeutung oft unterschätzt wird, vgl. Perry Bidcombe: The last Nazis. SS Werewolf Guerrilla Resistance in Europe 1944-1947, Stroud 2004.

37 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 24 f.; Trittel (Anm. 5), S. 79-81.

und SS-Mannes Léon Degrelle gewesen sein soll und in Düsseldorf eine Confiserie namens »Die Praline« geführt haben soll. Nach dem Tod ihres Mannes 1951 übernahm sie die Leitung der Firma und begann eine Affäre mit Naumann, dessen Frau mit den Kindern in Dortmund und Stuttgart lebte. Naumann bekam von seiner Chefin ein ansehnliches monatliches Gehalt von 600 DM ausgezahlt, wurde aber auch in politischen Dingen von ihr unterstützt. Sie begleitete ihn auf Auslandsreisen und zu vielen der Diskussionsrunden, die er in der ganzen Republik organisierte. Auch ihre mit einem abgeschirmten Innenhof ausgestattete Villa wurde für derlei »Stammtische« genutzt, wie man sie nannte. Der Sinn und Zweck dieser Zusammenkünfte bestand im inhaltlichen Austausch, strategischen Planen und dem Einüben öffentlichen Sprechens in einem Kontext, in dem das offene Bekenntnis zum Nazismus weiterhin sanktioniert wurde.<sup>38</sup>

Den Informationen des britischen Geheimdienstes zufolge bestand das Netzwerk um Naumann im Kern aus ehemalige Nazigrößen, die selbst nach den Maßstäben der frühen Adenauer-Ära zu belastet waren, als dass sie wieder politische Ämter in Ministerien hätten erhalten können. Man verstand sich als Gegenelite, die bereitstand, die »Bonner Kolonie« nach ihrem herbeigesehnten Scheitern abzulösen. Es gab einen inneren Kreis aus 20 Getreuen, zu denen neben Lea Lucht mit der früheren Hitler-Sekretärin Gerda Christian, die nun im Düsseldorfer Hotel Eden arbeitete, eine weitere Frau gehörte. Daneben existierten ein etwas größerer Hamburger Kreis sowie ein äußerer Kreis, der aus vielen kleinen Zirkeln bestand – insgesamt waren es wohl bis zu 1000 Personen. Kontakt zu Finanziers wurde unter anderem durch den FDP-Politiker Ernst Achenbach hergestellt, dessen Anwaltskanzlei die Firma Lucht vertrat.<sup>39</sup> In der Kanzlei angestellt war außerdem Werner Best, der bereits 1926 als junger Aktivist der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine »Internationale Politik für Nationalisten« propagiert hatte. Später, nach dem Beitritt in die NSDAP, hatte Best als Hochrangiger SS- und Geheimdienst-Mann eine solche Politik im besetzten Frankreich und Dänemark zu realisieren versucht.<sup>40</sup>

38 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 25-31, 40, 84 passim; zu Lea Lucht vgl. auch Graham Macklin: *Failed Führers. A History of Britain's Extreme Right*, London/New York 2020, S. 109.

39 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 30-37, 83-102, 311-332 passim.

40 Vgl. Ulrich Herbert: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996, S. 93 f.; Dominik Rigoll: *Internationalismus von rechts. Deutsch-französische Annäherung unter nationalistischen Vorzeichen am Beispiel von Friedrich Grimm (1888-1959)*, in: Anne Couderc u. a. (Hg.): *La réconciliation/Versöhnung. Histoire d'un concept entre oubli et mé-*

Auch die personellen und institutionellen Verbindungen des Naumann-Netzwerks reichten über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Besonders gut vernetzt war Naumann ins westliche Ausland, allem voran mit dem britischen Faschistenführer Oswald Mosley, aber auch mit französischen Kollaborateuren sowie mit dem österreichischen Verband der Unabhängigen (VdU). Mitunter sehr enge Kontakte bestanden ferner in die lateinamerikanische, spanische und ägyptische Nazi-Emigration sowie zu Bestrebungen der Schaffung einer nationalistischen Internationalen in Westeuropa unter Einbeziehung osteuropäischer Emigranten. In der Bundesrepublik selbst waren die Beziehungen besonders eng zu einer Vielzahl von Soldatenbünden, zur Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG), zur Stillen Hilfe, zu rechten Medien sowie zu kulturpolitisch-publizistischen Unternehmungen wie dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes oder der Zeitschrift *Nation Europa*. Einzelne Verbindungsleute gab es in staatlichen Institutionen, so Hans Strack im Bundeswirtschaftsministerium. In Düsseldorf selbst wurde Naumann unter anderem Mitglied des renommierten Industrie-Clubs und einer »Kegel-Gemeinschaft«. <sup>41</sup>

Aus diesem großen Netzwerk heraus verhandelte Naumann mit einer ganzen Reihe von nach rechts besonders weit offenen Landesverbänden der FDP, der DP und des BHE über die Gründung einer Sammlungspartei. Diese sollte, so hoffte man, bei der Bundestagswahl auf 20 Prozent kommen. Als organisatorische Basis des Unternehmens sollte die Deutsche Reichspartei (DRP) fungieren – Naumann sprach Ende 1952 gegenüber Adolf von Thadden von einer »Kerntruppe«. <sup>42</sup> Im Gegensatz zur SRP, von der sich Naumann abgrenzte, zu der er aber ebenfalls Kontakt hielt, wollte man keine zweite NSDAP gründen, sondern eine Formation, die eher an die späte DNVP anknüpfte, die bis 1930 viel stärker als die NSDAP gewesen war. In der DNVP fanden sich 1932/33 Nationalkonservative, Nationalliberale, Völkische und Nazis zusammen, nachdem sich republiktreue Konservative abgespalten hatten. Als Vorbild konnte die »Harzburger Front« dienen – eine kurzlebige Allianz aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Alldeutschen und anderen Rechten im Jahr 1931, die

moire/Geschichte eines Begriffs zwischen Vergessen und Erinnern, Brüssel 2022, S. 241-264.

41 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 55-83, 102-123; Herbert Elzer: Lockruf der Levante. Legationsrat Hans Strack, das Bundesministerium für Wirtschaft und die deutsch-ägyptischen Außenhandelsbeziehungen 1949-1953, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 101 (2014), S. 1-22.

42 Vgl. Baldow (Anm. 30), S. 123-196; Zitat: 19.

im Übrigen auch für das politische Selbstverständnis der DRP von Bedeutung war.<sup>43</sup>

Allein: Kurz bevor Naumann mit dem Vorsitzenden des BHE, dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft, in Verhandlungen trat, wurden er und sechs weitere Mitverschwörer im Januar 1953 von britischen Public Safety-Offizieren festgenommen und in Werl interniert, wo auch Kriegsverbrecher einsaßen. Zwar wurde Naumann schon bald wieder freigelassen und zunächst sogar zugelassen, dass er als Kandidat der DRP in den Wahlkampf zog. Jedoch eröffnete die nordrhein-westfälische Landesregierung kurzerhand ein Entnazifizierungsverfahren gegen ihn, erklärte ihn für »belastet« und entzog ihm auf dieser Grundlage das passive und aktive Wahlrecht.<sup>44</sup> Repressiv verhindert worden war 1953 also nicht nur die Fusion besonders rechtsgerichteter Kräfte aus der FDP, der DP und des BHE in der DRP, sondern auch das Antreten eines besonders charismatischen Neonazis bei der zweiten Bundestagswahl. Insofern war die britische Intervention gegen das Naumann-Netzwerk für die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht weniger bedeutend wie das SRP-Verbot. Zudem kann man sie im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR durch sowjetische Truppen wenige Monate später interpretieren. In beiden Fällen zeigten die Alliierten, dass sie den Status quo mit Gewalt zu schützen bereit waren – im Osten vor einer offenen Rebellion gegen die sozialistische Diktatur, die vor allem von Arbeiterinnen und Arbeitern getragen war, im Westen vor einer rechten Subversion der parlamentarischen Demokratie, die sich nicht zuletzt in den Villenvierteln des Landes formierte.

Vollkommen gescheitert ist Naumanns nach außen gerichtete Milieupolitik jedoch nur auf den ersten Blick. Zum einen hatte er – wie viele andere »Ehemalige« und im Gegensatz zur Masse der NS-Verfolgten<sup>45</sup> – beachtlichen beruflichen Erfolg. Auf Vermittlung von Harald Quandt, einem Kind aus Magda Goebbels' erster Ehe, wurde Naumann zunächst die Leitung der Wildfang-Metallwerke GmbH in Gelsenkirchen über-

43 Vgl. Manfred Jenke: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 155f.; Oliver Sowinski: Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a. M. u. a. 1998, S. 25.

44 Baldow (Anm. 30), S. 197-227.

45 Klassisch hierzu: Ulrich Herbert: Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Rechtsradikalismus in Niedersachsen nach 1945, Hildesheim 1995, S. 1-17; zur prekären Situation von NS-Verfolgten in der Bonner Republik vgl. Stefanie Schüler-Springorum: Unerwünscht. Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes, Frankfurt a. M. 2025.

tragen. Später wurde er in den Vorstand der zum Quandt-Konzern gehörenden Busch-Jaeger Dürener Metallwerke AG berufen. Zuletzt lebte er auf einem Gut im Sauerland. Wie Fotos zeigen, blieb er dabei weiter in der besseren Gesellschaft des Landes präsent.<sup>46</sup>

Zum anderen blieb der »nationale« Flügel der FDP eine Macht in der Partei und damit in der Bundesrepublik. Versuche, den Einfluss der Rechten in der nordrhein-westfälischen »Nazi-FDP« (so Theodor Heuß im Jahr 1956) zurückzudrängen, blieben zunächst erfolglos. Aus der Perspektive eines resignierten Parteilinken bestand die Spitze des Landesverbandes noch 1960 nur aus »Nationalisten in ihrem Wollen«, die »reaktionär in ihren Vorstellungen« seien und »Liberalen zu keiner Zeit.« Das Grundgesetz werde von ihnen »verhöhnt«, Antisemitismus sei »offen und latent vorhanden«. Erst in den 1968er Jahren rückte der Landesverband mit Politikern wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch nach links. Ganz verschwunden ist der rechte Flügel aber auch danach nicht. So ist es kein Zufall, dass es mit Jürgen Möllemann zu Beginn des 21. Jahrhunderts wiederum ein Vorsitzender des Düsseldorfer Landesverbands war, der versuchte, die Bundespartei auf einen nationalliberalen (und für Antisemitismus offenen) Kurs zu bringen, der inzwischen mit neuen Begriffen wie »rechtspopulistisch« belegt wurde.<sup>47</sup> Die Grundlagen für diese Stärke der Parteirechten waren in den Jahren nach 1945/49 sicher nicht nur, aber auch durch die Milieupolitik des Naumann-Netzwerks gelegt worden.

### Von einem »Rechtsextremisten« im Sicherheitsapparat zur *Spiegel*-Affäre von 1962

Im April 1959 schrieb ein CIA-Offizier über einen hohen Beamten des Bundesinnenministeriums (BMI), den er seit vielen Jahren als V-Mann führte, dieser habe unlängst noch »offener rechtsextreme« Ansichten vertreten als sonst: »the tone of voice was bitter and the statements were more candidly Right-Extremist than is usual with CARAVEL«. Caravel –

46 Vgl. Buchna (Anm. 32), S. 198; Franz Menges: »Naumann, Werner« in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 773 f.; Katrin Hammerstein: Ein Netzwerk in der Nachkriegszeit. Goebbels' Staatssekretär Werner Naumann und sein »Naumann-Kreis«, in: Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien, online: <https://ns-reichsministerien.de/2019/10/24/ein-netzwerk-in-der-nachkriegszeit-goebbels-staatssekretaer-werner-naumann-und-sein-naumann-kreis/> (26. 5. 2025).

47 Vgl. Kristian Buchna: Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 2018, S. 235-260, Zitate: 258, 255.

so lautete der Deckname von Paul Dickopf, der seit 1949 beim Aufbau des Bundeskriminalamts (BKA) aus dem BMI heraus eine Schlüsselrolle gespielt hatte. Auslöser der Verbitterung des Spitzenbeamten war ein investigativer Artikel, der gerade im *Spiegel* erschienen war und der berichtet hatte, dass ein verbeamteter Gutachter in der Fälschungsabteilung des BKA als Urkundenfälscher überführt worden sei. Dickopf, der seit 1945 für den US-Dienst tätig war, habe seinem V-Mann-Führer mitgeteilt, dass er »repressive Rechtsmittel zur Disziplinierung der Presse« befürworte: »he stated explicitly at one point that he favored legal repressive measures to discipline the press«. <sup>48</sup> Gut drei Jahre später, im Oktober 1962, stand Dickopf im Zentrum einer Polizeiaktion, die eine solche Disziplinierung der Vierten Gewalt darstellte: Als Chef der Auslandsabteilung des BKA war er einer der Auslöser der *Spiegel*-Affäre, in der einige Journalisten des Blattes wegen Verdachts auf Landesverrat verhaftet wurden.

Waren die Landesverratsermittlungen auch das Werk eines rechts-extremen Ministerialbeamten, der eine unliebsam gewordene Redaktion einschüchtern wollte? Obwohl die Rolle des BKA in der *Spiegel*-Affäre intensiv beforscht wurde und auch die Berichte des amerikanischen V-Mann-Führers bekannt sind, haben sich Historikerinnen und Historiker bislang noch nicht mit der Frage beschäftigt, ob Dickopf das Exempel, von dem er 1959 mit Blick auf das Magazin sprach, 1962 tatsächlich zu verwirklichen suchte. Dies hat zum einen damit zu tun, dass Dickopf in zeithistorischen Studien bisher nur als einer von vielen »NS-Belasteten« im Staatsapparat untersucht wurde, weil er als junger Kriminalbeamter der SS und später dem Wehrmachtseheimdienst Abwehr angehört hatte. <sup>49</sup> Aus belastungsgeschichtlicher Perspektive betrachtet war Dickopf ein Ex-Nazi, ein *ehemaliger* Rechtsextremer. Zum anderen gibt es zwei Bücher, die sich ausführlicher mit den Verbindungen des Spitzenbeamten zur extremen Rechten beschäftigten, die investigative Journalisten verfassten: Pierre Péan, Karl Laske und Willi Winkler haben alle drei eine Biografie des Schweizer Bankiers, Hitler-Verehrers und Goebbels-Nachlassverwalters François Genoud veröffentlicht, der mit Dickopf seit 1943 befreundet war und über Jahrzehnte hinweg mit ihm politisch zusammenarbeitete. <sup>50</sup>

Im Folgenden soll nicht jener vergleichsweise gut erforschte Dickopf im Zentrum stehen, der sich an die Erfordernisse der liberalen Demokratie

48 Chief of Base Frankfurt, 8. 4. 1959, NARA, RG 263, ZZ 18, Box 24.

49 Vgl. insb. Baumann (Anm. 5); Schenk (Anm. 5).

50 Vgl. Karl Laske: *Le banquier noir*. François Genoud, Paris 1996; Pierre Péan: *L'extrémiste*. François Genoud, de Hitler à Carlos, Paris 1996; Willi Winkler: *Der Schattenmann*. Von Goebbels zu Carlos: Das mysteriöse Leben des François Genoud, Berlin 2011.



Dickopf 1939 als SS-Mann in der Führerschule der Sicherheitspolizei und 1969 als BKA-Präsident. Das Bild links befindet sich im Privatbesitz von Dieter Schenk, dem ich für die kostenfreie Bereitstellung herzlich danke. Das Bild rechts stammt aus dem Bundesarchiv (Bild 146-2007-0205).

anpasste und deshalb in der Bundesrepublik eine steile Karriere machte, sondern der andere Dickopf, der seinem V-Mann-Führer gegenüber offenbar öfters rechtsextreme Ansichten äußerte. Anders als Naumann war Dickopf jedoch kein politisch organisierter Nationalist, der mit Parteien verhandelte und ein Bundestagsmandat anstrebte, sondern ein gesellschaftlich äußerst gut integrierter. Die rechte Milieupolitik, die er praktizierte, war dementsprechend anders beschaffen als die Naumanns. Die Lebenswelt, in der sich der »andere Dickopf« bewegte, war die der »Ehemaligen«, also der früheren NS-Beamten, in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik. Allerdings war Dickopf anders als die meisten anderen »Belasteten«. Denn mindestens über Genoud und über das Geheimdienstmilieu, dem er ebenfalls angehörte, stand er in Verbindung mit jener transnational aktiven extremen Rechten, mit der auch das Naumann-Netzwerk verflochten war. So konnte er das konservativ geprägte Milieu, das ihn als Bundesbeamter umgab, immer wieder nutzen, um eine im Kern nationalistische, antidemokratische Agenda zu verfolgen.

Anders als Naumann war Dickopf, 1910 im Westerwald als Sohn eines katholischen Volksschullehrers geboren, vor 1933 »politisch in keiner Weise tätig«, wie er 1939 eingestand. Seit 1932 in Frankfurt als Jurastudent eingeschrieben, trat er erst im Mai 1933 dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) bei. Letztlich brach er sein Studium ab, nahm aber an Schulungen des NSDStB teil, leistete freiwillig Militärdienst, wurde so Unteroffizier, machte ein Praktikum beim Amtsgericht Wiesbaden und bestand 1937 die Eignungsprüfung zum Kriminalkommissar-

Anwärter. Seine Ausbildung in der Führerschule der Sicherheitspolizei am Polizeiinstitut Charlottenburg, von Hermann Göring zur zentralen Ausbildungsstätte für Polizisten gemacht, brachte Dickopf nicht nur zur Kriminal-, sondern auch zur Schutz- und Verwaltungspolizei sowie zur Gestapo und zum Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler.<sup>51</sup> Als Referendar bei der Stapo Frankfurt nahm er 1938 nach eigenen Angaben an einer größeren Razzia gegen »Zuhälter und Arbeitsscheue« sowie an deren Deportation nach Buchenwald teil.<sup>52</sup> Auf seiner ersten Stelle als Referendar, beim Sicherheitsdienst der SS/Gestapo in Karlsruhe, wirkte er bei der Organisation von »Massenverschiebungen der so genannten ›Nichtstuer« – mehrmals Vorbestrafte, Trinker, Zuhälter usw. – in Konzentrationslager« mit, indem er die Karteikarten entsprechend aktualisierte.<sup>53</sup>

Nach dem Ende des Referendariats trat Dickopf in Stuttgart in den Dienst der Abwehr. Was er hier machte, ist schwer in Erfahrung zu bringen. Plausibel erscheint, dass er Gold und Devisen, die jüdischen Deutschen gestohlen worden waren, mithilfe von Genoud in die Schweiz verbrachte. Jedenfalls gibt es einige Indizien für diese Tätigkeit. So gab Dickopf bei einer Verhaftung in der Schweiz im Jahr 1944 an, dass er mit Genoud Devisengeschäfte getätigt habe und deshalb über ein Vermögen von 200.000 Reichsmark verfügte, was ungemein viel war für einen mittleren Beamten aus einfachem Hause.<sup>54</sup> Wie schweizerische Polizeiakten zeigen, war Genoud davor beim Einschmuggeln von Gold ertappt und ebenfalls verhaftet worden.<sup>55</sup> Auffallend ist schließlich, dass Helmut Prante, der 1979 als Kriminaldirektor beim BKA eine gewissenhafte interne Dokumentation zu Dickopf vorlegte, ausführlich auf Geldwäsche in der Abwehr eingeht, aber davor zurückschreckt, diese explizit mit seinem 1973 verstorbenen Ex-Chef in Verbindung zu bringen.<sup>56</sup> Dies wäre jedenfalls meine Interpretation des unkommentierten Geldwäsche-Exkurses im »Prante-Bericht«.<sup>57</sup> Zeitgenössisch sind Personen wie Dickopf

51 Lebenslauf, 15. 1. 1939, in: BAArch, BDC-RS 60005014565; Lebenslauf, 15. 2. 1945, in: BAArch, N1265/9.

52 Lebenslauf, 22. 12. 1945, in: BAArch, N1265/8.

53 Lebenslauf Dickopf, 10. 8. 1944, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E 27/10755.

54 Lebenslauf Dickopf, 10. 8. 1944, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E 27/10755.

55 Vgl. Armeestab an Armeeauditor, 28. 8. 1944, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E 27/10755.

56 Vgl. Helmut Prante: Paul Dickopf oder die Gründungsgeschichte des Bundeskriminalamtes. Versuch einer Lebensbeschreibung aufgrund von Selbstzeugnissen, Briefen und Berichten. (Eine zeithistorische Studie.) Wiesbaden 1976/77, S. 15–20, in: BAArch, N1265/69.

57 Vgl. auch Laske (Anm. 50), S. 62 f.

zu Recht als »Profiteure« bezeichnet und mitunter zur Rechenschaft gezogen worden. Getrieben war er – genau wie Genoud – aber vermutlich auch von schlichtem Antisemitismus. Eine Zeugin, die während des Krieges von der Schweizer Polizei zu Dickopf befragt wurde, gab zu Protokoll, dass dieser »seinen Judenhass in Diskussionen nie versteckt« habe.<sup>58</sup>

Als sich nach der Bildung der Anti-Hitler-Koalition 1942/43 die deutsche Niederlage abzeichnete, ging Dickopf dann selbst in die Schweiz und nahm die Identität eines, wie er behauptete, »von der SS« verfolgten Flüchtlings an. Ausgestattet mit einer Legende als katholisch-gläubiger Nazigeegner bot er seine Dienste nun dem Schweizer Geheimdienst und dem amerikanischen Office for Strategic Services (OSS) an, die ihn beide 1944/45 als V-Mann rekrutierten. In dieser Funktion verhalf Dickopf vermutlich NS-Funktionseliten, die wie er bereit zu einer Zusammenarbeit mit US-Diensten waren, zur Flucht aus Italien. Eine entsprechende Personenliste befindet sich jedenfalls in seinem Nachlass. Auf ihr steht beispielsweise Hans-Otto Meissner, der als Diplomat zuletzt mit der Intensivierung der antisemitischen Auslandspropaganda befasst gewesen war. Konkret hatte Meissner gefordert, »bei der antijüdischen Informationsarbeit in Italien die starke jüdische Beteiligung an verbotenen Handlungen (Schwarzhandel, Sabotage usw.) herauszustellen.«<sup>59</sup> Die kriminelle Energie, die Antisemiten wie Dickopf und Genoud an den Tag legten, wurde so auf ihre jüdischen Opfer projiziert.

Im September 1945 machte sich Dickopfs erster V-Mann-Führer, Paul Blum, dessen Geheimdienstlegende zu eigen: Er stellte ihm ein Empfehlungsschreiben für die alliierten Behörden in Deutschland aus, in dem er ihn als »politischen Flüchtling« auswies, der »rückhaltlos« kooperiert und »außerordentlich wichtige Auskünfte über Kriegsverbrecher« verschafft habe – was, wie gesehen, in gewisser Weise sogar zutraf.<sup>60</sup> Mit einem solchen Persilschein im Gepäck reiste Dickopf zurück in seine Heimat und berichtete dem OSS von nun an regelmäßig »über die Lage in Deutschland und die voraussichtliche Weiterentwicklung, insbesondere innerhalb von Wehrmacht, Polizei und Spezialdiensten«, wie er es im Dezember 1945 formulierte.<sup>61</sup>

58 »Dans les discussions, il n'a pas caché sa haine des juifs«, schreibt Jacqueline Rey, die von der Kantonspolizei Waadtland befragt wurde (Copie, S. II, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E 27/10755).

59 Zit. n. Prante (Anm. 56), S. 31. Zu Meissner vgl. Sebastian Weitkamp: Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der »Endlösung«, Bonn 2008, S. 276-283.

60 Vgl. das Schreiben Blums vom 6. 9. 1945 und seine Übersetzung in: BArch, N1265/9.

61 Lebenslauf 22. 12. 1945, in: BArch N 1265/8.

Allerdings wurde Dickopf als früherem SS-Mann zunächst der Wiedereintritt in das Berufsmilieu der Sicherheitsbehörden verwehrt. Als er sich im März 1946 in Hessen um eine Einstellung in den Polizeidienst bewarb, nahm ihm der verantwortliche Innenminister, Paul Venedey, die Legende vom politischen Flüchtling nicht ab. Venedey war Sozialdemokrat und kam aus einer vollkommen anderen Lebenswelt. Er stammte aus einer liberalen Konstanzer Juristenfamilie mit langer radikaldemokratischer Tradition. Sein Großvater Jacob Venedey hatte als 1848er-Revolutionär der Frankfurter Nationalversammlung angehört. Paul war 1933 als linker Sozialdemokrat in die Schweiz emigriert, dort also tatsächlich Flüchtling gewesen. Nach dem Krieg kehrte er zurück, trat der SPD wieder bei und wurde Minister in einer parteiübergreifenden Koalition, der unter anderem SPD, CDU und KPD angehörten. Er kann als einer der Väter der hessischen Verfassung gelten, die 1946 verabschiedet wurde.<sup>62</sup>

Dickopf rächte sich auf seine Weise. Er begann, belastendes Material über Venedey zu sammeln, den er seinem schweizerischen V-Mann-Führer gegenüber einer »zum Moskau-Kommunismus tendierenden Haltung« bezichtigte. Über den Polizeichef, der ihn hatte abblitzen lassen, schrieb er: »Er organisiert die hessische Polizei so, dass er Reste der ehemals braunen Exekutivmacht durch eine rote Polizei ersetzt.« Ohnehin plante Dickkopf gemeinsam mit einem Agenten des 1947 in die Central Intelligence Agency (CIA) überführten OSS, bei dem es sich vermutlich um seinen neuen V-Mann-Führer Thomas Polgar handelte, die »Organisation« eines »antikommunistische[n] ND«, also eines nur gegen die Linke gerichteten Nachrichtendienstes. Der Dienst sollte über Agentennetze »in der russischen Zone« verfügen, die sich aus dort »wohnhaften ehemaligen deutschen Offizieren und Soldaten« sowie aus »exproprierten Adeligen und anderen Grundbesitzern« rekrutierten. Es sollte ein »polizeilicher Geheimdienst« mit Exekutivbefugnissen werden, ein Hybrid aus Kripo und Gestapo wie die Sicherheitspolizei vor 1945 – mit einer Doppelspitze aus Dickopf und Polgar. Allerdings sei Vorsicht geboten: »Es kann sein, dass Russen Tiere sind, wie das die Auffassung vieler Deutscher und nicht nur Deutscher ist, aber es sind dann sehr intelligente Tiere.«<sup>63</sup>

Ob Dickopfs Aktivitäten einer der Gründe dafür waren, dass Venedey tatsächlich seinen Hut nehmen und 1947 sogar die SPD verlassen musste, muss hier offenbleiben. Vermutlich hätte sich Venedey auch ohne Dickopf nicht als Minister halten können, denn er warb in der Tat für

62 Vgl. das von Uwe Brüggemann verfasste Online-Porträt von Paul Venedey auf: [https://www.stolpersteine-konstanz.de/stolpersteine/venedey\\_hans/#](https://www.stolpersteine-konstanz.de/stolpersteine/venedey_hans/#) (27. 5. 2025).

63 Vgl. Schenk (Anm. 5), S. 115-118, Zitate: 118, 116.

eine Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie in den Westzonen und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), weshalb er aus Sicht der SPD-Führung um Kurt Schumacher untragbar war.<sup>64</sup> Dickopfs Geheimdienstpläne wurden in der von ihm erträumten Fassung nicht verwirklicht, was allerdings schon deshalb wenig verwunderlich ist, als der US-Militärgeheimdienst Counter Intelligence Corps (CIC) mit der »Organisation Gehlen« bereits über den Nukleus eines solchen anti-kommunistischen Geheimdienstes verfügte, dessen Personal sich vor allem aus Abwehragenten rekrutierte, die an der Ostfront eingesetzt gewesen waren.<sup>65</sup> Letztlich setzte Dickopf auf ein anderes Pferd: Er bewarb sich im Frühjahr 1949 im BMI mit dem Ziel, dort beim Aufbau einer bundesweiten Kriminalpolizei mitwirken zu können, obwohl er nie als Kripobeamter gearbeitet hatte.

Doch auch im Bundesinnenministerium wurde Dickopf zunächst von einem Ressortchef ausgebremst, der aus einer 1848er-Familie stammte: Gustav Heinemann, CDU-Politiker und erster Innenminister der Bundesrepublik, vertrat mit Kanzler Adenauer den Standpunkt, dass ehemalige SS-Männer im Staatsdienst nichts verloren hatten.<sup>66</sup> Allerdings lief seit 1949 eine Kampagne, der zufolge ehemalige Angehörige des Reichskriminalpolizeiamts wie Dickopf nur per »Rangangleichung« und gegen ihren Willen in die SS übernommen worden seien. Das stimmte zwar nicht, ermöglichte aber den Betroffenen, sich bei Bedarf als Nazigegner zu gerieren, so wie dies Dickopf schon seit 1943 getan hatte. Ein wichtiger Kampagnenakteur war der *Spiegel*, der 1949/50 eine ganze Reihe über die Kripo im »Dritten Reich« veröffentlichte, die »Argumente« der SS-Lobby popularisierte und so Druck auf die Regierung ausübte.<sup>67</sup>

So kam Dickopf im Mai 1950 doch ins Bonner Innenministerium und spielte eine Schlüsselrolle beim Aufbau des BKA in Wiesbaden, wo er bereits 1953 zum Stellvertreter des Präsidenten avancierte. Die von Dickopf maßgeblich mitbestimmte Personalauswahl hatte zur Folge, dass im BKA im Jahr 1959 mindestens 65 Prozent der Leitungsstellen mit früheren

64 Vgl. wiederum Brüggemann (Anm. 62).

65 Vgl. Thomas Wolf: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle, Berlin 2018.

66 Vgl. Dominik Rigoll: Kampf um die innere Sicherheit: Schutz des Staates oder der Demokratie?, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018, S. 454-497.

67 Vgl. Lutz Hachtmeister: Den frühen SPIEGEL neu lesen. Zwischen NS-Netzwerken und gesellschaftlicher Modernisierung, in: Martin Doerry/Hauke Janssen (Hg.), Die SPIEGEL-Affäre: Ein Skandal und seine Folgen, München 2013, S. 50-69.

SS-Männern besetzt waren, von denen viele als »Charlottenburger« galten, weil sie die gleiche Polizeischule besucht hatten wie Dickopf.<sup>68</sup> Zeitgenössisch und daran anschließend in der zeithistorischen Forschung war hier oftmals von »Seilschaften« die Rede, die das BKA lange Zeit prägten. In Anlehnung an den heute üblichen Sprachgebrauch und politikwissenschaftliche Ansätze kann man aber auch von rechten Netzwerken in Sicherheitsbehörden sprechen. Diese entstanden im BKA nicht einfach so, sondern gingen maßgeblich auf Dickopfs rechte Milieupolitik zurück, wobei er davon profitierte, dass er die Rückendeckung der Amerikaner besaß. Bewusst oder unbewusst kam ihm die Funktion eines rechten Türöffners zu, einer Avantgarde oder eines Pioniers, der seit 1945 nicht nur an der persönlichen Karriere gearbeitet hatte, sondern auch daran, für seine SS-/Kripokollegen dasselbe rauszuholen.

Die massive Präsenz von »Charlottenburgern« im BKA war einer der Gründe dafür, dass die Praxis der Behörde deutlich nationalistischer ausfiel als die der Kripo unter Militärbesatzung. Während NS-Täter und Rechtsextreme fast nie ins Visier der Beamten gerieten, zog die Strafverfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten ebenso wieder an wie die Überwachung von »Berufs- und Gewohnheitsverbrechern«, Homosexuellen, Sinti und Roma.

Als der amerikanische Politologe Kurt P. Tauber im Jahr 1957 um Auskunft darüber bat, wie die Behörde mit rechten Straftätern umging, kam man auf gerade mal 40 »Verfahren über neonazistische bzw. rechtsradikale Tatbestände«.<sup>69</sup> Insgesamt wurden in den 1950er und 1960er Jahren etwa 4000 politische Ermittlungsvorgänge bearbeitet, die sich in der Masse auf Landesverratsdelikte bezogen, derer sich meist die KPD und ihr Umfeld schuldig machten. Als die Behörde ebenfalls 1957 nach der Schändung eines jüdischen Friedhofs eingeschaltet wurde, ermittelte sie nicht im direkten kommunalen Umfeld (aus dem die Täter, wie sich herausstellen sollte, stammten), sondern – wie Jahrzehnte später die Polizei im NSU-Komplex – gegen »kriminelle Ausländer«.<sup>70</sup> Sinti und Roma wurden zwar als Gruppen nicht mehr verfolgt, aber die alten »Landfahrer«

68 Vgl. Baumann (Anm. 5).

69 Zit. n. Imanuel Baumann et al.: »Betrifft: KZ-Nr. 160534« – Staatsschutz mit NS-Erfahrungen, in: ders. et al. (Anm. 5), S. 159-215, hier: S. 178. Zu Tauber vgl. auch Yves Müller/Dominik Rigoll: Kurt Philip Tauber (1922-2024); ein Nachruf, in: *Historische Zeitschrift*, 319 (2024), S. 336-344.

70 Baumann et al. (Anm. 69), S. 188-197. Zur Polizei im NSU-Komplex vgl. Markus Mohr/Daniel Roth: *Stärkere Strahlkraft. Wahrheit und Lüge in den polizeilichen Ermittlungen im NSU-Komplex 2000-2011*, Leipzig/Hamburg 2021.

Karteien wurden weitergeführt.<sup>71</sup> Die Erstellung von »rosa Listen« mit den Namen von (angeblichen) Homosexuellen wurde zwar diskutiert, aber anscheinend nicht realisiert. Allerdings gestand ein BKA-Beamter 1962 die Existenz spezieller Register bei der Polizei ein, äußerte sich aber nicht zu deren Existenz im Bundeskriminalamt. In einem Vortrag vertrat er unter Bezug auf »die Wissenschaftler« die These, Schwule seien »nicht mehr umerziehbar«, ihre Vorliebe für Jünglinge »die große Gefahr für die Jugend« und ihre Sexpraxis im Regelfall »die wüste homosexuelle Orgie«.<sup>72</sup>

Das BKA war in der Adenauer-Ära aber nicht nur ein Ort des strukturellen, institutionell integrierten Nationalismus, der sich im Grunde gegen fast alle richtete, die schon die Nazis zu Feinden erklärt hatten (antisozialdemokratisch und antisemitisch war man offiziell zwar nicht mehr, aber Dickopfs Konflikt mit dem SPD-Linken Venedey und seine Freundschaft mit dem bekennenden Judenhasser Genoud zeigen doch, wo die Sensibilitäten dieses Beamten lagen). Das Bundeskriminalamt war auch ein Ort, von dem aus Dickopf als Spitzenbeamter in der Auslandsabteilung des Amtes ganz konkrete nationalistische Akzente setzen konnte.

So war es 1958 unter anderen Genoud, der für Dickopf die Verbindung zum algerischen Front de libération nationale (FNL) herstellte – genauer: zu Colonel Ahmed Draïa, der, wie zur selben Zeit der ägyptische Präsident und Nationalist Gamal Abdel Nasser, in sicherheitspolitischen Belangen an deutschem Beistand interessiert war. Nach der Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 verantwortete Draïa den Aufbau der algerischen Polizei und wurde dabei aus der Bundesrepublik unterstützt.<sup>73</sup> Mit Otto Ernst Remer und Ernst W. Springer waren in den 1950er und 1960er Jahren auch zwei ehemalige Politiker der SRP im Nahen Osten für den FLN als Waffenhändler tätig.<sup>74</sup> Es erscheint plausibel, dass es sich hier um eine Arbeitsteilung zwischen politisch organisierten und gesellschaftlich integrierten Rechten handelte, die den wenigen involvierten Personen auch

71 Das einzige Bundesland, das hiergegen Bedenken formulierte, war bezeichnenderweise Hessen (vgl. Andrej Stephan: »Kein Mensch sagt HWAO-Schnitzel« – BKA-Kriminalpolitik zwischen beständigen Konzepten, politischer Reform und »Sprachregelungen«, in: Baumann et al. (Anm. 5), S. 247-312, hier: S. 263), wo die SPD stark war und nach links tendierte.

72 Zit. n. ebenda, S. 306.

73 Vgl. Winkler (Anm. 50), S. 157 f., der sich hier auf einen Bericht des V-Mann-Führers bezieht.

74 Vgl. Ulrike Becker: Nazis am Nil. Die westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2024, S. 250-259 passim; Albrecht Hagemann: Die Straße der Störche. Deutsche und österreichische Militärexpertise in Syrien und Ägypten und die Antwort Israels (1947-1967), Darmstadt 2023, S. 122-125 passim.

bewusst gewesen sein dürfe. Zugleich diene hier das vermeintlich so biedere Beamtenmilieu des BKA als lebensweltlicher Ausgangspunkt für eine nationalistische Paralleldiplomatie, welche die Adenauer'sche Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel – je nach politischem Blickwinkel – konterkarierte oder ergänzte.

Ein drittes Beispiel für nationalistische Akzentsetzung aus einem konservativen Berufsmilieu heraus ist die *Spiegel*-Affäre, in der Dickopf eine der treibenden Kräfte war. Wir erinnern uns: 1949/50 hatte sich das Hamburger Nachrichtenmagazin an einer rechten Kampagne beteiligt, die vom Staat die Wiedereinstellung von SS-Leuten forderte, die nur per »Rangangleichung« in die »Schutzstaffel« übernommen worden seien. Nun, eine Dekade später, berichtete der *Spiegel* auch kritisch über die Arbeit des BKA, so eben auch in dem eingangs erwähnten Artikel vom Februar 1959 über den Urkundenfälscher in der Fälschungsabteilung.<sup>75</sup> Dickopf selbst wurde erstmals im November 1958 namentlich erwähnt, in einem Artikel über einen Mordanschlag auf einen Emissär des FLN in Bonn. Kritisch war dieser Text jedoch nicht. Im Gegenteil liest er sich so, als sei Dickopf vom *Spiegel* die Möglichkeit gegeben worden, seine Sicht auf den Fall zu äußern.<sup>76</sup> Im März 1960 erschien sogar eine kurze Serie zu einer Reihe von Morden an algerischen Nationalisten und wohlmeinenden deutschen Waffenhändlern (von Remer war keine Rede), in der Dickopf als wacker ermittelnder Polizist auftaucht.<sup>77</sup> Bereits im Dezember 1959 war in der Folge eine breit rezipierte Serie über den Reichstagsbrand erschienen, bei dem die Kripo des jungen »Dritten Reiches« so hervorragend wegkam, dass die bundesdeutsche Öffentlichkeit danach deren Ermittlungen mehrheitlich Glauben schenkte.<sup>78</sup>

Knappe drei Jahre später leitete Dickopf die Verhaftung des *Spiegel*-Redakteurs Conrad Ahlers in die Wege, der gerade im Urlaub in Franco-Spanien war, und verstieß damit gegen die Statuten der internationalen Polizeiorganisation, die in politischen Angelegenheiten wie Landesverrat nicht tätig werden durfte.<sup>79</sup> Was war geschehen? In der kollektiven Er-

75 Vgl. Bundeskriminalamt: Auf östlichem Papier, in: Der Spiegel, 24. 2. 1959.

76 Vgl. Algerier-Attentat, Mercier ging durch die Stadt, in: Der Spiegel, 18. II. 1958.

77 Die Serie hieß »Der Tod kommt mit der Post« und gab dem französischen Geheimdienst und einer liberaldemokratischen (!) Fraktion der algerischen Nationalbewegung die Schuld an den Attentaten. Ein Interesse an den Morden, die mindestens in einem Fall einen FLN-Aktivisten trafen, der Friedensverhandlungen mit Frankreich vorbereitete, könnten aber auch die nationalistischen Hardliner im FLN gehabt haben, zu denen Draïa zählte.

78 Vgl. Benjamin Carter Hett: Der Reichstagsbrand. Wiederaufnahme eines Verfahrens, Reinbek 2016.

79 Vgl. Baumann (Anm. 5), S. 76.

innerung hat sich eine Erzählung etabliert, die schon zeitgenössisch beliebt war: Der *Spiegel* hatte eine äußerst kritische Titelgeschichte zur Bundeswehr veröffentlicht und war damit Verteidigungsminister Franz Josef Strauß so sehr auf die Füße getreten, dass dieser das Magazin, mit dem er ohnehin im Dauerclinch stand, mundtot zu machen versuchte. Neuere Forschungen haben jedoch ergeben, dass nicht Strauß, sondern die Bundesanwaltschaft den Anstoß für die Aktion gegen den *Spiegel* gab. Genauer: »Ein handschriftlicher Zettel von Bundesanwalt Albin Kuhn an seinen Sachbearbeiter Siegfried Buback brachte den Stein ins Rollen.«<sup>80</sup> Kuhn, der vor 1945 an einem »Sondergericht« an Todesurteilen mitgewirkt hatte, meinte in dem Artikel nicht nur Landesverrat zu erkennen, sondern war auch davon überzeugt, dass Augstein Beamte durch Geldzuwendungen bestechen. In seinen Augen existierte eine »weitverzweigte, gegen die Verteidigungspolitik gerichtete Verschwörung«, zu der auch der *Spiegel* zähle.<sup>81</sup> Strauß erhob diese Vorwürfe also nicht als Erster – er machte sie sich nur sofort zu eigen.

Die Historiker Friedrich Kießling und Christoph Safferling haben die *Spiegel*-Aktion unlängst auf ein »strikt etatistisches Staatsverständnis« aufseiten der Protagonisten zurückgeführt, das sich »im Konfliktfall auf die Seite des autonom gedachten ›Staats‹ geschlagen habe.<sup>82</sup> Vor dem Hintergrund des Gesagten erscheint dies in zweierlei Hinsicht fragwürdig. Zum einen hatte sich Dickopf bei der Interpol in den Jahren davor dafür eingesetzt, dass der deutsche Kriegsverbrecher Klaus Barbie nicht von Bolivien an Frankreich ausgeliefert wurde – mit dem Argument, dass es sich hierbei um eine politische Strafverfolgung handelte.<sup>83</sup> Wenn ein *anderer* Staat einen ehemaligen SS-Kameraden wegen der von diesem verantwortenden Morde den Prozess machen wollte, agierte Dickopf also ganz anders – nicht als Etatist, sondern als Nationalist. Zum anderen liegen zwei schriftliche Belege dafür vor, dass die Verhaftungsaktion gegen den *Spiegel* wie schon vermutet eine gezielte Disziplinierung eines unliebsam gewordenen Mediums darstellte. Der erste, der amerikanische V-Mann-Bericht über die »rechtsextremen Ansichten« Dickopfs, wurde

80 Vgl. Friedrich Kießling/Christoph Safferling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, *Spiegel*-Affäre und RAF, München 2021, S. 394-399, 415-421, Zitat: S. 415.

81 Zit. n. Hauke Janssen: Zusammenfassung und Ergebnisse, in: Martin Doerry/Hauke Janssen: Die SPIEGEL-Affäre: ein Skandal und seine Folgen, München 2013, S. 343-364, hier: S. 358.

82 Vgl. Kießling/Safferling (Anm. 80), S. 419.

83 Vgl. Daniel Stahl: Nazi-Jagd. Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechen, Göttingen 2013, S. 125 f. passim.

zu Beginn dieses Beitrags präsentiert. Der zweite erschien im Juni 1963 in der israelischen Zeitung *Haaretz* in Form eines Interviews mit Franz Josef Strauß. Der ehemalige Verteidigungsminister, der seine Partei, die CSU, in den 1960er Jahren weit nach rechts öffnete, sagte dem Journalisten Amos Elon, dass er die für das Hamburger Magazin tätigen Journalistinnen und Journalisten für »die Gestapo im Deutschland unserer Tage« halte, weil sie in ihrem Archiv »Tausende persönlicher Akten« führten: »wenn ich an die Nazi-Vergangenheit von Deutschland denke – fast jeder hat etwas zu vertuschen. Und das ermöglicht Erpressung. Ich war gezwungen, gegen sie zu handeln.«<sup>84</sup>

In der Tat fällt auf, dass der *Spiegel* seit 1960 immer wieder Informationen über die NS-Belastung leitender Funktionsträger der Bonner Republik veröffentlicht hatte, die sonst auf der äußersten politischen Linken verbreitet wurden, namentlich vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Propaganda des SED-Regimes.<sup>85</sup> Zielscheibe dieser Artikel war nicht nur die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium, sondern auch die Justiz und das Innenressort. Damit stellte das Magazin nicht nur die Außendarstellung der »Ehemaligen« als vermeintlich unbelastete Beamte massiv in Frage, sondern drohte auch die Geschäftsgrundlage jener Lebensweltpolitik zu zerstören, die integrierten Nationalisten wie Dickopf auf der Grundlage falscher biografischer Angaben ermöglichte, im konservativen Beamtenmilieu unterzutauchen. Als Polizisten im Oktober 1962 die Redaktion des *Spiegels* besetzten und sich demonstrativ vor dem schon damals berühmt-berüchtigten Archiv des Blattes postierten (der »Dokumentation«), ging es also nicht nur um die Sicherstellung von Geheiminformationen, sondern auch von kompromittierendem Material, das »Erpressung ermöglichen« konnte. Ja, es spricht sogar einiges dafür, dass die sicherheitspolitischen Bedenken, die von der bisherigen Forschung ernst genommen wurden, nur vorgeschoben waren, um den milieupolitischen Kern zu verschleiern.

Gescheitert sind die treibenden Kräfte – oder muss man sagen: das rechte Netzwerk? – hinter der Affäre nur kurzfristig. Nicht zuletzt aufgrund der breiten, linken und liberalen Mobilisierung, die das repressive Vorgehen gegen den *Spiegel* auslöste, musste Strauß als Minister zurücktreten und Dickopf sich vor Gericht dafür verantworten, dass er Ahlers von Franco-Spanien hatte ausliefern lassen. Langfristig blieb Strauß

84 Auszüge in: Alfred Grosser/Jürgen Seifert (Hg.): Die Spiegel-Affäre, Bd. 1, Olten/Freiburg 1966, S. 500.

85 Vgl. Rigoll (Anm. 36), S. 141-178.

aber der große Hoffnungsträger der westdeutschen Rechten und konnte schon 1966 wieder ein Ministeramt übernehmen. Dickopf stieg bereits 1965 zum Präsidenten des BKA auf und wurde 1968 zusätzlich dazu zum Präsidenten von Interpol gewählt, wobei die Stimmen arabischer Staaten den Ausschlag gaben. Ob Dickopf auch an der Spitze von Interpol nationalistische Akzente setzte, müsste untersucht werden. Es gibt jedenfalls Anhaltspunkte dafür, dass Interpol bei dem um 1969 einsetzenden palästinensischen, gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Terrorismus (Flugzeugentführungen, Olympia-Attentat) auffällig untätig blieb. Sicher ist, dass Dickopf 1971 in den Ruhestand ging und von Hans-Dietrich Genscher, Bundesinnenminister und führender FDP-Politiker, als ein Nazi-gegner gewürdigt wurde, der seit 1943 als solcher aktiv gewesen sei.<sup>86</sup>

## Nationalistische Politik aus alltäglichen Lebenswelten heraus – Fazit und Ausblick

Während sich der Staub, den die Titelstory von *Paris Match* über Paul Schöftlmaier und andere »Nazis im Jahr 1966« aufwirbelte, schon bald nach dem Sommerloch legte und vergessen wurde,<sup>87</sup> stehen die Namen von Naumann und Dickopf für zwei politische Ereignisketten, die durchaus Eingang gefunden haben in die Großerzählungen deutscher Nachkriegsgeschichte. Erstens die Naumann-Verschwörung, die auf die Gründung einer nationalistischen Sammlungspartei aus rechten Parteiflügeln abzielte und 1953 von den Briten zerschlagen wurde. Zweitens die versuchte Disziplinierung des *Spiegel*, die 1962 eine breite zivilgesellschaftliche – sprich: vor allem liberal und links geprägte – Gegenbewegung provozierte. Ausgehend von den Biografien der beiden hat dieser Beitrag untersucht, welchem milieupolitischen Kontext beide Ereignisse entsprangen und inwiefern sowohl die Naumann- als auch die *Spiegel*-Affäre als Ergebnisse einer nationalistischen Lebensweltpolitik interpretiert werden können, die aus dem konservativen Milieu der Villenviertel und Bundesbehörden heraus praktiziert wurde.

Ganz anders als beim Eingangsbeispiel lag der Fokus also nicht auf ländlichen Milieus, sondern auf städtischen und behördlichen Lebenswelten, für die sich die Forschung bislang kaum interessiert hat. Auch hat der

86 Vgl. Laske (Anm. 50), S. 256-258.

87 In der rechtsextremen Publizistik wird das Skandalchen gleichwohl erwähnt, vgl. Erich Kern: *Meineid gegen Deutschland. Eine Dokumentation über den politischen Betrug*, Göttingen 1968, S. 212-225.

Beitrag nicht nach den Vergemeinschaftungsprozessen gefragt, mit denen sich Historikerinnen und Historiker mit Blick auf politische Milieus bisher vor allem befasst haben, sondern nach politischen Vergesellschaftungsprozessen, die aus einer nationalistischen Subkultur heraus in die »Mehrheitsgesellschaft« hineinwirkten. Dass sich Geschichtswissenschaft und Rechtsextremismusforschung mit diesen Dimensionen politisierter Milieus noch kaum beschäftigt haben, ist umso erstaunlicher, als bereits Emil Julius Gumbel nicht nur die Verwurzelung der »nationalistischen Geheimbünde« der Weimarer Republik im Großbürgertum und im Staatsapparat herausgearbeitet, sondern auch Versuche nachgezeichnet hat, aus diesen Submilieus heraus politische Subversion zu betreiben.<sup>88</sup> Sogar auf die Bedeutung transnationaler Verbindungen, etwa zum Ku-Klux-Klan in den USA, hat Gumbel bereits 1924 hingewiesen: »Nationalisten aller Länder, vereinigt Euch!«<sup>89</sup>

Während die nationalistischen Geheimbünde in den frühen Jahren der ersten deutschen Demokratie unter anderem durch Generalstreiks in gewisse Schranken verwiesen wurden, war es bei der Naumann-Verschwörung ein britisches Kommando, das diese Aufgabe übernahm. Die Aktion gegen den *Spiegel* wiederum wäre zweifellos erfolgreicher verlaufen, wenn das Magazin nicht so viel politische Solidarität erfahren hätte – nicht nur durch Protest, sondern auch und vor allem durch die materielle Unterstützung durch andere Redaktionen. Die Bundesrepublik geprägt haben die hier untersuchten extrovertierten Milieupolitiken gleichwohl. Naumann vermochte zwar keine rechte Sammlungspartei zu gründen, aber er trug als organisierter Nationalist zu einer Stärkung des rechten Flügels der nordrhein-westfälischen FDP bei, die noch viele Jahrzehnte später, zu Zeiten von Jürgen Möllemann, nicht abgeklungen war. Dickopf musste zwar dabei zusehen, wie die Landesverratsvorwürfe von den Gerichten kassiert wurden, aber als Spitzenbeamter in einer Sicherheitsbehörde konnte er weiterhin nationalistische Akzente setzen, so wie er es seit seiner Wiederverwendung im Jahr 1950 getan hatte.

Freilich dienten Naumann und Dickopf hier nur als biografische Sonden. Wie andere erste Sondengänge markiert auch dieser Beitrag also nicht das Ende eines Untersuchungsprozesses, sondern den Beginn. Er soll nicht zuletzt dabei helfen, neue Fragen für eine Zeitgeschichte des politischen

88 Vgl. Emil J. Gumbel: *Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924*, Heidelberg 1984 [zuerst 1924]; ders.: *Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort von Walter Fabian*, Heidelberg 1962.

89 Gumbel 1984 (Anm. 88), S. 272.

Nationalismus zu generieren, die sich dafür interessiert, wie organisierte und integrierte Rechte ihre alltäglichen Lebenswelten als politische Ressource nutzen konnten. Diese Frage erscheint nicht nur mit Blick auf die Demokratien von Weimar und Bonn von gewisser Relevanz, sondern auch angesichts aktueller politischer Entwicklungen.

Auch in der Berliner Republik gab es schließlich mit Hans-Georg Maaßen an der Spitze einer Sicherheitsbehörde einen Beamten, der sich mitunter auf eine Weise äußerte, dass er selbst wie einer jener Rechtsextremen klang, die sein Amt beobachtete.<sup>90</sup> Auch bei dem Skandal um den ehemaligen Berliner CDU-Finanzsenator Peter Kurth konnte man sich fragen, ob auf den Treffen mit Rechtsextremen, an denen er teilnahm, in einer Form über politische Projekte (und ihre Finanzierung) gesprochen wurde, die mit den »Stammtischen« à la Naumann vergleichbar ist.<sup>91</sup> Und es gibt mit den so genannten sozialen Medien ein neues Medium, das die extreme Rechte ähnlich virtuos bespielt, wie einst das Radio. Erik Ahrens, der für die Tiktok-Propaganda von Maximilian Kraus zuständig war und sich gerne als neuer Goebbels gerierte, hat seinerzeit behauptet, sein Ziel sei es gewesen, im Digitalen rechte »Milieubildung« zu betreiben.<sup>92</sup>

90 Vgl. z. B. »Der Verfassungsschutz ist keine objektive Behörde«, in: Junge Freiheit, 14. 5. 2025.

91 Vgl. z. B. Der Konservative in der Braunzone, in: die tageszeitung, 25. 1. 2024.

92 Vgl. z. B. »Sie sitzen hier mit jemandem auf der Ebene von Steve Bannon«, in: Der Spiegel, 8. 6. 2024.

# Die Rechte auf dem Land

## Geschichts- und sozialwissenschaftliche Erklärungsversuche für das lange 20. Jahrhundert

ANETTE SCHLIMM

»Die immer noch fortdauernde kulturelle Differenz von Stadt und Land ist eine, wenn auch gewiß nicht die einzige und wichtigste, der Bedingungen des Grauens. [...] Mir scheint es richtiger, das auszusprechen und dem entgegenzuwirken, als sentimental irgendwelche besonderen Qualitäten des Landlebens, die verlorenzugehen drohen, anzupreisen. Ich gehe so weit, die Entbarbarisierung des Landes für eines der wichtigsten Erziehungsziele zu halten.«<sup>1</sup>

Für Theodor W. Adorno war der Holocaust nicht zuletzt eine pädagogische Herausforderung. Dass es »jüngere Bauernsöhne« gewesen seien, die in Konzentrationslagern die Insassen gequält und ermordet hätten, wie Eugen Kogon in seinem Buch über den »SS-Staat« schrieb, sei nicht zuletzt eine Folge ihrer volkstümlichen Kultur. Ländliche Bräuche wie das Haberfeldtreiben seien »eine unmittelbare Vorform der nationalsozialistischen Gewalttat«.<sup>2</sup> Der Radiovortrag, den Adorno 1966 hielt, stieß auch deshalb auf Resonanz, weil die Rechte in der Bundesrepublik damals wieder präsenter zu werden schien: die antisemitische Schmierwelle, die Neukonstituierung einer rechten Partei in Gestalt der NPD – die radikale Rechte schien wieder Aufwind zu bekommen.

Damals wie heute verorteten Akteur:innen in Politik, Medien oder Sozialwissenschaften die extreme Rechte häufig auf dem Land. Mit dem provokanten Titel »Stadt, Land, Frust« analysiert zum Beispiel der Politikwissenschaftler Lukas Haffert die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021. Der »Wahlmonitor« der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt fest: »Die all-

1 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz (1966), in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959-1969, Frankfurt a. M. 1970, S. 88-104, hier S. 93f. Dieser Aufsatz ist im Zusammenhang mit der Arbeit im Forschungsverbund ForGeRex entstanden (Forschungsverbund für Gegenwartsanalysen, Erinnerungspraxis und Gegenstrategien zum Rechtsextremismus; gefördert 2024-2027 vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst).

2 Ebd., S. 98 u. 100.

gemeine Demokratiezufriedenheit und die ›Europabegeisterung‹ sind auf dem Land schwächer ausgeprägt als in dichter besiedelten Regionen.« Und der preisgekrönte Roman »Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß« erzählt von einer Jugend in einer brandenburgischen Kleinstadt fern der Metropole Berlin, wo nach dem Ende der DDR der öffentliche Raum von rechtsextremer Gewalt geprägt war.<sup>3</sup>

Doch woher kommt diese Plausibilität? Was macht die besondere Verbindung zwischen Ländlichkeit und extremer Rechter aus? Dieser Frage gehe ich im Folgenden nach, indem ich sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze aus der Perspektive der Historikerin diskutiere. Es geht mir weder darum, diese Erklärungen umstandslos auf die Vergangenheit zu beziehen noch sie in Bausch und Bogen als ahistorisch abzutun. Vielmehr möchte ich vorhandene Erklärungsansätze der Nachbardisziplinen zum Ausgangspunkt nehmen, um neue Fragestellungen und Perspektiven für die Zeitgeschichte der radikalen Rechten nach 1945 zu entwickeln und an bereits erprobte zu erinnern.

Die Frage nach den räumlichen Voraussetzungen von rechter Politik und Lebenswelt ist in den letzten Jahren wiederholt gestellt worden. Dabei geraten jedoch – angesichts der engen Kopplung von Ländlichkeit und Rechtsextremismus erstaunlicherweise – nur vergleichsweise selten ländliche Räume in den Blick; stärker stehen vermeintlich spezifisch urbane Raumpraktiken, vor allem durch Gewalt, im Vordergrund.<sup>4</sup> Mit Hilfe einer heuristisch verstandenen Raumkategorie lassen sich sehr unterschiedliche Facetten von Rechtsextremismus fassen – von alltäglichen Raummarkierungen durch Graffiti und die Raumnahme durch Gewalt bis hin zu raumspezifischen Adressierungen von Wähler:innen durch rechtsextreme Parteien. Dann ist »Raum« nicht einfach ein Behälter, in dem sich Rechtsextremismus der einen oder anderen Form befindet, sondern Räume werden durch

3 Lukas Haffert: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022; Dominik Hirndorf: Stadt, Land, ... Unterschiede? Politische Einstellungen zwischen Großstadt und ländlichem Raum – Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen, Berlin April 2024, S. 31; Manja Präkels: Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Roman, Berlin 2018. Auch im Journalismus wird diese Plausibilität kaum hinterfragt, vielmehr weiter transportiert, so etwa: Gideon Rachmann: Urban-rural splits have become the great global divider. A political phenomenon is pitting metropolitan elites against small-town populists, in: Financial Times, 30.7.2018.

4 Fallstudien zu Städten wie Leipzig oder Dresden, aber kaum zum Land, etwa in: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld 2022. Stärker zur Provinz der Hamburger Workshop »Die extreme Rechte und der Raum nach 1945« der fzh Hamburg/ZZF Potsdam, März 2025. Vgl. <https://zeitgeschichte-hamburg.de/veranstaltung-detail/workshop-6.html> (5.5.2025).

rechtsextreme Praktiken hervorgebracht, geformt und miteinander in Beziehung gesetzt. Raum wird damit, im Anschluss an den *spatial turn*, selbst zu einem Teil der überaus dynamischen Geschichte der radikalen Rechten.<sup>5</sup>

Auch die Beschäftigung mit ländlichen Räumen hat sich an solchen eher konstruktivistischen Raumüberlegungen orientiert. Das liegt auch daran, dass es überaus schwierig ist, »ländlichen Raum« zu definieren und festzustellen, worin er sich von nicht-ländlichen (also meist: städtischen) Räumen unterscheidet. Ist es die landwirtschaftliche Produktion? Ist es die Einwohnerdichte? Ist es die Traditionsverbundenheit oder gar der Anteil von Einfamilienhäusern?<sup>6</sup> In manchen Überlegungen zu Definition und Abgrenzung geht angesichts der vielen Zuschreibungen leicht verloren, welches denn nun die abhängige und welches die unabhängige Variable der Messung ist. Daher stellte der Geograph Keith Hoggart schon Anfang der 1990er Jahre in Frage, ob »rural« überhaupt eine sinnvolle Kategorie in der empirischen Forschung sein kann. Seine überspitzte Schlussfolgerung lautete: »Let's do away with rural!«<sup>7</sup> Das ist allerdings nicht passiert, »ländlich« ist weiterhin eine überaus relevante Kategorie der Beschreibung von gegenwärtigen und historischen (Teil-)Gesellschaften. Jedoch kann man beobachten, dass es zunehmend zwei unterschiedliche Ansätze zur Erforschung ländlicher Räume, nicht nur mit Blick auf die extreme Rechte, gibt. Entweder werden ländliche Räume über statistische Werte definiert, um mit anderen, als urban markierten Räumen verglichen zu werden. Das geht oft mit einer starken Homogenisierung von ländlichen Räumen einher, auch wenn es Versuche gibt, verschiedene Abstufungen oder Ausprägungen von Ländlichkeit zu unterscheiden.<sup>8</sup> Oder aber ländliche

5 Vgl. generell: Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2009; Martina Löw: *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M. 2001. Genauer zur radikalen Rechten Rolf Frankenberger u. a.: *Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland*. Wiesbaden 2024; Rebecca Pates/Julia Leser: *The wolves are coming back. The politics of fear in Eastern Germany*, Manchester 2021.

6 Patrick Küpper/Antonia Milbert: *Typisierungen ländlicher Räume für Politik und Wissenschaft in Deutschland*, in: *Die Abgrenzung des ländlichen Raums – ein (un)mögliches Unterfangen? Dokumentation des BBSR-Online-Workshops am 29. April 2022*, Bonn 2023 (BBSR-Online-Publikation), S. 9-24, hier S. 15.

7 Keith Hoggart: *Let's Do Away with Rural*, in: *Journal of Rural Studies* 6 (1990), S. 245-257.

8 Die »Thünen-Typologie«, erarbeitet im Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen (Braunschweig), unterscheidet etwa ländliche Räume entlang der Achsen »sehr ländlich«/»eher ländlich« und »gute sozioökonomische Lage«/»weniger gute sozioökonomische Lage«: Patrick Küpper, *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume* (2016), [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dno57783.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dno57783.pdf) (23. 4. 2025).

Räume werden als gemacht verstanden und ihre Produktionsprozesse beobachtet. Wie und durch wen wird Ländlichkeit als Charakteristikum zugeschrieben? Welche materiellen Ordnungen von Finanzflüssen und Migration bis hin zu abgebauten Bushaltestellenschildern tragen dazu bei? Wie verändern sich Vorstellungen von Ländlichkeit?<sup>9</sup> Beide Herangehensweisen haben ihre Vor- und Nachteile. Während die erste vereinfacht, wo Differenzierungen hilfreicher wären, werden im zweiten Fall Vergleiche und systematische Erklärungen durch die starke Individualisierung erschwert. Im Folgenden bringe ich Studien aus recht unterschiedlichen Forschungstraditionen miteinander ins Gespräch, bei denen sich entsprechend auch die Herangehensweisen an Ländlichkeit stark voneinander unterscheiden. Ich nehme dafür ein breites Spektrum der radikalen Rechten in den Blick, sowohl parteiförmige als auch lebensweltliche Ausprägungen der rechten »Doppelhelix«.<sup>10</sup> Dabei ist eines der Ziele dieses Aufsatzes, je nach Ausprägung der radikalen Rechten unterschiedliche Erklärungsansätze für räumliche Konzentrationsprozesse ins Spiel zu bringen. Die Zustimmung zu rechten Parteien müssen anders erklärt werden als die Existenz von rechten Schulungszentren in ländlichen Räumen. Um die Kopplung von Ländlichkeit und radikaler Rechter sowohl zu erklären als auch zu differenzieren, lege ich besonderes Augenmerk darauf, was im jeweiligen konkreten Fall unter radikaler Rechter verstanden wird.

Im Folgenden gehe ich in zwei Schritten vor. Zunächst nehme ich mir jene Erklärungsansätze vor, die postulieren, dass ländliche Räume (politisch) anders funktionieren als urbane Räume. Dabei stehen Ansätze im Vordergrund, die – oft mit quantitativem Ansatz – zu erklären versuchen, warum in ländlichen Räumen anders, rechter gewählt wird als in Städten. Das folgende Unterkapitel ist hingegen der Frage gewidmet, welchen Beitrag eher konstruktivistische oder regional zugeschnittene Studien zum Verständnis des Zusammenhangs von radikaler Rechter und ländlichen Räumen liefern können. Warum sind ländliche Räume das *Ziel* von rechter Agitation, warum nutzen Rechtsextreme ländliche Räume, um hier Strukturen aufzubauen? Und welche Lokalstudien können wegweisend sein, weil sie Hinweise geben auf lokale Gewaltkulturen, Netzwerke oder Rassismen?

9 Anette Schlimm: Gespalten zwischen Stadt und Land? Neue Ansätze der Ländlichkeitsforschung und die Perspektiven der Zeitgeschichte, in: Neue Politische Literatur 69 (2024), S. 361-387.

10 Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 3.

## Land im Gegensatz zur Stadt: Versuche der Abgrenzung, Thesen der Spaltung

Theodor W. Adornos Argument, dass gerade in ländlichen Räumen die Aufgabe der »Reeducation« mittels Abbau des autoritären Bewusstseins« noch längst nicht abgeschlossen sei, fügt sich in eine lange sehr verbreitete Vorstellung davon, dass »das Land« gegenüber der Gesamtgesellschaft einen zeitlichen Rückstand habe.<sup>11</sup> Seit dem 19. Jahrhundert, als Fortschritt und (später) Modernisierung zu gesellschaftlichen Leitbegriffen geworden waren, wurden deren Antipoden auf dem Land verortet. Während Konservative und Traditionalisten das guthießen und insbesondere in der bäuerlichen Bevölkerung die Stabilität im gesellschaftlichen Wandel erblickten, sahen die Modernisierungsbefürworter in ländlichen Räumen Hindernisse auf dem Weg zu einer modernen Gesellschaftsordnung. Ob die ländliche Bevölkerung aufgrund dieser »Ungleichzeitigkeit« nun besonders anschlussfähig oder besonders resistent gegenüber der extremen Rechten, insbesondere gegenüber dem Nationalsozialismus sei, hing letztlich davon ab, wie man – in diesem Fall – den Nationalsozialismus selbst verortete. War die Moderne am NS schuld, schuf sie erst die Voraussetzungen dafür? Oder war der Nationalsozialismus eine Gegenbewegung zur Moderne, der jene Teile der Bevölkerung mobilisierte, die eine »schränkenlose Modernisierung« kritisch sahen und daher für einen »Aufstand der Provinz« zu haben waren?<sup>12</sup> Solch vereinfachende Thesen führten damals wie heute nicht weiter.

Dennoch werden auch heute Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zum Nationalsozialismus in bestimmten Regionen und dem heutigen Wahlerfolg der AfD diskutiert. Eine Studie von Cantoni und Kollegen belegt eine positive Korrelation zwischen NSDAP-Wahlerfolgen in den frühen 1930er Jahren und der Zustimmung zur AfD seit 2017 und begründet das mit intergenerationell weitergegebenen Einstellungsmustern in bestimmten Regionen.<sup>13</sup> Bei Cantoni et al. spielen ländliche

11 Vgl. zu dieser teleologischen Denkfigur Achim Landwehr: Von der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«, in: Historische Zeitschrift 295 (2012), S. 1–34.

12 Detlev J. K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 226, 228.

13 Davide Cantoni/Felix Hagemeister/Mark Westcott: Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology [Working Paper], Mai 2020, [http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd\\_draft\\_20200512.pdf](http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20200512.pdf) (5. 5. 2025). Die Studie von Cantoni, Hagemeister und Westcott ist vielfach aufgegriffen worden, insbesondere mit Blick auf Ostdeutschland – auch wenn die Originalstudie gerade darauf hinweist, dass die Persistenz auch für westdeutsche Regionen, etwa im Südwesten, nachweisbar sei.

Räume keine (explizite) Rolle. Doch waren es nicht in erster Linie die ländlichen Räume, in denen die NSDAP ihre großen Erfolge gefeiert hatte? Die historische Wahlforschung antwortet mit einem deutlichen Jein. Vor allem für Norddeutschland gilt, dass bereits in den späten 1920er Jahren in kleinen Orten viele Wähler:innen der NSDAP ihre Stimme gegeben hatten. Und in der Tat hätten zeitgenössische Sonderauswertungen, also Auswertungen der Wahlergebnisse unterhalb der Wahlkreisebene, ergeben, dass zumindest in bestimmten Regionen die Regel stimmte: Je kleiner die Gemeinde, umso größer die Zustimmung zur NSDAP.<sup>14</sup> Gleichwohl betrug diese Unterrepräsentation der Großstadtbewohner nach Jürgen Falter Berechnungen weniger als vier Prozentpunkte.<sup>15</sup> Umgekehrt weist Falter ebenfalls auf eine enge Verbindung zwischen agrarischer Bevölkerung und NSDAP hin, vor allem in evangelischen Regionen.<sup>16</sup> Doch selbst wenn sie signifikanter wären, müsste man mit einer Übertragung auf spätere Jahrzehnte höchst vorsichtig sein, zum Beispiel ist in der Gegenwart die ländliche Bevölkerung nicht mehr gleichzusetzen mit landwirtschaftlicher Bevölkerung. Im Jahr 2023 betrug der Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung an den Erwerbstätigen in Deutschland etwa 1,2 Prozent; in der späten Weimarer Republik lag dieser Anteil noch bei etwa einem Drittel.<sup>17</sup>

Aber auch jenseits dessen veränderten sich in beiden deutschen Staaten die ländlichen Räume und ihre Bewohner:innen sehr stark. Neue Gruppen kamen ins Dorf. Ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren das vorrangig Geflüchtete, zunächst aus den von Bombardements betroffenen Städten, später aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße.<sup>18</sup> Dadurch veränderten sich die sozialen und konfessionellen Zusammensetzungen der ländlichen Räume. Auch in der politischen Ausrichtung unterschieden sich »Vertriebene« oft von der restlichen Bevölkerung; gerade in Regionen,

Ein Beispiel: Christian Booß: Braune Wurzeln? Thesen zu den Erfolgen des Rechtspopulismus im Osten, in: Deutschland Archiv, 4. 9. 2019, [https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/296068/braune-wurzeln/\(5.5.2025\)](https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/296068/braune-wurzeln/(5.5.2025)).

14 Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924-1933, Frankfurt a. M./New York 2020, S. 212.

15 Ebd., S. 214f.

16 Ebd., S. 302.

17 Ebd., S. 298. Zur Gegenwart eigene Berechnung nach: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 2. 1. 2024, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24\\_001\\_13321.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_001_13321.html) (23. 4. 2025).

18 Für Bayern etwa Paul Erker, »Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel«, in: Martin Broszat (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 367-425, 377-387.

in denen der Anteil der »Vertriebenen« groß war, erhielten rechte Parteien starken Zuspruch.<sup>19</sup> Das war zum Beispiel im protestantisch-ländlichen<sup>20</sup> Raum Norddeutschlands, aber auch in bestimmten Regionen Bayerns der Fall. Mit dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wiederaufbau der Städte in den 1950er Jahren verließen viele dieser neuen Dorfbewohner:innen die ungeliebte neue Heimat wieder. Der wirtschaftliche Aufschwung ebenso wie eine Integrationsstrategie vor allem der Christdemokratie in Deutschland (und Europa) trugen zur Integration ländlicher Wähler:innen in die demokratischen Parteien bei.<sup>21</sup> Vorrangig in Westdeutschland setzte in den 1970er Jahren das ein, was Geograph:innen »Counterurbanisierung« nennen: Stadtbewohner:innen zogen in die ländlichen Gemeinden, weil dank Pendlerpauschale, Eigenheimzulage und Autobahnausbau diese Orte nun mit einer Berufstätigkeit in den Städten vereinbar war; dadurch legte in vielen konservativ geprägten Gemeinden erstmal die SPD stärker zu.<sup>22</sup> Aber auch ohne diesen Zuzug veränderten sich die Dörfer und kleinen Gemeinden, denn nach 1945 setzte der Strukturwandel der Landwirtschaft ein; viele kleine Betriebe gaben auf oder die Hoferben orientierten sich beruflich um.<sup>23</sup> Ländliche Räume des späten 20. Jahrhunderts waren also noch ländlich; aber das, was ihre Ländlichkeit ausmachte, hatte sich verändert. Vor allem wurde »das Land« deutlich vielfältiger. Landwirtschaft steht neben Dienstleistungsbetrieben, Zugezogene neben Alteingesessenen, Traditionalisten neben Progressiven. Konservative Milieus, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet haben, lösten sich teilweise wieder auf oder verloren in Teilen der Bevölkerung an

19 Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik. Eine Theorie, in: ders. (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 1, Opladen 1986, S. 17-309, hier S. 278.

20 Interessanterweise spielt in den heutigen Überlegungen die Frage der Konfession/Kirchenbindung praktisch keine Rolle mehr. Die Konfession spiele als Faktor, der die Zustimmung zu extrem rechten Parteien begünstige, keine Rolle mehr, so Armin Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2001, S. 86. Ob das auch regional so klar ist, kann bezweifelt werden. Nicht umsonst galt das katholische Eichsfeld als letzte sichere Bank für die CDU in Thüringen – erst 2025 änderte sich das. Mina Marschall: Und plötzlich ist das schwarze Eichsfeld blau, in: FAZ Online, 2. 3. 2025, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/wahlen-im-eichsfeld-vom-glauben-abgefallen-110326880.html> (1. 8. 2025).

21 Martin Conway: Western Europe's Democratic Age. 1945-1968, Princeton 2020, z. B. S. 24.

22 Paul J. Cloke: Counterurbanisation. A rural perspective, in: Geography 70 (1985), S. 13-23.

23 Daniela Münkel (Hg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.

Relevanz.<sup>24</sup> Daher sollte man – insgesamt, aber besonders für das späte 20. Jahrhundert – nicht von »dem Land« im Singular, sondern von ländlichen Räumen im Plural sprechen. Die Zustimmung zu rechten Parteien lässt sich angesichts dieser und anderer erheblichen Veränderungen kaum plausibel auf Kontinuitäten zurückführen.

In der Gegenwart ist die Zustimmung zu rechten Parteien in ländlichen Räumen auch ganz ohne Rückgriff auf die Geschichte vor 1945 als aktuelles Problem identifiziert worden – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern vornehmlich, aber nicht ausschließlich der nördlichen Hemisphäre. Das gilt in Polen für die Zustimmung zur PiS (immerhin bei der Wahl 2023 die stärkste Partei, auch wenn sie als Regierungspartei abgelöst wurde), das gilt für den Rassemblement national in Frankreich, für Trump in den USA und für die Abstimmung im Vereinigten Königreich über den Brexit.<sup>25</sup>

Ein Beispiel für eine solche »Problematisierung« aus wissenschaftlicher Sicht ist das Buch von Lukas Haffert. Unter dem provokanten Titel »Stadt – Land – Frust« hat der in der Schweiz tätige Politikwissenschaftler argumentiert, dass in ländlichen Räumen grundsätzlich anders gewählt werde als in der Stadt: »So kamen 45 % der Zweitstimmen der Grünen aus den 100 urbansten Wahlkreisen, während nur 21 % ihrer Stimmen aus den 100 ländlichsten Wahlkreisen kamen. Die AfD hingegen erzielte nur 25 % ihrer Stimmen in den 100 urbansten Wahlkreisen, aber 44 % in den 100 ländlichsten Wahlkreisen.«<sup>26</sup> Dieses unterschiedliche Wahlverhalten spiegle unterschiedliche sozioökonomischen Bedingungen wider und betreffe, so Haffert, vor allem die Bereiche »Demografie, die öffentliche Daseinsvorsorge und die finanzielle Lage der Kommunen.«<sup>27</sup>

Ähnlich wie bei Haffert liegt auch in anderen Studien, die diese Stadt-Land-Differenz im Wahlverhalten betonen, der Fokus auf der Ressourcenausstattung der ländlichen Räume, weniger auf individuellen sozialen

24 Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik*, Göttingen 2001, S. 215.

25 Zu Polen: Kamil Marcinkiewicz: *The Economy or an Urban–Rural Divide? Explaining Spatial Patterns of Voting Behaviour in Poland*, in: *East European Politics & Societies* 32 (2018), S. 693–719; Lewis Dijkstra/Hugo Poelman/Andrés Rodríguez-Pose: *The geography of EU discontent*, in: *Regional Studies* 54 (2020), S. 737–753. Don E. Albrecht argumentiert allerdings, dass andere Faktoren ausschlaggebender seien; die Relevanz des Unterschieds zwischen Stadt und Land sei nur auf den ersten Blick besonders groß. Don E. Albrecht: *Donald Trump and changing rural/urban voting patterns*, in: *Journal of Rural Studies* 91 (2022), S. 148–156.

26 Haffert (Anm. 3), S. 48.

27 Ebd., S. 45.

Lagen wie Einkommen oder Bildungsgrad.<sup>28</sup> Besonders in den Blick geraten dabei solche Regionen, die in den Jahrzehnten seit den 1970ern, also seit dem Ende des so genannten Nachkriegsbooms, starken strukturellen Wandlungen unterworfen waren, vor allem durch Deindustrialisierungsprozesse und die Krise der öffentlichen Haushalte.<sup>29</sup> Größere Aufmerksamkeit für die Vertiefung räumlicher Disparitäten gibt es allerdings erst seit der Finanzkrise von 2008.<sup>30</sup> In der internationalen Diskussion werden die Räume im Niedergang als »left-behind places« gelabelt. Oftmals werden neben ländlichen Räumen auch deindustrialisierte (ehemalige) Zentren so charakterisiert. Gekennzeichnet seien sie vor allem durch »economic underperformance and decline«.<sup>31</sup> Zentral für die interdisziplinäre Beschäftigung mit diesen *left-behind places* ist die Frage, warum es gerade diese Räume sind, die sich gegen die etablierten Institutionen und Praktiken der liberalen Demokratie wenden.<sup>32</sup> Schon an den Titeln der einschlägigen Aufsätze wird deutlich: Hier geht es gar nicht so sehr um individuelle politische Präferenzen, sondern tatsächlich um die Räume selbst, die in den Status von Akteuren versetzt werden. Doch wie wird die Verbindung zwischen Räumen und individuellem Wahlverhalten hergestellt?

Die Soziologin Katja Salomo hat verdeutlicht, dass es nicht primär die eigene soziale Lage in solchen »Problemräumen« ist, die messbare Auswirkungen auf das politische Verhalten hat. Es geht also nicht um individuelle Deprivation wie sozialen Abstieg oder Arbeitslosigkeit, denn eindeutige Zusammenhänge mit dem Wahlverhalten lassen sich rechnerisch

- 28 Clemens Fuest/Lea Immel: Ein zunehmend gespaltenes Land? Regionale Einkommensunterschiede und die Entwicklung des Gefälles zwischen Stadt und Land sowie West- und Ostdeutschland, in: ifo-Schnelldienst 72 (2019), S. 19–28.
- 29 Die geschichtswissenschaftliche Deindustrialisierungsforschung griff dies bislang kaum auf. Lutz Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, S. 419 ff.; Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Bonn 2018, S. 145 ff. Allerdings hat auch die sozialwissenschaftliche Forschung die geschichtswissenschaftlichen Projekte kaum rezipiert.
- 30 Andy Pike et al.: ›Left behind places‹. A geographical etymology, in: Regional Studies 58 (2024), S. 1167–1179.
- 31 Danny MacKinnon/Vincent Béal/Tim Leibert: Rethinking ›left-behind‹ places in a context of rising spatial inequalities and political discontent, in: Regional Studies 58 (2024), S. 1161–1166, hier S. 1161.
- 32 Andrés Rodríguez-Pose: The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 11 (2018), S. 189–209. Dezidiert mit Blick auf Dörfer: Maximilian Förtner/Bernd Belina/Matthias Naumann: The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany, in: Environment and Planning C: Politics and Space 39 (2021), S. 574–596.

nicht feststellen. Allerdings, und das ist interessant für die Frage nach räumlichen Voraussetzungen, gibt es einen statistischen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage *im Umfeld* und der Zustimmung zu rechten Parteien:

»Not only being unemployed/a blue-color [sic] worker or having a below-average household income leaves respondents deprived, as evidenced by the respective individual-level effects, but also living amongst a higher proportion of unemployed/blue-collar workers and low-income households.«<sup>33</sup>

Von besonderer Bedeutung sei dabei der Faktor der Demographie, so Salomo. Je homogener die demographische Struktur sei, umso stärker sei die subjektive Deprivation. Entsprechend sei für Regionen, die stark von Abwanderung und Überalterung betroffen seien, damit zu rechnen, dass die Zustimmungsraten zur Alternative für Deutschland (AfD) höher sei als in anderen Regionen – und das betrifft in besonderem Ausmaß nicht nur einfach ländliche Räume, sondern ländliche Räume in Ostdeutschland.<sup>34</sup>

Sowohl in den Untersuchungen von Salomo als auch insgesamt im weiteren Feld der »left-behind places« wird in der Regel quantitativ argumentiert. Die Zahlen brauchen allerdings etwas anderes, um Verhalten zu beeinflussen, und das ist die *Erfahrung*. Nicht ein soziostruktureller, quantitativer Unterschied als solcher hat Auswirkungen auf politische Einstellungsmuster und Wahlverhalten, sondern eine subjektive Erfahrung und ein daraus abgeleitetes individuelles oder sogar kollektives Selbstbild als unterprivilegiert oder »left behind«. Gerade hier lohnt sich das Einhaken durch Historiker:innen: Die historische Entschlüsselung von vergangenen Erfahrungswelten auf einer breiten (nicht nur quantitativen) Quellenbasis gehört zu den wichtigen Stärken der Geschichtswissenschaft.

Auch aus der Politikwissenschaft gibt es aber Versuche, den Faktor Erfahrung genauer zu konturieren. Bereits in den frühen 2010er Jahren hat die amerikanische Politikwissenschaftlerin Katherine Cramer angeregt, dass politikwissenschaftliche Untersuchungen sich nicht mehr länger nur auf strukturellen Faktoren und dass Meinungsumfragen sich nicht nur auf

33 Katja Salomo: The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia, in: *Political Geography* 69 (2019), S. 103–117, hier S. 109.

34 Katja Salomo: Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Der Einfluss des demografischen Wandels auf die politische Kultur in Ostdeutschland, in: Frank Ebert/Holger Kulick/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg*. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Gegenwart und Zukunft, Bonn/Berlin 2021, S. 63–79.

individuelle Einstellungen stützen sollten, sondern dass Untersuchungen zum Gruppenbewusstsein durchgeführt werden müssten.<sup>35</sup> Sie selbst hatte Diskussionsrunden im ländlichen Wisconsin beobachtet und dabei festgestellt, dass die Gesprächspartner:innen eine ländliche Identität zeigten, die die Wahrnehmung von politischen Problemen rahmte. Das weise auf die wachsende Distanz zwischen ländlichen und städtischen Lebenswelten hin. Dieses ländliche Bewusstsein sei, so Cramer,

»an identity as a rural person that includes much more than an attachment to place. It includes a sense that decision makers routinely ignore rural places and fail to give rural communities their fair share of resources, as well as a sense that rural folks are fundamentally different from urbanites in terms of lifestyles, values and work ethic. Rural consciousness signals an identification with rural people and rural places and denotes a multifaceted resentment against cities.«<sup>36</sup>

Cramer bezog sich in ihrer Studie vorrangig auf die Region, die sie untersucht hat, und sie leitete ihre Schlussfolgerungen aus den spezifischen Bedingungen im Bundesstaat Wisconsin ab. Zudem betonte sie, dass es sich um ein spezifisches *Wahrnehmungsmuster* handelte, nicht aber um eine tatsächliche strukturelle Spaltung. Dennoch sind ihre Ergebnisse in den Folgejahren aufgegriffen und immer stärker generalisiert worden. Besonders zur Popularisierung und Zuspitzung der These hat der britische Journalist David Goodhart beigetragen, der auf der Suche nach einer Erklärung für das Brexit-Votum auf zwei »tribes« in der britischen Gesellschaft gestoßen sein will. Während die »anywheres« mit ihrer Ausbildung in Internaten und Eliteuniversitäten schließlich in London gelandet, aber letztlich räumlich ungebunden seien, seien die »somewheres [...] more rooted and usually have ›ascribed‹ identities – Scottish farmer, working class Geordie, Cornish housewife – based on group belonging and particular places, which is why they often find rapid change more unsettling.«<sup>37</sup> Die These von der Spaltung der (britischen) Gesellschaft entlang von Land und Staat in *somewheres* und *anywheres* generalisierte Goodhart zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Struktur und stimmte damit in eine verbreitete Polemik gegenüber den vermeintlich abgehobenen *anywheres* ein.

35 Katherine Cramer Walsh: Putting Inequality in Its Place. Rural Consciousness and the Power of Perspective, in: American Political Science Review 106 (2012), S. 517-532.

36 Katherine J. Cramer: The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker, Chicago 2016, S. 5f.

37 David Goodhart: The road to somewhere. The populist revolt and the future of politics, London 2017, S. 3.

In Deutschland ist diese These einer gespaltenen Gesellschaft entlang einer eher postulierten als empirisch nachgewiesenen Unterscheidung in Kosmopoliten und Kommunitaristen vor allem vom Soziologen Wolfgang Merkel eingeführt, aber vielfach aufgegriffen worden.<sup>38</sup> Oftmals bleibt der räumliche Aspekt dabei implizit, wird eher in populäreren Darstellungen und Debattenbeiträgen aufgegriffen. Viel Raum nimmt aber auch in den stärker theoretischen Darstellungen die Auseinandersetzung mit den »Kosmopoliten« ein, die als neue urbane Klasse dargestellt werden, während die »Kommunitaristen« eher als Residualkategorie derjenigen mitlaufen, die nicht Teil dieser neuen Klasse sind.

Nicht zufällig erinnern diese Erklärungsansätze an die ältere Wahlsoziologie. Nicht nur bei Wolfgang Merkel, sondern insgesamt in der Politikwissenschaft erlebt das *cleavage*-Modell der historisch argumentierenden Wahlforscher Stein Rokkan und Seymour Martin Lipset aus den späten 1960er Jahren eine Renaissance. Die beiden Sozialwissenschaftler hatten damals vier *cleavages*, gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien, identifiziert, die für die Herausbildung des Parteiensystems und die Wählerbindung von herausragender Bedeutung waren: Besitz/Arbeit, Kirche/Staat, Nation/Ethnie/Sprache und Stadt/Land. Das *cleavage*-Modell ermöglichte es, Entstehungen und Kontinuität der Parteiensysteme im 19. und frühen 20. Jahrhundert in den europäischen Ländern vergleichend zu analysieren.<sup>39</sup> Gegenwärtig wird in der Politikwissenschaft eine neue Achse der gesellschaftlichen Spaltung heiß diskutiert, nämlich die zwischen den so genannten »GALs« und den »TANs«, die das Parteiensystem seit den 1970er Jahren strukturiere. GAL steht dabei für »green/alternative/libertarian« und TAN für »traditionalism/authority/nationalism«. <sup>40</sup> Diese Spaltung erinnert in einer weiter verallgemeinerten Form

38 Wolfgang Merkel: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.): Parties, governments and elites. The comparative study of democracy, Wiesbaden 2017, S. 9-23. Vgl. zu dieser These Haffert (Anm. 3). Die These ist auch an anderer Stelle aufgegriffen und vor allem zum politischen Argument gemacht worden, etwa von Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt a. M. u. a. 2021. Auch in dem zunächst gefeierten Buch von Cornelia Koppetsch wird die These von der Spaltung affirmiert. Nach dem Plagiatsskandal ist es allerdings still geworden um das Buch: Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019. Kritisch zur Spaltungsthese: Jürgen Kaube/André Kieserling: Die gespaltene Gesellschaft, Berlin 2022.

39 Stein Rokkan: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie 9 (1980), S. 118-128.

40 Gary Marks/Liesbet Hooghe/Moira Nelson/Erica Edwards: Party Competition and European Integration in the East and West, in: Comparative Political Studies 39

grundsätzlich der Idee von Goodhart und seinen »anywheres« und »somewheres«, ohne dass die Frage nach der territorialen Dimension dieser Spaltung beantwortet ist.<sup>41</sup>

Zudem gibt es ein weiteres Problem. Es gibt nämlich wenige oder wenn, dann sehr spezielle empirische Fundierungen für diese sehr weitreichenden Thesen. Studien wie die von Walsh zu Wisconsin werden zwar gerne in diesem Zusammenhang zitiert, zielen aber mit ihrer regionalen Spezifik und dem Fokus auf Wahrnehmungsmuster eigentlich in eine ganz andere Richtung. Hier ist also noch viel Arbeit zu leisten, die nicht nur von dem Axiom ausgehen kann, dass die GALs und die TANs existieren, sondern dies zunächst einmal zeigen müssen – auch mit den Mitteln von Milieuanalysen. Darüber hinaus funktionieren die Räume, in denen die divergierenden Gruppen verortet werden, als vereinheitlichende Container: Plötzlich erscheinen alle Menschen in ländlichen oder peripheren Räumen als traditionell und wenig weltoffen. Für Differenzierungen ist hier kein Platz, egal, ob große Teile der ländlichen Bevölkerung demokratische Parteien wählen oder in manchen peripheren Regionen rechte Parteien gar keine Chance haben. Zudem werden bestimmte Lebenswelten und -stile zu umfassenden »Kulturen« hochgerechnet, die sich sehr stark und in vielen Punkten voneinander unterscheiden. Differenzierende Untersuchungen werden in dieses Polarisierungsschema nicht integriert.<sup>42</sup>

Ohnehin beschert der Spaltungsansatz für Historiker:innen weniger eine abschließende Erklärung als vielmehr ein Konvolut von Forschungsfragen. Denn schon bei Rokkan und Lipset ging es darum, wie unterschiedliche kulturelle und soziale Prägungen von Parteien zur politischen Mobilisierung genutzt wurden. Wir sind also gut beraten, nicht nur sozialstatistische Unterschiede auszumachen, die angesichts der zunehmenden Heterogenität von ländlichen Räumen kaum zu fixieren sind, sondern danach zu fragen, wie strukturelle Unterschiede evoziert und zu Konfliktlinien *gemacht* werden. Darauf weisen auch Lux et al. hin:

»Inwieweit ein Issue umkämpft ist und in welcher Form Polarisierung auffindbar ist, hätte dann eher etwas mit parteipolitischen Auseinander-

(2006), S. 155-175, hier S. 157.

41 Sven Hegewald/Dominik Schraff: Is the urban-rural divide affectively polarised? Comparative evidence from nine European countries (Working Paper), 2022. <https://osf.io/preprints/osf/ab3dg> (28.4.2025). Kritisch gegenüber dem Gesamtkonzept Floris Biskamp: Kein Kommunitarismus, nirgends. Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel, in: Leviathan 48.1 (2020), S. 70-89.

42 Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

setzungen zu tun denn mit vorgängigen sozialstrukturellen Cleavages. Nicht sozialstrukturelle Polarisierung wäre dann verantwortlich für die Politisierung, sondern die Politisierung selbst wäre ein Katalysator der Polarisierung.«<sup>43</sup>

## Das Land als Ziel: Populistische Mobilisierung, Gewalt und Landnahme

Die letzten Jahrzehnte zeichnen sich durch ein Wiedererstarben des Populismus aus, der sich vor allem durch einen starken Antagonismus auszeichnet: »Populism champions ›the people‹ and their sovereignty while antagonizing political – and/or other – ›elites‹ or a multi-faceted ›establishment‹ that are seen as unresponsive to popular needs and aspirations.«<sup>44</sup>

In diesem Antagonismus spielt seit dem 19. Jahrhundert die Unterscheidung zwischen Stadt und Land eine wichtige Rolle,<sup>45</sup> und das gilt auch für die Gegenwart. Daher fragen Soziolog:innen und Geograph:innen danach, welche Rolle das Sprechen über und das Inszenieren von authentischer Ländlichkeit bzw. ländlicher Authentizität für die politische Mobilisierung entlang des Stadt-Land-Unterschieds in der Gegenwart spielt.<sup>46</sup> Diese Forschungen verknüpfen die weiter oben skizzierten Fragen zur ökonomischen und kulturellen Marginalisierung ländlicher Räume in den Jahrzehnten seit den 1970er Jahren mit der Erforschung von politischen Transformationen, der Ausbildung neuer Konfliktlagen und der Nutzung dieser neuen Konfigurationen durch populistische Bewegungen und Parteien. Die Spaltung zwischen Stadt und Land erscheint aus dieser Perspektive nicht als ein strukturelles Faktum, sondern als eine strate-

43 Thomas Lux/Steffen Mau/Aljoscha Jacobi: Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern, in: Berliner Journal für Soziologie 32 (2022), S. 173-212, hier S. 199.

44 Yannis Stavrakakis/Giorgos Katsambekis: Introduction. Populism's enduring relevance and the challenges ahead, in: Yannis Stavrakakis/Giorgos Katsambekis (Hg.): Research handbook on populism, Cheltenham, Northampton 2024 (Research handbooks in political thought), S. 1-9, hier S. 1.

45 Anette Schlimm: Regieren in Dörfern. Ländlichkeit, Staat und Selbstverwaltung, 1850-1945, Köln/Weimar/Wien 2023, S. 77 f.

46 Z. B. Pavel Pospěch/Eirik Magnus Fuglestad/Elisabete Figueiredo (Hg.): Politics and Policies of Rural Authenticity, London/New York 2022.

gische politische Erfindung von Rechtspopulisten, die gegen urbane Eliten polemisieren.<sup>47</sup>

Anke Bosma und Esther Peeren haben für die Bauernproteste 2019 in den Niederlanden gezeigt, wie dort Landwirtschaft mit Männlichkeit und Authentizität aufgeladen wurde. Unter anderem durch starke Präsenz in den Sozialen Medien (#proudothefarmer) agitierten verschiedene Gruppen für (vermeintlich eindeutig) landwirtschaftliche Interessen und gegen die linksliberalen Pläne, die Viehhaltung in ökologischer Absicht zu regulieren. Landwirtschaft und Männlichkeit verbanden sich in der Folge mit nationalistischen Deutungen.<sup>48</sup> Die Bedeutung von dezentralen Mobilisierungsformen über soziale Medien etwa kann für den gegenwärtigen Populismus kaum überschätzt werden. Die Frage ist, wie solche Ansätze gewinnbringend auch auf die Erforschung der Welt vor Twitter, Instagram und TikTok übertragbar sind.

Ein Beispiel, das für die Frage von Ländlichkeit noch nicht in der Tiefe erschlossen ist, ist die Entstehungsgeschichte der rechtspopulistischen Partei »Die Republikaner« als bayerische Regionalpartei.<sup>49</sup> Ihr (Mit-)Gründer und langjährige Gallionsfigur Franz Schönhuber zeichnete sich schon vor seiner Karriere als Parteipolitiker durch einen dezidierten Anti-Elitismus aus, der vor allem gegen die Zentrierung der Medien auf die Großstädte, hier vor allem auf München, anscrieb und anredete. Dass er in seiner Eigenschaft als populärer Journalist des Bayerischen Rundfunks (BR), Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbands und Freund vieler führender bayerischer Politiker selbst zur urbanen Elite zu rechnen war, focht ihn nicht weiter an. Die vermeintlich »echten« Menschen der Peripherie

47 Eirik Magnus Fuglestad/Elisabete Figueiredo/Pavel Pospěch: Rural Authenticity between Commodification and Populism, in: dies. (Anm. 46).

48 Anke Bosma/Esther Peeren: #Proudothefarmer. Authenticity, populism and rural masculinity in the 2019 Dutch farmers' protests, in: Pospěch/Fuglestad/Figueiredo (Anm. 46), S. 113-128.

49 Allerdings feierten die Republikaner größere Erfolge vor allem jenseits des ländlichen Raums, vor allem in West-Berlin, wo sie 1989 mit 7,3 % ins Abgeordnetenhaus einzogen. Bei den Europawahlen 1990 waren sie in Bayern als Flächenland mit über 14 % ebenfalls sehr erfolgreich, aber auch dort in den kreisfreien Städten mit 15,2 % noch ein bisschen erfolgreicher als in den Landkreisen mit 14,2 %. Spitzenreiter war die kreisfreie Stadt Rosenheim, wo die Republikaner 22,1 % der Stimmen holten – nur knapp über dem AfD-Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl 2025 übrigens. Zahlen für 1989: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen, Stuttgart 1989; Zahlen für 2025: Die Bundeswahlleiterin: Bundestagswahl 2025. Wahlkreis 221: Rosenheim, unter <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-9/wahlkreis-221.html> (4. 8. 2025).

wurden von ihm in Stellung gebracht gegen eine Vorstellung von »Gesellschaft«, wie sie in Schwabing, dem Münchner Bohème-Stadtteil, verbreitet sei. Mehr öffentliche Aufmerksamkeit bräuchten »bayerische Menschen. Keine Krachledernen. Weltoffene Menschen, die sich aber ihrer Herkunft und ihres Dialektes nicht schämen.«<sup>50</sup> Als rechtspopulistische Führungsfigur gab er sich betont volkstümlich und passte damit gut in die Rechtspopulismus-Definition von Hans-Gerd Jaschke.<sup>51</sup> Besonders eng verknüpft war diese Vorstellung von »echten« Menschen in der Peripherie mit der von ihm moderierten Talkshow »Jetzt red i«, die seit 1971 im BR ausgestrahlt wird. Jede Sendung wurde an einem anderen Ort, oftmals in Gasthöfen, aufgenommen, so dass die Sendung bald auch als »Wirtshausdiskurs« bekannt war. Sie zeichnete sich durch »Bürgernähe, Regionalität, konkrete Problemlösung und Konfrontation des »einfachen Bürgers« mit den Eliten« aus.<sup>52</sup>

Insofern stärkte Schönhuber ein *framing*, das auch in der Gegenwart als Bedingung für populistische Mobilisierung herausgestellt worden ist. Der Geograf Michael Woods hat gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen englischen Protesten gegen das Verbot der Hetzjagd um das Jahr 2000 und der Zustimmung zum Brexit in Großbritannien nicht in den Organisationen und Parteien, sondern in den rhetorischen Mobilisierungsstrategien lag:

»In both the countryside movement and the Brexit campaign, »the people« were discursively pitted quite specifically against a metropolitan elite, comprising »professional politicians«, lawyers, journalists, »experts« and the so-called »chattering classes«. This framing struck out against a professionalized political culture that was centred on London and therefore perceived to be out of touch with people in rural areas and provincial towns.«<sup>53</sup>

50 Franz Schönhuber [Vortrag, Presseclub 10. 12. 1976], Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Nachlass Schönhuber 19.

51 Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden 2001, S. 31. Interessant ist der Rechtspopulismus der Republikaner aber auch deshalb, weil sich die Thematisierung der Peripherie, später vor allem vertreten durch den ehemaligen CSU-Politiker Franz Handlos, nicht gegen den geschichtsrevisionsistischen Populismus Schönhuber'scher Prägung durchsetzen konnte. Vgl. Moritz Fischer: Die Republikaner. Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983-1994, Göttingen 2024, S. 229.

52 Ebd., S. 109 f. Besonderer Dank geht an Moritz Fischer, der mir in der Frage des Schönhuber'schen Populismus hilfreich zur Seite stand.

53 Michael Woods: Revisiting the politics of the rural and the Brexit vote, in: Pospěch/Fuglestad/Figueiredo (Anm. 46), S. 27-41, hier S. 37.

Solche breiteren *framings* lassen sich gegenwärtig in vielen Ländern beobachten. Sie werden von spezifischen Organisationen wie Landwirtschaftsvereinigungen ebenso bedient wie von Bands oder Rundfunkstationen<sup>54</sup> und Literat:innen.<sup>55</sup> Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese *framings* auch in strategischer Absicht von Vertreter:innen der extremen Rechten bedient werden. Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV), verband bei den oben geschilderten niederländischen Bauernprotesten Ländlichkeit mit der Nation als Ganzer. Auch bei den Bauernprotesten Anfang 2024 in Deutschland waren rechtsextreme Parteien von der AfD bis hin zum III. Weg dabei und suchten den Schulterchluss mit den Protestierenden.<sup>56</sup> Nicht (nur) im konkreten Protestgeschehen bezeichnet der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke ländliche Räume (in Ostdeutschland) gerne als den Raum, in dem Orte des Widerstands entstehen können:

»Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapfer-fröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück und die neuen Römer, die in den verwahten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen!«<sup>57</sup>

Es ist also nicht nur Opportunismus, der das Thema Ländlichkeit in der Rechten auf die Tagesordnung bringt, sondern auch eine strategische Orientierung. Der rechtsradikale Götz Kubitschek, der Verleger des Antaios Verlags und einstmalige Leiter des »Instituts für Staatspolitik (IfS)« im sachsen-anhaltinischen Dorf Schnellroda, propagierte schon 2007 in der Zeitschrift *Sezession* das »Tätigwerden« in ländlichen Räumen, um perspektivlosen jungen Männern eine neue Perspektive zu geben und den »freien Raum«, den es vor allem auf dem ostdeutschen Land in »Hülle und Fülle« gebe, für die Rechte zu besetzen.<sup>58</sup> Diese Strategie der »Landnahme« von rechts beobachteten zivilgesellschaftliche Initiativen und Journalist:innen schon länger und warnen davor, dass ländliche Räume in

54 Während der Proteste 2019 in den Niederlanden war offenbar der Song »De boer is de kerl« der Band Normaal von 1982 häufig im Radio zu hören. Bosma/Peeren (Anm. 48). In Deutschland ist das Lied »Dorfkinder« des Influencers Finnel 2023 zum Erfolg geworden.

55 Vgl. die Bücher von Juli Zeh, insbesondere Juli Zeh: *Über Menschen*. Roman, München 2021.

56 Konrad Litschko: Nur sauer oder rechtsextrem? Rechte Unterwanderung der Bauernproteste, in: taz 15. 1. 2024, [https://taz.de/Rechte-Unterwanderung-der-Bauernproteste/!5982919/\(30. 4. 2025\)](https://taz.de/Rechte-Unterwanderung-der-Bauernproteste/!5982919/(30. 4. 2025)).

57 Björn Höcke: Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen/Berlin 2018, S. 253.

58 Götz Kubitschek: Leere Räume – Junge Männer, in: *Sezession* 20, Oktober 2007, S. 14-17; <https://sezession.de/3506/leere-raeume-junge-maenner> (30. 4. 2025).

strukturschwachen Regionen besonders attraktive Rückzugsräume für rechte Aktivist:innen sind.<sup>59</sup>

Auch das ist keine neue Strategie. Ländliche Rückzugsräume für rechten Aktivismus gibt es schon länger. Rechte Schulungszentren wie im niedersächsischen Hetendorf wurden abseits der Städte gegründet, wo der Raum zwischen Rechten und Linken nicht so stark umkämpft war.<sup>60</sup> Allerdings griff es zu kurz, auch diese Strategie nur über Gelegenheitsstrukturen zu verstehen. Vielmehr hat Gideon Botsch am Beispiel der extremen Rechten in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit darauf hingewiesen, dass der Rückzug aufs Land sowohl ideologische als auch habituelle Gründe hatte: »Sie [die Neue Rechte, AS] hat die ›Provinz‹ geradezu zur Daseinsform, zum Vorbild eines neurechten ›Stils‹ gemacht. An ihren kulturellen und politischen Idolen heben neurechte Agitatoren den Rückzug von der urbanen Zivilisation besonders hervor.«<sup>61</sup> Rechte Intellektuelle von Carl Schmitt bis Götz Kubitschek inszenierten und inszenieren diesen Rückzug in ländliche Räume als Teil ihrer Selbstviktimsierung und vermeintlichen Marginalisierung durch einen »liberalen« oder gar »linken« Mainstream.

Diese ideologischen und habituellen Aspekte gilt es mit der Analyse von lokalen Gelegenheitsstrukturen zu verbinden, wie zivilgesellschaftliche Beobachter:innen schon länger fordern. Wo wurden und werden (tatsächlich oder vermeintlich) leere Räume von Rechtsextremen neu gefüllt? Oftmals waren und sind es periphere ländliche Räume, in denen günstige Immobilien leer standen – und zwar nicht nur in Ostdeutschland.

Vor allem mit mikroanalytischen Ansätzen kann man zudem zeigen, dass in (manchen!) ländlichen Räumen spezifische soziale und kulturelle Strukturen rassistische Gewalt begünstigen. In der Mikrostudie über den Angriff auf zwei Romnja im oberbayerischen Niederthann 1972 schildert Hans Woller, welche lokalen Strukturen in dem oberbayerischen Ort dazu

59 Deniz Göcen/Heiko Tammena/Veronika Hallmeier (Hg.): Rechtsextremismus auf dem Land, München 2014; Amadeu Antonio Stiftung: Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien, Berlin 2014, [https://amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische\\_siedler\\_web-1.pdf](https://amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische_siedler_web-1.pdf) (30. 4. 2024); Andrea Röpke/Andreas Speit: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Bonn 2019.

60 Vgl. dazu die kurze Bemerkung bei Daniel Gerster/Kerstin Thieler: »Hamburg von außen erobern«: Blankenese und Bergedorf als Rückzugs- und Handlungsorte der extremen Rechten, Denkanstoß Geschichte, Blog des Archivs der sozialen Demokratie, 7. 11. 2024, <https://www.fes.de/archiv-der-sozialen-demokratie/artikelseite-adsd/hamburg-rechtsausen> (30. 4. 2025).

61 Gideon Botsch: Die neue Rechte in der Nuss-Schale. Ein Blick auf die Provinz im Jahre 1961, in: ders. u. a. (Hg.): Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat, Berlin 2023, S. 95–130, hier S. 96.

beitragen, dass es nach dem Vorfall zu einer Täter-Opfer-Umkehr kam, der Schütze glimpflich davonkam und die Opfer und ihre Angehörigen ignoriert wurden. Die Abgrenzung des Ortes nach außen ging Hand in Hand mit einem tief verwurzelten Antiziganismus, weit über die Grenzen des ländlichen Ortes hinaus.<sup>62</sup> Die lokalen Strukturen verbanden sich hier mit einer konservativen Gesellschaft und Politik, bei der die betroffenen Roma als »Fremde« galten, die der »anständigen«, katholischen, CSU-nahen ortsansässigen Gesellschaft gegenübergestellt wurden.

Das war kein Einzelfall. Die Soziologin Gabriele Fischer untersucht, wie an Opfer rechtsextremer Gewalt seit den 1990er Jahren vor allem im lokalen Kontext erinnert (oder genauer gesagt: in vielen Fällen nicht erinnert) wird. Mit einem praxeologischen Ansatz des »doing memory« zeigt sie, dass vor allem in dörflichen und kleinstädtischen Kontexten die Gewalttaten externalisiert wurden und widerstreitende, vor allem migrantisierte, Erfahrungen und Erinnerungen marginalisiert wurden und werden.<sup>63</sup>

Auch die Geschichtswissenschaft hat sich mit räumlich spezifischen Bewältigungs- und Umgangsstrategien mit der Vergangenheit beschäftigt. Dirk Thomaschke hat beispielsweise Dorfchroniken und Heimatbücher einer kritischen historischen Lektüre unterzogen, die eine »maßgebliche Quelle der Geschichtskultur in zahllosen kleinen, ländlichen Orten« darstellen. Er arbeitet heraus, dass in diesen Chroniken die Geschichte des NS »aus dieser Geschichte heraus[geschrieben]« werde. Das führe letztlich dazu, dass vor allem die Geschichte von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg als Geschichte des Außen erzählt (und erinnert) werde, statt die dörflichen Strukturen und Praktiken als Teil des Nationalsozialismus zu begreifen.<sup>64</sup> Eine kritische Auseinandersetzung konnte unter diesen Bedingungen nicht stattfinden.

Inwieweit sich solche lokalen Studien allerdings generalisieren lassen, ist der weiteren Forschung überlassen. Dazu bräuchte es auch genauere Überlegungen dazu, welche lokalen Machtstrukturen solche externalisierenden und marginalisierenden Umgangsweisen begünstigen, und ob das etwas mit dem eher ländlichen Charakter der Orte zu tun hat. Gegenbeispiele

62 Hans Woller: Jagdszenen aus Niederthann. Ein Lehrstück über Rassismus, München 2022.

63 Gabriele Fischer: (Un)Doing Memory – fehlendes Erinnern Todesopfer rechter Gewalt. Rekonstruktionen anhand eines Mordes im Landkreis Esslingen 1992, in: Soziale Probleme 32 (2021), S. 151-166.

64 Dirk Thomaschke: Abseits der Geschichte. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in Ortschroniken, Göttingen 2016, S. 321 u. 323; Ruth Sanz Sabido: Memories of the Spanish Civil War. Conflict and community in rural Spain, Lanham/Boulder/New York/London 2018.

gibt es in jedem Fall, so etwa den hessischen Ort Oberbrechen, in dem in den 1970er Jahren eine neue Phase des Umgangs mit dem nationalsozialistischen Unrecht über den Aufbau persönlicher Beziehungen begann, wie Stefanie Fischer und Kim Wünschmann in ihrer »graphic history« über diesen Ort gezeigt haben.<sup>65</sup>

## Fazit: Diversität ländlicher Räume

Diverse Ansätze der Sozialwissenschaften und angrenzenden Bereichen der Publizistik versuchen zu erklären, warum rechte Parteien und Bewegungen in ländlichen Räumen auf besondere Gegenliebe stoßen und ländliche Räume für rechte Aktivist:innen besonders attraktiv sind. Dabei werden ganz unterschiedliche Modelle herangezogen – von historischen Kontinuitäten über gegenwärtige Enttäuschungserfahrungen bis hin zur Nutzung von materiellen und immateriellen Gelegenheitsstrukturen. Diese Erklärungsansätze können von Historiker:innen gewinnbringend aufgegriffen werden, um neue Fragen an historische Zusammenhänge zu formulieren. So lassen sich sehr gegenwartsorientierte Erklärungsansätze, etwa zu den »left-behind places«, historisch kontextualisieren und auch kontrastieren. Wenn es beispielsweise so ist, dass erst mit dem Abbau von staatlichen Regionalförderungsmaßnahmen Frustrationserfahrungen stattgefunden haben, die in der Gegenwart zu einem »Zurückschlagen« abgehängter Regionen führen, dann müssen ja in den Jahren des »Booms« genau solche Enttäuschungen unterblieben sein. Lassen sich also tatsächlich kontrastiv »goldene Jahre« der Integration ländlicher Räume und ihrer Bewohner:innen ausmachen, die das Vertrauen in staatliche Institutionen und politische Parteien beförderten? Die Demokratiegeschichte von Martin Conway<sup>66</sup> etwa lässt sich als Beleg für diese These lesen, während ein historischer Blick auf die zyklischen Wahlerfolge rechter Parteien in der Bundesrepublik eher eine andere Lesart zulässt. Denn seit den späten 1960ern gelang es Parteien wie der NPD oder den Republikanern immer wieder (wenn auch nicht durchgängig), gerade jenseits eines traditionellen ländlichen Elektorats auch städtische Wählergruppen anzusprechen, vor allem aus der Gruppe der Industriearbeiter:innen. Vor allem dort, wo die Bindung an klassische Milieus wie das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche oder das kirchliche nachließen, konnten rechte Parteien

65 Stefanie Fischer/Kim Wünschmann: Oberbrechen. A German village confronts its Nazi past. A graphic history, New York 2025.

66 Conway (Anm. 21).

ab den 1960er Jahren erfolgreich Wählerstimmen auch jenseits der bisherigen Schwerpunktzentren für sich gewinnen.<sup>67</sup> Das scheint aber nach den bisherigen Befunden kein quasi-natürlicher Ausweitungsprozess zu sein, sondern möglicherweise eher mit den Mobilisierungsstrategien der rechten Parteien und den Veränderungen des rechten Milieus insgesamt zusammenzuhängen. Gegenwärtig lässt sich zudem beobachten, dass die Alternative für Deutschland ihre bisherige Strategie, vor allem ländliche Räume und »abgehängte« Regionen für sich zu gewinnen, modifiziert, um die eigenen Wähler:innenschaft immer stärker auszuweiten. Nun sollen Akademiker:innen, Frauen, Kirchnahe und großstädtische Wähler:innen besonders umworben werden.<sup>68</sup>

Für historische Arbeiten gilt es also, die sozialwissenschaftlichen Ansätze, die die Gegenwart erklären sollen, ebenso wie aktuelle Entwicklungen nicht einfach zu übernehmen, sondern zunächst als heuristische Ansätze zu nutzen und Fragestellungen abzuleiten. Dazu gehört auch, im interdisziplinären Dialog historische Differenzierungen anzumahnen beziehungsweise selbst beizutragen. Darüber hinaus gibt es originär historische Ansätze, die auch in die interdisziplinäre Forschung zur extremen Rechten mit einbezogen werden sollten, ohne dabei jedoch etablierte Stereotype über ländliche Räume weiter zu verfestigen. Dazu gehören Ansätze zur Erforschung von Erinnerungspraktiken ebenso wie multidimensionale Untersuchungen von Milieus, ihren Entstehungsbedingungen und Auflösungsprozessen. Auch die Erfahrungskomponente – etwa zum Thema Deindustrialisierung und der Entstehung »abgehängter« Regionen – kann gewinnbringend von Historiker:innen beigetragen werden.

Um dem Zusammenhang von extremer Rechter und ländlichen Räumen für die Zeit nach 1945 auf die Spur zu kommen, müssen Zeithistoriker:innen vor allem zweierlei tun: Sie müssen erstens die Forschungsergebnisse der Sozialwissenschaften zur Kenntnis nehmen und aufgreifen, dabei aber historisch differenzieren und als heuristische Werkzeuge auf ihre jeweiligen konkreten historischen Gegenstände anwenden. Zweitens bleibt ihnen dabei aber nichts anderes übrig, als ländliche Räume in ihrer Heterogenität und in ihren Spezifika wahrzunehmen. Doch was diese Charakteristika für die Zeit nach 1945 eigentlich sind, da tappt die deutschsprachige Zeitgeschichte über weite Strecken noch im Dunkeln,

67 Kai Arzheimer: Elektorat(e) rechter Flügelparteien in Deutschland, in: Fabian Virchow/Anke Hoffstadt/Cordelia Heß/Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechts-Extremismus, Wiesbaden 2024; doi: 10.1007/978-3-658-38373-2\_24-1, hier S. 6.

68 Christian Parth: Wie die AfD an die Macht kommen will, in: Die Zeit, 11. 7. 2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/strategiepapier-afd-macht-kanzleramt-spaltung> (4. 8. 2025).

ist die Disziplin doch insgesamt sehr stark an urbanen Räumen, Strukturen und Kulturen orientiert. Dieses Defizit gilt es also anzugehen, bevor ländliche Räume reflexhaft als das natürliche Habitat der Rechten markiert werden. Das gilt übrigens in besonderem Maße auch für ländliche Räume in Ostdeutschland, die allzu oft als die besonders problematischen Räume angesehen werden, ohne dass es eine gleiche Aufmerksamkeit für die Rechte in Westdeutschland gibt – ob auf dem Land oder in der Stadt.

# Grenzübergreifende Vernetzungen



# Anglo-German extreme right youth networks<sup>1</sup>

GRAHAM MACKLIN

Youth cultures were one of Britain's most notable »exports« after 1945. Its styles and sounds resulted from a period of very real cultural vibrancy which emerged from the 1950s onwards. This period of cultural effervescence emanated »from below« but was also a product of synthesis and symbiosis with influences imported from »outside« too.<sup>2</sup> Such youth cultures and indeed the very idea of being »teenage« (as a »discreet stage of life«) has received an increasing amount of interest from social historians.<sup>3</sup> One area that has, however, received virtually no attention whatsoever in the standard accounts of the lives of young people are those youth, primarily on the extreme right of politics, who were diametrically opposed to the prevailing cultural trends reshaping British society after 1945 that were most often associated with »youth« in the first place.<sup>4</sup> Surprisingly, the historiography of British fascism has also paid little attention to the organisation and ideology of extreme right-wing youth after 1945 or indeed the transnational networks of which they were involved.<sup>5</sup> In Germany, where scholarship on extreme right-wing youth groups like the *Wiking-Jugend* (WJ – Viking Youth) and the *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ – Youth League of the True Homeland) has been considerable, the transnational networking of such groups with their British counterparts has also passed largely unremarked upon. This chapter marks a preliminary effort to examine the evolution and scope of these Anglo-German transnational networks from the early 1950s until the late 1960s; prior to the emergence of the »white power« music milieu a decade later which radically transformed the style and substance of transnational youth networks.<sup>6</sup>

- 1 I would like to acknowledge the kind assistance of Gideon Botsch and Frank Bösch for inviting me to undertake a Fellowship with the Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) für Europäisch-Jüdische Studien, Universität Potsdam, in 2024 and arguments & kultur gegen rechts e. V., Bielefeld and apabiz e. V., Berlin, for facilitating the research that made possible this chapter.
- 2 Matthew Worley et al.: *British Youth Cultures and the World*, in *Britain and the World*, 11.1 (2018), S. 1-3.
- 3 Jon Savage: *Teenage: The Creation of Youth, 1875-1945*, London 2007.
- 4 E. g. William Osgerby: *Youth in Britain since 1945*, Oxford 1997.
- 5 Graham Macklin: *Transnational Networking of the Far Right: The Case of Britain and Germany*, in: *Western European Politics* 36.1 (2013), S. 176-198.
- 6 Ryan Schaffer: *Music, Youth and International Links of Post-War British Fascism*, Basingstoke 2017.

The chapter explores how British and German youth interacted with one another from the rudimentary beginnings of such networks within Sir Oswald Mosley's Union Movement (UM) in the early 1950s through to the broader international networks that took shape after 1960 under the aegis of the British National Party (BNP). It then focusses upon the burgeoning nature of this network as it developed through the British National Youth (BNY), youth wing of the National Socialist Movement (NSM), which remained the channel for Anglo-German transnational youth networking until the group was dissolved in 1967. It concludes by examining the decline of this distinct form of transnational youth networking through a brief overview of the activities of the Viking Youth, which in 1978 became formally affiliated to the WJ network in Germany.

## Mosley and European youth

British fascists were always transnationally networked with their German counterparts. Sir Oswald Mosley, erstwhile leader of the British Union of Fascists (BUF), reputedly even drew funding for his movement from the Nazis. Mosley's sister-in-law Unity Mitford was a close friend of Adolf Hitler, and his wife Diana was similarly well regarded by the Nazi elite. Indeed, the couple had married not in Britain but in the Reich Chancellery in 1936 with Hitler and Goebbels in attendance, despite both men having misgivings about Mosley being sufficiently ›revolutionary‹. In 1940 Mosley's pro-Nazi politics led to him being interned without trial. He was not released until 1943.<sup>7</sup>

Mosley publicly returned to politics in 1948 as leader of the Union Movement (UM). Alongside its domestic activism the UM also orientated its activities towards providing material aid to the families of surviving Nazis which was channelled through an organisation called the ›Bond of Brotherhood‹ run by Mosley's wife. Mosley meanwhile sought to help former Nazis resurrect their political networks, entrusting a network of loyal couriers to Germany to disburse small amounts of money to nascent extreme right-wing parties that were then restarting. Mosley soon developed a close relationship with Adolf von Thadden, leader of the Deutsche Reichspartei (DRP – German Reich Party) and subsequently the Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD – National Democratic Party of Germany). Perhaps more importantly, Mosley also be-

7 Stephen Dorril: *Blackshirt: Sir Oswald Mosley and British Fascism*, London 2006, S. 316-342.

came the central figure in a secret consortium of European fascists who provided Arthur Erhardt with the initial seed money to publish *Nation Europa* whilst Mosley's own journal, *The European*, established in 1953, provided a forum for fascists and national socialists from across the continent to debate the idea of »Europe-a-Nation«.<sup>8</sup>

Whilst the UM's overt fascism doomed it to failure in post-war Britain by virtue of its continued existence, and Mosley's own standing in German neo-Nazi networks, the party provided an early focal point for trans-national organising between extreme right youth in both countries after 1945. Initially, this took the form of an informal exchange programme for the children of the former Nazi elite who began visiting London in the summer of 1955 to improve their English-language skills and socialize with like-minded people their own age. This was top-down initiative flowing from Mosley's personal and political affinities with their parents. Mosley delegated the arrangements for their stay to the party's national organizer Lawrence »Alf« Flockhart (who was jailed the following year for child sex offences, committed at the party's headquarters).<sup>9</sup>

The families of trusted UM activists were paid (whether by Mosley or the German parents themselves is unknown) to provide these children bed and board. The Grundys, loyal east London militants who had followed Mosley since the 1930s, were one such family. They hosted Waltraut Skorzeny, daughter of the famed Nazi paratrooper Otto Skorzeny and Klaus Naumann, the son of Goebbels's successor, Werner Naumann. The Grundys were also feted with a personal visit from Gudrun Himmler, daughter of the deceased Reichsführer SS, who was accompanied by Jeffrey Hamm, Mosley's personal secretary, and Robert Row, editor of *Union*, the UM newspaper.<sup>10</sup> Himmler also attended the 1955 »Friends of Union« Christmas dinner held at a Fleet Street restaurant, signing copies of the menu for attendees.<sup>11</sup> Whilst in London she was also entertained at the home of Sidney Proud, another UM activist, subsequently sending him a leather-bound photograph album featuring photos of her father with

8 Graham Macklin: *Very Deeply Dyed in Black: Sir Oswald Mosley and the Resurrection of British Fascism after 1945*, London 2007, S. 77-114; cf. Marie Müller-Zetzsche (in this volume).

9 Graham Macklin: *Failed Führers: A History of Britain's Extreme Right*, Abingdon 2020, S. 113-115.

10 Trevor Grundy: *Memoir of a Fascist Childhood*, London 1999, S. 84-89.

11 *Friends of Union, A Dinner (1955)*: <https://blograrebooks.com/?store-page=14-SIGNED-MOSLEY-Gudrun-Himmler-Thomson-Row-etc-Friends-of-Union-A-Dinner-The-Falstaff-Restaurant-1955-Menu-Invite-Ticket-p637596630&offset=90> [18.2.2026]; on Werner Naumann, see Dominik Rigoll (in this volume).

the inscription »Christmas 1955 from Gudrun Himmler« as a token of her gratitude.<sup>12</sup> Proud had previously hosted Adolf von Ribbentrop, son of the executed Nazi Foreign Minister and Hitler's godson, and would later accommodate his brother, Barthold, too. Another guest was the son of Martin Bormann, head of the NSDAP-*Parteikanzlei*.<sup>13</sup>

From 1956 onwards the children of less prominent former Nazis also began advertising for accommodation in the »classified« pages of *Union* in the hope that living in London with a fascist family would help improve their English. Such overtures were sometimes made directly by senior figures within the transnational network. In February 1956, for instance, Arthur Erhardt, editor of *Nation Europa*, wrote to *Union* on behalf of a Berlin-based »colleague« who was looking to find employment in England for his daughter who desired to improve her English. »This would be greatly appreciated in the interests of European comradeship,« his letter concluded.<sup>14</sup> There is currently no archival record to suggest that this informal youth exchange programme was a two-way street. For his part, however, Mosley did despatch his son, Max, to a boarding school in southern Bavaria, run by a friend of Winifred Wagner with whom Mosley was well acquainted, in the hope he would learn German.<sup>15</sup>

The informality of this exchange, which took place through the offices of adult UM activists, not its »youth« reflected the fact that the party had struggled since its inception to even establish a youth wing. In 1948, alongside its party newspaper, the UM had launched a news sheet, *Attack*, billed as the »Organ of Union Youth« to attract children and teenagers to the party, but it was only published intermittently and ceased publication altogether in August 1950. Thereafter party activist Keith Gibson, who had been jailed in 1952 for inciting racial hatred, briefly ran a »Youth of Union Movement« before it too petered out. In July 1957 the UM launched a new »Youth Movement« under the leadership of Trevor Grundy, a teenager member whose parents had been entrusted by Mosley to look after the Skorzeny and Naumann children two years previously.<sup>16</sup> »Youth is at the crossroads,« intoned Grundy in *Union*, »between action or the end.«<sup>17</sup> In *Memoir of a Fascist Childhood*, published forty years later, Grundy reflected on his dismal efforts to recruit British youth to »action«. His »Youth

12 Peter Forbes: »He Worships Hitler in London,« *The People*, 19 July 1959.

13 Ibid.

14 »Request from »Nation Europa,« *Union*, 398, 4 February 1956.

15 Max Mosley: *Formula One and Beyond: The Autobiography*, London 2015, S, p. 7.

16 »Youth Movement Launched,« *Union*, 459, 29 June 1957.

17 Trevor Grundy: »Mosley Youth,« *Union*, no. 459, 29 June 1957.

Movement« consisted of »three other boys my own age whose parents were Old Members and who had been ordered to take an interest in the new youth movement.« The fourth boy, Grundy recalled, had joined on behalf of the police who wanted to learn whether the group was »serious« or »just another lunatic fringe group which would die a natural death.«<sup>18</sup>

The UM Youth Movement was curiously divorced from the party's wider transnational networking with German and Austrian youth organisations. This had been evident from December 1955 when, alongside the German journals, *Nation Europa* and *Reichsruf* with which Mosley and the UM had a long association, *Union* began to advertise *Der Trommler* (*The Drummer*), a magazine edited by Konrad Windisch, an Austrian national socialist militant who had previously been active in the scouting movement.<sup>19</sup> Windisch, who led the *Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendbünde Österreichs* (ANJÖ – Austrian League of Patriotic Youth), visited the UM headquarters at 302 Vauxhall Bridge Road, London, together with three other Viennese national socialists, in the autumn of 1956.<sup>20</sup> The UM's publishing organisation, Sanctuary Press Ltd., subsequently became the English sales point for *Der Trommler*. Increasing co-operation between the two groups was further highlighted when *Der Trommler* published an article by *Union's* editor, Robert Row, entitled »Österreich und England – steht zusammen!«<sup>21</sup>

Windisch subsequently became the spokesman for the *Kameradschaftsring nationaler Jugendverbände* (KNJ – Comradeship Circle of Nationalist Youth Associations), a pan-European umbrella for European nationalist youth groups, which gave the ANJÖ, initially at least, a »leadership role in the radically nationalist sector of German youth«. This persisted until 1959 when the Austrian authorities suppressed *Der Trommler* and jailed Windisch for six months. Thereafter much of the ANJÖ's journalistic and organisational energies were transferred to Germany where the *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ – Youth League of the True Homeland) was emerging as one of the leading points of contact for British extreme right youth.<sup>22</sup> Whether or not the UM or its »Youth Movement« played any part in KNJ activities is hard to discern given the current paucity of the archival record in this regard. It is notable, however, that in the spring

18 Trevor Grundy (Anm. 10), S. 102.

19 *Union*, 393, 24 December 1955.

20 »Forum,« *Union*, 430, 6 October 1956.

21 *Der Trommler*: *Kampfschrift der Nationalen Jugend in Österreich*, 7, September-October 1956.

22 Kurt P. Tauber: *Beyond Eagle and Swastika: German Nationalism since 1945*. Vol. 1, Middletown, Connecticut 1967, S. 418.

of 1957, another Austrian national socialist, Dr. Norbert Scharnagl, wrote to the UM inviting »all English youths and girls« to attend a »European Summer Camp« in the Carinthian municipality of Arriach which was to be held that summer which at least suggests an ongoing connectivity.<sup>23</sup>

The UM remained the official contact for *Der Trommler* until 1961 when, for reasons currently unknown, the British National Party (BNP), a small racial nationalist group that had been founded the previous year following the merger of the National Labour Party and the White Defence League, took over this position. In May 1961 the BNP held a Northern European Ring (NER) camp in Narford, Norfolk, on the property of its wealthy president Andrew Fountaine. John Bean, the BNP leader, recalled that although most of the fifty or so attendees regarded the camp as a five-day »holiday« Colin Jordan, the group's national organiser, and several of the overseas guests took it »very seriously.«<sup>24</sup> The overseas contingent (which would have been larger had not the Home Office prohibited twenty of them from entering the country) included five German activists: Ingo Mendel and Wolfgang Siel of the Bund Vaterländischer Jugend; Ernest Strauss of the KNJ; Horst Nolte of the Arbeitsgemeinschaft Nationaler Kreise; Gerhard Raisin, a German NER member and Winifred Schneider, a German activist aligned with the New European Order (NEO). Several members of Sweden's Nordiske Rikspartei, the Italian Avanguardia Nazionale Giovanile, the American National States Right's Party, and the Danmarks National Socialistiske Arbejder Partei were also present.<sup>25</sup> *Der Trommler* covered the event, publishing a picture of the sun wheel that towered above the camp with the caption »Ein Zeltlager der Kameraden des englischen Young Nationalist Corps.«<sup>26</sup> Shortly thereafter *Der Trommler* began advertising the BNP newspaper, *Combat*, which, it stated, contained articles »of Northern European and White World Interest,« for sale to its Austrian and German readership.<sup>27</sup> *Der Trommler* also announced that »die nationale Jugend Englands« had sent them several publications which could be purchased from »unsere englische Redaktionadresse.«<sup>28</sup>

23 »European Youth Camp,« *Union*, 456, 23 March 1957.

24 John Bean, *Many Shades of Black: Inside Britain's Far Right*, No place of publication 2013, S. 146.

25 1961 BNP NER camp attendance list, Searchlight magazine archive, Northampton University.

26 *Der Trommler*, 45, 1 May 1961.

27 *Der Trommler*, 50, Jahreswende 1961/1962.

28 *Der Trommler*, 46, Sommersonnwende 1961.

In July 1961 Jordan travelled to Germany to attend the 19<sup>th</sup> Dichtertrreffen (Meeting of Poets) gathering in Lippoldsberg, Hesse, which was organized by Holle Grimm, daughter of Hans Grimm, author of the influential »Volk ohne Raum« («People without Space») (1926) who had died in 1959.<sup>29</sup> These meetings had been held since 1949 and always attracted right-wing extremist groups but the 1961 event was specifically intended to attract an international audience of young right-wing extremists outside of West Germany. Some sixty-five attendees from France, Finland, Sweden, Denmark, Spain, Italy, Switzerland, Austria, Great Britain and South Africa took part, many of whom camped in the grounds or stayed in a newly inaugurated »European Youth Hostel.«<sup>30</sup> An estimated 3000 people attended the event but instead of promoting unity, the event was derailed by significant intergenerational conflict. As Tauber notes:

»The radicalism among the youngsters was so outspoken, and personal frictions so great, that German youth leaders, fearful that the uproar at Lippoldsberg might furnish the government with an adequate pretext to crack down on them, prevailed on Holle Grimm to plan the 1962 Poets Meeting without the nationalist youth organization. After some hesitation, she acceded to their wishes.«<sup>31</sup>

The failure of the Lippoldsberg meeting did nothing to diminish this otherwise burgeoning Anglo-German network, however. Indeed, the network increasingly moved from mutual publicity and the exchange of publications to more formal arrangements. In September 1961 it was announced that a »comradeship agreement« had been concluded in London between representatives of the KNJ and »national youth groups« from Britain, Sweden, and the United States of America, with the aim of providing »mutual information and assistance«. Both the Swedes and the Americans agreed to recognise the Odal Rune »as a symbol of the national youth.«<sup>32</sup> Windisch later stated explicitly that the BNP youth group were »members« of the KNJ.<sup>33</sup>

29 »Extract from MI6 report re: an international Fascist Meeting in Germany,« 14 September 1961 in TNA KV 2/4390/298a.

30 Marie Müller-Zetzsche/Luisa Seydel: »Dichter in Lippoldsberg,« *Jungle.world*, 5 July 2023: <https://jungle.world/artikel/2023/27/dichter-lippoldsberg> [18.2.2026].

31 Tauber (Anm. 22), S. 668-669; cf. Gideon Botsch: Die Neue Rechte in der Nuss-Schale. Ein Blick auf die Provinz im Jahre 1961, in: Gideon Botsch et al. (Hg.): Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat, Berlin 2023, S. 95-130.

32 Der Trommler, 47, September 1961.

33 Der Trommler, 49, November 1961.

## British National Youth

However, given the fissiparous state of Britain's extreme right during these years such contacts were difficult to maintain. In 1962 the BNP split. Its national organiser, Colin Jordan, tired of his colleagues ideological temporising, formed his own explicitly Nazi group, the National Socialist Movement (NSM) and declared that »Hitler was Right« from its public platforms. Windisch quickly made the NSM the official stockist of *Der Trommler* and listed »Lutz Bachmann« as the point of contact. This was a pseudonym for Leslie »Lutz« Vaughn, an NSM activist who lived at the group's headquarters in Princedale Road, west London.<sup>34</sup> Vaughn, who became involved in some of the NSM's more militant activities, later worked as a press officer for the Department of Economic Affairs and was arrested in 1965 in possession of a gas pistol and sixteen tear gas cartridges without a license, claiming in his defence that »most German girls carried them for protection.«<sup>35</sup>

The NSM also established its own youth group, modelled on the Hitler Youth, called British National Youth (BNY), the leadership of which was entrusted to a fifteen-year-old schoolboy from the east Midlands who had joined Jordan's faction when it split from the BNP. The teenage BNY leader, Brendan J. Willmer, lived in Syston, Leicestershire. He had made his first public foray into politics in March 1961 when he began writing racist letters to his local newspaper supporting apartheid South Africa.<sup>36</sup> Willmer later told the press that he joined the BNP after cycling over to Coventry for tea with Jordan who was then its national organiser. »It was just a pleasant afternoon out,« he stated, lying repeatedly about the nature of their political relationship.<sup>37</sup> Willmer had subsequently attended the BNP's NER camp in Norfolk in May 1961. He came to further public attention later that year when, as a pupil at Thurmaston Roundhill High School, he organised a petition demanding that an impressionist painting of Christ be removed from the school's upper hall on the grounds that it was »offensive and in deplorable taste.«<sup>38</sup> The painting was indeed removed after Willmer and other pupils orchestrated a wider protest.<sup>39</sup>

34 *Der Trommler*, 56, [1962].

35 »Whitehall man had pistol,« *The Guardian*, 14 October 1965.

36 »Future of White Race in Balance« [Letter], *Leicester Daily Mercury*, 23 March 1961.

37 »Brendan denies he is boy Nazi,« *Leicester Evening Mail*, 20 November 1962.

38 »Pupils petition against »deplorable« painting,« *Leicester Evening Mail*, 15 December 1961.

39 »»Modern« Picture Removed after Pupil's Protest,« *Birmingham Daily Post*, 16 December 1961.

Willmer had launched the »British National Youth Supporters Club« in April 1962, the same month that the NSM was officially launched, celebrating its inauguration with a trip to London.<sup>40</sup> The BNY, as it subsequently became known, styled itself as an »outdoor organisation« which staged local cycling tours, camps, campfire sessions, discussion groups, music sessions and hiking trips, all of which were designed to promote camaraderie and build a common identity. The point of contact was Willmer's parent's address in Syston, Leicestershire. Willmer boasted that the BNY had twenty-five members, including supporters. The group adopted the Odal rune as its emblem because, Willmer told the media, it was a »youth symbol throughout the world and especially Northern Europe.«<sup>41</sup> The NSM hoped that the BNY, an integral part of its own organisation, could surreptitiously access spaces frequented by young people, clubs, sports clubs, educational establishments and military cadet units, that would be closed to most political organisations let alone a Nazi one. Those young people who proved receptive to approaches by the BNY, which Willmer pretended was a cross between the Boy Scouts and the National Association of Boys Clubs, were »carefully cultivated«<sup>42</sup> with the aim of inducting them into national socialist politics.

Alongside these domestic activities, which he boasted had soon gained some 300 members, a figure that was almost certainly exaggerated, Willmer sought to connect the BNY to the wider network of transnational militancy spearheaded by West German and Austrian extreme right youth. This was immediately apparent in the pages of the BNY newsheet, *The Bugler*, the first issue of which appeared in July. This augural issue contained an article authored by Windisch which served as a tacit endorsement of Willmer's efforts.<sup>43</sup> Indeed, Willmer viewed *The Bugler* as a »counterpart« to Windisch's »Austrian youth paper.«<sup>44</sup>

As well as establishing contact with Windisch's KNJ the BNY also forged links with numerous German neo-Nazi youth groups including the Bund Heimattreuer Jugend (BJJ – Youth League of the True Homeland) and the Junge Kameradschaft (JK), the youth section of the Deutsch Reichspartei (DRP – German Reich Party).<sup>45</sup> Perhaps Willmer's most important link, however, was with the Wiking-Jugend (WJ – Viking Youth), an organisation founded in Wilhelmshaven by activists from

40 »District News in Brief,« *Leicester Mercury*, 6 April 1962.

41 »He will edit news sheet for youth,« *Leicester Evening Mail*, 17 May 1962.

42 *Sunday Telegraph*, 25 November 1962.

43 *The Bugler*, 1, July–August 1962.

44 »He will edit news sheet for youth,« *Leicester Evening Mail*, 17 May 1962.

45 *The Bugler*, 1, July–August 1962 and *The Bugler*, 4, March–May 1963.

several smaller youth groups following the banning of the Sozialistische Reichspartei (SRP – Socialist Reich Party) in 1952. The WJ quickly became West Germany's largest neo-Nazi youth organisation with about 400 members. The group, which focussed on socialising youth to national socialist politics through outdoor activities, provided the starting point for many future neo-Nazi leaders in West Germany. During the period in which Willmer was in contact with the WJ it was led by Raoul Narath (1954-1967) but then subsequently by his son, Wolfgang (1967-1991), and then grandson, Wolfram, who headed the organisation until it was finally banned in 1994.<sup>46</sup>

Willmer clearly modelled the BNY on the WJ. He even obtained the Odal rune badges worn by BNY members directly from the German group.<sup>47</sup> This ideological and organisational synergy was reflected in the fact that shortly after the BNY was established in 1962 Willmer was interviewed by Wolfgang Kirschstein for the WJ newsletter, *Fanal*. The two men discussed Willmer's organisation and ideological stance which, Willmer declared, included fighting »gegen die überhandnehmende Rassenvermischung zwischen allen Rassen« in the United Kingdom. Willmer highlighted his group's role in Jordan's NER camps but stated that he hoped to begin organising his own international youth camps shortly. Whilst the BNY only planned to organise branches in Commonwealth countries this did not of course preclude its ongoing collaboration with their European counterparts including the WJ. Kirschstein also asked Willmer whether he considered Germany responsible for the Second World War, a notion he dismissed as »vollkommenen Unsinn« which undoubtedly endeared the BNY to *Fanal's* readers.<sup>48</sup>

Kirschstein, who edited his own newspaper, *Die Peitsche (The Whip)*, was also increasingly integrated into this wider Anglophone network. In August 1962 Jordan held a camp in Gloucestershire under the banner »National Socialism: The World Movement for the White Man« at which the special guest was George Lincoln Rockwell, leader of the American Nazi Party (ANP) who had evaded a ban on his entering the country. Kirschstein was also at the meeting, having arrived in England on 22

46 Fabian Virchow: »Wiking-Jugend,« in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 649-650; and Niklas Krawinkel (in this volume).

47 »Historical Boys' Uniforms«: <https://histclo.com/youth/youth/org/nat/eng/nateng.htm> [Accessed 31 March 2025].

48 *Fanal*, 11 Jahrgang, Nr. 6. [1962].

July.<sup>49</sup> This meeting resulted in the foundation of the World Union of National Socialists (WUNS), a transnational organisation erected on the scaffolding of Jordan's earlier NER network. The following year, when Kirschstein founded his own »International Viking Movement« in Bamberg, he aligned it with the WUNS.<sup>50</sup> Kirschstein was reputedly inducted into the WUNS network by Rockwell's German disciple Bruno Lüdtker.<sup>51</sup> He later became a leading figure in the Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP – Independent Workers Party).<sup>52</sup>

Willmer also sought to establish links with the White Youth Corps (WYC) run by Arthur Brill, a sixteen-year-old from Chicago, Illinois, and may very well have done so as part of his involvement with the WJ. The WYC, which was little more than a front for Rockwell's ANP, initially had a mere four members all four of whom were arrested in March 1962 whilst involved in a racist picket of a Chicago theatre showing a Sammy Davis Jr. movie.<sup>53</sup> Whilst Willmer undoubtedly contacted the group at the behest of Colin Jordan, Rockwell's transatlantic collaborator, the FBI file on the WYC also hints that he may have done so on behalf of the WJ. In August 1962 the WYC received a postcard from England. Although the name of the sender is redacted in the FBI file, it bore a Leicestershire postmark, the county in which Willmer lived. It stated: »Comrades, I'm the leader of the Foreign Dept. of the Wiking Jugend, and I would like to come into contact with [sic] your organization. Thus I would be pleased if you would forward me any literature printed by your organization.«<sup>54</sup> Willmer also forged contacts with the Canadian Youth Corps (CYC), a small group active in Toronto whose propaganda offered its members, aged fourteen to twenty one, training in a variety of self-defence and survival techniques including »use of weapons and marksmanship, and preparation of basic explosives in demolitions.«<sup>55</sup>

Willmer's activities quickly landed him in trouble, however. Indeed, by November 1962, when he was still only sixteen, he was forced to publicly deny accusations that he was a »Nazi« though ironically the latest issue of

49 MI6 memorandum: »World Union of National Socialists (W.U.N.S.),« 5 November 1963 in KV 2/4390/378a, The National Archives, London.

50 Nationalist Youth: Wiener Library Bulletin, vol. XX, no. 1, Winter 1965-1966.

51 Frederick J. Simonelli: »Thriving in a Cultic Milieu: The World Union of National Socialists, 1962-1992« in: Jeffrey Kaplan/Helène Lööw (Hg.): »The Cultic Milieu: Oppositional Subcultures in an Age of Globalisation« Altamira Press: Walnut Creek, CA 2002, S. 222.

52 »Vorbesterter Antisemit als UAP-Presssprecher« in Kirschstein file, apabiz, Berlin.

53 »Men Go On Trial For Criminal Defamation,« Chronicle Tribune, 20 June 1962.

54 White Youth Corps, FBI file.

55 Louis Rosenberg: »Canada,« The American Jewish Yearbook, 66 (1965), S. 327.

*The Bugler*, which featured a paean of praise to the Hitler Youth, had concluded: »We, the new generation of Nordic Youth, will continue the fight for race and nation which began in National Socialist Germany.«<sup>56</sup> Whilst Willmer continued to deny his Nazi links *The Birmingham Post* conducted an interview with an anonymous »boy« – clearly Willmer – who stated that Jordan was »one of the greatest men of our time« and admitted that his job was to recruit young people to the NSM.<sup>57</sup> Leicestershire County Council Education Department declined to comment referring the matter to Thurmaston Roundhill High School though the headmaster, who had previously spoken to Willmer, commented that there was »nothing to worry about«.<sup>58</sup> The school's governors subsequently convened a meeting to discuss matters but, having found no evidence Willmer disseminated »Nazi doctrines« at school, took no action.<sup>59</sup> The matter was left in the hands of Willmer's headmaster who had already signalled that he regarded the BNY simply as »harmless independent boys« leaving Willmer free to continue his studies.<sup>60</sup>

During this barrage of adverse publicity, Willmer told the press that his father had ordered him to »give it all up« though he did no such thing.<sup>61</sup> Indeed he quickly returned to both the BNY and the NSM. The BNY had initially had two »units« (one in Leicestershire and another in Glasgow) but by 1963 this had expanded to six.<sup>62</sup> One of those recruited to the group during these years was Arthur Read, a twenty-two-year-old who lived in Wallasey, Cheshire, where he worked in a shoe shop. Read had begun subscribing to *The Bugler* and was introduced by Willmer to two colleagues with whom he formed his own BNY unit. Read subsequently became »National Secretary« and was responsible for BNY activities in the north as well as the group's »Northland Press,« whilst Willmer, who retained the title »Youth Leader,« focussed upon southern England.<sup>63</sup>

Prior to joining the BNY Read had been active with Mosley's UM in Merseyside. His politics were evident from his letters to the local press advocating for »a strong United European nation« as a »third force« between

56 »I'm No Nazi, Claims Syston Schoolboy, 16,« *Leicester Daily Mercury*, 20 November 1962.

57 »Enquiry Ordered on Boy Nazi Leader,« *The Birmingham Post*, 20 November 1962.

58 »Brendan denies he is boy Nazi,« *Leicester Evening Mail*, 20 November 1962.

59 »Brendan Willmer – Roundhill Governors Decide: No Action,« *Leicester Daily Mercury*, 22 November 1962.

60 »I'm tired of all the fuss, says Brendan,« *Leicester Evening Mail*, 22 November 1962.

61 »Young Nazis' Boy Leader Quits Group,« *The Daily Telegraph*, 21 November 1962.

62 *The Bugler*, 3, November 1962–February 1963.

63 »British National Youth,« *Funkenflug*, 04/2006-01/2007.

America and Russia which was the core of Mosley's »Europe-a-Nation« policy.<sup>64</sup> His strident anti-Communism also led Read to become secretary of his local branch of the Nuclear Defence League (NDL), an organisation founded in 1961 to counter the Campaign for Nuclear Disarmament (CND) which opposed Britain's nuclear deterrent.<sup>65</sup> Read also became active in the Greater Britain Campaign (GBC) which also campaigned to »Keep the Bomb.«<sup>66</sup> The GBC was organised by Roger Gleaves, a former member of the League of Empire Loyalists (LEL), a far-right protest group led by A. K. Chesterton who had been a propagandist for Mosley's BUF during the 1930s, noted for his antisemitic asperity.<sup>67</sup> Given Read's »youth« orientated activism it was ironic that Gleaves had only recently been released from a three-year jail sentence for child sex offences.<sup>68</sup> This was the first in a string of convictions that led Gleaves (later posing as the »Bishop of Medway«) to become nationally notorious as a child rapist.<sup>69</sup>

Colin Jordan, the NSM leader, continued to hold Willmer in high regard telling his American counterpart George Lincoln Rockwell during the summer of 1963 that the teenager was doing an »absolutely wonderful job.«<sup>70</sup> Continuing his praise, Jordan told Rockwell that Willmer was a »definite prodigy« and promised he was »certainly going to be one of the big names in National Socialism in the future.« Jordan also made clear his view on the BNY which, he stated unequivocally, functioned as a »preparatory body for us,« the NSM. He was keen, however, to ensure that, at least publicly, the two groups maintained a strategic distance from one another:

»For the BNY to do this kind of valuable work successfully, however, it is really essential that as far as the public appearance is concerned the NSM and the BNY are quite separate and the BNY is not explicitly National Socialist.«<sup>71</sup>

Beyond the NSM Willmer also made common cause with Roger Pearson, one of the leading figures in the Northern League, a pan-European group dedicated to reviving Nazi Nordicism, which, from 1958 onwards, also or-

64 »Moral Effect of a United Europe« [Letter], Liverpool Daily Post, 16 July 1960.

65 »Defence League« [Letter], Liverpool Daily Post, 20 June 1961.

66 »Keep the bomb!« [Letter], The Runcorn Guardian, 21 July 1962.

67 Martin Walker: *The National Front*, London 1977, S. 31.

68 »Former cadet sergeant jailed,« *The Sutton and Cheam Advertiser*, 13 August 1959.

69 »Bogus bishop jailed for sex attacks,« *The Independent*, 31 March 1998.

70 Colin Jordan to George Lincoln Rockwell, 10 June 1963, George Lincoln Rockwell papers, University of Kansas.

71 Colin Jordan to George Lincoln Rockwell, 3 August 1963, George Lincoln Rockwell papers.

ganised pilgrimages to Detmold in North Rhine Westphalia to commemorate Arminus' defeat of the Roman legions in the Teutoburg forest in 9AD this being a popular destination for German youth groups too. Pearson had recently relocated to the United States where he had founded *Western Destiny*, a racist magazine that served as a successor to the Northern League journal *Folk*. Willmer wrote Pearson to tell him that »the whole concept of a periodical dedicated to the defence and rejuvenation of Western civilization is impressive.«<sup>72</sup>

As it grew, the BNY sought to burnish its credentials by adding the names of several military figures to its list of »sponsors« to give the impression it was a respectable organisation akin to the scouts. Those listed as »sponsors« of the BNY were all redoubtable right-wing figures with a history of involvement in far-right politics. The Honorary President was Major-General Richard Hilton, Britain's former military attaché to Moscow (1947-1948) who was subsequently associated with numerous extreme right parties including his own Patriotic Party. He had authored several books including »The Thirteenth Power« (1958), which referred to »the power of international moneylending on the grand scale« a rather unsubtle antisemitic allusion. Other »sponsors« included three vicars (P. E. Blagdon-Gamlen, S. E. Pulford, and G. H. Nicholson) well known for their racial views whilst a fourth (E. L. Hebden Taylor) perhaps agreed to sponsor the group without fully comprehending its politics.<sup>73</sup> Another prominent »sponsor« was Admiral Sir Barry Domvile, a former Director of Naval Intelligence whose pro-Nazi politics during the 1930s had led him to consort with Himmler and saw him interned for the majority of the Second World War on account of his dubious loyalties. By 1965 Domvile was approaching ninety. »I am in demand as a youth leader: comic, ain't it?« he commented to a friend.<sup>74</sup>

The BNY continued to build transnational links with other European youth organisations. The BHJ publication, *Nachrichten aus der Nationalen Jugend*, noted that it had received Christmas greetings in 1964 from youth leaders across Europe, including Willmer.<sup>75</sup> The BHJ subsequently publicised the group in the »unsere antwort« section of its newsletter.<sup>76</sup> Such publicity also heralded a more concerted effort by the BNY to transnationalise its activities. In June 1965 Arthur Read, travelled to Dublin

72 »Letters,« *Western Destiny*, 11.5, October 1964.

73 »Nationalist Youth,« *Wiener Library Bulletin*, vol. XX, no. 1, Winter 1965-1966.

74 Admiral Sir Barry Domvile to Anthony Gittens, 19 April 1965, Britons archive.

75 *Nachrichten aus der Nationalen Jugend*, January-February 1965.

76 *Nachrichten aus der Nationalen Jugend*, July-August 1965.

for talks with John Buckley, leader of the Irish National Youth (INY), formed the previous year after Willmer had appealed for Irish contacts to help them establish a group.<sup>77</sup> The INY published its own newsletter, *The New Guard*, articles from which were reproduced in *Der Trommler* in 1964. *The New Guard* was also recommended in the BNJ newsletter.<sup>78</sup> These talks, to establish a »common front« of free »national« youth groups, were followed by others. Indeed, shortly thereafter a leading figure from the Flemish Kameradschaftsring Nationaler Jugend Europas (KNJE) travelled to meet Read in Cheshire.<sup>79</sup> During this period the BNY also cultivated contact with the Flemish »Europafront« which operated from Antwerp, Belgium.<sup>80</sup>

Shortly after these discussions the BHJ newsletter informed its readership that anyone wanting to visit England that summer would be housed by their BNY counterparts and that those visiting London would also receive a »tour guide«. Interested BHJ members were advised to contact Read.<sup>81</sup> Read later stated that BHJ activists were guests at various camps and seminars organised by the BNY.<sup>82</sup> This was a reciprocal relationship. Willmer was subsequently recorded to have attended »several« youth camps in Germany, »stayed at the homes of German Nazi youths, and was host to youth leaders at his home.«<sup>83</sup>

The BNY were not the only British group networked with the BHJ, however. Michael Passmore, a twenty-two-year-old clerk who lived in Thornton Heath, had visited the Federal Republic of Germany annually since 1958. His first two visits were school trips but those he undertook subsequently resulted from Passmore's burgeoning fascination with Nazism. Passmore had joined Jordan's NSM at its inception in 1962 and quickly began networking with the BHJ. In October 1963, together with Oliver Jony, and a Belgian citizen, Albert Feyns, Passmore was suspected of distributing NSM literature in Munich leading police there to take out a criminal complaint against him. Police also suspected that a Nuremberg BHJ activist, Johann Hübner, had assisted them.<sup>84</sup>

77 The Bugler, 7, April/May 1964.

78 Denis Eisenberg: *The Reemergence of Fascism*, New York 1967, S. 27, 218.

79 Nachrichten aus der Nationalen Jugend, September-October 1965.

80 The Bugler, 7, April-May 1964.

81 Nachrichten aus der Nationalen Jugend, July-August 1965.

82 »British National Youth,« *Funkenflug*, 04/2006-01/2007.

83 »Willmer No Come Back Again ...,« *Searchlight*, 96, June 1983.

84 Lemmer (KOM)/Schütte (KK): »Vermerk,« 26 March 1965 in B 362/6606, Bundesarchiv, Koblenz.

In May 1964 Jordan's NSM split. Passmore left the group and helped Jordan's former lieutenant, John Tyndall, establish a new group, the Greater Britain Movement (GBM). He became managing director of Tyndall's new magazine, *Spearhead*. In July Passmore returned to Germany, visiting the BHJ group in Nuremberg. He stayed with Hübner whose address Tyndall had supplied. Whilst there Passmore also attended a BHJ camp at Altmühl valley in Bavaria. He left Hübner with a tape cassette of banned Nazi songs including the »Horst Wessel Lied« and, upon his return to England, sent him several original NSDAP badges which Hübner subsequently sold to local BHJ members to raise funds for the group.<sup>85</sup>

Back in England Passmore continued corresponding with the BHJ, sending one member, Norbert Brüning, some sixty leaflets in December 1964, produced by the GBM, that featured a portrait of Hitler with the caption »Er Hat Recht«. On 24 March 1965 Passmore returned to Germany, visiting the Ordensburg Sonthofen and Schloss Neuschwanstein in Bavarian Swabia before travelling on to Munich where, after purchasing more Third Reich memorabilia, he met with Gudrun Himmler to whom he reported on the state of national socialism in England. Leaving her with several copies of *Spearhead*, Passmore travelled on to Nuremberg on 27 March. There Passmore met with Brüning who took him to a meeting at the apartment of a BHJ member called Fritz Danner where Johann Hübner, Herbert Welsch, and Eberhard Dittel were also present. After discussing several issues of *Spearhead* which he had brought with him and an English translation of a BHJ document entitled »Grundsätze der nationalen Jugend« that Dittel had made, Passmore gave the group 260 Hitler »Er Hat Recht« stickers which he had obtained from Tyndall before travelling to Germany. He left these stickers with the group to distribute as they saw fit. Passmore was scheduled meet other BHJ members the following day but was arrested before he could do so.<sup>86</sup>

Passmore subsequently told a Karlsruhe court, »he had a special love for Germany because its peoples were closely related to the British« and by distributing Nazi propaganda in Nuremberg »he had wanted to show the people of Germany that national socialism was still alive in Britain.« Passmore was jailed for one year in August 1965, a sentence he served in Karlsruhe-Durlach prison. His nationality was treated as an extenuating circumstance. The judge indicated that had Passmore been German his

85 »Gründe: Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten« in B 362/6600, Bundesarchiv, Koblenz.

86 »Gründe: Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten« in B 362/6600, Bundesarchiv, Koblenz.

sentenced would have been harsher.<sup>87</sup> He was deported from Germany on 1 October having served roughly half his sentence, including time served on remand.

Whilst Passmore's case highlighted the potential perils of transnational activism for individuals seeking to internationalise their activism, during the same period domestic factors were also undermining the BNY's ability to function as a transnational actor. Willmer maintained a bookshop in Ealing, west London, but quickly proved unable to pay the rent. He got into debt with some of his »sponsors« leading to threats of legal action against him. Lady Elizabeth Freeman, a wealthy benefactor of far-right causes, including the LEL, reputedly paid off his debts to save Willmer from being taken to court.<sup>88</sup> During summer of 1965 Willmer also split from the NSM which disrupted the BNY's network. Jordan denounced him as a »renegade« to the WUNS in September 1965.<sup>89</sup>

Thereafter Willmer and Jordan struggled for control over the remnants of BNY's domestic organisation. Jordan appealed to those members who considered themselves genuine »National Socialists« to sever their connection Willmer »and instead help the NSM to create in the near future its own youth division, entirely and thoroughly National Socialist.«<sup>90</sup> It would appear that Willmer was the victor in this power struggle since Jordan's »youth division« never materialised and by 1966 the NSM itself had dwindled to a very small group of activists.<sup>91</sup>

In December 1965, Willmer renamed his organisation, the National Youth League (NYL), »to make clear that we are an independent patriotic youth association, unconnected with any other group or movement.«<sup>92</sup> In his public pronouncements Read was also at pains to emphasise that the NYL was an »authentic« youth organisation and »definitely not fascists.« The NYL, which Read claimed now had 400 members, was simply a group concerned by the »low moral values« prevalent in the youth of today which it hoped to counter by instilling »pride« in the nation. He denied they were a racist group but stated immigration was a »problem« and a »national referendum« should be held on the subject.<sup>93</sup> Despite Read's

87 Norman Crossland: »Englishman sentenced in Germany,« *The Guardian*, 10 August 1965.

88 »The Brendan Wilmer [sic] Story,« *Searchlight*, 30, November 1977.

89 *World Union of National Socialists: European Bulletin*, 5, 1 September 1965.

90 *NSM Member's Bulletin*, October 1965.

91 Macklin (Anm. 9), S. 293.

92 »Nationalist Youth,« *Wiener Library Bulletin*, 20.1 (1965-1966), S. 32.

93 »We are not Fascists say National Youth League,« *Liverpool Daily Post*, 29 August 1966.

claims of political neutrality the NYL announced an alliance with Cherterton's LEL in August 1966.<sup>94</sup> It also continued to maintain contact with figures like Windisch.<sup>95</sup>

On the broader political front everything was beginning to change, however. Groups like the BNP, the LEL and indeed Tyndall's GBM all ceased to exist in 1967 after merging their identities into the newly formed National Front (NF) though this organisational unification excluded Jordan's NSM whose overt national socialism placed it beyond the pale. The NYL also ceased to exist and Willmer subsequently joined the NF, helping to establish its Leicestershire branch.<sup>96</sup> His subsequent activism is beyond the scope of his chapter suffice to say that in 1969 Willmer relocated to apartheid South Africa from whence he led a »Save Rhodesia Campaign« much to the delight of former colleagues who praised him for having »taken the fight to the front line with real NF-style activism.«<sup>97</sup> Michael Passmore also briefly emigrated to South Africa following his deportation from Germany, though he soon returned to England and joined the NF too.<sup>98</sup>

Due to adverse publicity surrounding the group's national socialist politics, Read noted that the BNY, and by extension the NYL, encountered increasing difficulty recruiting young people, not least because of growing hostility from parents. Read, who remained active, renamed his section of the organisation. The Wirral Youth League (WYL) focussed its activities upon Hoylake, a seaside town in the Wirral. He began publishing his own newsletter, *Wirral Youth News*, to replace *The Bugler*, which had ceased to exist in 1967, but Read's group soon dissolved too.<sup>99</sup> He and the WYL »youth leader« Kevin Hughes were subsequently sentenced to six months imprisonment, suspended for three years, after being caught using groups of young boys to collect money for an »Association of Youth Clubs« which they instead kept for themselves.<sup>100</sup> Forty years later Read resurfaced as a member of Nick Griffin's British National Party.

94 Candour, 17.456, August 1966.

95 Der Trommler, 62/63 [1965].

96 Ray Hill/Andrew Bell: *The Other Face of Terror: Inside Europe's Neo-Nazi Network*, London 1988, S. 36, 256.

97 »N. F. Man Leads Pro-White Campaign in South Africa,« *Spearhead*, 110, October 1977.

98 M. H. Passmore to Dr. Pelchen, 23 November 1966 in B 362/6600, Bundesarchiv, Koblenz.

99 »British National Youth,« *Funkenflug*, 04/2006-01/2007.

100 »Thousands Paid for 'Charity' Magazines – Youth club cash went to two men,« *Liverpool Echo*, 6 November 1968.

## Conclusion

The NF became one of Europe's largest extreme right-wing parties during the 1970s. It was keen to avoid being labelled »Nazi« which would have undermined the credibility of its anti-immigrant politicking and so publicly eschewed contact with West German or Austrian groups. Despite his own background John Tyndall, the former NSM and GBM activist who became NF chairman in 1972, evinced little interest in the politics of »youth« until pressure from young activists within the movement compelled him to establish a Young National Front (YNF) group in July 1977. Whilst the YNF proved a major factor for the development of extreme right »youth« politics, the mode of activism it promoted also resulted in significant intergenerational conflict within the NF. This was fuelled by a growing interest amongst its youthful cadres in the politics of »Strasserism« (regarded as heretical by Tyndall) and other forms of counter-cultural activity including »white power« music, which would transform the nature of British extreme right politics in the following decade, often, ironically, to its political detriment.<sup>101</sup>

This generational and cultural shift also had an impact on the nature and form of transnational networking. Whilst the YNF soon dominated extreme right »youth« politics in Britain it was not internationally networked to the same degree as earlier youth groups like the BNY. Networking with German extreme right youth largely became the preserve of groups outside the NF orbit like the British Movement, formed in 1968 by Colin Jordan who led the group until 1975, and the League of St. George, formed in 1974 by a group of former UM militants, whose activists interacted intermittently with their German counterparts at several youth camps during the 1970s. It was not until 1978, however, over a decade after the BNY was dissolved, that a distinct »Viking Youth« group emerged again in England. Founded by Paul Jarvis, who had been involved with the NF in west London, the Viking Youth mirrored the BNY in style and substance, its principal activities being hiking and camping as well as listening to lectures propagating »folkish« ideals. The group adopted a »scouting-style« uniform consisting of a grey shirt and black trousers, which was worn with two arm bands, one a Phoenix, the other the obligatory Odal rune, which also featured on its belt buckle.<sup>102</sup>

101 Graham Macklin: Inter-generational conflict and the transformation of the British extreme right, *Patterns of Prejudice* in 58.2-3 (2025), S. 215-240.

102 »The V. Y. Uniform,« *Young Folk*, 19, July-September 1980.

In April 1978 Jarvis announced that the Viking Youth had become the »British section of the Northland Youth Movement« and therefore part of »the growing community of North European youth movements, activated by the ideal of a common understanding that the European peoples must never again be drawn in to conflict with each other.«<sup>103</sup> Transnational networking was integral to developing this sense of community. Members were encouraged to attend the annual Diksmuide festival in west Flanders, the main event in the racial nationalist calendar, as a way of perpetuating »the ideal of North European friendship and co-operation.«<sup>104</sup> Jarvis was observed at the 1978 festival »conspicuously working« a stall set up by the Wiking-Jugend (WJ) whose members also attended.<sup>105</sup>

Leadership of the WJ, with which the Viking Youth was now formally affiliated, had passed to Wolfgang Nahrath and its activities organizer, Heiko Oetker who was based in Hamburg. In the »spirit of Nordic co-operation« Jarvis established close ties with the other national sections of the WJ network as well as the other international components of its network which evolved to include Siegfried van Reeth's Viking-Jeugd in Flanders; John Spinnewijn and Mark van Reeth's Algemeen Vlaams Nationaal Jeugdverbond in Bruges; the Wiking-Jeunesse in Paris; and Juventud Vikinga in Madrid.<sup>106</sup> The following year a Swiss group emerged in Geneva whilst Jarvis' own group also spawned affiliates in Australia and New Zealand too.<sup>107</sup> An Odal-Jeung appeared in South Africa under the leadership of Johan Dippenaar in 1979 which subsequently merged with another group in Stellenbosch to form the Odal Clan.<sup>108</sup>

To keep its members aware of what its parent body was doing, the Viking Youth sold copies of the WJ's annual calendar, »Fahrtenpläne der Wiking Jugend«, enabling its activists to choose which from its list of monthly camps, lectures and excursions, they might attend.<sup>109</sup> For its part, the WJ publicized Jarvis' Viking Youth in its brochure, »Die Tat ist mehr als der Ruhm. Fahrtenpläne 1979 der Wiking-Jugend« in its list of »Anschriften Ausland.«<sup>110</sup> *Wikingers* also occasionally advertised Viking Youth

103 »Youth on the March,« *Young Folk*, 4, April 1978.

104 »Diksmuide,« *Young Folk*, 5, May 1978.

105 *Searchlight*, 35, May 1978 and *Searchlight*, 38, August 1978.

106 »Youth on the March,« *Young Folk*, 4, April 1978.

107 »Viking Youth Notes,« *Young Folk*, 14, April-June 1978.

108 »Viking Youth Notes,« *Young Folk*, 15, July-September 1979 and »Viking Youth Notes,« *Young Folk*, 16, October-December 1979.

109 »VY sales,« *Young Folk*, 14, April-June 1978 and »VY sales« *Young Folk*, 16, October-December 1979.

110 »Viking Youth,« *Patterns of Prejudice*, 12.4 (1978), S. 15-16.

publications to its readers.<sup>111</sup> Viking Youth members continued to attend WJ functions, notably its Whitsun camp in the Eifel forest south of Prum in West Germany in May 1980 where, together with young activists from Belgium, the Netherlands, and France, they spent the weekend playing sports, including hang gliding and motorcross, whilst also dancing, parading and singing songs.<sup>112</sup> This plot of land had been purchased by the WJ the previous year to facilitate their activities and *Young Folk* subsequently reproduced photographs of events that took place on the property and at Diksmuide. Other networking opportunities arose because of external circumstance. In 1980 a major international exhibition on »The Vikings« was held at the British Museum in London. Both *Young Folk* and *Wikinger*, WJ's quarterly magazine, advertised the event to their members as another means of promoting »Nordic« identity.<sup>113</sup>

Despite this increasing interconnectivity in 1980 Jarvis conceded that his group's progress was »steady rather than spectacular« and that he worked on the premise that Viking Youth were »laying the foundation of a strong and much-needed youth movement for the future.«<sup>114</sup> These remarks indicated perhaps the extent to which the Viking Youth were being overshadowed by the more popular and much larger YNF. It also explained why transnational networking was central to the group; it integrated them into a broader international network when their own national importance was marginal. This domestic weakness was reflected in a series of internal changes within the Viking Youth. Jarvis, who had led the group since its inception, handed over its leadership to a steering committee in 1981. The organisation's contact address also changed, from Jarvis' »BCM Thule« post office box to the Hampshire home of Rosine de Bounevalle, editor of *Candour*, a long-standing antisemitic magazine established in 1953 by A. K. Chesterton, the first NF chairman.<sup>115</sup> Despite these domestic changes, which coincided with the group's decline, Jarvis remained sufficiently well networked with the WJ that *Wikinger* reported on his marriage to Isabel Oetker in 1982.<sup>116</sup>

The Viking Youth disappeared not long afterwards, however, its mode of activism increasingly irrelevant to broader cultural and intergenerational shifts that were transforming Britain's extreme right milieu. Whilst this form of Anglo-German youth networking did not disappear altogether

111 »Buchbesprechung,« *Wikinger*, 4, 1981.

112 »Viking Youth Notes,« *Young Folk*, 19, July-September 1980.

113 »The Vikings,« *Wikinger*, 2, 1980.

114 »About VY,« *Young Folk*, 18, April-June 1980.

115 »New Developments,« *Young Folk*, 20, January-Snowmoon 1981.

116 *Wikinger*, 1, 1983.

it certainly became more peripheral as a new generation of young British militants became increasingly enthused by the visceral violence of skin-head culture and »white power« music, which was beginning to coalesce around bands like Skrewdriver. They appeared less and less interested in the camaraderie of camping and hiking propagated by groups like the Viking Youth which undoubtedly seemed staid and old fashioned in comparison. Contemporaneously, however, as Britain's extreme right continues to evolve, this style of youth activism has regained a modicum of popularity, a development that has again occurred within the wider context of Anglo-German youth networks which attests to the ongoing durability of such militant transnational youth milieus.

# Militant itineraries

## Manfred Roeder's travels abroad and their impact on his radicalization

ANNELOTTE JANSE

The German right-wing extremist Manfred Roeder traveled extensively. In addition to frequent outings to Germany's neighboring countries – Switzerland, Austria, Belgium, and Denmark – as well as brief visits to the United Kingdom, Roeder also engaged in intercontinental travels. Between 1974 and 1980, he repeatedly traveled to the autocratic Middle Eastern region, South Africa, and Namibia (still under rule of the apartheid system of South Africa), but also to democracies such as the USA and Canada, which had a much higher tolerance for Nazi propaganda than Germany.<sup>1</sup> After fleeing abroad in January 1978 to avoid a prison sentence, Roeder also traveled across Latin America, spending time in right-wing autocracies such as Brazil and Chile. He was there when he wrote:

›Since January, I have been traveling in many countries, including overseas. Everywhere I encounter openness and a willingness to help in the fight against the injustice that is being done to us and to many patriots in all countries. The enemy is seething, because he believed he had finished me off long ago.‹<sup>2</sup>

With these words, Roeder cast his travels not as routine political engagements but as pivotal moments in an ongoing struggle. He framed them as evidence of an international groundswell of support, a sign that his cause transcended national borders and resonated with sympathizers abroad. These travels were watershed moments in both symbolic and legal terms. Unlike postwar West Germany, where anti-Nazi laws restricted public support for National Socialism, the countries Roeder visited af-

- 1 Johannes Dafinger: ›Zu Gast bei Freunden‹: Die deutschsprachige extreme Rechte reist nach Süd(west)afrika/Namibia, 1960er- bis 1980er-Jahre (Paper presented at Lebenswelten der radikalen Rechten, Potsdam, 28. Juni 2024).
- 2 ›Seit Januar bin ich in vielen Ländern unterwegs, auch in Übersee. Überall finde ich Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft im Kampf gegen das Unrecht, das man uns und vielen Patrioten in allen Ländern antut. Der Gegner kocht, denn er glaubte mich längst erledigt zu haben.‹ Manfred Roeder, 55. Rundbrief, März 1978, Bundesarchiv Koblenz (hereafter BA), N1291/125.

forded him significantly more latitude in organizing ideological activities and distributing hateful propaganda. Brazil and Chile's right-wing autocracies, for example, welcomed former Nazis and neo-fascists alike, even establishing ›collaborative relations‹ with them.<sup>3</sup> But if such journeys abroad were so crucial, as Roeder wrote, how exactly did they shape his worldview and influence his turn toward violence?

By analyzing the interplay between traveling abroad and domestic militancy, this chapter highlights the ways in which transnational exposure can transform and radicalize extremist worldviews into violent mobilization. Interactions with like-minded extremists, experiences of disappointment and encouragement, and impressions of moral and racial decline abroad not only confirmed Roeder's perceptions of a worldwide struggle against a shared enemy; they deepened his sense of embattlement and urgency, shaped his strategic decisions, and pushed him further toward violence. Building on the work of historians Galadriel Ravelli and Andrea Martini, this chapter shows that the impact of cross-border journeys moved from fortifying militant identity to catalyzing militant action.<sup>4</sup> It thereby adds to the ›thin‹ body of scholarly literature on the role transnationalism plays within right-wing extremism, as historian Graham Macklin recently pointed out.<sup>5</sup> Overall, I show how experiences of both confirmation and setbacks put Manfred Roeder more firmly on the pathway to terrorism.

Existing research has outlined the basics of Roeder's travels, listing destinations, contacts, and financial resources.<sup>6</sup> However, while his time abroad has been acknowledged, its radicalizing effects remain unexplored. Previous accounts assert that his exile (1978-1979) or travels to Lebanon and Iran (1980) fueled his militarization without explaining how or why

3 Galadriel Ravelli/Anna Cento Bull: The Pinochet Regime and the Trans-Nationalization of Italian Neo-Fascism, in: Robert Leeson (Hg.): Hayek: A Collaborative Biography, Cham 2018, 361-393; Barton Swaim: Can the Nazis Teach Us Anything?, in: Wall Street Journal (25. Juli 2025), <https://www.wsj.com/opinion/can-the-nazis-teach-us-anything-e7cbd3ca> [27.7.2025].

4 Galadriel Ravelli: Narratives of Neo-Fascist Transnational Trajectories: Travellers, Warriors or ›National-Tourists‹?, in: Journal of Modern Italian Studies 26.3 (2021), S. 333-53; Andrea Martini: Travelling to See, Reading to Believe: Being Fascists after the End of the Second World War, in: Contemporary European History 33.3 (2024), S. 1060-1077.

5 Graham Macklin: Evaluating ›Transnationalism‹ as an Analytical Lens for Understanding REMVE Terrorism, in: CTC Sentinel 17.11 (2024), S. 1.

6 Florian Schubert: »Terrorismus ist die einzige Hoffnung für Deutschland!« – Die »Deutschen Aktionsgruppen«, in: Hendrik Puls/Fabian Virchow (Hg.): Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik: Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2023, S. 65-92; Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024.

this was so.<sup>7</sup> They overlook the impact of these experiences on his political strategy and shifting alliances. What did Roeder seek and find abroad that he lacked in the FRG? How did these experiences shape his perceptions and plans? To answer these questions, I analyze four key journeys Roeder embarked on: his visit to the Ku Klux Klan's World Nationalist Congress (Louisiana, 1976), a Hitler birthday gathering (Brazil, 1978), his trip to Lebanon and Iran (1980), and the Aryan Nations Conference (Idaho, 1980). These journeys stand out because Roeder himself framed them as ›turning points‹ that shaped his decisions. As such, these trips explain why Roeder took certain actions at that exact moment in time, rather than earlier or later. The connection between these cross-border journeys and his subsequent actions helps clarify the timing of his radicalization. By tracing the meetings, impressions, and realizations Roeder himself identified as crucial, I adopt a first-person perspective, shedding light on the factors that extremists explicitly invoke to justify their path toward violence.<sup>8</sup>

Recent scholarship on West German right-wing terrorism has uncovered a persistent and violent right-wing extremist movement that has long escaped serious attention – one that continued to evolve both within West Germany's borders and, as I demonstrate in this chapter, through transnational contacts. These studies have revealed how, since the 1960s, right-wing terrorism in West Germany has developed as a persistent and continuous phenomenon that was strongly embedded within the right-wing extremist milieu. Barbara Manthe identified the 1970s as a formative period in which personnel continuities, the circulation of enemy im-

7 Sebastian Gräfe: *Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, »Feierabendterroristen« und klandestinen Untergrundzellen*, Baden-Baden 2017, S. 128, 131, 238; Daniel Koehler: *Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The »National Socialist Underground« and the History of Terror from the Far-Right in Germany*, Oxon 2017, S. 83; Barbara Manthe: *On the Pathway to Violence: West German Right-Wing Terrorism in the 1970s*, in: *Terrorism and Political Violence* 33.1 (2021), S. 63; Bernhard Rabert: *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 277; Rainer Fromm: *Die »Wehrsportgruppe Hoffmann«: Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechts-extremismus*, Frankfurt a. M. 1998, S. 239-40; Thomas Grumke: *The Transatlantic Dimension of Right-Wing Extremism*, in: *Human Rights Review* 4.4 (2003), S. 65 f. The exception is Muschiol (Anm. 6), S. 291-93, 307 f.

8 Rik Peels: *A Paradigm for Studying Extreme Belief and Behavior. Introduction to the Series*, in: Beatrice de Graaf (Hg.): *The Radical Redemption Model: Terrorist Beliefs and Narratives*, Oxford 2024, S. 7-10; Beatrice de Graaf: *Why Do We Need to Historicize Terrorism, and How Should We Do It?*, in: Rik Peels/John Horgan (Hg.): *Conceptualizing Extreme Beliefs and Behaviors: Definitions and Relations*, Oxford 2025, S. 46-48.

ages, and the transfer of knowledge and strategy laid the foundation for right-wing terrorism in the 1980s.<sup>9</sup> Zooming in on the anti-Semitic double murder of Shlomo Lewin and Frida Poeschke in Erlangen in 1980 by Uwe Behrendt (Wehrsportgruppe Hoffmann), Uffa Jensen emphasized anti-Semitism as a central driver of right-wing radicalization. Particularly relevant to this chapter's transnational focus is Jensen's observation that members of WSG Hoffmann were exposed to practices of drill and torture in a paramilitary training camp run by the Palestine Liberation Organization in Jordan – an experience that fueled their radicalization.<sup>10</sup> Most recently, Darius Muschiol challenged the long-prevailing myth of right-wing terrorists like Behrendt as lone actors. He found that out of 133 right-wing terrorists active between 1949 and 1990, only five received no demonstrable support before or after their attacks; all others were (inter) nationally well-connected, embedded in both right-wing extremist networks and broader society, and had established professional structures.<sup>11</sup>

The chapter's first section sketches Manfred Roeder's extremist career before 1976. The second section focuses on Roeder's travels abroad. It commences with Roeder's 1976 overseas visit to the World Nationalist Congress in Metairie, Louisiana, then takes us to a German-owned hotel in the Brazilian village of Itatiaia, where Roeder attended a National Socialist celebration in 1978. From there, we follow Roeder to the Middle East in January-February 1980, before arriving at the compound of Aryan Nations in Hayden Lake, Idaho in July 1980. These four vignettes of Roeder's cross-border journeys converge to convey the impact of transnational interaction and experiences on his turn towards violence, his need to impress allies abroad, and his claims of executing Germany's liberation. The conclusion weighs transnational and domestic factors, arguing that both are essential to fully understand right-wing extremist radicalization.

9 Manthe (Anm. 7).

10 Uffa Jensen: Ein antisemitischer Doppelmord: die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, Berlin 2022, S. 13, 227-229.

11 Muschiol (Anm. 6), S. 432.

## Cross-border journeys: a specific type of transnational interaction

Elsewhere, I have elaborated a framework of transnational interaction and exchange to trace cross-border right-wing extremist connections as well as the consequences of these connections for domestic radicalization.<sup>12</sup> In brief, the framework distinguishes between indirect and direct contact. In the indirect mode, the sender and receiver do not know each other, whereas this personal connection is a requirement for the direct mode. In practice, indirect contact involves expressions of support and solidarity, shared ideological beliefs, and the adoption of other groups' propaganda, symbols, and violent tactics. Direct contact ranges from face-to-face or written ideological exchanges, resource sharing (like funds, weapons, and knowledge), and even collaborative operations, such as joint planning and execution of violent actions. The framework thereby divides indirect and direct contact in three categories: ideological, logistical, and operational respectively.

Here, I propose to add a fourth category of transnational interactions to the framework: the experiential category that captures the transformative impact of travels abroad.<sup>13</sup> While some cross-border journeys served ideological, logistical, and operational goals, others had profound effects on the course of action taken by the person who made the journey. For example, the American neo-Nazi Gary Lauck, upon returning from West Germany in late 1972, felt disillusioned by the ineffective state of the German movement, while Roeder returned from the USA in September 1976, energized by his American comrades' candid fervor. They utilized these diverse experiences to decide on new courses of action: Lauck shifted from an armed underground struggle to a propaganda war in Germany, and Roeder began to advocate militant action. The men's contrasting impressions of the movement on the other side of the Atlantic and their subsequent decisions exemplify how travels abroad may inspire new blueprints for action, strengthen the resolve to use violence, or broaden the horizon of potential threats.

12 Annelotte Janse: *From Letters to Bombs. Transnational Ties of West German Right-Wing Extremists, 1972-1978*, in: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression* 14.3 (2022), S. 241-258.

13 Annelotte Janse: *The Pursuit of »White Security«*. *Transnational Entanglements between West German and American Right-Wing Extremists, 1961-1980*, PhD thesis, Utrecht 2024, S. 28-31.

Transnational journeys of (right-wing) militants have been the topic of previous research. Historians Galadriel Ravelli and Andrea Martini conceptualized extremist mobility and transnational travels as activities that distinctly affected militant identities. Using autobiographies, Ravelli studied how three Italian neo-fascists ›made sense of their transnational experience.‹<sup>14</sup> Operating transnationally enabled these neo-fascists to narratively recast their identities, from being politically sidelined and marginalized domestically to becoming a warrior who waged the same ideological battle elsewhere, thus shaping their ›political performance.‹<sup>15</sup> Martini, demonstrating the earliest years after 1945 to be a phase of neo-fascist ›ideological tourism,‹ noted how traveling abroad helped neo-fascists acquire or regain political prestige, increase their knowledge, and refine their political agendas, strengthening their connections overall.<sup>16</sup> More importantly, Martini argued, travel helped ›develop a common understanding of [...] the political moves to make in the future‹ and ›a sense of belonging to the same political universe.‹<sup>17</sup> The studies highlight how transnational mobility reshaped individual militant identities and fostered a shared ideological framework.

Yet by the late 1970s, cross-border journeys influenced right-wing extremist practices beyond the mere shaping of identity. Building on Martini's work, this chapter argues that such travels spurred tactical planning, mobilization, and radicalization. To examine this, I trace how Roeder reacted – during and after his travels – to social interactions and experiences abroad, and how these shaped, confirmed, altered, or accelerated his plans.

### Manfred Roeder's political career before 1976

Roeder's youth and student years suggested his drive and capacity for political commitment. Born and raised in a middle-class family in Berlin-Friedenau, Roeder (1929) and his four siblings were raised in a Christian and National Socialist spirit.<sup>18</sup> His parents – his father a senior government official and his mother a bank employee – had joined the NSDAP in 1931.<sup>19</sup>

14 Ravelli (Anm. 4), S. 339.

15 Ibid., S. 349-350.

16 Martini (Anm. 4), S. 1061.

17 Ibid., S. 1061, 1075.

18 Hauptabteilung VII/6, Bericht (Potsdam, 17. Juli 1965), S. I, BA, MfS, AIM, 5425/70, Bd. I.

19 Oberlandesgericht Stuttgart, Urteil gegen Roeder u. a., (28. Juni 1982), S. II, BA, B136/32184.

During the war, Roeder attended a Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NAPOLA) but left at age 15 to volunteer for the Volkssturm and Wehrmacht. When, on April 30, 1945, Russian soldiers forced the surrender of Roeder's regiment, which was part of Berlin's defence perimeter, Roeder narrowly escaped capture by hiding in the Havel river until nightfall, determined to remain out of Russian hands.<sup>20</sup>

Whereas many of his generation became part of the so-called ›45ers‹ who fiercely supported democracy, in part through their travels to other western democracies, Roeder went in the opposite direction. After the war, he studied law in Berlin, Münster, and Bonn, passing his first ›juristische Staatsexamen‹ in 1956, but subsequently paused his legal career to join the American movement Moral Re-Armament (MRA), with which he had become acquainted already in 1950.<sup>21</sup> The MRA promoted an evangelical, anti-communist worldview.<sup>22</sup> Until 1961, Roeder worked as a ›freelancer‹ for the MRA and ›traveled around constantly‹, taking up social internships in South Wales and the USA, where he spent one and a half years in each country, and visiting Paris, London, and Geneva.<sup>23</sup> In these years, he learned to speak and write English fluently, came to view the world from ›a journalist's perspective,‹ and developed a knack for polemics, charisma, and networking.<sup>24</sup> His years as an anti-communist MRA missionary cultivated the skills that later translated his ideological views into effective action.

Historian Sebastian Bischoff has demonstrated how, in the late 1960s, Roeder's *Rechtsruck* followed in the slipstream of outrage over the legalisation of the distribution of pornographic materials.<sup>25</sup> In one journalist's words, the law's liberalisation caused ›a wave of porn‹ to wash over West Germany, stirring outrage among the CDU, of which Roeder had been

20 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 11-12.

21 *Ibid.*, S. 13.

22 The MRA, established in the 1910s, enjoyed great popularity in the two decades after 1945, when the Cold War reached its apex, and brought together politicians, industrialists, and union leaders who aimed to achieve ›moral reconciliation‹ through non-diplomatic channels. See also Daniel Sack, *Moral Re-Armament: The Reinventions of an American Religious Movement*, New York 2009.

23 Bundeskriminalamt, Anlage 3: Verantwortliche Vernehmung Manfred Roeder (26. Februar 1975), S. 1, BA, B141/60273; Hauptabteilung VII/6 (Anm. 18), S. 1.

24 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 13; Hauptabteilung VII/6 (Anm. 18), S. 1; Jochen Maes, *Die Macht-Ergreifung*, in: *Penthouse* (1980), S. 145-46, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof Karlsruhe (hereafter GBA), Kiste 1, Bd. 1.

25 Sebastian Bischoff: *Nation und Perversion. Der »Anti-Porno-Anwalt« Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalnationalistische Rechte, 1969-1975*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 48.4 (2022), S. 584-618.

a member since 1965, and the NPD.<sup>26</sup> In tune with these right-wing factions, Roeder equated pornography's unhindered circulation to the ›systematic destruction of our morals‹ resulting from ›corruptive cultural politics‹ that would turn Germany into ›the dirtiest country in the world‹ and threatened its cultural heritage, identity, and unity.<sup>27</sup> The lack of successful public resistance against the law – despite a total of 35,965 signatures submitted to the Bundestag by mid-1971<sup>28</sup> – convinced Roeder that Germany's moral downfall could not be stopped by either politicians or ›appeals to conscience‹ alone.<sup>29</sup> By 1970, saving Germany had become a matter of ›self-help‹ to Roeder who, in the next two years, established the precursor to the Deutsche Bürgerinitiative (DBI).<sup>30</sup> He also launched provocative actions against ›swinish sex affairs,‹ sabotaged viewings of erotic movies, and stole porn magazines from a newsstand; a theft he later justified as ›an act of self-defence.‹<sup>31</sup> His actions earned him both the nickname ›anti-porn lawyer‹ from the traditional press and the approval of right-wing newspapers.<sup>32</sup>

From 1973 onwards, Roeder began gradually replacing his anti-porn crusade with the classic Nazi credos of anti-Semitism. He lost his confidence in 1973 when writing the foreword to SS veteran Thies Christophersen's *Die Auschwitz-Lüge*, a Holocaust denialist pamphlet that became an ›under-the-counter bestseller‹ in Holocaust revisionist circles.<sup>33</sup> In 1974, Roeder participated in a lecture tour organized by Christophersen.

26 Müdes Lächeln, in: Der Spiegel (50/1969), 7.12.1969.

27 Bürgerinitiative gegen den Sex-Terror, in: Deutsche Wochen-Zeitung (13. Oktober 1972), apabiz, Berlin, Roeder, Ordner 6; Roeder, 4. Rundbrief DBI (September 1971), International Institute for Social History, Amsterdam (hereafter IISH), ZK55018; Manfred Roeder, Presse-Erklärung und Einladung: Justiz auf der Anklagebank – Hauptschuldiger an der Pornowelle (7. Februar 1972), IISH, ZK55018.

28 Bischoff (Anm. 25), S. 592.

29 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 14.

30 Bischoff (Anm. 25), S. 602. Roeder left the CDU in the same year.

31 Roeder, 11. Rundbrief (August 1972), IISH, ZK55018; Bundesamt für Verfassungsschutz, Erkenntnisse über Roeder (27. September 1974), BA, B106/101969, Bd. 2; Roeder, 29. Rundbrief (Mai 1975), IISH, ZK55018; Fromm (Anm. 7), S. 238.

32 St. Porno, in: Der Spiegel (1971); Manfred Roeder, Soll Deutschland ein einziges Bordell werden?, in: Das Reich (Oktober 1971), Searchlight Archives, Northampton (hereafter SA), SCH/01/Res/EUR/05/001; Schulungsbrief 1, [1975], in: PDI Sonderheft 17: VSBD (o. J.), BA, Ministerium für Staatssicherheit (hereafter MfS), ZAIG 30255.

33 Manfred Roeder: Vorwort, in: Die Auschwitz-Lüge. Ein Erlebnisbericht von Thies Christophersen, Mohrkirch 1973, S. 8-15; Thies Christophersen: Reflections on Auschwitz and West German Justice, in: The Journal of Historical Review 6.1 (1985), S. 117-121.

Speaking in Ruhekrug on July 21, Roeder announced that he had finally found ›the source of the disease‹ that had caused the ›plague of pornography‹ to break out ›in the first place‹: ›And sure enough, as we can also read in *Mein Kampf*, behind every problem there is usually a little Jew. The same goes for pornography.‹<sup>34</sup> A little under three weeks later, on August 8, Roeder continued that thought, stating that

›... through my anti-pornography campaign, I have arrived at this central question of the German Reich and I suddenly realize that the fight against moral decay in the Federal Republic is closely intertwined with the question of the Reich. This moral neglect that has taken hold among us was only made possible after the destruction of the German Reich, and it would never have occurred if we had won the war. I would even claim that 99 % of the world's problems today would not exist if Germany had won the war.‹<sup>35</sup>

Roeder's ideological views had come full circle. He blamed Jewish people for the legalization of pornographic materials and asserted that the German Reich, had it not been defeated, would have prevented the nation's moral downfall caused by pornography because – although Roeder did not say this part out loud – the German Reich would have exterminated the Jewish people. Instead, after 1945 Germany had been divided and, according to Roeder, West Germany had become a ›colonial province of American-Jewish observants.‹<sup>36</sup> Interlaced with dreams of returning the German Reich to its former size and glory, this line of revanchist, anti-Semitic, and Nazi reasoning laid the groundwork for Roeder's next step: organizing Germany's liberation with his *Freiheitsbewegung Deutsches Reich*.<sup>37</sup> Roeder's road towards realizing that armed liberation movement had a distinctly transnational dimension.

34 ›... ich bin mit meinem Anti-Pornokampf bei dieser zentralen Frage des Deutschen Reiches gelandet und sehe plötzlich, daß der Kampf gegen die Sittenverwilderung in der Bundesrepublik zentral verflochten ist mit der Frage nach dem Deutschen Reich. Denn, diese Vewahrlosung, die bei uns eingezogen ist, war eben nur möglich nach der Zerschlagung des Deutschen Reiches und wäre niemals möglich gewesen, wenn wir den Krieg gewonnen hätten. Ich behaupte sogar, 99 % aller Probleme in der Welt heute gäbe es nicht, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte.‹ Anlage 6: Übertragung der »Rede Roeder am 21. Juli 1974 in Ruhekrug/Schleswig« (21. Juli 1974), S. 4, BA, B141/60273.

35 Anlage 7: Übertragung der »Rede des Rechtsanwaltes Roeder in Ratjensdorf« (8. August 1974), S. 4 f., BA, B141/60273.

36 Anlage 6 (Anm. 34), S. 10.

37 Janse (Anm. 12), S. 187 f.; Schubert (Anm. 6), S. 70.

Roeder on tour. A ›world-wide Anti-Jewish Congress‹  
in Louisiana, 1976

David Duke, a rising star on the firmament of American white supremacism, had invited ca. 300 ›Racial Nationalists‹ from all over the world – including Roeder – to join his World Nationalist Congress (WNC) in Metairie, Louisiana, from September 8 to 12, 1976.<sup>38</sup> With invitations distributed across three continents, adverts placed in nationalist magazines, and travel arrangements made, anticipation for the Congress was accordingly high.<sup>39</sup> The League of St. George (LSG), a British neo-Nazi group that promoted ›European‹ Nationalism, had billed the WNC in its propaganda materials as a ›promise to be the greatest step forward, taken by the White Race during the past 30 years, in our fight to save Western Civilisation‹.<sup>40</sup> On the evening before the 8th, James K. Warner – Louisiana Grand Dragon of the Knights of the Ku Klux Klan (KKKK), Duke's co-organizer, and leader of the New Christian Crusade Church (NCCC) – had invited some of the guests to a ›pre-congress cocktail party‹ at his home.<sup>41</sup> The evening was later recounted as ›filled with the good comradeship of white people enjoying the company of other white people dedicated to an international struggle against Jewish-Communism‹.<sup>42</sup> The pre-party set the tone for the talks that followed over the next four days.

Despite their different backgrounds, the international horde of extremists attending the WNC addressed the same topics: the survival and liberation of, and security for, the white race. For the many American segregationists in attendance, the issue of race was a focal point that was all the more urgent given the issuance of government policies promoting af-

38 James K. Warner: Dear Christian Friend, in: *The Liberty Bell* (August 1976), IISH, ZDK48053; Tyler Bridges: *The Rise of David Duke*, Jackson 1994, S. 58. Attending organizations included Vlaamse Militanten Orde, League of St. George, Canadian Western Guard Party; National States Rights' Party, New Christian Crusade Church, and Knights of the Ku Klux Klan, as well as Roeder and his accomplice Alexi Erlanger. Michael Newton: *The National States Rights Party: A History*, Jefferson 2017, K. 14; World Nationalist Congress, in: *Christian Vanguard* (Oktober 1976), SA, SCH/01/RES/US/06/002; Manfred Roeder, 41. Rundbrief (Oktober 1976), Apabiz, Roeder Ordner 3.

39 Warner (Anm. 38).

40 Owen Masters: *League Overseas*, International Newsletter No. 3 (o.J.), SA, SCH/01/Res/BRI/18/002.

41 Convention Week-Success for KKKK, in: *The Crusader: Special Anti-Busing Issue* (1976), Duke University, Durham NC, Southern Poverty Law Center, Intelligence Project Collection (hereafter SPLC).

42 Ibid.

firmative action. Duke blamed the civil rights movement, which was devoted to ending American segregationist policies, for marginalizing white Americans.<sup>43</sup> The LSG voiced similar concerns, but in explicitly racist terms; they stressed the need to ›strike the first blow for WHITE RACE SURVIVAL‹. As ›Jews [...] now occupy Palestine‹ where they ›work for the survival of their race‹ and ›[t]he Black race have countries [...] where Blacks from all over the world are welcome‹, so too should ›White men‹, the invitation read. ›White Nationalists MUST work together, we MUST gain control in at least one country, which will openly support the White Race.‹<sup>44</sup> The Congress attendees found additional common ground in their shared perception of enemy and threat. Duke and the LSG set Jewish people up as the ›masterminds‹ culpable for orchestrating desegregation. They thereby framed Black people, and people of color more broadly, as proxies of a purported international Jewish conspiracy intent on dominating the world.<sup>45</sup> As the *Christian Vanguard* reported as well: ›The World Nationalist Congress was actually a world-wide Anti-Jewish Congress.‹<sup>46</sup> Such shared vocabularies of threat, enemy, and interest gave right-wing extremists the ›measure of coherence‹ necessary for an international movement to coalesce.

Roeder joined the WNC's anti-Semitic chorus, praising the ›clarity‹ with which the ›race and jewish [sic] problem‹ were discussed.<sup>47</sup> He reiterated claims he had made before at his ›Reichstag‹ in Flensburg in 1975.<sup>48</sup> In Flensburg, Roeder had declared the post-war Federal Republic of Germany and its government ›illegitimate‹, claiming it was a mere ›provisional administrative entity‹ falsely imposed by the Allies in 1945 and subsequently institutionalized in 1949 with the founding of the FRG.<sup>49</sup> To bolster his

43 Martin Durham: *White Rage: The Extreme Right and American Politics*, London 2007, S. 39.

44 Masters (Anm. 40).

45 See, e. g., Negro Blood Means Mongrelisation and Disease and Death. We are Tired of Rabbis Telling Christians to Mongrelize, in: *The Thunderbolt* (Oktober 1962), SPLC; Mongrels War on Europe, in: *The Thunderbolt* (Juli 1977), SA, SCH/01/Res/US/01/003.

46 World Nationalist Congress (Anm. 38).

47 Roeder (Anm. 38).

48 Janse (Anm. 12), S. 187-191.

49 Manfred Roeder, 30. Rundbrief (Juni 1975), apabiz, Roeder Ordner 3; Manfred Roeder: *Ein Kampf um's Reich*, Schwarzenborn 1979, S. 61. The claim that Hitler's Reichsregierung had never surrendered its political power was widely spread in far-right circles, see Gavriel D. Rosenfeld: *The Fourth Reich: The Specter of Nazism from World War II to the Present*, Cambridge 2019; Sebastian Lotto-Kusche: *Der »Reichstag zu Flensburg«* am 23. Mai 1975. *Wendepunkt der extremen Rech-*

challenge to the FRG as the ›legal successor of the Reich,‹<sup>50</sup> Roeder had corresponded with Großadmiral Dönitz and asked the ostensible éminence grise ›once again to write to me clearly and unequivocally whether you are still the legal President of the Reich today or when you resigned from this office.‹<sup>51</sup> Dönitz answered he had not been elected but appointed head of state by Hitler and, rather ambiguously, left it to Roeder ›to draw the legal conclusions from this‹ – which Roeder did, to his own benefit.<sup>52</sup> Now, in front of his American audience, Roeder ›described in detail the horrible conditions existing in Germany‹ since 1945 and asserted that ›Germany is still an occupied country, the Allies set up a corrupt Jewish government which is holding the German people under complete subjugation.‹ His audience received Roeder's words with ›a standing ovation.‹<sup>53</sup>

On paper, the WNC was a success for Roeder who, in turn, framed it as ›a Copernican turning point in our history.‹ The WNC attendees ›unanimously approved‹ ten resolutions, the first of which ›emphasize[d] strong support for Mr. Roeder of Germany,‹ while the fifth endorsed Roeder's Reichstag claims, asserting that ›the German Reich did not perish in 1945.‹ The Congress delegates hence demanded the Reich's ›freedom from occupation troops.‹<sup>54</sup> Roeder reflected on the importance of these resolutions in his first post-WNC newsletter, writing that the battle was no longer a national one against ›our own countrymen:

›For the first time in our history, we no longer have our own order, but instead a total foreign rule imposed from outside. The existing system is anti-German, from its underlying ideas to its daily practices. No Germans exercise authority anymore; instead, it is an international clique. Germany is not only geographically occupied, but all intellectual and cultural values are under foreign control. [...] Now, our sole duty is to eliminate the opponent's order. [...] Yet we Germans are not alone. We are in the same boat as all other nations.‹<sup>55</sup>

ten und selbst ernannter »Reichsbürger« zur Delegitimierung der Bundesrepublik, in: Archiv für Sozialgeschichte 63 (2023).

50 Roeder (Anm. 46), S. 72.

51 Roeder an Dönitz, 31. Januar 1975, in: Roeder (Anm. 46), S. 26.

52 Dönitz an Roeder, 6. Februar 1975, in: Roeder (Anm. 46), S. 27.

53 World Nationalist Congress (Anm. 35).

54 World Nationalist Congress (Anm. 35); Convention Week-Success (Anm. 38); International Antisemitic Congress 1976, in: Patterns of Prejudice 10.6 (1976), S. 11-12; Roeder (Anm. 35).

55 ›Zum ersten Mal in unserer Geschichte haben wir keine eigne Ordnung mehr, sondern eine von außen aufgezwungene totale Fremdherrschaft. Das bestehende System ist anti-deutsch von der Idee bis zur täglichen Praxis. Keine Deutschen üben

The transnational experience of recognition and confirmation of Roeder's postulated need to liberate Germany reinforced his resolve for action at home. When Roeder rushed home on September 25, 1976, after a thick fog over Iceland had trapped his return flight for 24 hours, he was late for the meeting he had organized himself with what he called ›the core‹ of the right-wing extremist movement.<sup>56</sup> About 60 extremists were present.<sup>57</sup> First, Roeder shared the news with them that he had secured financial support from American comrades – Warner had collected more than \$1,200 to pay one of Roeder's many fines and Duke had donated ›large sums of money‹.<sup>58</sup> Second, he insisted in increasingly ›strident terms‹ that ›the organizational structure of the NS movement in the FRG and West Berlin needed to be tightened‹. Among other things, Roeder demanded that actions be taken to ›make the existence of the NS movement unmistakably clear‹.<sup>59</sup> The proposed ›reinforcement‹ of the movement, Roeder argued, formed the ›essential basis for actions that had to be waged primarily against the Jews‹. Echoing the resolutions of the WNC, he reassured his audience at Haus Richberg that ››World Jewry‹ is far more dangerous‹ than any other threat. To combat it, Roeder promoted ›armed struggle‹.<sup>60</sup>

The proposed measures radiated militancy, which did not go unnoticed. Listening to a three-and-a-half-hour Roeder speech about the results of his travels and meetings, some of the gathered extremists observed that ›Roeder had become extremely aggressive‹ during his time in the USA.<sup>61</sup> Roeder's heightened thirst for revolutionary aggression transpired in his newsletters, too. In the October 1976 edition, Roeder referenced an article in Willis Carto's *The American Mercury* that called for a ›period of anarchy‹ to be unleashed in order to ›purify[y]‹ Germany and prevent it facing a fate similar to America: ›We must say yes to upheaval, to revolution,

mehr die Herrschaft aus, sondern eine internationale Klique. Deutschland ist nicht nur geographisch besetzt, sondern auch alle geistigen Werte sind fremdländisch besetzt. [...] Zum ersten Mal müssen wir die gesamte »Ordnung« ablehnen und bekämpfen. [...] Jetzt ist es unsere einzige Pflicht, diese Ordnung des Gegners zu besetzen. [...] Wir Deutschen stehen aber nicht allein. Wir sind mit allen Völkern im gleichen Boot.« Roeder 41. Brief (Anm. 35).

56 Ibid.; Roy Armstrong an Willis and Elisabeth Carto, 12. Oktober 1976, Kansas University, Papers of Willis A. Carto (hereafter PWC), Box 3, Folder 13b.

57 Operativ-Information Nr. 55 (28. September 1976), S. 1, BA, MFS, AOP, 184/89, Bd. 1.

58 Warner (Anm. 38); Roeder (Anm. 38).

59 Operativ-Information Nr. 55 (Anm. 57), S. 2 f.

60 Ibid.

61 Ibid.

to chaos. Only then can the new, the healthy come. The great reckoning, the judgement is at the door.<sup>62</sup>

While the WNC provided Roeder with a platform for recognition and ideological reinforcement, it is important to situate this event within the broader context of his five-week journey, which allegedly included visits to Canada and Mexico. To what extent, then, can one argue that it was specifically the WNC that radicalized him? Rather than marking a sudden shift, Roeder framed the WNC as the highlight of his trip. It served as a culminating moment in a longer process of ideological hardening, reinforcing the anti-Semitic perceptions he already harbored and expressed publicly. His participation in the WNC, therefore, did not fundamentally alter his worldview or introduce him to new enemies; it intensified his commitment to fighting them. What changed through his transnational trip, then, was not the content of his beliefs, but the urgency and militancy with which he sought to act upon them. The transnational experience of recognition and validation reinforced his resolve for action at home. Yet it would take two more years before this transnationally fueled radicalization manifested in actual decisions and practices.

### Renewed radicalization in Brazil, 1978

After September 1976, the intensity of Roeder's radical fervor dwindled. He made a number of appearances at associated right-wing groups in Britain and Austria, but otherwise resorted to organizing public yet provocative demonstrations, making himself an easy target for German prosecutors.<sup>63</sup> The ensuing cycle of public provocations and court trials in 1977 – among others for organizing the Flensburger Reichstag – resulted in Roeder being ridiculed in the press and by right-wing underground hardliners such as Udo Albrecht and Paul Otte, with the latter likening Roeder's activities to 'a complete farce'.<sup>64</sup> A prison sentence of six months, handed to Roeder for the Flensburger Reichstag, caused Roeder to flee the country. Roeder justified his escape by stating his fear that once he was in prison, his sentence would be extended repeatedly. Typical of right-wing extremist

62 Roeder (Anm. 38).

63 BKA, Vermerk, Leseabschrift Wochen-Vormerkkalender 1977 (19. Oktober 1980), GBA, Kiste 7, Bd. 29.1.

64 Dietrich Strothmann: Hitlers Harlekine von heute, in: Die Zeit (1978); Schreiben GBA an StA Braunschweig (13. März 1980), S. 162 f., BA, B362/8011; Befragungsprotokoll des Albrecht, Udo (7. August 1981), S. 123 f., BA, MfS, AOPK, 25579/91, Bd. 2.

sacrificial narratives, Roeder cast himself as a ›political refugee‹ who lived in exile because an ›unjust state that does not protect true Germans‹ had ›persecuted‹ him for his ›patriotic beliefs.‹<sup>65</sup> In line with Ravelli's analysis of Italian neo-fascists, this narrative enabled Roeder to frame his escape as an act of self-defence. Yet it also set the stage for the next phase of his radicalization, where his transnational experiences began to translate into concrete actions and decisions.

On the run from the Bundeskriminalamt and Interpol, Roeder embarked on a neo-Nazi ›grand tour‹ between January 1978 and October 1979, paid with the donations of his sympathizers.<sup>66</sup> He traveled from Switzerland to Brazil on April 17, 1978. There, one event pushed Roeder's transnational radicalization into higher gear again: a party in honor of Hitler's 89th birthday, organized in a sleepy village in Brazil. Known as a refuge for wartime Nazis and post-war criminals since 1945, it is easy to understand why Roeder saw Brazil as a safe haven.<sup>67</sup> Since 1964, Brasil had been ruled by a right-wing military dictatorship that tortured and executed the left-wing opposition; nevertheless, many West German companies and politicians still maintained close relations to this country and the booming market in the 1970s.<sup>68</sup> In late April 1978, Roeder and his host, the wealthy German industrialist Josef Adolf Krall who lived in São Paulo, stayed at Hotel Tyll in Itaitiaia, a quiet town 120 kilometres from Rio de Janeiro. The invitation had been extended to them by the hotel's owner, Alfred Winkelmann, a German who had moved to Brazil in 1935 and led an Axis spy ring after Brazil had entered the war on the Allied side in 1942.<sup>69</sup> After the war, Winkelmann stayed in Brazil and maintained contact with German right-wing extremists.<sup>70</sup> In 1978, Winkelmann had invited ›guests

65 ›Weltweit Teutonic Unity‹, in: *Der Spiegel* (1981); Manfred Roeder, 3. Rundbrief EFB (September 1979), BA, N1291/125; OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 24; Manfred Roeder, 49. Rundbrief (August 1977), BA, N1291/125.

66 Roeder received ca. 172.900 DM, see Schubert (Anm. 6), S. 73.

67 Sarah R. Valente: *Post-World War II Brazil: A New Homeland for Jews and Nazis?*, in: *Comparative Cultural Studies – European and Latin American Perspectives* (2021), S. 75-87; Ana Maria Dietrich: *Nazismo tropical?: o Partido nazista no Brasil*, São Paulo 2012; Alan Riding: *Where Nazi Refugees Found the Climate to their Liking*, in: *New York Times*. 16.6.1985.

68 Frank Bösch: *Deals mit Diktaturen: Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, München 2024, S. 311 f.

69 Nazi Upsurge Reported in Brazil, in: *The Detroit Jewish News* (30.6.1978); *Der Neonazi Roeder in Brasilien entdeckt*, in: *Die Tat* (16.7.1978).

70 Paul Otte was among Winkelmann's connections, see Alfred Winkelmann an Paul Otte, 19. März 1976, BA, B362/8044.

from all over the world« to join a meeting of the »Friends of April 20« in the final weekend of that month to honor Hitler's 89th birthday:

»We will have plenty of time and peace to enjoy being together. [...] We will also hear testimonies from other groups of friends who, like us, do not want to be the last of yesterday, but the first of tomorrow – and perhaps even the first of today on the path towards a more just and more powerful future for our people.«<sup>71</sup>

On April 21, 1978, Alfred Winkelmann, dressed in a tailor-made black uniform and accompanied by his dirndl-clad wife, opened the door of their hotel to find the police on their doorstep.<sup>72</sup> Just before, an anonymous caller had informed the police that »a secret meeting of Communists« was taking place at Hotel Tyll. When the police and inquisitive reporters arrived, they found Winkelmann, Roeder, Krall, and others singing the »Horst Wessel Lied« upon their arrival. Inside, their eyes were drawn to a large poster of Hitler in the hotel's dining room, decorated with »stylized swastikas«, and several guests wore a small badge with three crossed torches on their lapel; the symbol of Roeder's *Freiheitsbewegung Deutsches Reich*.<sup>73</sup> For an hour or two, the police questioned the guests and searched their personal belongings. Unsurprisingly, the police found no traces of the alleged Communist meeting. The presence of classic anti-Semitic tracts such as »Mein Kampf« and »The Protocols of the Elders of Zion«, in combination with stickers and pamphlets such as »Kauft nicht bei Juden« and »Die Juden sind unser Unglück« rather pointed in the direction of National Socialism.

For Roeder, the disruption of the party in Itatiaia was nothing less than first-hand evidence of »the Jews« striving to disrupt »a Nazi conspiracy«, aiming to repress the Germans, their identity, and their ideals.<sup>74</sup> But for Roeder, the soured experience had a silver lining as well. In a letter to his wife Traudel, Roeder claimed that the Brazilian police officers had been in heartfelt agreement with his political ideals and »fight for freedom«.

71 »Wir werden viel Zeit und Ruhe haben, um gemütlich zusammen zu sein. [...] Wir werden auch Erklärungen von anderen Freundeskreisen hören, welche wie wir nicht die Letzten von gestern, aber die Ersten von morgen sein wollen – vielleicht aber auch die Ersten von heute auf dem Wege für eine gerechtere, kraftvollere Zukunft unseres Volkes.« »Wir sind nicht die Letzten von gestern«, in: *Der Spiegel* (24/1978), 11. 6. 1978.

72 *Ibid.*

73 Larry Rohter: *The Nazi Network*, in: *Washington Post* (31.7.1978); Emilia Silveira: *Nazismo como nos velhos tempos*, in: *Jornal do Brasil* (24.4.1978).

74 Roeder an Dönitz, 20. Mai 1978, in: Roeder (Anm. 49), S. 64.

The recognition by Brazilian state representatives had been the final impetus to officially take over the representation of the Reich, which Dönitz had already recommended three years earlier, according to Roeder.<sup>75</sup> He wasted little time. On May 20, he wrote Großadmiral Dönitz to announce he had taken over the position of Reich Regent (*Reichsverweser*) – a declaration Roeder found ›long overdue‹. Not just the situation in Germany had demanded Roeder's decision, but

›From my many trips abroad, I know how much the world is waiting for a voice from Germany. I experienced this again recently in Brazil. The Jews wanted to disrupt a meeting of German-Brazilians and denounce it as a Nazi conspiracy. But when we explained to the Brazilian authorities that our concern was solely for the freedom of our fatherland, which has been unlawfully occupied for 33 years, we were met only with support and sympathy. They expressed the greatest understanding for a freedom movement, as they too had once fought for their own freedom.‹<sup>76</sup>

With the help of the American-based Georg P. Dietz, owner of the anti-Semitic publishing house Liberty Bell, and Alexi Erlanger, Roeder published a ›Declaration of Principles and Appeal‹.<sup>77</sup> In the pamphlet, which was sent along with the regular newsletter, Roeder declared to take over ›the provisional representation [for the Reich] for a transitional period until the formation of a free German government‹ in name of the *Freiheitsbewegung Deutsches Reich*.<sup>78</sup>

Thus, Roeder utilized the disrupted birthday party to not only legitimize but enact the continuation of the German Reich government. Because Roeder was increasingly being ridiculed in both the West German press and right-wing extremist movement, he clearly needed additional confirmation, which he claimed to have received from the Brazilian po-

75 Emphasis mine. BKA, Auswertungsbericht zu Asservaten aus dem Ermittlungsverfahren gegen Roeder (14. April 1981), S. 39 f., GBA, Kiste 3, Bd. 21.

76 ›Von meinen vielen Auslandsreisen weiß ich, wie sehr die Welt auf eine Stimme aus Deutschland wartet. Erst jetzt wieder habe ich es in Brasilien erlebt. Die Juden wollten ein Treffen von Deutsch-Brasilianern stören und als Nazi-Verschöpfung brandmarken. Als wir den brasilianischen Behörden erklärten, daß es uns nur um die Freiheit unseres Vaterlandes ginge, was seit 33 Jahren widerrechtlich besetzt sei, erhielten wir nur Zuspruch und Sympathien. Für eine Freiheitsbewegung hätten sie größtes Verständnis, denn schließlich hätten sie auch um ihre Freiheit kämpfen müssen.‹ Roeder an Dönitz, 20. Mai 1978, in: Roeder (Anm. 49), S. 64.

77 *Freiheitsbewegung Deutsches Reich, Grundsatzzerklärung und Aufruf*, in: Roeder (Anm. 49), S. 61-63.

78 *Ibid.*, S. 61-63.

lice officers. Yet the moment's impact extended beyond his identity as a self-styled ›warrior‹: the episode in Itatiaia clarifies why Roeder chose to officially declare himself *Reichsverweser* in May 1978, rather than earlier, despite having entertained the idea since 1975.

## Middle Eastern disappointments, 1980

From October 13 to 20, 1979, after several trips abroad, Roeder found shelter with Heinz Colditz in Kirchheim unter Teck, where he met the future members of the German Action Groups (*Deutsche Aktionsgruppen*, hereafter DA): Raimund Hörnle, who was a political friend of Colditz's, Colditz's daughter Gabrielle, and her friend Sybille Vorderbrügge. By January 13, 1980 at the latest, the DA was officially established.<sup>79</sup> The group aimed to confront institutions related to the Holocaust, ›intimidate‹ asylum seekers, compel them to ›return home‹, and ›shake up the public and pressure the government‹ to restrict the FRG's asylum policies.<sup>80</sup> Roeder viewed the act of wounding and killing immigrants as a strike against the ›Jewish‹ system, which he held accountable for the perceived foreign infiltration (*Überfremdung*) of the Germans. The violence, for which the group amassed a substantial arsenal of weapons, served the DA's goal of revolutionary liberation of the country. But for Roeder, the violence was connected to another goal: securing international support and cooperation.

On 16 January, Roeder deliberately set course to the Middle East. Writing in Thies Christophersen's extreme right-wing magazine *Die Bauernschaft*, Roeder had stressed that unleashing a revolution similar to the Islamic Revolution in Iran (November 1978 – February 1979) was one of his goals and reasons for traveling to that country.<sup>81</sup> The new Islamist autocracy of Iran shared many beliefs with Roeder: the large Jewish community in Iran was forced to leave the country, and the Americans were seen as former occupiers and chased out of the country while members of their embassy were taken as hostages. German and American right-wing extremists alike applauded the Islamic Revolution because of its establishment of a racially nationalist and perturbing anti-Semitic regime.<sup>82</sup> Still,

79 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 61f., 69f.; Schubert (Anm. 6), S. 73.

80 OLG Stuttgart (Anm. 16), S. 130.

81 *Die Bauernschaft* 1 (März 1980), S. 73, apabiz; Anton Maegerle: Die iranische Rechtsextremisten-Connection, in: Vierteljahresheft Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 178 (2006), S. 3.

82 Meir Litvak: The Islamic Republic of Iran and the Holocaust: Anti-Semitism and Anti-Zionism, in: *Journal of Israeli History* 25.1 (2006), S. 267-284; German Fascist

Roeder's exhilarated admiration for Khomeini was quite exceptional. His objectives in Libanon and Iran were threefold: first, to obtain asylum in Iran, a request he had already filed as a self-professed political ›refugee‹ prior to his journey.<sup>83</sup> Second and more importantly, he wanted to meet with officials of the Palestine Liberation Organization (PLO) and representatives of the Iranian regime to secure political and financial backing for the revolutionary overthrow of the West German government. And third, he wanted to learn from the Iranian Revolution how to stage his own uprising in West Germany.<sup>84</sup>

As the stakes were high and largely unattainable, they amplified the radicalizing effect of the journey. Roeder arrived in Beirut via Switzerland, having secured a Lebanese visa under a false name. On January 21 and 22, he met with two PLO representatives, hoping to secure their support.<sup>85</sup> Roeder had outlined his strategy in his diary: he would present himself as ›the well-known anti-Zionist in Germany‹ who was ›hunted and pursued by Interpol‹ for leading the German Liberation Movement.<sup>86</sup> Drawing parallels between the Palestinian struggle against Israel and his own against the FRG, he sought PLO backing to combat what he called the ›Jewish occupation‹ of both Palestine and Germany. In return, Roeder offered the PLO political recognition, cooperation, and assistance in establishing a government-in-exile.<sup>87</sup> His first efforts were in vain. Roeder described both PLO officials as ›insipid‹ and placed his hopes on Tehran, where he expected support from higher-ranking officials.<sup>88</sup>

But on January 30, he once again met with indifference: ›A benevolent nod of the head is the whole answer.‹<sup>89</sup> A brief respite came on February 5, when he visited a bazaar in Tehran and purchased a Persian ›rug,‹ as

Still at Large, in: Searchlight (Juni 1980), SA, SCH/01/RES/SCH/003. For right-wing extremist views of Khomeini similar to Roeder's, see Ben Klassen: The era of political parties is over, in: Racial Loyalty 19 (Dezember 1984), S. 1-3; Conrad E. Volmar: Iran: A populist revolution, in: The New Order (März 1979), SPLC; National Socialist Bulletin 10.12, Kansas University, Laird M. Wilcox Collection (hereafter LWC); Botschaft des Ayatollah Khomeini zur Judenfrage, in: NS Kampfpruf 38 (Mai-Juni 1980), S. 6, IISH, ZF114; Pro-Zionist Policies Endanger Oil Supply, in: White Power 89 (Januar-Februar 1979), S. 1-3, IISH, ZF40374.

83 BKA, Auswertung schriftlicher Aufzeichnungen (10. Oktober 1980), GBA, Kiste 4, Bd. 21.3.

84 BKA (Anm. 75), S. 77 f.; BKA (Anm. 83), S. 3 f.

85 Asservat Manfred Roeder, Jahreskalender 1980, S. 2, GBA, Kiste 3, Bd. 20.

86 Jensen (Anm. 12), S. 104.

87 BKA (Anm. 83), S. 11-13.

88 Ibid., S. 14.

89 Ibid., S. 17-18.

Roeder noted in his calendar.<sup>90</sup> The following day, however, low-ranking Iranian officials showed little interest in Roeder's message.<sup>91</sup> In the final leg of his trip, Roeder returned to Beirut to meet leaders of the Palestine Liberation Front (PLF, a faction of the PLO), including its founder Abu Abbas on February 10 and 11.<sup>92</sup> He visited a PLF training camp on the 12<sup>th</sup> and met with Abbas once more before flying back to Zurich.

The meetings left Roeder profoundly frustrated. Abbas had remained ›tight-lipped‹ and, unimpressed by Roeder's claims, displaying what Roeder described as ›enormous arrogance.‹<sup>93</sup> The PLF's general secretary dismissed Roeder's revolutionary ambitions outright, suggesting that if Roeder truly understood ›the mentality and conditions in Germany as well as the Ayatollah does in Iran‹, he should be able to overthrow the Bonn government without help.<sup>94</sup> Whereas Roeder had traveled to the region driven by the ideal of revolutionary liberation, he departed deeply disillusioned. ›How one can remain positive after these experiences, let someone show me!!!,‹ he had noted in his diary by February 6.<sup>95</sup> Roeder had gradually come to realize that his mission had been a mistake; he encountered ›abysmal mistrust everywhere.‹<sup>96</sup> The Palestinians, he noted a week later, believed they could achieve their goals alone and ›only respect those who do the same.‹<sup>97</sup> This realization proved ›fundamental: concrete actions had to be taken in order ›to gain support from the »East«.<sup>98</sup>

The setback in the Middle East became a direct driver of violence. Directly upon his return, Roeder instilled in Hörnle and Colditz the belief that ›financial support from abroad‹ could only be expected if they, as a group, had more to offer, indicating the need for ›spectacular actions involving the use of violence.‹<sup>99</sup> So, when Colditz told Roeder about his plan to bomb an Auschwitz exhibition, Roeder encouraged him to go ahead. Eight days after Roeder's disappointing meetings with the PLO, the DA conducted its first attack: on 21 February 1980, Hörnle and Colditz placed a homemade bomb and a bucket of petrol at the rear entrance of

90 Asservat Manfred Roeder (Anm. 85), S. 4.

91 BKA (Anm. 83), S. 18.

92 Abu Abbas' real name was Muhammad Zaidan. The PLF's secretary general was Tal'at Ya'qoub, who had co-founded the PLF with Abu Abbas.

93 BKA (Anm. 83), S. 16

94 Ibid., S. 15.

95 Ibid., S. 19.

96 Ibid., S. 18.

97 Ibid., S. 16.

98 Tell an 007 [Roeder an Dietz], 28. März 1980, in BKA, Auswertungsvermerk (22. Januar 1981), S. 2-3, GBA, Kiste 3, Bd. 21.2; OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 69-76.

99 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 84.

an Auschwitz war crimes exhibition in Esslingen. In the early morning of 18 April, the home of the district attorney of Esslingen, who was the exhibition's patron, was bombed. Ten days later, in the night of 26-27 April, Hörnle and Vorderbrügge placed a bomb at the Janusz-Koczak School in Hamburg. A ceremony commemorating the Nazi murder of twenty Jewish children and their companions in 1945 had taken place at the school. A mistake with the bomb's timer caused it to explode in the afternoon of 27 April, injuring two passing nurses. The DA had claimed its first victims.

As his journey to the Middle East evinced, Roeder's desire to impress international comrades and secure their support for his radical plans reinforced and catalyzed his resolve to use violence. The visit thus motivated and, to his mind, justified his encouragement of Hörnle and Colditz to use violence. And indeed, in a ›little message for the heart‹ that Roeder sent his German-American friend Georg P. Dietz on March 3, he wrote that ›Germany is not quite lost yet!!!‹, hinting at the DA's first attacks.<sup>100</sup> Another letter to Dietz, dated March 28, underpinned and explained Roeder's ›fundamental realization‹ in full: ›If we do not act on our own,‹ he wrote, ›we will never be taken seriously. If we start to really fight and stand firm against Zionism, then any cooperation is possible.<sup>101</sup> If the DA were to intensify its fight for liberation, thereby marking the group's strength, viability, and potential to effect change in West Germany, Roeder believed, those actions could open doors to cross-border cooperation.

## Aryan and Teutonic unity at Hayden Lake, 1980

When Roeder embarked on another journey to the USA on 6 June 1980, his mission was clear: where he had faced setbacks in the Middle East, he sought to secure support and cooperation again. Now, he was armed with the DA's violent actions as proof of its radical commitment and prowess. In June 1980, Roeder visited Alexi Erlanger, his ally and American ›deputy and leader‹ since 1974, with whom Roeder had established an American newsletter, *Teutonic Unity*. Roeder subsequently met with several leading extremists – including the KKK's Tom Metzger – to promote his efforts in Germany and *Teutonic Unity*.

The highlight of his journey was undoubtedly his visit to Aryan Nations (AN). AN asserted that the white race's superiority was predestined

100 Tell an 007 [Roeder an Dietz], 3. März 1980, in BKA (Anm. 98), S. 1.

101 Tell an 007 [Roeder an Dietz], 28. März 1980, in BKA (Anm. 98), S. 2 f.; OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 76.

and considered other races impure and directly linked to Satan and Satanic influences. They perceived the Jewish people as the white race's ›adversary‹, which they called ›the children of darkness.‹<sup>102</sup> Consistent with their extreme beliefs, AN aimed to overthrow the U. S. federal government and establish an independent ›racial haven‹ or ›White Republic.‹<sup>103</sup> Despite Roeder's private reservations about certain aspects of AN's Christian Identity doctrine, these did not preclude future cooperation with Butler; rather, it showed the persistent strength of anti-Semitism as a unifying perception of threat that could overcome internal ideological and religious differences.<sup>104</sup>

Roeder, who had brought along his wife, stayed at the Aryan Nations' 20-acre compound in Hayden Lake, Idaho, from July 4 to 8, 1980. Concealed within the woods, the compound was guarded by security squads. Members lived on the compound itself, which featured a church as well as an open-air wooden platform for sermons and celebrations. While Roeder's visit to Aryan Nations is best known for his participation in AN's Annual Conference of July 6-7, the welcoming ceremony held prior to the Conference's start, on July 4, was perhaps even more significant: it heralded Roeder's alliance with Aryan Nations.<sup>105</sup> On the evening of the fourth, Butler, his right-hand man and Christian Identity pastor Robert ›Bob‹ Miles, and ›30 comrades‹ welcomed the Roeders into their midst.<sup>106</sup> While the ceremony's proceedings remain unknown, later AN publications praised Roeder as ›a noble warrior‹ who exemplified ›the cradle of our culture in Europe.‹<sup>107</sup> The same publication announced the cooperation between Butler's Aryan Nations and Roeder's Teutonic Unity, which now formed ›A WORLD TEUTONIC ARYAN MOVEMENT.‹<sup>108</sup> The movement's name, in Roeder and Butler's views, symbolized their unwavering commitment to their joint fight ›to break the shackles of jewish [sic]

102 Richard Butler: Who, What, Why, When, Where? Aryan Nations [1980s], RH WL P4108.

103 Eckard Toy: ›Promised Land‹ or Armageddon? History, Survivalists, and the Aryan Nations in the Pacific Northwest, in: Montana The Magazine of Western History 36.3 (1986), S. 81; Kathleen Belew: Bring the War Home: The White Power Movement and Paramilitary America, Cambridge, MA 2018, S. 121.

104 Roeder felt he did ›not need an Identity Church‹ to prove that ›the Germanic peoples‹ were the chosen or superior people, see BKA (Anm. 83), S. 29.

105 Kevin Flynn/Gary Gerhardt: The Silent Brotherhood. The Chilling Inside Story of America's Violent Anti-Government Militia Movement, New York 1995, S. 84.

106 Asservat Manfred Roeder (Anm. 85), S. 17.

107 Calling Our Nation 17 (1980), S. 2, LWC.

108 Ibid., S. 2.

thought enslaving the minds and souls of our nations«. <sup>109</sup> Aryan Nations proclaimed it ›went International, merging with Manfred Roeder's ›Teutonic Unity«, ›a rapid development it could ›hardly keep abreast of,‹ while Roeder hailed their ›total cooperation«. <sup>110</sup>

This cooperation on paper was to turn material, as well. Roeder proudly and brazenly recounted violent actions that, while he did not explicitly name the *Deutsche Aktionsgruppen*, closely resembled the attacks carried out by Colditz and Hörnle. He claimed that these individuals, frustrated with what Roeder referred to as ›Jewish infiltration‹ and ›re-education‹, lashed out by bombing an Auschwitz exhibition and later the home of its organizer as well. ›They just did it‹, Roeder said, emphasizing how easily such acts could be carried out. <sup>111</sup> Stressing the DA's audacity, Roeder hoped to tap into financial and logistical resources. And indeed, he sorted success. Butler organized a collection for Roeder, raising \$358.60. On July 7, Imperial Wizard of the Invisible Empire of the Ku Klux Klan Bill Wilkinson, whom Roeder had thought ›a cranky loner‹ after meeting him in 1976, turned out to think ›just like us‹ and enthusiastically handed Roeder \$1,000. <sup>112</sup> Roeder celebrated his success at Hayden Lake as a triumph, calling it ›the greatest experience of co-operation we have had so far«. <sup>113</sup> When he returned to Germany in late July, he looked forward to starting a ›tremendous program of co-operation‹ with AN. <sup>114</sup>

As such, the promises of cooperation that underpinned and resulted from the U. S. trip emboldened and endorsed Roeder's fight for the liberation of his people – whether ›white‹, ›Aryan‹, ›Teutonic‹ or ›Germanic‹ – from non-white ›foreigners‹, whose influx he believed was orchestrated by the Jews. Shortly after his return to West Germany on July 19, the DA began targeting asylum seekers and refugees, selecting victims of visibly racially different backgrounds. <sup>115</sup> On July 30, August 7, 17, and 22, the DA fire-bombed several asylum seekers' centers and refugee shelters, wounding several people and killing 2 Vietnamese refugees, Nguyễn Ngọc Châu

109 Ibid., S. 2.

110 James Rea, Newsletter (30. Juli 1980), LWC; Aryan Nations, Organizational News Brief [early 1981], SPLC; Manfred Roeder, Teutonic Unity 10 (Oktober 1980), SPLC.

111 BKA, Übertragung einer Tonbandaufnahme (21. November 1980), S. 1, GBA, Kiste 4, Bd. 21.3.

112 Manfred Roeder, Teutonic Unity 25 (November 1982), SPLC.

113 Ibid.

114 Manfred Roeder, Teutonic Unity 10 (Oktober 1980), SPLC.

115 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 168-170.

and Đō Anh Lân. Tellingly, on the page for August 22 in his diary, the day of the DA's first kills, Roeder wrote: ›liberation begins‹.<sup>116</sup>

## Conclusion

This chapter has discussed the impact of travels abroad on the militant itinerary of Manfred Roeder. It demonstrated how, in 1976, Roeder returned from the United States clearly reinvigorated and having adopted militant rhetoric. Yet his actions remained confined to talk rather than concrete deeds. By 1978, a direct consequence of his experiences in Itatiaia, Brazil, Roeder officially declared himself *Reichsverweser*, thereby defying Großadmiral Dönitz and, as such, taking a next step towards his envisioned liberation of Germany. By 1980, the need for violence and transnational journeys had become intricately intertwined, with Roeder drawing on his impressions of racial mixing in the USA and his disappointments with Iranian and PLO officials to push the Deutsche Aktionsgruppen towards ultimately lethal, racially-driven violence to combat the perceived threat of ›Überfremdung‹ at home. His aim was to impress international comrades and secure their support. Thus, Roeder's transnational travels, his growing network, and his escalating aspirations – whether successful or not – ultimately catalyzed his radicalization and violent actions.

The countries Roeder visited could provide such radicalizing incentives through their permissive legal contexts and Roeder's network within them. In contrast, although right-wing terrorism was, as Hof notes, ›historically more significant in Italy‹ than in West Germany, Roeder appears to have had no contact with Italian neo-fascists and made little reference to them in his writings. His close ties to Switzerland and Austria, however, help explain this absence, as Muschiol similarly observes: the contested status of South Tyrol made collaboration between German-speaking and Italian right-wing extremists unlikely.<sup>117</sup> As an additional consequence of this dynamic of radicalization fostered abroad, public concern in German newspapers reflected growing anxieties about transnational right-wing extremist networks, including Roeder's – fears that his activities may well have been designed to provoke.<sup>118</sup>

116 OLG Stuttgart (Anm. 19), S. 199-201, 308.

117 Muschiol (Anm. 6), S. 156 f., 308.

118 ›Weltweit Teutonic Unity‹ (Anm. 65); ›Es lebe der Faschismus‹, in: Der Spiegel, 5.10.1980.

By tracing Roeder's self-proclaimed turning points, I have argued that Roeder, in his own views and belief systems, acted rationally – in sharp contrast to Bernhard Rabert's explanation that Roeder had lost touch with reality.<sup>119</sup> In Roeder's world, everything was connected: the defeat of the Third Reich, the legalisation of pornography's distribution, the denied continued existence of Hitler's Reichsregierung, the Americans' pro-segregationist struggle, and even Khomeini's Islamic Revolution. Roeder interpreted these events and developments through an anti-Semitic lens. The fact that the enemy was globally active, as Roeder told his comrades in September 1976 at Haus Richberg, reinforced the need to create an international network of right-wing extremist allies. This demonstrates that enemy images not only emerged and changed in the western world relatively synchronously,<sup>120</sup> but crucially triggered transnational interaction, exchange, and (attempts at) network formation.

Building on Ravelli's and Martini's insights into the impact of transnational travel on militant identities, this chapter demonstrated that by the late 1970s, such journeys informed not only self-perception but also concrete extremist action. While Ravelli and Martini highlight how travel helped right-wing militants reframe their identities and establish ideological cohesion, Roeder's case shows that these experiences could also shape tactical decisions and escalate violent ambitions. His travels did not merely provide validation or ideological reinforcement – through experiences of frustration, they sharpened his sense of urgency and thereby emboldened him toward violent action. As such, the journeys actively informed his strategic thinking and the operational direction of the Deutsche Aktionsgruppen, while Roeder's rhetoric, violent focus, and mobilization efforts remained anchored in the specific anxieties of West German society between 1970 and 1980. Overall, Roeder's trajectory exemplifies how radicalization emerges at the intersection of transnational interaction and national political climates, with cross-border experiences amplifying and catalyzing – rather than replacing – the drive for local militant action.

119 Rabert (Anm. 7), S. 278.

120 Kristy Campion: A »Lunatic Fringe«? The Persistence of Right Wing Extremism in Australia, in: Perspectives on Terrorism 13.2 (2019), S. 2-20; Amber Hart: Right-Wing Waves: Applying the Four Waves Theory to Transnational and Transhistorical Right-Wing Threat Trends, in: Terrorism and Political Violence 35.1 (2023), S. 1-16.

# Nationalismus als Antriebskraft

## Rechte Milieubildung und neonazistische Organisation nach dem Mauerfall am Beispiel Cottbus (1989-1991)

ERIC ANGERMANN

Seit den 1990er Jahren werden unter dem bekannten wie pauschalisierenden Slogan »Brauner Osten« die Ursachen für die Stärke extrem rechter Strukturen und Positionen in Ostdeutschland intensiv diskutiert. Nicht völlig zu Unrecht, doch teils recht einseitig wird die besondere Bedeutung von Akteuren und politischen Entscheidungen aus Westdeutschland für einen *Aufbau Ost* bis heute in populären Werken hervorgehoben.<sup>1</sup> Auch das neonazistische Spektrum, das in den sogenannten »Neuen« Bundesländern mancherorts eine sichtbare lebensweltliche Verankerung und eine besonders hohe Mobilisierungskraft bei vorteilhaften Kräfteverhältnissen vorweisen kann, ist diesbezüglich Thema: Der NDR behandelte beispielsweise 2020 rückblickend die »Wiedervereinigung« von ost- und westdeutschen Neonazis und betonte die Rolle von Führungspersonen aus der Bundesrepublik, die ihren »Traum vom Umsturz« im Wendejahr verwirklichen wollten und den »Aufbau Ost« vorangetrieben hätten.<sup>2</sup> Auch in der zeithistorischen Rechtsextremismusforschung werden die Wendejahre als ein zentraler Moment für das Erstarken der extremen Rechten und des deutsch-deutschen Neonazismus im Speziellen betont.<sup>3</sup> Selbst wissenschaftliche Studien, welche die Interaktionen zwischen Ost und West für die Genese eines vereinigten Neonazismus in Bewegung differenzierter in den Blick nehmen und den Einfluss ostdeutscher AktivistInnen für dessen politische Praxis betonen, gehen davon aus, dass

1 Vgl. zuletzt für die AfD und die sogenannte »Neue Rechte«, Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023, S. 99-101.

2 NDR: *Der Traum vom Umsturz – Neonazis und die Wende*. Panorama – die Reporter, 1. 9. 2020, <https://www.ndr.de/fernsehen/Der-Traum-vom-Umsturz-Neonazis-und-die-Wende,panorama9526.html>, zuletzt abgerufen am 27. 3. 2025.

3 Gideon Botsch: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*, Darmstadt 2012, S. 100-107; Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina/Maik Tändler: *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019, S. 164.

der Strukturaufbau »under West German leadership« vonstattenging.<sup>4</sup> In der Tat schlossen sich ostdeutsche Neonazis, wenn eine Affinität zu einer parteiförmigen Organisation bestand, zwar westdeutschen Parteien an.<sup>5</sup> Im Folgenden soll mit dem Beispiel von Cottbuser AktivistInnen,<sup>6</sup> die sich in der Kleinpartei Deutsche Alternative (DA) engagierten, ein Perspektivwechsel auf die bisher unterbeleuchtete Handlungsmacht ostdeutscher Neonazis in den unmittelbaren Wendejahren vorgenommen werden. An ihrem Beispiel wird deutlich, dass Organisationsprozesse vor Ort nicht von einzelnen westdeutschen Führungspersonen angeleitet wurden. Stattdessen eigneten sich ostdeutsche Neonazis in kurzer Zeit Organisationsstrukturen und -wissen an, um politisch wirksam zu sein. Der maßgebliche Beweggrund hinter ihrem Handeln war eine im Alltag verankerte Praxis der Selbstermächtigung, die auf dem revolutionären Sturz des verhassten Staatssozialismus und auf einer allgemeinen »Revitalisierung des Nationalismus«<sup>7</sup> basierte. Bereits vor dem Pogrom im nahen Hoyerswerda im August 1991, der auch in jüngsten historiografischen Beiträgen als erster großer Höhepunkt rechter Gewalt nach der deutschen Einheit gilt,<sup>8</sup> schnellten die Gewalttaten in der Lausitz in die Höhe. Ein stark mit der Skinhead-Subkultur verknüpftes neonazistisches Milieu hatte sich ebenfalls in kurzer Zeit etabliert. Das Netzwerk der DA in Cottbus und Umgebung stützte sich auf Strukturen aus dem Westen, übertraf diese in seinem Ausmaß aber sehr schnell. Mit dem mikrohistorischen Blick auf die

- 4 Gideon Botsch: From Skinhead-Subculture to Radical Right Movement: The Development of a »National Opposition« in East Germany, in: Contemporary European History 21.4 (2012), S. 553-573; hier S. 571.
- 5 Eine Ausnahme war die kurzlebige Nationale Alternative in Ostberlin, deren Gründung aber von westdeutschen Neonazis unterstützt wurde.
- 6 Im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache wird bei der Nennung von Personengruppen, die nicht allgemein der extremen Rechten zuzuordnen sind, das Gendersternchen genutzt. Werden jedoch personelle Zusammenhänge des extrem rechten Lagers genannt, wird auf das Binnen-I zurückgegriffen, da dies den binären und heteronormativen Geschlechterverhältnissen entspricht, die auch diese politische Strömung propagiert und durchzusetzen versucht, vgl. Valérie Dubslaff: »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie, 1964-2020, Berlin/Boston 2022, S. 3. Wird auf eine gegenderte Schreibweise verzichtet, werden explizite Männerbünde thematisiert.
- 7 Dieter Langewiesche: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 190.
- 8 Barbara Manthe: Vom Rechtsterrorismus zur rechtsradikalen Gewalt. Die Bundesrepublik in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren, in: Till Kössler/Janosch Steuer (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 107-122; hier S. 118; Janosch Steuer/Till Kössler: Gewalttaten, Gewaltdeutungen. Historische Perspektiven auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, in: dies., Brandspuren, S. 24-48; hier S. 27.

politische Praxis der DA und ihres Umfeldes soll letztlich dem Desiderat lokalgeschichtlicher Studien in der zeithistorischen Rechtsextremismusforschung<sup>9</sup> entgegengewirkt werden, um genauer die politischen und gesellschaftlichen Umstände erfassen zu können, unter denen bestimmte Regionen – wie die Lausitz bis in die Gegenwart<sup>10</sup> – besonders von einer rechten Gewaltpraxis geprägt waren.

## Die Gründung der Deutschen Alternative in Cottbus

Kurz nach dem Fall der Mauer gründete sich am 29. Dezember 1989 der Ortsverband der DA in Cottbus. Die Cottbuser DA war einer der ersten Konstituierungserfolge einer westdeutschen neonazistischen Partei in der DDR. Zugleich kam der DA plötzlich eine bedeutende Rolle zu, war sie doch selbst im neonazistischen Spektrum der Bundesrepublik, das in den 1980er Jahren von Parteien wie der FAP oder der NF<sup>11</sup> mit Mitgliederzahlen im dreistelligen Bereich geprägt war, eine numerisch kleine und vor allem auf Bremen konzentrierte Partei. Zudem war sie erst im Mai 1989 gegründet worden. Die DA war Teil der sogenannten »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (abgekürzt GdNF), wie sich das Netzwerk um Michael Kühnen und weitere Bewegungsunternehmer wie Thomas Brehl oder Christian Worch nannte. Die GdNF war bereits 1986 durch eine Spaltung infolge des sogenannten »Bewegungsstreits« geschwächt worden, da mehrere zentrale Mitstreiter die homophile Deutung des (völkisch gesinnten) Männerbundes, die Brehl und besonders Kühnen postulierten, aus heterosexistischen Gründen ablehnten.<sup>12</sup> Nach einer weiteren

9 Vgl. Franka Maubach: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West, in: Gudrun Heinrich/David Jünger/Oliver Plessow/Cornelia Sylla (Hg.): Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992, Berlin 2024, S. 25-37, hier S. 27.

10 Vgl. Joschka Fröschner/Jakob Warnecke: »Was interessiert mich denn Cottbus?« Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat, Potsdam 2019.

11 Zur Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) vgl. Georg Christians: »Die Reihen fest geschlossen«. Die FAP – zu Anatomie und Umfeld einer militant neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg 1990; zur Nationalistischen Front (NF) vgl. Gideon Botsch: »Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde«. Die Nationalistische Front als Kadernschule für Neonazis, in: Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin 2016, S. 74-97.

12 Vgl. Eric Angermann: Thomas Brehl (1957-2010). Der Stellvertreter, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945,

Haftentlassung Kühnens im Jahr 1987 konzentrierte sich die GdNF auf die hessische Stadt Langen. Mit der 1988 ins Leben gerufenen Nationalen Sammlung hatte das Netzwerk um Kühnen die Hoffnung, innerhalb des in Langen gelegenen Wohnheims für Aus- und Übersiedler\*innen agitieren zu können. Zudem setzte es mit der bedrohlichen Forderung, Langen zur ersten »ausländerfreien« Stadt machen zu wollen, auf einen rassistischen Kommunalwahlkampf: Im Kontext rassistisch geprägter Debatten um Asyl und Migration sowie des Aufstiegs der »Republikaner«<sup>13</sup> hoffte die GdNF auf einen politischen Achtungserfolg. Ihr provokantes Auftreten mobilisierte jedoch Reaktionen politischer Gegner\*innen und führte zu einem Verbot der Nationalen Sammlung Anfang 1989. Dem Verbot folgten interne Streitigkeiten, Rückzüge und die Ausrufung halbgarer neuer Projekte ohne jede Wirkung. Auch die DA als Teil des Netzwerks fristete in den ersten Monaten ihrer Existenz ein Schattendasein. Das baldige Ende der DDR erwartete – wie allerdings alle politischen Spektren in der Bundesrepublik – niemand in der Führungsriege, dementsprechend gab es auch keinerlei Vorbereitung für mögliche Agitations- und Organisationsversuche.<sup>14</sup> Der entmutigte Kreis um den bereits tödlich erkrankten Kühnen stand im Herbst 1989 zunächst in einer Sackgasse.

Trotz dieser Krise verfügten die Bewegungsunternehmer<sup>15</sup> des personalistischen Netzwerks der GdNF weiterhin über Netzwerke, Ressourcen, Erfahrung und eine grundsätzliche Mobilität. Ihnen ermöglichte die historische, für das neonazistische Spektrum glückliche Fügung des Mauerfalls, neue Betätigungsfelder in der DDR suchen zu können. Die Wahl auf Cottbus fiel dabei nicht auf der Grundlage einer tiefergehenden strategischen Analyse, sondern nur aufgrund zufälliger persönlicher Kontakte.

Berlin/Boston 2023, S. 97-118; hier S. 108f., 116-118; Ann-Kathrin Mogge: Michael Kühnen (1955-1991). »Ich bin die Wand!«, in: ebd., S. 211-234; hier S. 227-229.

- 13 Vgl. Moritz Fischer: Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983-1994, Göttingen 2024.
- 14 Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge in und um Langen wird in meiner Dissertation abgebildet sein, vgl. zudem Gideon Botsch: Vor Hoyerswerda. Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Anm. II), S. 45-61; hier S. 54; Peter Holle: Stadt Langen – das fünfte Quartal, Langen 2008, S. 11-15.
- 15 Zum Begriff der Bewegungsunternehmer, die als zentrale Führungsfiguren »politische Gelegenheiten nutzen, kollektive Identität kreieren und Menschen gegen ihre Widersacher organisieren«, vgl. Rainer Erb: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142-176; hier S. 143f.

Der 1966 in Cottbus geborene Frank Hübner, der Mitte der 1980er Jahre wie sein Bruder Peter als politischer Häftling von der Bundesrepublik freigekauft worden war,<sup>16</sup> fuhr im Dezember 1989 als DA-Mitglied »mit dem Kofferraum voll Material« in seine Heimatstadt. Er traf dort »glücklicherweise« – also mehr oder weniger zufällig – auf eine bereits bestehende Skinhead-Gruppe um die prägenden Protagonisten Karsten Wolter und René Koswig, von denen er zuvor laut eigener Aussage nur »zwei, drei [...] flüchtig« aus Discotheken gekannt hatte.<sup>17</sup> Hübner hatte sich nach seiner Ankunft in Hessen der extremen Rechten angenähert. Er trat zunächst der DVU bei, bis er 1988 schließlich Mitglied in der Nationalen Sammlung und damit Teil von Kühnens Organisationsgefüge wurde.<sup>18</sup> Für die Zeit seines politischen Aktivismus in Langen gibt es keinerlei Belege für eine besonders aktive Rolle Hübners. Stattdessen stellte der Mauerfall für ihn eine unerwartete Gelegenheit dar, eine führende Funktion in seiner Heimatstadt einzunehmen.

Ein Bericht der *Neuen Front*, des zentralen Publikationsorgans der GdNF, aus dem März 1990 zeigt auf, dass sich Mitstreiter wie Hübner in den Augen der westdeutschen »Kader« auf die Kontaktaufnahme mit »mitteldeutschen« SympathisantInnen beschränken sollten. So wird in ihm zwar die hohe Bedeutung der »persönlichen Kontakte und Freundschaften« der »freigekauften Häftlinge, Flüchtlinge und Übersiedler« betont, die »alte Verbindungen« aufgenommen und so den Weg für den Aufbau von Ortsverbänden freigemacht hatten.<sup>19</sup> Zugleich verwies der – freilich von der westdeutschen Führungsebene verfasste – Bericht aber auf die koordinierende Rolle des »Parteivorstand[es] West«, da die neuen ostdeutschen Ortsverbände untereinander keinen Kontakt gehabt hätten und somit für gemeinsame Besprechungen nach Frankfurt am Main reisen mussten.<sup>20</sup>

In der Tat unterstützte die GdNF um Kühnen die entstehenden DA-Strukturen in Cottbus in der Hoffnung des politischen Bedeutungsgewinns und der Selbstvergewisserung als historische Führungsfiguren.

16 Christoph Kopke: Die »nationale Bewegung« in Brandenburg: rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990; ein Überblick, in: Julius H. Schoeps u. a.: Rechtsextremismus in Brandenburg: Handbuch für Analyse und Prävention und Intervention, Berlin 2007, S. 69-90, S. 73.

17 Burkhard Schröder: Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans, Hamburg 1992, S. 86.

18 Zum Lebenslauf Hübners seit seiner Übersiedlung vgl. ebd., S. 77-86. Allerdings basiert die Darstellung beinahe gänzlich auf den Narrativen Hübners selbst.

19 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz), Bl. 38.

20 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, Apabiz, Bl. 38.

So stellten beispielsweise die AktivistInnen in Langen im März 1990 für den Cottbuser Ortsverband Flugblätter mit der Losung der wirklichen »Wiedervereinigungspartei« her.<sup>21</sup> Dies lag nicht nur in der sich abzeichnenden historisch günstigen Situation begründet, vom Nationalismusschub des Wendjahres profitieren zu können. Die westdeutsch dominierte GdNF verfügte im Jahr 1990 auch nur über eine sehr begrenzte Zahl an Ost-Kontakten, in die sie ihre Erwartungen projizieren konnte. Obgleich im erwähnten Bericht eine große Zahl an Geflüchteten und Freigekauften aus der DDR behauptet wird, die in den eigenen Reihen aufzufinden seien,<sup>22</sup> war der Aufbau der DA kein Massenphänomen. Nur einzelne freigekaufte oder ausgereiste Interessierte hatte das Netzwerk um Kühnen in Langen rekrutieren können. Neben Rainer Sonntag in Dresden, der trotz der späteren Proklamierung als Märtyrer intern umstritten war und anstelle der DA als anvisierte starke »mitteldeutsche« Partei bis zu seinem baldigen Tod lieber eigene Gruppen aufbaute,<sup>23</sup> ist letztendlich nur Hübner als ehemaliger Freigekaufter bekannt, der im Sinne der GdNF dauerhaft und mit Erfolg in die eigene Heimatstadt zurückkehrte.

Laut eigener Darstellung konnte Hübner bestehende informelle soziale Netzwerke ohne größeren organisatorischen Aufwand in Parteistrukturen überführen.<sup>24</sup> In Cottbus traf er auf eine Gruppe von jungen Männern, die ab 1986 die erste größere Skinhead-Clique vor Ort gebildet hatten und im Frühjahr 1988 wegen diverser Gewaltdelikte kollektiv zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Wie auch in anderen Städten und Regionen der DDR hatte sich somit auch in Cottbus eine rechts dominierte Skinhead-Subkultur herausgebildet, aus deren Reihen heraus mit einer gewaltsamen Straßenpolitik völkische Ordnungsvorstellungen durchgesetzt werden sollten. Die steigenden rechten Gewalttaten konnten die staatsantifaschistischen Repressionsorgane des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und der Volkspolizei (DVP) nur phasenweise eindämmen.

21 Die Deutsche Alternative – die Wiedervereinigungspartei, Ortsverband Cottbus: Aufruf, Langen, März 1990, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), O 67, Nr. 268. An anderer Stelle sind auch die Lieferungen einer Vielzahl an Flugblättern erwähnt, vgl. Die Neue Front, Nr. 72, Mai 1990, Apabiz, Bl. 40.

22 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, apabiz, Bl. 38.

23 Vgl. ID-Archiv im ISSG (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Amsterdam/Berlin 1992, S. 95-98; Lazaros Miliopoulos: Sachsen – Eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes der NPD, in: Steffen Kailitz/Uwe Backes (Hg.): Sachsen. Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen 2020, S. 201-216; hier S. 206.

24 Vgl. die folgende Biografie, deren Autor der extremen Rechten zugerechnet werden kann: Werner Bräuninger: Kühnen. Portrait einer deutschen Karriere. Die Biographie, Bad Schussenried 2016, S. 460.

Ebenso wenig gelang ein umfangreiches Zurückdrängen von rechten Cliquen, die über persönliche Bekanntschaften lokal oder (über-)regional miteinander verflochten waren; wenigstens die Gründung formaler Organisationen des extrem rechten Spektrums war aber vor dem Mauerfall nicht möglich. Die politische Einstellung der Cottbuser Skinhead-Clique noch vor dem Mauerfall ist Befragungsprotokollen zu entnehmen: MfS und Kriminalpolizei hatten die Beschuldigten 1988 auch abseits der Ermittlungen intensiv verhört, um das Skinhead-Phänomen genauer zu ergründen. Aus ihnen ging hervor, dass die Angehörigen der Clique zwar die nationalsozialistische Herrschaft ablehnten – dies womöglich aus taktischen Gründen –, sich aber mehrheitlich die Wiedererrichtung eines Großdeutschlands wünschten. Sie einte zudem ein manifester Rassismus gegen »Ausländer«. Einer der Skinheads wohnte nicht in Cottbus, sondern in Hoyerswerda. Er verdeutlichte seine Bereitschaft zur Tat, indem er auf zwei örtliche Wohnkomplexe mit schwarzen und polnischen Anwohner\*innen verwies. Er fühlte sich in seiner Selbstzuschreibung als Skinhead dazu »berufen«, Gewalt gegen »Ausländer« einzusetzen, um sie vertreiben. Bereits drei Jahre vor dem Pogrom in Hoyerswerda sahen sich somit Skinheads aus der Region in dem Glauben, noch in der späten DDR als eine Art Avantgarde für ein imaginiertes Volk Gewalt gegen als Feinde markierte Gruppen ausüben zu dürfen.<sup>25</sup> In der Aussage zeigte sich zudem der Rekurs auf Krisenphänomene der späten DDR, da sich der befragte Skin auf den allgemeinen Wohnraummangel bezog<sup>26</sup> und »Ausländern« die Schuld dafür gab, keine geeignete Wohnung zu finden.<sup>27</sup> Die DA verknüpfte spätestens 1991 die unerwünschte Präsenz von Migrant\*innen mit den neuen Krisenerfahrungen Arbeitslosigkeit und Unsicherheit – doch direkt nach dem Mauerfall waren es zunächst neue, nationalistisch fundierte Handlungsspielräume, mit denen völkische Ordnungsvorstellungen plötzlich umsetzbar erschienen.

25 Für einen ausführlichen Beitrag zur ersten bekannten rechten Skinhead-Gruppe in Cottbus vgl. Eric Angermann: »Tritt – oder du wirst getreten«. Die Gewaltpraxis der ersten rechten Skinheads in Cottbus 1986 bis 1989, in: Gideon Botsch/Gesa Köbberling/Christoph Schulze (Hg.): Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeit-historische Perspektiven auf das Land Brandenburg, Berlin 2023, S. 192-222.

26 Vgl. André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 208 f.

27 BArch, MfS, HA IX, Nr. 1278, Bl. 118.

## Die Gewaltpraxis der DA in der »göttliche[n] Zeit der Anarchie«

Mehrere Angehörige dieser ersten Skinhead-Clique, die inzwischen teilweise auch als sogenannte »Faschos« mit Seitenscheitel auftraten,<sup>28</sup> bildeten nun mit Hübner den Kern der DA in Cottbus. Innerhalb weniger Monate versammelten sie mehrere Dutzend Mitglieder und Interessierte um sich. Völlig offen und offensichtlich ohne Angst vor rechtlichen Konsequenzen berichtete die DA aus Cottbus bereits für den 14. April 1990, dass sie nach dem örtlichen Osterfeuer mit »30-35 Mann« ein linkes Zentrum gestürmt und dort ein Konzert gewaltsam zum Abbruch gebracht habe. Für den Tag zuvor berichtete sie von einem ersten Aufmarsch in der Stadt, bei dem TeilnehmerInnen neben der Losung »Deutsche Jugend für Deutsche Einheit« rassistische Parolen gegen »Ausländer« skandierten.<sup>29</sup> Cottbus war schließlich auch Ort des Gründungsparteitages des Brandenburger Landesverbandes der DA, der am 25. August 1990 stattfand. Bereits die Anwesenheitsliste dieses Treffens zeigt, dass sich die DA in dem bald existierenden Bundesland auf Cottbus und die Lausitz konzentrierte. Die 20 anwesenden Personen<sup>30</sup> wählten René Koswig zum Vorsitzenden des zweiten Landesverbandes neben Bremen,<sup>31</sup> seine Stellvertreter waren zwei ähnlich junge Männer aus Cottbus und Lübben. Wolters Wohnanschrift fungierte als offizielle »Landesgeschäftsstelle«.<sup>32</sup> Dem faktischen Anführer in Cottbus, Frank Hübner, stellte ein weiteres DA-Mitglied, den das MfS zu DDR-Zeiten als Punker zum Umfeld der ersten Skinhead-Clique gezählt hatte,<sup>33</sup> anfangs seine Wohnung zur Verfügung.<sup>34</sup> Ein interner Kassenbericht weist für den Oktober 1990 schließlich 39 Cottbuser Mitglieder aus.<sup>35</sup>

Im Frühsommer 1990 hatte sich bereits ein GdNF-»Gau Brandenburg« mitsamt der Kameradschaft Cottbus gebildet, die personell und in ihren Aktionen nahezu identisch mit den entsprechenden DA-Ver-

28 ID-Archiv, Drahtzieher, S. 72 f.

29 Die Neue Front, Nr. 74, September 1990, apabiz, Bl. 43.

30 Deutsche Alternative: Protokoll des Gründungsparteitages des Landesverbandes Brandenburg am 25. 8. 1990 in Cottbus, Bundesarchiv (BArch), B 449/978.

31 Deutsche Alternative (DA): Inhalt, Stand 1. 10. 1990, BArch, ZSG 147/70.

32 Deutsche Alternative an den Bundeswahlleiter, Aachen, 1. 10. 1990, BArch, B 449/978.

33 BArch, MfS, BV Cottbus, Abt. XX, Nr. 380, Bl. 81.

34 Antifaschistisches AutorInnenkollektiv: Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg, Berlin 1994, S. 42 f.

35 ID-Archiv, Drahtzieher, S. 73.

bänden waren – eigentlich sollte die DA als eine politische Vorfeldorganisation des angeblichen »Kader«-Netzwerks der GdNF dienen. Ein Aktionsbericht der *Neuen Front* erwähnt für die letzten Monate der DDR Kameradschaftsabende mit 30 bis 45 TeilnehmerInnen, ein Zeltlager und ein Gautreffen mit 120 Anwesenden, das in einem Dorf im Spreewald stattfand. Auch eine zweite Demonstration des Jahres war aufgelistet: Sie fand in Guben<sup>36</sup> im Vorfeld des Abschlusses des Zwei-plus-Vier-Vertrags an der deutsch-polnischen Grenze statt. Die DA als »Wiedervereinigungspartei« richtete sich genau gegen diese mit dem Anspruch, weiter für ein imaginiertes Deutsches Reich kämpfen zu wollen. Auf diesem Weg wollte sie sich – wie die neonazistische Rechte allgemein – als wahre nationale Kraft im Jahr der Einheit darstellen.<sup>37</sup> Für ihren Aufmarsch in Guben suchte die Cottbuser DA den Schulterchluss mit einer besonders aktiven rechten Szene vor Ort, die zum Beispiel für einen massiven Angriff auf ein von Autonomen besetztes Haus verantwortlich zeichnete.<sup>38</sup> Eine weitere Demonstration gegen die Oder-Neiße-Grenze erfolgte Anfang Dezember 1990, wobei dieses Mal die Polizei mit der Unterstützung westdeutscher Bundesgrenzschutz-Beamt\*innen einschritt und in Guben wie auch kurz darauf in Cottbus dutzende Neonazis um Kühnen kurzzeitig festnahm.<sup>39</sup>

Eine weitere von der Polizei ungestörte Aktion, die Neonazis am 2. Oktober 1990 und somit am Vorabend des offiziellen Tags der deutschen Einheit durchführten, fand sich in seiner Gewaltdimension nicht in der

36 Die Neue Front, Nr. 76, November/Dezember 1990, Apabiz, Bl. 31 f. In Guben hatte die DA Kontakte zur Neonazi-Gruppierung Gubener Heimatfront, vgl. Schröder (Anm. 17), S. 27.

37 Vgl. Gideon Botsch/Christoph Schulze: »Come together in Rostock«. Gewalt und rechtsextreme Organisation im Transformationsprozess, in: Kössler/Steuer (Anm. 8), S. 128-150; hier S. 134.

38 Vgl. Chronologie: Naziüberfälle & rechte /rassistische Gewalt in der DDR, <http://www.antifa-nazis-ddr.de/naziueberfaelle-auf-besetzte-haeuser-linke-treffpunkte-in-der-ddr-19891990/>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

39 Vgl. Christoph Schulze: Das Jahrzehnt der Glatzen. Eine Chronik, in: Kleffner/Spangenberg (Anm. 11), S. 252-267; hier S. 253. Neonazistisch geprägte Proteste an der deutsch-polnischen Grenze sollten erste einige Monate später Anklang in der Bevölkerung finden, als sie sich mit einem antislawischen Rassismus gegen Pol\*innen richteten und im Zusammenhang mit verbreiteten ökonomischen und sicherheitspolitischen Ängsten standen, vgl. Christoph Schulze: Auftakt zur Pogromzeit. Der polenfeindliche Grenzkravall im April 1991 in Frankfurt (Oder), in: Botsch/Köbberling/Schulze (Anm. 25), S. 223-250; zu antipolnischen Ressentiments bereits zu DDR-Zeiten vgl. Jonathan R. Zatlin: »Polnische Wirtschaft« – »deutsche Ordnung? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 295-315.

Auflistung der Neuen Front. Ungefähr 80 TeilnehmerInnen – also ungefähr so viele wie auf der Demonstration vier Wochen zuvor – zogen mit Hakenkreuzfahnen zu einem Wohnheim mosambikanischer Vertragsarbeiter\*innen, griffen es mit Steinen an und setzten einen Kleinbus mit polnischem Kennzeichen in Brand. Ein ähnlicher Angriff wurde in der gleichen Nacht in Hoyerswerda verübt – ein Vorbote des Pogroms im August 1991. Ähnliche Angriffe erfolgten in vielen weiteren Städten vor allem Ostdeutschlands – und machten aufgrund der schweren Bewaffnung und der Gleichzeitigkeit der dutzenden Angriffe einen organisierten Eindruck.<sup>40</sup> Extrem rechte Akteure waren somit in Ostdeutschland binnen eines Jahres in der Lage, überregional koordinierte Angriffe mit mehreren hundert TeilnehmerInnen durchzuführen.

In den Aufmärschen und Angriffen spiegelt sich das politische Klima des Wendjahres 1990 wider, das den erheblichen Zulauf zur DA in und um Cottbus maßgeblich begünstigte. Der »nationale Taumel«<sup>41</sup> bestärkte die Cottbuser DA-Gründungsmitglieder in ihren politischen Überzeugungen. Schließlich hatte die Hoffnung auf ein geeintes Deutschland schon zu den grundsätzlichen Positionen der ersten rechten Skinheads in der Stadt gehört. Nach dem Untergang des verhassten kommunistischen Regimes, dessen Institutionen Teile der Cottbuser DA-Führungsspitze inhaftiert hatte, eröffnete sich in unüberschaubarem Tempo der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen gar ein – letztlich unrealistischer – Möglichkeitshorizont für ein homogenes Deutschland in früheren Grenzen. Denn rechte Skinheads und »Faschos«, die schon in der späten, krisenhaften DDR ein Sinnbild für den Bedeutungsverlust des einstmals kraftvollen gesellschaftlichen »Bindemittel[s]« Antifaschismus waren,<sup>42</sup> besaßen 1990 eine bis dahin ungeahnte Handlungsmacht. Diese glich jener von Akteuren des ebenfalls zuvor gegängelten alternativen Milieus, für die bereits ein »wunderbare[s] Jahr der Anarchie«<sup>43</sup> festgestellt

40 Initiative zweiteroktober90: Die Gewalt der Vereinigung, o. O., 2021, S. 14 f., 22. Vgl. zu den dutzenden Angriffen in der Nacht der deutschen Einheit auch die Homepage der Initiative: <https://zweiteroktober90.de/>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

41 Lydia Lierke/Massimo Perinelli: Intro, in: dies. (Hg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 11-29; hier S. 11.

42 Christina Morina: »Antifaschistisch-demokratische Umwälzung«. *Geschichte und politische Kultur in der DDR*, in: Frei/Maubach/Morina/Tändler (Anm. 3), S. 43-65; hier S. 54.

43 Christoph Links/Sybille Nitsche/Antja Taffelt: *Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90*, Berlin 2004.

wurde, in dem sie sich mit der »Kraft des zivilen Ungehorsams«<sup>44</sup> über alte Regeln hinwegsetzten. Auch der neonazistische – und ostdeutsche – Aktivist Michael »Lunikoff« Regener, der wenige Jahre später als Frontmann der Rechtsrock-Band »Landser« auftrat, spricht über die direkten Wende-Jahre rückblickend als »göttliche Zeit der Anarchie«, in der die Volkspolizei »völlig eingeschüchtert« gewesen sei und sie »machen« konnten, was »sie wollten«.<sup>45</sup> Denn während linksalternative Akteure auch in Cottbus (sub-)kulturelle und politische »Freiräume« schufen, setzte die DA und ihr Gefolge temporäre Angsträume in einer instabilen, ihrer weltanschaulichen Legitimation entledigten sozialen Ordnung durch, in der das staatliche Gewaltmonopol drastisch an Durchsetzungskraft verloren hatte.<sup>46</sup> Auf diesem Wege wuchs die DA in Cottbus im Jahr 1990 mit ihrer massiv präsenten Gewaltpraxis bereits zu einer machtvollen Größe im öffentlichen Raum heran.

Das Selbstbewusstsein rechter Straßenakteure im revolutionären Umbruch drückte sich auch in einem beinahe vergessenen Vorfall aus, der sich im ebenfalls in Südbrandenburg gelegenen Zossen ereignete. Hier griffen bereits im Januar 1990 dutzende Skins und andere junge Männer Soldaten der sowjetischen Streitkräfte, die im nahen Wünsdorf, dem zentralen Militärstandort der Sowjetunion in der DDR, stationiert waren, und deren jugendliche Angehörige an. Sie attackierten diese körperlich, formierten mit der Parole »Russen raus!« kurzzeitig einen Demonstrationzug und machten sich mit der Bahn auf den Weg in die vormals für DDR-Bürger\*innen »verbotene Stadt« Wünsdorf,<sup>47</sup> um einen »Schlagbaum der Russenkaserne« zu stürmen.<sup>48</sup> Die Volkspolizei stoppte die insgesamt 54

44 Jakob Warneke: »Wir können auch anders«. Entstehung, Wandel und Niedergang der Hausbesetzungen in Potsdam in den 1980er und 1990er Jahren, Berlin 2019, S. 104.

45 Michael »Lunikoff« Regener: Wendejahre: Die »göttliche Zeit der Anarchie«, in: Sascha Krolzig (Hg.): Siegfried Borchardt. Erinnerungen an eine Legende, Dortmund 2023, S. 200 f.; hier S. 201.

46 Vgl. hierzu auch den Idealtypus des Gewalttraums in Felix Schnell: Semantische Verarmung der Kommunikation. Die Leere des Gewalttraums, in: Ulrike Jureit (Hg.): Umkämpfte Räume. Raumbilder, Ordnungswille und Gewaltmobilisierung, Göttingen 2016, S. 29-49; hier S. 32.

47 In Wünsdorf befand sich ab 1953 u. a. der Dienstsitz des Oberbefehlshabers der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, vgl. Jens Fehlauer: Wünsdorf/Zossen. Entwicklung eines Militärstandorte, in: Brandenburgische Denkmalpflege 6.2 (1997), Heft 2, S. 24-30; hier S. 28-30.

48 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Kriminalpolizei Dezernat III: Sachstandsbericht über die Mitwirkung des VPKA Zossen zum Rowdytum am 28. 1. 1990 auf der Reichsbahnstrecke Wünsdorf – Zossen, Potsdam, 1. 2. 1990, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 471, BdVP Pdm Nr. 848, Bl. 2.

Personen erst am Bahnhof der Stadt.<sup>49</sup> Dieser Gewaltakt gegen die frühere Besatzungs- und Garantiemacht der DDR wäre in diesem Ausmaß und in dieser Vehemenz noch drei Monate zuvor völlig undenkbar gewesen. Er verdeutlicht das relative Machtvakuum im letzten Jahr des untergehenden Staats – und den Willen nationalistischer GewalttäterInnen, mindestens die Dominanz auf den Straßen für sich zu sichern.

Angesichts der zahlreichen rechten Angriffe allein in der Lausitz, die im Fahrwasser des Vereinigungsnationalismus stattfanden, lässt sich hinterfragen, ob die Anzahl rechter Gewalttaten tatsächlich erst infolge des bundesweit mobilisierenden Pogroms von Hoyerswerda im August 1991 exponentiell zunahm. Die Quellenfunde legen nahe, dass besonders Ereignisse wie der Tag der deutschen Einheit oder der Titelgewinn bei der Fußballweltmeisterschaft im Juli 1990<sup>50</sup> mit ihren Glorifizierungen der gestärkten und geeinten Nation zu einer massiven nationalistischen Gewaltwelle anspornten. Des Weiteren ist auch für die Lausitz von einer hohen Dunkelziffer von Gewalttaten auszugehen, die selbst in den Hinterlassenschaften rechter Täter\*innen oder in denen ihrer Opfer keinen Eingang fanden.<sup>51</sup> Zur relativen Unsichtbarkeit der rechten Gewalt der DA und ihres Umfeldes trug ferner das noch nicht sonderlich ausgeprägte Medieninteresse an der Partei in Cottbus bei, welche die Berichterstattung als aufsehenerregendes Beispiel für den erstarkten Neonazismus im Osten der Republik erst nach dem bundesweiten wie internationalen Medienereignis »Hoyerswerda« prägte.

Auch polizeiliche Statistiken können für das Jahr 1990 im noch existenten DDR-Bezirk Cottbus nicht als eine relevante Quelle für die quantitative Verbreitung rechten Gewalthandelns dienen. Der Archivbestand der zuständigen Bezirksbehörde, dem auch der Angriffversuch in Wüns-

49 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Kriminalpolizei Dezernat III: Sachstandsbericht über die Mitwirkung des VPKA Zossen zum Rowdytum am 28. 1. 1990 auf der Reichsbahnstrecke Wünsdorf – Zossen, Potsdam, 1. 2. 1990, BLHA, Rep. 471, BdVP Pdm Nr. 848, Bl. 3.

50 Der Zeitzeuge Jurij Nagora erinnert sich an eine große Menge von Rechten, die nach dem WM-Sieg mit »Sieg Heil«-Grüßen durch die Innenstadt zog, vgl. Zeitzeugengespräch mit Jurij Nagora, Berlin, 29. 7. 2022.

51 Grundsätzlich stellt sich bei ostdeutschen Zeitzeug\*innen bezüglich ihrer Erinnerungen zum Umbruchsjahr 1990 die Frage, inwiefern Lücken und Verzerrungen aufgrund des überraschend raschen Tempos der Veränderungen noch ausgeprägter vorliegen als ohnehin schon, vgl. Christiane Kuller/Patrice G. Poutrus/Alexander Walther/Max Zarnojanczyk: »Also wenn man es jetzt mal resümieren wollte ...« Lebenserinnerungen an die DDR, den politischen Umbruch von 1989/90 und die Transformation der ostdeutschen Arbeitswelt. Ein Werkstattbericht, in: Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2023, S. 225-250; hier S. 240.

dorf entnommen werden konnte, ist nur noch bruchstückhaft vorhanden. Den sich hier abzeichnenden »krisenhaften Umbruch der Organisation Polizei«,<sup>52</sup> der nach den Mauerfall in Ostdeutschland und dem raschen Bedeutungsverlust der alten staatlichen Ordnung einsetzte, skizziert auch ein Zeitzeuge in seinen Erinnerungen. Er begann in Cottbus 1983 seinen Dienst als Volkspolizist, arbeitete ab 1985 in der Kriminalpolizei und wechselte schließlich nach der Übernahme in den gesamtdeutschen Polizeidienst 1992 in den polizeilichen Staatsschutz. Er zeichnet ein Bild der »verunsicherte[n] Institution«,<sup>53</sup> die bereits 1990 nur eingeschränkt handlungsfähig gewesen sei. Als Gründe hob der Zeitzeuge einen enormen personellen Aderlass, der im Zusammenhang mit einem allgemeinen Stellenabbau und der Überprüfung einer möglichen politischen Vorbelastung aus DDR-Zeiten bestand, und eine große Unsicherheit hinsichtlich der nun gültigen Rechtsprechung hervor, die sich gerade auf die Zeit zwischen dem Mauerfall und dem Tag der Deutschen Einheit bezog. Dies galt auch für den Bereich Rechtsextremismus, für den die Volkspolizei erst nach der Auflösung des MfS und ohne größere Vorerfahrungen vollends verantwortlich war. Zudem hätten er und seine Kolleg\*innen nur »wenige Monate« Zeit gehabt, um in verpflichtenden Fortbildungen bundesrepublikanische Rechts-, Verhaltens- und Taktikgrundsätze zu verinnerlichen. Aufgrund dessen sei die Polizei in hohem Maße »mit [sich] selbst beschäftigt« gewesen. Zudem führte der Zeitzeuge die Erfahrung des gesellschaftlichen Umbruchs auch für den privaten Bereich an, die eine zusätzliche Belastung dargestellt und demotivierend gewirkt hätten.<sup>54</sup>

Neben diesen Aspekten, die auch in der polizeihistorischen Forschung als maßgebliche Gründe für ein unzureichendes Agieren der ostdeutschen Polizei gegen rechts benannt werden,<sup>55</sup> ist aber auch eine fehlende Sensibilisierung für ein Eingreifen gegen neonazistische Aktionen feststellbar. Die Volkspolizei setzte bei einem Einsatz beim DA-Parteitag am 7. Juli 1990 in Kiekebusch sogar eine Spezialeinheit ein, um Kühnen wegen

52 Patrick Wagner: »Smooth-Policing« gegen rechte Gewalt. Die Polizei in den ersten Jahren der ostdeutschen Transformation, in: Kössler/Steuer (Anm. 8), S. 156-174; hier S. 170.

53 Hans-Gerd Jaschke: Eine verunsicherte Institution. Die Polizei in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1994, S. 305-339.

54 Zeitzeugengespräch, Cottbus, 21. 4. 2022.

55 Als weiterer entscheidender Faktor gilt ferner das Bild der (integrierten) Volkspolizei als Symbol der alten, untergegangenen Ordnung, so dass die Polizei in der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer über wenig Vertrauen verfügte, vgl. Wagner (Anm. 52), S. 159-161.

eines länger bestehenden Haftbefehls festzunehmen. Sie wollte mit dem medial inszenierten Vorgehen offensichtlich eine weiterhin bestehende Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Auf eine Auflösung der Veranstaltung verzichteten die Verantwortlichen aber, obwohl Zeitungsberichte von »Sieg Heil«-Rufen berichteten und Fotos abdruckten, auf denen Neonazis den Hitlergruß zeigten.<sup>56</sup> Der Direktor der VP-Bezirksbehörde behauptete jedoch in einem Interview, dass keine »faschistische[n] Aktivitäten« festgestellt werden konnten und die Situation der Volkspolizei dementsprechend keine Handhabe geboten habe.<sup>57</sup> Zwar mag es Unsicherheiten hinsichtlich der Rechtsprechung gegeben haben – doch die Gesetzgebung beinhaltete weiterhin ein Einschreiten gegen nunmehr »nationalsozialistisch« statt »faschistisch« genannte Propaganda, Völker- und Rassenhetze.<sup>58</sup>

## Das Prosperieren der Cottbuser DA

Hinsichtlich der staatlichen Verfolgung sprechen somit viele Faktoren für umfassende Handlungsspielräume der Cottbuser DA im ersten Jahr ihres Bestehens. Hervorstechend an der Stadt in der Lausitz ist zudem die verhältnismäßig frühe Organisierung von Skinheads und weiteren AnhängerInnen in einer neonazistischen Partei, die in ostdeutschen Bundesländern in den frühen 1990er Jahren nur punktuell gelang.<sup>59</sup> Wichtige Gründe hierfür waren sicherlich die enge Vernetzung örtlicher Aktivisten mit der GdNF-Führungsebene und die daraus resultierende westdeutsche Fokussierung auf Cottbus als einer der maßgeblichen Betätigungsorte. Besonders hervorgehoben werden muss aber der Tatendrang der führenden Cottbuser DA-Mitglieder, die mit ihrem im revolutionären Umbruch gestiegenen Selbstbewusstsein und einer offenkundigen Führungsstärke bereits im September 1991 die Spitze der gesamtdeutschen DA übernehmen

56 Lausitzer Rundschau: Schwarze Stiefel, braune Hemden und »Sieg Heil«, 9. 7. 1990, S. 2, HStAD, O 67, Nr. 140.

57 Neues Deutschland: Polizei in Kiekebusch auf dem rechten Auge blind?, 10. 7. 1990, o. S.; ich danke Alexander Lorenz-Milord für den Hinweis.

58 Herwig Roggemann: Das Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung – die letzten Jahre der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. 4: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat (Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«), Frankfurt a. M. 1995, S. 761-848; hier S. 824.

59 Botsch (Anm. 3), S. 102.

sollten. Aus diesem Blickwinkel ist davon auszugehen, dass die Cottbuser Führungsgruppe um Koswig, Carsten Wolter und Hübner den persönlichen Zugang zu Organisationswissen und Strukturen nutzte, um in Cottbus im Sinne der GdNF, aber auch nach ihrem eigenen Willen eine neonazistische Organisation samt einem Netzwerk in der Region aufzubauen.

Natürlich darf ein westdeutscher Einfluss nicht völlig außer Acht gelassen werden. Mit Sicherheit bestärkten Auftritte einer Führungsperson mit Strahlkraft wie Kühnen die politische Haltung von DA-Mitgliedern, wenn er etwa beim genannten Parteitag im Juli 1990 vor 150 bis 200 Personen in einer Gaststätte in Kiekebusch auftreten sollte.<sup>60</sup> Schließlich war er bereits im Jahr 1984 für neonazistisch orientierte Personen in Cottbus ein Vorbild, wie eine selbst hergestellte und durch das MfS beschlagnahmte Collage zeigt, auf der u. a. ein Bild von Kühnen zu sehen ist.<sup>61</sup> Doch die wenigen kurzen Auftritte des zeit seines Lebens unsteten und körperlich bereits sehr geschwächten Kühnen dürften für das Gros der AktivistInnen keine bedeutendere sinnstiftende Rolle gespielt haben als die gemeinschaftlich begangene politische Alltagspraxis in einer biografisch und (sub-)kulturell geteilten Lebenswelt. Hierauf verweist auch der genauere Blick auf den vom Ortsverband organisierten Parteitag in Kiekebusch, bei dem Kühnen gleich zu Beginn vorübergehend festgenommen worden war.<sup>62</sup> Die Veranstaltung »litt« unter dem großen Polizeieinsatz »keinesfalls«, wie es ein Reporter der *Lausitzer Rundschau* kommentierte: »Unter dem Beifall der Neonazis, markigen Sprüchen, bei reichlich Bier ging der Parteitag der ewig Gestrigen über die Bühne. Es ging also auch ohne Kühnens Erfahrung.«<sup>63</sup> Auch die westdeutsche GdNF-Führungsriege zollte den Organisationserfolgen ihrer Cottbuser Kameraden zwei Monate später Beifall, indem sie deren Fähigkeit hervorhob, »aus eigener Kraft mehr als hundert Aktivisten« zusammenzubringen – während sie selbst diese Zahl nur mit ausreichend überregionaler Mobilisierung erreicht hätten.<sup>64</sup> Die hohe intrinsische Motivation der lokalen Neonazis bei ihrer Etablierung der numerisch stärksten und bald auch politisch wirk-

60 Weitere Redner der Veranstaltung waren Brehl und Küssel, vgl. *Lausitzer Rundschau*: Schwarze Stiefel, Braune Hemden und »Sieg Heil«, 9. Juli 1990, S. 2, HStAD, O 67, Nr. 140.

61 BArch, MfS, BV Cbs, AOP, Nr. 1771/85, Bd. 1, Bl. 199.

62 Nach einer Nacht entließ die Polizei Kühnen wieder, vgl. Neonazi Kühnen nach Festnahme wieder frei, *taz*, 9. 7. 1990, o. S., Niedersächsisches Landesarchiv Hannover (NLA HA), Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 8.

63 *Lausitzer Rundschau*: Aus meiner Sicht: Braunes Spektakel, 9. Juli 1990, S. 1, HStAD, O 67, Nr. 140.

64 Bericht über das Gautreffen Brandenburg vom 15. 9. 1990, o.O., o.D., S. 44 f., HStAD, O 67, Nr. 140.

samsten DA-Gliederung zeigte sich ferner bei der Wahl des Ortes ihres Parteitages. Schließlich griffen sie mit der Gaststätte in Kiekebusch auf eine Lokalität zurück, die einige von ihnen noch aus DDR-Zeiten bestens kannten: Sie war der Treffpunkt einer ersten Skinhead-Clique gewesen.<sup>65</sup>

Als Parteilokal sollte sich aber bald die Gaststätte »Zum Wassermann« in dem direkt neben Kiekebusch gelegenen Vorort Groß Gaglow etablieren. Hier traf sich die DA fortan jeden Mittwochabend im großen Veranstaltungssaal zu ihrem Kameradschaftsabend.<sup>66</sup> Fernsehaufnahmen einer solchen Versammlung nahmen vor allem junge Männer mit Kurzhaar- oder »Fascho«-Frisur und in szenetypischen Bomberjacken in den Blickpunkt, die das gängige Bild des jungen männlichen Nazi-Skins reproduzierten.<sup>67</sup> Eine DA-Mitgliederliste aus dem April 1991 bestätigt jedoch die eindeutig männliche Dominanz innerhalb des Cottbuser Ortsverbandes: Von den 42 aufgelisteten Mitgliedern – wobei mindestens Hübner dieser Gliederung nicht zugeordnet ist – sind nur zwei weiblichen Geschlechts. Zudem lassen das junge Alter der örtlichen Führungsriege und die bekannten Lebensdaten weiterer Parteiangehöriger ein überwiegend junges Durchschnittsalter der übrigen Mitglieder vermuten.<sup>68</sup> Auch die Quellen zur weiteren Entwicklung der Partei verdeutlichen das Bild einer von jungen Männern – und vor allem von Skinheads – dominierten Partei, deren Mitgliederzahlen weiter stiegen: Im Jahr 1992 hatte die DA laut Medienberichten 200 Mitglieder und galt in dieser Hinsicht nach der PDS, der CDU und noch vor der Regierungspartei SPD als drittstärkste Partei in der Stadt.<sup>69</sup> Der Brandenburger Verfassungsschutz veröffentlichte 1993 allerdings eine Mitgliederzahl von 200 für das gesamte Bundesland.<sup>70</sup> Lokale SozialarbeiterInnen schätzten das Umfeld der Partei zudem auf 250 SympathisantInnen.<sup>71</sup> Innerhalb der Gesamtpartei mit

65 Vgl. Angermann (Anm. 25).

66 Focus, Die DA in Brandenburg, 15. 12. 1992, RBB-Archiv; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Rechtsextremismus in Brandenburg – gegenwärtiger Stand, Potsdam, August 1993, Infoladen Wildost Cottbus, Bl. 20.

67 Landesschau, Deutsche Alternative, 6. 4. 1992, RBB-Archiv.

68 Insgesamt befinden sich auf der Liste zu diesem Zeitpunkt 327 Mitglieder der DA (davon 72 Mitglieder der FAP Hessen), vgl. Mitgliederliste der Deutschen Alternative, April 1991, Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG), Sammlung Deutsche Alternative.

69 Vgl. Der Spiegel: Grüne Stadt mit brauner Jugend, Nr. 48 (1992), S. 43-49; hier S. 43.

70 Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Verfassungsschutzbericht 1993, Potsdam 1993, S. 37.

71 Konzeption der Jugendhilfe Cottbus e. V., November 1991, Infoladen Wildost Cottbus, Bl. 2.

ihren bald 350<sup>72</sup> bis 700 Mitgliedern<sup>73</sup> nahm die Cottbuser Sektion somit eine zentrale Rolle ein.

Auch wenn die genaue Größe der lokalen DA für das letzte Jahr ihres Bestehens unklar bleibt: Einen derartigen Organisierungserfolg in einer einzigen Stadt konnte das dezidiert neonazistische Spektrum der Bundesrepublik bis dato nicht für sich verbuchen. Cottbus entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt für das gesamtdeutsche und auch internationale neonazistische Spektrum. Die Selbstzuschreibung als »Deutschlands Hoffnung«<sup>74</sup> bekräftigten die prominenten Besuche etwa vom bekannten Shoah-Leugner Ernst Zündel aus Kanada,<sup>75</sup> vom Rechtsterroristen und Ku Klux Klan-Mitglied Dennis Mahon<sup>76</sup> oder dem neonazistischen Publizisten und Politiker Povl Riis-Knudsen aus Dänemark. Alle traten an Kameradschaftsabenden in Groß Gaglow auf.<sup>77</sup> Somit konnten sich Cottbuser Neonazis frühzeitig mit GesinnungsgenosInnen aus dem Ausland vernetzen, die mit ihren Besuchen der DA eine erhebliche politische Relevanz zuschrieben und mit ihren inhaltlichen Beiträgen zur Festigung einer genuin nationalsozialistischen Weltanschauung beitrugen, die die führenden Köpfe der DA zu DDR-Zeiten erst in Ansätzen entwickelt hatten.<sup>78</sup>

Ebenso blieb Cottbus weiter Auftrittsort für die Führungsfiguren der GdNF, die sich zum Beispiel am 1. Mai 1991 in der Stadt für ein Strategietreffen versammelten. Bei der anschließenden Versammlung mit knapp 250 TeilnehmerInnen, die den »Tag der Arbeit« propagandistisch verein-

72 Pressemitteilung des Ministeriums des Innern: Bundesinnenminister Rudolf Seiters verbietet rechtsextremistische Vereinigung »Deutsche Alternative«, Bonn, 10. 12. 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 2.

73 Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 231.

74 So die prägnante Formel der Cottbuser DA, die sie mittels eines großen Transparents auf Veranstaltung und Aufmärschen verbreitete, vgl. Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 1, Januar/Februar 1992, apabiz Sammlung DA, Bl. 12; Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 2, März/April 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 17.

75 Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 1, Januar/Februar 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 4.

76 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

77 Focus, Die DA in Brandenburg, 15. 12. 1992, RBB-Archiv.

78 Nicht genau geklärt ist, inwiefern die Cottbuser DA – ähnlich wie die FAP in Südniedersachsen – mit nationalistisch-kroatischen Kräften im jugoslawischen Bürgerkrieg vernetzt war. Eine Beteiligung von Söldnern aus den Reihen der DA wird in zeitgenössischen Berichten beiläufig erwähnt, vgl. AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

nahmte,<sup>79</sup> waren unter anderem der Ostberliner Ingo Hasselbach oder Christian Worch genauso zugegen wie der proklamierte Nachfolger des zwischenzeitlich verstorbenen Kühnen: der in seinem Heimatland bald verhaftete und zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilte Österreicher Gottfried Küssel.<sup>80</sup> Ein der Veranstaltung bald nachfolgender Briefwechsel zwischen Hübner und Brehl veranschaulicht aber, dass die westdeutsche – und über Einzelpersonen auch österreichische – Führungsebene zwar einen richtungsweisenden, aber keinen permanenten Einfluss auf die politische Praxis in der Lausitz ausübte. Thomas Brehl, der sich weiterhin als eine Art Sekretär für das GdNF-Netzwerk versuchte, sendete Hübner für dessen Pressespiegel Artikel über das Wirken der DA in Cottbus zu.<sup>81</sup> Als Brehl im weiteren Verlauf des Briefwechsels auf den neuen »Chef« – so die schon zuvor für Kühnen genutzte informelle Bezeichnung – zu sprechen kam und um Informationen über den aktuellen Stand in der Lausitz bat, antwortete Hübner verwirrt, wer denn nun eigentlich der Chef sei.<sup>82</sup> Offenkundig hatte Küssel trotz der zuvor in Cottbus getroffenen Absprachen der Führungsebene keinen dauerhaften Einfluss auf das Agieren der DA vor Ort. Spätestens nach Kühnens Tod und trotz einzelner Berichte an die »Gesinnungsgemeinschaft«, die über den Abdruck in der *Neuen Front* aber ohnehin der überregionalen Bewerbung der eigenen Praxis dienten, agierte die DA in Cottbus weitestgehend autonom. Ihre Führungsspitze traf eher Absprachen mit verbündeten Formationen, zum Beispiel im Vorfeld von Aufmärschen wie in Halbe oder Wunsiedel.<sup>83</sup> Die GdNF verlor ihre führende und koordinierende Rolle: Statt einer »Gesinnungsgemeinschaft« mit einer mehr oder weniger klar definierten Führungsspitze entwickelten sich nun einzelne Bewegungsunternehmer aus ihr heraus, die regionale Ballungsräume neonazistischen Handelns miteinander in Verbindung brachten und somit das polyzentrische Netzwerk des bewegungsförmigen Neonazismus entstehen ließen.

Ein wesentlicher Grund hierfür lag sicherlich im rasanten Aufschwung neonazistischer oder dementsprechend geprägter Gruppen und »Kamerad-

79 Betr.: Informationsaustausch in Staatsschutzsachen, o. O., o. D., NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 8.

80 Das Urteil erging wegen neonazistischer Wiederbetätigung, vgl. Mecklenburg (Anm. 73), S. 952. Zur Veranstaltung und den weiteren Gästen vgl. Schröder (Anm. 17), S. 48–52.

81 Frank Hübner an Thomas Brehl, Cottbus, 20. 7. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2.

82 Thomas Brehl an Frank Hübner, Langen, 6. 8. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2; Frank Hübner an Thomas Brehl, Cottbus, 7. 8. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2.

83 Mecklenburg (Anm. 73), S. 232.

schaften«, die in ihrer Agilität und in ihrem Ausmaß noch weniger als zuvor von einer bundesweiten Führungsriege weniger Männer gelenkt oder wenigstens angeleitet werden konnten. Besonders beispielhaft ist hier auch die Lausitz: Die Cottbuser DA begann zunehmend, nicht mehr nur eigene DA-Kameradschaften oder -Ortsgruppen wie in Spremberg, Lübben oder Finsterwalde aufzubauen, sondern vernetzte sich mit eigenständig entstandenen Formationen in Guben, Görlitz<sup>84</sup> oder Senftenberg, wo die »I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg« im Dezember 1991 einen Menschen ermordete.<sup>85</sup> Cottbus war somit nur der Mittelpunkt eines weitverzweigten Gefüges, das sich über das gesamte ländliche Umland verbreitete.

Von der Idee der Notwendigkeit einer starken und handlungsfähigen Partei rückte die DA aber bis zu ihrem Verbot nicht ab. Im Gegenteil, angesichts der ungeklärten Hierarchien in der GdNF und der Bedeutsamkeit, die sie selbst wahrnahm und gespiegelt bekam, übernahm die Cottbuser DA-Spitze im September 1991 auf dem Bundesparteitag in Duisburg<sup>86</sup> die bundesweite Parteiführung. Eines der wenigen weiblichen DA-Mitglieder verfasste ein Protokoll des Parteitages. Diesem ist zu entnehmen, wie der bisherige Vorstand nach »persönlichen Querellen [sic] und endlosen Diskussionen [sic]« geschlossen zurücktrat.<sup>87</sup> Er hatte mit seiner Initiative, die DA wegen eines möglichen Verbots aufzulösen, keinen Erfolg. Während 80 Mitglieder aus den alten Bundesländern die DA verließen und eigene regionale Strukturen aufbauten,<sup>88</sup> bestand die Führungsspitze nun aus Hübner als neuem Vorsitzenden, Koswig als seinem Stellvertreter und einem weiteren Vorstandsmitglied aus Senftenberg. Nicht einmal ein Jahr nach der Einheit standen Ostdeutsche an der Spitze einer bundesdeutschen extrem rechten Partei.

84 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

85 Timo K. musste sterben, weil die »Jagdeinheit« dessen Auto für einen Raubüberfall nutzen wollte, um Schulden aus Waffenkäufen zu tilgen, vgl. Simone Wendler: Die I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg und der Mord an Timo K., in: Kleffner/Spangenberg (Anm. 11), S. 148-158.

86 Michael Thiel an die »Kameradinnen und Kameraden, Parteigenossen«, Duisburg, 19. 7. 1991, Apabiz, Sammlung DA.

87 Deutsche Alternative, Landesverband Brandenburg, Protokoll des Bundesparteitages der DA am 18. 9. 1991 in Duisburg, Cottbus, o. D., BArch, B 449/978, Bl. 2.

88 Mecklenburg (Anm. 73), S. 232.

## Rechte Milieubildung und die Rolle der DA

Doch nicht nur in Bezug auf eine klassische Parteipolitik war die DA in Cottbus bundesweiter wie internationaler Anziehungspunkt. Ihr Erfolg basierte auch auf der geglückten Vereinnahmung der Skinhead-Subkultur. Die DA organisierte Rechtsrock-Konzerte, die ein Anlaufpunkt von Skinheads und Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet waren. Fanzines aus anderen Regionen berichteten ausführlich und teils begeistert von Rechtsrock-Konzerten in Cottbus und Umgebung, die die Dimensionen früherer entsprechender Veranstaltungen im alten Bundesgebiet übertrafen.<sup>89</sup> Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür ist das von der DA organisierte Konzert im Dorf Werben am 3. Oktober 1991 zum einjährigen Einheitsjubiläum, zu dem bis zu 1000 Interessierte strömten, um die britische Rechtsrock-Legende Skrewdriver zu sehen.<sup>90</sup> Am Vorabend hatte ein britischer Neonazi aus dem Umfeld der Band einen langhaarigen Jugendlichen mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt, den er für einen Linken gehalten hatte. Nach dem Konzert und einem Aufruf des Skrewdriver-Sängers und Mitbegründers des rechtsterroristischen Blood & Honour-Netzwerks Ian Stuart Donaldson versammelten sich 300 Skinheads vor der Cottbuser Polizeiwache zur Unterstützung des inhaftierten Täters und seiner Begleiter.<sup>91</sup> Obgleich diese letztlich nie juristisch belangt wurden, startete Donaldson eine in neonazistischen Kreisen international beachtete Solidaritätskampagne für die »Cottbus Six« als angeblich unschuldige Opfer polizeilicher Verfolgung.<sup>92</sup> Cottbus als Synonym für den aufstrebenden Neonazismus im Osten Deutschlands stand nun endgültig im besonderen Fokus (inter-)nationaler MitstreiterInnen.

Die organisierte Hinwendung zur Skinhead-Subkultur war völlig selbstverständlich Teil der DA-Jugendarbeit. Sie war der erste große Pfeiler der Parteipraxis, die zur Etablierung eines neonazistisch geprägten Milieus als

89 Vgl. Proißens Gloria. Das Berliner Szenewort, Nr. 5, Mai/Juni 1992, Archiv der Jugendkulturen (AdJ), Bl. 21; das Fanzine der Neonazi-Größe Dieter Riefling, Der Aktivist, Nr. 2, Dezember 1992, AdJ, Bl. 29 f.; United Skins, Nr. 1, 1992, AdJ, Bl. 8 f.

90 Landesschau, Skinheads in Werben, 4. 10. 1991, RBB-Archiv; andernorts werden 800 BesucherInnen genannt, vgl. Christian Dornbusch/Jan Raabe: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategie, Münster 2002, S. 37.

91 Für eine ausführliche Schilderung vgl. Christoph Schulze: Rechtsrock in Brandenburg. Bands – Konzerte – Netzwerke – Ereignisse, in: Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin 2019, S. 45-142, hier S. 73-76.

92 Das »Skrewdriver«-Konzert in Brandenburg, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 123, Juli 2019, <https://antifainfoblatt.de/aib123/das-skrewdriver-konzert-brandenburg>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

notwendige vopolitische Basis des politischen Aktivismus beitrug – wobei angesichts der außergewöhnlich hohen Zahl an DA-Mitgliedern in der Region die Frage bleibt, ob Milieu und Partei in Cottbus kurzzeitig nicht sogar in eins zu setzen waren. Dabei gehörte zur jugendpolitischen Praxis der DA nicht nur die punktuelle Organisation von Rechtsrock-Konzerten als Erlebnis- und Radikalisierungsräume junger Skinheads.<sup>93</sup> Laut antifaschistischen Quellen hatte die Partei der Region zeitweise sogar fünf hauptamtlich arbeitende Mitglieder, die für die Jugendarbeit zuständig waren.<sup>94</sup> Zu den hauptamtlichen Mitarbeitern gehörte auch Sten Söhndel aus dem Cottbuser Stadtteil Sachsendorf. Anfang der 1990er Jahre war er einer der Mitbegründer und von da an Sänger des noch heute bestehenden »Rechtsrock-Urgestein[s]« Frontalkraft, einer maßgeblichen Größe des Genres, die sinnbildlich für die Verknüpfung von rechter Skinhead-Subkultur und organisiertem Neonazismus stand. Die Band konnte in einem Spremberger Jugendclub proben<sup>95</sup> – und eignete sich genau wie die DA Räume der kommunalen Jugendarbeit an. Wie bereits anderweitig ausführlich dargestellt, stellte die Stadt Cottbus im Kontext einer »Akzeptierenden Jugendarbeit«<sup>96</sup> zwei temporäre Mitglieder der DA<sup>97</sup> als Sozialarbeiter in einem Jugendclub im Ortsteil Sandow ein, die beide bereits zu DDR-Zeiten zur Skinhead-Szene und zu den BesucherInnen des Treffpunkts in Kiekebusch gehört hatten.<sup>98</sup>

93 Zum Politisierungs- und Erlebnisraum Rechtsrock-Konzert in frühen 1990er Jahren vgl. Schulze (Anm. 91), S. 68 f.

94 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 43.

95 Schulze (Anm. 91), S. 68.

96 Vgl. ausführlich Eric Angermann: Der Beginn des organisierten Neonazismus in Brandenburg. Die Aktivitäten neonazistischer Kleinparteien in den 1990er Jahren, in: Gideon Botsch/Christoph Schulze (Hg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin 2021, S. 75-97; hier S. 85 f.; Lucia Bruns/Christin Jänicke/Esther Lehnert/Stefanie Lindner: Reaktionen auf rechte Gewalt in Brandenburg am Anfang der 1990er-Jahre. Perspektiven auf Jugendarbeit und Polizei, in: Botsch/Köbberling/Schulze (Anm. 25) S. 270-292.

97 Beide waren im April 1991 noch als Mitglieder der DA aufgeführt, vgl. Mitgliederliste der Deutschen Alternative, April 1991, ABAG, Sammlung DA. Später sollen beide ausgetreten und es zu einem persönlichen Zwist gekommen sein. Nichtsdestotrotz blieb der Jugendclub weiter Anlaufpunkt für DA-Mitglieder, etwa über Konzerte von »Störkraft«, vgl. Das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 21, Juni 1993, <https://antifainfoblatt.de/aib21/das-aktionsprogramm-gegen-aggression-und-gewalt>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

98 Schröder (Anm. 17), S. 177-127; AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 43; Nazi-Streetworker in Cottbus, in: Telegraph 11/1992, Infoladen Wildost Cottbus, S. 11. Womöglich war den Entscheidungsträger\*innen eine Parteimitgliedschaft nicht bekannt, vgl. Bruns/Jänicke/Lehnert/Lindner (Anm. 96), S. 287.

## Die Praxis der DA als Fundament für ein »toxisches Gebilde«

Die DA sollte auch nach dem Pogrom in Hoyerswerda, bei dem eine Beteiligung der Partei nicht vollends geklärt ist,<sup>99</sup> in der vom gesellschaftlichen Umbruch der Wendejahre besonders geprägten Stadt Cottbus vor allem mit einer rassistischen Agitation gegen »Ausländer« auffallen. Bei diesem Thema spürten ihre Mitglieder vermehrt Rückhalt in der Bevölkerung; die DA inszenierte sich noch deutlicher als politische Kraft, die eine völkisch gedachte Ordnung durchsetzen könne. Hierzu trugen die lokalen Kräfteverhältnisse bei. Erst das Verbot der DA im Dezember 1992, zu dem ein versuchter Pogrom in Cottbus-Sachsendorf im August 1992 beitrug, verhinderte ihre weitere regionale Etablierung. Träger dieser Entwicklung waren in erster Linie ostdeutsche AktivistInnen aus der Region, während westdeutsche Führungsfiguren lediglich unmittelbar zu Beginn einen *Aufbau Ost* unterstützten. Die DA-Mitglieder aus der Lausitz sorgten nach dem Mauerfall in kurzer Zeit für den Aufbau von Parteistrukturen und beeinflussten maßgeblich die Herausbildung eines neonazistisch geprägten Milieus, auf dessen Basis auch nach dem DA-Verbot weitere Organisationen aktiv sein konnten. Bis heute ist Cottbus und die Lausitz für ihr »toxisches Gebilde«<sup>100</sup> aus rechter sozialer Bewegung, neonazistisch geprägter juveniler Kulturen und später auch organisierter Kriminalität bekannt – zu dem sich nun mit der AfD als parlamentarischer Arm eine deutlich erfolgreichere nationalistische »Alternative« gesellt hat.

99 Antifaschistische Aktivist\*innen sprachen davon, dass das Cottbuser DA-Führungstrio Hübner, Koswig und Wolter »Drahtzieher« gewesen sein soll\*, wofür es allerdings keine weiteren Indizien gibt, vgl. AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 45. Im 40 Kilometer entfernten Hoyerswerda gab es eine DA-Ortsgruppe, mit welcher der Cottbuser Ableger regelmäßig zusammenarbeitete, vgl. Christoph Wowttscherk: Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014, S. 237.

100 Deutschlandfunk: »Inferno Cottbus«-Mitglieder offenbar noch sehr aktiv, 31. 1. 2019, [https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextreme-hooligans-inferno-cottbus-mitglieder-offenbar.890.de.html?dram:article\\_id=439892](https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextreme-hooligans-inferno-cottbus-mitglieder-offenbar.890.de.html?dram:article_id=439892), zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

# Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

ERIC ANGERMANN war bis Ende 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Potsdam und schließt 2026 seine Promotion an der Georg-August-Universität Göttingen ab.

Dr. SEBASTIAN BISCHOFF ist wiss. Mitarbeiter an der Universität Bielefeld im DFG-Projekt »Die bundesdeutsche Rechte und die ‚sexuelle Revolution‘«

Prof. Dr. FRANK BÖSCH ist Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam und ord. Professor für deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam

Prof. Dr. GIDEON BOTSCH ist Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) am Moses-Mendelssohn-Zentrum (MMZ) Potsdam und Apl. Professor an der Universität Potsdam

Dr. des. LAURA HAßLER ist nach ihrer Promotion am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam Potsdam wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Greifswald

Dr. ANNELOTTE JANSE ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam

Dr. NIKLAS KRAWINKEL war bis 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für die Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocausts an der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Prof. GRAHAM MACKLIN, PhD, ist Assistant Professor am Center for Research on Extremism (C-Rex) der Universität Oslo und Associate Fellow am International Center for Counter-Terrorism (ICCT) in Den Haag

Dr. MARIE MÜLLER-ZETZSCHE ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc) am Moses-Mendelssohn-Zentrum (MMZ) Potsdam

Dr. DARIUS MUSCHIOL ist nach seiner Promotion am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg

Dr. DOMINIK RIGOLL ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Dr. des. JAKOB SAß ist nach der Promotion am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam freiberuflicher Historiker.

PD habil. Dr. ANETTE SCHLIMM ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte in München

Dr. KARSTEN WILKE ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Düsseldorf im Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA).